

Einblick 2017

Über die RBI

Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden	6
Vorstand der RBI	8
Bericht des Aufsichtsrats	10
Raiffeisen im Überblick	12
Strategie der RBI	14
RBI auf dem Kapitalmarkt	15
Corporate-Governance-Bericht	19

Konzern-Lagebericht

Entwicklung der Märkte	38
Ergebnis- und Finanzentwicklung	42
Bilanz	50
Forschung und Entwicklung	53
Internes Kontroll- und Risikomanagement-System	54
Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte	56
Risikomanagement	59
Konsolidierter nichtfinanzieller Bericht	59
Ausblick	59
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	61

Segmentberichte

Segmentüberblick	64
Entwicklung der Segmente	65

Konzernabschluss

Gesamtergebnisrechnung	80
Bilanz	84
Eigenkapitalveränderungsrechnung	85
Kapitalflussrechnung	86
Segmentberichterstattung	88
Anhang	95
Risikobericht	146
Bestätigungsvermerk	248

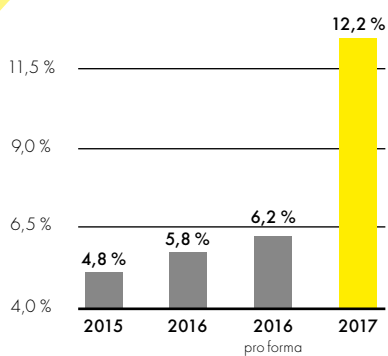
Service

Glossar	258
Alternative Leistungskennzahlen (APM)	258
Adressen	260
Impressum	262

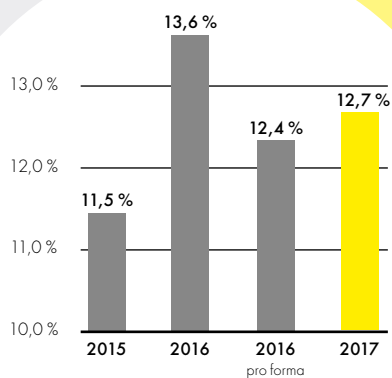
RBI im Überblick

Die Raiffeisen Bank International AG (RBI) betrachtet Österreich, wo sie als eine führende Kommerz- und Investmentbank tätig ist, sowie Zentral- und Osteuropa (CEE) als ihren Heimmarkt. 14 Märkte der CEE-Region werden durch Tochterbanken abgedeckt, darüber hinaus umfasst die Gruppe zahlreiche andere Finanzdienstleistungsunternehmen beispielsweise in den Bereichen Leasing, Vermögensverwaltung und M&A.

49.700
MITARBEITER



Konzern-Return-on-Equity



Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded)

MEHR ALS
30 JAHRE
ERFAHRUNG IM
BANKGESCHÄFT
IN CEE

16,5 MIO.
KUNDEN

2.409
GESCHÄFTS-
STELLEN

Überblick – Raiffeisen Bank International (RBI)

Monetäre Werte in € Millionen	2017	2016 pro forma	Veränderung	2016 veröffentlicht	2015	2014	2013
	1.1.–31.12.	1.1.–31.12.		1.1.–31.12.	1.1.–31.12.	1.1.–31.12.	1.1.–31.12.
Erfolgsrechnung	1.1.–31.12.	1.1.–31.12.		1.1.–31.12.	1.1.–31.12.	1.1.–31.12.	1.1.–31.12.
Zinsüberschuss	3.208	3.197	0,3%	2.935	3.327	3.789	3.729
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	-287	-758	-62,1%	-754	-1.264	-1.750	-1.149
Provisionsüberschuss	1.719	1.599	7,5%	1.497	1.519	1.586	1.626
Handelsergebnis	244	220	11,3%	215	16	-30	321
Verwaltungsaufwendungen	-3.104	-3.141	-1,2%	-2.848	-2.914	-3.024	-3.340
Ergebnis vor Steuern	1.612	946	70,4%	886	711	-105	835
Ergebnis nach Steuern	1.246	636	95,8%	574	435	-587	603
Konzernergebnis	1.116	520	114,6%	463	379	-617	557
Bilanz	31.12.	31.12.		31.12.	31.12.	31.12.	31.12.
Forderungen an Kreditinstitute	14.358	10.981	30,8%	9.900	10.837	15.573	22.243
Forderungen an Kunden	81.232	79.769	1,8%	70.514	69.921	77.925	80.635
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	22.291	24.060	-7,3%	12.816	16.369	22.408	30.105
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	84.831	80.325	5,6%	71.538	68.991	66.094	66.437
Eigenkapital	11.241	9.752	15,3%	9.232	8.501	8.178	10.364
Bilanzsumme	135.146	134.804	0,3%	111.864	114.427	121.500	130.640
Kennzahlen	1.1.–31.12.	1.1.–31.12.		1.1.–31.12.	1.1.–31.12.	1.1.–31.12.	1.1.–31.12.
Return on Equity vor Steuern	16,2%	10,4%	5,8 PP	10,3%	8,5%	-	7,8%
Return on Equity nach Steuern	12,5%	7,0%	5,8 PP	6,7%	5,2%	-	5,7%
Konzern-Return-on-Equity	12,2%	6,2%	6,0 PP	5,8%	4,8%	-	4,9%
Cost/Income Ratio	59,4%	61,5%	-2,1 PP	60,7%	59,1%	56,5%	58,3%
Return on Assets vor Steuern	1,23%	0,69%	0,54 PP	0,79%	0,60%	-	0,63%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,48%	2,48%	0,00 PP	2,78%	3,00%	3,24%	3,11%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,35%	0,93%	-0,58 PP	1,05%	1,64%	2,17%	1,39%
Bankspezifische Kennzahlen	31.12.	31.12.		31.12.	31.12.	31.12.	31.12.
NPL Ratio	5,7%	8,7%	-3,0 PP	9,2%	11,9%	11,4%	10,7%
NPE Ratio	5,1%	8,1%	-3,0 PP	8,6%	-	-	-
NPL Coverage Ratio	67,0%	75,2%	-8,1 PP	75,6%	71,3%	67,5%	63,1%
NPE Coverage Ratio	56,3%	66,3%	-10,0 PP	66,7%	-	-	-
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	71.902	67.911	5,9%	60.061	63.272	68.721	79.897
Gesamtes Eigenmittelerfordernis	5.752	5.433	5,9%	4.805	5.062	5.498	6.392
Gesamte Eigenmittel	12.892	11.804	9,2%	11.537	10.987	10.970	12.686
Common Equity Tier 1 Ratio (transitional)	12,9%	12,7%	0,2 PP	13,9%	12,1%	10,8%	10,7%
Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded)	12,7%	12,4%	0,3 PP	13,6%	11,5%	10,0%	-
Eigenmittelquote (transitional)	17,9%	17,4%	0,5 PP	19,2%	17,4%	16,0%	15,9%
Eigenmittelquote (fully loaded)	17,8%	17,1%	0,7 PP	18,9%	16,8%	15,1%	-
Aktienkennzahlen	1.1.–31.12.	1.1.–31.12.		1.1.–31.12.	1.1.–31.12.	1.1.–31.12.	1.1.–31.12.
Ergebnis je Aktie in €	3,34	1,58	110,8%	1,58	1,30	-2,17	1,83
Schlusskurs in € (31.12.)	30,20	-	-	17,38	13,61	12,54	25,62
Höchstkurs (Schlusskurs) in €	30,72	-	-	18,29	15,69	31,27	33,59
Tiefstkurs (Schlusskurs) in €	17,67	-	-	10,21	9,01	11,51	19,96
Anzahl der Aktien in Millionen (31.12.)	328,94	-	-	292,98	292,98	292,98	195,51
Marktkapitalisierung in € Millionen (31.12.)	9.934	-	-	5.092	3.986	3.672	5.009
Dividende je Aktie in €	0,62	-	-	-	-	-	1,02
Ressourcen	31.12.	31.12.		31.12.	31.12.	31.12.	31.12.
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	49.700	50.203	-1,0%	48.556	51.492	54.730	57.901
Geschäftsstellen	2.409	2.522	-4,5%	2.506	2.705	2.866	3.025
Kunden in Millionen	16,5	17,0	-2,8%	14,1	14,9	14,8	14,6

Seit Jänner 2017 ist das von der RZB eingebrachte Geschäft in der RBI vollständig enthalten. Die aktuellen RBI-Zahlen beziehen sich auf die verschmolzene Bank; sofern nicht anders angegeben, basieren die historischen Pro-forma-Zahlen auf dem fusionierten Institut (Berücksichtigung der Verschmelzung).

Mit Raiffeisen Bank International (RBI) wird in diesem Bericht der RBI-Konzern bezeichnet. Ist dagegen die Raiffeisen Bank International AG gemeint, wird der Begriff RBI AG verwendet. Mit RZB AG ist die Raiffeisen Zentralbank Österreich AG gemeint.

Über die RBI

Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden	6
Vorstand der RBI	8
Bericht des Aufsichtsrats	10
Raiffeisen im Überblick	12
Strategie der RBI	14
RBI auf dem Kapitalmarkt	15
Corporate-Governance-Bericht	19

„Wir wollen wieder wachsen.“

Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden Dr. Johann Strobl

Die RBI präsentiert sich mit einem neuen Vorstandsteam, dessen Vorsitzender Sie sind. Was reizt Sie an der neuen Aufgabe?

Ich kann mich jetzt noch stärker mit strategischen Themen befassen als während meiner Zeit im Risikomanagement. Gemeinsam mit meinen Vorstandskollegen bilden wir ein starkes Team. Die Früchte dieser guten Zusammenarbeit zeigen sich im Erfolg der Bank. Dabei hat sich das Team zuletzt etwas verändert: Im Vorstand hatten wir aufgrund der Verschmelzung von RBI und RZB sowie durch den Abgang von Klemens Breuer drei Neuzugänge: Hannes Mösenbacher als ehemaliger Bereichsleiter im Risk Controlling der RBI hat im Zuge der Verschmelzung meine Aufgaben im Risikomanagement übernommen. Andrii Stepanenko, der zuletzt stellvertretender Vorstandsvorsitzender und Retail-Vorstand der Raiffeisenbank in Russland war, verantwortet nun das Retail Banking bei uns. Lukasz Januszewski übernimmt den Bereich Markets, er war davor Mitglied des Vorstands der Raiffeisen Bank Polska und dort für den Bereich Markets und Investment Banking verantwortlich. Darüber hinaus profitieren wir von einer guten Ausgangslage, nachdem die RBI das umfassendste Transformationsprogramm ihrer Geschichte durchlaufen hat. Wir sehen uns für die Herausforderungen etwa eines anhaltenden Niedrigzinsumfelds oder strenger regulatorischer Vorgaben gewappnet.

Was waren die Schwerpunkte dieses Transformationsprogramms?

Ziel des Programms war die deutliche Verbesserung unseres Risikoprofils und unserer Kapitalposition. Wir haben deshalb den Ausstieg aus ausgewählten Märkten wie Asien, den USA und Slowenien oder aus bestimmten Bereichen wie der Automobilfinanzierung in Russland beschlossen und umgesetzt. Dazu gehört aber auch die Neupositionierung einiger unserer Netzwerkbanken, um vor allem in Osteuropa die Auswirkungen politischer Risiken für unser Haus zu minimieren. Zudem ist es durch die Verschmelzung von RBI und RZB gelungen, die Komplexität der Gruppe zu reduzieren. Wir haben unser Programm nicht nur mehr als ein Jahr früher als geplant abgeschlossen, sondern dabei auch unsere Kapitalziele deutlich übererfüllt. In der Folge ist die CET1 Ratio (fully loaded) der damaligen RBI von 10 Prozent Ende 2014 auf 12,7 Prozent zum Ende der Berichtsperiode für das fusionierte Institut gestiegen. Folglich konnten wir schon 2017 unsere Aufmerksamkeit auf die Profitabilität unserer Bank richten. Dies ist in der positiven Entwicklung des Jahresergebnisses deutlich zu sehen.

Wie bewerten Sie das Jahresergebnis, und auf welche Faktoren lässt es sich vornehmlich zurückführen?

Mit einem Konzerngewinn von 1.116 Millionen Euro – also mehr als einer Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr – ist das Jahr 2017 für die RBI sehr gut gelaufen. Einerseits konnten wir unsere Nettozinsspanne stabilisieren und dies sogar in Osteuropa, obwohl die Leitzinsen dort mehrmals gesenkt wurden. Positiv hat sich andererseits der Rückgang der Risikokosten ausgewirkt, insbesondere in Osteuropa. Neben dem erfolgreichen Verkauf notleidender Kredite war dafür eine spürbare Abnahme der Neudotierungen zu Kreditrisikovorsorgen verantwortlich. Erfreulich ist auch die Entwicklung des Provisionsüberschusses, den wir im Jahresvergleich um rund 120 Millionen Euro gesteigert haben. Als Folge dieser Entwicklungen konnten wir in all unseren Märkten Gewinne schreiben.

Das klingt so, als ob sich die Aktionäre Hoffnungen auf eine Dividende machen könnten?

Wenn es um das Thema Dividende geht, möchte ich mich zunächst ganz herzlich bei unseren Aktionären für ihre Geduld und ihre Treue bedanken. In der schwierigen Phase seit 2014 und während des erforderlichen Aufbaus unseres Kernkapitals aufgrund regulatorischer Vorgaben wäre die Auszahlung einer Dividende nicht vertretbar gewesen. Durch unser Transformationsprogramm und das sehr gute Jahresergebnis haben wir unsere Kapitalausstattung nun aber so gestärkt, dass der Vorstand der Hauptversammlung für das Jahr 2017 eine Dividende in Höhe von 0,62 Euro je Aktie vorschlagen wird.

Es läuft also gut für die RBI. Stehen dennoch weitere Optimierungen an?

Im Rahmen des Transformationsprogramms sind uns erhebliche Verbesserungen gelungen. Veränderungen im Kundenverhalten und vor allem neue Technologien bieten uns viele weitere Möglichkeiten in praktisch allen Bereichen. Besonders erwähnen möchte ich ein großes Projekt in Polen. 2016 lag die Cost/Income Ratio der Raiffeisen Polbank mit 78,7 Prozent deutlich über unserem Mittelfristziel. Aus diesem Grund wurden umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Effizienz eingeleitet, die auch 2018 fortgesetzt werden. Unter anderem wurden bereits 62 Geschäftsstellen geschlossen, und viele weitere werden effizienter gestaltet. Investiert wird zudem in die digitale Transformation, vor allem in Self-Service-Lösungen und Remote Banking. Auch das polnische Online-Nutzerverhalten untersuchen wir, um unser Produktangebot zielgerichtet zu verbessern. Die Raiffeisen Polbank befindet sich also inmitten eines ehrgeizigen Optimierungsprogramms, das bereits erste Erfolge erkennen lässt. So wurde die Cost/Income Ratio 2017 schon auf 59,8 Prozent reduziert, und wir erwarten, dass diese Kennziffer 2019, im ersten Jahr nach Abschluss aller Projekte, noch deutlich besser sein wird.

Wenn wir nun über einzelne Märkte sprechen – wie geht es Ihnen in Russland?

Russland ist für uns nach wie vor ein wichtiger Markt, der mit 443 Millionen Euro Gewinn nach Steuern auch im letzten Jahr ein bedeutender Ergebnisbringer für die RBI war. Wir wollen in Russland wieder wachsen, und das sollte angesichts der guten Fundamentaldaten in Zukunft auch möglich sein. Dieses Wachstum soll sich aber im Rahmen des durchschnittlichen Zuwachses unserer anderen Märkte bewegen, um eine gewisse Ausgewogenheit zu wahren. Bei den Firmenkunden konzentrieren wir uns dabei auf multinationale und große lokale Unternehmen, im Retail-Geschäft liegt unser Augenmerk auf gehobenen Privatkunden sowie kleinen und mittleren Unternehmen. Damit ist klar, dass hochwertiger Kundenservice im Vordergrund steht. Aber auch an unserer operativen Effizienz in Russland arbeiten wir.



Welche Wachstumserwartungen haben Sie in den anderen Märkten Zentral- und Osteuropas?

Wir erwarten in den kommenden Jahren ein durchwegs sehr günstiges makroökonomisches Umfeld in Zentral- und Osteuropa. So hat das Bruttoinlandsprodukt in Zentraleuropa im Jahr 2017 um 4,4 Prozent und jenes in Südosteuropa um 5,1 Prozent zugenommen. Für 2018 und 2019 rechnen wir mit Steigerungsraten von 4,1 bzw. 3,6 Prozent in Zentraleuropa und von 3,7 bzw. 3,3 Prozent in Südosteuropa. Diese Raten sind zwar niedriger als in den Jahren vor der Finanzkrise, dafür sollten sie nachhaltiger sein – vorausgesetzt, es gibt keine externen Schocks. Diese Prognosen versprechen ein robustes Wirtschaftswachstum mit einer entsprechenden Zunahme in der Kreditnachfrage in fast allen Staaten der Region.

Ist die Phase der Konsolidierung jetzt vorüber?

Wir wollen wieder wachsen. In der aktuellen Situation setzen wir auf selektives Wachstum, das heißt, auf einige Länder wollen wir einen besonderen Schwerpunkt setzen. Dabei handelt es sich durchwegs um Märkte, die sich durch Stabilität und hervorragende Konjunkturaussichten auszeichnen. Der Bevölkerung geht es dort im Schnitt gut, die Arbeitslosigkeit hat sich deutlich reduziert. Und viele Unternehmen in diesen Ländern planen zu wachsen, was wir als klassische Kundenbank unterstützen. Angesichts der guten Kapitalsituation prüfen wir auch Ankäufe von Portfolien. Unsere Strategie ist es, eine führende Universalbank in CEE zu sein, und dazu ist fokussiertes Wachstum unerlässlich.

Ein Thema, das derzeit in aller Munde ist, heißt Digitalisierung. Wie sieht es damit in der RBI aus?

Wir sehen interessante Chancen für unsere Geschäftsprozesse, die sich durch die Digitalisierung ergeben. Diese loten wir aus und werden sie konsequent nutzen, wenn sie sich positiv auf die Effizienz und die Kundenbindung auswirken. Besonders Letzteres hat für uns als Relationship-Bank, die den Mehrwert für den Kunden in den Vordergrund stellt, hohe Priorität. Mit der Tatra banka haben wir auch bereits einen Digitalisierungsvorreiter im Konzern. So bietet unsere slowakische Tochter als eine der ersten Banken in der Region innovative digitale Lösungen – etwa Bezahlen per Smartphone, ohne dass die Beteiligten dazu ihre Kontodaten austauschen müssen. Der Einsatz biometrischer Stimmerkennung in Call Centern ist ein weiteres Beispiel. Das hier gewonnene Know-how übertragen wir nach und nach auf andere Märkte, wo die überwiegend junge Bevölkerung in der Regel aufgeschlossen für derartige Innovationen ist. Ein weiterer Schritt in Richtung Digitalisierung ist unser Elevator Lab – ein Programm, bei dem wir eng mit Fintechs, also technologieorientierten Unternehmen mit innovativen Lösungsideen für die Finanzindustrie, kooperieren. Wieder ein anderes Beispiel unserer Aktivitäten im Bereich Digitalisierung ist unser Beitritt zu R3. Das ist ein internationales Konsortium, dessen mehr als 160 Mitglieder an Pilotprojekten zur kommerziellen Nutzung von Blockchain-Applikationen arbeiten.

Abschließend noch eine Frage, die Ihre Anteilseigner interessieren dürfte: Wie sehen Sie die Entwicklung der RBI-Aktie?

Das Kursplus unserer Aktie von 74 Prozent im Jahresverlauf – ein Anstieg von 17,38 Euro auf 30,20 Euro – ist in der Tat sehr erfreulich. Dies spiegelt auch die Ertragskraft der RBI wider. Damit war unsere Aktie die erfolgreichste sowohl im österreichischen Aktienindex ATX als auch im europäischen Bankenindex Euro Stoxx Banks. Was ich neben den eingangs genannten Erfolgsfaktoren und den günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aber noch ergänzen möchte: Ein wesentlicher Faktor, der für unsere guten Ergebnisse unabdingbar ist, sind unsere Mitarbeiter. Ihnen möchte ich hier vielmals für ihren großartigen Einsatz danken.

Vorstand der RBI



Dr. Johann Strobl

Chairman's Office
 Group Communications
 Group Compliance¹
 Group Digital Banking
 Group Executive Office
 Group Human Resources
 Group Internal Audit¹
 Group Marketing
 Group Participations
 Group Regulatory Affairs
 Group Strategy
 Group Sustainability Management
 International Banking Units
 Legal Services
 Group Asset Management
 (via RCM)²
 Group Business Management
 & Development²
 Group Capital Markets²
 Group Investment Banking²
 Institutional Clients²
 Raiffeisen Research²



Mag. Martin Gröll

Active Credit Management
 Group Investor Relations
 Group Planning & Finance
 Group Treasury
 Tax Management



Mag. Andreas Gschwenter

COO Strategy, Governance
& Change
Group Efficiency Management
Group IT
Group Procurement, Cost &
Real Estate Management
Group Project Portfolio & Security
Head Office Operations



Mag. Peter Lennkh

Corporate Customers
Corporate Finance
Group Corporate Business
Strategy & Steering
International Business Support
International Leasing Steering & Product
Management
Trade Finance & Transaction Banking
International Consumer &
Small Business Banking³
International Premium &
Private Banking³
International Retail Strategy & Products³



Dr. Hannes Mösenbacher

Financial Institutions, Country
& Portfolio Risk Management
Group Corporate Credit
Management
Group Risk Controlling
Group Special Exposures
Management
International Retail Risk
Management
Sector Risk Controlling
Services

¹ Berichtet an den Gesamtvorstand und Aufsichtsrat

² Berichtet vorübergehend an den CEO

³ Berichtet vorübergehend an das Vorstandsmitglied für Corporate Banking
Stand: 31.12.2017

Bericht des Aufsichtsrats

Rückblick und Ergebnisentwicklung

Das Geschäftsjahr 2017 war einerseits von einem Konjunkturaufschwung in Österreich und in unseren Kernmärkten, andererseits von einem – insbesondere in der Eurozone – weiterhin niedrigen Zinsniveau geprägt. Die insgesamt positive makroökonomische Gesamtentwicklung und das freundliche Marktumfeld trugen dazu bei, dass sich das Konzernergebnis der RBI im Vergleich zum Vorjahr erfreulich stark verbesserte. Bei einem erhöhten Betriebsergebnis wirkte sich vor allem der Rückgang der Risikokosten positiv aus. Neben dem erfolgreichen Verkauf notleidender Kredite war dafür eine spürbare Abnahme der Neudotierungen zu Kreditrisikovorsorgen verantwortlich.

Das 2017 erzielte Ergebnis bestätigt auch die in den vergangenen Jahren getroffenen strategischen Entscheidungen. Sie trugen maßgeblich dazu bei, dass die RBI aus einer herausfordernden Transformationsphase erfolgreich und gestärkt hervorgehen konnte. Dies zeigt sich auch in einer stetigen Stärkung der Kapitalbasis, einem ausgewogenen Risikoprofil sowie einer von 8,7 Prozent (pro forma 2016) auf 5,7 Prozent wesentlich reduzierten NPL-Quote. Diese Verbesserung der Qualität der Aktiva beruht nicht zuletzt auf dem konsequenten Abbau von notleidenden Krediten in den letzten Jahren.

Verschmelzung RZB mit RBI

Die Verschmelzung der Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft mit der RBI AG wurde plangemäß mit Firmenbucheintragung am 18. März 2017 umgesetzt. Damit wurden auch die Änderungen im Vorstand unter dem Vorsitz von Dr. Johann Strobl wirksam. In weiterer Folge bestellte die ordentliche Hauptversammlung am 22. Juni 2017 einen neuen Aufsichtsrat. Dabei erfolgte durch eine Erhöhung des Anteils der Frauen im Aufsichtsrat auch eine Stärkung der Diversität. In seiner konstituierenden Sitzung wählte der Aufsichtsrat seinen neuen Vorsitzenden und die beiden Stellvertreter, beschloss die Zusammensetzung seiner Ausschüsse und richtete gemäß § 12 Abs 2 der Satzung einen Beirat mit rein beratender Funktion ein. An dieser Stelle möchte ich im Namen des gesamten Aufsichtsrats Dr. Walter Rothensteiner sowie den anderen aus dem Aufsichtsrat ausgeschiedenen Mitgliedern besonderen Dank für ihre langjährige und erfolgreiche Tätigkeit ausdrücken.

Veränderungen im Vorstand

Mit Ende Oktober 2017 legte Dkfm. Klemens Breuer, stellvertretender Vorstandsvorsitzender, sein Mandat aus persönlichen Gründen zurück. Nach einer intensiven Suche bestellte der Aufsichtsrat auf Empfehlung des Nominierungsausschusses am 7. Dezember 2017 Andrii Stepanenko zum Vorstand mit Zuständigkeit für den Retail-Bereich sowie am 15. Jänner 2018 Lukasz Januszewski zum Vorstand für den Bereich Markets und Investment Banking. Mit diesen wichtigen personellen Entscheidungen hat der Aufsichtsrat das Vorstandsteam der RBI im Sinn der strategischen Bedeutung unserer Kernmärkte in Zentral- und Osteuropa verstärkt.

Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse wurden im Geschäftsjahr 2017 vom Vorstand in vier Sitzungen des Aufsichtsrats, acht Sitzungen des Arbeitsausschusses, vier Sitzungen des Risikoausschusses, jeweils zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses, des Vergütungsausschusses, des Nominierungsausschusses und des Personalausschusses zeitnah und umfassend über die wichtigsten politischen, ökonomischen, regulatorischen und rechtlichen Entwicklungen und potenziellen Risiken sowie über die einzelnen Geschäftsbereiche, die Risikoentwicklung und die Geschäftsentwicklung der RBI und der Konzernunternehmen schriftlich und mündlich informiert. Dadurch konnte der Aufsichtsrat einerseits seiner Aufgabe der Überwachung und Beratung des Vorstands ordnungsgemäß nachkommen und sich andererseits über das gesamte Geschäftsjahr hinweg ein ganzheitliches Bild von der Entwicklung der RBI machen. Neben den ordentlichen Aufsichtsratssitzungen bzw. Ausschusssitzungen fanden anlassbezogen zudem je eine außerordentliche Sitzung des Aufsichtsrats und des Vergütungsausschusses sowie fünf des Nominierungsausschusses statt. Über die Arbeit der Ausschüsse berichteten die jeweiligen Vorsitzenden regelmäßig im Aufsichtsrat.

In den Aufsichtsratssitzungen wurden dem Vorstand auch Arbeitsaufträge erteilt, über deren Umsetzung und Ergebnisse in den folgenden Sitzungen berichtet wurde. Der Vorstand wurde auch ersucht, laufend zu Themen zu berichten, die für den Aufsichtsrat aufgrund ihrer unternehmensspezifischen oder strategischen Bedeutung im Vordergrund standen. Dies betraf insbesondere die Geschäfts- und Risikoentwicklung, die Digitalisierungsstrategie sowie die Entwicklung der Konzerntöchter mit Fokus auf die Raiffeisen Bank Polska.

Zudem vertieften die Aufsichtsratsmitglieder im Rahmen von Schulungen ihr Wissen über aktuelle sowie bankenregulatorische Themen. Zwischen den Sitzungen tauschten sich der Aufsichtsratsvorsitzende bzw. seine Stellvertreter laufend mit dem Vorstand über aktuelle Themen aus. Die Mitglieder informierten sich zudem regelmäßig im Rahmen von Expertengesprächen über die im Aufsichtsrat zu behandelnden Themen. Insgesamt erfüllten die Mitglieder des Aufsichtsrats ihre Kontrollpflicht gewissenhaft und trafen ihre Entscheidungen begründet.

Konzern- und Jahresabschluss

Der vorliegende Konzernabschluss (Erfolgsrechnung, Bilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang) sowie der Jahresabschluss der RBI wurden von der KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft (KPMG) geprüft. Da die Prüfung keinerlei Anlass zu Beanstandungen gab und den gesetzlichen Vorschriften voll entsprochen wurde, wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Nach eingehender Prüfung und Erörterung des Konzernsowie des Jahresabschlusses im Aufsichtsrat und im vorgelegerten Prüfungsausschuss billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss der RBI. Dieser wurde damit gemäß § 96 Abs 4 AktG festgestellt. Der Konzernabschluss wurde vom Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen.

Corporate-Governance-Bericht und nichtfinanzieller Bericht

Die Einklangsprüfung des Corporate-Governance-Berichts nach § 243c des österreichischen Unternehmensgesetzbuchs (UGB) wurde von der KPMG durchgeführt. Für die RBI wurde ein gesonderter konsolidierter nichtfinanzieller Bericht nach § 267a UGB, der auch die Angaben nach § 243b UGB für das Mutterunternehmen enthält, erstellt und von der KPMG geprüft. Dieser Bericht wurde gemäß § 96 Abs 1 AktG vom Aufsichtsrat geprüft. Sowohl beim Corporate-Governance-Bericht als auch beim nichtfinanziellen Bericht gab es keinerlei Anlass zu Beanstandungen.

Strategie 2018

Die RBI wird ihre Strategie als führende Universalbank in CEE und Österreich mit dem übergeordneten Ziel langfristiger Wertschaffung weiterverfolgen. Dabei ist für die nächsten Jahre selektives Wachstum in ausgewählten Kernmärkten geplant, die sich durch Stabilität und gute Konjunkturaussichten auszeichnen. Effektives Kapital- und umsichtiges Risikomanagement sowie die weitere Reduktion des Anteils der notleidenden Kredite bleiben auch künftig von hoher Bedeutung. Herausforderungen stellen die anhaltend hohen regulatorischen Anforderungen, politische Risiken sowie die fortschreitende Digitalisierung und die damit verbundenen Veränderungen des Wettbewerbsumfelds dar. Diese Themen haben Vorstand und Aufsichtsrat 2018 daher verstärkt im Blick. Für 2018 erwartet der Aufsichtsrat unter den bestehenden positiven Rahmenbedingungen ein erfolgreiches Geschäftsjahr.

Im Namen des Aufsichtsrats bedanke ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Leistungen im abgelaufenen Geschäftsjahr und bitte sie gleichzeitig um ihr unvermindertes Engagement bei der Bewältigung der künftigen Herausforderungen.



Für den Aufsichtsrat
Erwin Hameseder, Vorsitzender



Raiffeisen im Überblick

Die Raiffeisen Bankengruppe Österreich (RBG)

Die RBG ist die größte Bankengruppe des Landes und verfügt über das dichteste Bankstellennetz Österreichs. In der Finanzierung liegt der Schwerpunkt bei klein- und mittelständischen Handels-, Dienstleistungs-, Gewerbe- und Industrieunternehmen, im Tourismus und in der Landwirtschaft.

Die dreistufig aufgebaute RBG besteht aus selbständigen und lokal tätigen Raiffeisenbanken (1. Stufe), den ebenfalls selbständigen acht Raiffeisen-Landeszentralen (2. Stufe) sowie der RBI AG (3. Stufe).

Die 407 Raiffeisenbanken mit ihren Bankstellen sowie die Landeszentralen und Spezialgesellschaften bilden ein flächendeckendes und weitläufiges Bankstellennetz. Die Raiffeisenbanken sind Universalbanken, die sämtliche Bankdienstleistungen anbieten, und sie sind gleichzeitig Eigentümer ihrer jeweiligen Raiffeisen-Landeszentrale.

Die Raiffeisen-Landeszentralen (Raiffeisen Landesbanken bzw. Raiffeisenverband) übernehmen den Liquiditätsausgleich und bieten weitere zentrale Dienstleistungen für die Raiffeisenbanken ihres Wirkungsbereichs an.

Die Raiffeisen-Landeszentralen wiederum sind der RBI AG als Zentralinstitut der RBG angeschlossen.

Die Österreichische Raiffeisen-Einlagensicherung eGen

Die Einlagensicherung und die Anlegerentschädigung sind in Österreich im Bundesgesetz über die Einlagensicherung und Anlegerentschädigung bei Kreditinstituten (Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz – ESAEG) geregelt. Für die Raiffeisenbanken, die Raiffeisen-Landeszentralen und die RBI AG nimmt die Österreichische Raiffeisen-Einlagensicherung eGen (ÖRE) die Funktion der gesetzlichen Einlagensicherung und Anlegerentschädigung wahr.

Die Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich (RKÖ)

Die Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich (RKÖ) ergänzt seit dem Jahr 2000 die gesetzliche Einlagensicherung der RBG nach Maßgabe der wirtschaftlichen Reserven der teilnehmenden Banken. In der RKÖ haben sich die Landes-Kundengarantiegemeinschaften mit der RBI AG auf Bundesebene zusammengeschlossen. Derzeit sind Raiffeisenbanken und sechs Raiffeisen Landesbanken sowie die RBI AG Mitglieder der RKÖ. Im Anlassfall werden die wirtschaftlichen Reserven aller beigetretenen Banken in rechtlich verbindlicher Weise herangezogen. Den Kunden werden dann werthaltige Forderungen gegenüber anderen Instituten der RBG angeboten.

Institutionelle Sicherungssysteme (IPS)

In der RBG sind seit Ende 2013 mehrere institutionelle Sicherungssysteme etabliert. Dazu wurden vertragliche oder satzungsmäßige Haftungsvereinbarungen geschlossen, die die teilnehmenden Institute absichern und insbesondere bei Bedarf ihre Liquidität und Solvenz sicherstellen. Basis für diese institutionellen Sicherungssysteme ist die einheitliche und gemeinsame Risikobeobachtung im Rahmen eines Früherkennungssystems gemäß Artikel 113 Abs 7 CRR (Kapitaladäquanzverordnung der Europäischen Union – Capital Requirements Regulation). Entsprechend der Aufbauorganisation der RBG wurden auch die institutionellen Sicherungssysteme in zwei Stufen konzipiert (derzeit ein Bundes-IPS und sechs Landes-IPS).

Die RBI AG als Spitzeninstitut der RBG ist Mitglied des Bundes-IPS, an dem neben den Raiffeisen-Landeszentralen, die Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien regGenmbH, die Posojilnica Bank eGen (ehemals ZVEZA Bank), die Raiffeisen Wohnbau-bank AG sowie die Raiffeisen Bausparkasse GmbH teilnehmen. Das Bundes-IPS unterliegt eigenen aufsichtsrechtlichen Bestimmungen. Hierzu wurden die Genehmigungen der zuständigen Aufsichtsbehörden EZB und FMA erteilt, dass nach Art. 49 Abs 3 CRR die Raiffeisen-Landeszentralen ihre Beteiligung an der RBI AG nicht von den Eigenmitteln abziehen müssen und dass nach Art 113 Abs 7 CRR Forderungen zwischen den Bundes-IPS-Mitgliedern mit einem Risikogewicht von null Prozent angesetzt werden dürfen. Als Folge sind auch auf Ebene des Bundes-IPS Eigenmittelbestimmungen auf konsolidierter Basis einzuhalten.

Vergleichbare Regeln gelten für die Mitglieder der Landes-IPS. Die IPS ergänzen somit als weitere Bausteine die gegenseitige Unterstützung im Rahmen der RBG im Fall wirtschaftlicher Probleme eines Mitgliedsinstituts.

Raiffeisen Bank International

Die RBI betrachtet Österreich, wo sie als eine führende Kommerz- und Investmentbank tätig ist, sowie Zentral- und Osteuropa (CEE) als ihren Heimmarkt. 14 Märkte der Region werden durch Tochterbanken abgedeckt, darüber hinaus umfasst die Gruppe zahlreiche andere Finanzdienstleistungsunternehmen, beispielsweise in den Bereichen Leasing, Vermögensverwaltung und M&A.

Insgesamt betreuen knapp 50.000 Mitarbeiter der RBI 16,5 Millionen Kunden in mehr als 2.400 Geschäftsstellen, der überwiegende Teil davon in CEE. Seit 2005 notiert die Aktie der RBI AG an der Wiener Börse.

Die Bilanzsumme der RBI belief sich zum Jahresende 2017 auf € 135 Milliarden. Die Raiffeisen-Landeszentralen halten rund 58,8 Prozent der RBI-Aktien, die restlichen rund 41,2 Prozent befinden sich im Streubesitz.

Im März 2017 erfolgte die Verschmelzung der RZB AG, die bis dahin Mehrheitseigentümerin der RBI AG war, auf die RBI AG, die dabei zur Gänze die Rechte, Pflichten und Aufgaben der übertragenden Gesellschaft RZB AG, insbesondere die Rolle als Zentralinstitut der RBG, übernahm.

Die Märkte der RBI

2017	Bilanzsumme in € Millionen	Veränderung ¹	Geschäftsstellen	Mitarbeiter
Polen	11.724	- 2,7%	237	3.871
Tschechien	16.125	9,2%	132	3.325
Slowakei	12.606	6,3%	190	3.867
Ungarn	7.040	6,6%	71	1.993
Segment Zentraleuropa	46.814	4,6%	631	13.069
Albanien	1.883	- 5,9%	78	1.229
Bosnien und Herzegowina	2.156	4,8%	98	1.277
Bulgarien	3.723	10,0%	136	2.576
Kosovo	922	2,9%	48	730
Kroatien	4.606	- 1,8%	75	2.106
Rumänien	8.144	2,9%	454	5.333
Serbien	2.277	8,6%	89	1.541
Segment Südosteuropa	23.709	2,9%	978	14.792
Belarus	1.518	- 0,4%	90	1.906
Russland	12.060	2,5%	185	8.229
Ukraine	2.004	- 1,2%	500	7.997
Segment Osteuropa	15.579	1,7%	775	18.132
Group Corporates & Markets Segment	41.435	2,0%	25	2.680
Segment Corporate Center	37.204	8,6%	-	1.027
Überleitung/Sonstige	- 29.595	-	-	-
Gesamt	135.146	0,3%	2.409	49.700

¹ Die Veränderung der Bilanzsummen in lokalen Währungen gegenüber dem 31. Dezember 2016 weicht durch die Euro-Wechselkurse ab.

Strategie der RBI

Langfristige Wertschaffung als übergeordnetes Ziel

Die RBI ist eine führende Universalbank in der Region CEE und in Österreich. Ihre Geschäftsaktivitäten umfassen das Kundengeschäft, Finanzdienstleistungen für Privatkunden in CEE sowie das Geschäft mit Banken und anderen institutionellen Kunden. Die Herausforderungen für das Geschäftsmodell der RBI werden weiterhin von aufsichtsrechtlichen Auflagen, bankenspezifischen Abgaben, politisch motivierten Marktinterventionen, dem nach wie vor andauernden Niedrigzinsumfeld sowie technologischen Entwicklungen und neuen Wettbewerbern geprägt sein. Um diesen Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können, setzte die RBI ein Transformationsprogramm um. Nach der Verschmelzung von RBI und RZB liegt der strategische Fokus für die nächsten Jahre auf Wachstum in den vielversprechendsten Märkten. Dabei wird die RBI weiterhin auf die Region CEE fokussieren, die strukturell höhere Wachstumsraten als Westeuropa bietet und damit ein attraktiveres Zins- und Ertragsniveau aufweist. Ergänzt um führende Spezialinstitute in Österreich – insbesondere Bausparkasse, Vermögensverwaltung und Pensionskasse – profitiert die RBI dabei von der Stabilität der österreichischen Geschäftsfelder. Damit ergibt sich in Summe ein ausgewogenes, attraktives Geschäftsportfolio.

Das Geschäftsmodell der RBI beruht auf folgenden Kernkompetenzen:

- Die RBI pflegt und entwickelt eine starke und vertrauenswürdige Marke, die Basis für das Geschäftsmodell ist.
- Die RBI stellt allen Privatkundensegmenten umfassende Finanzdienstleistungen über den vom Kunden jeweils präferierten Vertriebs- und Kommunikationskanal zur Verfügung.
- Die RBI ist ein verlässlicher Geschäftspartner für Kommerzkunden und institutionelle Kunden mit Bezug zur Zielregion und bietet Finanzdienstleistungen entsprechend internationalen Standards an.
- Die RBI zeichnet sich durch eine starke lokale Verankerung, Kundennähe und nachhaltige Geschäftsbeziehungen aus.
- Die RBI nutzt die Stärken länderspezifischer Geschäftsansätze kombiniert mit Elementen zentraler Steuerungsvorgaben.

Daruf aufbauend betreut die RBI derzeit mehr als 16 Millionen Privatkunden, Private-Banking-Kunden und Kleinunternehmen, rund 90.000 Firmenkunden (mittelständische Unternehmen, lokale Großunternehmen, internationale Konzerne und lokale Gebietskörperschaften) sowie rund 9.000 institutionelle Kunden (Banken, Versicherungen und Vermögensverwaltungen, Staaten und öffentliche Organisationen). Die Bedürfnisse der Kunden, als deren „Financial Advisor“ sich die RBI sieht, stehen dabei immer im Mittelpunkt. Zielsetzung ist es, die Kunden entsprechend ihren Bedürfnissen möglichst umfassend mit den passenden Finanzdienstleistungen zu betreuen und damit langfristige Geschäftspartnerschaften aufzubauen. Typischerweise nutzen die Kunden dabei ganze Produktbündel. Wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung dieses Konzepts sind hochwertige Beratungsleistungen sowie innovative Lösungen.

Bei Privatkunden können dies z. B. Video- oder Telefonberatung oder modernste Internet- und Mobile-Banking-Lösungen sein. Mithilfe dieser Vertriebs- und Betreuungskanäle bietet die RBI ihren Kunden – neben den rund 2.400 Geschäftsstellen, die nach wie vor das Rückgrat der Betreuung darstellen – ein breites Produktspektrum an (z. B. Konto-Pakete, Zahlungsverkehr, Konsumentfinanzierung sowie Hypothekarkredite), aus dem sie entsprechend ihren Bedürfnissen wählen können. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf verständlichen und kundenfreundlichen Lösungen, einer erstklassigen Beratungsqualität sowie kurzen Informations- und Entscheidungswegen.

Bei Firmenkunden und institutionellen Kunden gilt das Augenmerk vor allem konzernübergreifenden Vertriebs- und Steuerungsinstrumenten mit Fokus auf kapital- und liquiditätsschonenden Produkten (insbesondere Handelsfinanzierungen, Kapitalmarktprodukten, Absicherung von Währungs-, Zins- und Kreditrisiken, Zahlungsverkehr). Konzernübergreifende Produktkompetenzzentren erhöhen dabei durch die Bündelung von Know-how die Effizienz und erleichtern den Kunden den Zugang zu komplexen Finanzierungsprodukten (z. B. im Bereich der Projekt-, Immobilien- und Exportfinanzierung oder von Kapitalmarkttransaktionen).

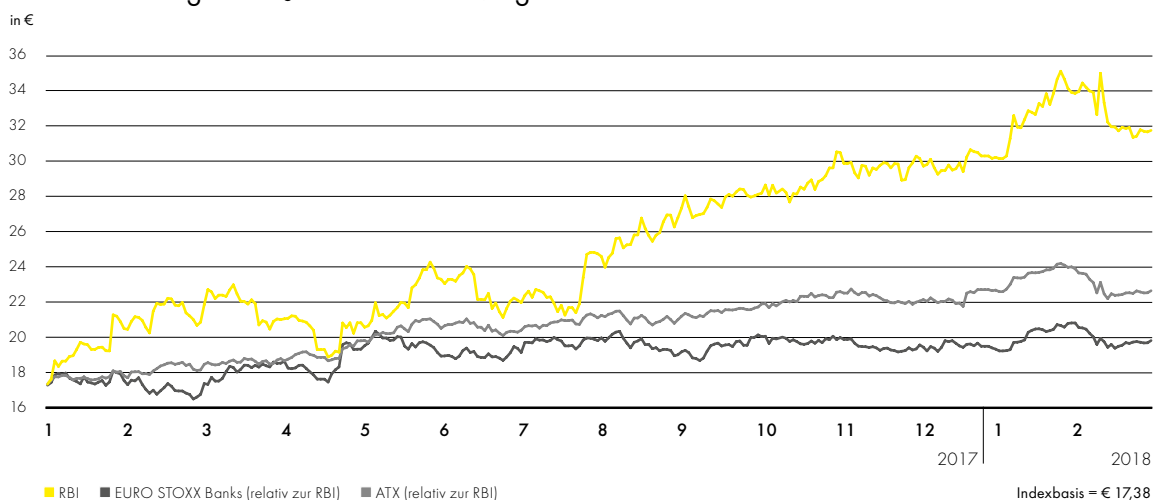
RBI auf dem Kapitalmarkt

Entwicklung der RBI-Aktie

Zum Jahresbeginn 2017 lag der Kurs der RBI-Aktie bei € 17,38 und stieg im weiteren Jahresverlauf kontinuierlich an. Kurz vor Jahresende erreichte die Aktie ihren Jahreshöchstkurs mit € 30,72. Der starke Kurszuwachs wurde einerseits getragen durch ein insgesamt freundliches Börseumfeld angesichts anhaltend niedriger Kapitalmarktzinsen, guter Unternehmensergebnisse sowie einer weltweit und auch im Euroraum weiter anziehenden Konjunktur. Auch die Wahlausgänge in den Niederlanden und insbesondere in Frankreich sorgten für eine Entspannung der politischen Situation in Europa und eine Rückkehr des Vertrauens internationaler Anleger in den Euro und die europäischen Kapitalmärkte. Andererseits beflügelten die positiven Geschäftszahlen der RBI und die erheblich verbesserten Kapitalquoten den Aktienkurs.

Der Aktienkurs koppelte sich daher seit Jahresmitte vom ATX und vom Euro Stoxx Banks immer deutlicher nach oben ab. Zum Jahresende notierte die RBI-Aktie bei € 30,20 und legte im Jahresverlauf um 74 Prozent zu. Damit übertraf ihre Wertentwicklung jene des ATX (plus 31 Prozent) bzw. des Euro Stoxx Banks (plus 11 Prozent) deutlich und machte sie 2017 zur erfolgreichsten Aktie in diesen beiden Indizes.

Kursentwicklung seit 1. Jänner 2017 im Vergleich zu ATX und EURO STOXX Banks



Zum Redaktionsschluss dieses Berichts am 27. Februar 2018 lag der Aktienkurs der RBI bei € 31,85. Damit gewann die Aktie 5 Prozent gegenüber dem Jahresultimo 2017 und entwickelte sich besser als der ATX (unverändert) und der Euro Stoxx Banks (plus 4 Prozent).

Zum Jahresultimo 2017 belief sich die Marktkapitalisierung auf € 9,9 Milliarden. Zum Redaktionsschluss lag dieser Wert bei € 10,5 Milliarden. Die Anzahl der ausgegebenen Aktien erhöhte sich mit der Eintragung der Verschmelzung der RZB AG mit der RBI AG im Firmenbuch am 18. März 2017 von 292.979.038 auf 328.939.621. Durch die im Zuge der Verschmelzung gestiegene Anzahl im Streubesitz befindlicher Aktien der RBI erhöhte sich auch die Gewichtung in den Indizes, in denen die Aktie enthalten ist.

Im Jahr 2017 wurden rund 140 Millionen Aktien der RBI gehandelt. Dies bedeutet ein Umsatzvolumen von € 3,3 Milliarden und einen durchschnittlichen Tagesumsatz von 567.068 Aktien.

Aktienkennzahlen und Details zur Aktie

Kurs zum 31. Dezember 2017	€ 30,20
Höchstkurs/Tiefstkurs (Schlusskurse) 2017	€ 30,72/€ 17,67
Ergebnis je Aktie 2017	€ 3,34
Buchwert je Aktie zum 31. Dezember 2017	€ 30,21
Marktkapitalisierung zum 31. Dezember 2017	€ 9,9 Milliarden
Durchschnittlicher Tagesumsatz (Einzelzählung) 2017	567.068 Stück
Börseumsatz (Einzelzählung) 2017	€ 3.298 Millionen
Streubesitz zum 31. Dezember 2017	rund 41,2%
ISIN	AT0000606306
Ticker-Symbole	RBI (Wiener Börse) RBI AV (Bloomberg) RBIV.VI (Reuters)
Marktsegment	Prime Market
Anzahl der ausgegebenen Aktien zum 31. Dezember 2017	328.939.621

Aktionärsstruktur

Die Raiffeisen Landesbanken halten nach der Verschmelzung von RBI AG und RZB AG rund 58,8 Prozent der RBI-Aktien, 41,2 Prozent befinden sich im Streubesitz. Mit einer breiten geografischen Streuung sowie unterschiedlichen Anlagezielen weisen die RBI-Aktionäre eine ausgewogene Struktur auf. Institutionelle Anleger kommen vor allem aus Nordamerika und Europa sowie zunehmend aus Asien und Australien. Darunter befinden sich auch Staatsfonds und supranationale Organisationen, die aufgrund ihrer bevorzugt langfristigen Investitionsstrategien Stabilität versprechen. Ebenso befindet sich eine große Anzahl von österreichischen Kleinanlegern unter den Investoren.

Rating der RBI

Im vergangenen Jahr wurde die RBI durch Moody's Investors Service sowie Standard & Poor's geratet. Die RBI steht in regelmäßigem Kontakt mit den Analysten der Rating-Agenturen und informiert diese laufend über ihre Geschäftsentwicklung, um eine möglichst zutreffende Bewertung sicherzustellen.

Rating	Moody's Investors Service	Standard & Poor's
Langfrist-Rating	A3	BBB+
Ausblick	stabil	positiv
Kurzfrist-Rating	P-2	A-2
Subordinated (Tier 2)	Baa3	BBB-
Additional Tier 1	Ba3(hyb)	BB
Junior Subordinated (Legacy Tier 1)	Ba3	BB+

Hauptversammlung und Dividendenvorschlag

Die ordentliche Hauptversammlung der RBI am 22. Juni 2017 stimmte allen Beschlussvorschlägen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten zu. Erwin Hameseder (Obmann der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien Beteiligungs GmbH) wurde zum neuen Vorsitzenden des Aufsichtsrats der RBI gewählt. Die Aufsichtsratsmandate von Heinrich Schaller (Generaldirektor der RLB OÖ) und Günther Reibersdorfer (Geschäftsleiter des Raiffeisenverbands Salzburg) wurden verlängert, Peter Gauper (Vorstandssprecher der RLB Kärnten), Wilfried Hopfner (Vorstandsvorsitzender der RLB Vorarlberg), Rudolf Könighofer (Generaldirektor der RLB Burgenland) und Johannes Ortner (Vorstandsvorsitzender der RLB Tirol) wurden neu in den Aufsichtsrat gewählt. Ebenfalls neu im Aufsichtsrat sind Eva Eberhartinger, Leiterin der Abteilung für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre am Institut für Revisions-, Treuhand- und Rechnungswesen an der Wirtschaftsuniversität Wien, sowie Birgit Noggler, selbstständige Steuerberaterin mit Finanzkompetenz aus früheren Tätigkeiten, unter anderem als CFO eines börsennotierten ATX-Unternehmens. Die Aufsichtsratsmitglieder wurden jeweils bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2021 beschließt, gewählt.

Der Vorstand hat am 12. Februar 2018 beschlossen, der Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2017 die Ausschüttung einer Dividende von € 0,62 je Aktie vorzuschlagen. Da die im Zuge der Verschmelzung von RBI AG und RZB AG emittierten neuen Aktien für das Geschäftsjahr 2017 voll dividendenberechtigt sind, würde daraus ein auf Basis der ausgegebenen Aktien gerechneter Maximalbetrag von rund € 204 Millionen resultieren. Die Zustimmung der Hauptversammlung vorausgesetzt, wird dieser Betrag am 2. Juli 2018 an die Aktionäre ausgeschüttet.

Kapitalmarktkommunikation

Im Jahr 2017 bot die RBI Investoren und Analysten auf 54 Kapitalmarktveranstaltungen vielfältige Möglichkeiten zur persönlichen Information. Die Aktivitäten wurden verglichen mit dem Vorjahr noch einmal deutlich verstärkt. Anlässlich der Veröffentlichung der Ergebnisse lädt die RBI regelmäßig österreichische Investoren zu einem Investor Lunch in Wien ein.

Am 8. Februar 2017 gab die RBI die vorläufigen Zahlen für das Geschäftsjahr 2016 bekannt. Anlässlich der Veröffentlichung der endgültigen Ergebnisse für das Geschäftsjahr 2016 am 15. März traf der Vorstand der RBI mit Investoren in Wien zusammen und hielt zudem eine Telefonkonferenz mit mehr als 200 Teilnehmern ab. Am darauffolgenden Tag lud die RBI institutionelle Investoren und Analysten zur Investoren-Präsentation nach London ein. Die Veranstaltung, die bereits seit einigen Jahren jeweils am Tag nach der Publikation des Jahresergebnisses stattfindet, stieß bei den über 60 Teilnehmern auf großes Interesse.

Im ersten Quartal nahm die RBI in Frankfurt, Linz, London und Zürich an Roadshows und Konferenzen teil. Am 17. Mai 2017 publizierte die RBI die Geschäftszahlen für das erste Quartal 2017. An der darauffolgenden Telefonkonferenz nahmen rund 180 internationale Analysten und institutionelle Investoren teil.

Interessierten Investoren bot die RBI im zweiten Quartal auf Roadshows und Konferenzen in Amsterdam, Budapest, Den Haag, Frankfurt, Kopenhagen, London, Madrid, Mailand, Paris, Rotterdam, Wien und Zürich Gelegenheit zu persönlicher Information. Im Juli wurde die Entscheidung getroffen, den Börsengang der polnischen Tochtergesellschaft Raiffeisen Bank Polska S.A. aufzuschieben. Am 10. August veröffentlichte die RBI die finalen Geschäftszahlen für das zweite Quartal. An der darauffolgenden Telefonkonferenz nahmen rund 200 internationale Analysten und institutionelle Investoren teil.

In der ersten Septemberhälfte nahmen der Vorstand und das Investor-Relations-Team der RBI an mehreren Konferenzen teil und trafen während einer weltweiten zweiwöchigen Roadshow zahlreiche Investoren in Taipeh, Hong Kong, Los Angeles, San Francisco, New York, Boston und London. Ende September fanden zudem in London ein Treffen mit Fremdkapitalanalysten sowie das jährliche Treffen mit Aktienanalysten statt, an das sich weitere Einzel- und Gruppengespräche mit Investoren anschlossen. Zudem fanden Meetings – sogenannte Sales force briefings – mit sieben internationalen Brokern statt.

Am 14. November gab die RBI die Geschäftszahlen für das dritte Quartal bekannt. An der Telefonkonferenz nahmen rund 160 internationale Analysten und institutionelle Investoren teil. Es folgte eine umfangreiche zweiwöchige Roadshow nach Abu Dhabi, Melbourne und Sydney, Hong Kong und Singapur, bei der rund 50 Investoren – etwa jeweils die Hälfte von der Fremd- und der Eigenkapitalseite – einschließlich einiger der 25 größten Einzelaktionäre der RBI und Staatsfonds im Rahmen von Einzel- und Gruppengesprächen besucht wurden. Die Teilnahme an Investorenkonferenzen in Frankfurt, Mailand, Paris, Prag, Stegersbach und Warschau rundete die umfangreichen Aktivitäten rund um die Kapitalmarktkommunikation im zweiten Halbjahr 2017 ab.

Neben 24 Aktienanalysten geben 19 Anleiheanalysten (Stand: 31. Dezember 2017) regelmäßig Empfehlungen zur RBI als Investment ab. Damit ist die RBI jenes Unternehmen in Österreich, über das die größte Anzahl von Analystenhäusern regelmäßig berichtet. 2017 wurden 448 Analystenreports über die RBI publiziert.

Die RBI ist bestrebt, die Marktteilnehmer stets bestmöglich zu informieren. Im Sinn einer möglichst weiten Verbreitung und guten Zugänglichkeit ihres Informationsangebots stellt sie Präsentationen im Rahmen von Telefonkonferenzen sowie wichtigen Veranstaltungen als Webcasts online bereit. Diese sind jederzeit im Internet unter www.rbinternational.com → Investor Relations → Präsentationen & Webcasts abrufbar.

Zusätzliches Kernkapital emittiert

Zur weiteren Optimierung ihrer Kapitalstruktur platzierte die RBI mit Valuta 5. Juli 2017 zusätzliches Kernkapital (AT1) mit unbegrenzter Laufzeit im Volumen von € 650 Millionen. Der Kupon beträgt bis Dezember 2022 6,125 Prozent p. a., danach wird er neu festgesetzt. Der Emission vorangegangen waren zahlreiche Investorenterminen an verschiedenen Destinationen in ganz Europa. Im Rahmen einer nicht transaktionsbezogenen Roadshow mit den Stationen Amsterdam, Den Haag, Kopenhagen, London, Madrid, Mailand, Rotterdam und Zürich von Ende Mai bis Mitte Juni wurden Marktteilnehmer über die neuesten Entwicklungen bei der RBI informiert. Ende Juni folgte eine transaktionsbezogene Roadshow im Vorfeld der geplanten AT1 Emission. Dem Informationsbedarf nach Ankündigung der Transaktion seitens mehr als 100 verschiedener Interessenten kamen drei Teams der RBI nach. Sie besuchten parallel Investoren in Amsterdam, Frankfurt, London, Paris, Wien und Zürich. Ferner fanden Telefonkonferenzen mit Investoren aus Asien und dem Mittleren Osten sowie mehreren Staatsfonds statt. Auf großes Interesse stieß auch eine vom Vorstand online durchgeführte Präsentation mit über 125 Teilnehmern. Das Feedback der Investoren aus diesen Gesprächen war sowohl hinsichtlich des zu platzierenden Volumens als auch hinsichtlich der Konditionen sehr positiv. Dies wird auch durch die dreifache Zeichnung der Emission innerhalb weniger Stunden belegt. Die Kaufaufträge kamen von Investoren insbesondere aus Großbritannien, Kontinentaleuropa und Asien.

Mit Valuta 24. Jänner 2018 platzierte die RBI erneut zusätzliches Kernkapital (AT1) mit unbegrenzter Laufzeit im Volumen von € 500 Millionen. Der Kupon beträgt bis Mitte Juni 2025 4,5 Prozent p. a. und wird danach neu festgesetzt. Im Vorfeld der Transaktion fanden zahlreiche Investoren-Calls statt. Damit hat die RBI ihr geplantes AT1-Emissionsprogramm abgeschlossen.

Finanzkalender 2018

15. März 2018	RBI Investor Presentation, London
1. Mai 2018	Beginn der Quiet Period
15. Mai 2018	Zwischenbericht 1. Quartal, Conference Call
11. Juni 2018	Nachweisstichtag Hauptversammlung
21. Juni 2018	Ordentliche Hauptversammlung
28. Juni 2018	Ex-Dividendentag
29. Juni 2018	Nachweisstichtag Dividenden
2. Juli 2018	Dividendenzahltag
26. Juli 2018	Beginn der Quiet Period
9. August 2018	Zwischenbericht 1. Halbjahr, Conference Call
31. Oktober 2018	Beginn der Quiet Period
14. November 2018	Zwischenbericht 1. bis 3. Quartal, Conference Call

Kontakt für Eigen- und Fremdkapitalgeber

E-Mail: ir@rbinternational.com
 Internet: www.rbinternational.com → Investor Relations
 Telefon: +43-1-71 707-2089
 Telefax: +43-1-71 707-2138

Raiffeisen Bank International AG
 Group Investor Relations
 Am Stadtpark 9
 1030 Wien, Österreich

Corporate - Governance - Bericht

Im vorliegenden Corporate-Governance-Bericht sind der Corporate-Governance-Bericht der RBI AG und der konsolidierte Corporate-Governance-Bericht der RBI gemäß § 267b des österreichischen Unternehmensgesetzbuchs (UGB) in Verbindung mit § 251 Abs 3 UGB in einem Bericht zusammengefasst.

Die RBI legt großen Wert auf eine verantwortungsvolle und transparente Unternehmensführung, um das Verständnis und das Vertrauen ihrer verschiedenen Interessengruppen – nicht zuletzt der Kapitalmarktteilnehmer – zu pflegen. Daher verpflichtet sie sich zur Einhaltung des Österreichischen Corporate Governance Kodex (ÖCGK) in seiner Fassung vom Jänner 2015 unter Berücksichtigung der die L-Regeln (Legal Requirement) betreffenden gesetzlichen Änderungen des Jahres 2017. Der ÖCGK ist auf der Website des Österreichischen Arbeitskreises für Corporate Governance (www.corporate-governance.at) und auf der Website der RBI (www.rbiinternational.com → Investor Relations → Corporate Governance) öffentlich zugänglich. Die RBI hat keine kapitalmarktorientierten Tochterunternehmen, die aufgrund gesetzlicher Vorschriften lokal zur Veröffentlichung eines Corporate-Governance-Berichts verpflichtet sind.

Transparenz ist ein Kernthema der Corporate Governance und damit auch von besonderer Bedeutung für die RBI. Der vorliegende Corporate-Governance-Bericht gliedert sich dabei nach den gesetzlichen Vorgaben des § 243c UGB und orientiert sich an dem in Anhang 2a des ÖCGK vorgegebenen Aufbau.

Der ÖCGK gliedert sich in L-, C- und R-Regeln. L-Regeln beruhen auf zwingenden Rechtsvorschriften. C-Regeln (Comply or Explain) sollen eingehalten werden; eine Abweichung muss erklärt und begründet werden, um ein kodexkonformes Verhalten zu erreichen. R-Regeln (Recommendation) haben Empfehlungscharakter; eine Nichteinhaltung muss weder offengelegt noch begründet werden.

Die RBI weicht von folgenden C-Regeln ab, erreicht aber durch nachstehende Erklärungen und Begründungen kodexkonformes Verhalten:

C-Regel 45: Wettbewerbsverbot für Aufsichtsratsmitglieder

Die RBI AG ist das Zentralinstitut der Raiffeisen Bankengruppe Österreich (RBG). Innerhalb der RBG ist die RBI das Zentralinstitut der Raiffeisen-Landeszentralen sowie sonstiger angeschlossener Kreditinstitute. Einige Mitglieder des Aufsichtsrats üben daher in ihrer Funktion als Eigentümervertreter auch Organfunktionen in Banken der RBG aus. Dadurch kann der Aufsichtsrat bei der Wahrnehmung seiner Kontrollfunktion zum Wohl des Unternehmens auf umfassendes branchenspezifisches Know-how und Erfahrung zurückgreifen.

C-Regel 52a: Die Anzahl der Mitglieder des Aufsichtsrats (ohne Arbeitnehmervertreter) beträgt höchstens zehn.

Derzeit setzt sich der Aufsichtsrat aus neun Kernaktionärsvertretern der RBG sowie drei Streubesitzvertretern zusammen und wurde damit gegenüber dem Vorjahr um zwei Mitglieder erweitert. Diese Erhöhung der Mitgliederzahl wurde in der ordentlichen Hauptversammlung vom 22. Juni 2017 beschlossen. Die Vergrößerung des Aufsichtsrats bringt zusätzliches branchenrelevantes Wissen und Erfahrung ein, erhöht die Diversität und stärkt den Aufsichtsrat in der Ausübung seiner Kontrollfunktion noch weiter.

Entsprechend der C-Regel 62 des ÖCGK beauftragte die RBI AG die KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft (KPMG), die Einhaltung der C-Regeln des Kodex extern zu evaluieren. Der Bericht über diese externe Evaluierung ist auf www.rbiinternational.com → Investor Relations → Corporate Governance → Evaluierung zum CG-Kodex öffentlich zugänglich.

Zusammensetzung des Vorstands

Zum 31. Dezember 2017 gehörten dem Vorstand folgende Mitglieder an:

Vorstandsmitglied	Geburtsjahr	Erstbestellung	Ende der Funktionsperiode
Dr. Johann Strobl Vorsitzender	1959	22. September 2010 ¹	28. Februar 2022
Mag. Martin Grill	1959	3. Jänner 2005	28. Februar 2020
Mag. Andreas Gschwenter	1969	1. Juli 2015	30. Juni 2018
Mag. Peter Lennkh	1963	1. Oktober 2004	31. Dezember 2020
Dr. Hannes Mösenbacher	1972	18. März 2017	28. Februar 2020

¹ Mit Wirksamkeit zum 10. Oktober 2010

Mit 18. März 2017 legte Dr. Karl Sevelda seine Funktion als Vorstandsvorsitzender zurück. Gleichzeitig wurden Dr. Johann Strobl zum Vorstandsvorsitzenden (zuvor stellvertretender Vorsitzender des Vorstands) und Dkfm. Klemens Breuer zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden (zuvor Vorstandsmitglied) bestellt.

Mit 31. Oktober 2017 legte Dkfm. Klemens Breuer (stellvertretender Vorstandsvorsitzender) seine Funktion zurück. Aufgrund seines Ausscheidens hat der Arbeitsausschuss die Geschäftsverteilung interimistisch neu geregelt. Mit 1. November 2017 übernahmen Dr. Johann Strobl den Vorstandsbereich Capital Markets und Mag. Peter Lennkh den Vorstandsbereich Retail Banking. Ein neuer stellvertretender Vorstandsvorsitzender war zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts nicht ernannt.

Mit 7. Dezember 2017 bestellte der Aufsichtsrat Andrii Stepanenko, Ph.D. vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde zum Mitglied des Vorstands. Nach Vorliegen der Genehmigung übernimmt Andrii Stepanenko, Ph.D. voraussichtlich im März 2018 den Bereich Retail Banking von Mag. Peter Lennkh.

Mit 15. Jänner 2018 bestellte der Aufsichtsrat Mag. Lukasz Januszewski vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde zum Mitglied des Vorstands. Nach Vorliegen der Genehmigung übernimmt Mag. Lukasz Januszewski voraussichtlich im März 2018 den Bereich Capital Markets von Dr. Johann Strobl.

Mitglieder des Vorstands hatten Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in den folgenden nicht in den Konzernabschluss einbezogenen in- und ausländischen Gesellschaften inne:

Dr. Karl Sevelda	Oesterreichische Kontrollbank AG (bis 2. Juni 2017), Siemens AG Österreich
Dkfm. Klemens Breuer	FMS Wertmanagement AöR (bis 5. Jänner 2017), UNIQA Insurance Group AG (seit 4. Juli 2017)
Mag. Andreas Gschwenter	RSC Raiffeisen Service Center GmbH, Österreich, stellvertretender Vorsitz
Mag. Peter Lennkh	Oesterreichische Kontrollbank AG (seit 2. Juni 2017)

Neben der Leitung und Steuerung der RBI AG übten die Mitglieder des Vorstands im Geschäftsjahr 2017 Überwachungs- und Leitungsaufgaben bei folgenden wesentlichen Tochterunternehmen als Aufsichtsräte und Geschäftsführer aus:

	Aufsichtsratsmandat	Geschäftsführung
Dr. Karl Sevelda	Raiffeisen Bank d.d., Bosnien und Herzegowina, Vorsitz (bis 19. Juni 2017) Raiffeisenbank Austria d.d., Kroatien, Vorsitz (bis 30. Mai 2017) Raiffeisen Bank Polska S.A., Polen, Vorsitz (bis 10. März 2017) Raiffeisen Bank S.A., Rumänien, Vorsitz (bis 24. April 2017) AO Raiffeisenbank, Russland, Vorsitz (bis 21. Mai 2017) Raiffeisen banka a.d., Serbien, Vorsitz (bis 31. März 2017) Tatra banka, a.s., Slowakei, Vorsitz (bis 30. Juni 2017) Raiffeisenbank a.s., Tschechische Republik, Vorsitz (bis 26. April 2017) Raiffeisen Bank Aval JSC, Ukraine, Vorsitz (bis 24. April 2017) Raiffeisen Bank Zrt., Ungarn, stellvertretender Vorsitz (bis 30. April 2017) Priorbank JSC, Belarus, Mitglied (bis 28. März 2017)	
Dr. Johann Strobl	AO Raiffeisenbank, Russland, Vorsitz (seit 22. Mai 2017, zuvor stv. Vorsitz) Raiffeisen Bank Polska S.A., Polen, Vorsitz (seit 10. März 2017, zuvor Mitglied) Raiffeisen Bank S.A., Rumänien, Vorsitz (seit 25. April 2017, zuvor Mitglied) Tatra banka, a.s., Slowakei, Mitglied Raiffeisenbank a.s., Tschechische Republik, Mitglied	
Dkfm. Klemens Breuer	Raiffeisen Centrobank AG, Österreich, Vorsitz (bis 31. Oktober 2017) Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Österreich, stellvertretender Vorsitz (bis 31. Oktober 2017) Raiffeisen Bank Polska S.A., Polen, Mitglied (bis 31. Oktober 2017) Raiffeisen Bank S.A., Rumänien, Mitglied (bis 31. Oktober 2017) AO Raiffeisenbank, Russland, Mitglied (bis 30. Oktober 2017) Tatra banka, a.s., Slowakei, Vorsitz (von 4. Juli bis 31. Oktober 2017, zuvor Mitglied) Raiffeisenbank a.s., Tschechische Republik, Vorsitz (von 25. März bis 31. Oktober 2017, zuvor Mitglied)	
Mag. Martin Grill	Priorbank JSC, Belarus, Vorsitz (seit 10. April 2017, zuvor Mitglied) Raiffeisen Bank Aval JSC, Ukraine, Vorsitz Raiffeisenbank (Bulgaria) EAD, Bulgarien, Vorsitz Raiffeisen Bank Polska S.A., Polen, stellvertretender Vorsitz Raiffeisen Bank S.A., Rumänien, stellvertretender Vorsitz AO Raiffeisenbank, Russland, Mitglied Tatra banka, a.s., Slowakei, Mitglied Raiffeisenbank a.s., Tschechische Republik, Mitglied	Raiffeisen CEE Region Holding GmbH, Österreich, Geschäftsführer Raiffeisen CIS Region Holding GmbH, Österreich, Geschäftsführer Raiffeisen RS Beteiligungs GmbH, Österreich, Geschäftsführer Raiffeisen SEE Region Holding GmbH, Österreich, Geschäftsführer

Mag. Andreas Gschwenter	Raiffeisen Bank Polska S.A., Polen, Mitglied Raiffeisen Bank S.A., Rumänien, Mitglied AO Raiffeisenbank, Russland, Mitglied Tatra banka, a.s., Slowakei, Mitglied Raiffeisenbank a.s., Tschechische Republik, Mitglied Raiffeisen Bank Zrt., Ungarn, Vorsitz Raiffeisenbank Austria d.d., Kroatien, Vorsitz (seit 8. Juni 2017, zuvor Mitglied)
Mag. Peter Lennkh	Raiffeisen Bank d.d., Bosnien und Herzegowina, stellvertretender Vorsitz Raiffeisen banka a.d., Serbien, Vorsitz (seit 1. April 2017, zuvor Mitglied) Raiffeisenbank a.s., Tschechische Republik, stellvertretender Vorsitz Raiffeisen Bank Polska S.A., Polen, Mitglied Raiffeisen Bank S.A., Rumänien, Mitglied AO Raiffeisenbank, Russland, Mitglied Tatra banka, a.s., Slowakei, Mitglied Raiffeisen Bank Sh.A., Albanien, Vorsitz
Dr. Hannes Mösenbacher	Raiffeisen Centrobank AG, Österreich, Vorsitz (seit 1. November 2017, zuvor Mitglied) AO Raiffeisenbank, Russland, Mitglied Raiffeisen Bank Polska S.A., Polen, Mitglied Raiffeisen Bank d.d., Bosnien und Herzegowina, Vorsitz Raiffeisen Bank S.A., Rumänien, Mitglied Tatra banka, a.s., Slowakei, Mitglied Raiffeisenbank a.s., Tschechische Republik, Mitglied

Zusammensetzung des Aufsichtsrats

Dem Aufsichtsrat gehörten per 31. Dezember 2017 folgende Mitglieder an:

Aufsichtsratsmitglied	Geburtsjahr	Erstbestellung	Ende der Funktionsperiode
Mag. Erwin Hameseder Vorsitzender	1956	8. Juli 2010 ¹	Ordentliche Hauptversammlung 2020
MMag. Martin Schaller Erster stellvertretender Vorsitzender	1965	4. Juni 2014	Ordentliche Hauptversammlung 2019
Dr. Heinrich Schaller Zweiter stellvertretender Vorsitzender	1959	20. Juni 2012	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Mag. Klaus Buchleitner, MBA	1964	26. Juni 2013	Ordentliche Hauptversammlung 2020
Mag. Peter Gauper	1962	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Betriebsökonom Wilfried Hopfner	1957	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Dr. Rudolf Könighofer	1962	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Dr. Johannes Ortner	1966	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Dr. Günther Reibersdorfer	1954	20. Juni 2012	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger	1968	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Mag. Birgit Noggl	1974	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Mag. Bettina Selden	1952	4. Juni 2014	Ordentliche Hauptversammlung 2019
Mag. Rudolf Kortenhofer ²	1961	10. Oktober 2010	Bis auf Weiteres
Mag. Peter Anzeletti-Reikl ²	1965	10. Oktober 2010	Bis auf Weiteres
Dr. Susanne Unger ²	1961	18. Jänner 2012	Bis auf Weiteres
Mag. (FH) Gebhard Muster ²	1967	22. Juni 2017	Bis auf Weiteres
Dr. Natalie Egger-Grunicke ²	1973	18. Februar 2016	Bis auf Weiteres
Mag. Helge Rechberger ²	1967	10. Oktober 2010	Bis auf Weiteres

¹ Mit Wirksamkeit zum 10. Oktober 2010 ² Vom Betriebsrat entsendet

Dr. Walter Rothensteiner (Vorsitzender des Aufsichtsrats) und Dr. Kurt Geiger (Mitglied des Aufsichtsrats) legten ihre Aufsichtsratsmandate mit Wirkung zum Ende der Hauptversammlung am 22. Juni 2017 zurück. Gleichzeitig wurden Mag. Erwin Hameseder zum Vorsitzenden (zuvor erster stellvertretender Vorsitzender) und MMag. Martin Schaller zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden (zuvor dritter stellvertretender Vorsitzender) bestellt.

Mag. Michael Höllerer und Dr. Johannes Schuster (beide Mitglieder des Aufsichtsrats) legten ihre Aufsichtsratsmandate mit Wirkung zum 18. März 2017 zurück.

Unabhängigkeit des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat der RBI AG legte im Sinn und unter Berücksichtigung der C-Regel 53 und des Anhangs 1 des ÖCGK folgende Kriterien für die Unabhängigkeit von Aufsichtsratsmitgliedern der Gesellschaft fest:

- Das Aufsichtsratsmitglied soll in den vergangenen fünf Jahren nicht Mitglied des Vorstands oder leitender Angestellter der Gesellschaft oder eines Tochterunternehmens der Gesellschaft gewesen sein.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll zur Gesellschaft oder zu einem Tochterunternehmen der Gesellschaft kein Geschäftsverhältnis in einem für das Aufsichtsratsmitglied bedeutenden Umfang unterhalten oder im vergangenen Jahr unterhalten haben. Das gilt auch für Geschäftsverhältnisse mit Unternehmen, an denen das Aufsichtsratsmitglied ein erhebliches wirtschaftliches Interesse hat, jedoch nicht für die Wahrnehmung von Organfunktionen im Konzern. Die Genehmigung einzelner Geschäfte durch den Aufsichtsrat gemäß L-Regel 48 ÖCGK führt nicht automatisch zur Qualifikation als nicht unabhängig.
- Konzernsachverhalte sowie die bloße Ausübung der Tätigkeit eines Vorstandsmitglieds oder Geschäftsführers durch ein Aufsichtsratsmitglied führen in der Regel nicht dazu, dass das betreffende Unternehmen als Unternehmen anzusehen ist, an dem ein Aufsichtsratsmitglied ein erhebliches wirtschaftliches Interesse hat, sofern nicht nach den Umständen zu vermuten ist, dass das Aufsichtsratsmitglied aus einem Geschäft mit diesem Unternehmen einen unmittelbaren persönlichen Vorteil zieht.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll in den vergangenen drei Jahren nicht Abschlussprüfer der Gesellschaft bzw. Beteiligter oder Angestellter der Prüfungsgesellschaft gewesen sein.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll nicht Vorstandsmitglied in einer anderen Gesellschaft sein, in der ein Vorstandsmitglied der Gesellschaft Aufsichtsratsmitglied ist.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll dem Aufsichtsrat nicht länger als 15 Jahre angehören. Dies gilt nicht für Aufsichtsratsmitglieder, die Anteilseigner mit einer unternehmerischen Beteiligung sind oder die Interessen eines solchen Anteilseigners vertreten.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll kein enger Familienangehöriger (direkter Nachkomme, Ehegatte, Lebensgefährte, Vater, Mutter, Onkel, Tante, Bruder, Schwester, Nefte, Nichte) eines Vorstandsmitglieds oder von Personen sein, die sich in einer in den vorstehenden Punkten beschriebenen Position befinden.

Im Sinn der vorstehenden Kriterien für die Unabhängigkeit von Aufsichtsratsmitgliedern sind sämtliche Aufsichtsratsmitglieder der RBI AG als unabhängig anzusehen.

Bis zur Hauptversammlung am 22. Juni 2017 waren Mag. Bettina Selden und Dr. Kurt Geiger Streubesitzvertreter im Sinn der C-Regel 54 des ÖCGK im Aufsichtsrat der RBI AG. Seit der Hauptversammlung vom 22. Juni 2017 sind Mag. Bettina Selden, Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger und Mag. Birgit Noggler Streubesitzvertreter im Aufsichtsrat der RBI AG. Die genannten Mitglieder des Aufsichtsrats sind weder Anteilseigner mit einer Beteiligung von mehr als 10 Prozent, noch vertreten sie Interessen solcher Anteilseigner.

Mitglieder des Aufsichtsrats hatten in den folgenden Zeiträumen folgende weitere Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in in- und ausländischen börsennotierten Gesellschaften inne:

1. Jänner bis 18. März 2017

Dr. Walter Rothensteiner	UNIQA Insurance Group AG, Vorsitz
Mag. Erwin Hameseder	AGRANA Beteiligungs-AG, Vorsitz; STRABAG SE, stv. Vorsitz; UNIQA Insurance Group AG, 2. stv. Vorsitz; Südzucker AG, 2. stv. Vorsitz; Flughafen Wien AG, Mitglied
Dr. Heinrich Schaller	voestalpine AG, stv. Vorsitz; AMAG Austria Metall AG, Mitglied
Mag. Klaus Buchleitner, MBA	BayWa AG, stv. Vorsitz; AGRANA Beteiligungs-AG, Mitglied
Dr. Kurt Geiger	Demir Bank OJSC, Mitglied
Dr. Johannes Schuster	UNIQA Insurance Group AG, Mitglied

Neben ihren Funktionen als Mitglieder des Aufsichtsrats der RBI AG wurden in diesem Zeitraum auch Aufsichtsratsmandate bei wesentlichen Tochterunternehmen ausgeübt:

Dr. Walter Rothensteiner	Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Österreich, Vorsitz
Dr. Kurt Geiger	Raiffeisen Bank AVAL JSC, Ukraine, Mitglied
Mag. Michael Höllner	Raiffeisen Centrobank AG, Österreich, Mitglied
Dr. Johannes Schuster	RSC Raiffeisen Service Center GmbH, Österreich, Mitglied

Leitungsfunktionen in wesentlichen Tochtergesellschaften der RBI AG wurden von keinem der Aufsichtsratsmitglieder wahrgenommen.

18. März bis 22. Juni 2017

Dr. Walter Rothensteiner	UNIQA Insurance Group AG, Vorsitz
Mag. Erwin Hameseder	AGRANA Beteiligungs-AG, Vorsitz; STRABAG SE, stv. Vorsitz; UNIQA Insurance Group AG, 2. stv. Vorsitz; Südzucker AG, 2. stv. Vorsitz; Flughafen Wien AG (bis 31. Mai 2017), Mitglied
Dr. Heinrich Schaller	voestalpine AG, stv. Vorsitz; AMAG Austria Metall AG, Mitglied
Mag. Klaus Buchleitner, MBA	BayWa AG, stv. Vorsitz; AGRANA Beteiligungs-AG, Mitglied
Dr. Kurt Geiger	Demir Bank OJSC, Mitglied

Neben ihren Funktionen als Mitglieder des Aufsichtsrats der RBI AG wurden in diesem Zeitraum auch Aufsichtsratsmandate bei wesentlichen Tochterunternehmen ausgeübt:

Dr. Walter Rothensteiner	Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Österreich, Vorsitz
Mag. Erwin Hameseder	LEIPNIK LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs Aktiengesellschaft, Österreich, stv. Vorsitz
Mag. Klaus Buchleitner, MBA	LEIPNIK LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs Aktiengesellschaft, Österreich, Mitglied
Dr. Kurt Geiger	Raiffeisen Bank AVAL JSC, Ukraine, Mitglied

Leitungsfunktionen in wesentlichen Tochtergesellschaften der RBI AG wurden von keinem der Aufsichtsratsmitglieder wahrgenommen.

22. Juni bis 31. Dezember 2017

Mag. Erwin Hameseder	AGRANA Beteiligungs-AG, Vorsitz; STRABAG SE, stv. Vorsitz; UNIQA Insurance Group AG, 2. stv. Vorsitz; Südzucker AG, 2. stv. Vorsitz
Dr. Heinrich Schaller	voestalpine AG, stv. Vorsitz; AMAG Austria Metall AG, Mitglied
Mag. Klaus Buchleitner, MBA	BayWa AG, stv. Vorsitz; AGRANA Beteiligungs-AG, Mitglied
Dr. Rudolf Könighofer	UNIQA Insurance Group AG, Mitglied

Neben ihren Funktionen als Mitglieder des Aufsichtsrats der RBI AG wurden in diesem Zeitraum auch Aufsichtsratsmandate bei wesentlichen Tochterunternehmen ausgeübt:

Mag. Erwin Hameseder	LEIPNIK LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs Aktiengesellschaft, Österreich, Vorsitz
Mag. Klaus Buchleitner, MBA	LEIPNIK LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs Aktiengesellschaft, Österreich, Mitglied
Dr. Rudolf Könighofer	Raiffeisen Informatik GmbH, Österreich, Mitglied

Leitungsfunktionen in wesentlichen Tochtergesellschaften der RBI AG wurden von keinem der Aufsichtsratsmitglieder wahrgenommen.

Mitglieder der Ausschüsse

Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats regelt dessen Organisation und weist bestimmte Aufgaben dem Arbeits-, Prüfungs-, Vergütungs-, Risiko-, Nominierungs- bzw. Personalausschuss zu. Diese Ausschüsse setzten sich wie folgt zusammen:

1. Jänner bis 18. März 2017

	Arbeits- ausschuss	Prüfungs- ausschuss	Personal- ausschuss	Vergütungs- ausschuss	Risiko- ausschuss	Nominierungs- ausschuss
Vorsitzender	Dr. Walter Rothensteiner	Mag. Michael Höllner	Dr. Walter Rothensteiner	Dr. Walter Rothensteiner	Dr. Johannes Schuster	Dr. Walter Rothensteiner
1. Stellvertreter	Mag. Erwin Hameseder	Dr. Walter Rothensteiner	Mag. Erwin Hameseder	Mag. Erwin Hameseder	Dr. Walter Rothensteiner	Mag. Erwin Hameseder
2. Stellvertreter	Dr. Heinrich Schaller	Mag. Erwin Hameseder	Dr. Heinrich Schaller	Dr. Heinrich Schaller	Mag. Erwin Hameseder	Dr. Heinrich Schaller
3. Stellvertreter	MMag. Martin Schaller	Dr. Heinrich Schaller	MMag. Martin Schaller	MMag. Martin Schaller	Dr. Heinrich Schaller	MMag. Martin Schaller
4. Stellvertreter	-	MMag. Martin Schaller	-	-	MMag. Martin Schaller	-
Mitglied	Dr. Johannes Schuster	Dr. Johannes Schuster	Dr. Johannes Schuster	Dr. Johannes Schuster	-	Dr. Johannes Schuster
Mitglied	Mag. Rudolf Kortenhof	Mag. Rudolf Kortenhof	-	Mag. Rudolf Kortenhof	Mag. Rudolf Kortenhof	Mag. Rudolf Kortenhof
Mitglied	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	-	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	Mag. Peter Anzeletti-Reikl
Mitglied	Dr. Susanne Unger	Dr. Susanne Unger	-	Dr. Susanne Unger	Dr. Susanne Unger	Dr. Susanne Unger

18. März bis 22. Juni 2017

	Arbeits-ausschuss	Prüfungs-ausschuss	Personal-ausschuss	Vergütungs-ausschuss	Risiko-ausschuss	Nominierungs-ausschuss
Vorsitzender	Dr. Walter Rothensteiner	Mag. Erwin Hameseder	Dr. Walter Rothensteiner	Dr. Walter Rothensteiner	MMag. Martin Schaller	Dr. Walter Rothensteiner
1. Stellvertreter	Mag. Erwin Hameseder	Dr. Walter Rothensteiner	Mag. Erwin Hameseder	Mag. Erwin Hameseder	Dr. Walter Rothensteiner	Mag. Erwin Hameseder
2. Stellvertreter	Dr. Heinrich Schaller	Dr. Heinrich Schaller	Dr. Heinrich Schaller	Dr. Heinrich Schaller	Dr. Heinrich Schaller	Dr. Heinrich Schaller
Mitglied	MMag. Martin Schaller	MMag. Martin Schaller	MMag. Martin Schaller	MMag. Martin Schaller	Mag. Erwin Hameseder	MMag. Martin Schaller
Mitglied	Mag. Rudolf Kortenhof	Mag. Rudolf Kortenhof	-	Mag. Rudolf Kortenhof	Mag. Rudolf Kortenhof	Mag. Rudolf Kortenhof
Mitglied	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	-	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	Mag. Peter Anzeletti-Reikl
Mitglied	Dr. Susanne Unger	Dr. Susanne Unger	-	Dr. Susanne Unger	Dr. Susanne Unger	Dr. Susanne Unger

22. Juni bis 31. Dezember 2017

	Arbeits-ausschuss	Prüfungs-ausschuss	Personal-ausschuss	Vergütungs-ausschuss	Risiko-ausschuss	Nominierungs-ausschuss
Vorsitzender	Mag. Erwin Hameseder	Dr. Heinrich Schaller	Mag. Erwin Hameseder	Mag. Erwin Hameseder	MMag. Martin Schaller	Mag. Erwin Hameseder
1. Stellvertreter	Dr. Heinrich Schaller	Mag. Erwin Hameseder	Dr. Heinrich Schaller	Dr. Heinrich Schaller	Mag. Erwin Hameseder	Dr. Heinrich Schaller
2. Stellvertreter	MMag. Martin Schaller	Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger	MMag. Martin Schaller	MMag. Martin Schaller	Dr. Heinrich Schaller	MMag. Martin Schaller
Mitglied	Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger	Dr. Johannes Ortner	Dr. Rudolf Könighofer	Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger	Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger	Dr. Rudolf Könighofer
Mitglied	Mag. Birgit Noggler	Mag. Birgit Noggler	Mag. Birgit Noggler	Mag. Birgit Noggler	Mag. Birgit Noggler	Mag. Birgit Noggler
Mitglied	Mag. Bettina Selden	Mag. Bettina Selden	Mag. Bettina Selden	Mag. Bettina Selden	Mag. Bettina Selden	Mag. Bettina Selden
Mitglied	Mag. Rudolf Kortenhof	Mag. Rudolf Kortenhof	-	Mag. Rudolf Kortenhof	Mag. Rudolf Kortenhof	Mag. Rudolf Kortenhof
Mitglied	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	-	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	Mag. Peter Anzeletti-Reikl
Mitglied	Dr. Susanne Unger	Dr. Susanne Unger	-	Dr. Susanne Unger	Dr. Susanne Unger	Dr. Susanne Unger

Der Beirat

In der Sitzung des Aufsichtsrats vom 22. Juni 2017 wurde gemäß § 12 Abs 2 der Satzung die Errichtung eines Beirats beschlossen, der sich aus Vertretern der Raiffeisen Bankengruppe (RBG) zusammensetzt. Der Beirat hat ausschließlich beratende Funktion für den Vorstand und den Aufsichtsrat der RBI AG. Die gesetzlichen und satzungsgemäßen Rechte und Pflichten des Vorstands oder des Aufsichtsrats werden durch den Beirat nicht eingeschränkt.

Der Beirat berät über Gegenstände, die wesentliche Eigentümerinteressen der Raiffeisen Landesbanken in ihrer Funktion als Kernaktionäre betreffen, sowie über ausgewählte Bereiche der Kooperation zwischen RBI und RBG. Themen der Beratung sind weiters die Zentralinstitutsfunktion der RBI im Sinn des § 27a Bankwesengesetz (BWG) und die damit verbundenen Aufgaben sowie die Verbundunternehmen in ihrer Eigenschaft als Vertriebspartner der RBG.

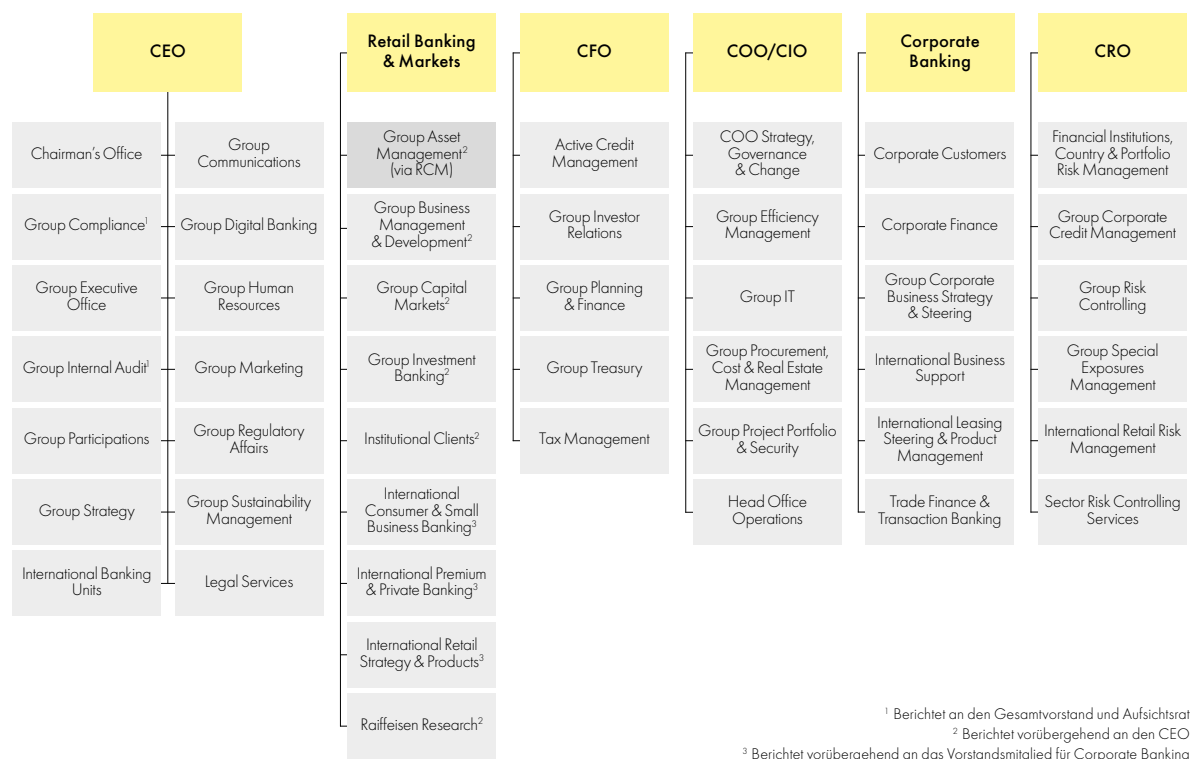
Der Beirat setzt sich aus den Aufsichtsratsvorsitzenden der Raiffeisen Landesbanken bzw. dem Obmann des Raiffeisenverbands Salzburg zusammen.

Die Beiratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit eine angemessene Vergütung, die für das Geschäftsjahr 2017 von der Hauptversammlung zu beschließen ist.

Arbeitsweise des Vorstands und des Aufsichtsrats

Kompetenzverteilung und Arbeitsweise im Vorstand

Der Vorstand der RBI AG leitet die Gesellschaft nach klaren Zielvorgaben, Plänen und Richtlinien in eigener Verantwortung im Sinn einer zukunftsgerichteten und den modernen unternehmerischen Grundsätzen entsprechenden Unternehmensführung. Dabei verfolgt er stets das Wohl des Unternehmens und berücksichtigt die Interessen der Aktionäre und der Arbeitnehmer. Die Aufgabenbereiche der Vorstandsmitglieder wurden vom Aufsichtsrat unbeschadet der Gesamtverantwortung des Vorstands wie folgt festgelegt (Stand 31. Dezember 2017):



Im Geschäftsjahr 2017 kam es unter anderem zu folgenden wesentlichen Organisationsänderungen auf der zweiten Führungsebene (B-1):

Vorstandsbereich Chief Executive Officer (CEO)

- Um den zunehmenden regulatorischen Anforderungen zu entsprechen, wurde der Bereich Chairman's Office geschaffen. Dieser neue Bereich betreut vollumfänglich den Aufsichtsratsvorsitzenden, den Aufsichtsrat, dessen Ausschüsse sowie den Beirat der RBI.
- Von 18. März bis 20. Dezember 2017 gab es unter dem CEO einen Generalbevollmächtigten (Plenipotentiary), dem folgende Bereiche zugeordnet waren: Group Regulatory Affairs, Group Digital Banking, Group Marketing und Group Sustainability Management. Diese Bereiche waren im Zuge der Verschmelzung von RBI und RZB auf die RBI übertragen worden. Weiters war in diesem Zeitraum der Bereich Legal Services direkt unter dem Generalbevollmächtigten angesiedelt.
- Per 20. Dezember 2017 legte der Generalbevollmächtigte seine Funktion zurück, und die unter dieser Funktion angesiedelten Bereiche wurden direkt dem CEO unterstellt.
- Der Bereich Group Participations wurde vom Vorstandsbereich Chief Financial Officer in den Vorstandsbereich CEO eingegliedert.

Vorstandsbereich Retail Banking & Markets

- Der Bereich Group Asset Management wurde im Zuge der Verschmelzung von der RBI übernommen. Er wendet sich mit Vermögensverwaltungsprodukten und -dienstleistungen an Kunden der RBI, der Raiffeisenlandesbanken und der Raiffeisenbanken in Österreich.

- Aufgrund des Ausscheidens von Dkfm. Klemens Breuer mit 31. Oktober 2017 übernahm Dr. Johann Strobl interimistisch mit 1. November 2017 den Bereich Markets mit den Bereichen Group Business Management & Development, Group Capital Markets, Group Investment Banking, Institutional Clients sowie Raiffeisen Research.
- Mag. Peter Lennkh übernahm nach dem Ausscheiden von Herrn Dkfm. Klemens Breuer mit 1. November 2017 interimistisch den Bereich Retail Banking mit den Bereichen Group Asset Management, International Consumer & Small Business Banking, International Premium & Private Banking sowie International Retail Strategy & Products.

Vorstandsbereich Chief Operating Officer/Chief Information Officer (COO/CIO)

- Es wurde ein neuer Bereich COO Strategy Governance and Change geschaffen, der für die COO-Strategieentwicklung und deren konsequente und effektive Umsetzung auf Konzern- und Gruppenebene verantwortlich ist.

Vorstandsbereich Chief Risk Officer (CRO)

- Durch die Auflösung des Bereichs Risk Excellence and Projects wurden dessen Aufgaben auf die Bereiche Group Risk Controlling (Risikosteuerung im Netzwerk) und Group Special Exposures Management (Übernahme aller NPL-relevanten Themen) aufgeteilt.
- Im Zuge der Verschmelzung von RBI und RZB wurde der aus der RZB stammende Bereich Sector Risk Controlling Services in den Vorstandsbereich CRO eingegliedert.

Der Vorstand führt die Geschäfte der Gesellschaft gemäß dem Gesetz, der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand. Die wöchentlichen Vorstandssitzungen werden vom Vorsitzenden einberufen und geleitet. Sie dienen der wechselseitigen Information, der Beratung und der Entscheidungsfindung in allen Angelegenheiten, die der Genehmigung dieses Organs bedürfen. Die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und des Vorstands enthalten Informations- und Berichtspflichten des Vorstands sowie einen Katalog jener Maßnahmen, die der Zustimmung durch den Aufsichtsrat bedürfen.

Entscheidungsbefugnisse und Tätigkeiten der Ausschüsse des Aufsichtsrats

In den Geschäftsordnungen des Vorstands sowie des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sind jene Geschäftsführungsmaßnahmen geregelt, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bzw. des zuständigen Ausschusses bedürfen.

Der **Arbeitsausschuss** behandelt jene Angelegenheiten, die ihm vom Gesamtaufsichtsrat übertragen wurden. Dies sind insbesondere die Genehmigung der Errichtung, Stilllegung und Auflösung von Tochtergesellschaften sowie des Erwerbs von oder der Verfügung über Beteiligungen, sofern diese eine bestimmte Höhe übersteigen (bis zur Betragsgrenze für die Zuständigkeit des gesamten Aufsichtsrats). Darüber hinaus behandelt der Arbeitsausschuss die Übernahme von Organfunktionen in anderen Unternehmen durch Vorstandsmitglieder. Ferner genehmigt der Arbeitsausschuss die Übernahme bankgeschäftlicher Risiken und Risikolimits gegenüber Dritten ab einer bestimmten Höhe bis zur Betragsgrenze für die Zuständigkeit des gesamten Aufsichtsrats.

Der **Personalausschuss** befasst sich mit der Vergütung der Vorstandsmitglieder und dem Inhalt ihrer Anstellungsverträge. Im Speziellen genehmigt er die Bonuszuweisung und die Zuteilung der Aktien aus dem Share Incentive Program an die Vorstandsmitglieder. Darüber hinaus fällt die Zustimmung zu einer allfälligen Übernahme von Nebentätigkeiten durch Vorstandsmitglieder in seinen Verantwortungsbereich.

Der **Prüfungsausschuss** überwacht den Rechnungslegungsprozess. Er erteilt diesbezügliche Empfehlungen oder Vorschläge zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit und beaufsichtigt die Wirksamkeit der internen Kontroll-, Revisions- und Risikomanagement-Systeme der Gesellschaft. Die Aufgaben des Prüfungsausschusses umfassen die Überwachung der Abschluss- und der Konzernabschlussprüfung sowie die Prüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Konzern-Abschlussprüfers, insbesondere im Hinblick auf die für die geprüfte Gesellschaft erbrachten zusätzlichen Leistungen. Der Ausschuss prüft den Jahresabschluss, den Lagebericht, den Konzernabschluss sowie den Konzern-Lagebericht und ist für die Vorbereitung von dessen Feststellung durch den Aufsichtsrat verantwortlich; ebenso prüft er den Vorschlag für die Gewinnverteilung und den konsolidierten Corporate-Governance-Bericht. Über die Ergebnisse seiner Prüfungen erstattet er Bericht an den Aufsichtsrat. Ferner führt er nach Maßgabe der rechtlichen Vorgaben ein Verfahren zur Auswahl des (Konzern-)Abschlussprüfers/Bankprüfers durch und legt dem Aufsichtsrat eine Empfehlung für die Bestellung vor. Im Prüfungsausschuss werden darüber hinaus der Management Letter sowie der Bericht über die Funktionsfähigkeit des Risikomanagements und des internen Kontrollsystems inhaltlich diskutiert. Die Interne Revision hat dem Prüfungsausschuss über die Prüfungsgebiete und allfällige Prüfungsfeststellungen aufgrund durchgeführter Prüfungen unter Bedachtnahme auf § 42 Abs 3 BWG quartalsweise Bericht zu erstatten. Ebenso berichtet der Bereich Group Compliance zweimal jährlich über den Status des internen Kontrollsystems sowie dessen Wirksamkeit.

Zu den Aufgaben des **Vergütungsausschusses** gehört in erster Linie die Festlegung allgemeiner Grundsätze der Vergütungspolitik und -praktiken der Gesellschaft, insbesondere auf Grundlage des BWG und unter Berücksichtigung der diesbezüglich anwendbaren Bestimmungen des ÖCGK. Der Vergütungsausschuss überwacht und prüft zudem regelmäßig die Vergütungspolitik, die Vergütungspraktiken und die vergütungsbezogenen Anreizstrukturen, jeweils im Zusammenhang mit der Steuerung, Überwachung und Begrenzung von Risiken gemäß BWG sowie der Eigenmittelausstattung und Liquidität. Dabei werden auch die langfristigen Interessen von Aktionären, Investoren und Mitarbeitern der Gesellschaft sowie das volkswirtschaftliche Interesse an einem funktionsfähigen Bankwesen und an der Finanzmarktstabilität berücksichtigt. Der Vergütungsausschuss überprüft weiters unmittelbar die Vergütung des höheren Managements in Risikomanagement- und Compliance-Funktionen.

In die Zuständigkeit des **Risikoausschusses** fallen die Beratung des Vorstands hinsichtlich der aktuellen und zukünftigen Risikobereitschaft und Risikostrategie, die Überwachung der Umsetzung dieser Risikostrategie im Zusammenhang mit der Steuerung, Überwachung und Begrenzung von Risiken gemäß BWG sowie die Beobachtung der Eigenmittelausstattung und der Liquidität. Weiters fällt in seine Zuständigkeit die Überprüfung, ob die Preisgestaltung der angebotenen Dienstleistungen und Produkte, das Geschäftsmodell sowie die Risikostrategie angemessen berücksichtigt wurden, sowie gegebenenfalls die Vorlage eines Plans mit Abhilfemaßnahmen. Der Risikoausschuss überwacht auch, ob bei den vom internen Vergütungssystem angebotenen Anreizen das Risiko, das Kapital, die Liquidität und die Wahrscheinlichkeit sowie der Zeitpunkt realisierter Gewinne berücksichtigt werden.

Der **Nominierungsausschuss** befasst sich mit der Besetzung frei werdender Stellen im Vorstand und im Aufsichtsrat. Dabei werden die Ausgewogenheit und die Unterschiedlichkeit der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung aller Mitglieder des betroffenen Organs berücksichtigt. Der Nominierungsausschuss legt auch eine Zielquote für das unterrepräsentierte Geschlecht in Vorstand und Aufsichtsrat sowie eine Strategie zur Erreichung des definierten Ziels fest. Bei der Entscheidungsfindung achtet er darauf, dass Vorstand und Aufsichtsrat nicht durch eine einzelne Person oder eine kleine Gruppe von Personen in einer den Interessen der Gesellschaft zuwider laufenden Art und Weise dominiert werden. Zu den Aufgaben des Nominierungsausschusses zählt es weiters,

- regelmäßig, jedenfalls jedoch, wenn konkrete Ereignisse die Notwendigkeit einer Neubeurteilung anzeigen, eine Bewertung von Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands und des Aufsichtsrats durchzuführen und dem Aufsichtsrat nötigenfalls Änderungsvorschläge zu unterbreiten;
- regelmäßig, jedoch zumindest einmal jährlich eine Bewertung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung der einzelnen Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit durchzuführen und diese dem Aufsichtsrat mitzuteilen;
- den Kurs des Vorstands im Hinblick auf die Auswahl des höheren Managements zu überprüfen und den Aufsichtsrat bei der Erstellung von Empfehlungen an den Vorstand zu unterstützen.

Anzahl der Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse

Im Berichtszeitraum trat der Aufsichtsrat zu fünf Sitzungen zusammen. Daneben informierte der Vorstand den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung einschließlich der Risikolage und des Risikomanagements der Gesellschaft und wesentlicher Konzernunternehmen, insbesondere bei wichtigem Anlass.

Der Arbeitsausschuss trat im Geschäftsjahr 2017 zu acht Sitzungen zusammen. Der Prüfungsausschuss tagte zweimal, der Personalausschuss zweimal, der Vergütungsausschuss dreimal, der Risikoausschuss viermal und der Nominierungsausschuss siebenmal.

Kein Mitglied des Aufsichtsrats war an der persönlichen Teilnahme an mehr als der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats verhindert.

Der Aufsichtsrat sowie der Arbeits- und der Vergütungsausschuss trafen darüber hinaus ihre Beschlüsse auch im Umlaufverfahren.

Weitere Informationen zur Tätigkeit des Aufsichtsrats finden sich im Bericht des Aufsichtsrats.

Offenlegung von Informationen über die Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

Vergütung des Vorstands

An den Vorstand der RBI AG wurden insgesamt folgende Bezüge bezahlt:

in € Tausend	2017	2016
Fixe Bezüge	4.571	5.017
Boni (inkl. Anteile für Vorjahre)	1.882	1.467
Aktienbasierte Zahlungen	694	220
Sonstige Bezüge	2.738	2.456
Gesamt	9.885	9.160

Die in der Tabelle dargestellten fixen Bezüge enthalten Gehälter und Sachbezüge. Die erfolgsabhängigen Bestandteile der Vorstandsbezüge umfassen grundsätzlich Bonuszahlungen und aktienbasierte Vergütungen im Rahmen des Share Incentive Program (SIP). 2017 wurden aufgeschobene Bonusanteile aus dem Jahr 2015 und Vorjahren sowie sofort fällige Bonusanteile für das Jahr 2016 ausbezahlt. Im Jahr 2017 kam es zu einer Zuteilung einer aktienbasierten Vergütung aus der Tranche 2012 des SIP (Details siehe unten).

Die Zahlung eines Bonus ist an die Erreichung jährlich vereinbarter Ziele geknüpft, die in einem Balanced-Scorecard-Ansatz aus vier oder fünf Bereichen stammen. Es handelt sich dabei um gewichtete Finanzziele (angepasst an die jeweilige Funktion, z. B. Return on Risk-Adjusted Capital, Gesamtkosten, risikogewichtete Aktiva), Kunden-, Mitarbeiter- und Prozess-/Effizienz-/Infrastruktur-Ziele sowie allenfalls weitere Ziele. Die Höhe des Bonus wird nach dem Konzernergebnis und der Cost/Income Ratio bestimmt, wobei im Sinn einer mehrere Jahre umfassenden Ausrichtung die zu erreichenden Zielwerte vom mittelfristigen Return-on-Equity-Ziel der RBI abgeleitet wurden. Die Auszahlung erfolgt zeitlich verschoben nach den geltenden Bestimmungen des BWG, umgesetzt gemäß den internen Regelungen.

In den Verträgen der Vorstände ist ein Maximalbonus festgelegt. Ebenso beinhaltet das SIP einen Cap in Höhe des dreifachen Zuteilungswerts. Damit sind für alle variablen Vergütungsbestandteile Höchstgrenzen vorgesehen. Die sonstigen Bezüge umfassen Entgelte für Organfunktionen bei verbundenen Unternehmen, Zahlungen an Pensionskassen, Versicherungen und Urlaubsabfindungen sowie Zuschüsse.

Im Folgenden sind die Bezüge des Vorstands für 2017 im Detail dargestellt:

in € Tausend	Fixe Bezüge	Bonusanteile für 2016 und Vorjahre	Aktienbasierte Zahlungen	Sonstige	Summe
Dr. Karl Sevelda	204	0	0	75	279
Dr. Johann Strobl	900	507	206	528	2.141
Dkfm. Klemens Breuer	686	405	193	603	1.887
Mag. Martin Grill	762	426	167	504	1.859
Mag. Andreas Gschwenter	734	183	0	404	1.321
Dr. Hannes Mösenbacher	523	0	0	105	628
Mag. Peter Lennkh	762	361	128	519	1.770
Summe	4.571	1.882	694	2.738	9.885

Die Angaben zu Dkfm. Klemens Breuer und Dr. Hannes Mösenbacher beziehen sich wegen des unterjährigen Ausscheidens bzw. Funktionsantritts anteilig auf den Zeitraum ihrer Vorstandsfunktion. Für Dr. Karl Sevelda wurden zusätzlich zu den in der Tabelle genannten Beträgen im Zeitraum 18. März bis 30. Juni 2017 TEUR 351 an fixen Bezügen, TEUR 592 an Bonusanteilen, TEUR 205 an aktienbasierten Zahlungen, TEUR 1.787 an Abfertigungszahlungen und TEUR 365 an sonstigen Bezügen bezahlt. Zusätzlich zu den in der Tabelle angeführten Beträgen wurden an Dr. Herbert Stepic, Aris Bogdaneris und Patrick Butler zeitlich verschobene Bonusanteile aufgrund ihrer früheren Vorstandstätigkeit in Höhe von insgesamt TEUR 342 sowie TEUR 206 im Rahmen der Auszahlung der SIP-Tranche 2012 bezahlt.

Grundsätze der Vergütungspolitik und -praktiken in Umsetzung von § 39 Abs 2 i. V. m. § 39b BWG

Der Aufsichtsrat der RBI AG genehmigte in Umsetzung von § 39 Abs 2 i. V. m. § 39b BWG samt Anlage im Jahr 2011 die „Allgemeinen Grundsätze der Vergütungspolitik und -praktiken“. Die Vergütung aller Mitarbeiter, inklusive des Vorstands und des weiteren „Risikopersonals“, hat im Einklang mit diesen Grundsätzen zu erfolgen. Diese Grundsätze wurden auch auf die Bonuszahlungen für das Jahr 2011 und alle Folgejahre angewendet. Der Vergütungsausschuss überprüft diese Grundsätze regelmäßig und ist für die Überwachung ihrer Umsetzung verantwortlich. Um Neuerungen in den regulatorischen Vorgaben und Rahmenbedingungen mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 2017 Rechnung zu tragen, genehmigte der Vergütungsausschuss des Aufsichtsrats der RBI AG eine Aktualisierung der in der RBI-Gruppe geltenden Vergütungsgrundsätze in Form des so genannten „Internal Law Total Rewards Management“ (inkl. Beilagen). Mit dieser Aktualisierung setzte die RBI-Gruppe die Leitlinien der European Banking Authority (EBA) für eine solide Vergütungspolitik (EBA/GL/2015/22) um und verankerte die neuen Regelungen gleichzeitig in ihren Vergütungsgrundsätzen.

Allgemeine Vergütungsgrundsätze der RBI – Zusammenfassung

Die RBI verwendet ein einfaches und transparentes Vergütungssystem, das die Geschäftsstrategie der Gruppe widerspiegelt und im Einklang mit den aufsichtsrechtlichen Anforderungen steht. Dabei unterstützen die Vergütungsgrundsätze die langfristigen Ziele, Interessen und Werte des Unternehmens und enthalten gleichzeitig Vorkehrungen zur Vermeidung von Interessenkonflikten.

Das Vergütungssystem der RBI ermutigt nicht zur Übernahme von unverhältnismäßigen Risiken, sondern unterstützt ein solides und wirksames Risikomanagement (z. B. durch den Performance-Management-Prozess mit finanziellen und nicht finanziellen Zielen sowie qualitativen und quantitativen Key Performance Indicators und die Verwendung eines Bonuspool-Ansatzes). Diesem Anliegen dient auch die Begrenzung der variablen Vergütung durch Schwellenwerte und Obergrenzen, die gleichzeitig eine langfristig genauere Kostenplanung ermöglicht. Darüber hinaus gelten für die Mitarbeiter, deren berufliche Tätigkeiten wesentliche Auswirkungen auf das Risikoprofil des Unternehmens bzw. der Gruppe haben („Risikopersonal“), besondere Regelungen.

Bei der Gesamtvergütung stehen fixe und variable Bestandteile in einem angemessenen Verhältnis, um den Mitarbeitern eine adäquate Lebensführung auf der Grundlage ihres Fixeinkommens zu ermöglichen. Damit soll größtmögliche Flexibilität in der Auswahl und Umsetzung der variablen Vergütungskomponenten gewährleistet bleiben, bis hin zum gänzlichen Verzicht auf die Gewährung einer variablen Vergütung. Zudem schränkt der Gesamtbetrag der variablen Vergütungen die Fähigkeit der RBI zur Verbesserung ihrer Eigenmittelausstattung nicht ein. Die Grundlage aller variablen Vergütungsprogramme ist die Leistung, die auf Konzern-, Unternehmens- sowie individueller Ebene gemessen wird.

Das Vergütungssystem der RBI unterstützt die Überwindung des Silo-Denkens, weil ein erheblicher Teil der variablen Vergütung – unter Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen – mit der Leistung des Konzerns verknüpft wird. Gleichzeitig gewährleistet das Vergütungs- und Performance-Management-System hohe Qualität und soll damit die Kundenbeziehungen langfristig stärken.

Share Incentive Program

Die enorm gestiegene Komplexität der regulatorischen Vorschriften für variable Vergütungen hat den Vorstand im Jahr 2014 veranlasst, den Nutzen und die Sinnhaftigkeit der aktienbasierten Vergütung zu überprüfen. Ursprünglich als variables Langzeit-Vergütungselement mit Bezug zum Markt und zum Unternehmenserfolg gedacht, hat das SIP diese Bedeutung verloren, weil der Jahresbonus für dieselbe Zielgruppe an Top-Führungskräften nunmehr über drei bis fünf Jahre verschoben und zur Hälfte in Instrumenten (z. B. Aktien) auszuzahlen ist. Es wurde daher beschlossen, ab dem Geschäftsjahr 2014 keine SIP-Tranchen mehr zu begeben.

Im Jahr 2017 kam es zum Abreifen der SIP-Tranche 2012. Gemäß den Programmbedingungen wurde die in der folgenden Tabelle dargestellte Anzahl an Aktien tatsächlich übertragen:

SIP 2012

Personengruppe	Anzahl fälliger Aktien	Wert zum Aktienkurs von € 20,955 am Zuteilungstag (10. April 2017)	Anzahl tatsächlich übertragener Aktien
Vorstandsmitglieder der RBI AG	52.718	1.104.706	36.168
Vorstandsmitglieder der mit der RBI AG verbundenen Bank-Tochterunternehmen und Zweigstellen	70.277	1.472.655	54.437
Führungskräfte der RBI AG und sonstiger mit ihr verbundener Unternehmen	36.129	757.083	24.430

Zur Vermeidung rechtlicher Unsicherheiten wurde entsprechend den Programmbedingungen für die berechtigten Mitarbeiter in drei Ländern anstelle der Übertragung von Aktien eine Wertabfindung in bar vorgenommen. In Österreich wurde den Berechtigten die Möglichkeit eingeräumt, anstelle der Hälfte der fälligen Aktien ebenfalls eine Barabfindung zu beziehen, um daraus die zum Übertragungszeitpunkt fällige Lohnsteuer zu begleichen. Aus diesen Gründen ergibt sich die geringere Anzahl an tatsächlich übertragenen Aktien verglichen mit den fälligen. Der Bestand an eigenen Aktien wurde folglich um die niedrigere Anzahl der tatsächlich übertragenen Aktien vermindert.

Zum Bilanzstichtag waren bedingte Aktien für die letzte noch offene Tranche 2013 zugeteilt. Per 31. Dezember 2017 belief sich die Anzahl dieser bedingten Aktien auf 321.268 Stück. Die ursprünglich bekannt gegebene Anzahl an bedingt zugeteilten Aktien veränderte sich durch diverse Personalwechsel in den Konzerneinheiten. Sie ist in folgender Tabelle aggregiert dargestellt:

SIP 2013

Personengruppe	Anzahl bedingt zugeteilter Aktien per 31. Dezember 2017	Mindestzuteilung von Aktien	Maximalzuteilung von Aktien
Vorstandsmitglieder der RBI AG	92.895	27.869	139.343
Vorstandsmitglieder der mit der RBI AG verbundenen Bank-Tochterunternehmen und Zweigstellen	153.235	45.971	229.853
Führungskräfte der RBI AG und sonstiger mit ihr verbundener Unternehmen	75.138	22.541	112.707

Im Jahr 2017 wurden keine Aktien für das SIP zurückgekauft.

Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen

Für die Vorstandsmitglieder gelten grundsätzlich dieselben Regelungen wie für Mitarbeiter. Diese sehen einen Grundbeitrag des Unternehmens zu einer Pensionskasse und einen Zusatzbeitrag vor, wenn der Mitarbeiter Eigenbeiträge in derselben Höhe leistet. Für zwei Vorstandsmitglieder bestehen zusätzlich individuelle Pensionszusagen, die über eine Rückdeckungsversicherung finanziert werden.

Im Fall der Beendigung der Funktion bzw. des Dienstverhältnisses hat ein Mitglied des Vorstands Abfertigungsansprüche gemäß vertraglicher Vereinbarung, für vier Mitglieder richten sich die Ansprüche nach dem Betrieblichen Mitarbeitervorsorgegesetz. Die Abfertigungsansprüche gemäß vertraglicher Vereinbarung verfallen grundsätzlich bei Kündigung durch das Vorstandsmitglied.

Zudem besteht über eine Pensionskasse und/oder aufgrund einer individuellen Pensionszusage, die durch eine Rückdeckungsversicherung abgesichert ist, ein Schutz gegen das Berufsunfähigkeitsrisiko. Die Vorstandsverträge sind für die Dauer der jeweiligen Funktionsperiode oder befristet auf maximal fünf Jahre abgeschlossen. Die Regelungen über Abfindungszahlungen bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit basieren grundsätzlich auf den im ÖCGK genannten Grundsätzen, und auch die vom ÖCGK vorgeschriebenen Höchstgrenzen (bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund maximal zwei Jahresgesamtvergütungen, ausgenommen aufgrund von vertraglichen Vereinbarungen vor dem 1. Jänner 2010, jedoch nicht mehr als die Restlaufzeit; keine Abfindung bei vorzeitiger Beendigung aus einem vom Vorstandsmitglied zu vertretenden wichtigen Grund) werden eingehalten.

Vergütung des Aufsichtsrats

Den Aufsichtsratsmitgliedern wurde für das Geschäftsjahr 2016 gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung eine Vergütung in Höhe von gesamt € 550.000 gewährt. Davon entfallen auf den Aufsichtsratsvorsitzenden € 70.000, auf die Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden jeweils € 60.000 und auf jeden weiteren Kapitalvertreter im Aufsichtsrat jeweils € 50.000. Entsprechend der zeitlichen Gremienzugehörigkeit des jeweiligen Aufsichtsratsmitglieds wurde die Vergütung für das Geschäftsjahr 2016 aliquot oder zur Gänze ausbezahlt.

Die Aufsichtsratsvergütungen für das Geschäftsjahr 2017 teilen sich wie folgt auf die jeweiligen Aufsichtsratsmitglieder auf. Angeführt werden die in der Bilanz rückgestellten Beträge, vorbehaltlich der Zustimmung durch die Hauptversammlung 2018. Sitzungsgelder wurden nicht bezahlt. Entsprechend der Dauer des jeweiligen Aufsichtsratsmandats wurde die Rückstellung für das Geschäftsjahr 2017 aliquot oder zur Gänze gebildet.

Aufsichtsratsmitglied	in €
Mag. Erwin Hameseder	65.000
Dr. Heinrich Schaller	60.000
MMag. Martin Schaller	57.500
Mag. Klaus Buchleitner, MBA	50.000
Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger	25.000
Mag. Peter Gauper	25.000
Betriebsökonom Wilfried Hopfner	25.000
Dr. Rudolf Könighofer	25.000
Mag. Birgit Noggler	25.000
Dr. Johannes Ortner	25.000
Dr. Günther Reibersdorfer	50.000
Mag. Bettina Selden	50.000

Im Jahr 2017 ausgeschiedene Mitglieder:

Aufsichtsratsmitglied	in €
Dr. Walter Rothensteiner	35.000
Dr. Kurt Geiger	25.000
Mag. Michael Höllner	12.500
Dr. Johannes Schuster	12.500

D&O-Versicherung

Für Aufsichtsrat, Vorstand und leitende Angestellte besteht auch für das Geschäftsjahr 2017 eine D&O (Directors & Officers)-Vermögensschadens- und Haftpflichtversicherung mit der UNIQA Sachversicherung AG, deren Kosten von der Gesellschaft getragen werden. Die Deckung umfasst sowohl Ansprüche Dritter (Deckung im Außenverhältnis) als auch Ansprüche des Unternehmens selbst (Deckung im Innenverhältnis) gegen die Manager. Die Deckung im Innenverhältnis schützt auch das Unternehmen.

Hauptversammlung

Am 24. Jänner 2017 fand eine außerordentliche Hauptversammlung statt, in der der Beschluss über die Verschmelzung der RBI mit der RZB mit klarer Mehrheit gefasst wurde. Der mit der Fusion verbundenen Kapitalerhöhung stimmten die Aktionäre ebenfalls zu. Das Grundkapital der RBI wurde in der Folge durch die Ausgabe von neuen, auf Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien (Stammaktien) erhöht. Die Anzahl der begebenen Aktien stieg auf 328.939.621 Stück. Die Aktien der RBI AG sind an der Wiener Börse gelistet.

Syndikatsvereinbarung in Bezug auf die RBI

Die Raiffeisenlandesbanken sowie unmittelbare und mittelbare Tochtergesellschaften der Raiffeisenlandesbanken sind aufgrund einer Syndikatsvereinbarung in Bezug auf die RBI gemeinsam vorgehende Rechtsträger i. S. d. § 1 Z 6 Übernahmegesetz (siehe Stimmrechtsmitteilung vom 20. März 2017). In der Syndikatsvereinbarung sind unter anderem eine Stimmbindung für alle Angelegenheiten, die einer Beschlussfassung durch die Hauptversammlung der RBI unterliegen, Nominierungsrechte in den Aufsichtsrat der RBI und Vorkaufsrechte zwischen den Syndikatspartnern vereinbart. Ferner ist vereinbart, dass für einen Zeitraum von drei Jahren ab Wirksamkeit der Verschmelzung der RZB mit der RBI Verkäufe von durch die Raiffeisenlandesbanken gehaltenen RBI-Aktien (mit wenigen Ausnahmen) vertraglich beschränkt sind, wenn dadurch die zusammengerechnete Beteiligung der Raiffeisenlandesbanken (unmittelbar und/oder mittelbar) an der RBI 50 Prozent des Grundkapitals zuzüglich einer Aktie unterschreiten würde (nach Ablauf des Dreijahreszeitraums verringert sich die Anteilsschwelle auf 40 Prozent des Grundkapitals).

Die ordentliche Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2016 wurde am 22. Juni 2017 in Wien abgehalten. Die Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2017 findet am 21. Juni 2018 statt. Die Einberufung wird spätestens am 28. Tag vor der ordentlichen Hauptversammlung im Amtsblatt zur Wiener Zeitung und in elektronischer Form bekannt gemacht.

Die Aktionäre als Eigentümer des Unternehmens üben ihre Rechte durch Abstimmung in der Hauptversammlung aus. Es gilt grundsätzlich das Prinzip „Eine Aktie, eine Stimme“. Demnach bestehen keine Stimmrechtsbeschränkungen, alle Aktionäre sind vollkommen gleichberechtigt. Jede ausgegebene Stückaktie gewährt eine Stimme, Namensaktien wurden nicht ausgegeben. Die Aktionäre können ihr Stimmrecht selbst oder durch Bevollmächtigte ausüben.

Bericht über die von der Gesellschaft gesetzten Maßnahmen zur Förderung von Frauen im Vorstand, im Aufsichtsrat und in leitenden Stellungen sowie Beschreibung des Diversitätskonzepts (§ 80 Aktiengesetz (AktG)) nach § 243c Abs 2 Z 2 und 2a UGB

Beschreibung des Diversitätskonzepts

Vorurteile und Diskriminierung haben in der RBI keinen Platz. Dies ist auch im konzernweit geltenden Code of Conduct klar verankert. Vielmehr setzt sich die RBI für Gleichberechtigung ein, denn es entspricht ihrem Selbstverständnis, für gleiche Leistung im Unternehmen – unabhängig vom Geschlecht oder anderen Faktoren – gleiche Chancen zu bieten. Dies beginnt bereits bei der Mitarbeiterauswahl, die vorurteilsfrei zu sein hat und bei der stets die gleichen Maßstäbe anzulegen sind.

Die Besetzung der Positionen in Aufsichtsrat und Vorstand erfolgt unter gleichzeitiger Berücksichtigung des Gesichtspunkts der Diversität und der Vorgaben der Fit and Proper Policy, womit auch die Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben sichergestellt ist. Zu den wesentlichen Anforderungen gehören ein fundierter Bildungshintergrund sowie Berufserfahrung, vorzugsweise aus dem Umfeld von Banken bzw. Finanzinstitutionen. Dies gewährleistet, dass der Aufsichtsrat und der Vorstand aus Personen mit Managementenerfahrung bestehen, die die Anforderungen für ein qualifiziertes Management sowie die Steuerungs- und Überwachungsfunktion erfüllen.

Um das Bekenntnis zu Diversität weiter zu unterstreichen, wurden im Juli 2017 die Diversitätsvision und -mission der RBI sowie Leitsätze, die bei der täglichen Umsetzung Orientierung bieten sollen, veröffentlicht. Darin legt die RBI ihre Haltung zu diesem Thema dar: „Für die RBI bedeutet Vielfalt Mehrwert. Die Chancen der Vielfalt auszuschöpfen, nützt nachhaltig dem Unternehmen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch Wirtschaft und Gesellschaft. Mit gelebter Vielfalt setzt die RBI die 130-jährige Erfolgsgeschichte Raiffeisens fort. Um als starker Partner die Kundinnen und Kunden optimal zu unterstützen und sich als attraktiver Arbeitgeber zu positionieren, nutzt die RBI aktiv und professionell das Potenzial der Vielfalt.“

Des Weiteren bekennt sich der Nominierungsausschuss der RBI in seiner Arbeit zu einer geschlechtsneutralen Personalpolitik und berücksichtigt bei der Besetzung der Leitungsorgane gezielt Diversitätsaspekte im Hinblick auf die Vertretung beider Geschlechter.

Im Jahr 2017 wurden in der RBI AG insgesamt 39 Prozent der Aufsichtsrats- und 40 Prozent der Vorstandspositionen bezogen auf die jeweilige Anzahl zum Jahresende neu besetzt. Der Anteil der Frauen im Aufsichtsrat hat sich um 8 Prozentpunkte auf 28 Prozent erhöht. Die Verteilung des Lebensalters der besetzten Positionen erstreckt sich für den Aufsichtsrat zwischen 43 und 65 Jahren und für den Vorstand zwischen 45 und 58 Jahren.

Maßnahmen zur Förderung von Frauen im Vorstand, im Aufsichtsrat und in leitenden Stellungen

Um die Rahmenbedingungen für Beruf und Karriere weiter zu verbessern, arbeitet die RBI laufend an der Optimierung der Vereinbarkeit von Familienverantwortung und Arbeitsalltag. Modelle wie flexible Arbeitszeiten, Teilzeit- oder Telearbeit werden den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend angeboten, ebenso bestehen an manchen Standorten Betriebskindergärten mit arbeitnehmerfreundlichen Öffnungszeiten. Diese Angebote zielen unter anderem darauf ab, ein gezieltes Karenzmanagement zu ermöglichen, das den Wiedereinstieg in das Arbeitsleben fördern soll. Väterkarenz steht die RBI positiv gegenüber und sieht diese als wichtige Möglichkeit, Gleichberechtigung zu forcieren. Um die Kompetenzen im Bereich Mitarbeiterführung weiter auszubauen, bietet die RBI gezielt Aus- und Weiterbildungsprogramme an, die sowohl von weiblichen als auch von männlichen Mitarbeitern sehr positiv angenommen werden. Der Frauenanteil im Basic-Leadership-Programm der RBI AG betrug 2017 34 Prozent, im Talent Lab für Führungskräfte 38 Prozent und im konzernweiten Advanced Leadership Programm 23 Prozent.

In der RBI AG wurde im Jahr 2016 die Initiative „Vielfalt 2020“ gestartet und im Jahr 2017 mit einer Reihe von Maßnahmen fortgesetzt. Einer der aktuellen Themenschwerpunkte der Diversitäts-Initiative ist das Empowerment von Frauen. Damit soll insbesondere die Anzahl der Frauen im Top-Management erhöht werden. Um das Bewusstsein für die Wichtigkeit dieses Themas weiter zu schärfen und größtmögliche Transparenz für die Initiative zu gewährleisten, werden umfangreiche Kommunikationsmaßnahmen gesetzt. Managementpositionen werden ausgeschrieben und erst besetzt, wenn es mindestens eine qualifizierte Kandidatin gibt – dafür werden, falls erforderlich, potenziell geeignete Mitarbeiterinnen auch aktiv angesprochen. Wenn sich keine Bewerberin meldet, kann nach einer Frist von einem Monat die Stelle mit männlichen Bewerbern besetzt werden. Für Interviews oder Hearings werden Unterlagen anonymisiert, um mehr Objektivität im Auswahlprozess zu gewährleisten. Ein wesentlicher Faktor, der unter anderem die vermehrte Besetzung bzw. Bestellung von Frauen in Managementpositionen behindert, sind unbewusste Vorurteile. Hier fanden bereits freiwillige Sensibilisierungstrainings in Gruppen statt, derzeit wird an einem entsprechenden Online-Training-Modul gearbeitet. Um strukturelle Barrieren zu überwinden, ermöglicht die RBI AG auch Modelle wie Führung in Teilzeit. Ebenso sieht sie geschlechtsspezifisches Mentoring als ein wesentliches Instrument, um die Frauenquote im Management zu erhöhen. Des Weiteren wird ein firmeninterner Lehrgang zum „Empowerment von Frauen“ für weibliche Führungskräfte angeboten, der erste dieser Lehrgänge wurde im Mai 2017 von zwölf „Emerging Leadership Talents“ bzw. „Leadership Talents“ erfolgreich abgeschlossen.

Der Nominierungsausschuss der RBI AG hat einen Zielanteil von 30 Prozent für Frauen in Aufsichtsrat, Vorstand und höherem Management (zweite und dritte Führungsebene) bis 2024 beschlossen. Die Anteile von Frauen in Führungspositionen (Positionen mit Mitarbeiterverantwortung) bis zur dritten Führungsebene stellen sich in der RBI AG per 31. Dezember 2017 wie folgt dar: Aufsichtsrat 28 Prozent, Vorstand 0 Prozent, zweite Führungsebene 17 Prozent und dritte Führungsebene 19 Prozent, dies bei einer Gesamtquote von Mitarbeiterinnen von 46 Prozent. Die RBI AG erfüllt damit die in Österreich seit 1. Jänner 2018 geltende gesetzlich verpflichtende Frauenquote für den Aufsichtsrat.

Für die RBI hat der Nominierungsausschuss einen Zielanteil von 35 Prozent für Frauen in Aufsichtsrat, Vorstand und zweiter Führungsebene bis spätestens 2024 beschlossen. In der RBI sind insgesamt 67 Prozent (2016 pro forma: 67 Prozent) der Beschäftigten Frauen. Der Frauenanteil in Vorstandsfunktionen beträgt 12 Prozent (2016 pro forma: 14 Prozent), in der zweiten Führungsebene 36 Prozent (2016 pro forma: 36 Prozent) und in der dritten Führungsebene 45 Prozent (2016 pro forma: 46 Prozent). Der Frauenanteil in Aufsichtsräten liegt bei 15 Prozent (2016 pro forma: 9 Prozent). Die genannten Zahlen beinhalten die RBI AG und 14 Netzwerkbanken in CEE sowie die Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., die Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H. und die Raiffeisen-Leasing GmbH sowie die Valida Vorsorge Management, die Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft und die Raiffeisen Centrobank AG. Die Pro-forma-Werte beinhalten die Zahlen der im letzten Satz aufgezählten Gesellschaften.

Dem Vorstand ist bewusst, dass es der konsequenten Fortführung der bestehenden und auch der Offenheit gegenüber neuen Maßnahmen bedarf, um den Frauenanteil in höher qualifizierten Positionen weiter zu steigern. Er ruft Frauen dazu auf, die Möglichkeiten dafür bewusst zu nutzen und sich bei der Weiterentwicklung aktiv einzubringen.

Transparenz

Das Internet und insbesondere die Website des Unternehmens spielen für die RBI im Sinn einer offenen Kommunikation gegenüber Aktionären und deren Vertretern, Kunden, Analysten, Mitarbeitern und der interessierten Öffentlichkeit eine wichtige Rolle. Daher werden u. a. folgende Informationen bzw. Services auf der Website angeboten und laufend aktualisiert: Geschäfts- und Zwischenberichte, Unternehmenspräsentationen, Telefonkonferenzen via Webcast, Ad-hoc-Mitteilungen, Pressemeldungen, Investor-Relations-Mitteilungen, Kursinformationen und Daten zur Aktie, Informationen für Fremdkapitalgeber, der Finanzkalender mit großem zeitlichem Vorlauf für wichtige Termine, Informationen über meldepflichtige Wertpapiergeschäfte von Vorstand und Aufsichtsrat (Directors' Dealings), die Satzung der RBI AG, der Corporate-Governance-Bericht, Einschätzungen von Analysten, ein Bestellservice für schriftliche Informationen sowie eine Anmeldeöglichkeit für die automatische Zusendung der Investor Relations News per E-Mail.

Interessenkonflikte

Sowohl für den Vorstand als auch für den Aufsichtsrat der RBI AG gilt die Verpflichtung zur Offenlegung allfälliger Interessenkonflikte.

So müssen Vorstandsmitglieder wesentliche persönliche Interessen an Transaktionen der Gesellschaft und von Konzernunternehmen sowie sonstige Interessenkonflikte dem Aufsichtsrat mitteilen. Zudem besteht eine Informationspflicht den anderen Vorstandsmitgliedern gegenüber. Mitglieder des Vorstands, die bei anderen Unternehmen Geschäftsführungsfunktionen ausüben, sind verpflichtet darauf hinzuwirken, dass es zu einem fairen Ausgleich der Interessen der beteiligten Unternehmen kommt.

Aufsichtsratsmitglieder müssen allfällige Interessenkonflikte unverzüglich dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats mitteilen, der in der Evaluierung durch Compliance unterstützt wird. Gerät der Vorsitzende selbst in einen Interessenkonflikt, hat er dies unverzüglich seinem Stellvertreter offenzulegen. Verträge der Gesellschaft mit Mitgliedern des Aufsichtsrats, durch die sich diese außerhalb ihrer Tätigkeit im Aufsichtsrat gegenüber der Gesellschaft oder einem Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) zu einer Leistung gegen ein nicht bloß geringfügiges Entgelt verpflichten, bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats. Dies gilt auch für Verträge mit Unternehmen, an denen ein Aufsichtsratsmitglied ein erhebliches wirtschaftliches Interesse hat. Des Weiteren bedürfen Organgeschäfte im Sinn des § 28 BWG der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Diese und weitere Vorgaben und Verhaltensanweisungen sind in einer unternehmensinternen Richtlinie geregelt, die die von Gesetz und Corporate Governance Kodex geforderten Verpflichtungen enthält. In dieser Richtlinie wurden ebenfalls die Leitlinien zur internen Governance der EBA und die Unternehmensführungsgrundsätze für Banken des Baseler Ausschusses zur Bankenaufsicht berücksichtigt.

Gesonderter konsolidierter nichtfinanzieller Bericht (§ 267a UGB) sowie Angaben für das Mutterunternehmen nach § 243b UGB

Die Gesellschaft erstellte für die RBI einen gesonderten konsolidierten nichtfinanziellen Bericht nach § 267a UGB für das Geschäftsjahr 2017, der auch die Angaben nach § 243b UGB für das Mutterunternehmen enthält. Dieser Bericht wurde vom Aufsichtsrat nach § 96 Abs 1 AktG geprüft. Zudem hat der Vorstand die KMPG Austria GmbH mit der Prüfung des konsolidierten nichtfinanziellen Berichts beauftragt. Über das Ergebnis seiner Prüfung wird der Aufsichtsrat in der Hauptversammlung Bericht erstatten.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Der Konzernabschluss der RBI wird gemäß den Bestimmungen der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, aufgestellt. Des Weiteren werden die Vorschriften des BWG in Verbindung mit dem UGB – sofern sie auf den Konzernabschluss anzuwenden sind – eingehalten. Der Konzernabschluss wird innerhalb der ersten vier Monate des auf den Berichtszeitraum folgenden Geschäftsjahres veröffentlicht, Zwischenberichte spätestens zwei Monate nach Ablauf des Berichtszeitraums nach IFRS.

Die Hauptversammlung vom 16. Juni 2016 wählte als Abschluss- und Bankprüfer für das Geschäftsjahr 2017 die KPMG. Die KPMG bestätigte gegenüber der RBI AG, dass ihr eine Bescheinigung über die erfolgreiche Teilnahme an einem Qualitätsprüfungssystem vorliegt. Ebenso wurde erklärt, dass keine Ausschluss- und Befangenheitsgründe vorliegen. Der Aufsichtsrat wird über das Ergebnis der Konzernabschlussprüfung durch den Abschlussprüfer in Form des gesetzlich vorgeschriebenen Berichts über die Prüfung des Konzernabschlusses sowie durch den Bericht des Prüfungsausschusses informiert. Darüber hinaus hat der Abschlussprüfer auf Grundlage der vorgelegten Dokumente und der zur Verfügung gestellten Unterlagen die Funktionsfähigkeit des Risikomanagements gemäß ÖCGK zu beurteilen. Der daraus resultierende Bericht wird dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats zur Kenntnis gebracht. Dieser trägt dafür Sorge, dass der Bericht im Prüfungsausschuss behandelt und im Aufsichtsrat darüber berichtet wird.



Dr. Johann Strobl

Der Vorstand



Mag. Martin Grüll



Mag. Andreas Gschwenter



Mag. Peter Lennkh



Dr. Hannes Mösenbacher

Konzern-Lagebericht

Entwicklung der Märkte	38
Ergebnis- und Finanzentwicklung	42
Wesentliche Ereignisse	42
Das Geschäftsjahr im Überblick	43
Posten der Erfolgsrechnung im Detail	44
Ergebnis im Quartalsvergleich	48
Bilanz	50
Eigenkapital	51
Eigenmittel	52
Forschung und Entwicklung	53
Internes Kontroll- und Risikomanagement-System	54
Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte	56
Risikomanagement	59
Corporate Governance	59
Konsolidierter nichtfinanzieller Bericht	59
Ausblick	59
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	61

Entwicklung der Märkte

Starke Konjunktur in der Eurozone bei niedrigen Zinsen

Die Europäische Zentralbank (EZB) beließ die Leitzinsen mit einem Hauptrefinanzierungssatz von 0 Prozent und einem Einlegesatz von minus 0,4 Prozent im Jahr 2017 unverändert. Nach dem ersten Quartal 2017 wurde das Volumen der Anleihekäufe im Rahmen des Quantitative-Easing-Programms der EZB von € 80 Milliarden auf durchschnittlich € 60 Milliarden pro Monat reduziert. Die Euribor-Zinssätze wiesen im gesamten Jahresverlauf über alle Laufzeiten hinweg negative Werte aus. Zudem verbuchten die Geldmarktsätze mit Laufzeiten von sechs und zwölf Monaten einen leichten Rückgang. Die Rendite für zweijährige deutsche Staatsanleihen reduzierte sich zunächst deutlich und erreichte im Februar bei rund minus 0,95 Prozent ein neues Allzeittief, um sich danach aber wieder etwas zu erholen. Dagegen blieb die Rendite für zehnjährige deutsche Staatsanleihen im positiven Bereich und bewegte sich im Jahresverlauf zumeist in einer Bandbreite zwischen rund 0,15 Prozent und 0,50 Prozent. Sie wurde nur im Juli mit einem Wert von 0,65 Prozent, der gleichzeitig das Hoch im Jahr 2017 markierte, kurz verlassen.

Das BIP der Eurozone verbuchte 2017 einen Zuwachs von 2,5 Prozent. Die im Vergleich zum Vorjahr höhere Konjunkturdynamik war über alle Länder hinweg zu beobachten. Vor allem von der Binnenwirtschaft getrieben, wurde die Erholung von allen Nachfragekomponenten (öffentlicher und privater Konsum sowie Investitionsnachfrage) getragen. Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbesserte sich merklich: Die Arbeitslosenquote wies einen stabilen Abwärtstrend auf, lag aber am Ende des Jahres immer noch über dem letzten zyklischen Tief. Dagegen überschritt die Beschäftigung das Hoch aus dem Jahr 2008. Viele Stimmungsindikatoren lagen Ende 2017 nahe oder sogar über dem bisherigen historischen Höchststand. Sowohl bei den privaten Haushalten als auch bei den Finanzmarktakteuren hellte sich die Stimmung deutlich auf. Ebenso fiel bei Unternehmensumfragen das Sentiment unter Dienstleistern und Einzelhändlern bzw. in der Industrie und im Baugewerbe merklich positiver aus. Die Entwicklung der Inflationsrate war in der ersten Jahreshälfte stark von Kalendereffekten und dem Ölpreis geprägt. Dies führte zunächst zu einem deutlichen Anstieg auf 2,0 Prozent. Zur Jahresmitte reduzierte sich der Ölprieseffekt jedoch wieder, sodass die Teuerungsrate in der zweiten Jahreshälfte nur noch zwischen 1,3 und 1,5 Prozent schwankte.

In Österreich beschleunigte sich die Konjunkturbelebung im Berichtszeitraum deutlich: So verdoppelte sich das BIP 2017 mit 2,9 Prozent gegenüber 2016 (1,5 Prozent). Die wirtschaftliche Dynamik stand dabei auf einem breiten Fundament, denn sowohl die Inlandsnachfrage als auch der Außenhandel stützten die Konjunktur. So setzte sich das solide und stabile Wachstum des privaten Konsums fort. Der überaus starke Zyklus der Ausrüstungsinvestitionen hielt 2017 an, während auch vermehrt Bauinvestitionen getätigt wurden. Nach einer schwachen Entwicklung im Jahr 2016 belebten sich die Ausfuhren deutlich und sorgten trotz ebenfalls gestiegener Importe für einen positiven Wachstumsbeitrag der Netto-Exporte. Der spürbar beschleunigte Beschäftigungsaufbau sowie ein niedrigerer Anstieg des Arbeitskräftepotenzials sorgen für einen Rückgang der Arbeitslosenquote, die im Gesamtjahr 2017 mit 5,5 Prozent (ILO-Definition) erstmals seit 2011 wieder rückläufig war.

Wie so oft in den letzten Jahren startete die US-Wirtschaft 2017 schwach ins Jahr, belebte sich im weiteren Verlauf jedoch spürbar. Vom zweiten bis zum vierten Quartal wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt annualisiert um durchschnittlich 2,9 Prozent. Neben dem privaten Konsum entwickelten sich dabei dank des gestiegenen Ölpreises vor allem die Bruttoanlageninvestitionen dynamisch. Im Gesamtjahr 2017 nahm die Wirtschaftsleistung per Saldo um 2,3 Prozent zu.

China überraschte im Jahr 2017 mit positiven Konjunkturnachrichten: Die Wachstumsrate des realen BIP wurde im Gesamtjahr 2017 mit plus 6,9 Prozent veröffentlicht. Insgesamt scheint es der chinesischen Regierung gelungen zu sein, die Konjunkturlokomotive auf Kurs zu halten, den Kapitalabfluss einzudämmen und den Wechselkurs zu stabilisieren. Gegen Jahresende verdichteten sich allerdings die Anzeichen für eine bevorstehende Abflachung der Konjunkturdynamik.

Starkes Wachstum in CE und SEE, moderate Erholung in Russland

In Zentral- und Südosteuropa (CE und SEE) stiegen die teilweise negativen Inflationsraten zur Jahreswende 2016/2017 deutlich an, vor allem getrieben von der positiven Ölpreisentwicklung. Die Bewegung flachte sich jedoch im Jahresverlauf wieder ab, sodass die Inflationsentwicklung insgesamt moderat blieb. Im Durchschnitt lagen die Inflationsraten 2017 in CE bei 2,1 Prozent und in SEE bei 1,6 Prozent. Damit bestand 2017 in der Region kaum Druck, die geldpolitischen Zügel zu straffen. Zu Erhöhungen des Leitzinses kam es 2017 nur in Tschechien. In Rumänien stiegen die Geldmarktsätze allerdings bereits so deutlich an, dass die rumänische Zentralbank die Einlegesätze erhöhte.

Die Region Zentraleuropa (CE) wies 2017 dank einer im Jahresvergleich stärkeren Wirtschaftsentwicklung in Summe ein BIP-Wachstum von 4,4 Prozent auf und übertraf damit den Wert des Vorjahres um 1,6 Prozentpunkte. Die Region profitierte von der

kräftigen Konjunktur in Deutschland, der fortgesetzten Erholung in der Eurozone sowie der expansiven Geld- und Währungspolitik der EZB und der CE-Notenbanken. Ein weiterer Faktor war das Erstarren der Investitionstätigkeit durch verstärkte EU-Transferzahlungen in die Region. Polen, die Wachstumslokomotive in CE, gewann deutlich an Fahrt und zeigte ein Wachstum von 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt deuten die Wirtschaftsdaten auf ein ausbalanciertes Wachstum mit solider Exportentwicklung und einer dynamischen Binnenwirtschaft hin.

In Südosteuropa (SEE) wuchs die Wirtschaft 2017 mit einem Plus von 5,1 Prozent so stark wie schon seit Jahren nicht mehr. Zum Teil war dies vorübergehenden Faktoren geschuldet, unterstreicht jedoch andererseits, dass die Schwächephase der Vorjahre überwunden ist. Besonders die rumänische Volkswirtschaft steigerte ihr Wachstumstempo gegenüber dem Vorjahr noch einmal deutlich auf 7,0 Prozent. Ausgelöst wurde diese Dynamik teils durch fiskalische Lockerungen in Form von Steuersenkungen, teils durch Lohnerhöhungen. Die 2017 erzielte Wachstumsrate liegt allerdings deutlich über dem Potenzialwachstum und ist daher nicht als nachhaltig anzusehen. Bulgarien holte mit einem BIP-Wachstum von 4,0 Prozent gegenüber Rumänien etwas auf. Demgegenüber enttäuschte das Wachstum in Serbien 2017, während sich die Konjunktur in Kroatien besser zeigte als erwartet.

Die wirtschaftliche Lage in Osteuropa (EE) verbesserte sich 2017 weiter. Russland profitierte von einer Erholung des Ölpreises, und auch die private Haushaltsnachfrage erholte sich nach einer langen Schwächephase wieder. Zudem wirkte die umsichtige Geld- und Fiskalpolitik Moskaus stabilisierend, ohne allerdings einen zusätzlichen Wachstumsimpuls zu liefern. Per Saldo fand die russische Wirtschaft 2017 nach der Stagnation im Vorjahr zu einem Wachstum von 1,5 Prozent zurück und übertraf damit die Erwartungen zu Jahresbeginn leicht. Die Inflationsrate ging in Russland bei einer insgesamt stabileren Währungsentwicklung weiter deutlich zurück und fiel zum Jahresende auf historisch niedrige 2,5 Prozent. Dies ermöglichte es der russischen Zentralbank, die Leitzinsen nach unten anzupassen. Allerdings war das Zinsniveau mit 7,75 Prozent zum Jahresende 2017 noch immer sehr hoch. Die ukrainische Wirtschaft wuchs mit einem Plus von 2,2 Prozent etwas langsamer als noch im Vorjahr, setzte damit aber ihre moderate Erholung fort. Positiv vom dominierenden Handelspartner Russland beeinflusst, beendete die belarussische Wirtschaft 2017 ihre zweijährige Rezession.

Entwicklung des realen BIP – Veränderung zum Vorjahr in Prozent

Region/Land	2016	2017e	2018f	2019f
Polen	2,9	4,5	4,6	3,9
Slowakei	3,3	3,4	4,0	4,0
Slowenien	3,1	4,8	3,8	2,8
Tschechien	2,5	4,5	3,3	3,2
Ungarn	2,2	4,0	3,8	3,2
Zentraleuropa	2,8	4,4	4,1	3,6
Albanien	3,4	3,8	4,0	3,8
Bosnien und Herzegowina	3,1	2,5	2,8	3,0
Bulgarien	3,9	4,0	4,2	4,0
Kroatien	3,2	2,9	2,3	2,5
Kosovo	4,1	4,1	4,2	4,0
Rumänien	4,8	7,0	4,2	3,5
Serbien	2,8	1,8	2,5	2,5
Südosteuropa	4,1	5,1	3,7	3,3
Belarus	-2,5	2,4	2,5	2,0
Russland	-0,2	1,5	1,5	1,5
Ukraine	2,3	2,2	2,5	3,0
Osteuropa	-0,1	1,6	1,6	1,6
Österreich	1,5	2,9	2,8	1,9
Deutschland	1,9	2,5	2,2	1,6
Eurozone	1,8	2,5	2,5	1,7

Bankensektor in Österreich

Unterstützt durch eine sehr positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung holte der Bankensektor in Österreich nach einer eher unterdurchschnittlichen Entwicklung in den Vorjahren 2017 im Vergleich zur Eurozone vor allem im Firmenkundengeschäft deutlich auf. Auch die Profitabilität der österreichischen Banken legte im Jahr 2017 auf konsolidierter Ebene spürbar zu. Unterstützt wurde dies durch das Geschäft in CEE, vor allem in Tschechien, Russland, Ungarn und der Slowakei, ebenso zeigen die Anpassungen bzw. Effizienzsteigerungsprogramme der letzten Jahre Wirkung. Angesichts der positiven Entwicklung des Gesamtmarkts konnte der österreichische Bankensektor zudem seine Kapitalisierung im Vergleich zu den Banken anderer wichtiger westeuropäischen Länder verbessern. Die Kapitalanforderungen werden sich dabei durch die Einführung des Systemrisikopuffers und des Puffers für anderweitig systemrelevante Institute, die das Finanzmarktstabilitätsgremium empfohlen hat, graduell weiter erhöhen. Positiv auf die Profitabilität der österreichischen (Groß-)Banken sollte sich in den kommenden Jahren schließlich auch die 2016 vollzogene Entlastung bei der Bankensteuer auswirken.

Entwicklung des Bankensektors in CEE

Viele Indikatoren bekräftigten 2017 eine signifikante Erholung des CEE-Bankensektors gegenüber der teils noch verhaltenen Entwicklung der Vorjahre. Sowohl die Neukreditvergabe als auch das Wachstum der Aktiva legten in einigen Ländern in CE und SEE nochmals zu (z. B. in Tschechien, der Slowakei und Rumänien). Zudem konnten mehr Bankenmärkte (z. B. Ungarn, Serbien, Kroatien sowie Bosnien und Herzegowina) an dem insgesamt positiven Trend partizipieren, und fast überall wurde ein merkliches Wachstum der Aktiva verbucht. In Russland profitierten Banken mit einem nachhaltigen Geschäftsmodell trotz einer weiteren, von der Notenbank getriebenen Marktberreinigung von der Aufhellung des Marktumfelds insgesamt. So hatte vor allem die notwendige Verstaatlichung zweier größerer russischer Banken im Herbst 2017 keinen Einfluss auf den Gesamtmarkt und die als Nischenakteure agierenden westlichen Auslandsbanken. Nahezu alle CEE-Bankenmärkte weisen eine komfortable Relation von Krediten zu Einlagen (von meist deutlich unter 100 Prozent) auf, die eine solide Basis für zukünftiges Wachstum darstellt. Zudem wurden signifikante Fortschritte bei der Rückführung notleidender Kredite (NPL) verzeichnet. Vor allem in CE und SEE ging die NPL Ratio von 7,1 Prozent auf knapp 6 Prozent weiter zurück und erreichte damit ihren niedrigsten Wert seit dem Jahr 2009. Angesichts der positiven Entwicklung des Gesamtmarkts stieg die Eigenkapitalrentabilität im CEE-Bankensektor wieder deutlich in den zweistelligen Bereich und auch über den Vergleichswert der Eurozone. Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern der führenden in CEE aktiven westeuropäischen Banken erreichte mit etwa 15 bis 17 Prozent ihren höchsten Wert seit dem Jahr 2007.

Regulatorisches Umfeld

Veränderungen im regulatorischen Umfeld

Die RBI beschäftigte sich auch im Berichtsjahr intensiv mit laufenden oder bevorstehenden regulatorischen Entwicklungen.

Änderungen der prudentiellen Anforderungen (CRD IV/CRR) sowie des Sanierungs- und Abwicklungsrahmenwerks (BRRD, SRMR)

Die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Überarbeitung der Eigenkapitalrichtlinie und -verordnung (Capital Requirement Directive IV/Capital Requirement Regulation) sowie der Bankenabwicklungsrichtlinie BRRD (Bank Recovery und Resolution Directive) werden aktuell vom europäischen Gesetzgeber diskutiert. Für die RBI als grenzübergreifend aktive Bank sind insbesondere die Vorschläge zur Gleichwertigkeit von in Drittländern emittierten Kapitalinstrumenten (Third Country Equivalence) von besonderem Interesse. Sehr hoch ist auch die Bedeutung der Ausnahmen von der Anwendung der Kapital- und Liquiditätsanforderungen (Capital and Liquidity Waivers), da diese eine Voraussetzung für eine effiziente Allokation von Kapital und Liquidität innerhalb der Gruppe sind. Weitere wichtige Themen sind die Begrenzung der Anforderungen an verlusttragendes Eigen- und Fremdkapital (MREL), Änderungen im Marktrisiko und eine begünstigte regulatorische Behandlung von Software. Die RBI war im Jahr 2017 intensiv in den Konsultationsprozess involviert. Die Regelungen werden voraussichtlich ab dem Jahr 2021 oder 2022 anwendbar sein.

Basel IV

Ende 2017 finalisierte der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht die neuen internationalen Regelungen zur Ermittlung von risikogewichteten Aktiva (sog. Basel IV). Es dreht sich dabei um die Frage, wie Banken ihre Risiken kalkulieren. Diese müssen mit Eigenkapital unterlegt werden. Für die Risikokalkulation können Banken ein von der Aufsicht vorgegebenes Standardmodell oder bankeigene Modelle nutzen. Eine wesentliche Änderung stellt der Output Floor (ein Floor für die Summe der RWA aller Risikokategorien) in Höhe von 72,5 Prozent für Banken dar, die bankeigene Modelle verwenden. Dies bedeutet, dass der mit bankeigenen Modellen ermittelte Eigenkapitalbedarf mindestens 72,5 Prozent des mit einem Standardmodell berechneten Werts entsprechen muss.

Basel IV ist international bis 1. Jänner 2022 umzusetzen, für die EU gibt es aktuell noch keine rechtliche Übersetzung der Standards. Für den Output Floor ist eine Übergangsfrist bis 2027 vorgesehen, bis die 72,5 Prozent erreicht sein müssen.

BCBS 239

Im Jänner 2013 erließ der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht 14 allgemein formulierte Prinzipien zur Risikodatenaggregation und zum Risikoreporting von Kreditinstituten (BCBS 239). Ihr Ziel ist es, das Risikomanagement von Kreditinstituten zu stärken und der Erkenntnis des Baseler Ausschusses Rechnung zu tragen, dass dem Thema Daten und Datenqualität der Banken eine wesentliche Rolle zukommt.

Aufgrund ihrer Einstufung als systemrelevantes Institut muss die RBI Konformität mit diesen Prinzipien herstellen. Dementsprechend wurde diesem Thema im Jahr 2017 eine hohe Bedeutung zugemessen. Es wurde ein umfangreicher gruppenweiter Maßnahmen- und Implementierungsplan entwickelt, der die zeitgerechte Einhaltung der BCBS-239-Prinzipien sicherstellen wird.

Bankensanierung und Bankenabwicklung

Mit 1. Jänner 2015 ist das Bankenabwicklungs- und Sanierungsgesetz (BaSaG), die nationale Umsetzung der BRRD aus dem Jahr 2014, in Kraft getreten. Die RBI AG untersteht hinsichtlich der Sanierungsagenden im Rahmen des Single Supervisory Mechanism (SSM) der direkten Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie hinsichtlich der Abwicklungsagenden im Rahmen des Single Resolution Mechanism (SRM) der direkten Aufsicht des Single Resolution Board (SRB).

Entsprechend den Anforderungen aus dem BaSaG verfügt die RBI AG über einen Gruppensanierungsplan. Im Sanierungsplan werden potenzielle Maßnahmen zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit in finanziellen Stresssituationen beschrieben. Begleitet durch das Monitoring wesentlicher KPIs (Key Performance Indicators) zur Früherkennung etabliert der Sanierungsplan eine umfängliche Governance-Struktur für Stresssituationen. Der Sanierungsplan wird von der RBI AG erstellt und von der Aufsichtsbehörde (EZB) geprüft.

Zahlungsverkehrsrichtlinie (Payment Services Directive 2)

Die neue Zahlungsverkehrsrichtlinie (PSD 2), die ab 13. Jänner 2018 anwendbar ist, soll den Konsumentenschutz verbessern, indem die Sicherheit der Services und der Einsatz neuer Technologien im Rahmen des Open-Banking-Prinzips forciert werden. Die Richtlinie ermöglicht es neuen Marktteilnehmern – so genannten Drittanbietern (TPP) wie z. B. Fintechs –, Zahlungsverkehrsservices anzubieten und regelt deren Verhältnis zu den klassischen Banken, die den TPP Zugang zu Kundenkonten ermöglichen müssen, sofern die Kunden dem zugestimmt haben.

Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ist ab 25. Mai 2018 anwendbar und bezieht sich auf die Daten von natürlichen Personen (z. B. Kunden oder Mitarbeitern) und stärkt die Kontrollrechte dieser Personen hinsichtlich ihrer Daten. Von diesen Regelungen sind in der RBI alle Abteilungen betroffen, die mit persönlichen Daten zu tun haben. Seit Februar 2017 läuft in der RBI ein umfassendes Projekt, das sich mit der Definition und Implementierung von Prozessen zum Schutz von persönlichen Daten bzw. mit der Identifikation von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten beschäftigt und den dafür notwendigen IT-Rahmen schafft. Neben dem Projekt in der Konzernzentrale gibt es weitere Projekte in den Netzwerkeinheiten sowie in den österreichischen Verbund- bzw. Beteiligungsunternehmen. Diese werden von der Konzernzentrale koordiniert und unterstützt.

Vorbereitung auf die Anwendung von MiFID II und PRIIP

Die bereits 2016 begonnene Umsetzung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID II) samt Verordnung (MiFIR) und weiteren technischen Verpflichtungen wurde fortgeführt, sodass MiFID II seit 3. Jänner 2018 angewendet werden kann.

Ebenso wurde die Verordnung über Basisinformationsblätter für verpackte Anlage- und Versicherungsprodukte für Kleinanleger (PRIIP) derart umgesetzt, dass die entsprechenden Basisinformationsblätter den Retail-Kunden ab 3. Jänner 2018 ausgehändigt werden konnten.

Bankenaufsicht

Der Fokus der Bankenaufsicht durch die EZB war im Jahr 2017 auf drei Bereiche gerichtet: Risiken im Zusammenhang mit dem Geschäftsmodell und der Ertragskraft, dem Kreditrisiko mit dem Schwerpunkt notleidender Kredite sowie generell dem Risikomanagement. Im Blickpunkt des Joint Supervisory Teams standen auch die ausgelagerten Tätigkeiten der RBI und eine Überprüfung der internen Kreditrisikomodelle. Die Auswirkungen im Zusammenhang mit dem Brexit und den Entwicklungen im Fintech-Sektor wurden ebenfalls analysiert. Zusätzlich gab es einen intensiven Abstimmungsprozess mit den zuständigen Abwicklungsbehörden – dem Single Resolution Board auf EU-Ebene, der FMA und den jeweiligen nationalen Behörden in den EU-Mitgliedstaaten, in denen die RBI mit Netzwerkbanken vertreten ist – zur Herstellung der Abwicklungsfähigkeit.

Ergebnis- und Finanzentwicklung

Der Konzernabschluss der RBI wird auf Basis der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, erstellt. Die RBI AG stellt außerdem einen Einzelabschluss nach österreichischem Unternehmensrecht (UGB) in Verbindung mit dem österreichischen Bankwesengesetz (BWVG) auf, der die formale Bemessungsgrundlage für die Dividendenausschüttung und die Steuerbemessung darstellt. Betreffend die nach UGB und BWVG geforderten Angaben wird auf den Anhang, Punkt (46) Sonstige Angaben gemäß BWVG, verwiesen.

Im März 2017 erfolgte die Verschmelzung der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB AG) in die RBI AG. Damit wurden die Bilanz- und Ergebnisbestandteile der RZB AG und ihrer konsolidierten Tochtergesellschaften in den RBI-Konzern integriert. Die Zahlen für die Vorjahresvergleichsperiode sowie für den Vorjahresvergleichsstichtag werden in diesem Kapitel als Pro-forma-Werte so dargestellt, als ob das fusionierte Unternehmen bereits im Vorjahr in dieser Form existiert hätte. Insbesondere wurden in der Pro-forma-Erfolgsrechnung für 2016 alle Effekte im Zusammenhang mit dem Verkauf und der Bewertung der Anteile an der UNIQA Insurance Group AG eliminiert. Die Pro-forma-Werte wurden weder geprüft noch einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Vergleichswerte im Kapitel Konzernabschluss sind gemäß IFRS dagegen auf Basis der publizierten Vorjahreszahlen auszuweisen.

Nach dem vorzeitigen Abschluss des 2015 gestarteten Transformationsprogramms wurde das Segment Non-Core Anfang 2017 aufgelöst; das verbleibende Geschäft wurde auf die regionalen Segmente aufgeteilt.

Wesentliche Ereignisse

Verschmelzung mit RZB AG abgeschlossen

Nachdem die außerordentliche Hauptversammlung der RBI AG im Jänner 2017 der Verschmelzung mit der RZB AG mit 99,4 Prozent zugestimmt hatte, wurde die Verschmelzung am 18. März 2017 im Firmenbuch eingetragen und somit rechtswirksam. Im Rahmen der ebenfalls im Firmenbuch eingetragenen Kapitalerhöhung der RBI AG wurden den Aktionären der RZB AG als Gegenleistung zur Abfindung des durch die Verschmelzung übertragenen Vermögens neue Aktien gewährt. Die Gesamtzahl der begebenen Aktien der RBI AG beträgt daher nunmehr 328.939.621 Stück statt zuvor 292.979.038 Stück.

Mit der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG erhöhte sich die Anzahl der konsolidierten Unternehmen um 175 Finanzdienstleister und Spezialgesellschaften auf 281 Gesellschaften. Der Verschmelzungseffekt erhöhte die Bilanzsumme um € 22.941 Millionen und belief sich im Eigenkapital auf € 519 Millionen. Nähere Details sind im Abschnitt Grundlagen der Abschlusserstellung und in der Eigenkapitalveränderungsrechnung im Anhang erläutert.

Durch die Verschmelzung der RZB AG mit der RBI AG ergab sich eine Veränderung der Segmentierung. Die bisherigen RBI-Segmente Zentraleuropa, Südosteuropa, Osteuropa und Corporate Center wurden um die entsprechenden Aktivitäten aus der RZB erweitert. Neu eingeführt wurde das Segment Group Corporates & Markets für das in Österreich gebuchte operative Geschäft.

Platzierung von zusätzlichem Kernkapital

Zur weiteren Optimierung ihrer Kapitalstruktur platzierte die RBI mit Valuta 5. Juli 2017 zusätzliches Kernkapital (AT1) im Volumen von € 650 Millionen mit unbegrenzter Laufzeit. Bis Dezember 2022 beträgt der Kupon 6,125 Prozent p. a. und wird danach neu festgesetzt. Die Kuponzahlungen an den halbjährlich vorgesehenen Kupontermenen 15. Dezember und 15. Juni eines jeden Jahres sind diskretionär. Das AT1 wird aufgrund der Emissionsbedingungen nach IAS 32 als Eigenkapital klassifiziert.

Mit Valuta 24. Jänner 2018 platzierte die RBI eine weitere Emission von zusätzlichem Kernkapital (AT1) mit unbegrenzter Laufzeit im Volumen von € 500 Millionen. Der diskretionäre Kupon dieser Emission beträgt bis Mitte Juni 2025 4,5 Prozent p. a. und wird danach neu festgesetzt. Damit hat die RBI ihr geplantes AT1-Emissionsprogramm abgeschlossen.

Verkauf oder Börsegang in Polen

Im Juli 2017 hat die RBI den Börsegang ihrer polnischen Tochtergesellschaft Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau, verschoben. Dieser beruht auf einer Verpflichtung gegenüber der polnischen Aufsichtsbehörde, die die RBI im Rahmen des Kaufs der Polbank eingegangen war. Grund für die Verschiebung war das nicht ausreichende Interesse am Angebot innerhalb jener Parameter, zu denen sich die RBI gegenüber der polnischen Aufsichtsbehörde im Zusammenhang mit einer Notierung der Aktien der Raiffeisen Bank Polska an der Warschauer Börse verpflichtet hat. Die polnische Aufsichtsbehörde legte die neue Frist für den Börsegang für Mitte Mai 2018 fest.

Nunmehr erwägt die RBI den Verkauf des Kernbankgeschäfts der Raiffeisen Bank Polska (ohne FX-Portfolio) an einen Investor als eine Alternative. Die Verpflichtung der RBI gegenüber dem polnischen Regulator, die Aktien der Raiffeisen Bank Polska an der Warschauer Börse zu listen, kann sowohl über einen Verkauf von mindestens 15 Prozent der Aktien der Raiffeisen Bank Polska an Streubesitz-Aktionäre im Zuge eines Börsengangs als auch über einen Verkauf des Kernbankgeschäfts der Raiffeisen Bank Polska an einen Investor erfüllt werden. Da die Voraussetzungen des IFRS 5 nicht gegeben sind, wurde von einer Einstufung des Kernbankgeschäfts als zur Veräußerung gehaltener Vermögenswert abgesehen.

Das Geschäftsjahr im Überblick

Die gute volkswirtschaftliche Gesamtsituation und das freundliche Marktumfeld haben dazu beigetragen, dass sich das Konzernergebnis der RBI mit einem Anstieg um € 596 Millionen auf € 1.116 Millionen im Vergleich zur Vorjahresperiode mehr als verdoppelte. Auch 2017 haben sich dabei die zwei wesentlichen makroökonomisch induzierten Trends für die Geschäftsentwicklung fortgesetzt: zum einen die Belastung durch das anhaltend niedrige Zinsniveau im zentral- und südosteuropäischen Raum, zum anderen die Entlastung aus den in nahezu allen Märkten deutlich niedrigeren Kreditrisikovorsorgen. Darüber hinaus wirkten sich auch die Effekte aus dem Anfang 2017 vorzeitig abgeschlossenen Transformationsprogramm positiv auf die Geschäftsentwicklung aus. Alle Märkte, in denen die RBI operativ tätig ist, schrieben Gewinne, in den meisten Märkten konnten diese - teilweise sogar deutlich - ausgebaut werden. Aufgrund dieser Faktoren wird der Hauptversammlung nach drei dividendenlosen Jahren auch wieder eine Dividendenzahlung von € 0,62 je Aktie vorgeschlagen. Dies ergäbe eine maximale Ausschüttungssumme von € 204 Millionen bzw. eine Payout Ratio von 18 Prozent.

Neben einem um € 153 Millionen gestiegenen Betriebsergebnis trugen zu dieser Verbesserung insbesondere die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen bei, die mit € 287 Millionen um € 471 Millionen unter dem Vorjahr lagen. Dies war primär einem deutlichen Rückgang der Neudotierungen um 35 Prozent zu verdanken. Die NPL Ratio lag bei 5,7 Prozent und damit um 3,0 Prozentpunkte unter dem Wert zu Jahresbeginn. Erreicht werden konnte dies durch die allgemein verbesserte Risikosituation sowie eine Bereinigung des Portfolios an notleidenden Krediten. Neben der Ausbuchung von Kreditforderungen wurden zudem notleidende Kredite in Höhe von € 1.010 Millionen veräußert. Dieser Wert lag knapp unter dem Vorjahreswert, der Gewinn aus den Verkäufen war jedoch deutlich höher.

Die Betriebserträge stiegen im Jahresvergleich um 2 Prozent oder € 116 Millionen auf € 5.228 Millionen. Wesentlich zu diesem Anstieg beigetragen hat der Provisionsüberschuss mit einem Zuwachs von 7 Prozent oder € 120 Millionen, unterstützt von Aufwertungseffekten des russischen Rubels und höheren Erlösen aus dem Zahlungsverkehr und dem Wertpapiergeschäft. Der Zinsüberschuss blieb nahezu unverändert, sowohl Volumen als auch Marge änderten sich hier nur wenig. Grund für diese Konstanz waren einerseits verbesserte Margen in Russland und Polen, andererseits gerieten in Österreich sowie in Zentral- und Südosteuropa die Zinsmargen weiter unter Druck.

Die Verwaltungsaufwendungen blieben mit € 3.104 Millionen um 1 Prozent oder € 37 Millionen knapp unter dem Vorjahr. Rückgänge ergaben sich vor allem in Polen (aufgrund des Verkaufs der Leasingtochter und des laufenden Optimierungsprogramms) sowie durch den Rückzug aus Asien und den USA. Diesen positiven Effekten standen eine Währungsaufwertung und Gehaltserhöhungen in Russland gegenüber. Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter nahm im Jahresabstand um 1.671 Vollzeitequivalente auf 50.139 ab, der Personalaufwand erhöhte sich jedoch leicht um € 2 Millionen auf € 1.554 Millionen. Auch der Sachaufwand stieg geringfügig um knapp 1 Prozent oder € 8 Millionen auf € 1.222 Millionen, verursacht durch höhere Werbe- und Sicherheitsaufwendungen. Die Zahl der Geschäftsstellen reduzierte sich im Jahresabstand um 113 auf 2.409, im Wesentlichen bedingt durch das Optimierungsprogramm in Polen (minus 62 Filialen). Dadurch nahm auch der Raumaufwand um 6 Prozent ab.

Die RBI wies zum Jahresende eine Bilanzsumme von € 135.146 Millionen auf. Dies bedeutet eine leichte Erhöhung um € 342 Millionen, obwohl Währungsabwertungen einen Rückgang um rund € 1,9 Milliarden verursachten. Die Forderungen an Kunden stiegen um 2 Prozent oder € 1.463 Millionen auf € 81.232 Millionen, hervorgerufen durch Neukreditvergaben in Tschechien, der Slowakei und Russland. Die Kredite an Firmenkunden (große und mittelgroße Firmenkunden) blieben mit € 46.875 Millionen nahezu konstant, während die Forderungen an Retail-Kunden (Privatpersonen sowie Klein- und Mittelbetriebe) um € 1.484 Millionen stiegen. Dies war vor allem auf Wachstum in Russland, der Slowakei und Tschechien zurückzuführen. Dem standen Rückgänge durch Währungsabwertungen und Ausbuchungen von notleidenden Krediten gegenüber.

Das Eigenkapital der RBI inklusive des Kapitals nicht beherrschender Anteile verzeichnete einen Anstieg um € 1.490 Millionen auf € 11.241 Millionen. Anfang des dritten Quartals konnte die RBI zusätzliches Kernkapital (AT1) im Volumen von € 650 Millionen mit unbegrenzter Laufzeit platzieren, das aufgrund der Emissionsbedingungen nach IAS 32 als Eigenkapital klassifiziert wird. Während das Ergebnis nach Steuern € 1.246 Millionen betrug, ergab sich für das sonstige Ergebnis ein Minus von € 197 Millionen. Dieses beruhte im Wesentlichen auf dem Bewertungsergebnis der Veränderung des eigenen Kreditrisikos bei zum Marktwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten von minus € 140 Millionen sowie Währungsdifferenzen von minus € 70 Millionen.

Verbessert haben sich auch die wesentlichen Kennzahlen beim regulatorischen Kapital: Das harte Kernkapital nach Abzugsposten betrug zum Jahresende € 9.266 Millionen und war damit um € 662 Millionen höher als zum Jahresende 2016. Dabei wurde die vorgeschlagene Dividende bereits berücksichtigt. Die gesamten Eigenmittel nach CRR betragen € 12.892 Millionen. Dies ent-

spricht im Vergleich zum Jahresendwert 2016 einem Anstieg um € 1.088 Millionen, der nicht zuletzt durch die Emission von € 650 Millionen an zusätzlichem Kernkapital begründet war. Die Risikoaktiva (gesamt) wuchsen um € 3.992 Millionen auf € 71.902 Millionen. In diesem Zuwachs ist ein anorganischer Effekt von € 2.784 Millionen enthalten, da der polnische Regulator die Risikogewichtung von besicherten Hypothekarkrediten auf 150 Prozent (statt bisher 35 Prozent) erhöhte. Auf die Common Equity Tier1 Ratio (fully loaded) hatte dies einen Effekt von minus 54 Basispunkten, bezogen auf das Gesamtrisiko ergaben sich eine Common Equity Tier 1 Ratio (transitional) von 12,9 Prozent (plus 0,2 Prozentpunkte) und eine Eigenmittelquote (transitional) von 17,9 Prozent (plus 0,5 Prozentpunkte). Ohne Berücksichtigung der in der CRR definierten Übergangsbestimmungen lagen die Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) bei 12,7 Prozent und die Eigenmittelquote (fully loaded) bei 17,8 Prozent.

Posten der Erfolgsrechnung im Detail

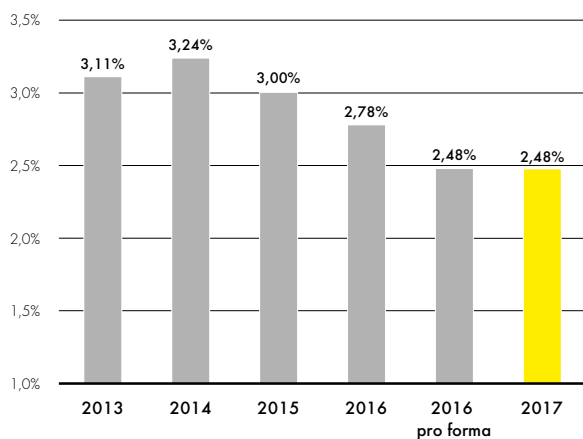
in € Millionen	2017	2016		2016 veröffentlicht
		pro forma	Veränderung	
Zinsüberschuss	3.208	3.197	11	2.935
Provisionsüberschuss	1.719	1.599	120	1.497
Handelsergebnis	244	220	25	215
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	57	96	-39	45
Betriebserträge	5.228	5.112	116	4.692
Personalaufwand	-1.554	-1.552	-2	-1.410
Sachaufwand	-1.222	-1.214	-8	-1.107
davon regulatorischer Sachaufwand	-148	-152	4	-144
Abschreibungen	-328	-375	46	-331
Verwaltungsaufwendungen	-3.104	-3.141	37	-2.848
Betriebsergebnis	2.123	1.971	153	1.844
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	-287	-758	471	-754
Übrige Ergebnisse	-224	-267	42	-204
Ergebnis vor Steuern	1.612	946	666	886
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-366	-310	-56	-312
Ergebnis nach Steuern	1.246	636	610	574
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-130	-116	-13	-111
Konzernergebnis	1.116	520	596	463

Betriebserträge

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss blieb mit einem geringfügigen Anstieg um € 11 Millionen auf € 3.208 Millionen nahezu stabil. Dabei stand ein vorwiegend währungs- und margenbedingter Anstieg des Zinsüberschusses in Russland (plus € 84 Millionen) rückläufigen Zinserträgen in anderen Märkten gegenüber, die sich aus dem anhaltend niedrigen Zinsniveau ergaben.

Entwicklung der Nettozinsspanne (durchschnittliche zinstragende Aktiva)



einer im Vorjahr gebuchten Dividende aus Anteilen an verbundenen Unternehmen (€ 59 Millionen) sowie des ungünstigen Zinsumfelds, speziell im Bauspargeschäft, weiterhin rückläufig (Rückgang um € 102 Millionen).

Die Nettozinsspanne blieb im Jahresabstand mit 2,48 Prozent unverändert. Aufgrund des anhaltend niedrigen Marktzinsniveaus in den meisten Märkten war hier zwar einerseits eine Verringerung festzustellen. Umgekehrt ergab sich eine leichte Erhöhung in Osteuropa, die durch einen höheren Anteil des Geschäftsvolumens in lokaler Währung sowie durch positive Effekte aus der Wechselkursentwicklung (4 Basispunkte) unterstützt wurde.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss verbesserte sich aufgrund höherer Umsätze in Osteuropa im Jahresvergleich um 7 Prozent oder € 120 Millionen auf € 1.719 Millionen. Den größten Zuwachs verzeichnete dabei das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr, das volumen- und margenbedingt in Russland (hier vor allem im Kreditkartengeschäft), der Ukraine, in Polen sowie in der RBI AG um 12 Prozent oder € 79 Millionen auf € 735 Millionen zunahm. Ebenso legte das Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft um € 20 Millionen auf € 151 Millionen zu. Die wichtigsten Beiträge stammten hier aus der RBI AG, der Raiffeisen Centrobank AG und aus Polen. Das Ergebnis aus der Verwaltung von Investment- und Pensionsfonds stieg aufgrund höherer Volumina überwiegend in der Raiffeisen Capital Management, der Valida-Gruppe sowie in Kroatien um € 12 Millionen auf € 174 Millionen. Auch das Ergebnis aus der Vermittlung von Eigen- und Fremdprodukten wuchs - vorrangig durch die Entwicklung in Tschechien und Russland - um 13 Prozent oder € 8 Millionen auf € 68 Millionen.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis nahm gegenüber dem Vorjahr um € 25 Millionen auf € 244 Millionen zu. Dabei erhöhte sich das Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft um € 31 Millionen auf € 143 Millionen. Hauptgründe dafür waren Bewertungsgewinne aus derivativen Finanzinstrumenten und Fremdwährungspositionen in Russland, der Slowakei und Serbien sowie ein Anstieg in Tschechien bedingt durch die Aufhebung des Mindestkurses für die tschechische Krone. Dagegen verzeichnete Kroatien einen Rückgang um € 7 Millionen, hervorgerufen durch niedrigere Erträge aus Wertpapierpositionen, derselbe Grund führte auch in Belarus und Polen zu Einbußen. Das Ergebnis aus dem aktien- und indexbasierten Geschäft stieg dank höherer Umsätze aus der Emission und dem Vertrieb von Zertifikaten (insbesondere Teilschutz- sowie Garantiezertifikate) in der Raiffeisen Centrobank AG um € 30 Millionen auf € 16 Millionen. Demgegenüber reduzierte sich das Ergebnis aus dem zinsbezogenen Geschäft - primär aufgrund geringerer Zins- und Bewertungserträge aus derivativen Finanzinstrumenten und Wertpapierpositionen in der RBI AG, Albanien, Rumänien und Kroatien - um € 42 Millionen auf € 82 Millionen. Tschechien verzeichnete hier einen Zuwachs.

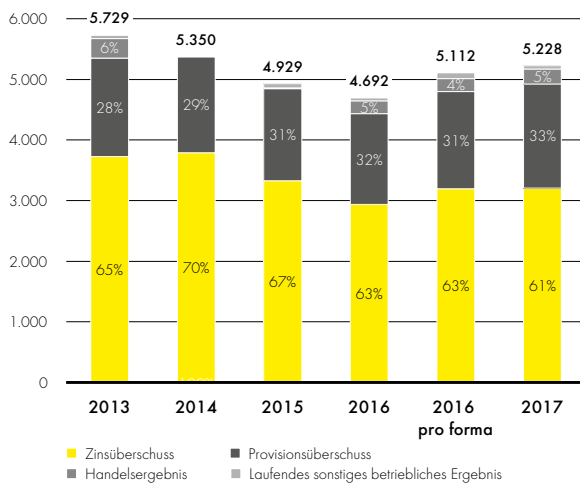
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis

Das laufende sonstige betriebliche Ergebnis verringerte sich im Jahresvergleich um € 39 Millionen auf € 57 Millionen. Neben einem Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen vorwiegend in Serbien, Russland und Rumänien sowie dem Wegfall von Ergebnisbeiträgen durch die Endkonsolidierung einer Servicetochter (€ 9 Millionen) ergaben sich zusätzlich folgende Veränderungen diverser Einzelpositionen: In Tschechien fiel das Ergebnis um € 7 Millionen niedriger aus, nachdem sich hier im Vorjahr der Verkauf des Card Acquiring Business mit € 8 Millionen positiv ausgewirkt hatte. In Polen entfielen infolge des Verkaufs der Leasinggesellschaft die Erlöse aus Leasingtätigkeiten in Höhe von € 10 Millionen. Weiters wurde in Ungarn ein um € 6 Millionen niedrigeres Ergebnis aus dem Abgang von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten verbucht. In der Slowakei hingegen konnten Rückstellungen für Rechtsfälle in Höhe von € 7 Millionen aufgelöst werden. Schließlich ging in Ungarn und in der RBI AG der Aufwand aus sonstigen Steuern um € 8 Millionen zurück.

Im Segment Zentraleuropa nahm der Zinsüberschuss um 44 Prozent oder € 294 Millionen auf € 960 Millionen zu. Dieser Anstieg resultierte hauptsächlich aus der Umgliederung Polens aus dem Segment Non-Core in das Segment Zentraleuropa (€ 266 Millionen). In Ungarn stieg der Zinsüberschuss vorwiegend aufgrund liquiditätsbedingter Optimierungen um € 24 Millionen. Im Segment Südosteuropa hingegen sank der Zinsüberschuss um 1 Prozent oder € 10 Millionen auf € 727 Millionen. Dabei verzeichneten alle Länder des Segments - mit Ausnahme von Rumänien (plus € 7 Millionen) und Serbien (plus € 1 Million) - Rückgänge. Im Segment Osteuropa wiederum stieg der Zinsüberschuss um 9 Prozent oder € 77 Millionen auf € 941 Millionen. Den größten Zuwachs gab es hier mit einem vorwiegend währungsbedingten Anstieg um € 84 Millionen in Russland. In der Ukraine kam es ebenfalls zu einem Anstieg des Zinsüberschusses um € 15 Millionen, hauptsächlich bedingt durch Zinsanpassungen bei Kundeneinlagen. In Belarus hingegen lag der Zinsüberschuss aufgrund gesunkener Marktzinsen um € 22 Millionen unter dem Vorjahreswert. Auch im Segment Group Corporates & Markets war der Zinsüberschuss aufgrund

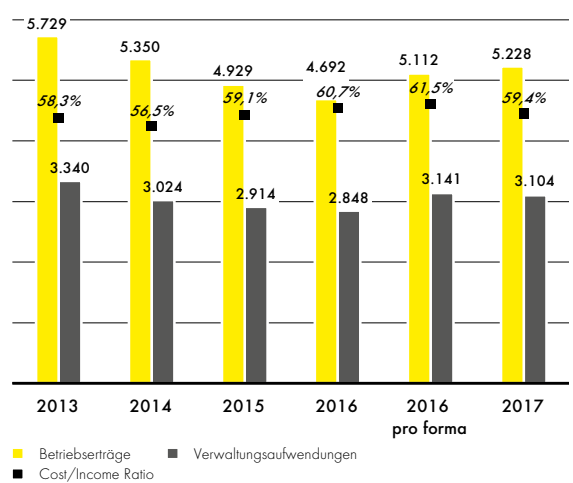
Entwicklung der Betriebserträge

in € Millionen



Entwicklung der Cost/Income Ratio

in € Millionen



Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen des Konzerns sanken im Jahresvergleich um 1 Prozent oder € 37 Millionen auf € 3.104 Millionen – trotz Währungsaufwertungen. Insbesondere stieg der Durchschnittskurs des russischen Rubels um 12 Prozent im Jahresvergleich. Die Cost/Income Ratio reduzierte sich dadurch – und zusätzlich aufgrund höherer Betriebserträge – um 2,1 Prozentpunkte auf 59,4 Prozent.

Personalaufwand

Die größte Position unter den Verwaltungsaufwendungen war mit einem Anteil von 50 Prozent der Personalaufwand, der um € 2 Millionen auf € 1.554 Millionen zunahm. Ein Zuwachs war dabei vor allem in Russland zu verzeichnen (Anstieg um € 41 Millionen). Er ging vor allem auf die Währungsaufwertung des russischen Rubels, aber auch auf Gehaltsanpassungen und einen Anstieg der Mitarbeiteranzahl zurück. Dem standen Rückgänge infolge des Rückzugs aus Asien und den USA (Rückgang um € 20 Millionen) und in Polen bedingt durch den Verkauf der Leasinggesellschaft sowie aufgrund der laufenden Optimierungsmaßnahmen (Rückgang um € 14 Millionen) gegenüber.

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter (ausgedrückt in Vollzeitäquivalenten) sank im Jahresabstand um 1.671 Personen auf 50.139. Den größten Rückgang verzeichnete hier die Ukraine (minus 1.360), zu weiteren Reduktionen kam es aufgrund von Endkonsolidierungen im Vorjahr.

Sachaufwand

Der Sachaufwand stieg um 1 Prozent oder € 8 Millionen auf € 1.222 Millionen. Dabei wuchsen die Werbe- und Repräsentationsaufwendungen vorwiegend aufgrund diverser Werbekampagnen zur Einführung neuer Retail-Produkte in Russland um € 12 Millionen. Die Sicherheitsaufwendungen erhöhten sich ebenfalls um € 11 Millionen, speziell in Rumänien und Russland. Dagegen nahm der Raumaufwand um € 15 Millionen ab. Höheren Aufwendungen im Zusammenhang mit der Schließung von asiatischen Filialen im Vorjahr stand hier im Geschäftsjahr eine Reduktion durch Filial- und Standortoptimierungen in Polen gegenüber. Die Zahl der Geschäftsstellen nahm im Jahresabstand um 113 auf 2.409 ab, im Wesentlichen hervorgerufen durch das laufende Optimierungsprogramm und den Verkauf der Leasingaktivitäten in Polen (minus 62) sowie Filialschließungen in Rumänien (minus 26).

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte sanken im Vergleich zum Vorjahr um 12 Prozent oder € 46 Millionen auf € 328 Millionen. Den größten Rückgang verzeichnete dabei Polen. Hier war im Vorjahr eine Wertminderung von € 26 Millionen auf die Marke verbucht worden, eine zusätzliche Reduktion bewirkte der Verkauf der Leasinggesellschaft. Zu weiteren Rückgängen kam es in der Slowakei sowie durch den Rückzug aus Asien. Hingegen kam es im Geschäftsjahr zu Wertminderungen von € 25 Millionen auf Gebäude im Portfolio des Raiffeisen Immobilienfonds.

Im Berichtszeitraum investierte der Konzern € 410 Millionen in Anlagevermögen. Davon flossen 35 Prozent (€ 144 Millionen) in eigene Sachanlagen. Auf Investitionen in immaterielle Vermögenswerte, die zum überwiegenden Teil Software-Projekte betrafen, entfielen 49 Prozent. Der Rest wurde in Vermögenswerte des operativen Leasinggeschäfts investiert.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen gingen im Jahresvergleich um insgesamt 62 Prozent oder € 471 Millionen auf € 287 Millionen zurück. Dabei fielen die Nettodotierungen für Einzelwertberichtigungen mit € 322 Millionen um € 449 Millionen geringer aus, während sich die Nettoauflösungen für Portfolio-Wertberichtigungen um € 20 Millionen auf € 24 Millionen erhöhten. Die Position Erlöse aus der Beendigung oder aus dem Verkauf von Krediten blieb mit € 11 Millionen nahezu unverändert.

Von den Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen entfielen im Geschäftsjahr € 179 Millionen (Vorjahr: € 500 Millionen) auf Firmenkunden und € 123 Millionen auf Retail-Kunden (Vorjahr: € 241 Millionen).

Die größten Rückgänge bei den Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen wurden mit einer Reduktion um € 128 Millionen auf € 134 Millionen in der RBI AG und mit einer Abnahme um € 99 Millionen auf € 47 Millionen in Russland verzeichnet. Beides ist darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr höhere Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen vor allem für größere Einzelfälle im Firmenkundengeschäft erforderlich gewesen waren. In Albanien kam es im Berichtsjahr zu einer Nettoauflösung von € 3 Millionen, nachdem im Vorjahr durch den Ausfall einiger Großkunden € 65 Millionen netto gebildet worden waren. Auch in der Ukraine verbesserte sich die Risikosituation deutlich, vor allem gestützt durch den Verkauf notleidender Kredite. Hier kam es im Geschäftsjahr zu einer Nettoauflösung von € 58 Millionen nach einer Nettoauflösung von € 2 Millionen im Vorjahr. Ebenso erfreulich war die Entwicklung in Ungarn mit einer Nettoauflösung von € 52 Millionen im Geschäftsjahr (Vorjahr: Nettoauflösung von € 7 Millionen), in Belarus mit einem Rückgang um € 20 Millionen und in Tschechien mit einer Reduktion um € 15 Millionen. Hingegen stiegen die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen in Polen um € 37 Millionen auf € 77 Millionen. Dies betraf sowohl Firmenkunden – hier vor allem Projektfinanzierungen im Zusammenhang mit Windparks – als auch Retail-Kunden – überwiegend im Hypothekarkreditgeschäft. In Kroatien war vor allem ein Ausfall eines Großkunden für den Anstieg der Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen um € 25 Millionen auf € 48 Millionen verantwortlich.

Die deutliche Verbesserung des Kreditrisikos zeigt auch der Bestand an notleidenden Kundenkrediten, der im Jahresverlauf um € 2.299 Millionen auf € 4.611 Millionen sank. Hauptverantwortlich dafür waren der Verkauf von notleidenden Krediten (€ 1.010 Millionen) und die Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen (€ 1.635 Millionen). Währungseffekte führten zu einem zusätzlichen Rückgang um € 145 Millionen. Die größten Reduktionen verzeichneten Group Corporates & Markets (Rückgang um € 723 Millionen), Ukraine (Rückgang um € 635 Millionen) und Ungarn (Rückgang um € 183 Millionen). Im Einklang mit dieser Entwicklung sank die NPL Ratio im Jahresvergleich um 3,0 Prozentpunkte auf 5,7 Prozent. Den notleidenden Krediten standen zum Bilanzstichtag Wertberichtigungen in Höhe von € 3.091 Millionen gegenüber (Rückgang um € 2.103 Millionen). Aufgrund der Ausbuchung von Krediten und des Verkaufs notleidender Kredite sank die NPL Coverage Ratio um 8,1 Prozentpunkte auf 67,0 Prozent.

Die Neubildungsquote – das Verhältnis der Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen zu den durchschnittlichen Forderungen an Kunden – sank im Jahresvergleich um 0,58 Prozentpunkte auf 0,35 Prozent.

Übrige Ergebnisse

Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten

Das Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten verbesserte sich im Jahresvergleich um € 218 Millionen auf minus € 41 Millionen. Verantwortlich dafür waren verbesserte Bewertungsergebnisse aus Bankbuchderivaten – vor allem Interest Rate Swaps zur Absicherung von Staatsanleihen im Fair-Value-Wertpapierportfolio – sowie aus eigenen Emissionen. Die Veränderung des Credit Spreads für eigene Verbindlichkeiten (Vorjahr: minus € 119 Millionen) wird seit Anfang 2017 direkt im Eigenkapital erfasst.

Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen ging gegenüber dem Vorjahr um € 263 Millionen auf minus € 83 Millionen zurück. Ausschlaggebend dafür waren zum einen geringere Veräußerungsergebnisse aus Unternehmensanteilen – im Vorjahr war aus dem Verkauf von Aktien der Visa Europe Ltd. an die Visa Inc. ein Erlös von € 132 Millionen erzielt worden. Zum anderen wirkte sich ein negatives Bewertungsergebnis aus Wertpapieren des Fair-Value-Bestands von minus € 68 Millionen entsprechend aus, nachdem hier im Vorjahr, im Wesentlichen aufgrund der Bewertung von durch Interest Rate Swaps abgesicherten Staatsanleihen, ein positiver Wert von € 70 Millionen erzielt worden war.

Bankenabgaben und Sondereffekte

Der Aufwand für Bankenabgaben sank im Jahresvergleich um € 54 Millionen auf € 121 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren Rückgänge von € 45 Millionen in Österreich und von € 6 Millionen in Ungarn, die sich jeweils aus einer Änderung der Berechnungsgrundlage ergaben. In Polen verringerte sich der Aufwand für Bankenabgaben um € 3 Millionen.

In Rumänien erfolgte aufgrund der Entscheidung des Verfassungsgerichts, dass das so genannte „Walkaway Law“ nicht retrospektiv anwendbar ist, im ersten Quartal 2017 die Auflösung des Großteils der hierfür gebildeten Rückstellung im Ausmaß von € 21 Millionen. Im Vorjahr war für dieses damals neue Gesetz eine Rückstellung von € 27 Millionen gebildet worden.

Ergebnis aus Endkonsolidierungen

Im Geschäftsjahr wurde aus der Endkonsolidierung von 49 Tochterunternehmen ein Ergebnis von minus € 2 Millionen erzielt. Im Vorjahr war hier ein Ergebnis von € 27 Millionen verbucht worden, das überwiegend aus dem Verkauf der polnischen Leasinggesellschaft und eines Immobilien-Leasingprojekts in Tschechien resultiert hatte. Von den im Geschäftsjahr ausgeschiedenen Tochterunternehmen wurden 43 aufgrund von Unwesentlichkeit, zwei infolge Verkaufs, drei aufgrund der Beendigung der Geschäftstätigkeit und eines aufgrund der Änderung des Kontrollverhältnisses endkonsolidiert. Die Gesellschaften waren im Leasing-, Finanzierungs- und Bankgeschäft sowie als Anbieter von Nebendienstleistungen tätig.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag stiegen im Jahresvergleich um 18 Prozent oder € 56 Millionen auf € 366 Millionen. Die effektive Steuerquote ging hingegen um 10 Prozentpunkte auf 23 Prozent zurück. Hauptgrund dieser starken Reduktion war einerseits ein verbesserter Ergebnisbeitrag der RBI AG und andererseits die Nutzung von nicht aktivierten Verlustvorträgen in einigen Konzerneinheiten (Albanien, Ungarn). Überdies sank die Steuerquote in Polen deutlich, nachdem es im Vorjahr durch den konzerninternen Verkauf der Leasinggesellschaft zu einem höheren Steueraufwand gekommen war.

Ergebnis im Quartalsvergleich

in € Millionen	Q4/2017	Q3/2017	Veränderung	
Zinsüberschuss	816	803	13	1,6%
Provisionsüberschuss	448	429	19	4,4%
Handelsergebnis	62	50	12	23,6%
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	13	9	4	43,0%
Betriebserträge	1.339	1.291	48	3,7%
Personalaufwand	-409	-365	-43	11,9%
Sachaufwand	-314	-272	-42	15,6%
davon regulatorischer Sachaufwand	-18	-17	-1	5,1%
Abschreibungen	-90	-81	-9	11,1%
Verwaltungsaufwendungen	-813	-718	-95	13,2%
Betriebsergebnis	526	573	-47	-8,2%
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	-127	-84	-43	52,0%
Übrige Ergebnisse	-88	-37	-51	138,3%
Ergebnis vor Steuern	311	452	-142	-31,3%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-77	-97	20	-20,8%
Ergebnis nach Steuern	234	356	-121	-34,1%
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-28	-33	5	-16,1%
Konzernergebnis	206	322	-116	-36,0%

Betriebserträge

Zinsüberschuss

Im Vergleich zum dritten Quartal 2017 stieg der Zinsüberschuss im vierten Quartal um 2 Prozent oder € 13 Millionen auf € 816 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren um € 9 Millionen höhere Zinserträge aus Kundenkrediten sowie ein um € 4 Millionen höheres laufendes Ergebnis at-equity bewerteter Unternehmen. Die Nettozinsspanne erhöhte sich im Quartalsvergleich um 4 Basispunkte auf 2,50 Prozent. Positive Impulse kamen dabei aus Tschechien und Rumänien aufgrund des Anstiegs der Leitzinsen sowie aus Russland aufgrund des höheren Volumens an lokalen Ausleihungen.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss verbesserte sich gegenüber dem dritten Quartal um 4 Prozent oder € 19 Millionen auf € 448 Millionen, vorwiegend zurückzuführen auf saisonbedingt höhere Umsätze aus verschiedenen Dienstleistungen. Den größten Anstieg verzeichnete dabei mit einer Zunahme um 6 Prozent oder € 12 Millionen auf € 197 Millionen das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr, vor allem im Kreditkartengeschäft in Russland und Rumänien. Das Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft stieg – vorrangig in der RBI AG, in Ungarn sowie in der Slowakei – um € 9 Millionen auf € 43 Millionen.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis erhöhte sich gegenüber dem Vorquartal um 24 Prozent oder € 12 Millionen auf € 62 Millionen. Dabei verbesserte sich das Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft um € 8 Millionen, in erster Linie begründet durch Bewertungsgewinne aus derivativen Finanzinstrumenten und Fremdwährungspositionen in Russland. Das Ergebnis aus dem aktien- und indexbasierten Geschäft verzeichnete einen Anstieg um € 6 Millionen, der aus saisonbedingt höheren Umsätzen aus der Emission und dem Vertrieb von Zertifikaten (insbesondere Teilschutz- sowie Garantiezertifikate) in der Raiffeisen Centrobank AG resultierte.

Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis

Im vierten Quartal 2017 stieg das laufende sonstige betriebliche Ergebnis im Vergleich zum Vorquartal um € 4 Millionen auf € 13 Millionen. Hauptverantwortlich dafür war ein um € 6 Millionen höheres Ergebnis aus bankfremden Tätigkeiten.

Verwaltungsaufwendungen

Mit € 813 Millionen lagen die Verwaltungsaufwendungen im vierten Quartal um 13 Prozent oder € 95 Millionen über dem Wert des Vorquartals von € 718 Millionen.

Dabei stieg der Personalaufwand im Quartalsvergleich um € 43 Millionen auf € 409 Millionen. Hauptgründe dafür waren höhere Bonusrückstellungen in mehreren Konzerneinheiten, die Anpassung von Rückstellungen bei Leistungen an Arbeitnehmer der RBI AG sowie ein Mitarbeiterzuwachs in Russland.

Der Sachaufwand erhöhte sich saisonbedingt um € 42 Millionen auf € 314 Millionen. Verantwortlich dafür waren unter anderem gestiegene Werbe- und Beratungsaufwendungen in Russland und der RBI AG sowie ein Einmaleffekt bei den Raumaufwendungen in Ungarn.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte stiegen im Quartalsvergleich um € 9 Millionen auf € 90 Millionen, hervorgerufen durch eine um € 5 Millionen höhere Wertminderung von Gebäuden im Portfolio des Raiffeisen Immobilienfonds. Zusätzlich kam es in Rumänien zu höheren Abschreibungen beim Sachanlagevermögen.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen nahmen gegenüber dem dritten Quartal um € 43 Millionen auf € 127 Millionen zu. Hauptgrund dafür war ein Anstieg der Einzelwertberichtigungen in der RBI AG aufgrund eines größeren Einzelfalls im Firmenkundenbereich.

Der Bestand an notleidenden Kundenkrediten sank – überwiegend gestützt durch den Verkauf und die Ausbuchung von notleidenden Krediten – gegenüber dem Vorquartal um € 832 Millionen auf € 4.611 Millionen. Währungsbereinigt lag der Rückgang sogar bei € 878 Millionen. Dabei kam es in nahezu allen Märkten zu Reduktionen. Die größten Rückgänge wurden in der Ukraine (Rückgang um € 271 Millionen), im Segment Group Corporates & Markets (Rückgang um € 250 Millionen), in Kroatien (Rückgang um € 133 Millionen), Rumänien (Rückgang um € 73 Millionen), Tschechien (Rückgang um € 41 Millionen) und Ungarn (Rückgang um € 33 Millionen) verzeichnet. Die NPL Ratio nahm im Quartalsvergleich von 6,7 Prozent auf 5,7 Prozent ab, die NPL Coverage Ratio verringerte sich um 2,4 Prozentpunkte auf 67,0 Prozent.

Übrige Ergebnisse

Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten

Das Ergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten sank im vierten Quartal auf minus € 45 Millionen, nachdem hier im dritten Quartal minus € 22 Millionen verbucht worden waren. Hauptverantwortlich dafür war vor allem die Beendigung eines Portfolio-Fair-Value-Hedge infolge der Ausbuchung der zugrunde liegenden Geschäfte in Russland.

Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen reduzierte sich – nach einem Plus von € 5 Millionen im Vorquartal – im vierten Quartal auf minus € 29 Millionen, hervorgerufen durch einen Anstieg der Wertminderungen auf Beteiligungen um € 50 Millionen. Im Fokus

standen hier at-equity bewertete Unternehmen. Dem stand ein um € 23 Millionen verbessertes Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren in Ungarn und Tschechien gegenüber.

Bankenabgaben

Die Bankenabgaben blieben im vierten Quartal 2017 mit € 17 Millionen beinahe unverändert (Vorquartal: € 16 Millionen).

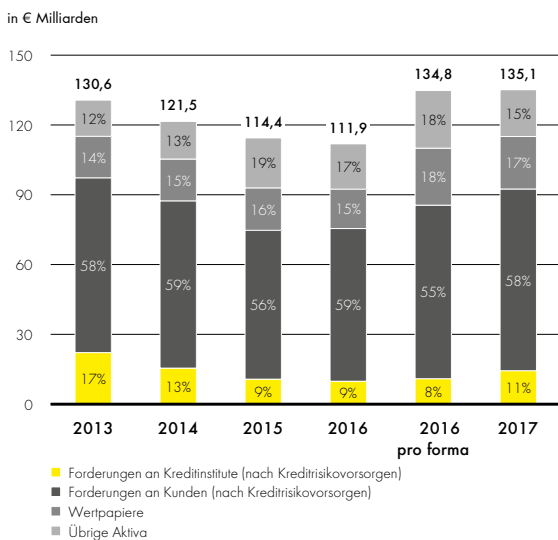
Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Steueraufwand sank im Quartalsvergleich um € 20 Millionen auf € 77 Millionen, zurückzuführen auf ein geringeres Quartalsergebnis überwiegend in Russland und der RBI AG. Die effektive Steuerquote stieg hingegen auf 25 Prozent nach 21 Prozent im Vorquartal. Haupttreiber war eine außerordentliche Zahlung von Einkommensteuern aus Vorperioden in Tschechien.

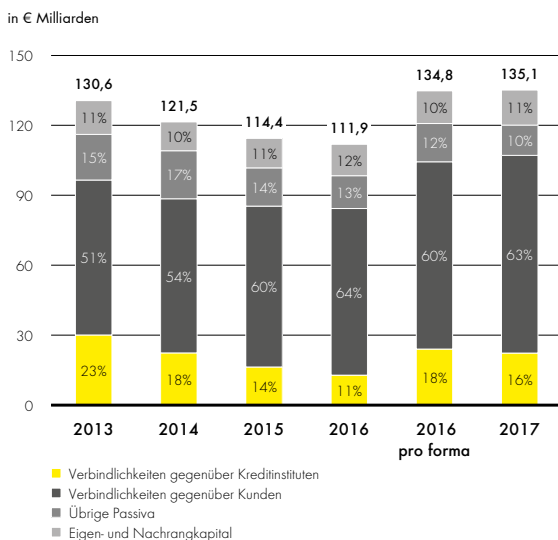
Bilanz

Die Bilanzsumme der RBI stieg im Jahresverlauf geringfügig um € 342 Millionen auf € 135.146 Millionen. Die Währungsentwicklung bewirkte dabei eine Reduktion um € 1.881 Millionen – vor allem hervorgerufen durch die Währungsabwertungen der ukrainischen Hryvna (minus 15 Prozent), des belarussischen Rubels (minus 13 Prozent), des US-Dollars (minus 12 Prozent) und des russischen Rubels (minus 7 Prozent) gegenüber dem Euro.

Struktur der Bilanzaktiva



Struktur der Bilanzpassiva



Aktiva

Die Forderungen an Kreditinstitute vor Abzug der Kreditrisikovorsorgen (€ 11 Millionen) erhöhten sich im Jahresabstand um 31 Prozent oder € 3.377 Millionen auf € 14.358 Millionen. Hauptverantwortlich dafür war ein Anstieg kurzfristiger Positionen (Pensions- und Wertpapierleihgeschäfte) um insgesamt € 4.720 Millionen auf € 8.094 Millionen im Zusammenhang mit der Optimierung der Liquiditätsposition vor allem in Tschechien und in Russland.

Die Forderungen an Kunden vor Abzug der Kreditrisikovorsorgen (€ 3.091 Millionen) stiegen im Geschäftsjahr um 2 Prozent oder € 1.463 Millionen auf € 81.232 Millionen. Hauptverantwortlich dafür war ein Anstieg der Hypothekarkredite um € 1.894 Millionen auf € 25.689 Millionen, vor allem in Tschechien, der Slowakei und Russland. Dem stand ein Rückgang im Kreditgeschäft um € 825 Millionen auf € 44.456 Millionen gegenüber, der vor allem auf der Entwicklung in der Ukraine und der RBI AG beruhte. Nach Asset-Klassen betrachtet, wuchsen vor allem die Forderungen gegenüber Retail-Kunden per Saldo um € 1.484 Millionen

auf € 33.501 Millionen, während die Forderungen an Firmenkunden um € 104 Millionen auf € 46.875 Millionen zurückgingen. Gleichzeitig wurden notleidende Kredite in Höhe von € 2.874 Millionen ausgebucht bzw. verkauft.

Die Position Wertpapiere ging – vor allem in der RBI AG, Polen und Russland – um € 1.949 Millionen auf € 22.575 Millionen zurück. Der bei den übrigen Aktiva verzeichnete Rückgang um € 4.692 Millionen resultierte überwiegend aus einer Reduktion der Barreserve um € 3.509 Millionen (vor allem in Tschechien und der RBI AG) sowie einer Abnahme der Handels- und Bankbuchderivate um € 1.226 Millionen.

Passiva

Das Refinanzierungsvolumen des Konzerns über Kreditinstitute (zumeist Geschäftsbanken) verminderte sich um 7 Prozent oder € 1.768 Millionen auf € 22.291 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren vor allem Rückgänge kurzfristiger Positionen (Giro- und Geldmarktgeschäft) in der RBI AG.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich hingegen im Jahresvergleich um 6 Prozent oder € 4.506 Millionen auf € 84.831 Millionen. Hier verzeichneten vor allem die Einlagen von Retail-Kunden Zuwächse um € 2.683 Millionen auf € 50.111 Millionen, insbesondere in Tschechien, der Slowakei, Rumänien und Russland. Eine Zunahme um € 1.273 Millionen auf € 32.696 Millionen zeigten auch die Einlagen von Firmenkunden. Sie beruhte vor allem auf der Entwicklung in der Slowakei, Tschechien und Russland. Die Einlagen des öffentlichen Sektors stiegen – überwiegend in der RBI AG – um € 551 Millionen auf € 2.024 Millionen.

Die übrigen Passiva reduzierten sich um € 3.436 Millionen auf € 12.994 Millionen. Dabei nahmen die verbrieften Verbindlichkeiten durch – teils vorzeitige – Tilgungen um € 2.642 Millionen ab. Die Handelsspassiva und die negativen Marktwerte derivativer Finanzinstrumente gingen um € 1.228 Millionen zurück.

Funding

Für Informationen zum Funding wird auf Punkt (42) Risiken von Finanzinstrumenten im Risikobericht des Konzernabschlusses verwiesen.

Eigenkapital

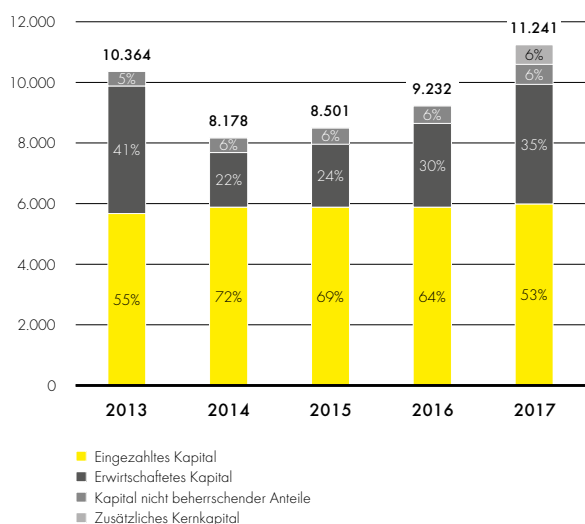
Bilanzielles Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital der RBI, das sich aus dem Konzern-Eigenkapital, dem Konzernergebnis, dem Kapital nicht beherrschender Anteile und dem zusätzlichen Kernkapital zusammensetzt, verzeichnete gegenüber dem Jahresultimo 2016 einen Anstieg von 15 Prozent oder € 1.490 Millionen auf € 11.241 Millionen. Ausschlaggebend dafür waren die Platzierung von zusätzlichem Kernkapital (AT1) in Höhe von insgesamt € 650 Millionen sowie das Gesamtergebnis in Höhe von € 1.049 Millionen. Dividendenzahlungen für das Kapital nicht beherrschender Anteile reduzierten das Kapital hingegen um € 90 Millionen. Für das Geschäftsjahr 2016 wurde keine Dividende an die Aktionäre der RBI ausgezahlt.

Anfang des dritten Quartals 2017 platzierte die RBI zusätzliches Kernkapital (AT1) im Volumen von € 650 Millionen mit unbegrenzter Laufzeit. Unter Berücksichtigung der Emissionskosten sowie des Disagios erhöhte sich das Kapital dadurch um € 645 Millionen. Das AT1 wird aufgrund der Emissionsbedingungen nach IAS 32 als Eigenkapital klassifiziert. Der Kupon beträgt bis Dezember 2022 6,125 Prozent p. a. und wird danach neu festgesetzt. Die Kuponzahlungen an den halbjährlich vorgesehenen Kupontermine 15. Dezember und 15. Juni eines jeden Jahres sind diskretionär. Die Dividende auf das zusätzliche Kernkapital betrug im vierten Quartal 2017 € 18 Millionen.

Zusammensetzung des Eigenkapitals

in € Millionen



Das auf den Eigenanteil entfallende Gesamtergebnis von € 918 Millionen setzte sich aus dem Konzernergebnis von € 1.116 Millionen und dem sonstigen Ergebnis von minus € 199 Millionen zusammen. Den größten Posten im sonstigen Ergebnis stellte ein Bewertungsverlust aus der Veränderung des Credit Spreads für zum beizulegenden Zeitwert bewertete eigene Verbindlichkeiten von € 140 Millionen dar. Dieser wird aufgrund der vorzeitigen Anwendung von IFRS 9.7.1.2 seit dem Geschäftsjahr 2017 im sonstigen Ergebnis (statt wie zuvor in der Erfolgsrechnung) ausgewiesen. Die Währungsumrechnung im Konzern ergab ebenfalls ein Minus von € 71 Millionen. Die stärksten Währungseffekte gingen dabei auf die Abwertung des russischen Rubels (minus € 140 Millionen) und die Aufwertung des polnischen Zloty (€ 81 Millionen) zurück. Da ein Teil des Eigenkapitals in diesen Währungen abgesichert wurde, führte die aktuelle Kursentwicklung zu einem negativen Ergebnis von € 6 Millionen aus dem Capital Hedge. Ein weiterer negativer Beitrag von € 7 Millionen stammte aus den sonstigen Eigenkapitalveränderungen in at-equity bewerteten Unternehmen. Ein positiver Beitrag von € 12 Millionen resultierte aus latenten Steuern, weitere € 10 Millionen steuerte der Cash-Flow Hedge bei.

Das Kapital nicht beherrschender Anteile erhöhte sich um € 78 Millionen auf € 660 Millionen. Dies beruhte auf dem Anteil nicht beherrschender Anteile am Gesamtergebnis in Höhe von € 131 Millionen, dem Kapitaleffekt von € 74 Millionen aus der Verschmelzung der RZB AG mit der RBI AG, den Dividendenzahlungen in Höhe von € 90 Millionen an die Minderheitsgesellschafter von Konzerneinheiten sowie weiteren kleineren Kapitalbewegungen, die sich im Wesentlichen aus Veränderungen von Anteilsverhältnissen ergaben.

Eigenmittel gemäß CRR/BWG

Die nachfolgend dargestellten konsolidierten Werte wurden nach den Bestimmungen der Capital Requirements Regulation (CRR) sowie weiteren gesetzlichen Bestimmungen, z. B. den Implementing Technical Standards (ITS) der European Banking Authority (EBA), ermittelt.

Per 31. Dezember 2017 betragen die gesamten Eigenmittel der RBI € 12.892 Millionen. Dies entspricht einem Anstieg um € 1.088 Millionen im Vergleich zum Jahresendwert 2016. Das harte Kernkapital nach Abzugsposten erhöhte sich im selben Zeitraum um € 662 Millionen. Der Anstieg war großteils bedingt durch die Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2017, während der Dividendenvorschlag in Höhe von € 204 Millionen das Kernkapital entsprechend minderte. Der Effekt auf die Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) belief sich auf 28 Basispunkte. Reduzierend wirkte sich die Anwendung der CRR-Übergangsbestimmungen zum Jahresbeginn 2017 aus. Das Kernkapital erhöhte sich insbesondere durch die Emission von zusätzlichem Kernkapital (AT1) mit unbegrenzter Laufzeit im Volumen von € 650 Millionen im Juli 2017 nach Abzugsposten um € 1.235 Millionen auf € 9.839 Millionen. Demgegenüber verringerten sich die ergänzenden Eigenmittel aufgrund des Abreifens von Kapitalinstrumenten um € 147 Millionen auf € 3.053 Millionen.

Das gesamte Eigenmittelerfordernis betrug per 31. Dezember 2017 € 5.752 Millionen und lag damit um € 319 Millionen über dem Jahresendwert 2016. Das Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko belief sich dabei auf € 4.812 Millionen und zeigte damit einen Anstieg um € 322 Millionen. Wesentliche Grundlagen dafür waren ein anorganischer Effekt aus der Erhöhung der Risikogewichtung für immobilienbesicherte Kredite in Polen sowie Neugeschäft in Tschechien und der Slowakei, was eine Erhöhung der Risikoaktiva um insgesamt € 3.992 Millionen verursachte. Der anorganische Effekt in Polen hatte auf die Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) eine Auswirkung von minus 54 Basispunkten. Das Eigenmittelerfordernis für das Positionsrisiko in Schuldtiteln, Substanzwerten, Waren und Fremdwährungen nahm, großteils bedingt durch Währungsschwankungen im internen Modell sowie eine Zunahme der Bond-Positionen in Russland, um € 60 Millionen zu. Der beim Eigenmittelerfordernis für das operationelle Risiko verzeichnete Rückgang um € 63 Millionen auf € 664 Millionen ist auf die Vollenwendung des fortgeschrittenen Messansatzes zurückzuführen.

Bezogen auf das Gesamtrisiko ergaben sich zum Bilanzstichtag eine Common Equity Tier 1 Ratio (transitional) von 12,9 Prozent und eine Eigenmittelquote (transitional) von 17,9 Prozent. Ohne Berücksichtigung der in der CRR definierten Übergangsbestimmungen beliefen sich die Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) auf 12,7 Prozent und die Eigenmittelquote (fully loaded) auf 17,8 Prozent.

Forschung und Entwicklung

Die RBI ist als Universalbank im Rahmen ihres Tätigkeitsfelds auch auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung aktiv.

Produktentwicklung

Im Bereich des Financial Engineering entwickelt sie etwa für ihre Kunden maßgeschneiderte Lösungen im Zusammenhang mit Investitionen, Finanzierungen oder der Risikoabsicherung. Das Financial Engineering umfasst – neben strukturierten Investment-Produkten – insbesondere strukturierte Finanzierungen, also Finanzierungskonzepte, die über den Einsatz von Standardinstrumenten hinausgehen, wie sie etwa in der Akquisitions- oder Projektfinanzierung eingesetzt werden. Ebenso entwickelt die RBI für ihre Kunden individuelle Lösungen zur Absicherung der unterschiedlichsten Risiken – vom Zinsrisiko über das Währungsrisiko bis hin zum Rohstoffpreisisiko. Neben dem Financial Engineering arbeitet die RBI auch im Bereich Cash Management aktiv an der Weiterentwicklung von integrierten Produktlösungen für den internationalen Zahlungsverkehr.

Digitalisierung

Banken sind von der Digitalisierung in besonderem Maß betroffen: Nicht nur ihre Produkte verändern sich, sondern auch ihre Prozesse und Arbeitsfelder sind durch die Digitalisierung einem Umbruch unterworfen. Die digitale Transformation verlangt etwa, dass Banken ihre Geschäftsmodelle anpassen, die Geschwindigkeit ihrer Reaktion auf den Markt erhöhen und mit neuen Mitbewerbern wie z. B. Startups bzw. Fintechs gleichziehen. Aufgrund der Größe einiger CEE-Märkte und der Offenheit der Anwender gegenüber neuen Produkten und Dienstleistungen sowie innovativen Retail- und Kommunikationskanälen bietet gerade CEE ein ideales Umfeld für Banken wie die RBI, grenzübergreifende Lösungen im Digital Banking anzubieten.

Das internationale Beratungsunternehmen Deloitte veröffentlichte gemeinsam mit der EFMA (European Financial Management Association) im Oktober 2016 eine unabhängige Studie, die 76 Banken in acht CEE-Ländern (Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) hinsichtlich ihrer digitalen Kompetenzen verglich. Die Analyse von insgesamt 361 bestehenden Funktionen für Web- und mobile Anwendungen zeigt, dass die slowakische RBI-Tochterbank Tatra banka die Benchmark in der gesamten CEE-Region im Bereich Digital Banking ist.

Der hohen Bedeutung der Digitalisierung für die strategische Weiterentwicklung der RBI trägt die Gruppe auch in organisatorischer Hinsicht Rechnung. Ein eigens geschaffener, direkt beim CEO angesiedelter Bereich Group Digital Banking steuert die digitale Transformation der RBI. Die Umsetzung der digitalen Transformation liegt in den Händen der Abteilungen „Innovation Management“ und „Digital Roadmaps and Projects“. Während sich „Innovation Management“ mit allen Facetten und Methoden interner, aber auch externer Innovation beschäftigt, liegt die Verantwortung von „Digital Roadmap and Projects“ in der Erarbeitung eines digitalen Zielbilds sowie eines daraus gemeinsam mit den jeweiligen Fachbereichen und 14 CEE-Netzwerkbanken erarbeiteten gruppenweiten Umsetzungsplans.

Mit dem Programm „Elevator Lab“ startete die RBI im Juni 2017 das erste CEE-weite Programm zur Förderung von Startups in der Finanzbranche, so genannten „Fintechs“. Ziel dieses Programms ist es, langfristige Kooperationen mit ausgewählten Fintechs aufzubauen. Die RBI bietet den teilnehmenden Unternehmen dabei potenziellen Zugang zu ihren 14 CEE-Märkten und damit auch zu den 16,5 Millionen Kunden in der Region. Sie selbst profitiert durch diese Zusammenarbeit von den innovativen Ansätzen, Ideen und Entwicklungen der Fintechs und kann den Einsatz neuer Technologien – sei es in der Implementierung neuer Produkte, in der Vereinfachung von Prozessen oder der Effizienzsteigerung – anhand konkreter Anwendungsfälle sofort prüfen und gegebenenfalls umsetzen. Insgesamt bewarben sich 336 Fintechs aus 56 Ländern für die Teilnahme am „Elevator Lab“-Programm. Davon stammen fast 30 Prozent aus den CEE-Märkten der RBI. In einem von mehr als 50 Führungskräften der RBI (so genannten Mentoren) begleiteten Auswahlverfahren wurden die eingereichten Projekte auf ihre Werthaltigkeit hin beurteilt. Sechs Finalisten aus den Bereichen „Zahlungsverkehr“, „RegTech“ (neue Technologien für regulatorische Anforderungen), „Filiale der Zukunft“ sowie „Big Data Analytics“ qualifizierten sich letztlich für die Teilnahme an dem viermonatigen Programm, in dem gemeinsam mit den Mentoren Pilotprojekte erarbeitet wurden. Diese betrafen neben der RBI AG u. a. die Netzwerkbanken in Belarus, Ungarn, Tschechien, Russland und der Slowakei.

Ebenfalls 2017 wurde mit der so genannten „Innovationsstrategie“ ein Rahmenwerk für die strukturierte Organisation und Bearbeitung aller Innovationsaktivitäten der RBI geschaffen. Diese Strategie bildet u. a. die Grundlage für digitale Neu- und Weiterentwicklungen in der RBI und steht damit in engem Zusammenhang mit der in der Abteilung „Digital Roadmaps and Projects“ erarbeiteten Open-Banking-Strategie.

Ausgehend von den Vorgaben der EU-Zahlungsverkehrsrichtlinie (PSD 2) zeigt die Open-Banking-Strategie Geschäftspotenziale auf, die sich aus einer über die regulatorische Notwendigkeit hinausgehenden Öffnung der Banksysteme gegenüber dem Markt ergeben. In Kombination mit einer gruppenweiten digitalen Roadmap ergibt sich daraus neben einer umfangreichen Beschreibung eines digitalen Zielbilds auch eine präzise Handlungsanleitung zur Umsetzung digitaler Vorhaben. In enger Zusammenarbeit mit den Fachbereichen und den 14 CEE-Netzwerkbanken entsteht somit eine transparente Übersicht über das digitale Projektportfo-

lio. Auf diese Weise können Redundanzen vermieden bzw. Synergien identifiziert und somit die Gesamteffizienz der RBI im digitalen Umfeld verbessert werden.

Darüber hinausgehend beschäftigt sich die RBI eingehend mit dem Potenzial und dem Einsatz neuer Technologien, vor allem von Advanced Analytics und Blockchain. Im November 2017 trat die RBI als erste österreichische Bank dem Blockchain-Konsortium R3 bei. Ziel dieser Maßnahme ist es, gemeinsam mit anderen Mitgliedern des Konsortiums Ansätze zu entwickeln, mit denen auf der Blockchain-Technologie basierende Anwendungen auch kommerziell genutzt werden können. Die RBI wird sich hier auf die Bereiche Cash- und Zahlungsdienste, Kapitalmärkte, digitale Identität, Wertpapierdienstleistungen und Handelsfinanzierung konzentrieren.

Aus den entwickelten Strategien abgeleitete digitale Umsetzungsvorhaben werden in einem speziellen Programm für die digitale Transformation der RBI gebündelt. Erste bereits in Realisierung befindliche Projekte fokussieren auf die digitale Neukundengewinnung, den Zahlungsverkehr, die Online-Kreditvergabe und das Thema Analytik. Sie alle haben das Ziel, die digitale Marktposition der RBI auszubauen und langfristig zu stärken, neue Geschäftsfelder zu erschließen und die RBI nachhaltig in einem kompetitiven Umfeld zu positionieren, das zahlreiche Herausforderungen, gleichzeitig jedoch viele neue Möglichkeiten und Chancen bietet.

Internes Kontroll- und Risikomanagement-System im Hinblick auf den Konzern-Rechnungslegungsprozess

Eine ausgewogene und vollständige Finanzberichterstattung ist für die RBI und ihre Organe ein wichtiges Ziel. Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist dabei eine selbstverständliche Grundvoraussetzung. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines den Anforderungen des Unternehmens entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagement-Systems im Hinblick auf den gesamten Rechnungslegungsprozess. Dieses ist im unternehmensweiten Rahmenwerk für das Interne Kontrollsystem (IKS) eingebettet.

Ziel dieses internen Kontrollsystems ist es, den Vorstand dadurch zu unterstützen, dass es effektive und laufend verbesserte interne Kontrollen im Zusammenhang mit der Rechnungslegung gewährleistet. Das Kontrollsystem ist neben der Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften auch auf die Schaffung optimaler Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen ausgerichtet.

Basis für die Erstellung des Konzernabschlusses sind die einschlägigen österreichischen Gesetze, allen voran das Bankwesengesetz (BWG) und das österreichische Unternehmensgesetzbuch (UGB), in denen die Aufstellung eines konsolidierten Jahresabschlusses geregelt wird. Die Rechnungslegungsnorm für den Konzernabschluss bilden die International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie von der EU übernommen wurden.

Kontrollumfeld

Für den Konzern besteht bereits seit Jahren ein internes Kontrollsystem mit einem Anweisungswesen in Form von Direktiven und Anweisungen für strategisch wichtige Themenbereiche als zentrales Element. Dies umfasst

- die Kompetenzordnung für die Genehmigung von Konzern- und Unternehmensdirektiven sowie Abteilungs- und Bereichsanweisungen,
- Prozessbeschreibungen für die Erstellung, Qualitätsüberprüfung, Genehmigung, Veröffentlichung, Implementierung und Überwachung von Direktiven und Anweisungen sowie
- Regelungen für die Überarbeitung bzw. die Außerkraftsetzung von Direktiven und Anweisungen.

Für die Implementierung der Konzernanweisungen ist die Geschäftsleitung der jeweiligen Konzerneinheiten verantwortlich. Die Überwachung der Einhaltung dieser Konzernregelungen erfolgt unter anderem im Rahmen von Revisionsprüfungen durch die Konzern- und die lokale Revision.

Erstellt wird der Konzernabschluss von Group Accounting & Reporting, angesiedelt im Bereich des Finanzvorstands. Die zugehörigen Verantwortlichkeiten sind im Rahmen einer eigenen Konzernfunktion gruppenweit definiert.

Risikobeurteilung

Wesentliche Risiken in Bezug auf den Konzern-Rechnungslegungsprozess werden durch den Vorstand evaluiert und überwacht. Komplexe Bilanzierungsgrundsätze können zu einem erhöhten Fehlerrisiko führen, dasselbe gilt für unterschiedliche Grundsätze für die Bewertung, insbesondere für die im Konzern essenziellen Finanzinstrumente. Darüber hinaus birgt auch ein schwieriges Geschäftsumfeld das Risiko wesentlicher Fehler in der Berichterstattung. Für verschiedene Aktiv- und Passivposten, für die kein verlässlicher Marktwert ermittelbar ist, müssen im Rahmen der Erstellung eines Konzernabschlusses Schätzungen vorgenommen werden. Dies gilt speziell für das Kreditgeschäft, Beteiligungen, Markenrechten und Firmenwerten. Auch beim Sozialkapital sowie der Bewertung von Wertpapieren liegen Einschätzungen zugrunde.

Kontrollmaßnahmen

Die Erstellung der einzelnen Finanzinformationen erfolgt dezentral in den jeweiligen Konzerneinheiten nach den Vorgaben der RBI. Die für das Rechnungswesen verantwortlichen Mitarbeiter und Geschäftsleiter der Konzerneinheiten sind für die vollständige Abbildung und korrekte Bewertung aller Transaktionen verantwortlich. Durch unterschiedliche lokale Rechnungslegungsstandards können die lokalen Einzelabschlüsse von den an die RBI gelieferten Finanzinformationen abweichen. Es liegt in der Verantwortung der jeweiligen lokalen Geschäftsführung, dass die vorgeschriebenen internen Kontrollmaßnahmen, z. B. Funktionstrennungen oder das Vier-Augen-Prinzip, umgesetzt werden. Die Abstimmungs- und Validierungskontrollen werden innerhalb der gesamten Rechnungslegungsprozesse in die Aggregations-, Berechnungs- und Bewertungsaktivitäten eingebettet.

Konzernkonsolidierung

Die Übermittlung der Abschlussdaten, die von einem externen Wirtschaftsprüfer geprüft oder prüferisch durchgesehen werden, erfolgt überwiegend durch automatisierte Übertragung in das Konsolidierungssystem IBM Cognos Controller jeweils bis Ende Jänner des Folgejahres. Das System ist in Bezug auf die IT-Sicherheit durch die restriktive Vergabe von Berechtigungen geschützt.

Die von den Konzerneinheiten eingelangten Abschlussdaten werden im Group Accounting & Reporting durch den für die jeweilige Konzerneinheit verantwortlichen Key Account Manager zunächst auf Plausibilität überprüft. Kontrollaktivitäten auf Konzernebene umfassen die Analyse und gegebenenfalls die Anpassung der von den Konzerneinheiten vorgelegten Finanzabschlüsse. Dabei werden die Ergebnisse der Abschlussbesprechungen mit Vertretern der Einzelgesellschaften und die Anmerkungen aus der Abschlussprüfung berücksichtigt. In den Gesprächen werden sowohl die Plausibilität der Einzelabschlüsse als auch kritische Einzelsachverhalte der Konzerneinheiten diskutiert.

Im Konsolidierungssystem erfolgen dann die weiteren Konsolidierungsschritte. Diese umfassen u. a. die Kapitalkonsolidierung, die Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie die Schuldenkonsolidierung. Abschließend werden allfällige Zwischengewinne durch Konzernbuchungen eliminiert. Die Erstellung der nach IFRS und BWG/UGB geforderten Anhangangaben bildet den Abschluss der Konsolidierung.

Zusätzlich zum Vorstand umfasst das allgemeine Kontrollumfeld auch die mittlere Managementebene. Sämtliche Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewendet, um sicherzustellen, dass potenzielle Fehler oder Abweichungen in der Finanzberichterstattung vermieden bzw. entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der Periodenergebnisse durch das Management bis hin zur spezifischen Überleitung von Konten und zur Analyse der fortlaufenden Prozesse im Rechnungswesen.

Der Konzernabschluss wird samt Lagebericht im Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats behandelt und darüber hinaus dem gesamten Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Er wird im Rahmen des Geschäftsberichts, auf der firmeneigenen Internetseite sowie im Amtsblatt zur Wiener Zeitung veröffentlicht und zuletzt zum Firmenbuch eingereicht.

Information und Kommunikation

Grundlage für den Konzernabschluss sind standardisierte, konzernweit einheitliche Formulare. Die Bilanzierungs- und Bewertungsstandards werden dabei im RBI Group Accounts Manual definiert bzw. erläutert und sind für die Erstellung der Abschlussdaten verbindlich. Die Anweisungen an die Konzerneinheiten betreffend Details zu Bewertungsmaßnahmen im Bereich des Kreditrisikos und ähnlicher Fragestellungen erfolgen im Rahmen von Konzerndirektiven. Änderungen in den Anweisungen und Standards werden den betroffenen Einheiten in regelmäßigen Schulungen kommuniziert.

Im jährlich erscheinenden Geschäftsbericht werden die konsolidierten Ergebnisse in Form eines vollständigen Konzernabschlusses dargestellt. Dieser Konzernabschluss wird vom externen Konzern-Abschlussprüfer geprüft. Zusätzlich wird ein Konzern-Lagebericht erstellt, in dem eine verbale Erläuterung der Konzernergebnisse gemäß den gesetzlichen Vorgaben erfolgt.

Unterjährig wird monatlich auf konsolidierter Basis an das Konzern-Management berichtet. Die veröffentlichten Zwischenberichte – sie entsprechen den Bestimmungen des IAS 34 – werden gemäß Börsengesetz quartalsweise erstellt. Zu veröffentlichende Konzernabschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern und dem Finanzvorstand vor Weiterleitung an den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats einer abschließenden Würdigung unterzogen. Für das Management werden darüber hinaus Analysen zum Konzernabschluss

zusammengestellt, ebenso erfolgen periodisch Vorscheurechnungen für den Konzern. Der von Group Planning & Finance durchgeführte Budgetierungs- und Kapitalplanungsprozess schließt auch die Erstellung von Konzernbudgets auf Dreijahresbasis ein.

Überwachung

Die Finanzberichterstattung ist ein Schwerpunktthema im IKS, in dem die Rechnungslegungsprozesse einer Überwachung und Kontrolle unterzogen werden und deren Ergebnisse dem Vorstand und dem Aufsichtsrat vorgelegt werden. Darüber hinaus hat der Prüfungsausschuss den Rechnungslegungsprozess zu überwachen. Die Verantwortung für die unternehmensweite fortlaufende Überwachung obliegt dem Vorstand. Die internen Kontrollsysteme basieren auf drei Verteidigungslinien (lines of defense).

Die sogenannte „First line of defense“ bilden dabei die Fachbereiche, in der die Abteilungsleiter für die Überwachung ihrer Geschäftsfelder zuständig sind. Hier werden gemäß der dokumentierten Prozesse in regelmäßigen Abständen Kontrollen und Plausibilisierungen vorgenommen.

Die zweite Verteidigungslinie wird durch themenspezifische Spezialbereiche abgedeckt. Das sind zum Beispiel Compliance, Data Quality Governance, Operational Risk Controlling oder Security & Business Continuity Management. Sie sollen in erster Linie die Fachbereiche bei den Kontrollschritten unterstützen, die tatsächlichen Kontrollen validieren und State-of-the-art-Praktiken in die Organisation einbringen.

Als dritte Stufe ist die interne Revision in den Überwachungsprozess involviert. Die Revisionsfunktion wird dabei vom Bereich Group Internal Audit sowie von der jeweiligen internen Revision der Konzerneinheiten wahrgenommen. Für sämtliche Revisionsaktivitäten gelten die konzernweit verbindlichen revisionsspezifischen Regelwerke (Group Audit Standards), die auf den Mindeststandards für die interne Revision der Österreichischen Finanzmarktaufsicht sowie internationalen „Best Practices“ basieren. Zusätzlich gelten die internen Regelungen des Bereichs Group Internal Audit (insbesondere auch die Audit Charter). Die Konzernrevision überprüft unabhängig und regelmäßig die Einhaltung der internen Vorschriften in den Konzerneinheiten der RBI. Die Leitung des Bereichs Group Internal Audit berichtet direkt an die Vorstände mit zusätzlichen Berichtspflichten an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates und die Mitglieder des Prüfungsausschusses.

Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte

Die folgenden Angaben erfüllen die Bestimmungen des § 243a Abs 1 UGB:

(1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2017 € 1.003.265.844,05 und ist in 328.939.621 auf Inhaber lautende stimmberechtigte Stammaktien aufgeteilt. Davon sind zum Stichtag 31. Dezember 2017 394.942 Stück eigene Aktien, sodass sich zum Bilanzstichtag 328.544.679 Aktien im Umlauf befanden. Im Vergleich zum 31. Dezember 2016 (509.977 Stück) ergibt sich daraus ein Abgang von 115.035 Stück eigener Aktien, der auf der Übertragung im Rahmen des aktienbasierten Vergütungsprogramms beruht. Für weitere Angaben wird auf den Anhang zu Punkt [32] verwiesen.

(2) Die Satzung enthält keine Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen. Die Raiffeisen-Landesbanken und unmittelbare und mittelbare Tochtergesellschaften der Raiffeisen-Landesbanken sind Parteien eines Syndikatsvertrages in Bezug auf die RBI AG („Syndikatsvereinbarung“). In dieser Syndikatsvereinbarung ist u. a. neben einer Stimmbindung und Vorkaufsrechten insbesondere geregelt, dass für einen Zeitraum von drei Jahren ab Wirksamkeit der Verschmelzung der RZB AG mit der RBI AG, somit ab 18.03.2017, Verkäufe von durch die Raiffeisen-Landesbanken gehaltenen RBI-Aktien (mit wenigen Ausnahmen) nicht möglich sind (Lock-Up-Periode), wenn dadurch die zusammengerechnete Beteiligung der Raiffeisen-Landesbanken (unmittelbar und/oder mittelbar) an der RBI AG 50 Prozent des Grundkapitals zuzüglich einer Aktie unterschreiten würde. Nach Ablauf der Lock-Up-Periode gilt dafür eine Anteilsschwelle von 40 Prozent des Grundkapitals an der RBI AG.

(3) Die RLB NÖ-Wien Sektorbeteiligungs GmbH hält gemäß Stimmrechtsmitteilung vom 20. März 2017 rund 22,24 Prozent am Grundkapital der Gesellschaft. Weiters sind den Raiffeisen-Landesbanken und deren unmittelbaren und mittelbaren Tochtergesellschaften aufgrund der Syndikatsvereinbarung in Bezug auf RBI AG die unmittelbar bzw. mittelbar gehaltenen Stimmrechte aus insgesamt 193.449.778 Aktien, entsprechend einem Stimmrechtsanteil von rund 58,81 Prozent jeweils wechselseitig gemäß §§ 130 und 133 Z 7 BörseG als gemeinsam vorgehende Rechtsträger iSd § 1 Z 6 ÜbG zuzurechnen (siehe am 20. März 2017 veröffent-

lichte Stimmrechtsmitteilung). Die restlichen Aktien der RBI AG befinden sich im Streubesitz. Dem Vorstand sind keine weiteren direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die zumindest 10 Prozent betragen.

(4) Die Satzung enthält keine besonderen Kontrollrechte von Aktieninhabern. Gemäß Syndikatsvereinbarung für die RBI AG können neun Mitglieder des Aufsichtsrats der RBI AG durch die Raiffeisen-Landesbanken nominiert werden. Neben den von den Raiffeisen-Landesbanken nominierten Mitgliedern sollen dem Aufsichtsrat der RBI AG drei nicht der Raiffeisen Bankengruppe Österreich zurechenbare unabhängige Vertreter des Streubesitzes angehören.

(5) Es besteht keine Stimmrechtskontrolle bei einer Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer.

(6) Laut Satzung können Personen, die das 68. Lebensjahr vollendet haben, nicht zum Mitglied des Vorstands bestellt oder für eine weitere Funktionsperiode wiederbestellt werden. Für den Aufsichtsrat gilt, dass Personen, die das 75. Lebensjahr vollendet haben, nicht zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt oder für eine weitere Funktionsperiode wiedergewählt werden können. Mitglied des Aufsichtsrats kann ferner keine Person sein, die insgesamt bereits acht Aufsichtsratsmandate in börsennotierten Gesellschaften innehat. Der Vorsitz im Aufsichtsrat einer börsennotierten Gesellschaft zählt dabei doppelt. Von dieser Beschränkung kann die Hauptversammlung durch einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen absehen, sofern dies gesetzlich zulässig ist. Jede zur Wahl gestellte Person, die mehr Aufsichtsratsmandate oder -vorsitze in börsennotierten Gesellschaften innehat, hat dies der Hauptversammlung gegenüber offenzulegen. Darüber hinaus bestehen keine über das Gesetz hinausgehenden Bestimmungen hinsichtlich der Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats. Die Satzung der Gesellschaft sieht vor, dass, soweit nicht zwingende gesetzliche Bestimmungen eine andere Mehrheit vorschreiben, die Hauptversammlung ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen fasst. In Fällen, in denen das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, erfolgt dies mit einfacher Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Aufgrund dieser Bestimmung können Aufsichtsratsmitglieder mit einfacher Mehrheit vorzeitig abberufen werden. Der Aufsichtsrat kann Satzungsänderungen, die nur die Fassung betreffen, beschließen. Dieses Recht kann an Ausschüsse delegiert werden. Darüber hinaus bestehen keine über das Gesetz hinausgehenden Bestimmungen über die Änderung der Satzung der Gesellschaft.

(7) Der Vorstand ist seit der Hauptversammlung vom 4. Juni 2014 gemäß § 169 AktG ermächtigt, bis längstens 25. August 2019 mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital – allenfalls in mehreren Tranchen – um bis zu € 446.793.032,95 durch Ausgabe von bis zu 146.489.519 Stück neuen, auf Inhaber lautenden stimmberechtigten Stammaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen (auch im Wege des mittelbaren Bezugsrechts durch ein Kreditinstitut gemäß § 153 Abs 6 AktG) und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, (i) wenn die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage erfolgt oder (ii) wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlage erfolgt und die unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 Prozent des Grundkapitals der Gesellschaft nicht überschreiten (Bezugsrechtsausschluss).

Das Grundkapital ist gemäß § 159 Abs 2 Z 1 AktG um bis zu € 119.258.123,20 durch Ausgabe von bis zu 39.101.024 Stück auf Inhaber lautenden Stammaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als von einem unentziehbaren Umtausch- oder Bezugsrecht Gebrauch gemacht wird, das die Gesellschaft den Gläubigern von Wandelschuldverschreibungen, die auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 26. Juni 2013 ausgegeben werden, auf Aktien einräumt, und der Vorstand nicht beschließt, eigene Aktien zuzuteilen. Der Vorstand wurde in der Hauptversammlung vom 26. Juni 2013 ermächtigt, gemäß § 174 Abs 2 AktG innerhalb von fünf Jahren ab dem Datum der gegenständlichen Beschlussfassung durch die Hauptversammlung mit Zustimmung des Aufsichtsrats, auch in mehreren Tranchen, Wandelschuldverschreibungen mit einem Gesamtnennbetrag von bis zu € 2.000.000.000, mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf bis zu 39.101.024 Stück auf Inhaber lautende Stammaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu € 119.258.123,20 verbunden ist, auszugeben. Das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Wandelschuldverschreibungen ist ausgeschlossen. Bis dato wurden keine Wandelschuldverschreibungen ausgegeben.

Die Hauptversammlung vom 16. Juni 2016 ermächtigte den Vorstand nach den Bestimmungen des § 65 Abs 1 Z 8 sowie Abs 1a und Abs 1b AktG zum Erwerb und, ohne dass die Hauptversammlung vorher nochmals befasst werden muss, gegebenenfalls zur Einziehung eigener Aktien. Der Anteil der zu erwerbenden und bereits erworbenen eigenen Aktien darf insgesamt 10 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen. Die Dauer der Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien ist mit 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung in der Hauptversammlung, sohin bis zum 15. Dezember 2018, begrenzt. Der geringste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert beträgt € 1,- pro Aktie, der höchste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert darf nicht mehr als 10 Prozent über dem durchschnittlichen, ungewichteten Börsenschlusskurs der der Ausübung dieser Ermächtigung vorangegangenen zehn Handelstage liegen. Diese Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke – mit Ausnahme des Wertpapierhandels – durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden.

Der Vorstand wurde weiters gemäß § 65 Abs 1b AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats für die Veräußerung der eigenen Aktien eine andere Art der Veräußerung als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot unter teilweisem oder ganzlichem Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu beschließen und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Das Bezugsrecht der Aktionäre darf nur dann ausgeschlossen werden, wenn die Verwendung der eigenen Aktien als Gegenleistung für eine Sacheinlage, beim Erwerb von Unternehmen, Betrieben, Teilbetrieben oder Anteilen an einer oder mehreren Gesellschaften

ten im In- oder Ausland oder zum Zweck der Durchführung des Share Incentive Program (SIP) der Gesellschaft für leitende Angestellte und Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft und der mit ihr verbundenen Unternehmen erfolgt. Weiters kann für den Fall, dass Wandelschuldverschreibungen auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 26. Juni 2013 ausgegeben werden, das Bezugsrecht der Aktionäre auch ausgeschlossen werden, um (eigene) Aktien an solche Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen auszugeben, die von dem ihnen gemäß den Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen gewährten Umtausch- oder Bezugsrecht auf Aktien der Gesellschaft Gebrauch gemacht haben. Diese Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden und gilt für die Dauer von fünf Jahren ab dem Datum der Beschlussfassung, sohin bis zum 15. Juni 2021.

Seit der Ermächtigung im Juni 2016 wurden keine eigenen Aktien erworben.

Die Hauptversammlung vom 16. Juni 2016 ermächtigte den Vorstand ferner nach den Bestimmungen des § 65 Abs 1 Z 7 AktG, zum Zweck des Wertpapierhandels, der auch außerbörslich durchgeführt werden darf, für die Dauer von 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung, sohin bis zum 15. Dezember 2018, eigene Aktien zu erwerben, wobei der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien 5 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft am Ende jeden Tages nicht übersteigen darf. Der Gegenwert für die zu erwerbenden Aktien darf die Hälfte des Schlusskurses an der Wiener Börse am letzten Handelstag vor dem Erwerb nicht unter- und das Doppelte des Schlusskurses an der Wiener Börse am letzten Handelstag vor dem Erwerb nicht überschreiten. Diese Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden.

(8) Es bestehen folgende bedeutende Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist und die bei einem Kontrollwechsel in der Gesellschaft infolge eines Übernahmeangebots wirksam werden, sich ändern oder enden:

- Die RBI AG war bis zur Wirksamkeit der Verschmelzung am 18. März 2017 als Tochterunternehmen der RZB im Rahmen der gruppenweiten D&O-Versicherung der RZB mitversichert. Zum 18. März 2017 wurde der Versicherungsnehmer der gruppenweiten D&O-Versicherung durch einen Versicherungsnachtrag von RZB auf RBI AG umgestellt, sodass für RBI AG und für die gesamte RBI-Gruppe ein unveränderter Versicherungsschutz weiterhin sichergestellt wurde. Der Versicherungsschutz besteht bei einer Verschmelzung mit einem anderen Rechtsträger der RBI-Gruppe weiterhin. Im Fall einer Verschmelzung mit einem Rechtsträger außerhalb der RBI-Gruppe endet der Versicherungsvertrag automatisch zum Ablauf jener Versicherungsperiode, in der die Verschmelzung wirksam wird. In diesem Fall besteht Versicherungsschutz nur für Schadenersatzansprüche aus vor der Verschmelzung begangenen Pflichtverletzungen, die dem Versicherer vor einer etwaigen Beendigung der gruppenweiten D&O-Versicherung der RBI und danach innerhalb der vereinbarten Nachmeldefrist von fünf Jahren gemeldet werden.
- Das SIP der Gesellschaft sieht bei einem Wechsel in der Unternehmenskontrolle Folgendes vor: „Kommt es während der Wartezeit (Vesting Period) zu einem Wechsel in der Unternehmenskontrolle oder zu einer Fusion, ohne dass der Zusammenschluss ausschließlich Tochtergesellschaften betrifft, so verfallen alle bedingten Aktien zum Zeitpunkt des Erwerbs der Aktien der RBI AG und der tatsächlichen Verfügungsmöglichkeit des Investors über die Anteile bzw. zum Zeitpunkt der Fusion ersatzlos. Für die verfallenen bedingten Aktien wird eine Entschädigungszahlung vorgenommen. Der ermittelte Entschädigungsbetrag wird mit der nächstmöglichen Gehaltsabrechnung ausbezahlt.“
- Ferner sieht ein von der RBI AG bezüglich einer Tochterbank mit einem Mitaktionär abgeschlossener Syndikatsvertrag vor, dass dieser bei einem Kontrollwechsel automatisch endet.
- Die RBI AG ist Mitglied des Fachverbands der Raiffeisenbanken. Bei einem Kontrollwechsel in der RBI AG, in dessen Rahmen Gesellschafter von außerhalb der Raiffeisen Bankengruppe Österreich die Kontrolle erlangen, kann die Mitgliedschaft im Fachverband der Raiffeisenbanken und die Mitgliedschaft in der Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich enden. Die RBI AG übt weiters die Zentralinstitutsfunktion der Raiffeisen Bankengruppe auf Bundesebene aus. Bei einem Kontrollwechsel in der RBI AG können Verträge, die damit zusammenhängen (Mitgliedschaft im Liquiditätsverbund nach § 27a BWG; Mitgliedschaft im Bundes-IPS gemäß Art. 113 Abs 7 CRR; Mitgliedschaft in der Österreichischen Raiffeisen-Einlagensicherung EGen), enden bzw. sich ändern.
- Refinanzierungsverträge der Gesellschaft und Verträge über Finanzierungen Dritter an Tochtergesellschaften, die von der Gesellschaft garantiert werden, sehen im Fall eines Kontrollwechsels vor, dass die Kreditgeber eine vorzeitige Rückzahlung der Finanzierungen verlangen können.

(9) Es bestehen keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots.

Risikomanagement

Für Informationen zum Risikomanagement wird auf Punkt (42) Risiken von Finanzinstrumenten im Risikobericht des Konzernabschlusses verwiesen.

Corporate Governance

Weitere Informationen dazu befinden sich im Geschäftsbericht im Kapitel Corporate-Governance-Bericht sowie auf der Website der RBI (www.rbinternational.com → Investor Relations → Corporate Governance).

Konsolidierter nichtfinanzieller Bericht

Die gemäß NaDiVeG (Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz) erstmals nach § 267a UGB zu erstellende konsolidierte nichtfinanzielle Erklärung erfolgt als eigenständiger nichtfinanzieller Bericht (Nachhaltigkeitsbericht). Der Bericht mit ausführlichen Informationen zu den Entwicklungen im Nachhaltigkeitsmanagement wird auf der Website unter www.rbinternational.com → Über uns → Nachhaltigkeitsmanagement veröffentlicht und enthält auch die Angaben nach § 243b UGB für das Mutterunternehmen.

Ausblick

Konjunkturaussichten

Zentraleuropa

Das starke Wirtschaftswachstum des Jahres 2017 in Zentraleuropa (CE) dürfte sich auch 2018 fortsetzen. Mit steigender Auslandsnachfrage, vor allem dank der guten Konjunktur in Deutschland und der Eurozone, anziehenden Investitionen und wachsender privater Konsumnachfrage in den Märkten der Region ist es auch weiterhin breit aufgestellt. Konkret wird 2018 für die polnische, die slowakische und die slowenische Volkswirtschaft ein deutliches BIP-Wachstum zwischen 3,8 und 4,6 Prozent erwartet. Auch in Ungarn und Tschechien sollte die Wirtschaft um mehr als 3 Prozent weiter wachsen. Nach 4,4 Prozent in der Vergleichsperiode sollte das Wachstum in CE insgesamt damit nach aktuellen Prognosen im Jahr 2018 um 4,1 Prozent zulegen.

Südosteuropa

Die Region Südosteuropa (SEE) dürfte ebenfalls eine Fortsetzung des Wachstumstrends erleben. Nach einem sehr starken BIP-Wachstum von 5,1 Prozent im Jahr 2017 sollte 2018 in SEE ein Anstieg der Wirtschaftsleistung um 3,7 Prozent möglich sein. Dabei wird sich das Wachstum in Rumänien 2018 wahrscheinlich auf 4,2 Prozent abkühlen. Allerdings liegt auch dieser Wert noch über dem Potenzialwachstum, sodass außenwirtschaftliche Ungleichgewichte weiter zunehmen könnten. Zudem besteht die Gefahr, dass das Defizit der öffentlichen Haushalte in Rumänien die Maastricht-Grenze von 3 Prozent überschreitet. In Serbien sollte sich die

Wirtschaftsdynamik 2018 nach einem schwachen Jahr 2017 wieder etwas erholen, während der Zuwachs in Kroatien mit 2,3 Prozent schwächer ausfallen dürfte als 2017.

Osteuropa

Die russische Wirtschaft wird ihre moderate Erholung nach aktuellen Vorhersagen 2018 mit einem Wirtschaftswachstum von rund 1,5 Prozent fortsetzen. Ein leicht steigender Ölpreis sollte dabei stützend wirken, während von der weiterhin vergleichsweise restriktiven Geld- und Fiskalpolitik keine deutlichen konjunkturellen Impulse zu erwarten sind. Die russischen Präsidentschaftswahlen im März 2018 dürften keinen großen Einfluss auf das Konjunkturbild haben. In der Ukraine stehen 2019 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen an, die bereits 2018 die politischen Unsicherheiten erhöhen und die Konjunkturdynamik dämpfen könnten. Das Wirtschaftswachstum dürfte in der Ukraine damit 2018 bei moderaten 2,5 Prozent liegen.

Österreich

In Österreich sollte sich der dynamische Konjunkturaufschwung auch 2018 fortsetzen, auch wenn der Zenit bereits überschritten sein dürfte. Das reale BIP-Wachstum sollte 2018 mit 2,8 Prozent etwa gleich hoch ausfallen wie im Jahr davor. Die Konjunktur wird dabei weiterhin von der Inlandsnachfrage und den Nettoexporten getragen, während von den Investitionen dank schwächerer Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen ein geringerer Wachstumsbeitrag ausgehen dürfte. Der private Konsum wiederum sollte vom fortgesetzten Beschäftigungsaufbau profitieren.

CEE-Bankensektor

Der sehr starke Wirtschaftsaufschwung in CE bzw. SEE sowie die Rückkehr zu spürbarem Wachstum in Russland, der Ukraine und Belarus sollten sich 2018 positiv auf den CEE-Bankensektor auswirken. Günstige Entwicklungen im operativen (Neu-)Geschäft könnten 2018 zudem durch stabile oder sogar leicht verbesserte Zinsmargen bzw. etwas steilere Zinskurven in CE und SEE unterstützt werden. Dank der Anpassungen der letzten Jahre – etwa der Verringerung der Fremdwährungskredite und des Abbaus der NPL-Portfolios – dürften außerdem negative Ertragsauswirkungen aus dieser Richtung ausbleiben. Ebenso wird angesichts der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und des sich fortsetzenden Rückgangs bei Firmeninsolvenzen kein spürbarer Anstieg der Risikokosten erwartet. In Summe dürfte die Eigenkapitalrentabilität im CEE-Bankensektor vor diesem Hintergrund 2018 zumindest auf dem Niveau von 2017 verbleiben oder sogar leicht ansteigen.

Ausblick der RBI

Wir gehen für die nächsten Jahre von einem durchschnittlichen Kreditwachstum im mittleren einstelligen Prozentbereich aus.

Nach sehr niedrigen Risikokosten im Jahr 2017 (€ 287 Millionen) erwarten wir, dass die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte im Jahr 2018 über jenen von 2017 liegen werden.

Die NPL Ratio soll mittelfristig weiter sinken.

Wir streben mittelfristig eine Cost/Income Ratio von unter 55 Prozent an.

Wir peilen mittelfristig einen Konzern-Return-on-Equity von etwa 11 Prozent an.

Mittelfristig streben wir eine CET1 Ratio (fully loaded) nach Dividende von rund 13 Prozent an.

Basierend auf dieser Zielquote beabsichtigen wir Dividendenausschüttungen in Höhe von 20 bis 50 Prozent des Konzernergebnisses.

Die Ziele in diesem Ausblick enthalten die Auswirkungen von IFRS 9 und FINREP.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Geänderte Zusammensetzung des Vorstands

Ende Oktober 2017 verließ Klemens Breuer, der im RBI Vorstand für die Bereiche Capital Markets und Retail Banking zuständig war, auf eigenen Wunsch die RBI.

Mit 7. Dezember 2017 bestellte der Aufsichtsrat Andrii Stepanenko vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde zum Mitglied des Vorstands. Nach Vorliegen der Genehmigung übernimmt Andrii Stepanenko voraussichtlich im März 2018 den Bereich Retail Banking von Peter Lennkh, der diesen Bereich seit dem Ausscheiden von Klemens Breuer interimistisch leitet.

Mit 15. Jänner 2018 bestellte der Aufsichtsrat Lukasz Januszewski vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde zum Mitglied des Vorstands. Nach Vorliegen der Genehmigung übernimmt Lukasz Januszewski voraussichtlich im März 2018 den Bereich Capital Markets von Johann Strobl, der seit dem Ausscheiden von Klemens Breuer interimistisch für den Bereich verantwortlich ist.

Segmentberichte

Segmentüberblick	64
Entwicklung der Segmente	65
Zentraleuropa	65
Südosteuropa	68
Osteuropa	72
Group Corporates & Markets	75
Corporate Center	76

Segmentüberblick

Grundlagen der Segmentierung

Die Segmentberichterstattung der RBI erfolgt gemäß IFRS 8 auf Basis der bestehenden Organisationsstruktur, wobei als Steuerungseinheit im Konzern jeweils ein Land fungiert. Die Märkte des Konzerns werden dabei zu regionalen Segmenten zusammengefasst, in denen jeweils Länder mit vergleichbarem wirtschaftlichem Charakter und ähnlichen langfristigen Entwicklungserwartungen gebündelt werden.

Daraus ergeben sich die folgenden Segmente:

- Zentraleuropa: Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn
- Südosteuropa: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Rumänien und Serbien
- Osteuropa: Belarus, Russland und Ukraine
- Group Corporates & Markets: Österreichische und internationale Firmenkunden, Markets, Financial Institutions & Sovereigns, Geschäft mit Instituten der Raiffeisen Bankengruppe (RBG), Finanzdienstleister und Spezialgesellschaften
- Corporate Center: Zentrale Steuerungsfunktionen in der RBI AG (z. B. Treasury) sowie sonstige Konzerneinheiten und Minderheitsbeteiligungen (u. a. UNIQA Insurance Group AG, LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs AG)

Durch die Verschmelzung der RZB AG mit der RBI AG hat sich eine Veränderung der Segmentierung ergeben. Die bisherigen RBI-Segmente Zentraleuropa, Südosteuropa, Osteuropa und Corporate Center wurden um die entsprechenden Anteile aus der RZB erweitert. Neu eingeführt wurde das Segment Group Corporates & Markets für in Österreich gebuchtes operatives Geschäft. Dazu zählen primär das Finanzierungsgeschäft mit von Wien aus betreuten österreichischen und internationalen Firmenkunden, Markets, Financial Institutions & Sovereigns sowie das Geschäft mit RBG-Instituten. Des Weiteren sind in diesem Segment Finanzdienstleister und Spezialgesellschaften enthalten, wie z. B. die Raiffeisen Centrobank, die Kathrein Privatbank, Raiffeisen Leasing, die Raiffeisen Factorbank, die Raiffeisen Bausparkasse und Raiffeisen Capital Management.

Parallel dazu wurde das Segment Non-Core nach Abschluss des Transformationsprogramms im ersten Quartal 2017 aufgelöst und das verbleibende Geschäft auf die regionalen Segmente aufgeteilt.

Damit wurde von einem Mischsystem auf eine ausschließlich regionale Segmentierung umgestellt, da nunmehr alle in einer Region gebuchten operativen Geschäfte in einem Segment zusammengefasst sind.

Die nachfolgende Beschreibung basiert hinsichtlich des Jahresvergleichs auf Pro-forma-Zahlen für das Jahr 2016 (retrospektive Berücksichtigung der Verschmelzung). Die Anpassung der Segmentierung ist in den Pro-forma-Zahlen dagegen nicht berücksichtigt. Der Zusammenschluss der RZB AG mit der RBI AG erfolgte im ersten Quartal 2017.

Entwicklung der Segmente

Zentraleuropa

in € Millionen	1.1.-31.12. 2017	1.1.-31.12. 2016 pro forma	Verände- rung	Q4/2017	Q3/2017	Verände- rung
Zinsüberschuss	960	667	44,0%	247	243	1,8%
Provisionsüberschuss	557	389	43,0%	146	137	6,6%
Handelsergebnis	59	28	106,7%	10	17	-37,4%
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	-29	-27	7,0%	-21	0	>500,0%
Betriebserträge	1.547	1.057	46,3%	382	396	-3,4%
Verwaltungsaufwendungen	-915	-659	38,8%	-236	-217	8,7%
Betriebsergebnis	632	398	58,7%	147	179	-18,1%
Nettodorierungen zu Kreditrisikovorsorgen	-46	-35	29,1%	-16	-37	-55,9%
Übrige Ergebnisse	-56	24	-	-6	-10	-41,7%
Ergebnis vor Steuern	530	387	36,9%	124	131	-5,5%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-111	-68	63,3%	-43	-28	52,8%
Ergebnis nach Steuern	419	319	31,3%	82	104	-21,2%

Durch die Einbeziehung Polens, das bis Ende 2016 im Segment Non-Core ausgewiesen wurde, sind die Ergebnisse für das Geschäftsjahr 2017 mit den Pro-forma-Werten des Vorjahres nicht vergleichbar. Diese Umgliederung erfolgte Anfang 2017, da der beabsichtigte Verkauf der polnischen Einheiten im Fall der Bank Ende 2016 nicht abgeschlossen werden konnte. Die polnischen Leasingaktivitäten wurden dagegen Ende November 2016 verkauft.

Das Ergebnis nach Steuern des Segments erhöhte sich um € 100 Millionen auf € 419 Millionen. € 49 Millionen davon sind auf die oben beschriebene Einbeziehung der polnischen Bank zurückzuführen. Weitere wichtige Faktoren des Anstiegs waren Ergebnisverbesserungen in Ungarn – und hier vor allem aufgrund höherer Nettoauflösungen von Kreditrisikovorsorgen aufgrund des Verkaufs notleidender Kredite – sowie in Tschechien dank einer verbesserten Kreditrisikosituation.

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss des Segments legte im Jahresvergleich um 44 Prozent oder € 294 Millionen auf € 960 Millionen zu. Hauptgrund dafür war die erwähnte Einbeziehung Polens, das einen Zinsüberschuss von € 266 Millionen in das Segment einbrachte. Damit blieb auch die Marge in Zentraleuropa praktisch unverändert – die Nettozinsspanne reduzierte sich in Summe lediglich um 2 Basispunkte auf 2,20 Prozent. Während es dabei aufgrund der Zinssituation in Tschechien und der Slowakei zu Rückgängen kam, wirkten Liquiditätsoptimierungen in Ungarn und die Einbeziehung Polens positiv. In Polen selbst verbesserte sich die Marge durch eine Anpassung der Konditionen bei Kundeneinlagen sowie eine Reduktion der Überliquiditäten um 37 Basispunkte auf 2,31 Prozent. Auch in Ungarn stieg der Zinsüberschuss – vorwiegend aufgrund niedrigerer zinsähnlicher Aufwendungen und geringerer Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – um € 24 Millionen. In Tschechien sorgten Repricing-Maßnahmen bei Kundeneinlagen für einen Anstieg des Zinsüberschusses um € 9 Millionen.

Der Provisionsüberschuss erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 43 Prozent oder € 167 Millionen auf € 557 Millionen. Aus der Einbeziehung Polens resultierte dabei ein positiver Effekt von € 138 Millionen. In Tschechien erhöhte sich der Provisionsüberschuss – vorwiegend aufgrund vorzeitiger Kreditrückzahlungen, verbesserter Margen im Devisen-, Valuten- und Edelmetallgeschäft sowie eines höheren Ergebnisses aus dem Verkauf von Eigen- und Fremdprodukten – um € 15 Millionen auf € 132 Millionen. Ungarn verzeichnete ebenfalls einen – vorwiegend margenbedingten – Anstieg um € 8 Millionen auf € 130 Millionen. In der Slowakei verbesserte sich der Provisionsüberschuss um € 6 Millionen auf € 157 Millionen, in erster Linie begründet durch höhere Volumina im Zahlungsverkehr und Wertpapiergeschäft.

Auch das Handelsergebnis wuchs im Jahresabstand um € 30 Millionen auf € 59 Millionen an. In Tschechien war dabei vor allem dank der Aufhebung des Mindestkurses für die tschechische Krone sowie positiver Bewertungsergebnisse aus zinsbasierten Derivaten ein Anstieg um € 20 Millionen auf € 28 Millionen zu verzeichnen. In der Slowakei verbesserte sich das währungsbezogene Geschäft um € 5 Millionen, vorrangig getrieben durch höhere Erträge aus derivativen Finanzinstrumenten. Aus der Einbeziehung Polens in das Segment resultierte ein positiver Effekt von € 3 Millionen.

Das laufende sonstige betriebliche Ergebnis verringerte sich um € 2 Millionen auf minus € 29 Millionen. Dafür verantwortlich war neben der Einbeziehung Polens mit einem negativen Beitrag von € 2 Millionen vor allem ein Rückgang in Tschechien um € 7 Millionen. Dieser ging vorwiegend auf den Verkauf des Card Acquiring Business (POS-Terminals) im Vorjahr zurück, der einen Erlös von € 8 Millionen ergeben hatte. In der Slowakei hingegen fielen die Dotierungen der Rückstellungen für Rechtsfälle im Jahresvergleich geringer aus (Rückgang um € 7 Millionen).

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres um 39 Prozent oder € 256 Millionen auf € 915 Millionen, von denen € 242 Millionen auf die Einbeziehung Polens entfielen. Die Personalaufwendungen stiegen dabei um 41 Prozent oder € 133 Millionen auf € 460 Millionen, überwiegend bedingt durch die Berücksichtigung Polens (€ 122 Millionen). Der übrige Zuwachs resultierte aus Gehaltserhöhungen und höheren Sozialabgaben. Der Anstieg der durchschnittlichen Mitarbeiterzahl des Segments um 4.333 auf 13.562 lag ebenfalls an der Umgliederung Polens, das 4.334 Vollzeit-äquivalente einbrachte. Auch der Sachaufwand erhöhte sich um 43 Prozent oder € 108 Millionen auf € 363 Millionen, von denen € 103 Millionen auf Polen entfielen. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte stiegen – einmal mehr durch die Einbeziehung Polens – um 18 Prozent oder € 14 Millionen auf € 92 Millionen. Die Anzahl der Geschäftsstellen des Segments betrug 631, in Polen selbst verringerte sie sich durch das laufende Optimierungsprogramm um 62 auf 237. Die Cost/Income Ratio verbesserte sich um 3,2 Prozentpunkte auf 59,2 Prozent.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Im Geschäftsjahr betragen die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen € 46 Millionen und lagen damit wegen der Einbeziehung Polens (€ 77 Millionen) um € 10 Millionen über dem Vorjahresniveau. In Ungarn wurde dabei eine Nettoauflösung von € 52 Millionen (Vorjahr € 7 Millionen) ausgewiesen, hervorgerufen durch eine Verbesserung der Risikosituation im Retail-Kundenbereich. In Tschechien gingen die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen auf € 14 Millionen zurück, nachdem im Vorjahr für Ausfälle einiger Großkunden € 29 Millionen dotiert worden waren. In der Slowakei halbierten sich die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen – vor allem bei Firmenkunden – auf € 7 Millionen. In Polen wurde ein Anstieg der Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen um € 37 Millionen auf € 77 Millionen verzeichnet. Dies betraf sowohl Firmenkunden – hier vor allem Projektfinanzierungen in Zusammenhang mit Windparks – als auch Retail-Kunden – hier vor allem Hypothekarkredite.

Der Bestand an notleidenden Kundenkrediten erhöhte sich wegen der Umgliederung von Non-Core-Beständen im Volumen von € 683 Millionen um € 430 Millionen auf € 1.559 Millionen. Bereinigt um Währungseffekte und Umgliederungen ging er allerdings um € 293 Millionen zurück. Dies war vor allem auf einen – durch Kreditverkäufe gestützten – Rückgang der Bestände in Ungarn um € 183 Millionen zurückzuführen. In Tschechien wurde ein Rückgang um € 126 Millionen und in der Slowakei eine Abnahme um € 28 Millionen verzeichnet. In Polen nahmen die notleidenden Kundenkredite hingegen um € 31 Millionen zu. Der Anteil der notleidenden Kredite an Nichtbanken am Kreditportfolio des Segments sank im Jahresvergleich um 0,3 Prozentpunkte auf 5,0 Prozent, die NPL Coverage Ratio verringerte sich um 3,6 Prozentpunkte auf 67,7 Prozent.

Übrige Ergebnisse und Steuern

Die übrigen Ergebnisse des Segments Zentraleuropa gingen gegenüber dem Vorjahr um € 80 Millionen auf minus € 56 Millionen zurück.

Die im übrigen Ergebnis enthaltenen Bankenabgaben nahmen dabei um € 26 Millionen auf € 64 Millionen zu, überwiegend hervorgerufen durch die Einbeziehung Polens (€ 31 Millionen). In Ungarn kam es aufgrund einer Änderung der Berechnungsgrundlage hingegen zu einem Rückgang der entsprechenden Aufwendungen um € 6 Millionen, in der Slowakei blieben die Bankenabgaben mit € 20 Millionen beinahe unverändert.

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen sank im Jahresvergleich um € 39 Millionen auf € 12 Millionen. Ausschlaggebend dafür war der im Vorjahr erfolgte Verkauf von Aktien der Visa Europe Ltd. an die Visa Inc., der einen Erlös von € 56 Millionen (davon in der Slowakei € 30 Millionen, in Tschechien € 19 Millionen und in Ungarn € 6 Millionen) gebracht hatte. Dem stand im Geschäftsjahr ein positives Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren von € 20 Millionen gegenüber.

In Ungarn war es im Zusammenhang mit der Durchführung des Settlement Act (einseitige Zinsänderungen bei Konsumentenkrediten) im Vorjahr zu einer Auflösung der dafür gebildeten Rückstellung in Höhe von € 7 Millionen gekommen.

Das Ergebnis aus Endkonsolidierungen belief sich im Geschäftsjahr auf € 1 Million, nachdem hier im Vorjahr – vor allem aus dem Verkauf eines Immobilienleasing-Projekts in Tschechien – ein Ergebnis von € 7 Millionen erzielt worden war.

Das Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten sank im Berichtsjahr um € 3 Millionen auf minus € 6 Millionen und beruhte auf Absicherungsgeschäften zur Anpassung der Währungs- und Zinsstruktur.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag des Segments stiegen um 63 Prozent oder € 43 Millionen auf € 111 Millionen. Die effektive Steuerquote erhöhte sich im Jahresvergleich ebenfalls um 3 Prozentpunkte auf 21 Prozent, zurückzuführen vor allem auf aus Vorperioden stammende Ertragsteuern in Tschechien.

Nachfolgend die Detailergebnisse der einzelnen Länder:

1.1.-31.12.2017 in € Millionen	Polen	Slowakei	Tschechien	Ungarn
Zinsüberschuss	266	277	287	131
Provisionsüberschuss	138	157	132	130
Handelsergebnis	3	12	28	15
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	-2	-1	9	-38
Betriebserträge	404	445	457	238
Verwaltungsaufwendungen	-242	-250	-256	-166
Betriebsergebnis	163	195	201	73
Nettodorierungen zu Kreditrisikovorsorgen	-77	-7	-14	52
Übrige Ergebnisse	-19	-28	9	-7
Ergebnis vor Steuern	67	161	195	119
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-17	-32	-56	-6
Ergebnis nach Steuern	49	129	139	113
Return on Equity vor Steuern	4,5%	15,2%	17,1%	19,5%
Return on Equity nach Steuern	3,3%	12,2%	12,2%	18,6%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,31%	2,38%	1,83%	2,01%
Cost/Income Ratio	59,8%	56,2%	56,0%	69,5%
Loan/Deposit Ratio	94,0%	93,2%	83,3%	58,2%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,93%	0,07%	0,14%	-1,71%
NPL Ratio	8,9%	2,9%	2,6%	8,1%
NPL Coverage Ratio	61,7%	69,9%	86,6%	68,2%
Aktiva	11.724	12.606	16.125	7.040
Verbindlichkeiten	10.170	11.516	14.870	6.369
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	9.333	5.621	6.521	3.243
Eigenkapital	1.554	1.090	1.255	670
Forderungen an Kunden	8.209	9.551	10.455	3.117
davon Corporate %	33,9%	41,8%	36,8%	69,3%
davon Retail %	65,8%	58,1%	62,9%	29,0%
davon in Fremdwährung %	51,8%	0,9%	14,1%	43,2%
Verbindlichkeiten an Kunden	8.256	10.036	12.266	5.049
Geschäftsstellen	237	190	132	71
Mitarbeiter zum Stichtag	3.871	3.867	3.325	1.993
Kunden in Millionen	0,8	0,9	1,1	0,5

Südosteuropa

in € Millionen	1.1.-31.12. 2017	1.1.-31.12. 2016 pro forma	Verände- rung	Q4/2017	Q3/2017	Verände- rung
Zinsüberschuss	727	738	- 1,4%	183	180	1,8%
Provisionsüberschuss	401	392	2,4%	104	106	- 1,8%
Handelsergebnis	28	53	- 46,9%	3	7	- 65,3%
laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	26	27	- 2,9%	8	3	126,1%
Betriebserträge	1.184	1.210	- 2,2%	297	296	0,3%
Verwaltungsaufwendungen	- 694	- 682	1,8%	- 184	- 167	10,2%
Betriebsergebnis	490	528	- 7,3%	113	129	- 12,5%
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 113	- 175	- 35,4%	- 21	- 26	- 16,7%
Übrige Ergebnisse	27	8	222,0%	1	1	87,4%
Ergebnis vor Steuern	404	361	11,8%	93	104	- 10,6%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 57	- 62	- 7,4%	- 12	- 13	- 13,3%
Ergebnis nach Steuern	346	299	15,7%	82	91	- 10,3%

Die in diesem Segment verzeichnete Ergebnisverbesserung beruhte auf einem starken Rückgang der Risikokosten – vor allem in Albanien – sowie einem positiven Effekt aus der Auflösung von Rückstellungen im Zusammenhang mit dem Hypothekarkreditgesetz („Walkaway Law“) in Rumänien. Dem standen ein rückläufiges Betriebsergebnis und ein geringeres Ergebnis aus Finanzinvestitionen gegenüber – im Vorjahr waren hier aus dem Verkauf von Aktien der Visa Europe Ltd. Erlöse von € 38 Millionen verbucht worden.

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss des Segments Südosteuropa sank im Jahresabstand um 1 Prozent oder € 10 Millionen auf € 727 Millionen. Die größten Rückgänge verzeichneten dabei aufgrund niedrigerer Zinserträge aus Kundenforderungen Kroatien und Bulgarien (minus € 8 Millionen bzw. minus € 7 Millionen), gefolgt von Albanien (minus € 2 Millionen). Demgegenüber erzielte Rumänien mit plus € 7 Millionen den größten Zuwachs in diesem Segment, hervorgerufen durch niedrigere Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten gegenüber Kunden. In Bosnien und Herzegowina sowie Serbien blieb der Zinsüberschuss beinahe unverändert. Die Nettozinsspanne des Segments reduzierte sich in Summe um 18 Basispunkte auf 3,34 Prozent. Dabei ergaben sich in allen Ländern Rückgänge. Die größte Einbuße verzeichnete mit 35 Basispunkten Serbien, wo die Zinssätze im Kundengeschäft infolge einer Leitzinsreduktion angepasst werden mussten.

Der Provisionsüberschuss hingegen legte um 2 Prozent oder € 10 Millionen auf € 401 Millionen zu. Dabei wuchs das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr um € 5 Millionen auf € 214 Millionen aufgrund höherer Margen und Volumina in nahezu allen Ländern, während Rumänien einen Rückgang verzeichnete. Ebenso stieg das Ergebnis aus dem Devisen-, Valuten- und Edelmetallgeschäft um € 4 Millionen auf € 89 Millionen, hauptsächlich bedingt durch die Entwicklung in Serbien, Rumänien und Kroatien.

Das Handelsergebnis nahm in Südosteuropa um 47 Prozent oder € 25 Millionen auf € 28 Millionen ab. Hauptverantwortlich für die dabei im zinsbezogenen Geschäft verzeichnete Reduktion um € 22 Millionen auf minus € 2 Millionen waren volumenbedingt geringere Zinserträge sowie niedrigere Bewertungsergebnisse aus Wertpapierpositionen und derivativen Finanzinstrumenten in Albanien, Rumänien und Kroatien. Das währungsbezogene Geschäft verringerte sich ebenfalls um € 3 Millionen auf € 31 Millionen. Dies ist primär auf Einbußen in Kroatien zurückzuführen, während Serbien ein höheres Ergebnis aus Fremdwährungspositionen verzeichnete.

Das laufende sonstige betriebliche Ergebnis des Segments blieb mit € 26 Millionen beinahe unverändert.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich im Jahresvergleich um 2 Prozent oder € 12 Millionen auf € 694 Millionen. Dabei zeigten die Personalaufwendungen einen Anstieg um € 2 Millionen, obwohl die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter um 221 auf 14.895 sank. Er war eine Folge erhöhter Bonusrückstellungen in Kroatien sowie eines Mitarbeiterzuwachses in Bulgarien, während es in Albanien sowie Bosnien und Herzegowina durch einen Mitarbeiterabbau zu Einsparungen kam. Die Sachaufwendungen des Segments nahmen ebenfalls um 2 Prozent oder € 6 Millionen auf € 307 Millionen zu, zum Großteil hervorgerufen durch einen Anstieg des Sicherheits- und Werbeaufwands in Rumänien. Auch die Abschreibungen auf Sachanlagen und immateri-

elle Vermögenswerte erhöhten sich - vorwiegend in Rumänien und Bulgarien - um 6 Prozent oder € 5 Millionen auf € 83 Millionen. Die Anzahl der Geschäftsstellen sank im Jahresvergleich um 37 auf 978, größtenteils bedingt durch Filialschließungen in Rumänien. Die Cost/Income Ratio nahm um 2,3 Prozentpunkte auf 58,6 Prozent zu.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen verringerten sich um € 62 Millionen auf € 113 Millionen. Der Großteil der im Geschäftsjahr gebildeten Vorsorgen betraf dabei einen großen Einzelfall im Firmenkundenbereich, für den vor allem in Kroatien, aber auch in Bosnien und Herzegowina vorgesorgt werden musste.

Hauptverantwortlich für den insgesamt erzielten Rückgang war die positive Entwicklung der Risikosituation in Albanien. Hier kam es im Geschäftsjahr zu einer Nettoauflösung von Kreditrisikovorsorgen von € 3 Millionen, nachdem im Vorjahr aufgrund des Ausfalls einiger Großkunden außerordentlich hohe Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen von € 65 Millionen angefallen waren. In Bulgarien ergab sich dank deutlich niedrigerer Einzelwertberichtigungen per Saldo eine Nettoauflösung von € 9 Millionen. Ebenso verbesserte sich die Risikosituation in Serbien, Bosnien und Herzegowina sowie Rumänien. In Kroatien hingegen erhöhte sich der Vorsorgebedarf infolge des Ausfalls eines großen Firmenkunden um € 25 Millionen auf € 48 Millionen.

Der Stand der notleidenden Kundenkredite ging im Jahresverlauf um € 373 Millionen auf € 1.048 Millionen zurück, währungsbereinigt betrug die Reduktion € 358 Millionen. Die deutlichsten, zum Großteil durch Ausbuchungen bedingten Rückgänge wurden dabei in Kroatien (Rückgang um € 96 Millionen) und Rumänien (Rückgang um € 87 Millionen) verzeichnet, gefolgt von Albanien (Rückgang um € 53 Millionen), Bulgarien (Rückgang um € 52 Millionen) und Serbien (Rückgang um € 51 Millionen). Der Anteil der notleidenden Kredite an Nichtbanken am Kreditportfolio des Segments sank um 3,0 Prozentpunkte auf 7,5 Prozent, die NPL Coverage Ratio stieg um 1,3 Prozentpunkte auf 81,0 Prozent.

Übrige Ergebnisse und Steuern

Die übrigen Ergebnisse des Segments verbesserten sich um € 19 Millionen auf € 27 Millionen. Hier kam es in Rumänien im Zusammenhang mit dem so genannten „Walkaway Law“ zur Auflösung von Rückstellungen im Ausmaß von € 21 Millionen, nachdem dafür 2016 Vorsorgen in Höhe von € 27 Millionen gebildet worden waren. In Kroatien war im Vorjahr ein Aufwand von € 10 Millionen im Zusammenhang mit der Konvertierung von Schweizer-Franken-Krediten entstanden, im Geschäftsjahr ergab sich daraus kein Aufwand.

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen hingegen verringerte sich im Jahresvergleich um € 42 Millionen auf € 4 Millionen. Ausschlaggebend dafür waren vor allem die im Vorjahr erzielten Erträge in Höhe von € 38 Millionen aus dem Verkauf von Aktien der Visa Europe Ltd. an die Visa Inc. (davon in Rumänien € 21 Millionen, in Kroatien € 10 Millionen und in Bulgarien € 7 Millionen).

Der Steueraufwand des Segments ging im Jahresvergleich um € 5 Millionen auf € 57 Millionen zurück, die effektive Steuerquote reduzierte sich um 3 Prozentpunkte auf 14 Prozent. Dieser Rückgang resultierte hauptsächlich aus der Nutzung von Verlustvorträgen in Albanien.

Nachfolgend die Detailergebnisse der einzelnen Länder:

1.1.-31.12.2017 in € Millionen	Albanien	Bosnien und Herzegowina	Bulgarien
Zinsüberschuss	53	67	104
Provisionsüberschuss	15	39	45
Handelsergebnis	1	2	3
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	4	1	3
Betriebserträge	74	109	156
Verwaltungsaufwendungen	-43	-56	-88
Betriebsergebnis	31	53	68
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	3	-9	9
Übrige Ergebnisse	0	-1	0
Ergebnis vor Steuern	34	43	77
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	-5	-7
Ergebnis nach Steuern	34	38	69
Return on Equity vor Steuern	17,5%	16,8%	17,5%
Return on Equity nach Steuern	17,4%	14,9%	15,8%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,97%	3,34%	3,06%
Cost/Income Ratio	58,0%	51,3%	56,5%
Loan/Deposit Ratio	43,9%	69,2%	82,1%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-0,42%	0,74%	-0,39%
NPL Ratio	16,3%	6,9%	4,3%
NPL Coverage Ratio	78,7%	89,9%	88,8%
Aktiva	1.883	2.156	3.723
Verbindlichkeiten	1.658	1.877	3.247
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	1.453	1.728	1.789
Eigenkapital	224	279	475
Forderungen an Kunden	777	1.248	2.350
davon Corporate %	55,8%	31,7%	41,8%
davon Retail %	44,2%	67,8%	57,8%
davon in Fremdwährung %	50,8%	53,7%	42,8%
Verbindlichkeiten an Kunden	1.542	1.691	2.753
Geschäftsstellen	78	98	136
Mitarbeiter zum Stichtag	1.229	1.277	2.576
Kunden in Millionen	0,5	0,4	0,6

1.1.-31.12.2017 in € Millionen	Kosovo	Kroatien	Rumänien	Serbien
Zinsüberschuss	38	119	266	81
Provisionsüberschuss	13	71	176	41
Handelsergebnis	0	8	10	5
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	1	15	2	0
Betriebserträge	52	213	453	127
Verwaltungsaufwendungen	-28	-132	-273	-75
Betriebsergebnis	24	81	180	53
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	-4	-48	-75	11
Übrige Ergebnisse	0	6	23	-1
Ergebnis vor Steuern	20	40	127	63
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-2	-14	-21	-8
Ergebnis nach Steuern	18	26	107	55
Return on Equity vor Steuern	18,1%	6,1%	17,5%	13,3%
Return on Equity nach Steuern	16,0%	4,0%	14,6%	11,6%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	4,26%	2,88%	3,55%	3,83%
Cost/Income Ratio	53,1%	62,0%	60,3%	58,6%
Loan/Deposit Ratio	75,6%	70,3%	73,6%	71,9%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,75%	1,73%	1,56%	-0,88%
NPL Ratio	4,8%	13,1%	6,0%	4,7%
NPL Coverage Ratio	79,1%	79,4%	78,3%	83,8%
Aktiva	922	4.606	8.144	2.277
Verbindlichkeiten	795	3.951	7.348	1.776
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	580	2.678	4.523	1.734
Eigenkapital	127	655	796	501
Forderungen an Kunden	577	2.636	5.013	1.284
davon Corporate %	36,1%	36,2%	33,7%	53,7%
davon Retail %	63,9%	61,1%	65,4%	46,3%
davon in Fremdwährung %	0,0%	54,6%	34,9%	62,5%
Verbindlichkeiten an Kunden	734	3.354	6.487	1.715
Geschäftsstellen	48	75	454	89
Mitarbeiter zum Stichtag	730	2.106	5.333	1.541
Kunden in Millionen	0,3	0,5	2,3	0,7

Osteuropa

in € Millionen	1.1.-31.12. 2017	1.1.-31.12. 2016 pro forma	Verände- rung	Q4/2017	Q3/2017	Verände- rung
Zinsüberschuss	941	864	8,9%	241	226	6,5%
Provisionsüberschuss	460	391	17,6%	119	115	3,3%
Handelsergebnis	89	58	53,3%	20	14	38,6%
laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	- 19	- 9	108,2%	- 10	- 3	261,9%
Betriebserträge	1.471	1.304	12,8%	370	353	4,7%
Verwaltungsaufwendungen	- 603	- 520	15,8%	- 158	- 142	11,5%
Betriebsergebnis	868	784	10,8%	211	211	0,1%
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	11	- 163	-	- 12	- 1	>500,0%
Übrige Ergebnisse	- 8	17	-	- 18	7	-
Ergebnis vor Steuern	872	637	36,9%	181	217	- 16,4%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 184	- 126	46,2%	- 37	- 47	- 21,5%
Ergebnis nach Steuern	689	511	34,6%	144	170	- 15,0%

Das Segment Osteuropa war im Geschäftsjahr wie schon im Vorjahr von Währungsvolatilitäten beeinflusst. So wertete der Durchschnittskurs des russischen Rubels im Jahresvergleich um 12 Prozent auf, jener der ukrainischen Hryvna jedoch um 7 Prozent ab. Verglichen mit den Werten zu Jahresbeginn 2017 gaben der Stichtagskurs der ukrainischen Hryvna um 15 Prozent, jener des belarussischen Rubels um 13 Prozent sowie jener des russischen Rubels um 7 Prozent nach.

Die im Segment erzielte Verbesserung des Ergebnisses nach Steuern um 35 Prozent auf € 689 Millionen ist überwiegend auf niedrigere Kreditrisikovorsorgen sowie – zu einem geringen Teil – auf die erwähnte Aufwertung des russischen Rubels zurückzuführen. In Russland etwa waren geringere Dotierungen von Kreditrisikovorsorgen und ein höherer Zinsüberschuss für die Zunahme des Ergebnisses verantwortlich. Der in der Ukraine verzeichnete Ergebniszuwachs wiederum ist auf Nettoauflösungen von Risikovorsorgen zurückzuführen, die unter anderem aus dem Verkauf notleidender Kredite resultierten. In Belarus schließlich wurde ein Rückgang im Betriebsergebnis zum Teil durch niedrigere Risikovorsorgen ausgeglichen.

Betriebserträge

Der in Osteuropa erwirtschaftete Zinsüberschuss stieg im Jahresabstand um 9 Prozent oder € 77 Millionen auf € 941 Millionen. Den größten Zuwachs verzeichnete dabei Russland mit einem währungs- und margenbedingten Plus von € 84 Millionen. In der Ukraine wurde ebenfalls ein Anstieg des Zinsüberschusses um € 15 Millionen erzielt, hauptsächlich bedingt durch Zinsanpassungen bei Kundeneinlagen in lokaler Währung. In Belarus hingegen lag der Zinsüberschuss aufgrund gesunkener Marktzinsen um € 22 Millionen unter dem Vorjahreswert. Die Nettozinsspanne des Segments blieb mit 6,58 Prozent unverändert.

Der Provisionsüberschuss verzeichnete gleichfalls einen Zuwachs um 18 Prozent oder € 69 Millionen auf € 460 Millionen. Dabei verbesserte sich das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr – vor allem durch die Wechselkursentwicklung, aber auch durch höhere Volumina und Margen in Russland und der Ukraine – um 21 Prozent oder € 41 Millionen auf € 230 Millionen. Darüber hinaus konnten die Provisionserträge aus dem Kreditgeschäft gesteigert werden – insbesondere bei Kreditkarten und Firmenkunden sowie durch Modifikationen bei Krediten (Zuwachs um € 13 Millionen). Einen ebenfalls volumenbedingten Zuwachs um € 7 Millionen auf € 32 Millionen verzeichnete – primär in Russland – das Ergebnis aus sonstigen Bankdienstleistungen.

Auch das Handelsergebnis erhöhte sich von € 58 Millionen im Vorjahr auf € 89 Millionen. Dabei nahm das Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft um € 25 Millionen auf € 70 Millionen zu. Hier verzeichnete Russland durch Bewertungsgewinne aus derivativen Finanzinstrumenten und Fremdwährungspositionen einen Zuwachs um € 21 Millionen. Ebenso erzielte die Ukraine aufgrund der geringeren Währungsabwertung der Hryvna eine Steigerung um € 6 Millionen. Dagegen entstand in Belarus durch Bewertungsverluste aus offenen Devisenpositionen ein Rückgang um € 3 Millionen. Das Ergebnis aus dem zinsbezogenen Geschäft verbesserte sich um € 7 Millionen auf € 19 Millionen, hervorgerufen durch höhere Erträge aus Wertpapierpositionen in Russland und der Ukraine.

Das laufende sonstige betriebliche Ergebnis verringerte sich um € 10 Millionen auf minus € 19 Millionen, hauptsächlich bedingt durch Rückstellungen für Rechtsfälle in Höhe von € 11 Millionen in Russland.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich im Jahresvergleich um 16 Prozent oder € 82 Millionen auf € 603 Millionen. Dieser Anstieg betraf zum überwiegenden Teil Russland und war vor allem durch die Aufwertung des russischen Rubels begründet. Die Personalaufwendungen des Segments nahmen dabei um € 45 Millionen auf € 308 Millionen zu, unter anderem getrieben durch Gehaltsanpassungen sowie eine höhere Mitarbeiteranzahl in Russland. Der Sachaufwand erhöhte sich ebenfalls um € 39 Millionen auf € 220 Millionen. Hier stieg der Rechts- und Beratungsaufwand um € 16 Millionen, nachdem es im Vorjahr zu einer deutlichen Kompensation von Verrechnungen der RBI AG gekommen war. Mehrere Kampagnen zur Einführung neuer Retail-Produkte in Russland steigerten zudem den Werbeaufwand um € 8 Millionen, gleichzeitig stiegen die Beiträge zur Einlagensicherung und die Sicherheitsaufwendungen. Die Abschreibungen sanken hingegen um € 2 Millionen, nachdem hier im Vorjahr ein Einmaleffekt im Zusammenhang mit immateriellen Vermögenswerten in Russland verbucht worden war. Die Anzahl der Geschäftsstellen des Segments nahm um vier auf 775 zu. Die Cost/Income Ratio erhöhte sich um 1,1 Prozentpunkte auf 41,0 Prozent.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Im Geschäftsjahr wurde eine Nettoauflösung zu Kreditrisikovorsorgen von € 11 Millionen ausgewiesen, während im Vorjahr noch € 163 Millionen netto dotiert worden waren. Dabei fielen die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen in Russland – hier waren im Vorjahr Vorsorgen für größere Einzelfälle im Firmenkundenbereich erforderlich gewesen – mit € 47 Millionen um € 99 Millionen geringer aus. Auch in der Ukraine verbesserte sich die Kreditrisikosituation deutlich: Gestützt durch den Verkauf notleidender Kredite kam es im Geschäftsjahr zu einer Nettoauflösung von € 58 Millionen, nach € 2 Millionen im Vorjahr. In Belarus ergab sich im Geschäftsjahr kein Wertberichtigungsbedarf, im Vorjahr waren Nettodotierungen von € 20 Millionen vor allem für Ausfälle von Firmenkunden erfolgt.

Der Bestand an notleidenden Kundenkrediten sank in Osteuropa im Jahresverlauf um € 909 Millionen auf € 666 Millionen, währungsbereinigt lag der Rückgang bei € 784 Millionen. Die größte, durch Ausbuchungen und Verkäufe gestützte Reduktion wurde dabei in der Ukraine verzeichnet (Rückgang um € 635 Millionen). In Russland lag der Rückgang bei € 120 Millionen, in Belarus bei € 29 Millionen. Der Anteil der notleidenden Kredite an Nichtbanken am Kreditportfolio des Segments verringerte sich im Jahresabstand um 8,3 Prozentpunkte auf 6,4 Prozent. Die NPL Coverage Ratio ging um 7,1 Prozentpunkte auf 78,6 Prozent zurück.

Übrige Ergebnisse und Steuern

Die übrigen Ergebnisse des Segments sanken im Jahresvergleich um € 24 Millionen auf minus € 8 Millionen. Verantwortlich dafür war zum einen das Ergebnis aus Finanzinvestitionen, das – getrieben von geringeren Bewertungsgewinnen vor allem aus festverzinslichen, an den US-Dollar gebundenen Staatsanleihen in der Ukraine – um € 11 Millionen auf nahezu Null zurückging. Zweiter wesentlicher Faktor war ein negatives Ergebnis aus Derivaten, das durch die Beendigung eines Portfolio-Fair-Value-Hedge infolge der Ausbuchung der zugrunde liegenden Geschäfte in Russland um € 12 Millionen unter dem Vorjahreswert lag.

Der Steueraufwand erhöhte sich überwiegend ergebnisbedingt um € 58 Millionen auf € 184 Millionen. Die effektive Steuerquote belief sich auf 21 Prozent nach 20 Prozent im Vorjahr. Der hier in der Ukraine verzeichnete Anstieg ging auf den Verbrauch von Verlustvorträgen im Vorjahr zurück.

Nachfolgend die Detailergebnisse der einzelnen Länder:

1.1.-31.12.2017 in € Millionen	Belarus	Russland	Ukraine
Zinsüberschuss	106	651	183
Provisionsüberschuss	52	317	91
Handelsergebnis	4	73	11
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	- 1	- 20	2
Betriebserträge	162	1.021	287
Verwaltungsaufwendungen	- 75	- 405	- 123
Betriebsergebnis	88	616	164
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	0	- 47	58
Übrige Ergebnisse	0	- 7	- 1
Ergebnis vor Steuern	88	563	221
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 23	- 120	- 41
Ergebnis nach Steuern	65	443	181
Return on Equity vor Steuern	27,5%	34,5%	105,5%
Return on Equity nach Steuern	20,3%	27,1%	86,0%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	7,70%	5,88%	9,91%
Cost/Income Ratio	45,9%	39,7%	42,8%
Loan/Deposit Ratio	97,3%	85,6%	71,2%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	- 0,05%	0,57%	- 3,49%
NPL Ratio	6,0%	4,1%	20,6%
NPL Coverage Ratio	87,9%	75,4%	80,5%
Aktiva	1.518	12.060	2.004
Verbindlichkeiten	1.202	10.391	1.710
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	1.465	7.901	1.881
Eigenkapital	316	1.670	294
Forderungen an Kunden	1.002	8.146	1.327
davon Corporate %	67,6%	57,7%	72,8%
davon Retail %	32,4%	42,3%	27,2%
davon in Fremdwährung %	56,7%	29,9%	27,7%
Verbindlichkeiten an Kunden	975	9.200	1.556
Geschäftsstellen	90	185	500
Mitarbeiter zum Stichtag	1.906	8.229	7.997
Kunden in Millionen	0,8	2,5	2,5

Group Corporates & Markets

in € Millionen	1.1.-31.12. 2017	1.1.-31.12. 2016 pro forma	Veränderung	Q4/2017	Q3/2017	Veränderung
Zinsüberschuss	507	609	- 16,7%	117	122	- 4,2%
Provisionsüberschuss	307	286	7,4%	73	75	- 2,6%
Handelsergebnis	155	130	19,2%	36	38	- 4,2%
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	107	131	- 18,6%	39	19	103,0%
Betriebserträge	1.076	1.156	- 6,9%	264	253	4,3%
Verwaltungsaufwendungen	- 681	- 658	3,5%	- 185	- 159	16,3%
Betriebsergebnis	395	498	- 20,7%	79	94	- 15,9%
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 133	- 112	18,5%	- 79	- 15	426,9%
Übrige Ergebnisse	- 5	- 46	- 88,2%	- 7	- 5	43,0%
Ergebnis vor Steuern	257	341	- 24,5%	- 7	75	-
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 48	- 42	14,3%	0	- 10	-
Ergebnis nach Steuern	209	299	- 29,9%	- 6	65	-

Das Ergebnis nach Steuern des Segments Group Corporates & Markets sank aufgrund eines niedrigeren Betriebsergebnisses und eines Anstiegs der Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen durch einzelne Kreditausfälle im Großkundenbereich. Der Rückgang des Betriebsergebnisses wurde durch eine im Vorjahr erhaltene Dividende eines nicht konsolidierten Unternehmens von € 59 Millionen sowie durch niedrigere Zinserträge im Bauspargeschäft verursacht. Bei den Verwaltungsaufwendungen ergab sich ein Zuwachs durch gestiegene Sachaufwendungen hervorgerufen durch Änderungen in der Segmentzuordnung. Dem standen niedrigere dem Segment zugewiesene Bankenabgaben gegenüber.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die wesentlichen Ergebnisbeiträge nach Teilsegmenten:

Ergebnis nach Steuern	1.1.-31.12. 2017	1.1.-31.12. 2016 pro forma	Veränderung	Q4/2017	Q3/2017	Veränderung
in € Millionen						
Corporates Wien	61	107	- 42,6%	- 6	15	-
Markets Wien	72	45	61,0%	13	14	- 6,7%
Finanzdienstleister/Spezialgesellschaften und Sonstige	75	147	- 48,5%	- 13	35	-
Group Corporates & Markets	209	299	- 29,9%	- 6	65	-

Der Ergebnisrückgang im Teilsegment Corporates Wien war überwiegend zurückzuführen auf höhere Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen, während es im Teilsegment Markets Wien aufgrund niedrigerer Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen und durch höhere Provisionserträge zu einem gestiegenen Ergebnisbeitrag kam. Im Teilsegment Finanzdienstleister/Spezialgesellschaften und Sonstige war der Rückgang überwiegend durch eine im Vorjahr erhaltene Dividende eines nicht konsolidierten Unternehmens von € 59 Millionen sowie durch niedrigere Zinserträge im Bauspargeschäft verursacht.

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss verringerte sich im Jahresabstand um 17 Prozent oder € 102 Millionen auf € 507 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren der Entfall der im Vorjahr erhaltenen Dividende eines nicht konsolidierten Unternehmens in Höhe von € 59 Millionen sowie geringere Neuabschlüsse im Bauspargeschäft. Die Nettozinsspanne des Segments verringerte sich um 49 Basispunkte auf 1,34 Prozent.

Dagegen verbesserte sich der Provisionsüberschuss um 7 Prozent oder € 21 Millionen auf € 307 Millionen. Höhere Provisionserträge wurden hier vor allem im Zahlungsverkehr, im Investment Banking (Aktien- und Anleiheemissionen sowie Fondsgeschäft), bei Kredit- und Projektfinanzierungen, in der Verwaltung von Investment- und Pensionsfonds sowie im Wertpapiergeschäft verzeichnet.

Das Handelsergebnis erhöhte sich im Jahresvergleich um € 25 Millionen auf € 155 Millionen. Zuwächse gab es dabei vorrangig im Banknotenhandel, im Market Making des Bereichs Capital Markets sowie im Geschäft mit strukturierten Produkten.

Das laufende sonstige betriebliche Ergebnis sank – vorwiegend durch den Wegfall der Ergebnisbeiträge endkonsolidierter Konzerneinheiten – um € 24 Millionen auf € 107 Millionen.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen des Segments erhöhten sich um 4 Prozent oder € 23 Millionen auf € 681 Millionen. Dabei nahm der Personalaufwand, getrieben durch einen Anstieg der Mitarbeiteranzahl sowie Gehaltsanpassungen in der RBI AG, um € 4 Millionen zu. Auch der Sachaufwand stieg um € 17 Millionen: Während die Einbeziehung der im Vorjahr im Segment Non-Core ausgewiesenen Konzerneinheiten und die höhere Kostenallokation der RBI AG hier für eine Zunahme sorgten, wirkte die Endkonsolidierung diverser Konzerneinheiten zu Jahresbeginn aufwandsmindernd. Die Cost/Income Ratio des Segments nahm um 6,4 Prozentpunkte auf 63,3 Prozent zu.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Bedingt durch den Ausfall einiger Großkunden waren im Geschäftsjahr Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen von insgesamt € 133 Millionen erforderlich (Vorjahr: € 112 Millionen). Durch Kreditverkäufe sank der Bestand an notleidenden Kundenkrediten währungsbereinigt um € 723 Millionen auf € 1.302 Millionen. Der Anteil der notleidenden Kredite an Nichtbanken am Kreditportfolio des Segments stieg um 0,4 Prozentpunkte auf 4,9 Prozent. Die NPL Coverage Ratio fiel um 19,0 Prozentpunkte auf 48,2 Prozent.

Übrige Ergebnisse und Steuern

Die übrigen Ergebnisse verbesserten sich um € 40 Millionen auf minus € 5 Millionen. Dies beruhte vor allem auf einer Steigerung des Bewertungsergebnisses aus Derivaten um € 24 Millionen. Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen fiel hingegen um € 15 Millionen geringer aus, nachdem hier im Vorjahr Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf von Aktien der Visa Europe Ltd. generiert worden waren.

Bei den Aufwendungen für Bankenabgaben ergab sich aufgrund einer Änderung der Allokation ein Rückgang um € 36 Millionen auf € 10 Millionen. Die 2016 im Zuge der Neuregelung der österreichischen Bankenabgabe festgelegte, über vier Jahre verteilte Einmalzahlung wird nun zur Gänze dem Segment Corporate Center zugeordnet.

Der Steueraufwand nahm im Jahresvergleich um € 6 Millionen auf € 48 Millionen zu.

Corporate Center

in € Millionen	1.1.-31.12. 2017	1.1.-31.12. 2016 pro forma	Veränderung	Q4/2017	Q3/2017	Veränderung
Zinsüberschuss	1.142	388	194,8%	173	227	-24,0%
Provisionsüberschuss	-5	26	-	2	0	-
Handelsergebnis	-75	-19	298,5%	-13	-19	-29,5%
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	100	85	18,2%	41	18	125,3%
Betriebserträge	1.162	480	142,2%	202	226	-10,6%
Verwaltungsaufwendungen	-335	-357	-6,2%	-88	-62	42,1%
Betriebsergebnis	828	123	>500,0%	114	164	-30,5%
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	-1	-9	-84,3%	2	-4	-
Übrige Ergebnisse	-207	-237	-12,8%	-45	-27	68,9%
Ergebnis vor Steuern	620	-123	-	71	134	-46,6%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	34	29	19,0%	14	-17	-
Ergebnis nach Steuern	654	-94	-	86	117	-26,5%

Dieses Segment umfasst im Wesentlichen die Ergebnisse aus den Steuerungsfunktionen der Konzernzentrale sowie aus nicht operativen sonstigen Konzerneinheiten. Seine Ergebnisse weisen dadurch eine insgesamt höhere Volatilität auf. 2017 stiegen die Betriebserträge des Segments vor allem aufgrund höherer Dividendenerträge aus Konzerneinheiten anderer Segmente. Auch die übrigen Ergebnisse verbesserten sich. Ausschlaggebend dafür war das höhere Ergebnis aus Interest Rate Swaps zur Absicherung von Staatsanleihen und eigenen Emissionen (das Bewertungsergebnis aus der Veränderung des Credit Spread für eigene Verbindlichkeiten wird seit Anfang 2017 direkt im Eigenkapital erfasst), dem ein Rückgang des Ergebnisses aus Finanzinvestitionen (zur Liquiditätsveranlagung gehaltene Staatsanleihen) gegenüberstand.

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss des Segments stieg im Jahresvergleich um € 755 Millionen auf € 1.142 Millionen. Für diese positive Entwicklung waren insbesondere höhere Dividendenerträge (Anstieg um € 616 Millionen) verantwortlich. Die Dividenden stammten vorwiegend aus Konzerneinheiten anderer Segmente, womit sie keinen Einfluss auf das Konzernergebnis haben.

Der Provisionsüberschuss hingegen nahm – primär infolge geringerer konzerninterner Provisionen aus gegebenen Garantien – um € 32 Millionen auf minus € 5 Millionen ab.

Auch das Handelsergebnis verringerte sich im Jahresabstand um € 56 Millionen auf minus € 75 Millionen. Hauptgrund dafür waren Bewertungsverluste aus derivativen Finanzinstrumenten in der RBI AG.

Das laufende sonstige betriebliche Ergebnis verbesserte sich dank höherer Erträge aus der konzerninternen Leistungsverrechnung um 18 Prozent oder € 15 Millionen auf € 100 Millionen.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen des Segments sanken um 6 Prozent oder € 22 Millionen auf € 335 Millionen, hervorgerufen durch einen Rückgang der Sachaufwendungen.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Im Geschäftsjahr betragen die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen € 1 Million, nachdem im Vorjahr noch mit € 9 Millionen für spezifische Firmenkunden der Konzernzentrale vorgesorgt worden war.

Übrige Ergebnisse und Steuern

Die übrigen Ergebnisse verbesserten sich um € 30 Millionen auf minus € 207 Millionen. Ausschlaggebend dafür war ein Anstieg des Ergebnisses aus Interest Rate Swaps zur Absicherung von Staatsanleihen und eigenen Emissionen um € 205 Millionen (das Bewertungsergebnis aus der Veränderung des Credit Spread für eigene Verbindlichkeiten wird seit Anfang 2017 direkt im Eigenkapital erfasst). Dem stand ein Rückgang des Ergebnisses aus Finanzinvestitionen (vor allem zur Liquiditätsveranlagung gehaltenen Staatsanleihen) um € 169 Millionen gegenüber.

Der im Segment verbuchte Aufwand für Bankenabgaben lag bei € 46 Millionen und damit um € 8 Millionen unter dem Vorjahresvergleichswert.

Im Geschäftsjahr ergab sich im Segment ein kalkulatorischer Steuerertrag von € 34 Millionen nach € 29 Millionen im Vorjahr.

Konzernabschluss

Gesamtergebnisrechnung	80
Bilanz	84
Eigenkapitalveränderungsrechnung	85
Kapitalflussrechnung	86
Segmentberichterstattung	88
Anhang	95
Risikobericht	146
Bestätigungsvermerk	248
Erklärung der gesetzlichen Vertreter	254

Gesamtergebnisrechnung

Auf Grundlage der Beschlüsse der außerordentlichen Hauptversammlungen der RZB AG und der RBI AG am 23. Jänner 2017 bzw. am 24. Jänner 2017 wurde die Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft, Wien (RZB AG) in die Raiffeisenbank International AG, Wien (RBI AG) verschmolzen. Im Geschäftsjahr 2017 werden die Ergebnisse der RZB AG samt ihren vollkonsolidierten Tochterunternehmen bereits ab 1. Jänner einbezogen. Details zur Verschmelzung sind im Anhang im Abschnitt Grundlagen der Abschlusserstellung dargestellt. Die im vorliegenden Konzernabschluss dargestellten Vergleichswerte entsprechen den publizierten Werten der RBI vor Verschmelzung, da das Management sich entschlossen hat, die Transaktion nicht rückwirkend darzustellen. Dadurch ist die Vergleichbarkeit nur bedingt gegeben.

Erfolgsrechnung

in € Tausend	Anhang	2017	2016
Zinserträge		4.256.985	4.043.862
Laufendes Ergebnis at-equity bewerteter Unternehmen		60.420	0
Zinsaufwendungen		- 1.109.687	- 1.108.433
Zinsüberschuss	[2]	3.207.718	2.935.429
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	[3]	- 286.899	- 754.387
Zinsüberschuss nach Kreditrisikovorsorgen		2.920.819	2.181.042
Provisionserträge		2.468.447	1.997.477
Provisionsaufwendungen		- 749.576	- 500.633
Provisionsüberschuss	[4]	1.718.872	1.496.844
Handelsergebnis	[5]	244.350	214.586
Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten	[6]	- 40.921	- 188.752
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	[7]	- 83.133	152.940
Verwaltungsaufwendungen	[8]	- 3.104.213	- 2.848.228
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[9]	- 42.070	- 141.749
Ergebnis aus Endkonsolidierungen	[10]	- 1.640	18.914
Ergebnis vor Steuern		1.612.063	885.598
Steuern vom Einkommen und Ertrag	[11]	- 366.054	- 311.982
Ergebnis nach Steuern		1.246.009	573.615
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	[33]	- 129.953	- 110.512
Konzernergebnis		1.116.056	463.104

Ergebnis je Aktie

in € Tausend	2017	2016
Konzernergebnis	1.116.056	463.104
Dividendenanspruch auf zusätzliches Kernkapital (AT1)	- 19.524	0
Auf Stammaktien entfallendes Ergebnis	1.096.532	463.104
Durchschnittliche Anzahl im Umlauf befindlicher Stammaktien in Tausend	328.509	292.447
Ergebnis je Aktie in €	3,34	1,58

Das Ergebnis je Aktie errechnet sich aus dem Konzernergebnis nach Abzug des Dividendenanspruchs auf zusätzliches Kernkapital und der durchschnittlichen Anzahl der im Umlauf befindlichen Stammaktien.

Es waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf, eine Verwässerung des Ergebnisses je Aktie fand daher nicht statt.

Sonstiges Ergebnis und Gesamtergebnis

in € Tausend	Gesamt		Eigenanteil		Nicht beherrschender Anteil	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Ergebnis nach Steuern	1.246.009	573.615	1.116.056	463.104	129.953	110.512
Posten, die nicht in den Gewinn und Verlust umgegliedert werden	- 135.962	2.028	- 135.962	2.028	0	0
Neubewertungen von leistungsorientierten Plänen	6.252	2.704	6.252	2.704	0	0
Eigenkapitalveränderungen in at-equity bewerteten Unternehmen, die nicht in den Gewinn und Verlust umgegliedert werden	- 2.360	0	- 2.360	0	0	0
Änderungen des Marktwerts aufgrund Veränderung des Ausfallrisikos von erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten	- 139.643	0	- 139.643	0	0	0
Latente Steuern auf Posten, die nicht in den Gewinn und Verlust umgegliedert werden	- 211	- 676	- 211	- 676	0	0
Posten, die anschließend möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden	- 61.045	187.598	- 62.545	201.682	1.500	- 14.085
Währungsdifferenzen	- 70.048	291.039	- 70.915	299.257	867	- 8.218
Absicherung Nettoinvestition (Capital Hedge)	- 6.042	- 43.445	- 6.042	- 43.445	0	0
Gewinne/Verluste aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cash-Flows absichern	11.164	5.788	9.515	6.449	1.648	- 661
Eigenkapitalveränderungen in at-equity bewerteten Unternehmen	- 6.819	0	- 6.819	0	0	0
Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	- 717	- 77.321	- 87	- 70.428	- 630	- 6.893
Latente Steuern auf direkt im Eigenkapital erfasste Ergebnisse	11.417	11.536	11.803	9.849	- 386	1.687
Sonstiges Ergebnis	- 197.007	189.626	- 198.507	203.710	1.500	- 14.085
Gesamtergebnis	1.049.002	763.241	917.549	666.814	131.453	96.427

Sonstiges Ergebnis

Nach IAS 19 sind Neubewertungen für leistungsorientierte Pläne im sonstigen Ergebnis darzustellen. Dies führte im Berichtsjahr zu einem sonstigen Ergebnis von € 6.252 Tausend (2016: € 2.704 Tausend).

Die RBI nimmt das Wahlrecht in Anspruch, die Regeln des IFRS 9.7.1.2 betreffend die Darstellung von Gewinnen und Verlusten aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten im Geschäftsjahr 2017 vorzeitig anzuwenden. IFRS 9 verlangt, dass Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts, die sich aus Veränderungen des eigenen Ausfallrisikos der RBI ergeben, im sonstigen Ergebnis auszuweisen sind. Diese waren gemäß IAS 39 in der Erfolgsrechnung (2016: minus € 119.064 Tausend) auszuweisen. Im Berichtsjahr wurden minus € 139.643 Tausend direkt im sonstigen Ergebnis erfasst.

Die Währungsentwicklung führte im Geschäftsjahr zu einem negativen Effekt von € 70.048 Tausend. Dabei wurde die Abwertung des russischen Rubels um 7 Prozent mit einem negativen Effekt von € 140.155 Tausend, des belarussischen Rubels um 13 Prozent mit einem negativen Effekt von € 45.883 Tausend und der ukrainischen Hryvna um 15 Prozent mit einem negativen Effekt von € 40.882 Tausend durch die Aufwertung des polnischen Zloty um 6 Prozent mit einem positiven Effekt von € 80.547 Tausend und der tschechischen Krone um 6 Prozent mit einem positiven Effekt von € 70.859 Tausend teilweise aufgehoben. Im Berichtsjahr waren aufgrund der erfolgten Endkonsolidierungen Gewinne von € 8.498 Tausend (2016: Verluste von € 10.860 Tausend) in die Erfolgsrechnung umzugliedern.

Als Capital Hedge werden Kurssicherungsgeschäfte für Investitionen in wirtschaftlich selbständige Teileinheiten ausgewiesen. Im Geschäftsjahr ergab sich hier ein negatives Ergebnis von € 6.042 Tausend. Die Aufwertung des polnischen Zlotys führte zu einem negativen Ergebnis von € 13.869 Tausend, die Abwertung des russischen Rubels zu einem positiven Ergebnis von € 7.827 Tausend.

Zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos wird bei fünf Konzerneinheiten Cash-Flow Hedging angewendet. Im Geschäftsjahr ergab sich daraus ein positives Ergebnis von € 11.164 Tausend.

Die Eigenkapitalveränderung in at-equity bewerteten Unternehmen bezieht sich im Wesentlichen auf die UNIQA Insurance Group AG, Wien. Die at-equity bewerteten Unternehmen wurden im Zuge der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG eingebracht. Dabei handelt es sich um Bewertungsänderungen des zur Veräußerung verfügbaren Wertpapierportfolios sowie um die Neubewertung von leistungsorientierten Plänen.

Die erfolgsneutralen Bewertungsänderungen der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte (AfS-Bestand) resultieren aus Wertpapieren und Beteiligungen. Es waren im Berichtsjahr keine Gewinne/Verluste in die Erfolgsrechnung umzugliedern. Im Vorjahr waren Gewinne von € 133.623 Tausend - überwiegend aus dem Verkauf von Aktien der Visa Europe Ltd., London, an die Visa Inc., Foster City, - in die Erfolgsrechnung umgegliedert worden.

Die einzelnen Komponenten der Gewinnrücklagen entwickelten sich wie folgt:

in € Tausend	Neubewertungs- rücklage IAS19	Währungs- differenzen	Capital Hedge	Hochinflation	Cash-Flow Hedge
Stand 1.1.2016	- 12.532	- 3.247.298	169.930	175.012	- 25.425
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	2.704	284.008	- 43.445	0	6.449
In die Erfolgsrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	0	15.249	0	0	0
Stand 31.12.2016	- 9.827	- 2.948.041	126.486	175.012	- 18.977
Verschmelzungseffekt	- 2.454	2.974	0	0	- 42.176
Stand 1.1.2017	- 12.281	- 2.945.068	126.486	175.012	- 61.153
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	6.252	- 62.417	- 6.042	0	9.515
In die Erfolgsrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	0	- 8.498	0	0	0
Stand 31.12.2017	- 6.029	- 3.015.983	120.443	175.012	- 51.637

in € Tausend	AfS-Rücklage	Latente Steuern	At-Equity	Fair-Value Option ¹
Stand 1.1.2016	112.314	274.521	0	-
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	51.858	- 8.370	0	-
In die Erfolgsrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	- 122.286	17.543	0	-
Stand 31.12.2016	41.886	283.694	0	-
Verschmelzungseffekt	10.124	6.855	- 55.431	-
Stand 1.1.2017	52.010	290.549	- 55.431	75.591
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	- 87	11.592	- 9.179	- 139.643
In die Erfolgsrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	0	0	0	0
Stand 31.12.2017	51.924	302.141	- 64.610	- 64.052

¹ Eigenes Ausfallrisiko Fair-Value Option, der Stand 1.1.2017 wurde bisher über die Erfolgsrechnung gebucht.

Quartalsergebnisse

in € Tausend	Q1/2017	Q2/2017	Q3/2017	Q4/2017
Zinsüberschuss	796.325	791.892	803.158	816.343
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 79.915	3.556	- 83.552	- 126.988
Zinsüberschuss nach Kreditrisikovorsorgen	716.411	795.448	719.605	689.355
Provisionsüberschuss	409.064	432.702	429.052	448.053
Handelsergebnis	64.018	68.918	49.832	61.582
Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten	8.486	17.629	- 22.344	- 44.693
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	- 32.100	- 26.372	4.701	- 29.362
Verwaltungsaufwendungen	- 814.622	- 758.445	- 718.160	- 812.985
Sonstiges betriebliches Ergebnis	- 21.623	- 10.851	- 6.451	- 3.145
Ergebnis aus Endkonsolidierungen	80	- 11	- 3.775	2.066
Ergebnis vor Steuern	329.713	519.019	452.461	310.870
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 74.648	- 118.199	- 96.675	- 76.531
Ergebnis nach Steuern	255.065	400.820	355.786	234.339
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	- 34.817	- 33.637	- 33.442	- 28.056
Konzernergebnis	220.248	367.182	322.344	206.282

in € Tausend	Q1/2016	Q2/2016	Q3/2016	Q4/2016
Zinsüberschuss	717.637	737.676	731.862	748.254
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 105.588	- 297.273	- 100.039	- 251.486
Zinsüberschuss nach Kreditrisikovorsorgen	612.048	440.403	631.824	496.767
Provisionsüberschuss	346.857	372.459	377.946	399.582
Handelsergebnis	28.271	56.127	51.809	78.378
Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten	- 27.480	- 34.495	- 71.382	- 55.395
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	26.201	145.086	- 5.708	- 12.639
Verwaltungsaufwendungen	- 718.000	- 694.356	- 687.156	- 748.716
Sonstiges betriebliches Ergebnis	- 40.651	- 60.685	- 5.619	- 34.795
Ergebnis aus Endkonsolidierungen	1.786	- 3.429	3.980	16.578
Ergebnis vor Steuern	229.033	221.109	295.695	139.761
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 91.209	- 91.259	- 83.558	- 45.956
Ergebnis nach Steuern	137.824	129.850	212.137	93.804
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	- 23.550	- 34.006	- 28.456	- 24.500
Konzernergebnis	114.273	95.845	183.681	69.304

Bilanz

Aktiva in € Tausend	Anhang	2017	2016
Barreserve	[13, 34]	13.329.782	12.242.415
Forderungen an Kreditinstitute	[14, 34, 49]	14.358.246	9.900.012
Forderungen an Kunden	[15, 34, 49]	81.232.353	70.514.116
Kreditrisikovorsorgen	[16, 34]	- 3.102.348	- 4.955.132
Handelsaktiva	[17, 34, 49]	3.941.757	4.986.462
Derivative Finanzinstrumente	[18, 34, 49]	936.710	1.428.639
Wertpapiere und Beteiligungen	[19, 34, 49]	19.627.884	14.639.012
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	[20, 34, 49]	728.945	0
Immaterielle Vermögenswerte	[21, 23, 34]	720.935	598.402
Sachanlagen	[22, 23, 34]	1.540.194	1.393.358
Sonstige Aktiva	[24, 34, 49]	1.831.881	1.116.561
Aktiva gesamt		135.146.339	111.863.845

Passiva in € Tausend	Anhang	2017	2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	[25, 34, 49]	22.291.431	12.816.475
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	[26, 34, 49]	84.831.440	71.538.226
Verbriefte Verbindlichkeiten	[27, 34, 49]	5.885.137	6.645.127
Rückstellungen	[28, 34, 49]	1.010.410	756.252
Handelsspassiva	[29, 34, 49]	4.256.546	5.119.743
Derivative Finanzinstrumente	[30, 34, 49]	362.439	786.949
Sonstige Passiva	[31, 34, 49]	1.479.610	765.251
Nachrangkapital	[32, 34, 49]	3.787.977	4.203.693
Eigenkapital	[33, 34]	11.241.350	9.232.130
Konzern-Eigenkapital		8.820.946	8.187.672
Konzernergebnis		1.116.056	463.104
Kapital nicht beherrschender Anteile		659.732	581.353
Zusätzliches Kernkapital (AT1)		644.615	0
Passiva gesamt		135.146.339	111.863.845

Aus der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG resultierte ein Anstieg der Aktiva um € 22.940.554 Tausend. Detailangaben zur Verschmelzung sind im Anhang im Abschnitt Grundlagen der Abschlusserstellung dargestellt.

Eigenkapitalveränderungsrechnung

in € Tausend	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklagen	Gewinnrücklagen	Konzernergebnis	Kapital nicht beherrschender Anteile	Zusätzliches Kernkapital (AT1)	Gesamt
Eigenkapital 1.1.2016	891.886	4.993.872	1.701.796	378.850	534.562	0	8.500.967
Kapitaleinzahlungen/-auszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Ergebnisthesaurierung	0	0	378.850	- 378.850	0	0	0
Dividendenzahlungen	0	0	0	0	- 40.272	0	- 40.272
Gesamtergebnis	0	0	203.710	463.104	96.427	0	763.241
Eigene Aktien/Share Incentive Program	144	297	- 441	0	0	0	0
Sonstige Veränderungen	0	0	17.558	0	- 9.364	0	8.193
Eigenkapital 31.12.2016	892.031	4.994.169	2.301.473	463.104	581.353	0	9.232.130
Verschmelzungseffekt	109.680	0	335.764	0	74.010	0	519.454
Eigenkapital 1.1.2017	1.001.710	4.994.169	2.637.237	463.104	655.363	0	9.751.583
Kapitaleinzahlungen/-auszahlungen	0	0	0	0	0	644.814	644.814
Ergebnisthesaurierung	0	0	463.104	- 463.104	0	0	0
Dividendenzahlungen auf Aktien	0	0	0	0	- 89.938	0	- 89.938
Gesamtergebnis	0	0	- 198.507	1.116.056	131.453	0	1.049.002
Zuteilung Dividende AT1	0	0	- 17.731	0	0	17.731	0
Dividendenzahlungen auf AT1	0	0	0	0	0	- 17.731	- 17.731
Eigene Aktien/Share Incentive Program	351	- 2.372	2.021	0	0	0	0
Sonstige Veränderungen	0	0	- 59.036	0	- 37.146	- 199	- 96.381
Eigenkapital 31.12.2017	1.002.061	4.991.797	2.827.088	1.116.056	659.732	644.615	11.241.350

Im Zuge der Verschmelzung begab die RBI AG neue Aktien zur Abgeltung der Anteile der Aktionäre der RZB AG und erhöhte das gezeichnete Kapital damit um € 109.680 Tausend. Der sonstige Verschmelzungseffekt ist in den Gewinnrücklagen und im Kapital nicht beherrschender Anteile ausgewiesen. Die Erhöhung des Kapitals nicht beherrschender Anteile resultierte im Wesentlichen aus den Minderheitsanteilen der Valida-Gruppe und der Raiffeisen Bausparkassen-Gruppe. Der Gesamteffekt der Verschmelzung auf das Eigenkapital belief sich auf € 519.454 Tausend. Details zur Verschmelzung sind im Anhang im Abschnitt Grundlagen der Abschlusserstellung dargestellt.

Zur weiteren Optimierung der Kapitalstruktur emittierte die RBI am 5. Juli 2017 zusätzliches Kernkapital (AT1) im Nominale von € 650.000 Tausend mit unbegrenzter Laufzeit. Das zusätzliche Kernkapital wird aufgrund der Emissionsbedingungen nach IAS 32 als Eigenkapital klassifiziert. Unter Berücksichtigung der Emissionskosten sowie des Disagios erhöhte sich das Eigenkapital um € 644.814 Tausend. Im Dezember 2017 wurde auf das zusätzliche Kernkapital eine Dividende in Höhe von € 17.731 Tausend aus den Gewinnrücklagen ausgeschüttet.

Unter Eigene Aktien/Share Incentive Program werden die Zuteilung der Aktien für die SIP-Tranche 2012 an die Anspruchsberechtigten sowie die Erhöhung der Optionsrücklage für die SIP-Tranche 2013 dargestellt.

Unter Sonstige Veränderungen sind diverse Effekte, im Wesentlichen solche aus Endkonsolidierungen, enthalten.

Weitere Details zu den dargestellten Änderungen finden sich im Anhang unter Punkt (33) Eigenkapital.

Kapitalflussrechnung

in € Tausend	Anhang	2017	2016
Ergebnis nach Steuern		1.246.009	573.615
Im Ergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Abschreibungen, Zuschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen	[7, 8, 21, 23]	399.686	338.745
Auflösung/Dotierung von Rückstellungen und Risikovorsorgen	[3, 9, 28, 42]	610.481	1.109.023
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen	[7, 9]	- 30.240	- 177.926
Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	[1, 2, 20]	43.351	0
Sonstige Anpassungen (per Saldo)		- 681.994	383.742
Zwischensumme		1.587.293	2.227.199
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:			
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	[12, 14, 15]	- 6.500.351	- 1.213.085
Handelsaktiva/Handelspassiva (per Saldo)	[12, 17, 18, 29, 39]	135.172	1.020.621
Sonstige Aktiva/sonstige Passiva (per Saldo)	[12, 19, 24, 31]	313.098	391.693
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	[12, 25, 26]	2.788.028	- 2.478.377
Verwendung Rückstellungen	[28, 42]	- 324.743	- 370.989
Verbrieftete Verbindlichkeiten	[27, 42]	- 2.366.732	- 719.167
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		- 4.368.235	- 1.142.106
Einzahlungen aus der Veräußerung von:			
Finanzanlagen	[7, 19]	4.105.750	1.901.163
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	[9, 21, 22, 23]	179.804	212.390
Einzahlungen aus Endkonsolidierungen	[10, 52]	3.336	203.952
Auszahlungen für den Erwerb von:			
Finanzanlagen	[19]	- 3.107.785	- 1.854.866
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	[23]	- 371.003	- 363.380
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit		810.102	99.258
Kapitaleinzahlungen	[33]	644.814	0
Ein-/Auszahlungen nachrangiges Kapital	[32]	- 394.677	- 103.812
Dividendenzahlungen	[33]	- 89.938	- 40.272
Veränderung im Kapital nicht beherrschender Anteile	[33]	22.819	0
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit		183.019	- 144.084

in € Tausend		2017	2016
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode¹	[12, 13]	12.242.415	13.482.547
Verschmelzungseffekt		4.596.168	0
Zahlungsmittelbestand aus dem Abgang von Tochterunternehmen		- 49.444	- 163.171
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		- 4.368.235	- 1.142.106
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit		810.102	99.258
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit		183.019	- 144.084
Effekte aus Wechselkursänderungen		- 84.243	109.970
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	[12, 13]	13.329.782	12.242.415

¹ Der Zahlungsmittelbestand weicht in der Vergleichsperiode aufgrund der Darstellung der Raiffeisen Banka d.d., Maribor (SI), und der ZUNO BANK AG, Wien (AT), gemäß IFRS 5 von dem Bilanzposten Barreserve ab.

Zahlungsströme für Steuern, Zinsen und Dividenden		2017	2016
Erhaltene Zinsen	[2]	3.852.035	3.788.115
Erhaltene Dividenden	[2]	133.896	86.462
Gezahlte Zinsen	[2]	- 817.436	- 1.096.390
Ertragsteuerzahlungen	[11]	- 545.775	- 411.932

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Zusammensetzung und die Veränderungen des Zahlungsmittelbestands des Geschäftsjahres und teilt sich in die drei Bereiche:

- Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit
- Cash-Flow aus Investitionstätigkeit
- Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit

Als Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit werden Zahlungsmittelzu- und -abflüsse aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie aus verbrieften Verbindlichkeiten ausgewiesen. Zu- und Abgänge aus Handelsaktiva und Handelspassiva, aus derivativen Finanzinstrumenten sowie aus sonstigen Aktiva und Passiva gehören ebenfalls zur operativen Geschäftstätigkeit. Die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins-, Dividenden- und Steuerzahlungen werden gesondert dargestellt.

Der Cash-Flow aus Investitionstätigkeit zeigt die Zahlungsmittelzu- und -abflüsse für Wertpapiere und Beteiligungen, Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte, Einzahlungen aus Endkonsolidierungen sowie Auszahlungen für den Erwerb von Tochterunternehmen.

Der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit umfasst Ein- und Auszahlungen beim Eigenkapital und beim nachrangigen Kapital. Dies betrifft vor allem Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen, Dividendenauszahlungen und Veränderungen des Nachrangkapitals.

Die nachfolgende Tabelle stellt die zahlungswirksamen und zahlungsunwirksamen Effekte gemäß IAS 7 dar:

in € Tausend	Nachrangkapital
Buchwert zum 31.12.2016	4.203.693
Verschmelzungseffekt	33.420
Veränderung des Buchwerts nach Verschmelzung	- 449.136
davon Zahlungsmittel	- 394.671
davon Effekte aus Wechselkursänderungen	271
davon Veränderung des Zeitwertes	- 54.736
Buchwert zum 31.12.2017	3.787.977

Der Zahlungsmittelbestand umfasst den Bilanzposten Barreserve, der sich aus dem Kassenbestand sowie täglich fälligen Guthaben bei Zentralbanken zusammensetzt. Nicht einbezogen werden täglich fällige Forderungen an Kreditinstitute. Diese werden der operativen Geschäftstätigkeit zugerechnet.

Segmentberichterstattung

Einteilung der Segmente

Grundlagen der Segmentierung

In der RBI erfolgt die interne Management-Berichterstattung grundsätzlich auf Basis der bestehenden Organisationsstruktur. Diese ist matrixförmig aufgebaut, d. h. Vorstände sind sowohl für einzelne Länder als auch für bestimmte Geschäftsfelder verantwortlich (Konzept der „Country and Functional Responsibility“). Steuerungseinheit im Konzern ist entweder ein Land oder ein Geschäftsfeld. Die Darstellung der Länder umfasst nicht nur Tochterbanken, sondern alle operativen Einheiten der RBI in den jeweiligen Ländern (z. B. Leasingunternehmen). Die obersten Entscheidungsgremien der RBI – Vorstand und Aufsichtsrat – treffen demnach wesentliche Entscheidungen über die Allokation der Ressourcen zu einem Segment auf Basis der jeweiligen Finanz- und Ertragskraft, weshalb diese Berichtskriterien als wesentlich beurteilt wurden. Entsprechend sind auch die Segmente nach IFRS 8 differenziert. Die Überleitungsrechnung enthält im Wesentlichen Beträge aus der Eliminierung von Zwischenergebnissen und aus segmentübergreifenden Konsolidierungen.

Durch die Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG ergab sich eine Veränderung der Segmentierung. Die bisherigen RBI-Segmente Zentraleuropa, Südosteuropa, Osteuropa und Corporate Center wurden um die entsprechenden Aktivitäten der RZB erweitert. Neu eingeführt wurde das Segment Group Corporates & Markets für in Österreich gebuchtes operatives Geschäft.

Parallel dazu wurden das Segment Non-Core nach Abschluss des Transformationsprogramms Anfang 2017 aufgelöst und das verbleibende Geschäft auf die regionalen Segmente aufgeteilt. Details dazu sind in den Erläuterungen zu den Segmenten beschrieben. Von einer Anpassung der Vorjahreswerte wurde entgegen den Bestimmungen des IFRS 8.29 abgesehen, da es sich beim Ergebnis dieses Segments größtenteils um Verluste aus dem Abbau des Geschäftsvolumens handelt und daher eine Vergleichbarkeit nicht gegeben wäre.

Im Sinne größtmöglicher Transparenz und im Interesse einer übersichtlicheren Berichterstattung wurden unter Berücksichtigung der im IFRS 8 geforderten Schwellenwerte fünf Segmente definiert. Die Schwellenwerte liegen bei jeweils 10 Prozent der Kenngrößen Betriebserträge, Ergebnis nach Steuern und Segmentvermögen.

Daraus ergaben sich die folgenden Segmente:

Zentraleuropa

Dieses Segment umfasst mit den EU-Ländern Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn die am weitesten entwickelten Bankenmärkte in Zentral- und Osteuropa. In Polen betreibt die RBI neben dem Kreditgeschäft mit Firmenkunden sowie Klein- und Mittelbetrieben (inkl. Factoring) auch das Retail-Banking und das Geschäft mit vermögenden Privatkunden. Die polnische Bank wurde vom Segment Non-Core (Ausweis für 2016) in das Segment Zentraleuropa umgliedert. In der Slowakei ist die RBI in den Geschäftsbereichen Firmen- und Retail-Kunden, Leasing, Vermögensverwaltung und Bausparkassengeschäft tätig, bei den Retail-Kunden setzt die Tatra banka dabei auf eine Mehrmarkenstrategie. In Slowenien ist der Konzern mit einer Leasinggesellschaft vertreten, deren Geschäftsumfang planmäßig reduziert wurde. Diese wurde Anfang 2017 aus dem Segment Non-Core in das Segment übernommen. In Tschechien betreibt die RBI neben dem klassischen Bankgeschäft mit Firmen- und Retail-Kunden auch das Immobilienleasing- und das Bausparkassengeschäft. Der Fokus liegt auf dem Ausbau der Beziehungen zu gehobenen Bestandskunden. In Ungarn betreut der Konzern über ein landesweites Vertriebsnetz sowohl Privat- als auch Firmenkunden. Der Schwerpunkt liegt auf dem Firmenkunden- und dem gehobenen Privatkundensegment.

Südosteuropa

Zum Segment Südosteuropa zählen Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Rumänien und Serbien. In diesen Märkten ist die RBI mit Banken und Leasinggesellschaften sowie in einigen Ländern durch eigene Kapitalanlage- und Vermögensverwaltungsgesellschaften und Pensionsfonds vertreten. In Albanien und Bulgarien werden Finanzdienstleistungen in allen Geschäftsbereichen angeboten. Auch im Kosovo ist die RBI mit einem umfassenden Produktangebot präsent. In Bosnien und Herzegowina liegt der Schwerpunkt auf Klein- und Mittelbetrieben, es werden aber auch Privatkunden mit einem breiten Produktangebot angesprochen. In Kroatien liegt der Fokus auf großen und mittleren Firmenkunden sowie Retail-Kunden (auch im Pensionsfondsgeschäft). In Rumänien wird über ein dichtes Filialnetz eine breite Palette an Finanzdienstleistungen angeboten. Ferner wird von Rumänien aus das Firmenkundengeschäft in Moldau gesteuert. Der serbische Markt wird durch eine Universalbank und Leasinggesellschaften betreut.

Osteuropa

Dieses Segment umfasst Belarus, Russland und die Ukraine. In Belarus ist die RBI mit einer Bank und einer Leasinggesellschaft aktiv. Die Raiffeisenbank Russland ist eine der führenden ausländischen Banken des Landes und betreut sowohl Firmen- als auch Retail-Kunden. Über ihr Filialnetz offeriert sie zudem gezielt Produkte für gehobene Privatkunden sowie Klein- und Mittelbetriebe, wobei der Fokus auf den Großstädten liegt. Weiters ist die RBI im Emissionsgeschäft vertreten. Das ebenfalls angebotene Leasinggeschäft rundet die Produktpalette ab. In der Ukraine ist die RBI mit einer Bank, einer Leasing-, einer Kartenabwicklungsgesellschaft sowie einem Special Purpose Vehicle (SPV) für den Erwerb von Immobilien präsent und bietet über ein dichtes lokales Vertriebsnetz die gesamte Palette der Finanzdienstleistungen an.

Group Corporates & Markets

Im Segment Group Corporates & Markets wird in Österreich gebuchtes operatives Geschäft dargestellt. Dazu zählen primär das Finanzierungsgeschäft mit von Wien aus betreuten österreichischen und internationalen Firmenkunden, Financial Institutions & Sovereigns sowie das Geschäft mit Instituten der Raiffeisen Bankengruppe (RBG). Weiters beinhaltet dieses Segment das kapitalmarktbezogene Kunden- und Eigengeschäft in Österreich. Neben der RBI AG zählen dazu auch die in Tochterunternehmen ausgelagerten Finanzdienstleistungen, wie z. B. die in Wien ansässigen Raiffeisen Centrobank AG (Handel mit Eigenkapitalinstrumenten und Kapitalmarktfinanzierungen), Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Raiffeisen Leasing-Gruppe, Raiffeisen Factor Bank AG, Raiffeisen Bausparkasse Österreich Gesellschaft mbH und Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Darüber hinaus ist diesem Segment das at-equity bewertete Unternehmen card complete Service Bank AG, Wien, zugeordnet.

Corporate Center

Das Segment Corporate Center umfasst durch die Konzernzentrale erbrachte Dienstleistungen in diversen Bereichen, die der Umsetzung der gruppenweiten Strategie dienen und zur Wahrung der Vergleichbarkeit diesem Segment zugeordnet sind. Daher beinhaltet das Segment folgende Bereiche: Liquiditätssteuerung und Bilanzstruktur-Management im Rahmen des Eigenhandels, Beteiligungsmanagement, das Bankgeschäft der Konzernzentrale zur Refinanzierung der Konzerneinheiten, das österreichische Abwicklungs- und Servicedienstleistungsgeschäft für Finanzdienstleister sowie sonstige Gesellschaften außerhalb des Finanzdienstleistungsbereichs, die nicht unmittelbar einem Segment zugeordnet sind. In diesem Segment werden auch die Minderheitsbeteiligungen aus dem Nichtbanken-Bereich (Erträge aus den at-equity bilanzierten Unternehmen) zugeordnet. Dazu gehören unter anderem Beteiligungen an der UNIQA Insurance Group AG, Wien, sowie der LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs AG, Wien (Holdinggesellschaft mit Beteiligungen in den Bereichen Mehl, Mühlen und Vending).

Non-Core (bis 31. Dezember 2016)

Im Segment Non-Core waren alle Geschäftstätigkeiten zusammengefasst, die aufgrund der im Februar 2015 beschlossenen Strategieanpassung veräußert bzw. redimensioniert wurden. Dazu zählten das Geschäft in Polen und Slowenien, die Direktbank ZUNO BANK AG, Wien, sowie die Aktivitäten in Asien und den USA.

Das in Polen verbliebene Bankgeschäft wurde im ersten Quartal 2017 nach einer Verschiebung des Verkaufsprozesses in das Segment Zentraleuropa umgliedert. Das polnische Leasinggeschäft war Anfang Dezember 2016 veräußert worden. Die Leasingaktivitäten in Slowenien wurden ebenfalls dem Segment Zentraleuropa zugeordnet. Nach dem ergebnislos verlaufenen Verkaufsprozess für die ZUNO BANK AG, Wien, wurden Teile des vorhandenen Geschäfts in Tschechien und in der Slowakei in die dortigen Tochterbanken integriert, die verbliebenen Geschäfte wurden geschlossen. In Asien und den USA wurde das Firmenkundengeschäft planmäßig abgebaut – noch verbliebene Geschäftstätigkeiten wurden dem Segment Group Corporates & Markets zugeordnet.

1.1.-31.12.2017 in € Tausend	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Zinsüberschuss	960.398	727.474	940.998	507.445
Provisionsüberschuss	556.807	401.392	460.390	306.952
Handelsergebnis	58.737	28.379	88.741	155.189
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	- 29.240	26.336	- 19.037	106.828
Betriebserträge	1.546.702	1.183.582	1.471.092	1.076.415
Verwaltungsaufwendungen	- 915.160	- 694.020	- 602.633	- 681.074
Betriebsergebnis	631.542	489.562	868.459	395.341
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 45.607	- 113.073	11.446	- 132.699
Übrige Ergebnisse	- 56.058	27.369	- 7.586	- 5.410
Ergebnis vor Steuern	529.877	403.858	872.319	257.231
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 111.015	- 57.494	- 183.767	- 48.044
Ergebnis nach Steuern	418.861	346.364	688.552	209.187
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	- 56.226	- 1.545	- 64.415	- 6.297
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	362.635	344.818	624.136	202.890
Return on Equity vor Steuern	17,3%	19,3%	51,2%	8,9%
Return on Equity nach Steuern	13,7%	16,6%	40,4%	7,2%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,20%	3,34%	6,58%	1,34%
Cost/Income Ratio	59,2%	58,6%	41,0%	63,3%
Loan/Deposit Ratio	85,1%	71,3%	84,6%	113,1%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,15%	0,83%	- 0,11%	0,50%
NPL Ratio	5,0%	7,5%	6,4%	4,9%
NPL Coverage Ratio	67,7%	81,0%	78,6%	48,2%
Aktiva	46.813.981	23.709.268	15.579.002	41.434.636
Verbindlichkeiten	42.255.021	20.651.697	13.299.830	40.364.857
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	24.807.401	14.484.972	11.246.675	20.153.648
Durchschnittliches Eigenkapital	3.061.044	2.090.372	1.702.437	2.890.796
Forderungen an Kunden	31.367.375	13.887.000	10.475.627	26.467.831
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	35.607.565	18.276.724	11.730.794	21.598.345
Geschäftsstellen	631	978	775	25
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	13.069	14.792	18.132	2.680
Kunden in Millionen	3,4	5,4	5,7	2,0

Im Folgenden werden die wesentlichen Ergebnisveränderungen erläutert:

Segment **Zentraleuropa**: Durch die Einbeziehung Polens, das bis Ende 2016 im Segment Non-Core ausgewiesen wurde, sind die Ergebnisse für das Geschäftsjahr mit den Werten des Vorjahres nicht vergleichbar. Diese Umgliederung erfolgte Anfang 2017, da der beabsichtigte Verkauf der polnischen Einheiten im Fall der Bank Ende 2016 nicht abgeschlossen werden konnte. Die polnischen Leasingaktivitäten wurden dagegen Ende November 2016 verkauft. Das Ergebnis nach Steuern des Segments erhöhte sich um € 128 Millionen auf € 419 Millionen. € 49 Millionen davon sind auf die oben beschriebene Einbeziehung der polnischen Bank zurückzuführen. Weitere wichtige Faktoren des Anstiegs waren Ergebnisverbesserungen in Ungarn – hier vor allem aufgrund höherer Nettoauflösungen von Kreditrisikovorsorgen – sowie in Tschechien dank einer verbesserten Kreditrisikosituation.

Die im Segment **Südosteuropa** verzeichnete Ergebnisverbesserung beruhte auf einem starken Rückgang der Risikokosten – vor allem in Albanien – sowie einem positiven Effekt aus der Auflösung von Rückstellungen im Zusammenhang mit dem Hypothekarkreditgesetz (Walkaway Law) in Rumänien. Dem standen ein rückläufiges Betriebsergebnis und ein geringeres Ergebnis aus Finanzinvestitionen gegenüber – im Vorjahr waren aus dem Verkauf von Aktien der Visa Europe Ltd., London, Erlöse von € 38 Millionen verbucht worden.

Das Segment **Osteuropa** war im Geschäftsjahr wie schon im Vorjahr von hoher Währungsvolatilität beeinflusst. So wertete der Durchschnittskurs des russischen Rubels im Jahresvergleich um 12 Prozent auf, jener der ukrainischen Hryvna jedoch um 7 Prozent ab. Verglichen mit den Werten zu Jahresbeginn 2017 gaben der Stichtagskurs der ukrainischen Hryvna um 15 Prozent, jener des belarussischen Rubels um 13 Prozent sowie jener des russischen Rubels um 7 Prozent nach. Die im Segment erzielte Verbesserung des Ergebnisses nach Steuern um 32 Prozent auf € 689 Millionen ist überwiegend auf niedrigere Kreditrisikovorsorgen sowie – zu einem geringen Teil – auf die erwähnte Aufwertung des russischen Rubels zurückzuführen. In Russland etwa waren geringere Dotierungen von Kreditrisikovorsorgen und ein höherer Zinsüberschuss für die Zunahme des Ergebnisses verantwortlich.

1.1.-31.12.2017			
in € Tausend	Corporate Center	Überleitung	Gesamt
Zinsüberschuss	1.142.471	- 1.071.068	3.207.718
Provisionsüberschuss	- 5.233	- 1.437	1.718.872
Handelsergebnis	- 75.241	- 11.455	244.350
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	100.199	- 128.458	56.630
Betriebserträge	1.162.196	- 1.212.417	5.227.569
Verwaltungsaufwendungen	- 334.520	123.194	- 3.104.213
Betriebsergebnis	827.676	- 1.089.223	2.123.356
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 1.476	- 5.488	- 286.899
Übrige Ergebnisse	- 206.650	23.941	- 224.395
Ergebnis vor Steuern	619.549	- 1.070.771	1.612.063
Steuern vom Einkommen und Ertrag	34.267	0	- 366.054
Ergebnis nach Steuern	653.816	- 1.070.771	1.246.009
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	- 7	- 1.462	- 129.953
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	653.809	- 1.072.233	1.116.056
Return on Equity vor Steuern	-	-	16,2%
Return on Equity nach Steuern	-	-	12,5%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	-	-	2,48%
Cost/Income Ratio	-	-	59,4%
Loan/Deposit Ratio	-	-	90,3%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-	-	0,35%
NPL Ratio	-	-	5,7%
NPL Coverage Ratio	-	-	67,0%
Aktiva	37.204.284	- 29.594.831	135.146.339
Verbindlichkeiten	21.650.120	- 14.316.536	123.904.990
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	13.883.738	- 12.674.263	71.902.171
Durchschnittliches Eigenkapital	2.129.028	- 1.918.193	9.955.484
Forderungen an Kunden	1.174.454	- 2.139.934	81.232.353
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	497.751	- 2.879.739	84.831.440
Geschäftsstellen	-	-	2.409
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	1.027	-	49.700
Kunden in Millionen	0,0	-	16,5

Der in der Ukraine verzeichnete Ergebniszuwachs wiederum ist auf Nettoauflösungen von Risikovorsorgen zurückzuführen, die unter anderem aus dem Verkauf notleidender Kredite resultierten. In Belarus schließlich wurde ein Rückgang im Betriebsergebnis zum Teil durch niedrigere Risikovorsorgen ausgeglichen.

Das Segment **Group Corporates & Markets** wurde im Geschäftsjahr 2017 im Rahmen der Verschmelzung neu eingeführt. Von einer Anpassung der Vorjahreswerte wurde entgegen den Bestimmungen des IFRS 8.29 abgesehen, da die Aussagekraft aufgrund des im Vorjahr noch laufenden Transformationsprogramms stark eingeschränkt wäre. Das Segmentergebnis nach Steuern erreichte € 209 Millionen, wozu das Teilsegment Corporates € 61 Millionen beitrug. Es war durch höhere Risikovorsorgen für zwei spezifische Einzelfälle im Bereich von Großkunden belastet. Das Teilsegment Markets erzielte € 72 Millionen, wobei hier konnten vor allem höhere Provisionserträge erzielt werden konnten. Die in Österreich tätigen Spezialgesellschaften erreichten einen Ergebnisbeitrag von € 93 Millionen.

Das Segment **Corporate Center** umfasst im Wesentlichen die Ergebnisse aus den Steuerungsfunktionen der Konzernzentrale sowie aus sonstigen Konzerneinheiten. Seine Ergebnisse weisen dadurch eine insgesamt höhere Volatilität auf. 2017 stiegen die Betriebserträge des Segments vor allem aufgrund höherer konzerninterner Dividendenerträge. Der Großteil des Ergebnisses von € 653 Millionen stammt aus konzerninternen Transaktionen und wird im Rahmen der Überleitung auf das Konzernergebnis eliminiert.

Die **Überleitung** umfasst Konsolidierungen, die erforderlich sind, um von den einzelnen Segmentergebnissen zum Konzernergebnis zu gelangen. Die Zahlen der Berichtssegmente werden nach Eliminierung der segmentinternen Positionen gezeigt. Segmentübergreifende Konsolidierungen werden jedoch in der Überleitung dargestellt. Die hier wesentlichen Konsolidierungspositionen sind Dividendenzahlungen an die Konzernzentrale und segmentübergreifende Leistungsverrechnungen von und mit der Konzernzentrale.

1.1.-31.12.2016 in € Tausend	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates	Group Markets
Zinsüberschuss	629.441	738.218	866.320	312.548	62.343
Provisionsüberschuss	382.804	390.478	391.394	59.892	112.817
Handelsergebnis	28.412	53.738	64.236	7.735	122.205
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	- 24.246	20.519	- 7.031	1.846	9.184
Betriebserträge	1.016.411	1.202.953	1.314.919	382.021	306.549
Verwaltungsaufwendungen	- 643.316	- 673.897	- 518.868	- 152.898	- 211.428
Betriebsergebnis	373.095	529.056	796.051	229.123	95.121
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 38.172	- 174.928	- 163.367	- 74.383	- 34.224
Übrige Ergebnisse	19.434	8.499	16.587	- 4.368	5.874
Ergebnis vor Steuern	354.356	362.627	649.271	150.373	66.771
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 63.524	- 61.919	- 125.685	- 36.505	- 15.279
Ergebnis nach Steuern	290.833	300.708	523.586	113.868	51.492
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	- 54.155	- 78	- 53.152	- 1.783	0
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	236.678	300.630	470.434	112.085	51.492
Return on Equity vor Steuern	19,1%	18,5%	41,3%	12,6%	13,4%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,31%	3,55%	6,60%	2,16%	0,60%
Cost/Income Ratio	63,3%	56,0%	39,5%	40,0%	69,0%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,2%	1,3%	1,6%	0,5%	1,4%
NPL Ratio	5,5%	10,5%	14,7%	4,6%	1,9%
NPL Coverage Ratio	71,0%	79,7%	85,7%	65,9%	71,9%
Aktiva	29.492.206	22.694.168	15.290.907	15.201.027	12.148.915
Verbindlichkeiten	26.930.630	19.714.884	12.774.075	11.863.986	13.936.837
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	13.564.023	14.202.875	11.535.963	9.207.993	3.210.704
Durchschnittliches Eigenkapital	1.854.661	1.957.229	1.573.106	1.195.809	496.569
Forderungen an Kunden	19.758.948	13.485.320	10.718.953	14.912.211	1.797.228
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	21.870.493	17.148.973	10.948.748	11.481.282	2.159.006
Geschäftsstellen	410	1.014	771	1	5

1.1.-31.12.2016 in € Tausend	Corporate Center	Non-Core	Überleitung	Gesamt
Zinsüberschuss	361.563	330.777	- 365.781	2.935.429
Provisionsüberschuss	41.535	154.035	- 36.111	1.496.844
Handelsergebnis	- 25.620	- 4.946	- 31.173	214.586
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	114.388	- 301	- 68.996	45.364
Betriebserträge	491.866	479.564	- 502.061	4.692.222
Verwaltungsaufwendungen	- 325.950	- 405.719	83.847	- 2.848.228
Betriebsergebnis	165.917	73.846	- 418.214	1.843.995
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 9.388	- 255.145	- 4.780	- 754.387
Übrige Ergebnisse	- 220.785	- 21.741	- 7.511	- 204.010
Ergebnis vor Steuern	- 64.256	- 203.041	- 430.504	885.598
Steuern vom Einkommen und Ertrag	31.540	- 40.609	0	- 311.982
Ergebnis nach Steuern	- 32.717	- 243.650	- 430.504	573.615
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	- 1.821	- 1	478	- 110.512
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	- 34.538	- 243.651	- 430.026	463.104
Return on Equity vor Steuern	-	-	-	10,3%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	-	2,12%	-	2,78%
Cost/Income Ratio	66,3%	84,6%	-	60,7%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-	2,3%	-	1,1%
NPL Ratio	-	17,70%	-	9,2%
NPL Coverage Ratio	-	66,63%	-	75,6%
Aktiva	20.935.860	13.828.352	- 17.727.590	111.863.845
Verbindlichkeiten	16.624.340	11.973.214	- 11.186.251	102.631.716
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	13.990.460	7.235.450	- 12.886.823	60.060.645
Durchschnittliches Eigenkapital	2.005.438	1.310.348	- 1.822.371	8.570.790
Forderungen an Kunden	2.574.973	8.909.155	- 1.642.670	70.514.116
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	464.876	8.808.557	- 1.343.710	71.538.226
Geschäftsstellen	0	305	-	2.506

Bemessung von Segmentergebnissen

Die Segmentberichterstattung nach IFRS 8 zeigt die Segmentergebnisse auf Basis der internen Management-Berichterstattung, ergänzt um eine Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss. Die Management-Berichterstattung bei der RBI beruht grundsätzlich auf IFRS. Es bestehen somit keine Unterschiede zwischen den Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden, die in der Segmentberichterstattung Anwendung finden, und jenen, die dem Konzernabschluss zugrunde liegen.

Die Steuerung der einzelnen Segmente erfolgt anhand einer Reihe von Schlüsselindikatoren, die sich aus den Parametern Rentabilität, Wachstum, Effizienz, beschränkende Rahmenbedingungen und Geschäftszusammensetzung (Business Mix) ergeben. Zielwerte für diese Schlüsselindikatoren werden je nach Marktumfeld festgelegt und bei Bedarf adaptiert.

Der Erfolg einer Steuerungseinheit wird wie folgt berechnet:

- **Rentabilität (Profitability)**

Die Rentabilität wird im Rahmen des internen Managementsystems mithilfe des Return on Equity (ROE) sowie des Return on Risk-Adjusted Capital (RORAC) gemessen. Der ROE zeigt die Rentabilität einer Steuerungseinheit und errechnet sich aus dem Verhältnis des Ergebnisses nach Abzug des Ergebnisses nicht beherrschender Anteile zum durchschnittlich eingesetzten Konzern-Eigenkapital. Er gibt die Verzinsung des im Segment eingesetzten Kapitals an. In die Kalkulation des RORAC fließt das risiko-adjustierte Kapital ein, das den Bedarf an Eigenmitteln bezeichnet, den die Bank für mögliche unerwartete Verluste vorhalten muss. In der RBI wird dieser Kapitalbedarf im Rahmen des ökonomischen Kapitalmodells für Kredit-, Markt- und operationelle Risiken ermittelt. Diese Kennzahl zeigt die Verzinsung des risikoadjustierten Eigenkapitals (ökonomisches Kapital), stellt aber keine Messgröße nach IFRS dar. Bei den einzelnen Ländern und Geschäftsfeldern wird dabei der tatsächlich erwirtschaftete RORAC mit einem jeweils vorgegebenen Mindestwert (RORAC-Hurdle) verglichen, der die marktadäquaten Renditeerwartungen reflektiert.

- **Effizienz (Efficiency)**

Die Cost/Income Ratio zeigt die Kosteneffizienz der Segmente. Sie errechnet sich als Quotient aus den Verwaltungsaufwendungen einerseits und den Betriebserträgen, also der Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und dem laufenden sonstigen betrieblichen Ergebnis (sonstiges betriebliches Ergebnis abzüglich Bankabgaben, Wertminderungen von Firmenwerten, Erträge aus der Vereinnahmung passiver Unterschiedsbeträge und bankgeschäftliche Belastungen aus staatlichen Maßnahmen) andererseits.

- **Beschränkende Rahmenbedingungen (Constraints)**

Im Rahmen des Basel-III-Regelwerks sind bestimmte gesetzliche Vorschriften zu beachten. Das Verhältnis des harten Kernkapitals zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (Common Equity Tier 1 Ratio) ist beispielsweise ein wichtiger Indikator dafür, ob die Kapitalunterlegung für das Geschäftsvolumen ausreicht. Branchenspezifika führen zu unterschiedlichen Risikogewichtungen bei der Berechnung der Risikoaktiva gemäß CRR. Diese sind für die Berechnung des regulatorischen Mindest-Eigenmittelerfordernisses ausschlaggebend. Im Zuge des jährlich durchgeführten Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) schreibt die EZB per Bescheid vor, zusätzliches hartes Kernkapital zu halten, um jene Risiken abzudecken, die in der Säule I nicht oder nicht ausreichend Berücksichtigung finden. Darüber hinaus wird intern die effiziente Nutzung des verfügbaren Kapitals errechnet, indem der tatsächliche Verbrauch ins Verhältnis zum theoretisch zur Verfügung stehenden Risikodeckungskapital gesetzt wird. Ebenfalls begrenzend wirken die langfristigen Liquiditätskennzahlen, die in Übereinstimmung mit den regulatorischen Bestimmungen definiert werden.

- **Geschäftszusammensetzung (Business Mix)**

Die folgenden Steuerungsgrößen sind zur Wahrung einer sinnvollen und nachhaltigen Geschäftsstruktur relevant. Dabei ist die Zusammensetzung des Ergebnisses sowie der zugrunde liegenden Bestandsgrößen von großer Bedeutung: Die Struktur der Primärrefinanzierungsbasis für Kundenkredite wird anhand der Loan/Deposit Ratio (netto) ermittelt, bei der die Kundenkredite abzüglich Kreditrisikovorsorgen ins Verhältnis zu den Kundeneinlagen (jeweils abzüglich der Ansprüche und Verpflichtungen aus (Reverse-)Repo- und Wertpapierleihgeschäften) gesetzt werden. Ebenfalls relevant ist der Anteil des Ergebnisses aus dem Kerngeschäft. Die Nettozinsspanne wird dabei auf Basis der durchschnittlichen zinstragenden Aktiva berechnet. Auch der Anteil des Provisionsgeschäfts an den Betriebserträgen ist eine Steuerungsgröße, die unter die Zielvorgaben für den Business Mix fällt.

Basis für die Segmentberichterstattung ist die Erfolgsrechnung, wobei sich die Darstellung an der intern verwendeten Reporting-Struktur orientiert. Erträge und Aufwendungen werden dem Land bzw. Geschäftsfeld zugeordnet, in dem der Ertrag generiert wird. Operative Ertragspositionen sind der Zinsüberschuss, der Provisionsüberschuss, das Handelsergebnis sowie das laufende sonstige betriebliche Ergebnis. Unter den übrigen Ergebnissen werden das Ergebnis aus Finanzinvestitionen, das Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten, das Ergebnis aus Endkonsolidierungen, die Bankenabgaben, die Wertminderungen von Firmenwerten, die Vereinnahmung passiver Unterschiedsbeträge sowie die in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthaltenen bankgeschäftlichen Belastungen aus staatlichen Maßnahmen zusammengefasst. Das Segmentergebnis wird bis zum Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile gezeigt. Das Segmentvermögen wird durch die Bilanzsumme sowie die risikogewichteten Aktiva dargestellt. In den Verbindlichkeiten werden alle Posten der Passivseite mit Ausnahme des Eigenkapitals zusammengefasst. Die Überleitungsrechnung enthält im Wesentlichen Beträge aus der Eliminierung von Zwischenergebnissen und aus segmentübergreifenden Konsolidierungen. Die Erfolgsrechnung wird schließlich um die zur Bewertung der Ergebnisse branchenüblichen Finanzkennzahlen ergänzt. Die im Segmentbericht angegebenen Werte werden großteils den Einzelabschlüssen nach IFRS entnommen, die auch für die Erstellung des Konzernabschlusses herangezogen werden. In einigen Einheiten werden Profitcenter-Ergebnisse aus der internen Management-Erfolgsrechnung verwendet.

Anhang

Grundlagen der Abschlusserstellung

Unternehmen

Die Raiffeisen Bank International AG (RBI AG) ist beim Handelsgericht Wien im Firmenbuch unter FN 122.119m registriert. Die Firmenanschrift lautet Am Stadtpark 9, 1030 Wien.

Die RBI ist eine Corporate- und Investment-Bank für die Top 1.000-Unternehmen in Österreich und für westeuropäische Großkunden. In Zentral- und Osteuropa (CEE) ist sie eine führende Universalbank mit einem der größten Netzwerke westlicher Bankengruppen. Hier operiert sie über ein engmaschiges Netzwerk an Tochterbanken, Leasinggesellschaften und zahlreichen spezialisierten Finanzdienstleistungsunternehmen mit rund 2.400 Geschäftsstellen. In Österreich ist die RBI mit Spezialgesellschaften für Wohnraumfinanzierung, Leasing, Asset Management, Aktien- und Zertifikatengeschäft, Pensionskassengeschäft, Factoring, sowie Private Banking vertreten. Die rund 16,5 Millionen Kunden der RBI stammen aus den Kundensegmenten Kommerzkunden, Klein- und Mittelbetriebe, Privatpersonen, Finanzinstitutionen und Gebietskörperschaften.

Da Aktien der Gesellschaft an einem geregelten Markt gemäß § 1 Abs. 2 BörseG (prime market der Wiener Börse) gehandelt werden sowie zahlreiche Emissionen der RBI AG an einer geregelten Börse in der EU zugelassen sind, hat die RBI AG gemäß § 59a BWG einen Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufzustellen. Die acht Raiffeisen-Landesbanken halten als Kernaktionäre rund 58,8 Prozent der Aktien, der Rest befindet sich im Streubesitz.

Der vorliegende Konzernabschluss wird gemäß den österreichischen Veröffentlichungsregelungen beim Firmenbuchgericht hinterlegt und im Amtsblatt zur Wiener Zeitung veröffentlicht. Er wurde am 27. Februar 2018 vom Vorstand unterzeichnet und anschließend an den Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme weitergeleitet.

Als Kreditinstitut gemäß § 1 BWG unterliegt die RBI AG der behördlichen Aufsicht durch die Finanzmarktaufsicht, Otto-Wagner-Platz 5, A-1090 Wien (www.fma.gv.at) sowie durch die Europäische Zentralbank, Sonnemannstrasse 22 D-60314 Frankfurt am Main (www.bankingsupervision.europa.eu).

Die Offenlegungsanforderungen des Artikel 434 der EU-Verordnung 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute (Capital Requirements Regulation, CRR) werden im Internet auf der Webseite der Bank unter investor.rbinternational.com veröffentlicht.

Verschmelzung mit der RZB

Am 23. bzw. am 24. Jänner fanden außerordentliche Hauptversammlungen der RZB AG bzw. der RBI AG zur Beschlussfassung über die Verschmelzung (Downstream) der RZB AG in die RBI AG statt. Die erforderlichen Mehrheiten wurden in beiden Versammlungen bei Weitem erreicht. Die Eintragung der Verschmelzung in das Firmenbuch erfolgte am 18. März 2017. Um den Aktionären der RZB AG das übertragene Gesellschaftsvermögen abzugelten, begab die RBI AG neue Aktien. Die Gesamtzahl ihrer Aktien stieg dadurch von 292.979.038 auf 328.939.621 an.

Die Verschmelzung stellt eine Transaktion unter gemeinsamer Beherrschung (Common Control) dar, für die die Bestimmungen des IFRS 3 nicht anzuwenden sind (IFRS 3.2. (c)). Da die Transaktionen unter gemeinsamer Beherrschung nicht in den IFRS geregelt werden, hat das Management nach IAS 8.10 als Rechnungslegungsmethode für diese Art von Transaktionen die Methode der Buchwerfortführung gewählt. Dies bedeutet, dass alle Vermögenswerte und Schulden der RZB AG mit ihren Buchwerten unter Berücksichtigung von Konsolidierungseffekten übernommen und alle Unterschiede zwischen der übertragenen Gegenleistung aus der Ausgabe neuer Aktien und dem Buchwert des übernommenen Nettovermögens im Eigenkapital erfasst wurden.

Die Einbeziehung erfolgte am 24. Jänner 2017 nach den Beschlüssen der außerordentlichen Hauptversammlungen. Das Management hat beschlossen, die konzerninternen Transaktionen nicht rückwirkend darzustellen, wodurch die Werte für die Vergleichsperiode nicht angepasst wurden. Die Bilanz zum 31. Dezember 2016 sowie die Ergebnisse des Geschäftsjahres 2016 einschließlich der Anhangangaben entsprechen somit den publizierten Werten der RBI vor Verschmelzung. Aus Wesentlichkeitsgründen werden die Effekte der Verschmelzung zum 1. Jänner 2017 dargestellt.

Mit der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG erhöhte sich die Anzahl der konsolidierten Unternehmen um 175 Finanzdienstleister und Spezialgesellschaften. Dabei handelte es sich um folgende Unternehmenskategorien:

Anzahl Einheiten	Vollkonsolidierung	Equity-Methode
Kreditinstitute	7	6
Finanzinstitute	123	0
Anbieter von Nebenleistungen	3	1
Finanzholdings	4	0
Versicherungen	0	1
Sonstige	38	1
Gesamt	175	9

Die wesentlichen Einheiten sind Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H., Raiffeisen Factor Bank AG, Raiffeisen Bausparkasse Österreich Gesellschaft mbH und Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, alle mit Sitz in Wien. Aus dem Bereich der at-equity bewerteten Minderheitsanteile sind vor allem die UNIQA Insurance Group AG, Wien, sowie die LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs AG, Wien, hervorzuheben.

Die Verschmelzung der RZB AG mit der RBI AG hatte folgende Auswirkungen auf die Konzernbilanz zum 1. Jänner 2017:

Aktiva in € Tausend	31.12.2016	Veränderung	1.1.2017
Barreserve	12.242.415	4.596.168	16.838.583
Forderungen an Kreditinstitute	9.900.012	1.081.344	10.981.356
Forderungen an Kunden	70.514.116	9.254.962	79.769.079
Kreditrisikovorsorgen	- 4.955.132	- 289.946	- 5.245.078
Handelsaktiva	4.986.462	- 42.350	4.944.112
Derivative Finanzinstrumente	1.428.639	- 167.623	1.261.015
Wertpapiere und Beteiligungen	14.639.012	6.791.219	21.430.231
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	0	775.035	775.035
Immaterielle Vermögenswerte	598.402	78.116	676.518
Sachanlagen	1.393.358	449.263	1.842.621
Sonstige Aktiva	1.116.561	414.366	1.530.927
Aktiva gesamt	111.863.845	22.940.554	134.804.399

Passiva in € Tausend	31.12.2016	Veränderung	1.1.2017
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.816.475	11.243.299	24.059.774
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	71.538.226	8.786.770	80.324.996
Verbriefte Verbindlichkeiten	6.645.127	1.882.254	8.527.381
Rückstellungen	756.252	279.377	1.035.629
Handelsspassiva	5.119.743	- 52.159	5.067.584
Derivative Finanzinstrumente	786.949	- 7.493	779.456
Sonstige Passiva	765.251	255.242	1.020.492
Nachrangkapital	4.203.693	33.810	4.237.503
Eigenkapital	9.232.130	519.454	9.751.583
Konzern-Eigenkapital	8.187.672	445.444	8.633.117
Konzernergebnis	463.104	0	463.104
Kapital nicht beherrschender Anteile	581.353	74.010	655.363
Passiva gesamt	111.863.845	22.940.554	134.804.399

Der Verschmelzungseffekt im Eigenkapital belief sich auf € 519.454 Tausend, nähere Details hierzu sind in der Eigenkapitalveränderungsrechnung erläutert.

Grundsätze der Konzernrechnungslegung

Der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2017 und die Vergleichswerte für das Geschäftsjahr 2016 wurden in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen International Financial Reporting Standards (IFRS), soweit sie auf Basis der IAS-Verordnung (EG) 1606/2002 durch die EU übernommen wurden, aufgestellt. Die bereits anzuwendenden Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC/SIC) sind berücksichtigt. Alle Standards,

die vom IASB als für den Konzernabschluss 2017 anzuwendende International Accounting Standards veröffentlicht und von der EU übernommen wurden, wurden angewendet. Weiters erfüllt der Konzernabschluss die Voraussetzungen des § 245a UGB und des § 59a BWG über befreiende Konzernabschlüsse nach international anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen. IAS 20, IAS 41 und IFRS 6 wurden nicht berücksichtigt, weil für den Konzern keine entsprechenden Geschäftsfälle vorlagen.

Ein Vermögenswert wird in der Bilanz angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass der künftige wirtschaftliche Nutzen dem Unternehmen zufließen wird, und wenn seine Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder ein anderer Wert verlässlich bewertet werden können. Eine Schuld wird in der Bilanz angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass sich aus der Erfüllung einer gegenwärtigen Verpflichtung ein direkter Abfluss von Ressourcen ergeben wird, die wirtschaftlichen Nutzen enthalten, und wenn deren Erfüllungsbetrag verlässlich bewertet werden kann. Davon ausgenommen sind bestimmte Finanzinstrumente, die zum beizulegenden Zeitwert am Bilanzstichtag angesetzt werden. Erträge werden erfasst, wenn es unter Einhaltung der Bedingungen des IAS 18 wahrscheinlich ist, dass der wirtschaftliche Nutzen dem Konzern zufließen wird, und die Höhe der Erträge verlässlich bestimmt werden kann.

Die Grundlage für den Konzernabschluss bilden die auf Basis der IFRS-Bestimmungen nach konzerneinheitlichen Standards erstellten Berichtspakete aller vollkonsolidierten Unternehmen. Alle wesentlichen Tochtergesellschaften erstellen ihre Jahresabschlüsse per 31. Dezember. Einige außerhalb des Anhangs gemachte IFRS-Angaben sind wesentliche Bestandteile des Konzernabschlusses. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Erläuterungen zu den Segmentergebnissen, die in den Angaben zur Segmentberichterstattung dargestellt werden. Neben den im Anhang dargestellten Angaben gemäß IFRS 7 enthält insbesondere das Kapitel Risikobericht ausführliche Darstellungen zu den Themen Kreditrisiko, Konzentrationsrisiko, Marktrisiko und Liquiditätsrisiko. Die Darstellung dieser Informationen erfolgt in Übereinstimmung mit IFRS 8 Geschäftssegmente und IFRS 7 Angaben zu Finanzinstrumenten.

Standards und Interpretationen, die ab 1. Jänner 2017 in der EU verpflichtend anzuwenden sind, wurden in diesem Konzernabschluss berücksichtigt. Hinsichtlich der vorzeitigen Anwendung des IFRS 9.7.1.2 betreffend die Darstellung von Gewinnen und Verlusten aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten verweisen wir auf das Kapitel Anwendung von neuen und geänderten Standards. Die Zahlen im vorliegenden Abschluss sind in € Tausend angegeben. Die nachstehend angeführten Tabellen können Rundungsdifferenzen enthalten. Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung.

Währungsumrechnung

Der Konzernabschluss wurde in Euro, der funktionalen Währung der RBI AG, aufgestellt. Die funktionale Währung ist die Währung des primären Wirtschaftsumfelds, in dem die Gesellschaft tätig ist. Jedes Unternehmen innerhalb des Konzerns legt unter Berücksichtigung aller in IAS 21 angeführten Faktoren seine eigene funktionale Währung fest.

Die in einer anderen funktionalen Währung als dem Euro aufgestellten Abschlüsse der Unternehmen des Vollkonsolidierungskreises wurden nach der modifizierten Stichtagskursmethode gemäß IAS 21 in die Berichtswährung Euro umgerechnet. Dabei wurde das Eigenkapital mit seinem historischen Kurs, alle anderen Aktiva und Passiva sowie Anhangangaben wurden mit dem Stichtagskurs angesetzt. Aus der Währungsumrechnung der Eigenkapitalbestandteile (historische Kurse) resultierende Differenzen werden mit den Gewinnrücklagen verrechnet.

Die Posten der Erfolgsrechnung wurden mit dem Durchschnittskurs des Jahres auf Basis der Monatsulimokurse berechnet. Währungsdifferenzen zwischen dem Stichtagskurs in der Bilanz und dem Durchschnittskurs in der Erfolgsrechnung wurden mit dem Eigenkapital (Gewinnrücklagen) verrechnet. Gemäß IAS 21 wurde bei stark schwankenden Wechselkursen anstelle des Durchschnittskurses der Transaktionskurs verwendet.

Bei Abgang eines ausländischen Geschäftsbetriebs, der zum Verlust der Beherrschung, der gemeinschaftlichen Führung oder des maßgeblichen Einflusses führt, wurde der entsprechende, bis zu diesem Zeitpunkt kumuliert in der Währungsumrechnungsrücklage erfasste Betrag als Teil des Ergebnisses aus Endkonsolidierungen in die Erfolgsrechnung umgegliedert.

Bei einem Tochterunternehmen mit Sitz außerhalb des Euroraums stellte aufgrund des wirtschaftlichen Gehalts der zugrunde liegenden Geschäftsfälle der US-Dollar die funktionale Währung dar, weil sowohl die Transaktionen als auch die Refinanzierung in US-Dollar abgewickelt wurden. Bei drei Tochterunternehmen mit Sitz im Euroraum stellte aufgrund des wirtschaftlichen Gehalts der zugrunde liegenden Geschäftsfälle der russische Rubel die funktionale Währung dar.

Folgende Kurse wurden für die Währungsumrechnung herangezogen:

Kurse in Währung pro €	2017		2016	
	Stichtag 31.12.	Durchschnitt 1.1.-31.12.	Stichtag 31.12.	Durchschnitt 1.1.-31.12.
Albanischer Lek (ALL)	132,980	134,172	135,400	137,299
Belarus Rubel (BYN)	2,364	2,184	2,068	2,186
Bosnische Marka (BAM)	1,956	1,956	1,956	1,956
Bulgarische Lewa (BGN)	1,956	1,956	1,956	1,956
Kasachischer Tenge (KZT) ¹	-	-	352,622	376,831
Kroatische Kuna (HRK)	7,440	7,465	7,560	7,544
Polnischer Zloty (PLN)	4,177	4,256	4,410	4,366
Rumänischer Lei (RON)	4,659	4,571	4,539	4,496
Russischer Rubel (RUB)	69,392	66,035	64,300	73,876
Schweizer Franken (CHF)	1,170	1,113	1,074	1,090
Serbischer Dinar (RSD)	118,440	121,240	123,410	122,970
Singapur-Dollar (SGD)	1,602	1,559	1,523	1,526
Tschechische Krone (CZK)	25,535	26,345	27,021	27,041
Ukrainische Hryvna (UAH)	33,727	30,215	28,599	28,214
Ungarischer Forint (HUF)	310,330	309,350	309,830	312,222
US-Dollar (USD)	1,199	1,131	1,054	1,102

¹ Aufgrund von Endkonsolidierung war im Geschäftsjahr 2017 der kasachische Tenge nicht mehr in Verwendung.

Hauptquellen von Schätzungsunsicherheiten und wesentliche bilanzielle Ermessensspielräume

Sind für die Bilanzierung und Bewertung nach IAS/IFRS Schätzungen oder Beurteilungen erforderlich, werden diese in Übereinstimmung mit den jeweiligen Standards vorgenommen. Sie basieren auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und wahrscheinlichen Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse. Die den Schätzungen zugrunde liegenden Annahmen unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung. Änderungen von Schätzungen werden, sofern sie nur eine Periode betreffen, nur in dieser berücksichtigt. Falls auch nachfolgende Berichtsperioden betroffen sind, werden die Änderungen in der aktuellen und den folgenden Perioden berücksichtigt. Die wesentlichsten Annahmen, Schätzungen und Ermessensentscheidungen betreffen:

Risikovorsorgen im Kreditgeschäft

Zu jedem Bilanzstichtag werden die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerte auf Werthaltigkeit überprüft, um festzustellen, ob Wertminderungen erfolgswirksam zu erfassen sind. Insbesondere wird beurteilt, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung aufgrund eines nach dem erstmaligen Ansatz eingetretenen Verlustereignisses bestehen. Darüber hinaus ist es im Rahmen der Bestimmung des Wertminderungsaufwands erforderlich, Höhe und Zeitpunkt zukünftiger Zahlungsströme zu schätzen. Eine ausführliche Beschreibung und Darstellung der Entwicklung der Risikovorsorgen findet sich unter Punkt (42) Risiken von Finanzinstrumenten im Abschnitt Kreditrisiko.

Fair Value von Finanzinstrumenten

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) ist jener Preis, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag für den Verkauf eines Vermögenswerts eingekommen bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt werden würde. Dies gilt unabhängig davon, ob der Preis direkt beobachtbar oder unter Anwendung einer Bewertungsmethode geschätzt worden ist. Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts eines Vermögenswerts oder einer Schuld berücksichtigt der Konzern bestimmte Merkmale des Vermögenswerts oder der Schuld (z. B. Zustand und Standort des Vermögenswerts oder Verkaufs- und Nutzungsbeschränkungen), wenn Marktteilnehmer diese Merkmale bei der Preisfestlegung für den Erwerb des jeweiligen Vermögenswerts oder die Übertragung der Schuld zum Bewertungsstichtag ebenfalls berücksichtigen würden. Ist der Markt für ein Finanzinstrument nicht aktiv, wird der Fair Value anhand einer Bewertungsmethode oder eines Preismodells ermittelt. Generell werden für Bewertungsmethoden Schätzungen herangezogen, deren Ausmaß von der Komplexität des Instruments und der Verfügbarkeit marktbasierter Daten abhängt. Die Input-Parameter für diese Modelle werden so weit wie möglich von beobachtbaren Marktdaten abgeleitet. Unter Umständen sind Bewertungsanpassungen notwendig, um weiteren Faktoren wie Modellrisiken, Liquiditätsrisiken oder Kreditrisiken Rechnung zu tragen. Die Beschreibung der Bewertungsmodelle findet sich im Abschnitt Finanzinstrumente – Ansatz und Bewertung des Anhangs. Zusätzlich werden die Fair Values von Finanzinstrumenten unter Punkt (40) Fair Value von Finanzinstrumenten dargestellt.

Rückstellung für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen

Die Kosten des leistungsorientierten Pensionsplans werden mittels versicherungsmathematischer Verfahren bewertet. Die versicherungsmathematische Bewertung basiert auf Annahmen zu Diskontierungszinssätzen, erwarteten Renditen von Vermögenswerten,

künftigen Gehaltsentwicklungen, Sterblichkeit und künftigen Pensionsanhebungen. Der Zinssatz, der für die Abzinsung der leistungsorientierten Verpflichtungen des Konzerns herangezogen wird, wird auf der Grundlage der Renditen bestimmt, die am Abschlussstichtag für erstrangige festverzinsliche Unternehmensanleihen auf dem Markt erzielt werden. Eine erhebliche Ermessensentscheidung ist hier bei der Festlegung der Kriterien notwendig, nach denen die Unternehmensanleihen ausgesucht werden, die die Grundgesamtheit bilden, aus der die Renditekurve abgeleitet wird. Für die Bestimmung des Rechnungszinssatzes wird auf die Zinsempfehlung von Mercer zurückgegriffen. Die wesentlichen Kriterien bei der Auswahl dieser Unternehmensanleihen beinhalten das Ausgabevolumen und die Qualität der Anleihen sowie die Identifizierung von Ausreißern, die nicht berücksichtigt werden. Annahmen und Schätzungen, die für die Berechnung langfristiger Personalverpflichtungen angewendet werden, sind im Abschnitt Verpflichtungen für Pensionen und aus anderen Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses beschrieben. Quantitative Angaben zu langfristigen Personalrückstellungen finden sich unter Punkt (28) Rückstellungen.

Werthaltigkeit von nicht finanziellen Vermögenswerten

Bestimmte nicht finanzielle Vermögenswerte, z. B. Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte, unterliegen einer jährlichen Werthaltigkeitsprüfung. Eine solche Überprüfung erfolgt häufiger, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen – etwa eine Verschlechterung des Wirtschaftsklimas – darauf hindeuten, dass bei den Vermögenswerten eine Wertminderung vorliegen könnte. Die Bestimmung des erzielbaren Betrags im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung erfordert Schätzungen und Beurteilungen vonseiten des Managements. Da durch Änderungen in den zugrunde liegenden Bedingungen und Annahmen erhebliche Unterschiede zu den bilanzierten Werten auftreten können, werden derartige Einschätzungen als wesentlich erachtet. Die Beschreibung der Werthaltigkeitsprüfung wird im Abschnitt Unternehmenserwerb dargelegt. Zusätzlich werden die Buchwerte der Firmenwerte unter Punkt (21) Immaterielle Vermögenswerte dargestellt.

Aktive latente Steuern

Latente Steuerforderungen werden in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftig ausreichend zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, mit denen diese steuerlichen Verlustvorträge, Steuerguthaben oder steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können. Dazu wird ein Planungshorizont von fünf Jahren herangezogen. Diese Bewertung erfordert in maßgeblichem Umfang Beurteilungen und Einschätzungen seitens des Managements. Das Management verwendet für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen historische Erkenntnisse zu Steuerkapazität und Profitabilität sowie gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne einschließlich einer Prüfung der Vortragsfähigkeit steuerlicher Verlustvorträge.

Der Ausweis der latenten Steuern wird in der Erfolgsrechnung und in der Bilanz nicht gesondert vorgenommen. Details sind im Gesamtergebnis und unter Punkt (11) Steuern vom Einkommen und Ertrag, Punkt (24) Sonstige Aktiva und Punkt (28) Rückstellungen dargestellt.

Leasingverträge

Zur Unterscheidung von Finanzierungsleasing einerseits und Operating Leasing andererseits sind Ermessensentscheidungen aus Sicht des Leasinggebers notwendig, wobei als Kriterium die Übertragung von im Wesentlichen sämtlichen Risiken und Chancen vom Leasinggeber auf den Leasingnehmer gilt. Details sind unter Punkt (44) Finanzierungsleasing und Punkt (45) Operating Leasing dargestellt.

Beherrschung

Gemäß IFRS 10 liegt die Beherrschung eines Beteiligungsunternehmens vor, wenn der Konzern schwankenden Renditen aus seinem Engagement bei dem Beteiligungsunternehmen ausgesetzt ist bzw. Anrechte auf die Renditen sowie die Fähigkeit besitzt, diese mittels seiner Macht über das Beteiligungsunternehmen zu beeinflussen. Ferner enthält IFRS 10 Konkretisierungen zur Würdigung bzw. Beurteilung von potenziellen Stimmrechten, Mitentscheidungs- bzw. Schutzrechten Dritter sowie Konstellationen, die durch delegierte bzw. zurückbehaltene Entscheidungsrechte oder De-facto-Kontrolle charakterisiert sind. Ob Beherrschung gegeben ist, erfordert eine gesamthafte (und damit teilweise ermessensabhängige) Beurteilung der wirtschaftlichen Einflussnahme des Mutter- auf das Beteiligungsunternehmen. Details sind unter Punkt (52) Zusammensetzung des Konzerns dargestellt.

Beteiligungen an strukturierten Einheiten

Gemäß IFRS 12 sind strukturierte Einheiten Unternehmen die derart aufgestellt wurden, dass Stimm- oder vergleichbare Rechte nicht der bestimmende Faktor bei der Festlegung sind, wer das Unternehmen beherrscht. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn sich die Stimmrechte lediglich auf Verwaltungsaufgaben erstrecken und die maßgeblichen Tätigkeiten mittels vertraglicher Vereinbarungen ausgeführt werden. Für Zwecke dieses IFRS ist eine Beteiligung an einem anderen Unternehmen ein vertragliches und nicht-vertragliches Engagement, das ein Unternehmen schwankenden Renditen aus der Leistungskraft des anderen Unternehmens aussetzt.

Die Beurteilung, bei welchen Unternehmen es sich um strukturierte Einheiten handelt und welches Engagement bei solchen Unternehmen auch tatsächlich eine Beteiligung darstellt, erfordert Ermessensentscheidungen. Details sind unter Punkt (52) Zusammensetzung des Konzerns im Abschnitt Strukturierte Einheiten dargestellt.

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

(1) Erfolgsrechnung nach Bewertungskategorien

in € Tausend	2017	2016
Gewinne (Verluste) aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten des Handelsbestands	48.488	214.447
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	193.915	57.777
Zinsertrag	206.226	149.003
Gewinne (Verluste) aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten (netto)	- 12.311	- 91.226
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	60.920	153.400
Zinsertrag	32.652	28.301
Realisierte Gewinne (Verluste) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (netto)	30.782	148.984
Verluste aus der Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	- 2.514	- 23.885
Kredite und Forderungen	3.438.980	2.723.634
Zinsertrag	3.722.826	3.477.104
Realisierte Gewinne (Verluste) aus nicht zum Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten (netto)	11.342	10.008
Verluste aus der Wertminderung von nicht zum Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten	- 295.188	- 763.478
Bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte	137.164	141.425
Zinsertrag	128.408	128.352
Realisierte Gewinne (Verluste) aus nicht zum Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten (netto)	9.118	13.128
Zuschreibungen/Verluste aus der Wertminderung von nicht zum Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten	- 362	- 55
Finanzielle Verbindlichkeiten	- 1.069.541	- 1.108.664
Zinsaufwendungen	- 1.069.527	- 1.108.433
Ergebnis aus dem Rückkauf von Verbindlichkeiten	- 14	- 230
Derivate für Sicherungsmaßnahmen	151.452	154.082
Nettozinsertrag	166.873	160.449
Positive (negative) Zeitwertanpassungen bei der Bilanzierung von Sicherungsmaßnahmen (netto)	- 15.421	- 6.367
Erfolgsbeiträge aus Währungsumrechnung (netto)	67.385	23.715
Laufendes Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	60.420	0
Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen	- 1.477.120	- 1.474.219
Ergebnis vor Steuern	1.612.063	885.598

(2) Zinsüberschuss

Im Zinsüberschuss sind Zinserträge und -aufwendungen aus Posten des Bankgeschäfts, Dividendenerträge sowie Gebühren und Provisionen mit Zinscharakter enthalten.

in € Tausend	2017	2016
Zinsen und zinsähnliche Erträge gesamt	4.256.985	4.043.862
Zinserträge	4.248.418	4.023.315
aus Guthaben bei Zentralbanken	24.391	20.766
aus Forderungen an Kreditinstitute	228.648	151.333
aus Forderungen an Kunden	3.376.465	3.159.065
aus Wertpapieren	332.177	277.277
aus Leasingforderungen	119.864	153.773
aus derivativen Finanzinstrumenten aus ökonomischem Hedge (netto)	0	100.653
aus derivativen Finanzinstrumenten aus Hedge Accounting (netto)	166.873	160.449
Laufende Erträge	35.109	28.379
aus Aktien und nicht festverzinslichen Wertpapieren	2.456	78
aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	16.326	24.640
aus sonstigen Beteiligungen	16.326	3.661
Zinsähnliche Erträge	21.045	14.023
Negative Zinsen aus finanziellen Vermögenswerten	-47.587	-21.855
Laufendes Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	60.420	0
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen gesamt	- 1.109.687	- 1.108.433
Zinsaufwendungen	- 1.123.409	- 1.090.866
für Verbindlichkeiten gegenüber Zentralbanken	- 13.152	- 14.358
für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	- 167.407	- 161.976
für Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	- 552.656	- 604.356
für verbrieftete Verbindlichkeiten	- 193.538	- 149.626
für Nachrangkapital	- 156.496	- 160.549
für derivative Finanzinstrumente aus ökonomischem Hedge (netto)	- 40.160	0
Zinsähnliche Aufwendungen	- 24.909	- 35.547
Negative Zinsen aus finanziellen Verbindlichkeiten	38.630	17.980
Gesamt	3.207.718	2.935.429

Die Zinserträge beinhalten Zinserträge (Unwinding) von wertberechtigten Forderungen an Kunden und Kreditinstitute in Höhe von € 133.523 Tausend (2016: € 185.018 Tausend). Zinserträge von wertberechtigten Forderungen an Kunden und Kreditinstitute werden anhand des Zinssatzes erfasst, der bei der Bestimmung des Wertminderungsaufwands zur Abzinsung des künftigen Cash-Flows verwendet wurde.

Die Position Laufendes Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen beinhaltete die anteiligen Ergebnisse der im Zuge der Verschmelzung der RZB AG mit der RBI AG eingebrachten at-equity bewerteten Unternehmen. Im Wesentlichen sind dies die LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs AG, Wien, die UNIQA Insurance Group AG, Wien, und die Raiffeisen Informatik GmbH, Wien. Im Vorjahr waren keine Unternehmen at-equity bewertet. Die at-equity bewerteten Unternehmen sind unter Punkt (20) Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen dargestellt.

(3) Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Die Kreditrisikovorsorgen für bilanzielle und außerbilanzielle Geschäfte setzen sich wie folgt zusammen:

in € Tausend	2017	2016
Einzelwertberichtigungen	- 322.404	- 768.835
Zuführung zu Risikovorsorgen	- 1.076.191	- 1.625.946
Auflösung von Risikovorsorgen	695.073	841.648
Direktabschreibungen	- 82.218	- 112.791
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	140.932	128.254
Portfolio-Wertberichtigungen	24.163	4.441
Zuführung zu Risikovorsorgen	- 164.276	- 179.337
Auflösung von Risikovorsorgen	188.439	183.778
Erlöse aus der Beendigung oder dem Verkauf von Krediten	11.342	10.008
Gesamt	- 286.899	- 754.387

Detailangaben über die Risikovorsorgen sind unter Punkt (16) Kreditrisikovorsorgen und Punkt (42) Risikobericht dargestellt.

(4) Provisionsüberschuss

in € Tausend	2017	2016
Zahlungsverkehr	735.424	651.195
Kredit- und Garantiegeschäft	154.593	170.032
Wertpapiergeschäft	150.985	136.556
Devisen-, Valuten- und Edelmetallgeschäft	381.343	391.626
Verwaltung von Investment- und Pensionsfonds	174.244	37.646
Verkauf von Eigen- und Fremdprodukten	67.526	59.788
Sonstige Bankdienstleistungen	54.757	50.001
Gesamt	1.718.872	1.496.844

Der Anstieg des Provisionsüberschusses aus der Verwaltung von Investment- und Pensionsfonds war auf die im Zuge der Verschmelzung von der RZB AG in die RBI AG eingebrachten Tochterunternehmen bzw. -konzerne Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung sowie Valida-Gruppe zurückzuführen.

(5) Handelsergebnis

Im Handelsergebnis werden Zins- und Dividendenenerträge, Refinanzierungskosten, Provisionen sowie Wertänderungen von Handelsbeständen ausgewiesen.

in € Tausend	2017	2016 ¹
Zinsbezogenes Geschäft	81.577	118.507
Währungsbezogenes Geschäft	142.667	111.088
Aktien-/indexbezogenes Geschäft	16.390	- 13.646
Kreditderivatgeschäft	- 4.313	- 3.751
Sonstiges Geschäft	8.030	2.388
Gesamt	244.350	214.586

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen aufgrund einer Änderung in der Ergebniszuordnung zu den Unterpositionen

Der im Handelsergebnis ausgewiesene Refinanzierungsaufwand für Handelsaktiva betrug € 41.443 Tausend (2016: € 23.156 Tausend).

(6) Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten

in € Tausend	2017	2016
Ergebnis aus dem Hedge Accounting	- 15.421	- 6.367
Ergebnis aus Kreditderivaten	- 1.341	- 48
Ergebnis aus sonstigen Derivaten	- 86.976	- 77.029
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten	62.831	- 105.078
Ergebnis aus dem Rückkauf von Verbindlichkeiten	- 14	- 230
Gesamt	- 40.921	- 188.752

Das Ergebnis aus dem Hedge Accounting beinhaltet zum einen das Bewertungsergebnis von Derivaten in Fair Value Hedges in Höhe von minus € 70.109 Tausend (2016: € 9.200 Tausend) und zum anderen die Bewertungsänderung der durch Fair Value Hedges gesicherten Grundgeschäfte in Höhe von € 74.634 Tausend (2016: € minus 15.778 Tausend). Im Geschäftsjahr 2017 ergab sich zusätzlich ein Einmaleffekt in Höhe von minus € 20.109 Tausend durch die Beendigung einer Portfolio-Fair-Value-Hedge-Beziehung in Russland. Darüber hinaus werden hier die ineffizienten Teile des Cash-Flow Hedge in Höhe von € 162 Tausend (2016: € 211 Tausend) dargestellt.

Das Ergebnis aus sonstigen Derivaten beinhaltet die Bewertungsergebnisse für Derivate, die zur Absicherung gegen Marktrisiken (ausgenommen Handelsaktiva/-passiva) abgeschlossen und dabei gegen ein inhomogenes Portfolio gestellt wurden, sodass sie nicht die Bedingungen für Hedge Accounting gemäß IAS 39 erfüllen.

Die RBI nimmt das Wahlrecht in Anspruch, die Regeln des IFRS 9.7.1.2 betreffend die Darstellung von Gewinnen und Verlusten aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten vorzeitig anzuwenden. IFRS 9 verlangt, dass Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts, die sich aus Veränderungen des eigenen Ausfallrisikos der RBI ergeben, im sonstigen Ergebnis auszuweisen sind, während sie gemäß IAS 39 in der Erfolgsrechnung auszuweisen waren. Die Veränderung des eigenen Ausfallrisikos aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten in Höhe von minus € 139.643 Tausend ist daher im sonstigen Ergebnis ausgewiesen. Der Gewinn von € 62.831 Tausend setzt sich ausschließlich aus Marktziinsänderungen zusammen. In der Vergleichsperiode ist sowohl der Verlust aus der Veränderung des eigenen Ausfallrisikos von € 119.064 Tausend als auch der Gewinn aus Marktziinsänderungen von € 13.986 Tausend enthalten.

(7) Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Im Ergebnis aus Finanzinvestitionen sind Bewertungs- und Veräußerungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands (Held-to-Maturity), aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Wertpapieren sowie aus Unternehmensanteilen enthalten. Darunter befinden sich Anteile an verbundenen, at-equity bewerteten und sonstigen Unternehmen.

in € Tausend	2017	2016
Ergebnis aus bis zur Endfälligkeit zu haltenden Wertpapieren	8.756	13.073
Bewertungsergebnis aus Wertpapieren	- 362	- 55
Veräußerungsergebnis aus Wertpapieren	9.118	13.128
Ergebnis aus Unternehmensanteilen	- 4.940	126.850
Bewertungsergebnis aus Unternehmensanteilen	- 10.745	- 17.652
Veräußerungsergebnis aus Unternehmensanteilen	5.805	144.501
Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	- 46.220	0
Bewertungsergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	- 46.220	0
Veräußerungsergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	0	0
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Wertpapieren	- 72.089	14.768
Bewertungsergebnis aus Wertpapieren	- 68.434	16.218
Veräußerungsergebnis aus Wertpapieren	- 3.655	- 1.450
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren	31.358	- 1.751
Gesamt	- 83.133	152.940

Das Veräußerungsergebnis aus Unternehmensanteilen verringerte sich im Jahresvergleich, zurückzuführen im Wesentlichen auf den im Vorjahr abgeschlossenen Verkauf von Aktien der Visa Europe Ltd., London, an die Visa Inc., Foster City. Das Bewertungsergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Wertpapieren resultierte im Berichtsjahr überwiegend aus Bewertungsverlusten bei Staatsanleihen.

Details zum Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen sind unter Punkt (20) Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen ersichtlich.

(8) Verwaltungsaufwendungen

in € Tausend	2017	2016
Personalaufwand	- 1.553.800	- 1.409.841
Sachaufwand	- 1.222.037	- 1.107.364
davon betrieblich bedingter Sachaufwand	- 1.074.302	- 963.697
davon regulatorisch bedingter Sachaufwand	- 147.735	- 143.667
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	- 328.376	- 331.023
Gesamt	- 3.104.213	- 2.848.228

Der Anstieg der Verwaltungsaufwendungen war auf die Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG zurückzuführen. Bereinigt um diesen Effekt sanken die Verwaltungsaufwendungen im Jahresvergleich geringfügig um 1 Prozent.

Personalaufwand

in € Tausend	2017	2016
Löhne und Gehälter	- 1.178.572	- 1.072.610
Soziale Abgaben	- 276.977	- 248.820
Freiwilliger Sozialaufwand	- 41.949	- 43.078
Aufwendungen für beitragsorientierte Pensionspläne	- 15.089	- 11.382
Aufwendungen/Erträge für leistungsorientierte Pensionspläne	- 1.247	- 456
Sonstige Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	- 11.906	- 8.716
Aufwendungen für andere langfristig fällige Leistungen	- 1.878	- 2.519
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	- 3.174	- 11.872
Aufwendungen für das Share Incentive Program (SIP)	- 695	- 1.217
Aufwendungen für zukünftige Bonuszahlungen gemäß § 39b BWG	- 22.312	- 9.171
Gesamt	- 1.553.800	- 1.409.841

Sachaufwand

in € Tausend	2017	2016
Raumaufwand	- 236.135	- 244.965
IT-Aufwand	- 291.860	- 259.584
Kommunikationsaufwand	- 63.156	- 65.462
Rechts- und Beratungsaufwand	- 124.187	- 95.038
Werbe- und Repräsentationsaufwand	- 132.902	- 102.775
Büroaufwand	- 26.189	- 25.661
Kfz-Aufwand	- 15.485	- 14.534
Sicherheitsaufwand	- 47.063	- 37.386
Reiseaufwand	- 19.446	- 15.852
Ausbildungsaufwand	- 18.124	- 16.998
Sonstiger Sachaufwand	- 99.755	- 85.441
Betrieblich bedingter Sachaufwand	- 1.074.302	- 963.697
Einlagensicherung	- 83.085	- 91.987
Bankenabwicklungsfonds	- 64.650	- 51.680
Regulatorisch bedingter Sachaufwand	- 147.735	- 143.667
Gesamt	- 1.222.037	- 1.107.364

Die im Rechts- und Beratungsaufwand enthaltenen Honorare für die Wirtschaftsprüfer der RBI AG und der Tochterunternehmen gliedern sich in Aufwendungen für die Abschlussprüfung in Höhe von € 5.986 Tausend (2016: € 6.531 Tausend) sowie in Aufwendungen für die Steuerberatung und zusätzliche Beratungsleistungen in Höhe von € 13.635 Tausend (2016: € 8.524 Tausend). Davon entfielen auf den Konzernabschlussprüfer für Abschlussprüfungen € 2.820 Tausend (2016: € 1.879 Tausend) und für andere Beratungsleistungen € 1.085 Tausend (2016: € 1.434 Tausend).

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

in € Tausend	2017	2016
Sachanlagen	- 149.010	- 122.883
Immaterielle Vermögenswerte	- 147.344	- 177.478
Vermietete Leasinganlagen	- 32.023	- 30.663
Gesamt	- 328.376	- 331.023

In den Abschreibungen sind Wertminderungen in Höhe von € 28.962 Tausend überwiegend auf Gebäude enthalten. Im Vorjahr hatte dieser Wert € 34.300 Tausend betragen, im Wesentlichen aufgrund einer Wertminderung in Höhe von € 26.133 Tausend auf die Marke Polbank.

Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen

in € Tausend	2017	2016
Vorstandsmitglieder und leitende Angestellte	- 2.690	- 3.528
Andere Arbeitnehmer	- 20.499	- 23.374
Gesamt	- 23.189	- 26.902

Für die Vorstandsmitglieder gelten grundsätzlich dieselben Regelungen wie für Mitarbeiter, die einen Grundbeitrag seitens des Unternehmens zu einer Pensionskasse und einen Zusatzbeitrag vorsehen, wenn der Mitarbeiter Eigenbeiträge in derselben Höhe leistet. Für zwei Vorstandsmitglieder bestehen zusätzlich individuelle Pensionszusagen, die über eine Rückdeckungsversicherung finanziert werden.

Im Fall der Beendigung der Funktion bzw. des Dienstverhältnisses und des Ausscheidens aus dem Unternehmen hat ein Mitglied des Vorstands Abfertigungsansprüche gemäß vertraglicher Vereinbarung, für vier Mitglieder richten sich die Ansprüche nach dem Betrieblichen Mitarbeitervorsorgegesetz. Die Abfertigungsansprüche gemäß vertraglicher Vereinbarung verfallen grundsätzlich bei Kündigung durch den Dienstnehmer.

Zudem besteht über eine Pensionskasse und/oder aufgrund einer individuellen Pensionszusage, die durch eine Rückdeckungsversicherung abgesichert ist, ein Schutz gegenüber dem Berufsunfähigkeitsrisiko. Die Vorstandsverträge sind für die Dauer der Funktionsperioden bzw. befristet auf maximal fünf Jahre abgeschlossen. Die Abfindungszahlungen bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund betragen maximal zwei Jahresgesamtvergütungen (ausgenommen bei einem Vorstandsmitglied aufgrund früherer vertraglicher Vereinbarungen).

(9) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in € Tausend	2017	2016
Nettoergebnis aus bankfremden Tätigkeiten	30.774	18.878
Umsatzerlöse aus bankfremden Tätigkeiten	135.732	53.029
Aufwendungen aus bankfremden Tätigkeiten	- 104.958	- 34.151
Nettoergebnis aus der Vermittlung von Dienstleistungen	4.230	5.338
Umsatzerlöse aus der Vermittlung von Dienstleistungen	25.497	71.748
Aufwendungen aus der Vermittlung von Dienstleistungen	- 21.267	- 66.410
Ergebnis aus Operating Leasing (Kfz und Mobilien)	34.054	30.888
Ergebnis aus Investment Property inkl. Operating Leasing (Immobilien)	43.190	40.427
Ergebnis aus dem Abgang von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	- 4.364	- 1.650
Sonstige Steuern	- 66.434	- 71.789
Ergebnis aus der Dotierung und Auflösung sonstiger Rückstellungen	- 25.468	- 17.288
Sonstige betriebliche Erträge	128.801	100.826
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 88.154	- 60.265
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	56.630	45.364
Bankenabgaben	- 120.649	- 157.846
Bankgeschäftliche Belastungen aus staatlichen Maßnahmen	21.949	- 29.268
Gesamt	- 42.070	- 141.749

Die Position Sonstige Steuern beinhaltet neben Grundsteuern vor allem die Finanztransaktionssteuer in Ungarn.

Unter den Bankenabgaben sind im Wesentlichen die Abgaben gemäß Stabilitätsgesetz in Österreich in Höhe von € 56.601 Tausend (2016: € 85.440 Tausend) sowie Bankenabgaben in Polen in Höhe von € 31.137 Tausend (2016: € 34.077 Tausend), in der Slowakei in Höhe von € 20.286 Tausend (2016: € 19.365 Tausend) und in Ungarn in Höhe von € 12.626 Tausend (2016: € 18.964 Tausend) enthalten. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf eine geänderte Berechnungsgrundlage zurückzuführen.

Im Berichtsjahr ergab sich eine Auflösung von Rückstellungen im Zusammenhang mit dem so genannten Walkaway Law in Rumänien in Höhe von € 21.356 Tausend, die unter dem Posten Bankgeschäftliche Belastungen aus staatlichen Maßnahmen ausgewiesen ist. Im Vorjahr war dafür eine Rückstellung in Höhe von € 26.741 Tausend gebildet worden.

(10) Ergebnis aus Endkonsolidierungen

In der Berichtsperiode schieden 43 vor allem im Leasingbereich tätige Tochterunternehmen aufgrund untergeordneter Bedeutung aus dem Konsolidierungskreis aus, zwei wurden veräußert, drei stellten ihre Geschäftstätigkeit ein und eines wurde aufgrund der Änderung des Kontrollverhältnisses endkonsolidiert.

in € Tausend	2017	2016
Ergebnis aus Endkonsolidierungen	- 1.640	18.914
Gesamt	- 1.640	18.914

Das Ergebnis aus Endkonsolidierungen setzte sich wie folgt zusammen:

in € Tausend	RAIA	RFJ4	RLKZ	RBIIA	RBUS	ZUNO	Übrige	Gesamt
Aktiva	185.304	307.407	3.368	756	40.910	12.878	188.968	739.592
Verbindlichkeiten	55.073	307.270	24	2.237	34.047	2.106	145.762	546.520
Reinvermögen	130.231	137	3.345	- 1.481	6.864	10.772	43.205	193.072
Kapital nicht beherrschender Anteile	71.004	0	0	0	0	0	2.099	73.103
Reinvermögen nach Abzug nicht beherrschender Anteile	59.227	137	3.345	- 1.481	6.864	10.772	41.106	119.969
Verkaufspreis/Buchwert	59.224	137	0	0	4.970	6.000	39.500	109.831
Effekt aus Endkonsolidierungen	- 2	0	- 3.345	1.481	- 1.894	- 4.772	- 1.606	- 10.138
In die Erfolgsrechnung umgegliederte FX-Rücklagen	989	0	- 1.434	3.866	4.138	0	938	8.498
Ergebnis aus Endkonsolidierungen	987	0	- 4.779	5.347	2.244	- 4.772	- 668	- 1.640

RAIA: Raiffeisen Real Estate Fund, Budapest (HU)
 RFJ4: RZB Finance (Jersey) IV Limited, St. Helier (JE)
 RLKZ: TOO Raiffeisen Leasing Kazakhstan, Almaty (KZ)
 RBIIA: RB International Investment Asia Limited, Labuan (MY)
 RBUS: RB International Finance (USA) LLC, New York (US)
 ZUNO: ZUNO BANK AG, Wien (AT)

Die Position Übrige beinhaltet im Wesentlichen die R.B.T. Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Wien, sowie diverse Spezialgesellschaften der Raiffeisen Leasing-Gruppe.

Aus dem Verkauf von vollkonsolidierten Unternehmen flossen € 3.336 Tausend an Zahlungsmitteln zu, während der Ausschluss der ZUNO BANK AG, Wien, aus dem Konsolidierungskreis zu einem Zahlungsmittelabfluss von € 49.444 Tausend führte.

Details finden sich unter Punkt (52) Zusammensetzung des Konzerns.

(11) Steuern vom Einkommen und Ertrag

in € Tausend	2017	2016
Laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 322.154	- 282.466
Inland	- 18.926	- 19.740
Ausland	- 303.228	- 262.727
Latente Steuern	- 43.901	- 29.516
Gesamt	- 366.054	- 311.982

Die RBI AG und 37 ihrer inländischen Tochterunternehmen sowie 16 ihrer sonstigen verbundenen Unternehmen sind Mitglieder einer steuerlichen Gruppe, als deren Gruppenträger seit der Verschmelzung die RBI AG fungiert.

Die folgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen Ergebnis vor Steuern und effektiver Steuerbelastung:

in € Tausend	2017	2016
Ergebnis vor Steuern	1.612.063	885.598
Rechnerischer Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr zum inländischen Ertragsteuersatz von 25 Prozent	- 403.016	- 221.399
Auswirkungen abweichender ausländischer Steuersätze	133.149	102.893
Steuerminderung aufgrund von steuerbefreiten Beteiligungs- und steuerbefreiten sonstigen Erträgen	191.996	65.449
Steuermehrungen aufgrund von nicht abzugsfähigen Aufwendungen	- 221.460	- 128.432
Wertminderungen auf Verlustvorträge	0	- 7.462
Sonstige Veränderungen	- 66.723	- 123.032
Effektive Steuerbelastung	- 366.054	- 311.983
Effektive Steuerquote in Prozent	22,7%	35,2%

In den sonstigen Veränderungen sind minus € 68.824 Tausend an nicht angesetzten latenten Steuern aus temporären Differenzen enthalten. Diese wurden nicht aktiviert, da aus den aktualisierten mittelfristigen Steuerplanungen keine Verwertbarkeit gegeben war.

Die effektive Steuerquote ging 2017 im Jahresabstand um 13 Prozentpunkte auf 23 Prozent zurück. Hauptgrund dieser starken Reduktion waren einerseits ein verbesserter Ergebnisbeitrag der RBI AG und andererseits die Nutzung von nicht aktivierten Verlustvorträgen in einigen Konzerneinheiten (Albanien, Ungarn). Überdies sank die Steuerquote in Polen deutlich, nachdem es dort im Vorjahr durch den konzerninternen Verkauf der Leasinggesellschaft zu einem höheren Steueraufwand gekommen war.

Erläuterungen zur Bilanz

(12) Bilanz nach Bewertungskategorien

Aktiva nach Bewertungskategorien in € Tausend	2017	2016
Barreserve	13.329.782	12.242.415
Handelsaktiva	4.356.508	5.770.407
Positive Marktwerte derivativer Finanzinstrumente	2.138.096	3.437.526
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	243.502	164.575
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.974.910	2.168.307
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	5.625.639	3.962.757
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	103.435	3.694
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.522.205	3.959.064
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	728.945	0
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	6.781.031	4.117.276
Anteile an sonstigen verbundenen Unternehmen	194.314	193.421
Sonstige Beteiligungen	207.675	85.931
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.288.371	3.835.200
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	90.670	2.724
Kredite und Forderungen	94.078.132	76.482.005
Forderungen an Kreditinstitute	14.358.246	9.900.012
Forderungen an Kunden	81.232.353	70.514.116
Sonstige nicht derivative finanzielle Vermögenswerte	1.589.881	1.023.009
Kreditrisikoversorgen	- 3.102.348	- 4.955.132
Bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte	7.221.214	6.558.979
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.221.214	6.558.979
Derivate für Sicherungsmaßnahmen	521.959	644.693
Positive Marktwerte derivativer Sicherungsinstrumente	521.959	644.693
Sonstige Aktiva	2.503.129	2.085.313
Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	2.261.129	1.991.760
Vorräte	118.832	64.726
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte (IFRS 5)	123.169	28.826
Aktiva gesamt	135.146.339	111.863.845

Positive Marktwerte derivativer Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente gemäß IAS 39 Hedge Accounting designiert wurden, werden in der Bewertungskategorie Handelsaktiva ausgewiesen. Die Bewertungskategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte umfasst die sonstigen verbundenen Unternehmen, die sonstigen Beteiligungen sowie die nicht festverzinslichen und die festverzinslichen Wertpapiere. Kredite und Forderungen werden netto nach Abzug von Kreditrisikoversorgen dargestellt.

Passiva nach Bewertungskategorien in € Tausend	2017	2016
Handelspassiva	4.414.478	5.481.277
Negative Marktwerte sonstiger derivativer Finanzinstrumente	1.726.316	2.961.867
Leerverkauf von Handelsaktiva	343.640	555.346
Emittierte Zertifikate	2.344.522	1.964.063
Finanzielle Verbindlichkeiten	115.753.538	93.185.123
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	21.674.563	12.064.755
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	84.831.440	71.538.226
Verbriefte Verbindlichkeiten	4.751.893	5.271.709
Nachrangkapital	3.016.033	3.545.183
Sonstige nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	1.417.663	765.251
Zur Veräußerung gehaltene Verbindlichkeiten (IFRS 5)	61.946	0
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	2.522.055	2.783.648
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	616.867	751.720
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.133.245	1.373.418
Nachrangkapital	771.944	658.510
Derivate für Sicherungsmaßnahmen	204.508	425.415
Negative Marktwerte derivativer Sicherungsinstrumente	204.508	425.415
Rückstellungen	1.010.410	756.252
Eigenkapital	11.241.350	9.232.130
Passiva gesamt	135.146.339	111.863.845

Negative Marktwerte derivativer Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente gemäß IAS 39 Hedge Accounting designiert wurden, werden in der Bewertungskategorie Handelspassiva ausgewiesen.

(13) Barreserve

in € Tausend	2017	2016
Kassenbestand	3.600.423	2.975.329
Guthaben bei Zentralbanken	9.729.359	9.267.086
Gesamt	13.329.782	12.242.415

(14) Forderungen an Kreditinstitute

in € Tausend	2017	2016
Giro- und Clearinggeschäft	1.785.472	2.027.695
Geldmarktgeschäft	11.041.896	6.048.921
Kredite an Banken	1.201.300	1.412.069
Angekaufte Forderungen	255.404	257.469
Leasingforderungen	30.051	24
Forderungspapiere	44.123	153.833
Gesamt	14.358.246	9.900.012

Der Anstieg im Geldmarktgeschäft resultiert im Wesentlichen aus der Zunahme des Pensions- und Wertpapierleihgeschäfts um insgesamt € 4.720 Millionen auf € 8.094 Millionen, die sich im Zusammenhang mit der Optimierung der Liquiditätsposition vor allem in Tschechien und in Russland ergab.

Die angekauften Forderungen in Höhe von € 255.404 Tausend (2016: € 257.469 Tausend) zählen zur Gänze zur Bewertungskategorie Kredite und Forderungen.

Die Forderungen an Kreditinstitute stellen sich nach regionalen Aspekten (Sitz des Vertragspartners) wie folgt dar:

in € Tausend	2017	2016
Inland	2.968.651	2.263.695
Ausland	11.389.594	7.636.316
Gesamt	14.358.246	9.900.012

Die Forderungen an Kreditinstitute verteilen sich auf folgende Banksegmente:

in € Tausend	2017	2016
Zentralbanken	5.363.487	1.109.775
Geschäftsbanken	8.963.428	8.786.233
Multilaterale Entwicklungsbanken	31.331	4.003
Gesamt	14.358.246	9.900.012

(15) Forderungen an Kunden

in € Tausend	2017	2016
Kreditgeschäft	44.455.518	44.077.339
Geldmarktgeschäft	5.217.837	4.378.329
Hypothekarforderungen	25.689.441	17.501.479
Angekaufte Forderungen	2.372.015	2.222.508
Leasingforderungen	2.881.464	1.841.422
Forderungspapiere	616.077	493.039
Gesamt	81.232.353	70.514.116

Der Anstieg der Hypothekarforderungen resultierte überwiegend aus der im Zuge der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG eingebrachten Raiffeisen Bausparkassen-Gruppe.

Die angekauften Forderungen in Höhe von € 2.372.015 Tausend (2016: € 2.222.508 Tausend) zählen zur Gänze zur Bewertungskategorie Kredite und Forderungen. Details zu den Forderungen aus Leasinggeschäften sind unter Punkt (44) Finanzierungsleasing dargestellt.

Die Forderungen an Kunden verteilen sich auf folgende Asset-Klassen:

in € Tausend	2017	2016
Öffentlicher Sektor	856.000	659.231
Firmenkunden - Große Firmenkunden	43.744.065	41.676.239
Firmenkunden - Mittelgroße Firmenkunden	3.131.423	2.600.364
Retail-Kunden - Privatpersonen	30.964.388	23.392.811
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	2.536.476	2.185.471
Gesamt	81.232.353	70.514.116

Die Forderungen an Kunden stellen sich nach regionalen Aspekten (Sitz des Vertragspartners) wie folgt dar:

in € Tausend	2017	2016
Inland	12.598.145	5.108.924
Ausland	68.634.207	65.405.192
Gesamt	81.232.353	70.514.116

(16) Kreditrisikovorsorgen

Die Kreditrisikovorsorgen wurden nach konzernerheitlichen Standards gebildet und decken alle erkennbaren Bonitätsrisiken ab. Angaben zur Entwicklung der Kreditrisikovorsorgen finden sich im Risikobericht. Die Kreditrisikovorsorgen wurden folgenden Asset-Klassen zugeordnet:

in € Tausend	2017	2016
Kreditinstitute	10.860	50.365
Öffentlicher Sektor	751	4.753
Firmenkunden - Große Firmenkunden	1.619.752	2.929.930
Firmenkunden - Mittelgroße Firmenkunden	117.128	216.334
Retail-Kunden - Privatpersonen	1.139.676	1.515.175
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	214.179	238.574
Gesamt	3.102.348	4.955.132

Der Rückgang des Bestands an Risikovorsorgen ging im Wesentlichen auf die Ausbuchung von uneinbringlichen Kreditforderungen sowie auf Verkäufe notleidender Kredite zurück.

Die Forderungen sowie die Wertberichtigungen nach Asset-Klassen stellten sich wie folgt dar:

2017 in € Tausend	Fair Value	Buchwert	Einzelwert- berichtigte Aktiva	Einzelwert- berichtigungen	Portfolio-Wert- berichtigungen	Netto- buchwert
Kreditinstitute	14.431.178	14.358.246	20.073	9.835	1.026	14.347.385
Öffentlicher Sektor	729.498	856.000	1.193	450	301	855.249
Firmenkunden - Große Firmenkunden	40.478.854	43.744.065	2.648.869	1.510.904	108.848	42.124.313
Firmenkunden - Mittelgroße Firmenkunden	3.040.269	3.131.423	171.012	109.990	7.137	3.014.295
Retail-Kunden - Privatpersonen	30.034.520	30.964.388	1.310.622	952.208	187.469	29.824.712
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	2.422.648	2.536.476	288.298	186.007	28.172	2.322.297
Gesamt	91.136.967	95.590.598	4.440.067	2.769.394	332.953	92.488.251

2016 in € Tausend	Fair Value	Buchwert	Einzelwert- berichtigte Aktiva	Einzelwert- berichtigungen	Portfolio-Wert- berichtigungen	Netto- buchwert
Kreditinstitute	9.909.101	9.900.012	50.606	48.300	2.065	9.849.646
Öffentlicher Sektor	594.130	659.231	5.607	4.347	406	654.478
Firmenkunden - Große Firmenkunden	37.564.456	41.676.239	4.186.286	2.825.635	104.295	38.746.308
Firmenkunden - Mittelgroße Firmenkunden	2.406.066	2.600.364	268.976	208.956	7.378	2.384.031
Retail-Kunden - Privatpersonen	22.311.945	23.392.811	1.685.669	1.303.946	211.229	21.877.636
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	2.062.307	2.185.471	321.337	213.247	25.327	1.946.897
Gesamt	74.848.005	80.414.128	6.518.482	4.604.432	350.700	75.458.996

Wertgeminderte Forderungen

Die Wertminderungen und Sicherheiten nach Asset-Klassen stellten sich wie folgt dar:

2017 in € Tausend	Einzelwert- berichtigte Aktiva	Einzelwert- berichtigungen	Einzelwertberichtigte Aktiva nach EWB-Abzug	Sicherheiten für einzelwert- berichtigte Aktiva	Zinsen auf einzelwert- berichtigte Aktiva
Kreditinstitute	20.073	9.835	10.239	0	29
Öffentlicher Sektor	1.193	450	743	22	243
Firmenkunden - Große Firmenkunden	2.648.869	1.510.904	1.137.965	548.887	63.841
Firmenkunden - Mittelgroße Firmenkunden	171.012	109.990	61.021	45.867	5.081
Retail-Kunden - Privatpersonen	1.310.622	952.208	358.414	352.745	54.314
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	288.298	186.007	102.291	96.770	10.014
Gesamt	4.440.067	2.769.394	1.670.673	1.044.292	133.523

EWB Einzelwertberichtigungen

2016 in € Tausend	Einzelwert- berichtigte Aktiva	Einzelwert- berichtigungen	Einzelwertberichtigte Aktiva nach EWB-Abzug	Sicherheiten für einzelwert- berichtigte Aktiva	Zinsen auf einzelwert- berichtigte Aktiva
Kreditinstitute	50.606	48.300	2.306	0	109
Öffentlicher Sektor	5.607	4.347	1.260	0	6
Firmenkunden - Große Firmenkunden	4.186.286	2.825.635	1.360.650	702.301	93.678
Firmenkunden - Mittelgroße Firmenkunden	268.976	208.956	60.020	117.076	9.506
Retail-Kunden - Privatpersonen	1.685.669	1.303.946	381.724	422.806	61.911
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	321.337	213.247	108.090	100.328	19.809
Gesamt	6.518.482	4.604.432	1.914.050	1.342.511	185.018

EWB Einzelwertberichtigungen

(17) Handelsaktiva

in € Tausend	2017	2016
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.974.910	2.168.307
Refinanzierungsfähige Schuldtitel öffentlicher Stellen	575.533	632.054
Sonstige Schuldtitel öffentlicher Stellen	157.516	300.058
Anleihen und Schuldverschreibungen sonstiger Emittenten	1.241.861	1.236.195
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	243.502	164.575
Aktien und vergleichbare Wertpapiere	187.752	115.513
Investmentfonds-Anteile	55.749	48.969
Sonstige nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	93
Positive Marktwerte aus derivativen Geschäften	1.723.346	2.653.580
Zinssatzgeschäft	1.093.759	1.857.351
Wechselkursgeschäft	501.432	697.525
Aktien-/indexbezogenes Geschäft	124.220	94.938
Kreditderivatgeschäft	108	648
Sonstiges Geschäft	3.826	3.119
Gesamt	3.941.757	4.986.462

Innerhalb der Position Handelsaktiva betragen die als Sicherheit gestellten Wertpapiere, zu deren Verkauf oder Verpfändung der Empfänger berechtigt ist, € 403.407 Tausend (2016: € 63.540 Tausend).

(18) Derivative Finanzinstrumente

in € Tausend	2017	2016
Positive Marktwerte derivativer Sicherungsinstrumente in IAS 39 Fair Value Hedge	496.215	641.851
Zinssatzgeschäft	495.468	641.559
Wechselkursgeschäft	747	291
Positive Marktwerte derivativer Sicherungsinstrumente in IAS 39 Cash-Flow Hedge	25.745	2.842
Zinssatzgeschäft	3.886	2.842
Wechselkursgeschäft	21.858	0
Positive Marktwerte sonstiger derivativer Finanzinstrumente	414.751	783.945
Zinssatzgeschäft	252.187	567.886
Wechselkursgeschäft	162.564	216.060
Gesamt	936.710	1.428.639

Soweit die Bedingungen für Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllt sind, werden derivative Finanzinstrumente in der Funktion von Sicherungsinstrumenten mit ihrem Marktwert (Dirty Price) ausgewiesen. Grundgeschäfte im Zusammenhang mit Fair Value Hedges sind Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden, Wertpapiere Verbindlichkeiten an Kreditinstitute, Verbindlichkeiten an Kunden und verbrieft Verbindlichkeiten, die gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert werden sollen. Die Buchwertänderungen der gesicherten Grundgeschäfte in IAS 39 Fair Value Hedge sind in den jeweiligen Bilanzposten enthalten.

In diesem Posten werden auch die positiven Marktwerte derivativer Finanzinstrumente gezeigt, die zur Absicherung gegen Marktrisiken (ausgenommen Handelsaktiva/-passiva) dienen und gegen ein inhomogenes Portfolio gestellt wurden, sodass sie nicht die Bedingungen für Hedge Accounting gemäß IAS 39 erfüllen.

Nachstehend sind die erwarteten abgesicherten Cash-Flows aus Vermögenswerten, wie sie die Gesamtergebnisrechnung beeinflussen, in ihren Laufzeitbändern dargestellt:

in € Tausend	2017	2016
1 Jahr	314.885	351.086
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.128.797	708.454
Mehr als 5 Jahre	2.279.359	4.000.862

(19) Wertpapiere und Beteiligungen

In diesem Posten sind zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere, erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte sowie bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere (Held-to-Maturity) und langfristig gehaltene strategische Unternehmensanteile enthalten.

in € Tausend	2017	2016
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	19.031.789	14.353.243
Refinanzierungsfähige Schuldtitel öffentlicher Stellen	11.434.360	7.804.483
Sonstige Schuldtitel öffentlicher Stellen	4.463.684	4.632.268
Anleihen und Schuldverschreibungen sonstiger Emittenten	3.113.352	1.896.098
Sonstige	20.394	20.394
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	194.105	6.417
Aktien	2.291	1.493
Investmentfonds-Anteile	186.083	1.662
Sonstige nicht festverzinsliche Wertpapiere	5.732	3.262
Unternehmensanteile	401.990	279.352
Anteile an verbundenen Unternehmen	194.314	193.421
Sonstige Beteiligungen	207.675	85.931
Gesamt	19.627.884	14.639.012

Die Zuwächse in den meisten ausgewiesenen Einzelpositionen ergaben sich im Wesentlichen aus der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG.

Innerhalb der Position Wertpapiere und Beteiligungen betragen die als Sicherheit gestellten Wertpapiere, zu deren Verkauf oder Verpfändung der Empfänger berechtigt ist, € 357.410 Tausend (2016: € 598.309 Tausend).

Der Buchwert der Wertpapiere, die in die Kategorie Held-to-Maturity umgliedert wurden, betrug zum Zeitpunkt der Reklassifizierung € 452.188 Tausend. Davon entfielen auf Reklassifizierungen im Jahr 2008 € 371.686 Tausend und auf solche im Jahr 2011 € 80.502 Tausend. Zum 31. Dezember 2017 betrug der Buchwert € 3.158 Tausend und der beizulegende Zeitwert € 3.361 Tausend. 2017 wurden Erträge aus den reklassifizierten Wertpapieren in Höhe von € 141 Tausend (2016: € 213 Tausend) erfasst. Wäre von der Reklassifizierung kein Gebrauch gemacht worden, hätte dies zu einem Verlust in Höhe von € 214 Tausend geführt (2016: Verlust von € 78 Tausend).

In den sonstigen Beteiligungen sind Unternehmensanteile in Höhe von € 103.443 Tausend (2016: € 30.209 Tausend) zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

(20) Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen

in € Tausend	2017	2016
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	728.945	0

Die Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen wurden im Zuge der Verschmelzung von der RZB AG in die RBI AG eingebracht. In der Vergleichsperiode waren keine Unternehmen at-equity bewertet worden. Die Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen setzten sich wie folgt zusammen:

Unternehmen, Sitz (Land)	Hauptgeschäft	Stimmrechts- und Kapitalanteil 2017	Buchwert in € Tausend
card complete Service Bank AG, Wien (AT)	Ausgabe von Kreditkarten sowie Durchführung von Giro-, Garantie-, Kreditgeschäften	25,0%	19.041
LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs AG, Wien (AT)	Beteiligung an Gesellschaften aller Art sowie an Industrie-, Handels- und sonstigen Unternehmungen	33,1%	204.531
NOTARTREUHANDBANK AG, Wien (AT)	Geschäfte aus notariellen Treuhandschaften	26,0%	7.509
Österreichische Hotel- und Tourismusbank Ges.m.b.H., Wien (AT)	Finanzdienstleister für Fremdenverkehrsbetriebe und -einrichtungen	31,3%	9.929
Oesterreichische Kontrollbank AG, Wien (AT)	Spezialkreditinstitut	8,1%	55.826
Posojilnica Bank eGen, Klagenfurt (AT)	Bank- und Revisionsverband	59,0%	0
Prva stavebna sporitelna a.s., Bratislava (SK)	Bausparkasse	32,5%	64.574
Raiffeisen Informatik GmbH, Wien (AT)	Anbieter von Dienstleistungen in der Datenverarbeitung sowie Errichtung und Betrieb diesem Zweck dienender Rechenzentren	47,6%	33.869
UNIQA Insurance Group AG, Wien (AT)	Vertragsversicherung sowie Rückversicherung	10,9%	333.666
Gesamt			728.945

Bei der UNIQA Insurance Group AG, Wien, besteht der maßgebliche Einfluss aufgrund eines Syndikatsvertrages mit den anderen Kernaktionären, welcher insbesondere die Entsendungsrechte in den Aufsichtsrat regelt. Bei der Österreichischen Kontrollbank AG, Wien, besteht der maßgebliche Einfluss aufgrund zweier fixer Mandate im Aufsichtsrat.

Die Finanzinformationen zu den assoziierten Unternehmen stellen sich wie folgt dar:

2017 in € Tausend	CCSB	LLI ¹	NTB	OEHT	OeKB
Bilanzsumme	671.338	1.101.291	2.243.573	979.616	26.038.991
Betriebserträge	36.460	57.725	14.272	3.978	54.154
Gewinn oder Verlust aus fortgeführten Geschäftsbereichen	30.526	62.859	6.143	8.060	39.863
Nachsteuerergebnis aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	0	0	0
Sonstiges Ergebnis	0	6.342	0	0	18.689
Gesamtergebnis	30.526	69.201	6.143	8.060	58.552
davon nicht beherrschende Anteile zurechenbar	0	4.444	0	0	0
davon beherrschende Anteile zurechenbar	0	64.757	0	0	0
Kurzfristige Vermögenswerte	679.824	324.095	1.350.203	168.046	7.129.232
Langfristige Vermögenswerte	26.766	777.196	893.362	811.419	18.884.573
Kurzfristige Schulden	-610.559	-365.405	-1.944.652	-242.669	-6.851.106
Langfristige Schulden	-19.869	-275.984	-270.030	-704.304	-18.385.391
Nettovermögen	76.163	459.902	28.882	32.492	777.308
davon nicht beherrschende Anteile zurechenbar	0	16.595	0	0	0
davon beherrschende Anteile zurechenbar	0	443.307	0	0	0
Anteil des Konzerns am Nettovermögen Stand 1.1.	33.173	131.863	7.191	10.078	60.904
Anteilsveränderung	0	0	0	0	0
Anteil des Konzerns am Gesamtergebnis	8.393	22.028	1.488	545	3.839
Erhaltene Dividenden	-22.525	-7.334	-1.170	-469	-1.626
Anteil an Kapitalerhöhung	0	0	0	0	0
Anteil des Konzerns am Nettovermögen Stand 31.12.	19.041	146.557	7.509	10.154	63.117
Firmenwert	0	57.973	0	0	0
Wertminderungen	0	0	0	-225	-7.292
Sonstige Anpassungen	0	0	0	0	0
Buchwert	19.041	204.531	7.509	9.929	55.826

1 Konzernabschluss: Ergebnis und Eigenkapital verstehen sich exklusive nicht beherrschender Anteile.

CCSB: card complete Service Bank AG, Wien (AT)

LLI: LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs AG, Wien (AT)

NTB: NOTARTREUHANDBANK AG, Wien (AT)

OEHT: Österreichische Hotel- und Tourismusbank GmbH, Wien (AT)

OeKB: Oesterreichische Kontrollbank AG, Wien (AT)

2017 in € Tausend	POSO	PSS	RIZ ¹	UNIQA ^{1,2} 30. 9.2017
Bilanzsumme	502.473	3.003.633	1.247.900	28.679.597
Betriebserträge	- 2.006	122.548	11.470	226.275
Gewinn oder Verlust aus fortgeführten Geschäftsbereichen	- 4.460	17.393	3.104	148.545
Nachsteuerergebnis aufgegebenen Geschäftsbereiche	0	0	- 2.926	- 33.055
Sonstiges Ergebnis	- 871	- 1.449	243	- 44.392
Gesamtergebnis	- 5.331	15.944	421	71.098
davon nicht beherrschende Anteile zurechenbar	0	0	- 195	- 882
davon beherrschende Anteile zurechenbar	0	0	615	71.980
Kurzfristige Vermögenswerte	191.483	721.253	120.500	1.731.218
Langfristige Vermögenswerte	289.215	2.282.380	1.127.400	26.948.379
Kurzfristige Schulden	- 311.473	- 904.028	- 134.800	- 1.380.366
Langfristige Schulden	- 144.645	- 1.864.238	- 1.041.252	- 24.177.249
Nettovermögen	24.580	235.367	71.848	3.121.982
davon nicht beherrschende Anteile zurechenbar	0	0	624	14.365
davon beherrschende Anteile zurechenbar	0	0	71.224	3.107.617
Anteil des Konzerns am Nettovermögen Stand 1.1.	14.484	77.949	31.528	345.441
Anteilsveränderung	248	0	0	1
Anteil des Konzerns am Gesamtergebnis	- 3.491	5.182	8.745	12.490
Erhaltene Dividenden	0	- 6.637	- 6.258	- 16.397
Anteil an Kapitalerhöhung	3.262	0	- 146	0
Anteil des Konzerns am Nettovermögen Stand 31.12.	14.503	76.494	33.869	341.534
Firmenwert	0	0	0	0
Wertminderungen	0	- 11.920	0	- 26.783
Sonstige Anpassungen	- 14.503	0	0	18.914
Buchwert	0	64.574	33.869	333.666

1 Konzernabschluss: Ergebnis und Eigenkapital verstehen sich exklusive nicht beherrschender Anteile.

2 Werte per 30. September 2017, da UNIQA als börsennotiertes Unternehmen ihren Konzernabschluss 2017 noch nicht veröffentlicht hat; der Marktwert der gehaltenen Anteile zum Börsenkurs am Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 belief sich auf € 296.318 Tausend (2016: € 241.892 Tausend).

POSO: Posojilnica Bank eGen, Klagenfurt (AT)

PSS: Prva stavebna sporitelna a.s., Bratislava (SK)

RIZ: Raiffeisen Informatik GmbH, Wien (AT)

UNIQA: UNIQA Insurance Group AG, Wien (AT)

(21) Immaterielle Vermögenswerte

in € Tausend	2017	2016
Software	594.035	531.127
Firmenwerte	95.877	39.587
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	31.023	27.688
davon Marke	7.862	9.272
davon Kundenbeziehungen	12.906	17.199
Gesamt	720.935	598.402

Software

Die Position Software enthält zugekaufte Software in Höhe von € 454.928 Tausend (2016: € 416.656 Tausend) sowie selbst erstellte Software in Höhe von € 139.106 Tausend (2016: € 114.471 Tausend).

Firmenwerte

Der Buchwert der Firmenwerte sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen von Firmenwerten haben sich nach Zahlungsmittel generierenden Einheiten wie nachstehend dargestellt entwickelt. Die Erhöhung der Firmenwerte resultierte aus der Verschmelzung der RZB AG mit der RBI AG und betrifft die Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H. (RKAG), Wien.

Entwicklung der Firmenwerte

2017 in € Tausend	RBCZ	RKAG	Andere	Gesamt
Stand 31.12.2016	37.884	0	1.704	39.587
Verschmelzungseffekt	0	53.728	358	54.085
Stand 1.1.	37.884	53.728	2.061	93.673
Zugänge	0	0	0	0
Wertminderungen	0	0	0	0
Wechselkursänderungen	2.205	0	0	2.205
Stand 31.12.	40.088	53.728	2.061	95.877
Bruttobetrag	40.088	53.728	545.928	639.744
Kumulierte Wertminderungen ¹	0	0	- 543.867	- 543.867

¹ Umgerechnet zum Durchschnittskurs

RBCZ: Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)

RKAG: Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)

2016 in € Tausend	RBCZ	Andere	Gesamt
Stand 1.1.	37.881	1.704	39.585
Zugänge	0	2.431	2.431
Wertminderungen	0	- 2.431	- 2.431
Wechselkursänderungen	3	0	3
Stand 31.12.	37.884	1.704	39.587
Bruttobetrag	37.884	529.069	566.953
Kumulierte Wertminderungen ¹	0	- 527.366	- 527.366

¹ Umgerechnet zum Durchschnittskurs

RBCZ: Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)

Werthaltigkeitsprüfung des Firmenwerts

Die Firmenwerte werden am Ende jedes Geschäftsjahres auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft, indem der erzielbare Betrag jeder Zahlungsmittel generierenden Einheit, die einen Firmenwert ausweist, mit deren Buchwert verglichen wird. Der Buchwert entspricht dem Nettovermögen unter Berücksichtigung des Firmenwerts sowie sonstiger immaterieller Vermögenswerte, die im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen erfasst worden sind. Im Einklang mit IAS 36 werden darüber hinaus Firmenwerte auch unterjährig auf Werthaltigkeit überprüft, falls ein Wertminderungsgrund vorliegt.

Erzielbarer Betrag

Im Zuge der Werthaltigkeitsprüfung werden die Buchwerte jeder Zahlungsmittel generierenden Einheit (ZGE) mit dem jeweiligen erzielbaren Betrag verglichen. Liegt der erzielbare Betrag einer ZGE unter ihrem Buchwert, so ergibt sich eine Wertminderung in Höhe der Differenz, die in weiterer Folge in der Erfolgsrechnung im sonstigen betrieblichen Ergebnis zu erfassen ist.

Der Konzern ermittelt grundsätzlich den erzielbaren Betrag der ZGE auf Grundlage des Nutzungswert-Konzepts (Value in Use) und verwendet dafür das Dividend-Discount-Modell. Das Dividend-Discount-Modell berücksichtigt in geeigneter Weise die spezifischen Besonderheiten des Bankgeschäfts, unter anderem im Hinblick auf die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelvorschriften. Der Barwert der erwarteten zukünftigen Dividenden, die nach Einhaltung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden können, repräsentiert den erzielbaren Betrag.

Die Berechnung des erzielbaren Betrags erfolgt auf Grundlage eines fünfjährigen Detailplanungszeitraums. Der nachhaltigen Zukunft (Verstetigungsphase) liegt die Prämisse eines zeitlich unbefristeten Fortbestands (ewige Rente) zugrunde, wobei in der Mehrzahl der Fälle länderspezifisch bestimmte nominelle Wachstumsraten für die bewertungsrelevanten Erträge unterstellt sind, die sich an der nachhaltig erwarteten Inflationsrate orientieren. Für Unternehmen, die eine deutliche Überkapitalisierung aufweisen, wird eine Interimsphase von fünf Jahren definiert, ohne jedoch die Detailplanungsphase zu verlängern. Innerhalb dieser Zeitspanne ist es bei diesen ZGE möglich, Vollausschüttungen vorzunehmen, ohne die Eigenmittelvorschriften zu verletzen. In der Verstetigungsphase sind zwingend wachstumsbedingte Ergebnisthesaurierungen zur Einhaltung der Eigenmittelvorschriften geboten. Liegt dagegen die Annahme eines Null-Wachstums in der Verstetigungsphase zugrunde, ist keine Ergebnisthesaurierung notwendig.

In der Verstetigungsphase geht das Modell von einer normalisierten, wirtschaftlich nachhaltigen Ertragslage aus, wobei hinsichtlich der Eigenkapitalverzinsung und den Eigenkapitalkosten eine Annäherung zugrunde liegt (Konvergenzannahme).

Wesentliche Annahmen

Wesentliche Annahmen, die für die einzelnen Zahlungsmittel generierenden Einheiten verwendet wurden:

2017		RBCZ	RKAG
Zahlungsmittel generierende Einheiten			
Diskontierungszinssätze (nach Steuern)		10,6-11,9%	8,4-10,4%
Wachstumsraten in Phase I und II		1,6%	0,2%
Wachstumsraten in Phase III		3,5%	2,0%
Planungshorizont		5 Jahre	5 Jahre

RBCZ: Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)

RKAG: Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)

2016		RBCZ
Zahlungsmittel generierende Einheiten		
Diskontierungszinssätze (nach Steuern)		9,8-10,9%
Wachstumsraten in Phase I und II		33,0%
Wachstumsraten in Phase III		3,0%
Planungshorizont		5 Jahre

RBCZ: Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)

Der Nutzungswert einer Zahlungsmittel generierenden Einheit hängt von zahlreichen Parametern ab: primär von der Höhe und dem Verlauf der zukünftigen Dividenden, vom Diskontierungszinssatz sowie von der nominellen Wachstumsrate in der Verstetigungsphase. Die angewendeten Diskontierungszinssätze wurden in Anlehnung an das Capital-Asset-Pricing-Modell ermittelt: Sie setzen sich aus einem risikolosen Zinssatz sowie einem Risikozuschlag für die Übernahme unternehmerischen Risikos zusammen. Dieser Risikozuschlag errechnet sich als Produkt der nach dem Sitzland der Einheit unterschiedlichen Marktrisikoprämie mit dem Betafaktor für das verschuldete Unternehmen. Die Werte für den risikolosen Zinssatz und die Marktrisikoprämie sind allgemein zugänglichen Marktdatenquellen entnommen. Das Risikomaß Betafaktor wurde aus einer Vergleichsgruppe von in West- und Osteuropa tätigen Kreditinstituten ermittelt. Da die vorhin angeführten Zinssatzparameter Einschätzungen des Marktes repräsentieren, sind sie nicht stabil und könnten bei einer Veränderung auch die Höhe der Abzinsungsfaktoren beeinflussen.

Die folgende Tabelle enthält eine Zusammenfassung der wesentlichen Planungsannahmen sowie eine Beschreibung des Managementansatzes zur Bestimmung der zu jeder wesentlichen Annahme zugewiesenen Werte unter Berücksichtigung einer Risikoeinschätzung.

Zahlungsmittel generierende Einheit	Wesentliche Annahme	Managementansatz	Risikoeinschätzung
RBCZ	Die Tschechische Republik ist ein Kernmarkt der Gruppe, in dem selektives Wachstum angestrebt wird. Ergebnisverbesserung durch verstärkte Nutzung alternativer Vertriebskanäle und zusätzliche Beratungsdienstleistungen. Stabile Kostenentwicklung wird angenommen.	Die Annahmen beruhen sowohl auf internen als auch auf externen Quellen. Makroökonomische Annahmen der Researchabteilung wurden mit externen Datenquellen verglichen, und die 5-Jahres-Pläne wurden dem Vorstand präsentiert und vom Aufsichtsrat genehmigt.	Mögliche negative Auswirkungen durch veränderte lokale Kapitalanforderungen. Druck auf Zinsspannen durch stärkere Konkurrenz.
RKAG	RKAG ist mit einem verwalteten Konzernvolumen von € 32,9 Milliarden (Stand Ende 2017) und einem Marktanteil von 17,5 Prozent eine der führenden nationalen Fondsgesellschaften. Über den Heimatmarkt hinaus ist RKAG seit Jahren auch auf internationaler Ebene sehr aktiv und in zahlreichen Ländern Europas als anerkannter Player etabliert.	Die Annahmen der Planung beruhen sowohl auf internen als auch auf externen Quellen. Makroökonomische Annahmen wurden mit externen Datenquellen verglichen und die 5-Jahrespläne wurden der Geschäftsführung präsentiert. Überdies wurde die Planung vom Aufsichtsrat genehmigt.	Mögliche Abschwächung des makroökonomischen Umfelds. Druck auf Provisionsertrag durch aggressivere Marktteilnehmer ist nicht auszuschließen.

RBCZ: Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)

RKAG: Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)

Sensitivitätsanalyse

Um die Stabilität der Ergebnisse der Werthaltigkeitsprüfung der Firmenwerte zu testen, wurde basierend auf den oben angeführten Prämissen eine Sensitivitätsanalyse vorgenommen. Aus mehreren Möglichkeiten wurden für diese Analyse die Eigenkapitalkosten und die Verminderung der Wachstumsrate als relevante Parameter ausgewählt. Die nachstehend angeführte Übersicht veranschaulicht, um welches Ausmaß sich der Eigenkapitalkostensatz erhöhen bzw. die nachhaltige Wachstumsrate verringern

könnten, ohne dass der Nutzungswert (Value in Use) der Zahlungsmittel generierenden Einheiten unter den jeweiligen Buchwert (Eigenkapital zuzüglich Firmenwert) absinkt.

2017		
Maximale Sensitivität¹	RBCZ	RKAG
Erhöhung des Diskontsatzes	0,4 PP	1,7 PP
Verminderung der Wachstumsrate in Phase III	0,0 PP	0,5 PP

RBCZ: Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)
RKAG: Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)

2016		RBCZ
Maximale Sensitivität¹		
Erhöhung des Diskontsatzes		4,7 PP
Verminderung der Wachstumsrate in Phase III		0,0 PP

¹ Die jeweilige maximale Sensitivität bezieht sich auf die Veränderung der ewigen Rente.
RBCZ: Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)

Marke

Unternehmen des Konzerns verwenden zur Unterscheidung ihrer Dienstleistungen von Mitbewerbern Warenzeichen (Marken). Gemäß IFRS 3 werden Marken erworbener Unternehmen gesondert unter dem Bilanzposten Immaterielle Vermögenswerte bilanziert. Es wurde eine unbegrenzte Nutzungsdauer angenommen, sodass keine planmäßige Abschreibung erfolgt. Die Marken werden jährlich im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung der Firmenwerte für jede Zahlungsmittel generierende Einheit und zusätzlich immer dann, wenn Indikatoren für eine Wertminderung vorliegen, auf Werthaltigkeit getestet.

Der Konzern hat ausschließlich bei der Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew, Markenrechte aktiviert. Der Buchwert der Marke sowie der Bruttobetrag und die kumulierte Wertminderung der Marke entwickelten sich im Geschäftsjahr wie folgt:

2017		
in € Tausend	AVAL	Gesamt
Stand 1.1.	9.272	9.272
Wertminderungen ¹	0	0
Währungsdifferenzen	- 1.410	- 1.410
Stand 31.12.	7.862	7.862
Bruttobetrag	21.841	21.841
Kumulierte Wertminderungen ²	- 13.978	- 13.978

¹ Umgerechnet zum Durchschnittskurs
² Umgerechnet zum Stichtagskurs
AVAL: Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (UA)

2016			
in € Tausend	AVAL	RBPL	Gesamt
Stand 1.1.	10.109	26.548	36.657
Wertminderungen ¹	0	- 26.133	- 26.133
Währungsdifferenzen	- 837	- 416	- 1.252
Stand 31.12.	9.272	0	9.272
Bruttobetrag	25.757	45.348	71.106
Kumulierte Wertminderungen ²	- 16.485	- 45.348	- 61.833

¹ Umgerechnet zum Durchschnittskurs
² Umgerechnet zum Stichtagskurs
AVAL: Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (UA)
RBPL: Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau (PL)

Gemäß IAS 36.9 hat ein Unternehmen an jedem Abschlussstichtag einzuschätzen, ob ein Anhaltspunkt dafür vorliegt, dass ein Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Diese Schätzungen basieren auf einer Liste von externen und internen Indikatoren.

Der Wert der Marke der Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew, wurde mithilfe eines kostenorientierten Bewertungsverfahrens (Comparable Historical Cost Approach) ermittelt, da zum Zeitpunkt der Kaufpreisallokation weder unmittelbar vergleichbare Transaktionen noch ein Markt mit beobachtbaren Preisen vorlagen. Als Datenbasis für das kostenorientierte Bewertungsverfahren wurde die Dokumentation der Aufwendungen der letzten Jahre für Marketing im Zusammenhang mit den Marken der Gruppe herangezogen. Die im Jahr 2017 vorgenommene Werthaltigkeitsprüfung führte zu keiner Wertminderung.

Kundenbeziehungen

Werden im Zuge eines Unternehmenszusammenschlusses Kundenverträge und die damit in Beziehung stehenden Kundenbeziehungen erworben, werden diese getrennt vom Firmenwert bilanziert, wenn sie auf vertraglichen oder sonstigen Rechten beruhen. Die erworbenen Unternehmen erfüllen die Kriterien für die getrennte Bilanzierung von nicht vertraglichen Kundenbeziehungen für bestehende Kunden. Die Wertermittlung des Kundenstocks erfolgt mithilfe der Residualmethode (Multi-Period Excess Earnings Method) auf Basis zukünftiger Erträge und Aufwendungen, die dem Kundenstock zugeordnet werden können. Die Prognose basiert auf Planungsrechnungen für die entsprechenden Jahre.

Der Konzern hat bei der Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew, bei der Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau, und bei der Raiffeisenbank a.s., Prag, Kundenbeziehungen aktiviert. Die Buchwerte der Kundenbeziehungen sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen der Kundenbeziehungen entwickelten sich im Geschäftsjahr wie folgt:

2017 in € Tausend	AVAL	RBPL	RBCZ	Gesamt
Stand 1.1.	5.049	3.811	8.339	17.199
Zugänge	0	0	0	0
Abschreibungen	- 707	- 1.398	- 2.066	- 4.171
Wertminderungen ¹	0	0	0	0
Währungsdifferenzen	- 768	213	434	- 121
Stand 31.12.	3.574	2.626	6.707	12.906
Bruttobetrag	14.133	16.854	10.589	41.576
Kumulierte Wertminderungen ²	- 10.559	- 14.229	- 3.883	- 28.670

1 Umgerechnet zum Durchschnittskurs

2 Umgerechnet zum Stichtagskurs

AVAL: Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (UA)

RBCZ: Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)

RBPL: Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau (PL)

2016 in € Tausend	AVAL	RBPL	RBCZ	Gesamt
Stand 1.1.	6.413	6.230	0	12.643
Zugänge	0	0	9.994	9.994
Abschreibungen	- 833	- 2.212	- 1.674	- 4.720
Wertminderungen ¹	0	0	0	0
Währungsdifferenzen	- 531	- 207	20	- 718
Stand 31.12.	5.049	3.811	8.339	17.199
Bruttobetrag	18.311	15.963	10.007	44.280
Kumulierte Wertminderungen ²	- 13.262	- 12.152	- 1.668	- 27.082

1 Umgerechnet zum Durchschnittskurs

2 Umgerechnet zum Stichtagskurs

AVAL: Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (UA)

RBCZ: Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)

RBPL: Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau (PL)

Der Werthaltigkeitstest der Kundenbeziehungen der Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau, der Raiffeisenbank a.s., Prag, und der Raiffeisenbank Aval JSC, Kiew, hat im Jahr 2017 keinen Wertminderungsbedarf identifiziert.

(22) Sachanlagen

in € Tausend	2017	2016
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	584.896	480.713
Sonstige Grundstücke und Gebäude (Investment Property)	372.833	451.311
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Sachanlagen	253.740	236.624
Vermietete Leasinganlagen	328.726	224.710
Gesamt	1.540.194	1.393.358

Der Marktwert der sonstigen Grundstücke und Gebäude (Investment Property) beträgt € 429.646 Tausend (2016: € 454.745 Tausend).

Details zu vermieteten Leasinganlagen finden sich unter Punkt (45) Operating Leasing.

(23) Anlagenspiegel

in € Tausend	Anschaffungs-/Herstellungskosten						Stand 31.12.2017
	Stand 1.1.2017	Änderung Konsolidie- rungskreis	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	
Immaterielle Vermögenswerte	2.273.704	150.899	-21.814	201.833	-106.803	-7.598	2.490.221
Firmenwerte	566.953	103.368	-22.830	0	-7.747	0	639.744
Software	1.576.479	26.564	488	197.301	-50.096	-7.681	1.743.055
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	130.272	20.967	528	4.532	-48.960	83	107.422
Sachanlagen	2.595.296	474.777	-38.805	208.347	-246.979	7.598	3.000.234
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	755.076	265.805	-19.608	27.772	-28.979	-160	999.906
Sonstige Grundstücke und Gebäude	537.049	14.474	-5.068	19.985	-68.611	-320	497.509
davon Grundwert der bebauten Grundstücke	8.491	108	-374	2.638	-14	0	10.849
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Sachanlagen	970.362	14.817	-17.199	96.137	-98.557	7.448	973.008
Vermietete Leasinganlagen	332.809	179.681	3.069	64.453	-50.832	630	529.811
Gesamt	4.869.000	625.676	-60.619	410.180	-353.782	0	5.490.455

in € Tausend	Zu- und Abschreibungen/Wertberichtigungen			Buchwert Stand 31.12.2017
	Kumuliert	davon Zuschreibungen	davon Abschreibungen	
Immaterielle Vermögenswerte	-1.769.286	0	-147.344	720.935
Firmenwerte	-543.867	0	0	95.877
Software	-1.149.020	0	-140.829	594.035
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	-76.399	0	-6.515	31.023
Sachanlagen	-1.460.040	12.898	-181.032	1.540.194
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	-415.010	219	-37.176	584.896
Sonstige Grundstücke und Gebäude	-124.676	12.314	-36.677	372.833
davon Grundwert der bebauten Grundstücke	-510	0	0	10.339
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Sachanlagen	-719.268	112	-75.156	253.740
Vermietete Leasinganlagen	-201.085	253	-32.023	328.726
Gesamt	-3.229.326	12.898	-328.376	2.261.129

in € Tausend	Anschaffungs-/Herstellungskosten						Stand 31.12.2016
	Stand 1.1.2016	Änderung Konsolidie- rungskreis	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	
Immaterielle Vermögenswerte	2.193.865	-38.253	43.904	159.463	-84.791	-484	2.273.704
Firmenwerte	554.302	-12.162	22.382	2.431	0	0	566.953
Software	1.515.157	-25.163	27.621	146.733	-84.076	-3.793	1.576.479
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	124.406	-928	-6.099	10.299	-715	3.309	130.272
Sachanlagen	2.690.011	-132.601	58.432	224.113	-245.143	484	2.595.296
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	753.778	-16.436	29.568	33.021	-46.052	1.197	755.076
Sonstige Grundstücke und Gebäude	546.627	-2.055	6.730	14.075	-28.813	485	537.049
davon Grundwert der bebauten Grundstücke	11.449	0	-230	0	-2.728	0	8.491
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Sachanlagen	967.604	-21.191	23.932	89.914	-90.441	544	970.362
Vermietete Leasinganlagen	422.002	-92.919	-1.799	87.103	-79.837	-1.741	332.809
Gesamt	4.883.876	-170.854	102.336	383.576	-329.934	0	4.869.000

in € Tausend	Zu- und Abschreibungen/Wertberichtigungen			Buchwert
	Kumuliert	davon Zuschreibungen	davon Abschreibungen	Stand 31.12.2016
Immaterielle Vermögenswerte	- 1.675.302	393	- 177.478	598.402
Firmenwerte	- 527.366	0	- 2.431	39.587
Software	- 1.045.352	172	- 143.604	531.127
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	- 102.584	221	- 31.443	27.688
Sachanlagen	- 1.201.938	858	- 153.546	1.393.358
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	- 274.363	0	- 33.808	480.713
Sonstige Grundstücke und Gebäude	- 85.738	83	- 13.456	451.311
davon Grundwert der bebauten Grundstücke	- 518	0	- 33	7.973
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Sachanlagen	- 733.738	632	- 75.619	236.624
Vermietete Leasinganlagen	- 108.099	143	- 30.663	224.710
Gesamt	- 2.877.240	1.251	- 331.023	1.991.760

In Bulgarien ergaben sich im Geschäftsjahr Einzelinvestitionen (Gebäude), die einen Investitionswert von € 10.000 Tausend überschritten. Im Vorjahr waren keine solchen Einzelinvestitionen vorgelegen.

(24) Sonstige Aktiva

in € Tausend	2017	2016
Steuerforderungen	303.517	211.318
Laufende Steuerforderungen	189.204	69.646
Latente Steuerforderungen	114.313	141.671
Forderungen aus bankfremden Tätigkeiten	95.858	57.679
Rechnungsabgrenzungsposten	126.126	129.482
Wertpapier- und Zahlungsverkehrsabwicklung	377.549	325.454
Zu Leasingzwecken bestimmte Vermögenswerte	35.831	40.782
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte (IFRS 5)	123.169	28.826
Vorräte	118.832	64.726
Bewertung Fair-Value-Hedge-Portfolio	74.604	37.699
Übrige Aktiva	576.396	220.595
Gesamt	1.831.881	1.116.561

Anwendung IFRS 5

Die Position Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte (IFRS 5) beinhaltet zum Bilanzstichtag im Wesentlichen die Raiffeisen Pension Insurance d.d., Zagreb, in Höhe von € 61.622 Tausend sowie ein Objekt im Besitz des Raiffeisen Immobilienfonds, Wien, in Höhe von € 49.745 Tausend.

Latente Steuern

in € Tausend	2017	2016
Latente Steuerforderungen	114.313	141.671
Rückstellungen für latente Steuern	- 63.315	- 57.345
Saldo latenter Steuern	50.999	84.326

Der Saldo latenter Steuern stammt aus folgenden Posten:

in € Tausend	2017	2016
Forderungen an Kunden	47.787	28.999
Kreditrisikovorsorgen	111.578	115.813
Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	11.751	7.084
Sonstige Aktiva	18.027	15.485
Rückstellungen	68.298	56.869
Handelsspassiva	27.133	67.180
Sonstige Passiva	179.832	359.378
Steuerliche Verlustvorträge	7.150	24.047
Übrige Bilanzposten	203.380	119.415
Latente Steueransprüche	674.936	794.269
Forderungen an Kreditinstitute	14.026	10.331
Forderungen an Kunden	43.709	34.488
Kreditrisikovorsorgen	75.219	49.832
Handelsspassiva	39.117	42.474
Wertpapiere und Beteiligungen	14.970	0
Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	80.156	77.310
Sonstige Aktiva	281.387	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2	10
Rückstellungen	903	23
Sonstige Passiva	4.443	4.860
Übrige Bilanzposten	70.005	490.616
Latente Steuerverpflichtungen	623.937	709.943
Saldo latenter Steuern	50.999	84.326

Im Konzernabschluss sind aktivierte Vorteile in Höhe von € 7.150 Tausend (2016: € 24.047 Tausend) aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen enthalten. Die Verlustvorträge sind zum überwiegenden Teil zeitlich unbegrenzt vortragsfähig. Aktive latente Steuern aus steuerlichen Verlustvorträgen in Höhe von € 574.185 Tausend (2016: € 347.016 Tausend) wurden nicht aktiviert, weil ihre Nutzung aus heutiger Sicht in angemessener Zeit nicht realisierbar erscheint.

(25) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in € Tausend	2017	2016
Giro- und Clearinggeschäft	11.249.519	4.008.410
Geldmarktgeschäft	6.401.010	5.241.580
Langfristige Finanzierungen	4.640.902	3.566.485
Gesamt	22.291.431	12.816.475

Der Anstieg im Giro- und Clearinggeschäft war im Wesentlichen auf die Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten stammten überwiegend aus Instituten der Raiffeisen Bankengruppe, deren Spitzeninstitut nach der Verschmelzung mit der RZB AG nunmehr die RBI AG ist.

Der Konzern refinanziert sich regelmäßig bei internationalen Geschäftsbanken und multinationalen Entwicklungsbanken, in deren Kreditverträgen geschäftsübliche Ownership Clauses enthalten sind. Diese Klauseln erlauben den Vertragspartnern eine außerordentliche Kündigung bei einem Wechsel der Kontrolle über die RBI AG. Dies kann zu erhöhten Refinanzierungskosten im Konzern führen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stellen sich nach regionalen Aspekten (Sitz des Vertragspartners) wie folgt dar:

in € Tausend	2017	2016
Inland	14.749.013	5.164.540
Ausland	7.542.418	7.651.934
Gesamt	22.291.431	12.816.475

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verteilen sich auf folgende Banksegmente:

in € Tausend	2017	2016
Zentralbanken	1.857.385	1.081.913
Geschäftsbanken	19.506.475	10.606.026
Multilaterale Entwicklungsbanken	927.570	1.128.536
Gesamt	22.291.431	12.816.475

(26) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in € Tausend	2017	2016
Sichteinlagen	50.414.380	44.461.093
Termineinlagen	23.124.190	23.344.880
Spareinlagen	11.292.870	3.732.254
Gesamt	84.831.440	71.538.226

Der Anstieg der Spareinlagen resultierte aus den Kundeneinlagen der im Zuge der Verschmelzung von der RZB AG in die RBI AG eingebrachten Raiffeisen Bausparkassen-Gruppe.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden teilen sich wie folgt auf:

in € Tausend	2017	2016
Öffentlicher Sektor	2.024.243	1.464.965
Firmenkunden - Große Firmenkunden	29.519.684	28.560.874
Firmenkunden - Mittlere Firmenkunden	3.176.446	2.983.553
Retail-Kunden - Privatpersonen	43.333.820	32.579.753
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	6.777.247	5.949.082
Gesamt	84.831.440	71.538.226

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stellen sich nach regionalen Aspekten (Sitz des Vertragspartners) wie folgt dar:

in € Tausend	2017	2016
Inland	13.286.335	6.415.736
Ausland	71.545.105	65.122.490
Gesamt	84.831.440	71.538.226

(27) Verbriefte Verbindlichkeiten

in € Tausend	2017	2016
Begebene Schuldverschreibungen	5.867.674	6.604.140
Begebene Geldmarktpapiere	0	38.995
Sonstige verbiefte Verbindlichkeiten	17.463	1.992
Gesamt	5.885.137	6.645.127

In der folgenden Tabelle werden die wesentlichen begebenen Schuldverschreibungen angegeben:

Emittent	ISIN	Typ	Währung	Nominale in € Tausend	Kupon	Fälligkeit
RBI AG	XS0989620694	Senior öffentliche Platzierung	EUR	500.000	1,9%	8.11.2018
RBCZ	XS1132335248	Senior öffentliche Platzierung	CZK	315.585	0,8%	5.11.2019
TBSK	SK4120011016	Senior Privatplatzierung	EUR	250.000	6M EURIBOR + 0,5 %	19.8.2020

(28) Rückstellungen

in € Tausend	Stand 1.1.2017	Änderung Konsolidie- rungskreis	Zu- führungen	Auflösungen	Verbrauch	Umbuchungen, Währungs- differenzen	Stand 31.12.2017
Abfertigungen und Ähnliches	84.523	32.882	6.344	- 1.612	- 6.129	- 10	115.998
Pensionen	28.545	60.077	1.427	- 6.997	- 1.488	- 14	81.549
Steuern	129.731	32.656	132.304	- 30.208	- 120.685	- 5.804	137.993
Laufende	72.386	1.646	123.426	- 2.676	- 120.547	444	74.678
Latente	57.345	31.010	8.878	- 27.532	- 138	- 6.248	63.315
Garantien und Bürgschaften	123.233	22.277	69.860	- 66.285	- 8.356	- 22.005	118.723
Offene Rechtsfälle	84.914	20.644	48.255	- 19.022	- 5.412	- 283	129.096
Unverbraucher Urlaub	43.473	5.756	13.363	- 8.854	- 1.055	- 1.047	51.637
Bonuszahlungen	147.294	4.874	133.780	- 17.106	- 96.065	- 3.540	169.236
Restrukturierung	14.231	- 1.021	45.286	- 30.623	- 9.797	- 156	17.920
Rückstellungen für bankgeschäftliche Belastungen aus staatlichen Maßnahmen	14.503	0	0	- 13.440	- 836	- 227	0
Sonstige	85.806	107.946	110.389	- 54.619	- 74.921	13.657	188.258
Gesamt	756.252	286.090	561.007	- 248.768	- 324.743	- 19.429	1.010.410

Die Position Abfertigungen und Ähnliches enthält Vorsorgen für Jubiläumsgelder und andere Leistungen in Höhe von € 33.009 Tausend (2016: € 25.979 Tausend) und Verpflichtungen aus anderen Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses im Sinn von IAS 19 in Höhe von € 82.988 Tausend (2016: € 58.544 Tausend).

Die Veränderung der Rückstellungen für bankgeschäftliche Belastungen aus staatlichen Maßnahmen war im Wesentlichen auf eine Auflösung im Zusammenhang mit dem so genannten Walkaway Law in Rumänien zurückzuführen.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen die Vorsorgen im Zusammenhang mit dem Bankenabwicklungsfonds und den Bankenabgaben.

Der Konzern ist in Rechtsstreitigkeiten verwickelt, die sich im Rahmen der Ausübung von Bankgeschäften ergeben, erwartet jedoch nicht, dass diese Rechtsfälle die Finanzlage des Konzerns erheblich beeinträchtigen. Zum Bilanzstichtag beliefen sich die Rückstellungen für offene Rechtsfälle konzernweit auf € 129.096 Tausend (2016: € 84.914 Tausend). Nennenswerte Einzelfälle, die eine Rückstellung in Höhe von € 10.000 Tausend überschreiten, gab es 2017 und 2016 lediglich in Österreich und der Slowakei:

- Rechtliche Schritte mit einem Streitwert von € 25.000 Tausend wurden gegen die RBI AG im Zusammenhang mit der vorzeitigen Rückzahlung einer isländischen Verbindlichkeit eingeleitet.
- In der Slowakei erhob ein Kunde eine Klage mit einem Streitwert von rund € 71.150 Tausend gegen die Tatra banka a.s., Bratislava. Gegenstand des Verfahrens sind vereinbarte Kreditlinien und ein behaupteter Vertragsbruch der Tatra banka a.s. aufgrund der Nichtdurchführung von Aufträgen im Zahlungsverkehr und der Nicht-Verlängerung von Kreditlinien, die schlussendlich zur Beendigung der Geschäftsaktivitäten des Kunden geführt haben sollen. Im Dezember 2017 erhob der Kunde in diesem Zusammenhang eine weitere Klage auf Schadenersatz und entgangenen Gewinn mit einem Streitwert von € 50.459 Tausend. Der gesamte Streitwert beläuft sich nunmehr auf € 121.609 Tausend.
- Eine damit in engem Zusammenhang stehende weitere Klage über € 127.063 Tausend wurde von einem zyprischen Kläger eingebracht, der den zugrunde liegenden Anspruch von einem Aktionär der Holdinggesellschaft des zuvor genannten slowakischen Kunden erworben hat.

Verpflichtungen für Pensionen und aus anderen Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Die leistungsorientierten Pensionspläne und andere Vorsorgeleistungen stellen sich wie folgt dar:

- Leistungsorientierte Pensionspläne in Österreich und in anderen Ländern
- Andere Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Österreich und anderen Ländern
- Diese leistungsorientierten Pensionspläne und sonstigen Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses setzen den Konzern versicherungstechnischen Risiken wie dem Langlebigerisiko, dem Währungsrisiko, dem Zinsrisiko und dem Marktrisiko (Investitionsrisiko) aus.

Finanzierung

Bei den Pensionen bestehen unterschiedliche Pläne: nicht über einen Fonds finanzierte, teilweise über einen Fonds finanzierte und zur Gänze über einen Fonds finanzierte. Die teilweise und die zur Gänze über einen Fonds finanzierten Pensionspläne werden durchwegs über die Valida Pension AG veranlagt. Die Valida Pension AG ist eine Pensionskasse und unterliegt im Besonderen den Bestimmungen des Pensionskassengesetzes (PKG) und des Betriebspensionsgesetzes (BPG).

Der Konzern erwartet für 2018 eine Beitragszahlung zu den leistungsorientierten Plänen in Höhe von € 371 Tausend. Im Geschäftsjahr 2017 betrug der Beitrag zum Planvermögen für leistungsorientierte Pläne € 287 Tausend.

Pensionsverpflichtungen/leistungsorientierte Pläne

Finanzierungsstatus

in € Tausend	2017	2016
Barwert der Verpflichtungen (DBO)	132.706	42.748
Zeitwert des Planvermögens	- 51.156	- 14.203
Nettoschulden/Nettovermögen	81.549	28.545

Die leistungsorientierten Verpflichtungen entwickelten sich wie folgt:

in € Tausend	2017	2016
Barwert der Verpflichtungen 1.1.	42.748	44.143
Änderung Konsolidierungskreis	96.294	0
Laufender Dienstzeitaufwand	1.268	450
Zinsaufwand	2.137	868
Zahlungen	- 5.341	- 1.179
Verlust/Gewinn aus nachzuerrechnendem Dienstzeitaufwand	- 1.675	0
Nettoübertragungen	- 557	- 6
Neubewertungen	- 2.168	- 1.528
Barwert der Verpflichtungen 31.12.	132.706	42.748

Das Planvermögen entwickelte sich wie folgt:

in € Tausend	2017	2016
Planvermögen 1.1.	14.203	13.762
Änderung Konsolidierungskreis	36.367	0
Zinsertrag	790	273
Beiträge zum Planvermögen	681	332
Zahlungen aus dem Planvermögen	- 2.369	- 271
Nettoübertragungen	- 449	- 177
Ergebnis aus dem Planvermögen exklusive Zinsertrag	1.933	284
Planvermögen 31.12.	51.156	14.203

Die Rendite auf das Planvermögen betrug 2017 € 1.847 Tausend (2016: € 548 Tausend). Der Marktwert aller bilanzierten Rückerstattungsrechte belief sich zum Jahresende 2017 auf € 14.350 Tausend (2016: € 15.200 Tausend).

Struktur des Planvermögens

Das Planvermögen setzte sich wie folgt zusammen:

in Prozent	2017	2016
Schuldverschreibungen	39	40
Aktien	35	35
Alternative Investment-Instrumente	4	3
Immobilien	5	5
Bargeld	18	17
Gesamt	100	100
davon eigene Finanzinstrumente	0	0

Im Berichtsjahr wurden die meisten Instrumente des Planvermögens auf einem aktiven Markt gehandelt, weniger als 10 Prozent waren nicht auf einem aktiven Markt notiert.

Asset-Liability-Matching

In der Valida Pension AG ist ein Asset-/Risikomanagement-Prozess (ARM-Prozess) installiert. Gemäß diesem Prozess wird einmal im Jahr ausgehend von der passivseitigen Struktur der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften (VRG), die sich wiederum aus der Bilanz ergibt, die Risikotragfähigkeit jeder VRG evaluiert. Von dieser Risikotragfähigkeit wird die Veranlagungsstruktur der VRG abgeleitet. Bei der Definition der Veranlagungsstruktur werden auch definierte und dokumentierte Wünsche des Kunden mit berücksichtigt.

Die definierte Veranlagungsstruktur wird in VRG 60 und VRG 7, in denen die rückgestellten Beträge der RBI veranlagt werden, mit einem Konzept-Investment umgesetzt. Dies bedeutet, dass die Gewichtung von vordefinierten Asset-Klassen im Rahmen von Bandbreiten nach objektiven Kriterien erfolgt, die sich aus Markttrends ableiten lassen. In Stressphasen wird zudem eine Absicherung der Aktienkomponente vorgenommen.

Versicherungsmathematische Annahmen

Die folgende Tabelle zeigt die der Berechnung der leistungsorientierten Nettoverpflichtung zugrunde gelegten versicherungsmathematischen Annahmen:

in Prozent	2017	2016
Diskontierungszinssatz	1,7	1,6
Steigerungssatz für Pensionsbemessungsgrundlagen	2,7	2,7
Steigerungssatz für künftige Pensionen	1,2	1,2

Die folgende Tabelle zeigt die der Berechnung der leistungsorientierten Nettoverpflichtung zugrunde gelegte Lebenserwartung:

Jahre	2017	2016
Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren - Männer	21,2	21,1
Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren - Frauen	23,7	23,6
Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren für 45-jährige Männer	24,7	24,6
Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren für 45-jährige Frauen	26,9	26,8

Die gewichtete Duration der Nettopensionsverpflichtung betrug 12,6 Jahre (2016: 15,1 Jahre).

Sensitivitätsanalyse

Tritt bei einer der relevanten versicherungsmathematischen Annahmen eine Änderung ein, während die anderen Annahmen konstant bleiben, würden sich die Vorsorgeverpflichtungen zum Bilanzstichtag wie folgt verändern:

in € Tausend	2017		2016	
	Zunahme	Abnahme	Zunahme	Abnahme
Diskontierungszinssatz (1 Prozent Veränderung)	- 13.017	15.742	- 5.543	6.894
Künftige Gehaltssteigerung (0,5 Prozent Veränderung)	700	- 651	433	- 414
Künftige Pensionssteigerung (0,25 Prozent Veränderung)	3.563	- 3.378	1.380	- 1.320
Verbleibende Lebenserwartung (Veränderung 1 Jahr)	7.869	- 8.411	1.714	- 1.896

Obwohl die Analyse die vollständige Verteilung der Zahlungsströme im Rahmen des Plans nicht berücksichtigt, ermöglicht diese Darstellung zumindest eine Annäherung.

Verpflichtungen aus anderen Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Die anderen Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses entwickelten sich wie folgt:

in € Tausend	2017	2016
Barwert der Verpflichtungen 1.1.	58.544	63.458
Änderung Konsolidierungskreis	23.907	- 8.093
Laufender Dienstzeitaufwand	5.417	4.122
Zinsaufwand	1.367	1.182
Zahlungen	- 4.311	- 2.366
Verlust/Gewinn aus nachzuerrechnendem Dienstzeitaufwand	182	- 176
Übertragungen	34	1.505
Neubewertungen	- 2.152	- 1.088
Barwert der Verpflichtungen 31.12.	82.988	58.544

Versicherungsmathematische Annahmen

Die folgende Tabelle zeigt die der Berechnung von anderen Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses zugrunde gelegten versicherungsmathematischen Annahmen:

in Prozent	2017	2016
Diskontierungszinssatz	1,5	1,6
Künftige Gehaltssteigerung für Dienstnehmer	2,7	2,7

Sensitivitätsanalyse

Tritt bei einer der relevanten versicherungsmathematischen Annahmen eine Änderung ein, während die anderen Annahmen konstant bleiben, würden sich die Vorsorgeverpflichtungen zum Bilanzstichtag wie folgt verändern:

in € Tausend	2017		2016	
	Zunahme	Abnahme	Zunahme	Abnahme
Diskontierungszinssatz (1 Prozent Veränderung)	- 7.955	9.317	- 5.619	6.629
Künftige Gehaltssteigerung (0,5 Prozent Veränderung)	4.401	- 4.089	3.119	- 2.903

Obwohl die Analyse die vollständige Verteilung der Zahlungsströme im Rahmen des Plans nicht berücksichtigt, ermöglicht diese Darstellung zumindest eine Annäherung.

Personalaufwand

Detailangaben zum Personalaufwand (Aufwendungen für leistungsorientierte Pensionspläne, Aufwendungen für andere Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses) sind unter Punkt (8) Verwaltungsaufwendungen dargestellt.

(29) Handelspassiva

in € Tausend	2017	2016
Negative Marktwerte derivativer Finanzinstrumente	1.568.384	2.600.333
Zinssatzgeschäft	887.801	1.835.473
Wechselkursgeschäft	457.372	588.762
Aktien-/indexbezogenes Geschäft	119.117	164.863
Kreditderivatgeschäft	2.524	687
Sonstiges Geschäft	101.571	10.547
Leerverkauf von Handelsaktiva	343.640	555.346
Emittierte Zertifikate	2.344.522	1.964.063
Gesamt	4.256.546	5.119.743

Der Rückgang im Zinssatzgeschäft ist auf eine Reduktion der negativen Marktwerte bei derivativen Finanzinstrumenten zurückzuführen.

(30) Derivative Finanzinstrumente

in € Tausend	2017	2016
Negative Marktwerte derivativer Sicherungsinstrumente in IAS 39 Fair Value Hedge	133.168	132.565
Zinssatzgeschäft	133.059	132.508
Wechselkursgeschäft	110	57
Negative Marktwerte derivativer Sicherungsinstrumente in IAS 39 Cash-Flow Hedge	61.702	275.102
Wechselkursgeschäft	61.702	275.102
Negative Marktwerte derivativer Sicherungsinstrumente in IAS 39 Net Investment Hedge	9.637	17.749
Wechselkursgeschäft	9.637	17.749
Negative Marktwerte aus Kreditderivaten	2.391	0
Negative Marktwerte sonstiger derivativer Finanzinstrumente	155.541	361.534
Zinssatzgeschäft	118.277	173.039
Wechselkursgeschäft	37.263	188.495
Gesamt	362.439	786.949

Soweit die Bedingungen für Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllt sind, werden derivative Finanzinstrumente in ihrer Funktion als Sicherungsinstrumente mit ihrem Marktwert (Dirty Price) ausgewiesen. Grundgeschäfte im Zusammenhang mit Fair Value Hedges sind Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden, Wertpapiere, Verbindlichkeiten an Kreditinstitute, Verbindlichkeiten an Kunden und verbrieftete Verbindlichkeiten, die gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert werden sollen.

Nachstehend sind die erwarteten abgesicherten Cash-Flows aus Verbindlichkeiten, wie sie die Gesamtergebnisrechnung beeinflussen, in ihren Laufzeitbändern dargestellt:

in € Tausend	2017	2016
1 Jahr	2.900.205	2.416.321
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	527.980	587.577
Mehr als 5 Jahre	81.225	63.196

Der Nettogewinn in Höhe von € 11.164 Tausend (2016: Nettogewinn in Höhe von € 5.788 Tausend) im Zusammenhang mit dem effektiven Teil des Cash-Flow Hedge wurde im sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

(31) Sonstige Passiva

in € Tausend	2017	2016
Verbindlichkeiten aus bankfremden Tätigkeiten	139.281	72.517
Verbindlichkeiten aus Versicherungsverträgen	57	82
Rechnungsabgrenzungsposten	297.995	194.989
Dividendenverbindlichkeiten	1.574	1.000
Wertpapier- und Zahlungsverkehrsabwicklung	628.507	374.276
Bewertung Fair-Value-Hedge-Portfolio	60.079	57.564
Zur Veräußerung gehaltene Verbindlichkeiten (IFRS 5)	61.946	0
Übrige Passiva	290.170	64.823
Gesamt	1.479.610	765.251

Anwendung IFRS 5

Die Position Zur Veräußerung gehaltene Verbindlichkeiten (IFRS 5) beinhaltet im Wesentlichen die Raiffeisen Pension Insurance d.d., Zagreb, in Höhe von € 61.622 Tausend.

(32) Nachrangkapital

in € Tausend	2017	2016
Hybrides Kapital	90.475	396.725
Nachrangige Verbindlichkeiten und Ergänzungskapital	3.697.502	3.806.968
Gesamt	3.787.977	4.203.693

Die Veränderungen beinhalten € 38.659 Tausend aus Marktwertveränderungen. Der Rückgang in der Position Hybrides Kapital resultierte aus der Rückzahlung des hybriden Kapitals der RZB Finance (Jersey) IV Limited, St. Helier.

Die folgende Tabelle enthält nachrangige Kreditaufnahmen, die 10 Prozent des Gesamtbetrags an Nachrangkapital übersteigen:

Emittent	ISIN	Typ	Währung	Nominale in € Tausend	Kupon ¹	Fälligkeit
RBI AG	XS0619437147	Nachrangkapital	EUR	500.000	6.625%	18.05.2021
RBI AG	XS0981632804	Nachrangkapital	EUR	500.000	6.000%	16.10.2023
RBI AG	XS1034950672	Nachrangkapital	EUR	500.000	4.500%	21.02.2025

¹ Derzeitiger Zinssatz, es sind jedoch Zinsänderungsklauseln vereinbart

Im Berichtsjahr entstanden Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von € 156.496 Tausend (2016: € 160.549 Tausend).

(33) Eigenkapital

in € Tausend	2017	2016
Konzern-Eigenkapital	8.820.946	8.187.672
Gezeichnetes Kapital	1.002.061	892.031
Kapitalrücklagen	4.991.797	4.994.169
Gewinnrücklagen	2.827.088	2.301.473
Konzernergebnis	1.116.056	463.104
Kapital nicht beherrschender Anteile	659.732	581.353
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	644.615	0
Gesamt	11.241.350	9.232.130

Zur Entwicklung des Eigenkapitals wird auf das Kapitel Eigenkapitalveränderungsrechnung verwiesen.

Gezeichnetes Kapital

Zum 31. Dezember 2017 betrug das Grundkapital der RBI AG gemäß Satzung € 1.003.266 Tausend und bestand aus 328.939.621 nennwertlosen Stückaktien (Inhaberaktien). Nach Abzug der im Eigenbestand befindlichen 394.942 Aktien betrug das ausgewiesene gezeichnete Kapital € 1.002.061 Tausend.

Im Zuge der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG wurden den Aktionären der RZB ihre Anteile an diesem Institut abgegolten. Dazu begab die RBI 35.960.583 neue Aktien im Nominale von € 109.680 Tausend. Die Gesamtzahl ihrer Aktien stieg dadurch von 292.979.038 auf 328.939.621.

Eigene Aktien

Die Hauptversammlung vom 16. Juni 2016 ermächtigte den Vorstand, nach den Bestimmungen des § 65 Abs. 1 Z. 8 sowie Abs. 1a und Abs. 1b AktG für die Dauer von 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung, sohin bis zum 15. Dezember 2018, eigene Aktien im Ausmaß von bis zu 10 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft zu erwerben und gegebenenfalls einzuziehen. Die Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke – mit Ausnahme des Wertpapierhandels – durch die Gesellschaft, ein Tochterunternehmen (§ 189a Z. 7 UGB) oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden. Der geringste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert beträgt € 1 pro Aktie, der höchste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert darf nicht mehr als 10 Prozent über dem durchschnittlichen ungewichteten Börseschlusskurs der der Ausübung dieser Ermächtigung vorangegangenen zehn Handelstage liegen.

Der Vorstand wurde weiters gemäß 65 Abs. 1b AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats für die Veräußerung der eigenen Aktien eine andere Art der Veräußerung als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot unter teilweise oder ganzlichem Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu beschließen. Das Bezugsrecht der Aktionäre darf nur dann ausgeschlossen werden, wenn die Verwendung der eigenen Aktien als Gegenleistung für eine Sacheinlage, beim Erwerb von Unternehmen, Betrieben, Teilbetrieben oder Anteilen an einer oder mehreren Gesellschaften im In- oder Ausland oder zum Zweck der Durchführung des Share Incentive Program (SIP) der Gesellschaft für leitende Angestellte und Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft und der mit ihr verbundenen Unternehmen erfolgt.

Weiters kann für den Fall, dass Wandelschuldverschreibungen auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 26. Juni 2013 ausgegeben werden, das Bezugsrecht der Aktionäre auch ausgeschlossen werden, um (eigene) Aktien an solche Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen auszugeben, die von dem ihnen gemäß den Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen gewährten Umtausch- oder Bezugsrecht auf Aktien der Gesellschaft Gebrauch gemacht haben. Diese Ermächtigung gilt für die Dauer von fünf Jahren ab dem Datum dieser Beschlussfassung, sohin bis zum 15. Juni 2021. Seit der Ermächtigung im Juni 2016 wurden keine eigenen Aktien erworben.

Der Erwerb eigener Aktien dient im Wesentlichen der Abdeckung der vom Konzern eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen des Share Incentive Program (SIP) gegenüber Vorstandsmitgliedern und leitenden Mitarbeitern. Diese Bonuszahlungen werden in Form von Aktien der Gesellschaft abgewickelt.

Die Hauptversammlung vom 16. Juni 2016 ermächtigte ferner den Vorstand, nach den Bestimmungen des § 65 Abs. 1 Z. 7 AktG zum Zweck des Wertpapierhandels, der auch außerbörslich durchgeführt werden darf, für die Dauer von 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung, sohin bis zum 15. Dezember 2018, eigene Aktien im Ausmaß von bis zu 5 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft zu erwerben. Der Gegenwert für die zu erwerbenden Aktien darf die Hälfte des Schlusskurses an der Wiener Börse am letzten Handelstag vor dem Erwerb nicht unterschreiten und das Doppelte des Schlusskurses nicht überschreiten. Diese Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen durch die Gesellschaft, ein Tochterunternehmen (§ 189a Z. 7 UGB) oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist seit der Hauptversammlung vom 4. Juni 2014 gemäß § 169 AktG ermächtigt, bis längstens 25. August 2019 mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital – allenfalls in mehreren Tranchen – um bis zu € 446.793.032,95 durch Ausgabe von bis zu 146.489.519 Stück neuen, auf Inhaber lautenden stimmberechtigten Stammaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen (auch im Weg des mittelbaren Bezugsrechts durch ein Kreditinstitut gemäß § 153 Abs. 6 AktG) und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, (i) wenn die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage erfolgt oder (ii) wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlage erfolgt und die unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 Prozent des Grundkapitals der Gesellschaft nicht überschreiten (Bezugsrechtsausschluss).

Wandelschuldverschreibungen

In der Hauptversammlung vom 26. Juni 2013 wurde der Vorstand ermächtigt, gemäß § 174 Abs. 2 AktG innerhalb von fünf Jahren ab dem Datum der gegenständlichen Beschlussfassung durch die Hauptversammlung mit Zustimmung des Aufsichtsrats, auch in mehreren Tranchen, Wandelschuldverschreibungen mit einem Gesamtnennbetrag von bis zu € 2.000.000 Tausend, mit

denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf bis zu 39.101.024 Stück auf Inhaber lautende Stammaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu € 119.258 Tausend verbunden ist, auszugeben. Das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Wandelschuldverschreibungen ist ausgeschlossen. Bis dato wurden jedoch keine Wandelschuldverschreibungen ausgegeben.

Bedingtes Kapital

Das Grundkapital ist gemäß § 159 Abs. 2 Z. 1 AktG um bis zu € 119.258 Tausend durch Ausgabe von bis zu 39.101.024 Stück auf Inhaber lautenden Stammaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als von einem unentziehbaren Umtausch- oder Bezugsrecht Gebrauch gemacht wird, das die Gesellschaft den Gläubigern von Wandelschuldverschreibungen, die auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 26. Juni 2013 ausgegeben werden, auf Aktien einräumt, und der Vorstand nicht beschließt, eigene Aktien zuzuteilen.

Zusätzliches Kernkapital

Am 5. Juli 2017 emittierte die RBI AG zusätzliches Kernkapital im Nominale von € 650.000 Tausend mit unbegrenzter Laufzeit. Der Zinssatz beträgt bis Dezember 2022 6,125 Prozent p. a. und wird danach neu festgesetzt. Aufgrund der Emissionsbedingungen wird das zusätzliche Kernkapital nach IAS 32 als Eigenkapital klassifiziert. Unter Berücksichtigung der Emissionskosten von € 886 Tausend und des Disogios in Höhe von € 4.300 Tausend erhöhte sich das Eigenkapital um € 644.814 Tausend. Die im Eigenbestand befindlichen Anteile zum Buchwert von € 199 Tausend wurden ebenfalls vom Kapital abgezogen.

Dividendenvorschlag

Der Vorstand der RBI AG wird der Hauptversammlung vorschlagen, aus dem Bilanzgewinn des Jahresabschlusses 2017 eine Dividende von € 0,62 je Aktie auszuschütten. Da die im Zuge der Verschmelzung mit der RZB AG emittierten neuen Aktien für das Geschäftsjahr 2017 voll dividendenberechtigt sind, würde sich daraus auf Basis der ausgegebenen Aktien ein Betrag von maximal € 203.943 Tausend errechnen.

Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien

Stückzahl	2017	2016
Anzahl der ausgegebenen Aktien 1.1.	292.979.038	292.979.038
Ausgabe neuer Aktien	35.960.583	0
Anzahl der ausgegebenen Aktien 31.12.	328.939.621	292.979.038
Eigene Aktien im Bestand 1.1.	509.977	557.295
Erwerb eigener Aktien	0	0
Abgang eigener Aktien	- 115.035	- 47.318
Abzüglich: eigene Aktien im Bestand 31.12.	394.942	509.977
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien 31.12.	328.544.679	292.469.061

Nicht beherrschende Anteile

Die folgende Tabelle enthält Finanzinformationen zu den Tochterunternehmen des Konzerns, an denen wesentliche nicht beherrschende Anteile bestehen. Die angegebenen Beträge beziehen sich auf nicht beherrschende Anteile, die nicht eliminiert wurden.

2017 in € Tausend	Beteiligungs- und Stimmrechtsquote	Nettovermögen	Ergebnis nach Steuern	Sonstiges Ergebnis	Gesamtergebnis
Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (UA)	31,8%	101.686	47.009	- 10.477	36.532
Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)	25,0%	266.174	26.804	13.112	39.916
Tatra banka, a.s., Bratislava (SK)	21,2%	198.479	24.032	275	24.308
Priorbank JSC, Minsk (BY)	12,3%	34.583	7.332	- 4.454	2.879
Valida Pension AG, Wien (AT)	42,6%	44.993	3.035	- 202	2.833
Sonstige	n/a	13.819	21.741	3.245	24.986
Gesamt		659.732	129.953	1.500	131.453

2016 in € Tausend	Beteiligungs- und Stimmrechtsquote	Nettovermögen	Ergebnis nach Steuern	Sonstiges Ergebnis	Gesamtergebnis
Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (UA)	31,8%	110.659	42.633	- 6.788	35.844
Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)	25,0%	232.068	24.078	- 3.749	20.329
Tatra banka a.s., Bratislava (SK)	21,2%	201.210	26.858	- 3.160	23.698
Priorbank JSC, Minsk (BY)	12,3%	41.266	8.246	302	8.548
Sonstige	n/a	- 3.850	8.698	- 689	8.008
Gesamt		581.353	110.512	- 14.085	96.427

Im Gegensatz zu den oben angeführten Finanzinformationen, die sich nur auf nicht beherrschende Anteile beziehen, enthält die folgende Tabelle Finanzinformationen der einzelnen Tochterunternehmen (inkl. beherrschende Anteile):

2017 in € Tausend	Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (UA)	Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)	Tatra banka, a.s., Bratislava (SK)	Priorbank JSC, Minsk (BY)	Valida Pension AG, Wien (AT)
Betriebserträge	276.309	391.148	386.205	152.458	23.428
Ergebnis nach Steuern	147.659	107.216	113.265	59.808	7.120
Sonstiges Ergebnis	- 49.406	62.822	881	- 42.198	- 474
Gesamtergebnis	98.253	170.038	114.147	17.609	6.645
Kurzfristige Vermögenswerte	1.363.214	6.998.528	4.599.671	1.122.861	242.352
Langfristige Vermögenswerte	598.666	6.355.990	7.681.724	287.825	3.519
Kurzfristige Schulden	1.640.895	9.970.261	10.297.649	1.012.297	71.978
Langfristige Schulden	1.581	2.319.561	1.048.313	116.302	68.339
Nettovermögen	319.405	1.064.696	935.433	282.087	105.555
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	246.594	- 3.047.146	190.598	107.221	42.793
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	- 17.661	30.135	469.332	- 36.176	- 42.793
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	- 150.667	- 208.830	- 127.435	- 46.972	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	- 33.435	155.747	- 413	- 20.145	0
Nettozahlungsströme gesamt	44.831	- 3.070.095	532.082	3.928	0
An nicht beherrschende Gesellschafter gezahlte Dividenden ¹	40.832	13.055	26.478	8.969	0

¹ Im Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit enthalten

2016 in € Tausend	Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (UA)	Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)	Tatra banka a.s., Bratislava (SK)	Priorbank JSC, Minsk (BY)
Betriebserträge	260.870	362.445	380.833	173.889
Ergebnis nach Steuern	133.913	96.311	126.583	67.258
Sonstiges Ergebnis	- 21.323	- 14.625	- 14.895	- 3.185
Gesamtergebnis	112.591	81.686	111.687	64.073
Kurzfristige Vermögenswerte	1.294.459	5.920.463	4.011.927	1.082.880
Langfristige Vermögenswerte	661.686	5.858.452	7.153.017	308.780
Kurzfristige Schulden	1.607.155	9.906.597	9.230.563	941.215
Langfristige Schulden	1.401	944.044	986.076	113.838
Nettovermögen	347.590	928.274	948.305	336.607
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	194.082	1.520.710	- 91.844	15.242
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	- 7.382	297.945	18.034	17.040
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	- 144.644	169.770	- 113.413	- 25.185
Effekte aus Wechselkursänderungen	- 16.503	- 10.373	- 76	- 1.949
Nettozahlungsströme gesamt	25.553	1.978.052	- 187.299	5.148
An nicht beherrschende Gesellschafter gezahlte Dividenden ¹	0	12.711	23.970	3.346

¹ Im Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit enthalten

Wesentliche Beschränkungen

Bei der Raiffeisenbank a.s., Prag, besteht zwischen der RBI AG und dem Mitaktionär ein Syndikatsvertrag. Dieser Syndikatsvertrag regelt insbesondere Vorkaufsrechte zwischen den direkten und indirekten Gesellschaftern. Bei einem Kontrollwechsel - auch infolge eines Übernahmeangebots - endet der Syndikatsvertrag automatisch.

Die Raiffeisen Bank Polska S.A. (RBPL) traf Vorbereitungen für einen Börsengang (IPO) an der Warschauer Börse mit einem Streubesitz von 15 Prozent ihrer Aktien. Dies ging auf eine Verpflichtung gegenüber dem polnischen Regulator zurück, welche im

Zusammenhang mit dem Kauf der Polbank durch die RBI und die darauffolgende Verschmelzung in das damals existierende polnische Tochterunternehmen der RBI eingegangen wurde. Nach der Verschiebung des beabsichtigten IPO Anfang Juli 2017 war die RBI im ständigen Kontakt mit dem polnischen Regulator bezüglich weiterer Schritte und einem neuen Zeitplan für den IPO. Laut der Bekanntmachung des polnischen Regulators am 1. August 2017 soll der IPO spätestens am 15. Mai 2018 abgeschlossen sein. Am 17. November 2017 veröffentlichte die RBI eine Mitteilung über die Intention, das Fremdwährungsportfolio der Hypothekarkredite im Retail-Bereich (FX Portfolio) der RBPL aus dieser herauszulösen (carve-out) und es auf die RBI zu übertragen. Abhängig von den Details der für die Ausgliederung ausgewählten Kredite und zukünftiger Währungsschwankungen liegt das erwartete Bruttovolumen derzeit zwischen € 3 Milliarden und € 3,5 Milliarden. Das exakte Volumen wird unter Einbezug von gesetzlichen (einschließlich steuerrechtlichen) Anforderungen bestimmt werden. Aufgrund dessen bereitet die RBI derzeit den carve-out des FX Portfolios und die Börsennotierung der RBPL-Aktien an der Warschauer Börse vor, als Alternative zur Börsennotierung wird der Verkauf einer Mehrheitsbeteiligung am Kerngeschäft (ohne FX Portfolio) der RBPL in Betracht gezogen. Die Verpflichtung der RBI gegenüber dem polnischen Regulator zur Börsennotierung der RBPL-Aktien könnte durch einen IPO von mindestens 15 Prozent der RBPL Aktien an Streubesitz-Investoren oder durch den Verkauf einer Mehrheitsbeteiligung am Kerngeschäft der RBPL erfüllt werden. Bisher wurde noch keine Entscheidung zur Ausführung im Hinblick auf die unterschiedlichen Szenarien getätigt, sei es der IPO oder der Verkauf einer Mehrheitsbeteiligung.

Die Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) hat sich bei der Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew, (AVAL) im Rahmen einer im Dezember 2015 erfolgten Kapitalerhöhung beteiligt. Im Zuge dieser Transaktion hat die RBI mit der EBRD eine Vereinbarung getroffen, wonach sie sich nach Ablauf von sechs Jahren nach Beteiligung der EBRD an der AVAL bemüht, dieser im Austausch für ihre Beteiligung an der AVAL im Zuge eines so genannten Share Swap Aktien der RBI anzubieten. Die Durchführung einer solchen Transaktion versteht sich jedoch vorbehaltlich regulatorischer Genehmigungen und entsprechender Beschlüsse in der Hauptversammlung und sonstigen Gremien.

Ende 2014 führte die ukrainische Nationalbank Devisenverkehrskontrollen ein. Für das Jahr 2016 war die Dividendenzahlung mit monatlich USD 5 Millionen limitiert gewesen, für die Jahre 2014 und 2015 mit USD 2 Millionen. Die Entscheidung der ukrainischen Zentralbank zur Auszahlung einer Dividende für das Geschäftsjahr 2017 wird in Kürze erwartet.

Aktienbasierte Vergütung

2014 wurde das Share Incentive Programm (SIP) wegen der regulatorischen Komplexitäten eingestellt. Die letzten Tranchen des SIP wurden in den Jahren 2011, 2012 und 2013 begeben. Die Laufzeit beträgt jeweils fünf Jahre, somit kam es im Jahr 2017 zum Abreifen der Tranche 2012. Entsprechend den Programmbedingungen (veröffentlicht via euro adhoc am 27. Juni 2012) wurde die in der folgenden Tabelle dargestellte Anzahl an Aktien tatsächlich übertragen:

Share Incentive Program (SIP) 2012			
Personengruppe	Anzahl fälliger Aktien	Wert beim Aktienkurs von € 20,955 am Zuteilungstag	Anzahl tatsächlich übertragener Aktien
Vorstandsmitglieder der Gesellschaft	52.718	1.104.706	36.168
Vorstandsmitglieder der mit der Gesellschaft verbundenen Bank-Tochterunternehmen	70.277	1.472.655	54.437
Führungskräfte der Gesellschaft und sonstiger mit ihr verbundener Unternehmen	36.129	757.083	24.430

Zur Vermeidung rechtlicher Unsicherheiten wurde entsprechend den Programmbedingungen für die berechtigten Mitarbeiter in drei Ländern anstelle der Übertragung von Aktien eine Wertabfindung in bar vorgenommen. In Österreich wurde den Berechtigten die Möglichkeit eingeräumt, anstelle der Hälfte der fälligen Aktien ebenfalls eine Barabfindung zu beziehen, um daraus die zum Übertragungszeitpunkt fällige Lohnsteuer zu begleichen. Aus diesen Gründen ergibt sich die geringere Anzahl an tatsächlich übertragenen Aktien verglichen mit den fälligen. Der Bestand an eigenen Aktien wurde folglich um die niedrigere Anzahl der tatsächlich übertragenen Aktien vermindert.

Zum Bilanzstichtag waren bedingte Aktien für die letzte noch offene Tranche 2013 zugeteilt. Per 31. Dezember 2017 belief sich die Anzahl dieser bedingten Aktien auf 321.268 Stück. Die ursprünglich bekannt gegebene Anzahl an bedingt zugeteilten Aktien veränderte sich durch diverse Personalwechsel in den Konzerneinheiten. Sie ist in folgender Tabelle aggregiert dargestellt:

Share Incentive Program (SIP) 2013			
Personengruppe	Anzahl bedingt zugeteilter Aktien per 31.12.2017	Mindestzuteilung Aktien	Maximalzuteilung Aktien
Vorstandsmitglieder der Gesellschaft	92.895	27.869	139.343
Vorstandsmitglieder der mit der Gesellschaft verbundenen Bank-Tochterunternehmen	153.235	45.971	229.853
Führungskräfte der Gesellschaft und sonstiger mit ihr verbundener Unternehmen	75.138	22.541	112.707

Im Jahr 2017 wurden keine Aktien für das SIP zurückgekauft.

Angaben zu Finanzinstrumenten

(34) Restlaufzeitengliederung

in € Tausend	Kurzfristige Vermögenswerte/Schulden			Langfristige Vermögenswerte/Schulden	
	Täglich fällig bzw. ohne Laufzeit	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Barreserve	13.329.782	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	3.585.025	8.697.949	651.193	807.864	616.213
Forderungen an Kunden	6.969.069	10.536.936	10.394.378	27.730.430	25.601.539
Kreditrisikovorsorgen	- 3.102.348	0	0	0	0
Handelsaktiva	253.782	392.042	483.895	1.597.996	1.214.042
Wertpapiere und Beteiligungen	599.491	2.661.584	3.127.638	9.165.953	4.073.218
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	728.945	0	0	0	0
Restliche Aktiva	2.594.019	1.416.855	418.009	360.424	240.414
Aktiva gesamt	24.957.765	23.705.367	15.075.114	39.662.667	31.745.427
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.578.904	3.839.474	997.307	5.021.014	1.854.732
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	55.904.379	11.605.985	8.902.517	6.683.950	1.734.609
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	495.776	1.273.943	2.712.021	1.403.398
Handelspassiva	220.829	434.858	428.469	2.252.351	920.039
Nachrangkapital	0	42	82.222	1.473.119	2.232.593
Restliche Passiva	1.333.606	999.426	156.713	182.231	180.483
Zwischensumme	68.037.718	17.375.560	11.841.171	18.324.684	8.325.855
Eigenkapital	11.241.350	0	0	0	0
Passiva gesamt	79.279.068	17.375.560	11.841.171	18.324.684	8.325.855

in € Tausend	Kurzfristige Vermögenswerte/Schulden			Langfristige Vermögenswerte/Schulden	
	Täglich fällig bzw. ohne Laufzeit	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Barreserve	12.242.415	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	4.243.475	4.153.208	777.297	405.692	320.340
Forderungen an Kunden	7.731.784	9.951.599	9.385.212	24.326.063	19.119.458
Kreditrisikovorsorgen	- 4.955.132	0	0	0	0
Handelsaktiva	168.555	650.738	660.827	1.780.389	1.725.952
Wertpapiere und Beteiligungen	282.192	2.931.881	2.196.199	7.958.089	1.270.651
Restliche Aktiva	2.153.011	864.518	152.705	877.160	489.567
Aktiva gesamt	21.866.300	18.551.944	13.172.241	35.347.393	22.925.967
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.084.452	2.396.550	1.632.095	2.776.168	1.927.210
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	48.004.468	11.776.469	8.453.654	2.030.824	1.272.811
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	443.924	2.169.542	3.107.203	924.458
Handelspassiva	281.739	484.177	496.745	2.353.080	1.504.001
Nachrangkapital	0	37	30.845	999.723	3.173.087
Restliche Passiva	786.503	790.373	128.671	490.613	112.291
Zwischensumme	53.157.163	15.891.531	12.911.554	11.757.610	8.913.857
Eigenkapital	9.232.130	0	0	0	0
Passiva gesamt	62.389.293	15.891.531	12.911.554	11.757.610	8.913.857

(35) Fremdwährungsvolumina

in € Tausend	2017	2016
Aktiva	65.143.087	61.071.903
Passiva	53.517.300	48.678.601

(37) Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte

Der Konzern verpfändet Vermögenswerte hauptsächlich im Rahmen von Rückkaufvereinbarungen, Wertpapierleihgeschäften und sonstigen Kreditverträgen sowie für das Margining bei Derivatverbindlichkeiten. Die folgende Tabelle beinhaltet Aktiva aus Pensionsgeschäften, Wertpapierleihgeschäften, Verbriefungen und Pfandbriefe, die zur Besicherung von Verbindlichkeiten zur Verfügung gestellt wurden, oder Garantien (d. h. besicherte Depots):

in € Tausend	2017	2016
Kredite und Forderungen ¹	7.241.502	6.729.870
Handelsaktiva ²	704.138	63.540
Wertpapiere und Beteiligungen	492.844	678.766
Gesamt	8.438.484	7.472.177

1 Ohne Forderungen aus Reverse-Repo- und Wertpapierleihgeschäften

2 Ohne Derivate

Die folgende Tabelle zeigt die den als Sicherheiten verpfändeten Vermögenswerten zugehörigen Verbindlichkeiten und beinhaltet Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften, Wertpapierleihgeschäften, Verbriefungen und Pfandbriefen:

in € Tausend	2017	2016
Verbindlichkeiten an Kreditinstitute	3.676.725	2.579.979
Verbindlichkeiten an Kunden	18.315	45.906
Verbrieftete Verbindlichkeiten	1.511.275	1.610.164
Übrige Passiva	149.417	201.069
Gesamt	5.355.732	4.437.118

Die folgende Tabelle zeigt die Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden:

in € Tausend	2017	2016
Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden	9.931.063	5.139.516
davon verkaufte oder weiterverpfändete Sicherheiten	1.463.047	418.169

Der Konzern hat Sicherheiten erhalten, deren Verkauf oder Weiterverpfändung zulässig ist, selbst wenn im Lauf von Reverse-Repogeschäften, Wertpapierleih-, Derivat- oder sonstigen Transaktionen kein Ausfall eintritt.

Erhebliche Beschränkungen bezüglich des Zugangs zu oder der Nutzung von Vermögenswerten des Konzerns

Die Fähigkeit des Konzerns, frei auf Vermögenswerte zuzugreifen und diese an andere bzw. von anderen Konzerngesellschaften zu übertragen und Verbindlichkeiten zu begleichen, kann durch gesetzliche, vertragliche oder regulatorische Anforderungen sowie Schutzrechte von nicht beherrschenden Beteiligungen eingeschränkt werden. Zum Bilanzstichtag existierten keine wesentlichen Schutzrechte, die nicht beherrschenden Beteiligungen vom Konzern zugestanden wurden, und daher auch keine daraus erwachsenden signifikanten Beschränkungen.

Die folgenden Produkte schränken den Konzern in der Nutzung seiner Vermögenswerte ein: Rückkaufvereinbarungen, Wertpapierleih- und sonstige Kreditverträge für das Margining bei Derivatverbindlichkeiten, Verbriefungen und diverse Versicherungsgeschäfte. In der nachstehenden Tabelle sind Vermögenswerte angeführt, die als Sicherheiten verpfändet und in anderer Weise zweckgebundene Vermögenswerte mit Kopplung an eine entsprechende Verbindlichkeit sind. Sie können aus gesetzlichen oder sonstigen Gründen aufgrund der Zweckbindung nicht zur Besicherung von Fremdmitteln eingesetzt werden.

in € Tausend	2017		2016	
	Verpfändet	Sonstige Verfügungsbeschränkungen mit Verbindlichkeiten	Verpfändet	Sonstige Verfügungsbeschränkungen mit Verbindlichkeiten
Kredite und Forderungen ¹	7.241.502	866.096	6.729.870	1.338.469
Handelsaktiva ²	704.138	0	63.540	29.174
Wertpapiere und Beteiligungen	492.844	65.474	678.766	386.013
Gesamt	8.438.484	931.570	7.472.177	1.753.656

¹ Ohne Forderungen aus Reverse-Repo- und Wertpapierleihgeschäften

² Ohne Derivate

(38) Saldierung finanzieller Vermögenswerte und Schulden

In den nachstehenden Tabellen sind finanzielle Vermögenswerte und Schulden dargestellt, die in der Konzernbilanz saldiert werden oder einer durchsetzbaren/undurchsetzbaren Aufrechnungsrahmen- oder einer vergleichbaren Vereinbarung für ähnliche Finanzinstrumente unterliegen, ungeachtet dessen, ob sie in der Bilanz saldiert werden oder nicht.

Unter vergleichbaren Vereinbarungen sind unter anderem Derivate-Clearingverträge sowie globale Rahmenverträge über einen Rückkauf oder Wertpapierleihgeschäfte zu verstehen. Ähnliche Finanzinstrumente sind z. B. Derivate, Repo- und Reverse-Repogeschäfte sowie Wertpapierverleih- und -leihgeschäfte.

Einige dieser Vereinbarungen werden in der Bilanz nicht saldiert, weil den jeweiligen Vertragspartnern ein Recht zur Aufrechnung von erfassten Beträgen eingeräumt wird, das nur bei Eintritt eines Verzug darstellenden Ereignisses, der Insolvenz oder des Konkurses des Konzerns oder der Vertragspartner oder von anderen, vorab festgelegten Ereignissen durchsetzbar ist. Darüber hinaus beabsichtigen der Konzern und seine Vertragspartner nicht, auf Nettobasis abzurechnen oder die Vermögenswerte zu realisieren und zeitgleich die Schulden zu tilgen. Der Konzern erhält und stellt Sicherheiten in Form von liquiden Mitteln und marktgängigen Wertpapieren.

in € Tausend	2017		Nettobetrag	Beträge aus Globalaufrechnungsvereinbarungen		Nettobetrag
	Bruttobetrag	saldierter		Finanzinstrumente	Erhaltene Barsicherheiten	
	bilanzierter finanzieller Vermögenswerte	bilanzierter finanzieller Verbindlichkeiten				
Derivate (rechtlich durchsetzbar)	3.527.703	915.016	2.612.687	1.922.540	57.364	632.783
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsnehmer, Wertpapierleihe und ähnliche Vereinbarungen (rechtlich durchsetzbar)	8.163.649	0	8.163.649	7.816.104	0	347.545
Sonstige Finanzinstrumente (rechtlich durchsetzbar)	153.296	0	153.296	0	0	153.296
Gesamt	11.844.648	915.016	10.929.632	9.738.644	57.364	1.133.624

in € Tausend	2017		Nettobetrag	Beträge aus Globalaufrechnungsvereinbarungen		Nettobetrag
	Bruttobetrag	saldierter		Finanzinstrumente	Verpfändete Barsicherheiten	
	bilanzierter finanzieller Verbindlichkeiten	bilanzierter finanzieller Vermögenswerte				
Derivate (rechtlich durchsetzbar)	2.775.844	915.016	1.860.829	591.846	42.868	1.226.114
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsgeber, Wertpapierleihe und ähnliche Vereinbarungen (rechtlich durchsetzbar)	297.678	0	297.678	291.291	0	6.387
Sonstige Finanzinstrumente (rechtlich durchsetzbar)	35.061	0	35.061	0	0	35.061
Gesamt	3.108.584	915.016	2.193.568	883.137	42.868	1.267.562

2017 betragen die Aktiva, die keiner rechtlich durchsetzbaren Netting-Vereinbarung unterlagen, € 124.216.707 Tausend (2016: € 104.226.968 Tausend). Davon entfiel ein unwesentlicher Anteil auf derivative Finanzinstrumente und Barbestände aus Reverse-Repogeschäften. Die Verbindlichkeiten, die keiner rechtlich durchsetzbaren Netting-Vereinbarung unterlagen, beliefen sich im Jahr 2017 auf € 122.371.132 Tausend (2016: € 99.535.179 Tausend), von denen nur ein unwesentlicher Anteil auf derivative Finanzinstrumente und Bardepots aus Repo-Geschäften entfiel.

2016	Bruttobetrag		Nettobetrag	Beträge aus Globalaufrechnungsvereinbarungen		Nettobetrag
	bilanzierter finanzieller Vermögenswerte	saldierter bilanzierter finanzieller Verbindlichkeiten		Finanzinstrumente	Erhaltene Barsicherheiten	
in € Tausend						
Derivate (rechtlich durchsetzbar)	4.501.241	733.698	3.767.544	2.631.677	38.683	1.097.183
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsnehmer, Wertpapierleihe und ähnliche Vereinbarungen (rechtlich durchsetzbar)	3.681.162	0	3.681.162	3.681.162	0	0
Sonstige Finanzinstrumente (rechtlich durchsetzbar)	188.172	0	188.172	0	0	188.172
Gesamt	8.370.575	733.698	7.636.877	6.312.839	38.683	1.285.355

2016	Bruttobetrag		Nettobetrag	Beträge aus Globalaufrechnungsvereinbarungen		Nettobetrag
	bilanzierter finanzieller Verbindlichkeiten	saldierter bilanzierter finanzieller Vermögenswerte		Finanzinstrumente	Verpfändete Barsicherheiten	
in € Tausend						
Derivate (rechtlich durchsetzbar)	3.953.907	733.698	3.220.210	1.986.648	110.345	1.123.217
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsgeber, Wertpapierleihe und ähnliche Vereinbarungen (rechtlich durchsetzbar)	447.514	0	447.514	433.849	0	13.665
Sonstige Finanzinstrumente (rechtlich durchsetzbar)	10.206	0	10.206	0	0	10.206
Gesamt	4.411.628	733.698	3.677.930	2.420.497	110.345	1.147.088

Die Bruttobeträge von finanziellen Vermögenswerten und Schulden und ihre in den vorstehenden Tabellen ausgewiesenen Nettobeträge wurden entweder zum beizulegenden Zeitwert (Derivate, sonstige Finanzinstrumente) oder zu fortgeführten Anschaffungskosten (Forderungen, Einlagen und sonstige Finanzinstrumente) bewertet. Für alle Beträge erfolgte eine Überleitung in die entsprechenden Bilanzposten.

(39) Derivative Finanzinstrumente

2017 in € Tausend	Nominalbeträge nach Restlaufzeit			Gesamt	Marktwerte	
	Bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre		Positive	Negative
Gesamt	65.490.559	79.093.918	50.496.502	195.080.978	2.660.056	- 1.930.823
Zinssatzverträge	28.184.974	68.429.033	48.428.053	145.042.060	1.845.948	- 1.236.764
OTC-Produkte						
Zinsswaps	21.076.111	58.130.872	44.572.833	123.779.816	1.681.334	- 1.135.685
Zinstermingeschäfte	1.780.643	58.743	0	1.839.386	9	- 128
Zinsoptionen - Käufe	1.344.735	5.126.973	1.981.872	8.453.580	163.963	0
Zinsoptionen - Verkäufe	1.003.025	4.909.151	1.758.342	7.670.518	0	- 100.764
Sonstige Zinssatzverträge	1.801.360	134	0	1.801.494	7	0
Börsegehandelte Produkte						
Zinsfutures	167.476	161.990	87.537	417.002	148	0
Zinsoptionen	1.011.624	41.170	27.469	1.080.263	488	- 188
Wechselkurs- und Goldverträge	35.898.030	8.507.329	1.779.425	46.184.784	686.601	- 566.084
OTC-Produkte						
Währungs- und Zinsswaps	3.623.595	7.668.474	1.720.810	13.012.879	407.959	- 259.683
Devisentermingeschäfte	29.855.404	707.344	58.615	30.621.363	250.463	- 278.295
Währungsoptionen - Käufe	1.176.496	62.336	0	1.238.832	26.285	0
Währungsoptionen - Verkäufe	1.217.577	40.753	0	1.258.329	0	- 28.106
Goldverträge	0	28.423	0	28.423	1.497	0
Börsegehandelte Produkte						
Devisenterminkontrakte (Futures)	24.958	0	0	24.958	397	0
Wertpapierbezogene Geschäfte	1.285.231	1.948.330	205.224	3.438.785	124.220	- 119.117
OTC-Produkte						
Aktien-/Indexoptionen - Käufe	88.550	851.942	182.724	1.123.216	79.463	- 3.986
Aktien-/Indexoptionen - Verkäufe	257.005	992.597	22.500	1.272.102	23.416	- 86.626
Sonstige wertpapierbezogene Geschäfte	0	40.750	0	40.750	2.683	0
Börsegehandelte Produkte						
Aktien-/Index-Terminkontrakte	442.351	0	0	442.351	10.126	- 13.157
Aktien-/Indexoptionen	497.325	63.041	0	560.366	8.532	- 15.348
Warentermingeschäfte	95.132	65.056	0	160.188	3.084	- 3.917
Kreditderivate	4.169	144.169	83.800	232.138	108	- 4.915
Edelmetallgeschäfte	23.023	0	0	23.023	94	- 26

Den negativen Marktwerten bei wertpapierbezogenen Geschäften stehen zu Sicherungszwecken erworbene Aktien in den Handelsaktiva gegenüber, die in der obigen Tabelle nicht enthalten sind.

2016 in € Tausend	Nominalbeträge nach Restlaufzeit			Gesamt	Marktwerte	
	Bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre		Positive	Negative
Gesamt	65.512.221	74.540.645	52.374.965	192.427.831	4.082.219	- 3.387.283
Zinssatzverträge	26.699.382	63.426.788	50.318.362	140.444.531	3.069.639	- 2.141.020
OTC-Produkte						
Zinsswaps	23.243.697	53.017.215	44.161.793	120.422.706	2.774.581	- 1.909.513
Zinstermingeschäfte	824.943	0	0	824.943	34	0
Zinsoptionen - Käufe	1.203.708	5.353.995	3.206.507	9.764.211	294.952	0
Zinsoptionen - Verkäufe	1.096.945	4.951.732	2.863.743	8.912.420	0	- 230.881
Sonstige Zinssatzverträge	0	0	0	0	0	0
Börsegehandelte Produkte						
Zinsfutures	330.089	49.412	38.592	418.093	0	- 626
Zinsoptionen	0	54.433	47.726	102.160	72	0
Wechselkurs- und Goldverträge	36.878.782	9.413.284	1.828.282	48.120.348	913.876	- 1.070.164
OTC-Produkte						
Währungs- und Zinsswaps ¹	4.912.509	8.359.482	1.828.282	15.100.272	465.483	- 729.777
Devisentermingeschäfte	28.748.913	973.379	0	29.722.293	429.751	- 320.081
Währungsoptionen - Käufe	1.202.723	27.264	0	1.229.987	14.774	0
Währungsoptionen - Verkäufe	1.402.522	34.639	0	1.437.162	0	- 14.003
Goldverträge	1.431	18.519	0	19.950	492	0
Börsegehandelte Produkte						
Devisenterminkontrakte (Futures)	610.685	0	0	610.685	3.376	- 6.304
Wertpapierbezogene Geschäfte	924.565	1.519.131	228.322	2.672.017	94.938	- 164.863
OTC-Produkte						
Aktien-/Indexoptionen - Käufe	48.915	590.584	123.230	762.729	49.563	0
Aktien-/Indexoptionen - Verkäufe	209.132	904.613	104.595	1.218.340	8.942	- 125.385
Sonstige wertpapierbezogene Geschäfte	0	0	0	0	0	0
Börsegehandelte Produkte						
Aktien-/Index-Terminkontrakte	405.278	291	497	406.066	31.302	- 32.414
Aktien-/Indexoptionen	261.240	23.643	0	284.883	5.131	- 7.065
Warentermingeschäfte	95.930	95.699	0	191.629	3.119	- 9.428
Kreditderivate	895.537	85.743	0	981.281	648	- 687
Edelmetallgeschäfte	18.024	0	0	18.024	0	- 1.120

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte bezüglich der Bestände mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren

(40) Fair Value von Finanzinstrumenten

Die Bewertung zum Fair Value erfolgt im Konzern primär anhand von externen Datenquellen (im Wesentlichen Börsepreise oder Broker-Quotierungen in hochliquiden Märkten). Finanzinstrumente, für die die Fair-Value-Bewertung anhand von quotierten Marktpreisen erfolgt, sind hauptsächlich börsennotierte Wertpapiere und Derivate sowie liquide Anleihen, die auf OTC-Märkten gehandelt werden. Diese Finanzinstrumente werden dem Level I der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet.

Wird eine Marktbewertung herangezogen, deren Markt aufgrund der eingeschränkten Liquidität nicht als aktiver Markt betrachtet werden kann, wird das zugrunde liegende Finanzinstrument als Level II der Fair-Value-Hierarchie ausgewiesen. Sind keine Marktpreise verfügbar, werden diese Finanzinstrumente anhand von Bewertungsmodellen, die auf beobachtbaren Marktdaten beruhen, bewertet. Diese beobachtbaren Marktdaten sind im Wesentlichen nachvollziehbare Zinskurven, Credit Spreads und Volatilitäten. Der Konzern verwendet grundsätzlich Bewertungsmodelle, die einer internen Prüfung durch das Marktrisiko-Komitee unterliegen, um angemessene Bewertungsparameter sicherzustellen.

Kann die Fair-Value-Bewertung weder anhand von ausreichend regelmäßig gestellten Marktpreisen (Level I) noch anhand von Bewertungsmodellen, die vollständig auf beobachtbaren Marktpreisen beruhen (Level II), erfolgen, werden einzelne nicht auf dem Markt beobachtbare Input-Parameter anhand von angemessenen Annahmen geschätzt. Haben nicht auf dem Markt beobachtbare Parameter einen signifikanten Einfluss auf die Bewertung des zugrunde liegenden Finanzinstruments, wird es dem Level III der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet. Diese nicht regelmäßig beobachtbaren Bewertungsparameter sind im Wesentlichen Credit Spreads, die aus internen Schätzungen abgeleitet werden.

Die Zuordnung bestimmter Finanzinstrumente zu den Level-Kategorien erfordert eine regelmäßige Beurteilung, insbesondere wenn die Bewertung sowohl auf beobachtbaren als auch auf nicht auf dem Markt beobachtbaren Parametern beruht. Auch unter Be-

rücksichtigung von Änderungen der Marktliquidität und damit der Preistransparenz kann sich die Klassifizierung eines Instruments im Zeitablauf ändern.

Fair Value von Finanzinstrumenten, die zum Fair Value ausgewiesen werden

Für Anleihen werden in erster Linie handelbare Marktpreise herangezogen. Sind keine Quotierungen vorhanden, so werden die Wertpapiere mittels Discounted-Cash-Flow-Modell bewertet. Hier fließen als Bewertungsparameter die Zinskurve sowie ein adäquater Credit Spread ein. Die Ermittlung des Credit Spreads erfolgt über auf dem Markt vorhandene, vergleichbare Finanzinstrumente. Für einen geringen Teil des Portfolios wurde ein konservativerer Ansatz gewählt, und es wurden Credit Default Spreads für die Bewertung verwendet. Weiters werden auch externe Bewertungen von Dritten berücksichtigt, die in allen Fällen indikativen Charakter aufweisen. Die Level-Einteilung der Positionen wird am Ende der Berichtsperiode durchgeführt.

Im Konzern kommen für die Bewertung von OTC-Derivaten marktübliche, bekannte Bewertungsmethoden zur Anwendung. Z. B. werden Interest Rate Swaps, Cross Currency Swaps oder Forward Rate Agreements über das für diese Produkte marktübliche Discounted-Cash-Flow-Modell bewertet. OTC-Optionen, z. B. Foreign Exchange Options oder Caps und Floors, liegen Bewertungsmodelle zugrunde, die dem Marktstandard entsprechen. Für die angeführten Produktbeispiele wären dies das Garman-Kohlhagen-Modell sowie Black-Scholes 1972 und Black 1976. Für komplexe Optionen erfolgt die Bewertung mithilfe von Binomialbaummodellen und Monte-Carlo-Simulationen.

Zur Ermittlung des Fair Value ist weiters eine Anpassung der Kreditbewertungen (Credit Value Adjustment, CVA) notwendig, um das mit OTC-Derivattransaktionen verbundene Kreditrisiko der Gegenparteien insbesondere für jene Vertragspartner zu berücksichtigen, mit denen nicht bereits eine Absicherung über Credit Support Annex erfolgt ist. Der ermittelte Betrag stellt jeweils den geschätzten Marktwert der Sicherungsmaßnahmen dar, die zur Absicherung gegen das Kreditrisiko der Gegenparteien aus den OTC-Derivatportfolios des Konzerns erforderlich sind.

Bewertungsanpassungen für das Kontrahentenausfallrisiko (Credit Value Adjustment, CVA) und Anpassungen für das eigene Kreditrisiko (Debit Value Adjustment, DVA) kommen für OTC-Derivate zur Anwendung, um erwartete Verluste im Kreditgeschäft abzudecken. Die CVA-Bewertungsanpassung besteht einerseits aus der Ermittlung des in der Zukunft zu erwartenden positiven Risikobetrags (Expected Positive Exposures) und andererseits aus der Ausfallwahrscheinlichkeit des Kontrahenten. Die DVA-Bewertungsanpassung wird durch den erwarteten negativen Risikobetrag (Expected Negative Exposure) und durch die Kreditqualität der RBI bestimmt. Um den zu erwartenden positiven Risikobetrag zu ermitteln, wird unter Berücksichtigung aller verfügbarer Risikofaktoren (z. B. Währungs- und Zinskurven) eine große Anzahl von Szenarien für zukünftige Zeitpunkte simuliert. Die OTC-Derivate werden unter Berücksichtigung dieser Szenarien an den jeweiligen zukünftigen Zeitpunkten zu Marktwerten bewertet und auf Kontrahentenebene aggregiert, um abschließend für alle Zeitpunkte den positiven Risikobetrag zu bestimmen. Kontrahenten mit CSA-Verträgen (Credit Support Annex, CSA) werden in der Berechnung berücksichtigt. Bei diesen errechnen sich die erwarteten Risikobeträge nicht direkt aus den simulierten Marktwerten, sondern aus einer zukünftig erwarteten Änderung der Marktwerte über einer Margin Period of Risk von zehn Tagen.

Als weitere Komponente für die CVA-Bewertungsanpassung muss für jeden Kontrahenten eine Ausfallwahrscheinlichkeit ermittelt werden. Der Konzern leitet, sofern direkte CDS-Quotierungen (Credit Default Swap, CDS) zur Verfügung stehen, für den jeweiligen Kontrahenten die marktbasierende Ausfallwahrscheinlichkeit und implizit die Verlustquote (Loss-Given Default, LGD) ab. Die Ausfallwahrscheinlichkeit von nicht aktiv auf dem Markt gehandelten Kontrahenten wird durch Zuordnung des internen Ratings eines Kontrahenten an eine sektor- und ratingspezifische CDS-Kurve bestimmt.

Die DVA-Bewertungsanpassung wird durch den erwarteten Risikobetrag (Expected Negative Exposure) und durch die Kreditqualität der RBI bestimmt und stellt die Wertanpassung in Bezug auf die eigene Ausfallwahrscheinlichkeit dar. Die Berechnung erfolgt von der Methodik her analog zum CVA, anstelle des erwarteten positiven Marktwerts wird der erwartete negative Marktwert verwendet. Aus den simulierten zukünftigen aggregierten Kontrahenten-Marktwerten werden anstatt der positiven Risikobeträge negative Risikobeträge bestimmt, die die zu erwartende Schuld, die der Konzern gegenüber dem Kontrahenten an den jeweils relevanten zukünftigen Zeitpunkten hat, darstellen. Zur Bestimmung der eigenen Ausfallwahrscheinlichkeit werden ebenfalls vom Markt implizierte Werte verwendet. Sofern direkte CDS-Quotierungen zur Verfügung stehen, werden diese herangezogen. Falls keine CDS-Quotierung vorliegt, wird die eigene Ausfallwahrscheinlichkeit durch Zuordnung des eigenen Ratings an eine sektor- und ratingspezifische CDS-Kurve bestimmt.

Für die Bewertung von OTC-Derivaten wurde kein Funding Value Adjustment (FVA) berücksichtigt. Die RBI beobachtet die Entwicklungen am Markt und wird gegebenenfalls eine Methode für die Ermittlung des FVA entwickeln.

Die in der Bilanz zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente werden in den folgenden Tabellen nach Bilanzposten gruppiert sowie nach Bewertungskategorien gegliedert dargestellt. Dabei wird unterschieden, ob der Bewertung notierte Marktpreise zugrunde liegen (Level I), ob die Bewertungsmodelle auf beobachtbaren Marktdaten (Level II) oder auf nicht auf dem Markt beobachtbaren Parametern (Level III) basieren. Die Level-Einteilung der Positionen wird am Ende der Berichtsperiode durchgeführt.

in € Tausend	2017			2016		
	Level I	Level II	Level III	Level I	Level II	Level III
Handelsaktiva	2.046.723	2.284.925	24.860	2.030.695	3.667.492	72.220
Positive Marktwerte derivativer Finanzinstrumente ¹	127.873	2.009.213	1.009	93.900	3.342.774	852
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	243.211	232	59	164.159	350	65
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.675.639	275.480	23.792	1.772.637	324.368	71.303
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	5.290.102	324.417	11.120	1.937.532	1.972.735	52.490
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	102.188	96	1.150	2.502	23	1.168
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.187.914	324.321	9.970	1.935.030	1.972.712	51.322
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	4.937.631	1.307.097	237.756	3.750.409	44.138	73.585
Sonstige Beteiligungen	1.400	41.054	60.989	1.536	28.673	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.846.111	1.266.043	176.216	3.748.871	15.465	70.865
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	90.120	0	551	3	0	2.721
Derivate für Sicherungsmaßnahmen	0	521.959	0	0	644.693	0
Positive Marktwerte derivativer Sicherungsinstrumente	0	521.959	0	0	644.693	0

¹ Inklusive sonstige Derivate

Level I Notierte Marktpreise
Level II Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden
Level III Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

in € Tausend	2017			2016		
	Level I	Level II	Level III	Level I	Level II	Level III
Handelspassiva	413.065	4.000.069	1.343	618.955	4.854.785	7.537
Negative Marktwerte derivativer Finanzinstrumente ¹	114.913	1.610.886	517	135.334	2.826.443	91
Tag-/Festgelder des Handelsbestands	0	0	0	0	0	0
Leerverkauf von Handelsaktiva	298.151	45.489	0	483.236	72.111	0
Emittierte Zertifikate	1	2.343.695	826	386	1.956.232	7.446
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	0	2.522.055	0	0	2.783.648	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	0	616.867	0	0	751.720	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	1.133.245	0	0	1.373.418	0
Nachrangkapital	0	771.944	0	0	658.510	0
Derivate für Sicherungsmaßnahmen	0	204.508	0	0	425.415	0
Negative Marktwerte derivativer Sicherungsinstrumente	0	204.508	0	0	425.415	0

¹ Inklusive sonstige Derivate

Level I Notierte Marktpreise
Level II Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden
Level III Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

Bewegungen zwischen Level I und Level II

Pro Finanzinstrument wird untersucht, ob notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt (Level I) vorhanden sind. Bei Finanzinstrumenten mit nicht notierten Marktpreisen werden beobachtbare Marktdaten wie Zinskurven zur Berechnung des Fair Value herangezogen (Level II). Eine Umgliederung erfolgt, wenn sich diese Einschätzung ändert.

Bei der Umgliederung von Level I in Level II handelt es sich um Titel, für die bisher Marktquotierungen gestellt wurden, die nun nicht mehr vorhanden sind. Für diese Wertpapiere erfolgt die Bewertung nun anhand eines Discounted-Cash-Flow-Modells unter Einbeziehung der jeweils gültigen Zinskurve sowie des adäquaten Credit Spreads.

Bei der Umgliederung von Level II in Level I handelt es sich um Titel, für die die Bewertungsergebnisse zuvor anhand eines Discounted-Cash-Flow-Modells ermittelt wurden. Da nun Marktquotierungen zur Verfügung stehen, können diese für die Bewertung herangezogen werden.

Der Anteil der finanziellen Vermögenswerte gemäß Level II reduzierte sich im Jahresvergleich. Der eingetretene Rückgang basiert hauptsächlich auf Abgängen aus der Kategorie Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte, insbesondere Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere. Bei den Vermögenswerten gemäß Level I

kam es im Vergleich mit dem Wert zum Jahresende 2016 zu einer starken Erhöhung, die durch die Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG zu erklären ist.

Bewegungen von zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten in Level III

Die folgende Tabellen zeigen die Entwicklung des Fair Value von Finanzinstrumenten, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und die deshalb einer anderen Bewertungsmethodik unterliegen. Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht am Markt beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat. Aufgrund einer Veränderung der beobachtbaren Bewertungsparameter kam es zu einer Umgliederung einzelner Finanzinstrumente aus Level III. Die umgelierten Finanzinstrumente werden unter Level II ausgewiesen, da Sie auf Basis von marktgestützten Input-Parametern bewertet werden.

in € Tausend	Stand 1.1.2017	Änderung Konsolidierungskreis	Währungs- differenzen	Käufe	Verkäufe, Tilgungen
Handelsaktiva	72.220	0	4.047	10.070	- 59.776
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	52.490	0	- 41	42	- 846
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	73.585	58.821	3.613	151.806	- 110.997

in € Tausend	Erfolg in GuV	Erfolg im sonstigen Ergebnis	Transfer in Level III	Transfer aus Level III	Stand 31.12.2017
Handelsaktiva	- 1.702	0	0	0	24.860
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.456	0	0	- 41.981	11.120
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	0	- 61	60.989	0	237.756

in € Tausend	Stand 1.1.2017	Änderung Konsolidierungskreis	Währungs- differenzen	Käufe	Verkäufe, Tilgungen
Handelspassiva	7.537	229	4	1.138	- 7.040

in € Tausend	Erfolg in GuV	Erfolg im sonstigen Ergebnis	Transfer in Level III	Transfer aus Level III	Stand 31.12.2017
Handelspassiva	17	0	0	- 540	1.343

Die Verluste aus Finanzinstrumenten des Level III der Fair-Value-Hierarchie beliefen sich im Geschäftsjahr auf € 229 Tausend (2016: Gewinn von € 135.817 Tausend).

Qualitative Informationen zur Bewertung von Level-III-Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte	Art	Marktwert in € Tausend	Bewertungs- methode	Wesentliche nicht beobachtbare Input- Faktoren	Umfang der nicht beobachtbaren Input-Faktoren
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Geschlossene Immobilienfonds	59	Substanzwert- methode	Abschläge	40 - 90%
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Aktien, variabel verzinsliche Anleihen	1.700	Anschaffungs- kosten, DCF- Verfahren	Realisierungsquote Kreditspanne	10 - 40%
Sonstige Beteiligungen	Aktien	60.989	Ertragswert- verfahren	Prognostizierte Cash- Flows	-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Festverzinsliche Anleihen	202.106	DCF-Verfahren	Kreditspanne	0,4 - 50%
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Asset-Backed Securities	7.872	DCF-Verfahren	Realisierungsquote Kreditspanne	10 - 20%
Positive Marktwerte aus dem derivativen Bankbuch ohne Hedge Accounting	Devisentermin- geschäfte	1.009	Kapitalwert- methode Internes Modell	Zinssatz PD LGD	10 - 30% 0,25 - 100% 37 - 64%
Gesamt		273.736			

Finanzielle Verbindlichkeiten	Art	Marktwert in € Tausend	Bewertungs- methode	Wesentliche nicht beobachtbare Input-Faktoren	Umfang der nicht beobachtbaren Input-Faktoren
Negative Marktwerte aus dem derivativen Bankbuch ohne Hedge Accounting	OTC-Optionen	517	Option Model Kapitalwert- methode	Durchführungszeitraum	2 - 5%
				Währungsrisiko	0 - 5%
Zu Handelszwecken ausgestellte Zertifikate	Zertifikate	826	Option Model (Curran)	Schwankungen	0 - 3%
				Index-Kategorisierung	0 - 5%
				Durchführungszeitraum/Closing Periode	0 - 3%
				Geld-Brief Spanne	0 - 3%
				Schwankungen/Volatilität	0 - 3%
				Index-Kategorisierung	0 - 2,5%
Gesamt		1.343			

Fair Value von Finanzinstrumenten, die nicht zum Fair Value ausgewiesen werden

Für die fix verzinslichen Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kreditinstituten/Kunden wird nur dann ein vom Bilanzwert (nach Berücksichtigung der Kreditrisikovorsorgen) abweichender Marktwert ermittelt, wenn diese eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr aufweisen. Die variabel verzinslichen Forderungen und Verbindlichkeiten werden dann einbezogen, wenn eine Zinsanpassungsperiode von mehr als einem Jahr besteht. Für Kredite wurde der Fair Value durch Abzinsung zukünftiger Cash-Flows unter Verwendung von Zinssätzen berechnet, zu denen ähnliche Kredite mit den gleichen Restlaufzeiten an Kreditnehmer mit vergleichbarer Bonität hätten vergeben werden können. Darüber hinaus wurde das spezifische Kreditrisiko einschließlich der werthaltigen Sicherheiten bei der Ermittlung des Fair Value von Krediten berücksichtigt.

2017 in € Tausend	Level I	Level II	Level III	Fair Value	Buchwert	Differenz
Aktiva						
Barreserve		13.329.782		13.329.782	13.329.782	0
Forderungen an Kreditinstitute	0	8.306.323	6.124.854	14.431.177	14.347.385	83.792
Forderungen an Kunden	0	16.937.571	59.768.219	76.705.789	78.140.866	- 1.435.076
Beteiligungen und Wertpapiere Held-to-Maturity	5.589.079	1.829.205	883.560	8.301.845	8.254.449	47.396
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	19.493.736	2.220.271	21.714.007	21.674.563	39.444
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	27.859.894	57.013.321	84.873.215	84.831.440	41.775
Verbriefte Verbindlichkeiten	113.056	3.747.435	1.041.582	4.902.073	4.751.893	150.180
Nachrangkapital	0	3.006.906	95.518	3.102.424	3.016.033	86.391

2016 in € Tausend	Level I	Level II	Level III	Fair Value	Buchwert	Differenz
Aktiva						
Barreserve		12.242.415		12.242.415	12.242.415	0
Forderungen an Kreditinstitute	0	8.262.067	1.647.033	9.909.101	9.849.646	59.455
Forderungen an Kunden	0	17.216.090	47.722.814	64.938.904	65.609.350	- 670.445
Beteiligungen und Wertpapiere Held-to-Maturity	5.249.218	1.458.517	193.692	6.901.428	6.809.658	91.770
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	10.417.797	1.724.605	12.142.402	12.064.755	77.647
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	27.002.668	44.585.410	71.588.078	71.538.226	49.852
Verbriefte Verbindlichkeiten	106.814	3.728.921	1.469.758	5.305.493	5.271.709	33.784
Nachrangkapital	0	3.337.908	401.636	3.739.544	3.545.183	194.361

(41) Eventualverbindlichkeiten und andere außerbilanzielle Verpflichtungen

in € Tausend	2017	2016
Eventualverbindlichkeiten	9.917.133	9.055.448
Avalkredite	5.732.500	5.397.891
Sonstige Bürgschaften	2.827.803	2.626.370
Akkreditive	1.329.472	993.936
Sonstige Eventualverbindlichkeiten	27.358	37.251
Kreditrisiken	10.897.783	10.174.261
Unwiderrufliche Kreditzusagen/Stand-by Facilities	10.897.783	10.174.261
Bis 1 Jahr	2.506.741	2.818.529
Über 1 Jahr	8.391.042	7.355.732

Die sonstigen Kreditrisiken, welche nicht den Kreditzusagen zuzuordnen sind, beliefen sich im Berichtsjahr auf € 594.374 Tausend (2016: € 415.220 Tausend).

Die folgende Tabelle enthält widerrufliche Kreditzusagen:

in € Tausend	2017	2016
Widerrufliche Kreditzusagen	19.799.534	16.890.479
Bis 1 Jahr	10.811.095	9.643.908
Über 1 Jahr	5.953.839	4.090.360
Ohne Laufzeit	3.034.600	3.156.211

Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich

Die RBI AG ist Mitglied der Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich. Deren Vereinsmitglieder übernehmen eine vertragliche Haftungsverpflichtung, durch die sie solidarisch die zeitgerechte Erfüllung aller Kundeneinlagen und Eigenemissionen eines insolventen Vereinsmitglieds bis zu jener Grenze garantieren, die sich aus der Summe der individuellen Tragfähigkeit der anderen Vereinsmitglieder ergibt. Die individuelle Tragfähigkeit eines Vereinsmitglieds bestimmt sich nach den frei verwendbaren Reserven unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen des BWG.

Institutionelles Sicherungssystem

Mit Einführung der CRR (Capital Requirements Regulation) im Jahr 2014 ergaben sich einige wesentliche Anpassungen betreffend die bis dato im BWG enthaltenen Regelungen für einen nach genossenschaftlichen Grundsätzen organisierten dezentralen Bankenverbund. Gemäß dieser EU-Verordnung müssen Kreditinstitute bei der Ermittlung ihrer Eigenmittel grundsätzlich ihre Positionen in Eigenmittelinstrumenten anderer Kreditinstitute außerhalb ihrer Kreditinstitutsgruppe in Abzug bringen, sofern nicht eine Befreiung durch eigens gebildete institutionelle Sicherungssysteme (Institutional Protection Scheme, IPS) besteht. Deshalb hat die RBG ein IPS etabliert und dazu vertragliche oder satzungsmäßige Haftungsvereinbarungen geschlossen. Das IPS sichert die teilnehmenden Institute ab und gewährleistet ihre Liquidität und Solvenz, falls es einen Konkurs zu vermeiden gilt. Basierend auf der Aufbauorganisation der RBG wurde der Aufbau des IPS in zwei Stufen konzipiert. Die im Einklang damit bei der zuständigen Aufsichtsbehörde gestellten Anträge wurden im Oktober und November 2014 genehmigt.

Die RBI AG als Zentralinstitut der RBG ist Mitglied des Bundes-IPS, an dem neben den Raiffeisenlandesbanken auch die Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien reg GmbH, Wien, die Posojilnica Bank eGen, Klagenfurt, die Raiffeisen Wohnbaubank AG, Wien, sowie die Raiffeisen Bausparkasse GmbH, Wien, teilnehmen. Darüber hinaus wurde in den meisten Bundesländern ein regionales IPS gebildet.

Mitglieder in den regionalen IPS sind die jeweiligen Landeszentralen und die lokal tätigen Raiffeisenbanken.

Basis für das Bundes-IPS ist die einheitliche und gemeinsame Risikobeobachtung im Rahmen des Früherkennungssystems der Österreichischen Raiffeisen-Einlagensicherung (ÖRE). Das IPS ergänzt somit die gegenseitige Unterstützung im Rahmen der RBG im Fall wirtschaftlicher Probleme eines Mitgliedsinstituts als weiterer Baustein. In den Jahren 2016 und 2017 ist es zu einem Anlassfall gekommen (Posojilnica Bank eGen, Klagenfurt), in dessen Rahmen dem betroffenen Institut aus dem bereits gebildeten Sondervermögen Eigenmittel in Form von gezeichneten Anteilen und einem Nachrangkredit zur Verfügung gestellt wurden.

Risikobericht

(42) Risiken von Finanzinstrumenten

Aktives Risikomanagement stellt für den Konzern eine Kernkompetenz dar. Um Risiken effektiv zu erkennen, einzustufen und zu steuern, entwickelt der Konzern sein umfassendes Risikomanagement permanent weiter. Das Risikomanagement ist ein integraler Bestandteil der Gesamtbanksteuerung und berücksichtigt neben den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen insbesondere die Art, den Umfang und die Komplexität der Geschäfte sowie die daraus resultierenden Risiken. Der Risikobericht erläutert die Grundsätze und die Organisation des Risikomanagements und stellt die aktuelle Risikoposition für alle materiellen Risiken dar. Die Vergleichswerte zum Jahresende 2016 entsprechen den publizierten Werten der RBI vor der Verschmelzung mit der RZB.

Grundsätze des Risikomanagements

Der Konzern verfügt über ein System von Risikoprinzipien sowie Risikomessungs- und Überwachungsverfahren. Sie alle dienen dem Ziel, die wesentlichen Risiken aller Banken und Spezialgesellschaften des Konzerns zu kontrollieren und zu steuern. Die Risikopolitik und die Grundsätze des Risikomanagements werden vom Vorstand festgelegt. Zu den Risikogrundsätzen gehören dabei u. a. folgende Prinzipien:

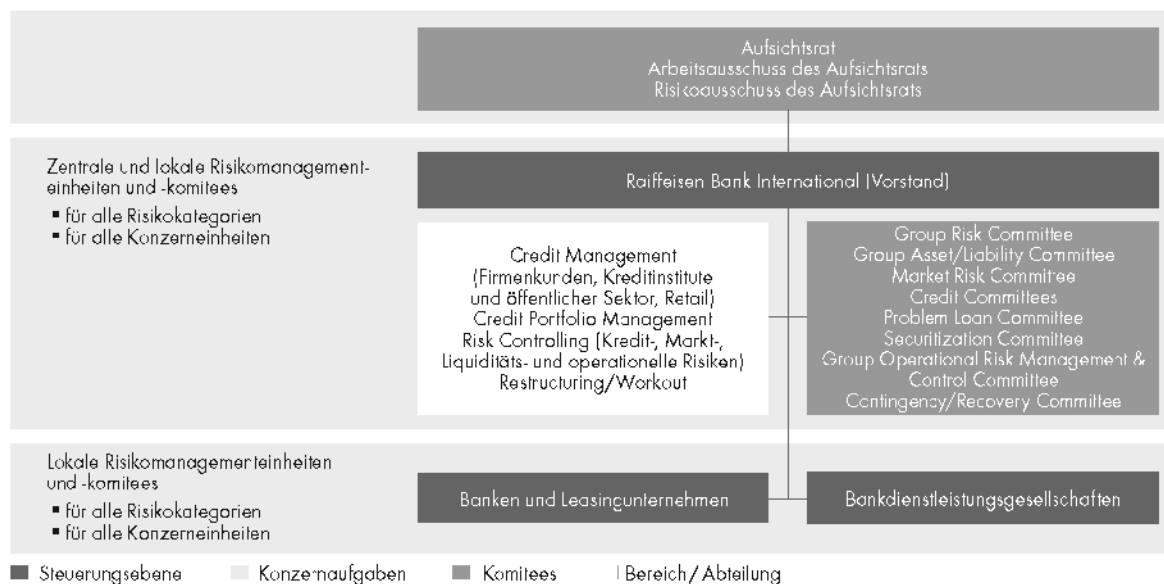
- Integriertes Risikomanagement: Kredit- und Länderrisiken, Markt- und Liquiditätsrisiken sowie operationelle Risiken werden als Hauptrisiken konzernweit gesteuert. Dazu werden diese Risiken gemessen, limitiert, aggregiert und den verfügbaren Risikodeckungsmassen gegenübergestellt.
- Einheitliche Methoden: Um einen konsistenten und kohärenten Risikomanagement-Ansatz zu gewährleisten, werden konzernweit einheitliche Methoden zur Risikobeurteilung und -limitierung eingesetzt. Dieses Vorgehen ist effizient für die Entwicklung von Risikomanagement-Methoden und bildet die Grundlage für eine einheitliche Konzernsteuerung in allen Ländern und Geschäftssegmenten.
- Laufende Planung: Die Risikostrategien und das Risikokapital werden während des jährlichen Budgetierungs- und Planungsprozesses überarbeitet und bewilligt. Wesentliches Augenmerk wird dabei auf die Vermeidung von Risikokonzentrationen gelegt.
- Unabhängige Kontrolle: Es besteht eine klare personelle und funktionale Trennung zwischen den Geschäfts- und allen Risikomanagement- und Risikocontrolling-Aktivitäten.
- Vor- und Nachkalkulation: Risiken werden konsistent im Rahmen des Produktvertriebs und in der risikoadjustierten Performancemessung berücksichtigt. Damit wird sichergestellt, dass Geschäfte grundsätzlich nur unter Berücksichtigung des Risikoertrags-Verhältnisses abgeschlossen und Anreize zum Eingehen hoher Risiken vermieden werden.

Im Einklang mit diesen Grundsätzen werden von den Risikomanagement-Einheiten des Konzerns detaillierte Risikostrategien ausgearbeitet, die diese allgemeinen Richtlinien in konkrete Ziele und spezifische Standards überführen. Die übergeordnete Gesamtbank-Risikostrategie leitet sich dabei aus der Geschäftsstrategie sowie aus dem Risikoappetit des Konzerns ab und ergänzt diese um risikorelevante Gesichtspunkte zur geplanten Geschäftsstruktur und zur strategischen Entwicklung. Diese Aspekte umfassen beispielsweise strukturelle Limits oder Kapitalquotenziele, die in der Budgetierung und im Rahmen der Geschäftsentscheidungen eingehalten werden müssen. Weitere spezifische Ziele für die einzelnen Risikokategorien werden in Detail-Risikostrategien festgelegt. So definiert die Kreditrisikostrategie des Konzerns z. B. Kreditportfoliolimits für einzelne Länder und Segmente und regelt die Kompetenzordnung für Einzelkreditentscheidungen.

Organisation des Risikomanagements

Der Vorstand des Konzerns stellt die angemessene Organisation und die Weiterentwicklung des Risikomanagements sicher. Er entscheidet über die angewendeten Verfahren zur Identifikation, Messung und Überwachung der Risiken und trifft Steuerungsmaßnahmen anhand der erstellten Auswertungen und Analysen. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben wird der Vorstand durch unabhängige Risikomanagement-Einheiten sowie spezifische Komitees unterstützt.

Grundsätzlich erfolgt das Risikomanagement im Konzern auf mehreren Stufen. Die RBI AG entwickelt und implementiert die Konzepte als übergeordnetes Kreditinstitut und in Zusammenarbeit mit den einzelnen Tochterunternehmen des Konzerns. Die zentralen Risikomanagement-Einheiten sind verantwortlich für die angemessene und geeignete Umsetzung der Risikomanagement-Prozesse. Sie legen dazu Konzernrichtlinien fest und definieren geschäftsspezifische Vorgaben, Werkzeuge und Vorgehensweisen für alle Gesellschaften des Konzerns. Durch die Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG konnte die Organisation des Risikomanagements und des Risikocontrollings vereinfacht und gestrafft werden.



Zusätzlich existieren in den verschiedenen rechtlichen Konzerneinheiten lokale Risikomanagement-Einheiten. Diese implementieren die Risikopolitik in den jeweiligen Risikokategorien und steuern das Geschäft innerhalb der genehmigten Risikobudgets, um die aus der Geschäftspolitik resultierenden Ziele zu erfüllen. Zu diesem Zweck überwachen sie die entstehenden Risiken mithilfe standardisierter Messmethoden und melden diese auch über definierte Reporting-Schnittstellen an zentrale Risikomanagement-Einheiten.

Die im Bankwesengesetz geforderte Funktion des zentralen und unabhängigen Risikocontrollings wird durch den organisatorischen Bereich Group Risk Controlling ausgeübt. Dessen Aufgaben umfassen die Erstellung des konzernweiten und risikokategorieübergreifenden Regelwerks zur Konzern-Risikosteuerung und die unabhängige und neutrale Berichterstattung über das Risikoprofil an den Risikoausschuss des Aufsichtsrats, den Gesamtvorstand und die einzelnen Geschäftsbereichsverantwortlichen. Weiters werden hier das erforderliche Risikokapital für die unterschiedlichen Konzerneinheiten ermittelt und der Ausnutzungsgrad der festgelegten Risikokapitalbudgets zur Beurteilung der Angemessenheit der Kapitalausstattung berechnet.

Risikokomitees

Das Group Risk Committee ist das übergeordnete Entscheidungsgremium für alle risikorelevanten Themenbereiche des Konzerns. Es beschließt die Risikomanagement-Methoden und die Steuerungskonzepte, die für den Gesamtkonzern und wesentliche Teilbereiche eingesetzt werden, und ist für die laufende Weiterentwicklung und Implementierung der Methoden und Parameter zur Risikomessung und die Verfeinerung der Steuerungsinstrumente verantwortlich. Dazu zählen auch der Risikoappetit, unterschiedliche Risikobudgets und -limits auf Gesamtbankenbene sowie die Überwachung der aktuellen Risikosituation unter Berücksichtigung einer angemessenen Kapitalausstattung und der entsprechenden Risikolimits. Es bewilligt die verschiedenen Risikomanagement- und -steuerungsaktivitäten (z. B. die Allokation von Risikobudgets) und unterstützt den Vorstand bei diesen Tätigkeiten.

Das Group Asset/Liability Committee beurteilt und steuert das Bilanzstruktur- und Liquiditätsrisiko und legt die Methodik für das interne Transferpreissystem fest. Es nimmt in diesem Zusammenhang wesentliche Aufgaben betreffend die langfristige Refinanzierungsplanung sowie die Festlegung von Absicherungsmaßnahmen zu strukturellen Zins- und Währungsrisiken wahr. Das Capital Hedge Committee ist ein Sub-Komitee des Group Asset/Liability Committees und managt das Währungsrisiko der Kapitalposition.

Das Market Risk Committee steuert das Marktrisiko aus Handels- und Bankbuchgeschäften und legt die entsprechenden Limits und Verfahren fest. In diese Steuerung fließen insbesondere die Geschäftsergebnisse, die ermittelten Risiken und die gemessene Limitauslastung sowie die Ergebnisse aus Szenarioanalysen und Stresstests betreffend Marktrisiken ein.

Die Credit Committees setzen sich aus Vertretern der Bereiche Markt und Marktfolge zusammen, wobei sich die personelle Besetzung je nach Kunden für Firmenkunden, Finanzinstitute, den öffentlichen Sektor sowie Retail unterscheidet. Sie beschließen die konkreten Kreditvergabekriterien für einzelne Kundensegmente und Länder und treffen im Rahmen des Kreditgenehmigungsprozesses und der rating- und volumenorientierten Kompetenzordnung alle sie betreffenden Kreditentscheidungen.

Das Problem Loan Committee ist das wesentliche Gremium im Prozess der Beurteilung und Entscheidungsfindung bei Problemkunden. Es umfasst in erster Linie Entscheidungsträger. Sein Vorsitzender ist der Chief Risk Officer (CRO) der RBI. Weitere stimmberechtigte Mitglieder sind die für die Kundenbereiche verantwortlichen Vorstandsmitglieder, der Chief Financial Officer (CFO) sowie die relevanten Bereichs- und Abteilungsleiter aus Risikomanagement und Special Exposures Management (Workout).

Das Securitization Committee ist das Entscheidungsgremium für Limitanträge betreffend Verbriefungspositionen im Rahmen der konkreten Entscheidungsbefugnisse und erarbeitet Änderungsvorschläge zur Verbriefungsstrategie für den Vorstand. Zusätzlich dient das Securitization Committee als Plattform zum Austausch von Informationen bezüglich Verbriefungspositionen und Marktentwicklungen.

Das Group Operational Risk Management & Control Committee setzt sich unter dem Vorsitz des CRO sowohl aus Vertretern der Geschäftsbereiche (Retail, Markt- und Firmenkunden) als auch aus Vertretern von Compliance (inklusive Finanzkriminalität), Internes Kontrollsystem (IKS), Operations, Security und Risk Controlling zusammen. Dieses Gremium ist mit der Steuerung des operativen Risikos (inklusive Verhaltensrisiken) betraut, um basierend auf dem Risikoprofil und der Geschäftsstrategie eine operationelle Risikostrategie abzuleiten und zu etablieren sowie auf dieser Basis Entscheidungen im Hinblick auf Maßnahmen, Kontrollen und Risikoakzeptanz zu treffen.

Das Contingency/Recovery Committee ist ein durch den Vorstand einzuberufendes Entscheidungsgremium. Die Zusammensetzung des Gremiums variiert gegebenenfalls abhängig von der Intensität bzw. dem Fokus (z. B. Kapital und/oder Liquidität) situationsspezifischer Anforderungen. Kernaufgabe des Komitees ist es, die finanzielle Stabilität im Sinn des BaSAG (österreichisches Banken-Sanierungs- und -Abwicklungsgesetz) bzw. der BRRD (Banking Recovery and Resolution Directive) im Fall einer kritischen Finanzsituation aufrechtzuerhalten bzw. wiederherzustellen.

Qualitätssicherung und Revision

Qualitätssicherung in Bezug auf Risikomanagement bedeutet die Sicherstellung der Integrität, Zuverlässigkeit und Fehlerfreiheit von Prozessen, Modellen, Berechnungsvorgängen und Datenquellen. Dies soll die Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben seitens des Konzerns und die Erfüllung höchster Qualitätsanforderungen in Bezug auf die Risikomanagement-Aktivitäten gewährleisten.

Die Koordination dieser Aspekte erfolgt durch den Bereich Group Compliance, der das interne Kontrollsystem laufend analysiert und – falls daraus Anpassungsbedarf resultiert – auch für die Überwachung der Umsetzung verantwortlich ist.

Zwei wichtige Funktionen in der unabhängigen Prüfung werden durch die Bereiche Audit und Compliance wahrgenommen. Der Einsatz einer unabhängigen internen Revision ist eine gesetzliche Vorgabe und zentraler Bestandteil des internen Kontrollsystems. Die Revision überprüft periodisch die gesamten Geschäftsprozesse und trägt damit wesentlich zu deren Absicherung und Verbesserung bei. Die dazu erstellten Berichte werden direkt an den Vorstand des Konzerns adressiert und regelmäßig in dessen Sitzungen behandelt.

Das Compliance Office verantwortet alle Themenstellungen rund um die Einhaltung gesetzlicher Anforderungen in Ergänzung und als Bestandteil des internen Kontrollsystems. Damit wird die Einhaltung der bestehenden Regelungen in den täglichen Abläufen überwacht.

Darüber hinaus wird im Rahmen der Jahresabschlussprüfung durch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften eine gänzlich unabhängige und objektive Prüfung frei von potenziellen Interessenkonflikten durchgeführt. Schließlich unterliegt der Konzern auch der laufenden Überwachung durch die europäische Zentralbank, die österreichische Finanzmarktaufsicht sowie den lokalen Aufsichtsbehörden jener Länder, in denen er mit Filialen oder Tochtergesellschaften vertreten ist.

Konzern-Risikosteuerung

Die Sicherstellung einer angemessenen Kapitalausstattung ist eines der wesentlichen Ziele des Unternehmens. Die erforderliche Kapitalausstattung wird dazu regelmäßig auf Basis des nach internen Modellen ermittelten Risikos beurteilt, wobei in der Wahl der verwendeten Modelle auf die im jährlich durchgeführten Risikoassessment beurteilte Wesentlichkeit der Risiken Rücksicht genommen wird. Dieses Konzept der Konzern-Risikosteuerung berücksichtigt die Kapitalerfordernisse sowohl aus regulatorischer Sicht (Nachhaltigkeits- und Going-Concern-Perspektive) als auch unter einem ökonomischen Gesichtspunkt (Zielrating-Perspektive). Es entspricht damit dem quantitativen Verfahren zur Beurteilung der Angemessenheit der internen Kapitalausstattung (ICAAP), wie gesetzlich gefordert. Der gesamte ICAAP-Prozess des Konzerns wird jährlich im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Evaluierung der RBI Kreditinstitutsgruppe geprüft.

Das Risk Appetite Framework (RAF) limitiert das Gesamtrisiko des Konzerns im Einklang mit den strategischen Geschäftszielen und alloziert diese auf die unterschiedlichen Risikoarten und Geschäftsbereiche. Das vorrangige Ziel des RAF ist das Risiko insbesondere auch in adversen Szenarien und für große singuläre Risiken so zu begrenzen, dass die Erfüllung regulatorischer Mindestquoten gegeben ist. Das Risk Appetite Framework basiert daher auf den drei Säulen des ICAAP (Zielrating, Going-Concern, Nachhaltigkeits-Perspektive) und setzt Konzentrationsrisikolimits für die im Risikoassessment als wesentlich eingestufteten Risikoarten. Über den vom Vorstand beschlossenen Risikoappetit und die Risikostrategie des Konzerns und deren Umsetzung wird zudem regelmäßig im Risikoausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Ziel	Risiko	Messmethode	Konfidenzniveau
Zielrating-Perspektive	Risiko, die Forderungen vorrangiger Gläubiger des Konzerns nicht bedienen zu können	Der unerwartete Verlust für den Risikohorizont von einem Jahr (ökonomisches Kapital) darf den aktuellen Wert des Eigenkapitals und nachrangiger Kapitalformen nicht überschreiten	99,92 Prozent abgeleitet von der Ausfallwahrscheinlichkeit des angestrebten Ratings
Going-Concern-Perspektive	Risiko, das Kapitalerfordernis entsprechend den CRR-Regelungen zu unterschreiten	Die Risikotragfähigkeit (erwarteter Gewinn und nicht für aufsichtsrechtliche Zwecke gebundenes Kapital) muss den Value-at-Risk (Risikohorizont: 1 Jahr) des Konzerns übersteigen	95 Prozent - unterstellt die Bereitschaft der Eigentümer, zusätzliche Eigenmittel zur Verfügung zu stellen
Nachhaltigkeits-Perspektive	Risiko, eine nachhaltige Kernkapitalquote über den Konjunkturzyklus hinweg zu unterschreiten	Kapital- und Ertragsprognose für die dreijährige Planungsperiode bei Annahme eines signifikanten makroökonomischen Abschwungs	85-90 Prozent - basierend auf der Managemententscheidung, potenziell temporäre Risikoreduktionen oder stabilisierende Eigenkapitalmaßnahmen vorzunehmen

Zielrating-Perspektive

In der Zielrating-Perspektive werden Risiken durch das ökonomische Kapital gemessen, das eine vergleichbare Risikokennzahl für alle Risikoarten darstellt. Es wird als die Summe von unerwarteten Verlusten aus den Geschäften aller Konzerneinheiten in den unterschiedlichen Risikokategorien (Kredit-, Beteiligungs-, Markt-, Liquiditäts-, makroökonomisches und operationelles Risiko sowie Risiko aus sonstigen Sachanlagen) berechnet. Zusätzlich fließt ein allgemeiner Puffer für andere Risikoarten ein, die nicht explizit quantifiziert werden.

Ziel der Berechnung des ökonomischen Kapitals ist die Ermittlung jenes Kapitals, das für die Bedienung aller Ansprüche von Kunden und Kreditoren auch bei einem derart seltenen Verlustereignis erforderlich wäre. Der Konzern wendet zur Berechnung des ökonomischen Kapitals ein Konfidenzniveau von 99,92 Prozent an, das sich aus der Ausfallwahrscheinlichkeit des angestrebten Ratings ableitet. Auf Grundlage der empirischen Auswertungen durch die Rating-Agenturen entspricht das gewählte Konfidenzniveau einem Rating von Single A.

Im Jahresverlauf erhöhte sich das ökonomische Kapital des Konzerns um 11,7 Prozent oder € 618.748 Tausend auf € 5.928.456 Tausend. Allerdings beziehen sich die Vergleichswerte für 2016 auf den RBI-Teilkonzern vor der Verschmelzung mit der RZB. Der beim Marktrisiko eingetretene Anstieg ist bedingt durch die Umsetzung der EBA-Richtlinie für das Zinsrisiko im Bankbuch im ICAAP. Insgesamt waren zum Stichtag Kreditrisiken für 57 Prozent (2016: 61 Prozent) des ökonomischen Kapitals verantwortlich. Zusätzlich wird ein genereller Risikopuffer für andere Risiken von unverändert 5 Prozent des ermittelten ökonomischen Kapitals aufgeschlagen. In der Allokation des Risikokapitals per 31. Dezember 2017 wird mit 33 Prozent (2016: 34 Prozent) der größte Anteil des ökonomischen Kapitals durch Konzerneinheiten in Zentraleuropa beansprucht.

Dem ökonomischen Kapital steht das interne Kapital gegenüber, das hauptsächlich das Eigen- und Nachrangkapital des Konzerns umfasst und im Verlustfall als primäre Risikodeckungsmasse für die Bedienung von Verpflichtungen gegenüber vorrangigen Gläubigern dient. Die gesamte Ausnutzung des zur Verfügung stehenden Risikokapitals (Verhältnis von ökonomischem zu internem Kapital) betrug zum Jahresultimo rund 45 Prozent (2016: 46 Prozent).

Das ökonomische Kapital dient als wichtiges Instrument der Konzern-Risikosteuerung. Limits für das ökonomische Kapital werden dazu im jährlichen Budgetierungsprozess auf die einzelnen Geschäftsbereiche aufgeteilt und für die operative Steuerung durch Volumen-, Sensitivitäts- oder Value-at-Risk-Limits ergänzt. Diese Planung im Konzern erfolgt jeweils für drei Jahre auf revolvierender Basis und bezieht sich sowohl auf die zukünftige Entwicklung des ökonomischen Kapitals als auch auf das zur Verfügung stehende interne Kapital. Das ökonomische Kapital wirkt sich somit wesentlich auf die Planung der zukünftigen Kreditvergabe und das Gesamtlimit für Marktrisiken aus.

Auch die risikoadjustierte Performancemessung basiert auf diesem Risikomaß. Dabei wird der Ertrag einer Geschäftseinheit in Relation zu dem ökonomischen Kapital gesetzt, das dieser Einheit zuzurechnen ist (Verhältnis von risikoadjustiertem Ertrag zu risikoadjustiertem Kapital, RORAC). Dies ergibt eine vergleichbare Performance-Kennzahl für alle Geschäftseinheiten des Konzerns, die wiederum als Kennzahl in der Gesamtbanksteuerung, der diesbezüglichen zukünftigen Kapitalallokation und der Vergütung für Geschäftsleiter des Konzerns Berücksichtigung findet.

Anteile der einzelnen Risikoarten am ökonomischen Kapital:

in € Tausend	2017	Anteil	2016	Anteil
Kreditrisiko Firmenkunden	1.452.306	24,5%	1.478.538	27,8%
Kreditrisiko Retail-Kunden	1.435.510	24,2%	1.154.508	21,7%
Operationelles Risiko	528.811	8,9%	590.317	11,1%
Makroökonomisches Risiko	486.521	8,2%	391.510	7,4%
Marktrisiko	439.715	7,4%	217.897	4,1%
Kreditrisiko öffentlicher Sektor	386.529	6,5%	412.024	7,8%
Beteiligungsrisiko	309.940	5,2%	108.942	2,1%
Sonstige Sachanlagen	222.490	3,8%	190.782	3,6%
Währungsrisiko der Kapitalposition	209.146	3,5%	275.745	5,2%
Kreditrisiko Kreditinstitute	152.927	2,6%	191.258	3,6%
CVA Risiko	20.354	0,3%	30.457	0,6%
Liquiditätsrisiko	1.901	0,0%	14.887	0,3%
Risikopuffer	282.307	4,8%	252.843	4,8%
Gesamt	5.928.456	100,0%	5.309.708	100,0%

Regionale Allokation des ökonomischen Kapitals nach Sitz der Konzerneinheit:

in € Tausend	2017	Anteil	2016	Anteil
Zentraleuropa	1.930.132	32,6%	1.823.142	34,3%
Österreich	1.647.000	27,8%	1.134.260	21,4%
Südosteuropa	1.227.575	20,7%	1.207.851	22,7%
Osteuropa	1.122.749	18,9%	1.132.709	21,3%
Restliche Welt	1.000	0,0%	11.746	0,2%
Gesamt	5.928.456	100,0%	5.309.708	100,0%

Der Anstieg gegenüber der Vergleichsperiode ist auf die Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG zurückzuführen. Ohne diesen Effekt wäre die Entwicklung des ökonomischen Kapitals leicht rückläufig gewesen.

Going-Concern-Perspektive

Parallel zur Zielrating-Perspektive erfolgt die Beurteilung der angemessenen Kapitalausstattung mit Fokus auf den Fortbestand des Konzerns auf Basis des Going-Concern-Prinzips. Hier wird das Risiko wiederum einer entsprechenden Risikotragfähigkeit – mit Blick auf das regulatorische Eigenkapital- und Eigenmittelerfordernis – gegenübergestellt.

Dem Absicherungsziel folgend, werden erwartete Gewinne, erwartete Risikovorsorgen und überschüssige Eigenmittel (unter Berücksichtigung der diversen Anrechnungsgrenzen) zur Risikotragfähigkeit gezählt. Dem wird ein Value-at-Risk (inkl. erwarteter Verluste) gegenübergestellt, dessen Berechnung auf vergleichbaren Verfahren wie den in der Zielrating-Perspektive angewendeten beruht (mit einem geringeren Konfidenzniveau von 95 Prozent). Mit diesem Ansatz sichert der Konzern die ausreichende Kapitalisierung aus regulatorischer Sicht (Going Concern) mit dem gewünschten Wahrscheinlichkeitsniveau ab.

Nachhaltigkeits-Perspektive

Die Nachhaltigkeits-Perspektive soll sicherstellen, dass der Konzern am Ende der mehrjährigen Planungsperiode auch in einem sich unerwartet verschlechternden makroökonomischen Umfeld über eine ausreichend hohe Kernkapitalquote verfügt. Die Analyse basiert hier auf einem mehrjährig angelegten makroökonomischen Stresstest, in dem hypothetische Marktentwicklungen bei einem signifikanten, aber realistischen wirtschaftlichen Abschwung simuliert werden. Als Risikoparameter kommen dabei u. a. Zinskurven, Wechselkurse und Wertpapierkurse, aber auch Änderungen der Ausfallwahrscheinlichkeit bzw. Rating-Migrationen im Kreditportfolio zum Einsatz.

Das Hauptaugenmerk dieses integrierten Stresstests gilt der resultierenden Kernkapitalquote am Ende der mehrjährigen Betrachtung. Diese soll einen nachhaltigen Wert nicht unterschreiten und somit keine substanziellen Kapitalerhöhungen oder tiefgehenden Einschränkungen des Geschäftsvolumens notwendig machen. Die aktuell erforderliche Kernkapitalausstattung resultiert damit aus dem wirtschaftlichen Rückschlagpotenzial. In das unterstellte Abschwungsszenario fließen dabei die Bildung von notwendigen Risikovorsorgen und potenzielle prozyklische Effekte (durch welche die regulatorischen Kapitalerfordernisse ansteigen) ebenso ein wie Fremdwährungseffekte und sonstige Bewertungs- und Ertragskomponenten.

Diese Perspektive ergänzt somit die sonst übliche Risikomessung auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts (das im Wesentlichen auf historischen Daten beruht). Dadurch können auch außergewöhnliche und in der Vergangenheit nicht beobachtbare Marktsituationen abgedeckt und potenzielle Auswirkungen dieser Entwicklungen abgeschätzt werden. Der Stresstest ermöglicht auch die

Analyse von Risikokonzentrationen (z. B. in Einzelpositionen, Wirtschaftszweigen oder Regionen) und erlaubt einen Einblick in die Profitabilität, Liquidität und Solvabilität unter außergewöhnlichen Umständen. Das Risikomanagement des Konzerns steuert darauf aufbauend aktiv die Portfoliodiversifikation, z. B. durch Obergrenzen für das Gesamtexposure in einzelnen Wirtschaftszweigen und Ländern oder durch eine laufende Anpassung der entsprechenden Kreditvergabestandards.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko des Konzerns betrifft vornehmlich Ausfallrisiken, die sich aus Geschäften mit Privat- und Firmenkunden, anderen Banken und öffentlichen Kreditnehmern ergeben. Es stellt die mit Abstand wichtigste Risikokategorie des Konzerns dar, wie auch aus den internen und regulatorischen Kapitalerfordernissen zu entnehmen ist. Kreditrisiken werden folglich im Konzern sowohl auf Einzelkredit- und Kundenbasis als auch auf Portfoliobasis überwacht und analysiert. Grundlagen für die Kreditrisikosteuerung und für Kreditentscheidungen sind die auf der Risikostrategie basierende Kreditrisikopolitik, die Kreditrisikohandbücher und die zu diesem Zweck entwickelten Kreditrisikomanagement-Methoden und -Prozesse.

Das interne Kontrollsystem für Kreditrisiken umfasst verschiedene Formen von Überwachungsmaßnahmen, die unmittelbar in die zu überwachenden Arbeitsabläufe integriert sind – vom Kreditantrag des Kunden über die Kreditentscheidung der Bank bis hin zur Rückzahlung des Kredits.

Kreditentscheidungsprozess

Im Non-Retail-Bereich durchläuft jeder Kredit vor Vergabe den Kreditentscheidungsprozess. Dieser Prozess umfasst – neben der Vergabe von Neukrediten – auch Krediterhöhungen, Prolongationen und Überziehungen sowie die Änderung risikorelevanter Sachverhalte, die der ursprünglichen Kreditentscheidung zugrunde lagen (z. B. wirtschaftliche Situation des Kreditnehmers, Verwendungszweck oder Sicherheiten). Er wird auch bei der Festlegung von kreditnehmerbezogenen Limits für Handels- und Emissionsgeschäfte sowie für sonstige mit Kreditrisiko behafteten Limits und Beteiligungen angewendet.

Kreditentscheidungen werden je nach Größe und Art des Kredits anhand einer hierarchischen Kompetenzordnung gefällt. Für individuelle Kreditentscheidungen und die turnusmäßige Beurteilung der Adressenausfallrisiken sind dabei immer die Zustimmung der Bereiche Markt und Marktfolge einzuholen. Für den Fall voneinander abweichender Beurteilungen einzelner Kompetenzträger wird via Eskalationsverfahren per Kompetenzordnung die nächsthöhere Kompetenzstufe aktiviert.

Der gesamte Kreditentscheidungsprozess wird auf Basis einheitlich definierter Prinzipien und Richtlinien durchgeführt. Die Geschäftsbeziehungen zu multinationalen Kunden, die gleichzeitig Transaktionen mit mehreren Einheiten des Konzerns abwickeln, werden z. B. durch das Global Account Management System unterstützt. Dies wird durch die konzernweit eindeutige Identifikation von Kunden im Non-Retail-Bereich ermöglicht.

Kreditentscheidungen im Retail-Bereich erfolgen angesichts der hohen Stückzahl und geringeren Forderungshöhe in einem höheren Ausmaß automatisiert. Kreditanträge werden dabei vielfach in zentralen Bearbeitungsstellen mittels Credit Scorecards beurteilt und freigegeben. Der Prozess wird durch entsprechende IT-Systeme unterstützt.

Kreditportfoliomanagement

Das Kreditportfolio des Konzerns wird unter anderem anhand der Portfoliostrategie, die wiederum auf der Geschäfts- sowie der Risikostrategie basiert, gesteuert. Anhand der gewählten Strategie wird die Kreditvergabe in unterschiedlichen Ländern, Wirtschaftszweigen oder Produkttypen begrenzt und somit die Konzentration unerwünschter Risiken vermieden. Darüber hinaus werden die langfristigen Entwicklungschancen in den einzelnen Märkten einer ständigen Analyse unterzogen. Dies ermöglicht es, schon frühzeitig strategische Weichenstellungen in Bezug auf das künftige Kreditengagement vorzunehmen.

Überleitung der Zahlen aus dem IFRS-Konzernabschluss zum gesamten Kreditobligo (nach CRR)

Die folgende Tabelle zeigt eine Überleitung von Bilanzposten (Bank- und Handelsbuchbestände) zum gesamten Kreditobligo, das für die Portfoliosteuerung herangezogen wird. Dieses umfasst sowohl bilanzielle als auch außerbilanzielle Kreditexposures vor Anwendung von Gewichtungsfaktoren und stellt somit den maximalen Forderungswert dar. Nicht enthalten sind Effekte der Kreditrisikominderung wie z. B. persönliche und dingliche Sicherheiten, die in der Gesamtbeurteilung des Kreditrisikos ebenfalls berücksichtigt werden. Dieser Forderungsbegriff wird auch – sofern nicht explizit anders angegeben – in den folgenden Tabellen des Risikoberichts verwendet. Die Ursachen für Unterschiede zwischen den Größen der internen Portfoliosteuerung und der externen Rechnungslegung liegen in abweichenden Konsolidierungskreisen (regulatorisch versus unternehmensrechtlich), unterschiedlichen Abgrenzungen des Kreditvolumens sowie der unterschiedlichen Darstellung des Kreditvolumens.

in € Tausend	2017	2016
Barreserve	9.729.359	9.267.086
Forderungen an Kreditinstitute	14.358.246	9.900.012
Forderungen an Kunden	81.232.353	70.514.116
Handelsaktiva	3.941.757	4.986.462
Derivative Finanzinstrumente	936.710	1.428.639
Wertpapiere und Beteiligungen	19.031.789	14.353.243
Sonstige Aktiva	1.213.378	637.692
Eventualverbindlichkeiten	9.917.133	9.055.448
Kreditrisiken	10.897.783	10.174.261
Widerrufliche Kreditzusagen	19.799.534	16.890.479
Ausweisunterschiede	- 1.141.105	- 634.289
Gesamt¹	169.916.936	146.573.149

¹ Bilanzposten enthalten nur Kreditrisikoanteile

Die im vorliegenden Risikobericht dargestellten Vergleichswerte für das Jahr 2016 entsprechen den publizierten Werten der RBI vor Verschmelzung mit der RZB AG. Dadurch ist die Vergleichbarkeit nur bedingt gegeben. Die nachstehende Tabelle zeigt den Effekt der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG für Firmenkunden, Kreditinstitute, Retail-Kunden und den öffentlichen Sektor:

in € Tausend	31.12.2016	Veränderung	1.1.2017
Firmenkunden	73.846.576	3.733.071	77.579.647
Kreditinstitute	18.627.544	1.400.437	20.027.982
Retail-Kunden	29.165.795	6.649.870	35.815.665
Öffentlicher Sektor	24.933.234	9.714.716	34.647.950
Gesamt	146.573.149	21.498.095	168.071.244

Das übernommene Obligo enthielt zu Liquiditätszwecken gehaltene Positionen, insbesondere ein Wertpapierportfolio mit sehr guten und guten Bonitäten, sowie Forderungen gegenüber Zentralbanken. Darüber hinaus wurden Retail-Forderungen aus dem Bausparkassengeschäft in Österreich und Tschechien sowie Leasingforderungen aus Immobilienprojekten gegenüber Firmenkunden übernommen.

Die detaillierte Analyse des Kreditportfolios erfolgt anhand der Unterteilung in Ratingstufen. Das Kundenrating erfolgt dabei für die unterschiedlichen Forderungsklassen getrennt. Für die Bonitätsbeurteilung werden jeweils interne Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoringmodelle) eingesetzt, die auch zentral validiert werden. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten für unterschiedliche Ratingstufen werden nach Geschäftssegmenten getrennt ermittelt. Wahrscheinlichkeiten der gleichen ordinalen Ratingeinstufung (z. B. gute Kreditwürdigkeit 4 für Firmenkunden, A3 für Kreditinstitute und A3 für den öffentlichen Sektor) sind daher zwischen den Segmenten nicht direkt vergleichbar.

Die Ratingmodelle in den wesentlichen Non-Retail-Segmenten – Firmenkunden, Kreditinstitute und öffentlicher Sektor – sind konzernweit einheitlich und sehen für Firmenkunden und Kreditinstitute 27 bzw. für den öffentlichen Sektor jeweils zehn Bonitätsstufen vor. Scorecards für Retail-Forderungsklassen werden länderspezifisch nach konzernweit einheitlichen Richtlinien erstellt. Sowohl für die Raterstellung als auch für die Validierung stehen entsprechende Software-Instrumente (z. B. Unternehmensbewertung, Rating- und Ausfalldatenbank) zur Verfügung.

Kreditportfolio – Firmenkunden

Die internen Ratingverfahren für Firmenkunden berücksichtigen sowohl qualitative Faktoren als auch verschiedene Bilanz- und Gewinnkennzahlen, die unterschiedliche Aspekte der Kundenbonität für verschiedene Branchen und Länder abdecken. Zusätzlich enthält das Modell für kleine Firmenkunden auch eine Kontoverhaltenskomponente.

Die nachstehende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo nach internem Rating für Firmenkunden (Großkunden, mittelgroße und kleine Firmenkunden). Zur besseren Lesbarkeit wurden die einzelnen Stufen der Ratingskala allerdings auf die zugrunde liegenden neun Hauptstufen zusammengefasst.

in € Tausend		2017	Anteil	2016	Anteil
1	Minimales Risiko	5.034.949	7,0%	5.804.818	8,8%
2	Exzellente Kreditwürdigkeit	8.969.703	12,5%	7.080.479	10,8%
3	Sehr gute Kreditwürdigkeit	8.446.797	11,7%	7.634.073	11,6%
4	Gute Kreditwürdigkeit	12.204.805	16,9%	10.488.162	15,9%
5	Intakte Kreditwürdigkeit	15.205.176	21,1%	13.149.526	20,0%
6	Akzeptable Kreditwürdigkeit	12.895.438	17,9%	10.811.774	16,4%
7	Knappe Kreditwürdigkeit	4.699.384	6,5%	4.356.303	6,6%
8	Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	1.300.346	1,8%	1.498.401	2,3%
9	Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	579.161	0,8%	683.561	1,0%
10	Ausfall	2.580.903	3,6%	4.025.766	6,1%
NR	Nicht geratet	108.590	0,2%	226.379	0,3%
Gesamt		72.025.251	100,0%	65.759.242	100,0%

Das gesamte Kreditobligo für Firmenkunden nahm im Vergleich zum Jahresende 2016 um € 6.266.009 Tausend (davon € 3.554.636 Tausend bedingt durch die Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG, ersichtlich vor allem in den Rating-Klassen 3, 5 und 6) auf € 72.025.251 Tausend zu.

Im Geschäftsjahr 2017 kam es dabei zu folgenden Veränderungen: Rating-Klasse 2 verzeichnete einen Anstieg um € 1.889.224 Tausend auf € 8.969.703 Tausend, der auf Rahmen- und Kreditfinanzierungen sowie auf Dokumentenakkreditive zurückzuführen war. Der Anstieg in Rating-Klasse 4 um € 1.716.643 Tausend auf € 12.204.805 Tausend resultierte aus Kreditfinanzierungen. Die Veränderung in Rating-Klasse 5 um € 2.055.650 Tausend auf € 15.205.176 Tausend war auf einen Anstieg von Rahmenfinanzierungen, gegebenen Garantien und - verschmelzungsbedingt - auf Kreditfinanzierungen zurückzuführen. Der Rückgang in Rating-Klasse 10 um € 1.444.863 Tausend auf € 2.580.903 Tausend resultierte im Wesentlichen aus Ausbuchungen uneinbringlicher Forderungen und Verkäufen notleidender Kredite in der Ukraine, der RBI AG, Rumänien und Kroatien.

Das Kreditobligo mit guter Kreditwürdigkeit bis hin zu minimalem Risiko erhöhte sich um € 3.648.722 Tausend, dies entspricht einem Anteil von 48,1 Prozent (2016: 47,1 Prozent). Der Anteil der Forderungen mit knapper Kreditwürdigkeit bis hin zu sehr schwacher Kreditwürdigkeit verringerte sich von 9,9 Prozent auf 9,1 Prozent.

Für Projektfinanzierungen besteht ein fünfstufiges Ratingmodell, das sowohl die individuelle Ausfallwahrscheinlichkeit als auch die zur Verfügung stehenden Sicherheiten berücksichtigt. Die Zusammensetzung des Projektfinanzierungsvolumens stellt sich dabei wie folgt dar:

in € Tausend		2017	Anteil	2016	Anteil
6,1	Ausgezeichnete Projektbonität - sehr geringes Risiko	4.922.405	59,1%	4.530.210	56,0%
6,2	Gute Projektbonität - geringes Risiko	1.948.193	23,4%	1.850.736	22,9%
6,3	Ausreichende Projektbonität - mittleres Risiko	516.829	6,2%	843.661	10,4%
6,4	Schwache Projektbonität - hohes Risiko	219.446	2,6%	246.584	3,0%
6,5	Ausfall	605.164	7,3%	596.213	7,4%
NR	Nicht geratet	114.670	1,4%	19.929	0,2%
Gesamt		8.326.708	100,0%	8.087.334	100,0%

Das Kreditobligo der unter Projektfinanzierung ausgewiesenen Forderungen betrug zum Jahresende 2017 € 8.326.708 Tausend und wies damit einen Anstieg um € 239.374 Tausend auf (davon € 178.436 Tausend bedingt durch die Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG, ersichtlich vor allem in den Rating-Klassen 6,1, 6,3 und 6,4).

Mit 82,5 Prozent machten dabei die beiden besten Bonitätsstufen Ausgezeichnete Projektbonität - sehr geringes Risiko und Gute Projektbonität - geringes Risiko den Hauptanteil aus. Dies ist im Wesentlichen auf die hohe Gesamtbesicherung dieser Spezialfinanzierungen zurückzuführen. Der Anstieg in der Rating-Klasse 6,1 Ausgezeichnete Projektbonität - sehr geringes Risiko war neben der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG auch auf Neukunden in Österreich, Tschechien und Deutschland zurückzuführen. Der verschmelzungsbedingte Anstieg in Rating-Klasse 6,3 Ausreichende Projektbonität - mittleres Risiko wurde durch die Abwertung des russischen Rubels und durch eine Ratingverbesserung einzelner polnischer Kunden kompensiert. Der ebenfalls verschmelzungsbedingte Anstieg in Rating-Klasse 6,4 Schwache Projektbonität - hohes Risiko wurde durch einen Rückgang von Projektfinanzierungen kompensiert.

Nachstehende Tabelle stellt das gesamte Kreditobligo für Firmenkunden und Projektfinanzierungen, nach dem Letztrisiko gruppiert nach Regionen, dar:

in € Tausend	2017	Anteil	2016	Anteil
Zentraleuropa	22.578.775	28,1%	20.922.091	28,3%
Österreich	16.708.635	20,8%	12.896.882	17,5%
Osteuropa	12.445.014	15,5%	12.321.417	16,7%
Westeuropa	12.116.568	15,1%	10.971.652	14,9%
Südosteuropa	11.675.272	14,5%	11.098.349	15,0%
Asien	1.302.472	1,6%	1.943.739	2,6%
Sonstige	3.525.223	4,4%	3.692.445	5,0%
Gesamt	80.351.959	100,0%	73.846.576	100,0%

Das Kreditobligo wies mit € 80.351.959 Tausend im Vergleich zum Jahresende 2016 einen Anstieg um € 6.505.383 Tausend (davon € 3.733.071 Tausend bedingt durch die Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG) auf.

Zentraleuropa verzeichnete hier einen Anstieg um € 1.656.684 Tausend auf € 22.578.775 Tausend, der auf die verschmelzungsbedingte Integration der Raiffeisen stavebni sporitelna a.s., Prag, sowie auf einen Anstieg von Kundenforderungen in der Slowakei im vierten Quartal zurückzuführen war. Österreich wies mit einem Plus von € 3.811.753 Tausend auf € 16.708.635 Tausend den größten Zuwachs auf. Dieser war auf die verschmelzungsbedingte Integration der Raiffeisen-Leasing-Gruppe und der Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., Wien, sowie auf Kreditfinanzierungen zurückzuführen. Zudem verzeichnete Österreich einen Anstieg bei den Rahmenfinanzierungen. Westeuropa zeigte einen Zuwachs um € 1.144.916 Tausend auf € 12.116.568 Tausend, der zum Großteil aus Kreditfinanzierungen resultierte. Der Anstieg in Osteuropa um € 123.597 Tausend auf € 12.445.014 Tausend resultierte im Wesentlichen aus einer Zunahme des Anleihenbestands in Russland. Dieser wurde jedoch durch Verkäufe notleidender Kredite teilweise kompensiert. Der Rückgang in Asien um € 641.268 Tausend auf € 1.302.472 Tausend war großteils auf Ausbuchungen und Verkäufe notleidender Kredite zurückzuführen.

Die folgende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo für Firmenkunden und Projektfinanzierungen nach Branchenzugehörigkeit:

in € Tausend	2017	Anteil	2016	Anteil
Fertigung/Produktion	16.677.144	20,8%	16.836.731	22,8%
Groß- und Einzelhandel	16.828.868	20,9%	15.888.410	21,5%
Finanzintermediation	10.267.902	12,8%	7.746.120	10,5%
Immobilien	9.918.053	12,3%	8.350.888	11,3%
Bauwesen	5.540.196	6,9%	5.377.591	7,3%
Freie Berufe/technische Dienstleistungen	5.590.206	7,0%	4.208.989	5,7%
Transport, Lagerung und Verkehr	3.364.888	4,2%	3.346.237	4,5%
Energieversorgung	2.906.568	3,6%	3.046.017	4,1%
Sonstige Branchen	9.258.133	11,5%	9.045.592	12,2%
Gesamt	80.351.959	100,0%	73.846.576	100,0%

Aus der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG resultierte - vor allem in den Bereichen Immobilien, Bauwesen und Fertigung/Produktion - ein Anstieg von € 3.733.071 Tausend.

Kreditportfolio – Retail-Kunden

Die Forderungsklasse Retail-Kunden unterteilt sich in Privatpersonen sowie Klein- und Mittelbetriebe. Für Retail-Kunden wird ein duales Scoring-System eingesetzt, das einerseits eine Erst- und Ad-hoc-Analyse anhand der Kundendaten und andererseits eine Verhaltensanalyse anhand der Kontendaten umfasst. Die folgende Tabelle zeigt die Retail-Forderungen des Konzerns.

in € Tausend	2017	Anteil	2016	Anteil
Retail-Kunden – Privatpersonen	34.826.895	92,0%	26.497.529	90,9%
Retail-Kunden – Klein- und Mittelbetriebe	3.041.403	8,0%	2.668.266	9,1%
Gesamt	37.868.298	100,0%	29.165.795	100,0%
davon notleidende Kredite	1.640.619	4,3%	2.138.814	7,3%
davon Einzelwertberichtigungen	1.150.541	3,0%	1.522.231	5,2%
davon Portfolio-Wertberichtigungen	224.148	0,6%	249.294	0,9%

Der Gesamtbetrag der Retail-Forderungen verteilt sich auf die Segmente des Konzerns wie folgt:

2017 in € Tausend	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Retail-Kunden – Privatpersonen	17.868.275	7.909.326	4.096.381	4.952.913
Retail-Kunden – Klein- und Mittelbetriebe	1.560.421	690.715	357.733	432.534
Gesamt	19.428.696	8.600.040	4.454.114	5.385.446
davon notleidende Kredite	859.100	478.439	280.584	22.497
davon Einzelwertberichtigungen	553.648	346.469	246.242	5.828
davon Portfolio-Wertberichtigungen	100.538	80.178	40.116	3.243

2016 in € Tausend	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Non-Core	Group Markets
Retail-Kunden – Privatpersonen	9.954.054	7.335.063	4.003.633	5.191.768	13.011
Retail-Kunden – Klein- und Mittelbetriebe	1.002.360	738.631	403.160	522.804	1.310
Gesamt	10.956.414	8.073.694	4.406.793	5.714.572	14.321
davon notleidende Kredite	488.621	537.071	698.602	414.520	0
davon Einzelwertberichtigungen	273.452	371.579	643.693	233.462	45
davon Portfolio-Wertberichtigungen	86.772	90.081	55.444	16.997	0

Im Vergleich zum Jahresende 2016 erhöhte sich das Retail-Kreditportfolio um € 8.702.503 Tausend (davon € 6.649.870 Tausend bedingt durch die Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG) auf € 37.868.298 Tausend. Dieser Anstieg war im Wesentlichen auf die verschmelzungsbedingte Integration der Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., Wien (Group Corporates & Markets), sowie auf die Raiffeisen stavebni sporitelna a.s., Prag (Zentraleuropa), zurückzuführen.

Die Änderung der Segmentzuordnung der Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau, vom Segment Non-Core zum Segment Zentraleuropa sowie organisches Wachstum in der Slowakei und in Tschechien führten zusätzlich zu einem Anstieg in Zentraleuropa. Der Anstieg im Segment Südosteuropa um € 526.346 Tausend auf € 8.600.040 Tausend war auf eine Zunahme in Bulgarien und Rumänien zurückzuführen.

Die folgende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo gegenüber Retail-Kunden gegliedert nach Produkten:

in € Tausend	2017	Anteil	2016	Anteil
Hypothekenkredite	22.228.428	58,7%	15.548.794	53,3%
Verbraucherkredite	8.317.206	22,0%	6.668.084	22,9%
Kreditkarten	3.273.016	8,6%	3.196.821	11,0%
SME-Finanzierung	1.865.555	4,9%	1.608.652	5,5%
Überziehungen	1.751.015	4,6%	1.647.468	5,6%
Autokredite	433.078	1,1%	495.976	1,7%
Gesamt	37.868.298	100,0%	29.165.795	100,0%

Die verschmelzungsbedingte Integration der Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., Wien, und der Raiffeisen stavebni sporitelna a.s., Prag, führte bei den Hypotheken- und Verbraucherkrediten, sowie bei den SME-Finanzierungen zu einem Anstieg des Kreditobligos. Zudem verzeichneten die Verbraucherkredite in Polen, Rumänien und Russland einen Anstieg, der durch Währungseffekte jedoch teilweise kompensiert wurde.

2017 in € Tausend	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Hypothekenkredite	13.296.445	2.283.105	1.539.301	5.109.577
Verbraucherkredite	2.582.744	3.835.662	1.671.568	227.231
Kreditkarten	1.223.138	1.069.874	980.004	0
SME-Finanzierung	847.443	874.321	96.150	47.640
Überziehungen	1.265.479	398.333	87.134	69
Autokredite	213.447	138.745	79.957	929
Gesamt	19.428.696	8.600.040	4.454.114	5.385.446

2016 in € Tausend	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Non-Core	Group Markets
Hypothekenkredite	7.331.681	2.244.661	1.587.248	4.385.204	0
Verbraucherkredite	991.066	3.569.309	1.511.882	587.219	8.608
Kreditkarten	1.011.368	960.885	956.812	264.676	3.081
SME-Finanzierung	625.538	797.818	111.300	71.783	2.214
Überziehungen	837.935	369.961	34.297	404.857	418
Autokredite	158.827	131.061	205.255	833	0
Gesamt	10.956.414	8.073.694	4.406.793	5.714.572	14.321

Der Anteil der Fremdwährungskredite im Retail-Portfolio lässt Rückschlüsse auf die mögliche Änderung von Ausfallquoten bei einer Wechselkursänderung der lokalen Währung zu. Für die interne Einschätzung dieses Risikos werden neben dem Fremdwährungsanteil aber auch die bei der Kreditvergabe üblicherweise wesentlich strengeren Kreditvergaberichtlinien und die – in manchen Ländern – häufig fremdwährungskonformen Einkünfte der Kreditnehmer berücksichtigt.

in € Tausend	2017	Anteil	2016	Anteil
Schweizer Franken	2.613.717	44,1%	3.099.078	43,8%
Euro	3.118.936	52,6%	3.402.789	48,1%
US-Dollar	190.113	3,2%	564.276	8,0%
Andere Fremdwährungen	1.196	0,0%	1.987	0,0%
Kredite in Fremdwährungen	5.923.963	100,0%	7.068.130	100,0%
Anteil am Kreditvolumen	15,6%		24,2%	

Die Verminderung der Fremdwährungskredite in Schweizer Franken war auf Währungsschwankungen und Rückgänge in Polen, Ungarn, Rumänien und Serbien zurückzuführen. Der Rückgang der Fremdwährungskredite in US-Dollar erfolgte im Wesentlichen aus Verkäufen notleidender Kredite und Ausbuchungen uneinbringlicher Forderungen in der Ukraine. Der Bestand der Fremdwährungskredite in Euro verringerte sich insbesondere in Rumänien (minus € 69.207 Tausend), Polen (minus € 69.135 Tausend), Bosnien und Herzegowina (minus € 57.807 Tausend), Bulgarien (minus € 48.051 Tausend) und Kroatien (minus € 46.681 Tausend).

Nachstehende Tabelle stellt das Fremdwährungskreditobligo aus dieser Asset-Klasse nach Segmenten dar:

2017 in € Tausend	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Schweizer Franken	2.393.529	220.188	0	0
Euro	834.195	2.268.332	16.409	0
US-Dollar	8.065	3.354	170.284	8.410
Andere Fremdwährungen	664	27	224	282
Kredite in Fremdwährungen	3.236.453	2.491.901	186.917	8.692
Anteil am Kreditvolumen	16,7%	29,0%	4,2%	0,2%

2016 in € Tausend	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Non-Core	Group Markets
Schweizer Franken	4.839	311.336	0	2.782.903	0
Euro	47.654	2.483.627	20.297	851.212	0
US-Dollar	5.445	4.098	549.646	3.689	1.398
Andere Fremdwährungen	308	20	796	554	309
Kredite in Fremdwährungen	58.245	2.799.081	570.739	3.638.357	1.708
Anteil am Kreditvolumen	0,5%	34,7%	13,0%	63,7%	11,9%

Der Anstieg in Zentraleuropa war im Wesentlichen auf die Änderung der Segmentzuordnung der Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau, vom Segment Non-Core zum Segment Zentraleuropa zurückzuführen. Südosteuropa verzeichnete in Rumänien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien sowie Kroatien Rückgänge. Der Rückgang in Osteuropa resultierte aus der Entwicklung in der Ukraine.

Kreditportfolio – Kreditinstitute

Die nachfolgende Tabelle stellt das gesamte Kreditobligo an Kreditinstitute (ohne Zentralbanken) nach dem internen Rating dar. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten in dieser Asset-Klasse werden aufgrund der geringen Anzahl an Kunden (bzw. an beobachtbaren Ausfällen) in den einzelnen Rating-Stufen durch eine Kombination interner und externer Daten ermittelt.

in € Tausend		2017	Anteil	2016	Anteil
1	Minimales Risiko	3.455.398	18,5%	2.520.990	13,5%
2	Exzellente Kreditwürdigkeit	2.602.058	14,0%	2.918.689	15,7%
3	Sehr gute Kreditwürdigkeit	9.975.360	53,5%	9.934.631	53,3%
4	Gute Kreditwürdigkeit	1.220.605	6,5%	1.391.396	7,5%
5	Intakte Kreditwürdigkeit	676.466	3,6%	1.041.572	5,6%
6	Akzeptable Kreditwürdigkeit	242.998	1,3%	218.373	1,2%
7	Knappe Kreditwürdigkeit	200.979	1,1%	186.097	1,0%
8	Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	244.895	1,3%	245.432	1,3%
9	Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	4.183	0,0%	77.456	0,4%
10	Ausfall	10.688	0,1%	83.767	0,4%
NR	Nicht geratet	10.971	0,1%	9.141	0,0%
Gesamt		18.644.602	100,0%	18.627.544	100,0%

Das Kreditobligo betrug zum Jahresende 2017 € 18.644.602 Tausend. Bedingt durch die Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG kam es dabei zu einem Anstieg des Kreditobligos um € 1.400.437 Tausend, vor allem in Rating-Klasse 1. Dieser Zuwachs wurde durch einen Rückgang von Rahmen- und Kreditfinanzierungen sowie von Repo-, Swap- und Geldmarkt-Geschäfte kompensiert.

Rating-Klasse 2 verzeichnete einen Rückgang um € 316.631 Tausend auf € 2.602.058 Tausend, welcher auf Repo- und Swap-Geschäfte sowie auf Geldmarkt-Geschäfte zurückzuführen war. Der Anstieg in Rating-Klasse 3 um € 40.729 Tausend auf € 9.975.360 Tausend resultierte aus einer Zunahme des Anleihenbestands sowie der Repo- und Geldmarkt-Geschäfte. Diese wurde jedoch durch einen Rückgang der Rahmen- und Kreditfinanzierungen sowie der Swap-Geschäfte teilweise kompensiert. Die Reduktion in Rating-Klasse 4 um € 170.791 Tausend auf € 1.220.605 Tausend resultierte im Wesentlichen aus Ratingverschiebungen. In Rating-Klasse 5 kam es aufgrund von Ratingverschiebungen und Repo-Geschäften zu einem Rückgang um € 365.106 Tausend auf € 676.466 Tausend. Rating-Klasse 9 verzeichnete eine Abnahme um € 73.273 Tausend auf € 4.183 Tausend, die auf Ausbuchungen in Zypern zurückzuführen war. Der Rückgang in Rating-Klasse 10 um € 73.079 Tausend auf € 10.688 Tausend beruhte auf Ausbuchungen notleidender Forderungen an Kreditinstitute.

Nachstehende Tabelle stellt das gesamte Kreditobligo nach dem Letztrisiko gruppiert nach Regionen dar:

in € Tausend		2017	Anteil	2016	Anteil
Westeuropa		8.543.397	45,8%	8.640.033	46,4%
Österreich		4.637.111	24,9%	4.617.079	24,8%
Osteuropa		2.147.246	11,5%	1.793.563	9,6%
Asien		964.866	5,2%	1.128.700	6,1%
Zentraleuropa		807.402	4,3%	794.418	4,3%
Südosteuropa		113.990	0,6%	140.297	0,8%
Sonstige		1.430.590	7,7%	1.513.453	8,1%
Gesamt		18.644.602	100,0%	18.627.544	100,0%

Osteuropa verzeichnete im Vergleich zum Jahresende 2016 einen Anstieg um € 353.683 Tausend auf € 2.147.246 Tausend, der aus Repo-Geschäften in Russland resultierte. Der Rückgang in Asien um € 163.834 Tausend auf € 964.866 Tausend beruhte im Wesentlichen auf Kreditfinanzierungen und Geldmarkt-Geschäften. Er wurde jedoch durch einen Zuwachs bei den Dokumentenakkreditiven teilweise kompensiert. Westeuropa verzeichnete einen Rückgang um € 96.636 Tausend auf € 8.543.397 Tausend, welcher auf Einlagen, Kreditfinanzierungen und Swap-Geschäfte zurückzuführen war. Der Rückgang der Position Sonstige um € 82.863 Tausend auf € 1.430.590 Tausend resultierte aus Kredit- und Rahmenfinanzierungen sowie aus Dokumentenakkreditiven, welcher jedoch durch einen Anstieg des Bestandes von Anleihen kompensiert wurde.

Das Neugeschäft in diesem Segment betrifft damit vor allem Forderungen aus Derivatgeschäften und kurzfristigen Geldmarktveranlagungen. Kreditgeschäfte mit anderen Finanzinstituten der Raiffeisen Bankengruppe Österreich, die an einem gemeinsamen Risikoüberwachungssystem teilnehmen, unterliegen dieser Beschränkung nicht.

Folgende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo an Kreditinstitute (ohne Zentralbanken) gegliedert nach Produkten:

in € Tausend	2017	Anteil	2016	Anteil
Repo	4.372.523	23,5%	3.754.785	20,2%
Forderungen	3.919.791	21,0%	5.071.334	27,2%
Anleihen	3.812.378	20,4%	2.585.038	13,9%
Derivate	2.735.232	14,7%	3.801.657	20,4%
Geldmarkt	2.192.434	11,8%	2.067.598	11,1%
Sonstige	1.612.244	8,6%	1.347.133	7,2%
Gesamt	18.644.602	100,0%	18.627.544	100,0%

Einen Anstieg der Repo-Geschäfte verzeichnete Russland, Großbritannien und Deutschland, dieser wurde jedoch durch Rückgänge in Frankreich und Italien teilweise kompensiert. Der Zuwachs bei den Anleihen und Forderungen war auf die Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG zurückzuführen. Die Produktgruppe Derivate verzeichnete einen Rückgang, der auf die Entwicklung in Österreich und Großbritannien zurückging.

Kreditportfolio – Öffentlicher Sektor

Eine weitere Kundengruppe stellen souveräne Staaten, Zentralbanken sowie regionale Gebietskörperschaften und andere staatenähnliche Organisationen dar. Die nachfolgende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inkl. Zentralbanken) nach dem internen Rating.

in € Tausend	2017	Anteil	2016	Anteil
A1 Ausgezeichnete Bonität	1.383.214	4,2%	1.918.575	7,7%
A2 Sehr gute Bonität	7.966.489	24,1%	2.805.251	11,3%
A3 Gute Bonität	7.909.894	23,9%	5.950.211	23,9%
B1 Solide Bonität	4.241.768	12,8%	3.825.660	15,3%
B2 Zufriedenstellende Bonität	3.147.306	9,5%	2.690.331	10,8%
B3 Adäquate Bonität	5.383.491	16,3%	4.627.223	18,6%
B4 Fragliche Bonität	1.592.468	4,8%	1.563.842	6,3%
B5 Höchst fragliche Bonität	778.667	2,4%	837.488	3,4%
C Ausfallgefährdet	645.874	2,0%	711.850	2,9%
D Ausfall	266	0,0%	1.669	0,0%
NR Nicht geratet	2.642	0,0%	1.134	0,0%
Gesamt	33.052.078	100,0%	24.933.234	100,0%

Das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor verzeichnete zum Jahresende 2017 einen Anstieg um € 8.118.844 Tausend auf € 33.052.078 Tausend. Dies entspricht einem Anteil von 19,5 Prozent (2016: 17,0 Prozent) am gesamten Kreditobligo. Bedingt durch die Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG kam es vor allem in den Rating-Klassen A2, A3 und B3 zu einem Anstieg des Kreditobligos um € 9.714.716 Tausend.

Der Anstieg in der Rating-Klasse A2 Sehr gute Bonität beruhte dabei verschmelzungsbedingt auf der Zunahme von Einlagen bei der österreichischen Nationalbank und einer Zunahme des Bestands von Anleihen der Republik Österreich. Der mittlere Bonitätsbereich von Gute Bonität (Rating A3) bis Adäquate Bonität (Rating B3) wies mit 62,5 Prozent den höchsten Anteil am Gesamtobligo aus. Das hohe Obligo in den mittleren Ratingstufen resultierte unter anderem aus Anleihen gegenüber den Zentralbanken und Zentralstaaten in Zentraleuropa, Osteuropa und Südosteuropa. Die mittleren Ratingstufen waren zudem gekennzeichnet von Geldmarkt- und Repo-Geschäften. Der Anstieg in Rating-Klasse A3 Gute Bonität beruhte verschmelzungsbedingt auf Repo-Geschäften sowie auf Geschäften mit der tschechischen Nationalbank. Kompensiert wurde dies durch einen Rückgang der Geldmarkt-Geschäfte. Der Zuwachs in der Rating-Klasse B2 Zufriedenstellende Bonität resultierte im Wesentlichen aus Anleihen in Rumänien und Deutschland. Dem stand ein Rückgang der Mindestreserve bei der rumänischen Nationalbank gegenüber. Rating-Klasse B3 Adäquate Bonität verzeichnete einen Anstieg, der im Wesentlichen auf den Bestand von Staatsanleihen aus Russland und Ungarn sowie auf Einlagen bei der kroatischen und der bulgarischen Nationalbank zurückging.

Die folgende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) gegliedert nach Produkten:

in € Tausend	2017	Anteil	2016 ¹	Anteil
Anleihen	16.743.315	50,7%	13.190.659	52,9%
Forderungen	10.786.976	32,6%	7.017.021	28,1%
Repo	4.322.582	13,1%	18.148	0,1%
Geldmarkt	1.166.413	3,5%	4.200.606	16,8%
Derivate	28.043	0,1%	487.999	2,0%
Sonstige	4.750	0,0%	18.802	0,1%
Gesamt	33.052.078	100,0%	24.933.234	100,0%

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund höherer Detaillierung

Die Veränderung der Produktgruppen Repo und Geldmarkt war im Wesentlichen auf Geschäfte mit der tschechischen Nationalbank zurückzuführen.

Nachfolgende Tabelle zeigt das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor im Bereich Non Investment Grade (Rating B3 und darunter):

in € Tausend	2017	Anteil	2016	Anteil
Ungarn	2.297.493	27,3%	2.120.403	27,4%
Kroatien	1.229.049	14,6%	1.047.445	13,5%
Bulgarien	945.306	11,2%	853.896	11,0%
Russland	751.206	8,9%	555.157	7,2%
Albanien	734.129	8,7%	792.225	10,2%
Serbien	618.780	7,4%	500.992	6,5%
Bosnien und Herzegowina	460.261	5,5%	491.937	6,4%
Ukraine	405.266	4,8%	494.194	6,4%
Belarus	215.819	2,6%	188.830	2,4%
Vietnam	151.093	1,8%	163.728	2,1%
Sonstige	595.006	7,1%	534.400	6,9%
Gesamt	8.403.408	100,0%	7.743.206	100,0%

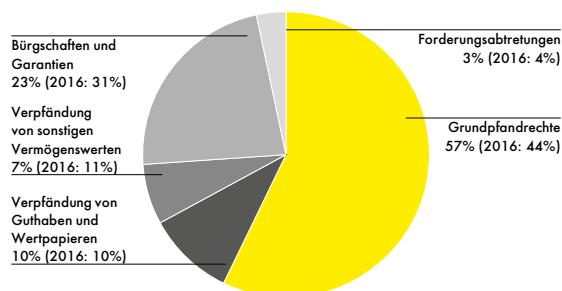
Das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor im Bereich Non Investment Grade beruhte vor allem auf Einlagen der Konzerneinheiten bei lokalen Zentralbanken in Zentral- und Südosteuropa, die der Erfüllung der jeweiligen Mindestreservenvorschriften und der kurzfristigen Veranlagung von überschüssiger Liquidität dienen und daher untrennbar mit der Geschäftstätigkeit in diesen Ländern verbunden sind. Das Kreditobligo erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2016 um € 660.202 Tausend auf € 8.403.408 Tausend. Dieser Anstieg war im Wesentlichen auf den Bestand von Staatsanleihen aus Ungarn, Kroatien und Russland zurückzuführen.

Kreditrisikominderung

Die Unterlegung von Krediten mit Kreditsicherheiten ist eine wesentliche Strategie und eine aktiv verfolgte Maßnahme zur Reduktion des potenziellen Kreditrisikos. Der Sicherheitenwert und die Effekte anderer risikomindernder Maßnahmen werden während der Kreditentscheidung beurteilt. Als risikomindernd wird dabei jeweils der Wert angesetzt, den der Konzern bei Verwertung innerhalb einer angemessenen Zeitspanne erwartet. Die anerkannten Sicherheiten sind im Sicherheitenkatalog und den dazugehörigen Bewertungsrichtlinien des Konzerns festgelegt. Der Sicherheitenwert errechnet sich dabei anhand einheitlicher Methoden, die standardisierte Berechnungsformeln mit Marktwerten, vordefinierten Abschlägen und Expertengutachten umfassen.

Kreditsicherheiten unterteilen sich in personengebundene Sicherheiten (z. B. Bürgschaften) und sachgebundene Sicherheiten. Bei den berücksichtigten Sicherheiten des Konzerns dominieren Grundpfandrechte. Im Wesentlichen betreffen diese privat oder gewerblich genutzte Objekte.

Arten der Sicherheiten



Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich der gebildeten Kreditrisikovorsorgen (Netto-Obligo), das zusätzliche außerbilanzielle Obligo (Eventualverbindlichkeiten, Kreditrisiken und widerrufliche Kreditzusagen) und die Marktwerte (Fair Value) der dafür an den Konzern übertragenen Sicherheiten stellen sich wie folgt dar:

2017	Maximales Kreditobligo		Fair Value der Sicherheiten	
	in € Tausend	Netto-Obligo		Eventualverpflichtungen/ gegebene Garantien
Kreditinstitute		14.347.385	2.608.150	2.607.230
Öffentlicher Sektor		855.249	701.211	690.110
Firmenkunden - Große Firmenkunden		42.124.313	31.999.683	23.996.733
Firmenkunden - Mittelgroße Firmenkunden		3.014.295	1.092.888	2.331.232
Retail-Kunden - Privatpersonen		29.824.712	4.257.972	19.398.442
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe		2.322.297	548.920	1.450.380
Gesamt		92.488.251	41.208.824	50.474.126

2016	Maximales Kreditobligo		Fair Value der Sicherheiten	
	in € Tausend	Netto-Obligo		Eventualverpflichtungen/ gegebene Garantien
Kreditinstitute		9.849.646	3.501.577	2.925.107
Öffentlicher Sektor		654.478	758.490	420.141
Firmenkunden - Große Firmenkunden		38.746.308	27.215.300	23.049.198
Firmenkunden - Mittelgroße Firmenkunden		2.384.031	1.086.902	1.772.718
Retail-Kunden - Privatpersonen		21.877.636	3.464.393	13.069.419
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe		1.946.897	508.747	1.312.405
Gesamt		75.458.996	36.535.409	42.548.987

Verbriefungen (RBI als Originator)

Verbriefungen stellen eine besondere Form der Refinanzierung und der Kreditrisikoverbesserung durch die Platzierung von Risiken aus Krediten oder Leasingverträgen auf Basis von Portfolios bei Kapitalmarktinvestoren dar. Ziel der vom Konzern abgeschlossenen Verbriefungen ist es, die regulatorischen Eigenmittel auf Konzernebene zu entlasten und zusätzliche Refinanzierungsquellen zu nutzen.

Nachstehende Transaktionen mit externen Vertragspartnern für alle oder zumindest einzelne Tranchen waren im laufenden Geschäftsjahr aktiv und führten zu einer Kreditrisikominderung. Die angeführten Werte stellen jeweils das verbrieft Portfolio und die zugrunde liegenden Forderungen sowie den Betrag der extern platzierten Tranche zum Bilanzstichtag dar.

in € Tausend	Forderungsverkäufer bzw. Sicherungsnehmer	Ab-schluss	Ende der Laufzeit	Max. Volumen	Verbrieftes Portfolio	Zugrunde liegende Forderungen ³	Portfolio	Extern platzierte Tranche	Betrag der extern platzierten Tranche	
	Synthetic Transaction ROOF RBCZ 2015 ¹	Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)	Dez. 2015	April 2024		1.000.000	1.389.309	Firmenkredite und Garantien	Mezzanin	68.281
	Synthetic Transaction ROOF Slovakia 2017 ¹	Raiffeisen Bank International AG, Wien (AT)	Nov. 2017	April 2025		1.231.960	2.696.379	Firmenkredite	Mezzanin	83.800
	Synthetic Transaction EIF JEREMIE Bulgaria ²	Raiffeisenbank (Bulgaria) EAD, Sofia (BG)	Juli 2011	Juli 2024	71.500	6.436	8.045	SME-Forderungen	Junior	6.436
	Synthetic Transaction EIF JEREMIE Romania ²	Raiffeisenbank S.A., Bukarest (RO)	Dez. 2010	Dez. 2023	172.500	7.122	8.902	SME-Forderungen	Junior	7.122
	Synthetic Transaction EIF JEREMIE Slovakia	Tatra banka a.s., Bratislava (SK)	März 2014	Juni 2025	60.000	17.131	24.474	SME-Forderungen	Junior	9.941
	Synthetic Transaction EIF Western Balkans EDIF Albania	Raiffeisen Bank Sh.a., Tirana (AL)	Dez. 2016	Juni 2028	17.000	7.004	10.006	SME-Forderungen	Junior	1.751
	Synthetic Transaction EIF Western Balkans EDIF Croatia	Raiffeisenbank Austria d.d., Zagreb (HR)	April 2015	Mai 2023	20.107	6.642	9.488	SME-Forderungen	Junior	1.461

¹ Junior-Tranche konzernintern gehalten

² Aufgrund der vollständigen Amortisierung der Senior-Tranche entspricht der Betrag der extern platzierten Junior-Tranche dem Betrag des verbrieften Portfolios.

³ Zugrunde liegende Forderungen (verbrieft und unverbrieft)

SME: Small and Medium-sized Enterprises

Der Konzern ist an einer synthetischen Verbriefung unter der Bezeichnung ROOF RBCZ 2015 beteiligt, die in eine Senior-, eine Mezzanin- und eine Junior-Tranche gesplittet ist. Die Mezzanin-Tranche in Höhe von € 68.281 Tausend wurde an institutionelle Investoren verkauft, während die Raiffeisenbank a.s., Prag, das Kreditrisiko der Junior- und der Senior-Tranche hält.

Im Geschäftsjahr 2017 führte der Konzern eine neue synthetische Transaktion, die ROOF Slovakia 2017 durch, die in eine Senior-, eine Mezzanin- und eine Junior-Tranche gesplittet ist. Die Mezzanin-Tranche in Höhe von € 83.800 Tausend wurde an institutionelle Investoren verkauft, während das Kreditrisiko der Junior- und der Senior-Tranche im Konzern verbleibt.

Im Rahmen der JEREMIE-Initiative haben die beteiligten Tochterunternehmen (Raiffeisenbank (Bulgaria) EAD, Sofia, Raiffeisenbank S.A., Bukarest, und Tatra banka a.s., Bratislava) Garantien seitens des Europäischen Investitionsfonds (EIF) erhalten, die die Kreditvergabe an Klein- und Mittelbetriebe unterstützen sollten.

Im Rahmen der Western Balkans Enterprise Development and Innovation Facility haben die beteiligten Tochterunternehmen (Raiffeisenbank Sh.a., Tirana, und Raiffeisenbank Austria d.d., Zagreb) eine Portfoliogarantievereinbarung unterzeichnet, die von der EU finanziert wird und ähnlich den JEREMIE-Initiativen darauf abzielt, den Zugang zu Finanzmitteln für Klein- und Mittelbetriebe zu unterstützen.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden zwei von der RBI AG originierte synthetische Verbriefungstransaktionen beendet. Konkret waren dies eine synthetische Verbriefung von Immobiliendarlehen unter der Bezeichnung ROOF Real Estate 2015 und eine synthetische Verbriefungstransaktion mit der Bezeichnung ROOF Infrastructure 2014, der ein Portfolio von Unternehmens- und Projektfinanzierungskrediten zugrunde lag.

Problemkreditmanagement

Das Kreditportfolio und die Kreditnehmer unterliegen einer laufenden Überwachung. Wesentliche Ziele dieses Monitorings sind es, die widmungsgemäße Verwendung der Kredite sicherzustellen und die wirtschaftliche Situation der Kreditnehmer zu verfolgen. Bei den Non-Retail-Segmenten Firmenkunden, Kreditinstitute und öffentlicher Sektor wird zumindest einmal jährlich eine derartige Kreditüberprüfung durchgeführt. Sie umfasst sowohl die erneute Bonitätseinstufung als auch die Neubewertung von finanziellen und dinglichen Sicherheiten.

Problemkredite – also Aushaftungen, bei denen materielle Schwierigkeiten oder Zahlungsverzug erwartet werden – bedürfen einer weitergehenden Bearbeitung. In den Non-Retail-Bereichen entscheiden in den einzelnen Konzerneinheiten Problemkreditrunden über die gefährdeten Kredite. Problemkredite werden im Fall einer notwendigen Sanierung an Spezialisten oder Restrukturierungseinheiten (Workout-Abteilungen) übergeben. Deren speziell geschulte und erfahrene Mitarbeiter beschäftigen sich insbesondere mit mittleren bis großen Fällen und werden dabei auch durch die hausinternen Rechtsabteilungen oder durch externe Spezialisten unterstützt. Sie wirken maßgeblich an der Darstellung und Analyse sowie der Bildung etwaiger Risikovorsorgen (Abschreibungen, Wertberichtigungen oder Rückstellungen) mit und können durch die frühzeitige Einbindung in der Regel eine Reduktion der Verluste aus Problemkrediten erzielen.

Die Standardmaßnahmen für das Problemkreditmanagement im Retail-Bereich umfassen den kompletten Restrukturierungs- und Mahnwesenprozess für Privatpersonen und Klein- und Mittelbetriebe. Eine eigene Restrukturierung Guideline legt dabei die einheitliche Strategie, Organisation, Methodik, Überwachung und Steuerung konzernweit fest. Im Workout-Prozess erfolgt die Einteilung der Retail-Kunden in die Rubriken Early, Late und Recovery, nach denen sich die standardisierte Betreuung richtet.

Für die Einschätzung der Einbringlichkeit von Forderungen spielt die Dauer des Zahlungsverzugs eine wesentliche Rolle. Die folgende Tabelle stellt das Volumen der überfälligen – nicht einzelwertberichtigten – Forderungen an Kreditinstitute und Kunden für die unterschiedlichen Laufzeitbänder dar.

2017 in € Tausend	Nicht überfällig		Überfälligkeiten				Sicherheiten für überfällige Aktiva
	Bis 30 Tage	288	31 bis 90 Tage	91 bis 180 Tage	181 Tage bis 1 Jahr	Über 1 Jahr	
Kreditinstitute	14.337.878	288	1	0	0	5	1
Öffentlicher Sektor	846.350	8.387	0	0	70	0	0
Firmenkunden - Große Firmenkunden	40.273.043	689.856	68.447	4.489	53.800	5.561	161.982
Firmenkunden - Mitttelgroße Firmenkunden	2.914.542	34.245	6.758	1.561	1.385	1.920	28.782
Retail-Kunden - Privatpersonen	28.181.323	1.178.956	229.859	17.966	16.014	29.649	559.372
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	2.120.578	90.649	28.509	3.959	1.419	3.064	66.045
Gesamt	88.673.713	2.002.382	333.574	27.976	72.688	40.199	816.182

2016 in € Tausend	Nicht überfällig		Überfälligkeiten				Sicherheiten für überfällige Aktiva
		Bis 30 Tage	31 bis 90 Tage	91 bis 180 Tage	181 Tage bis 1 Jahr	Über 1 Jahr	
Kreditinstitute	9.848.761	638	2	0	0	4	0
Öffentlicher Sektor	651.117	736	368	1.400	1	2	0
Firmenkunden - Große Firmenkunden	36.634.944	681.648	125.729	4.577	8.763	8.972	444.282
Firmenkunden - Mittelgroße Firmenkunden	2.283.084	30.688	8.613	2.047	2.173	4.783	34.070
Retail-Kunden - Privatpersonen	20.144.167	1.270.439	240.309	18.311	12.065	21.285	554.240
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	1.750.505	75.877	27.883	3.785	1.327	4.756	61.032
Gesamt	71.312.579	2.060.026	402.903	30.121	24.330	39.801	1.093.624

Notleidendes Exposure (NPE)

Die nachfolgende Tabelle zeigt das notleidende Exposure nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standard (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and non-performing exposures). Sie umfasst das nicht ausgefallene und das ausgefallene Exposure.

in € Tausend	NPE		NPE Ratio		NPE Coverage Ratio	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Firmenkunden	3.053.559	4.449.502	6,4%	9,9%	52,9%	68,2%
Retail-Kunden	1.856.418	2.375.814	5,5%	9,3%	61,6%	64,0%
Öffentlicher Sektor	266	1.669	0,0%	0,3%	>100%	>100%
Kreditinstitute	10.030	77.277	0,1%	0,8%	98,1%	62,5%
Forderungen	4.920.272	6.904.262	5,1%	8,6%	56,3%	66,7%
Anleihen	13.150	22.278	0,1%	0,1%	58,3%	66,7%
Gesamt	4.933.423	6.926.540	4,2%	7,1%	56,3%	66,7%

Die ausgefallenen Anleihen resultieren vor allem aus dem Bereich Firmenkunden.

Nicht ausgefallenes notleidendes Exposure

In diesem Kapitel werden ausschließlich Exposures dargestellt, für die kein Ausfallgrund nach Artikel 178 CRR vorliegt. Im Bereich der Firmenkunden unterscheidet der Konzern bei Krediten, deren Konditionen oder Bedingungen zugunsten des Kunden abgeändert wurden, nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standard (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and non-performing exposures) und dem ECB Leitfaden für Banken zu notleidenden Krediten zwischen modifizierten Krediten und Forborne-Krediten.

Ausschlaggebend für die Einstufung als nicht ausgefallenes notleidendes Exposure (Forborne) im Non-Retail-Bereich ist die finanzielle Situation des Kunden bei der Änderung der Konditionen oder Kreditbedingungen. Kann zum Zeitpunkt der Änderung der Kreditbedingungen oder Konditionen aufgrund der Bonität des Kunden (unter Berücksichtigung des internen Frühwarnsystems) von finanziellen Schwierigkeiten des Kunden ausgegangen werden und wird die Modifikation als Konzession gewertet, so werden solche Kredite als Forborne bezeichnet. Sofern eine solche Modifikation bei einem Kredit stattfindet, der schon zuvor als notleidend betrachtet wurde, wird der Kredit als Non-performing Exposure (NPE) eingestuft, unabhängig davon, ob ein Ausfallgrund nach Artikel 178 CRR vorliegt. Die Entscheidung, ob ein Kredit als Forborne/NPE eingestuft wird, löst keine Einzelwertberichterstattung gegenüber dem Kunden aus, eine solche erfolgt gegebenenfalls auf der Ausfalldefinition der CRD IV/CRR.

Im Retail-Bereich werden restrukturierte Kredite einer zumindest dreimonatigen Beobachtung unterzogen, um sicherzustellen, dass der Kunde die neu verhandelten Konditionen erfüllt. Für Retail-Portfolien, die der PD-/LGD-basierten Berechnung (Probability of Default/Loss Given Default) der Portfolio-Wertberichtigungen unterliegen, muss eine künstliche Verbesserung der PD-Schätzungen für das nicht ausgefallene restrukturierte Exposure vermieden werden. Dies wird dadurch erreicht, dass entweder für die Dauer des Beobachtungszeitraums trotz erfolgter Restrukturierung weiterhin jene auf den Überfälligkeitstagen (DPD) vor der Restrukturierung basierenden Variablen verwendet werden, die für die Überfälligkeiten vor der Restrukturierung vorgesehen sind, oder dass eine gesonderte Kalibrierung für die Teilmenge an restrukturierten Krediten vorgenommen wird. In Ausnahmefällen, in denen keine der beiden genannten Vorgehensweisen technisch möglich ist, wird für die Dauer des Beobachtungszeitraums die PD der nächstschlechteren Ratingstufe verwendet. Für Retail-Portfolien, für die die Höhe der Portfolio-Wertberichtigung nach Produkt-Portfolios bzw. Überfälligkeiten ermittelt wird, wird darauf abgestellt, ob der Kredit vor der Neuverhandlung mehr als 180 Tage überfällig war oder nicht. In jenen Fällen, in denen der betroffene Kunde die neu verhandelten Konditionen erfüllt und der Kredit vor der Neuverhandlung noch nicht 180 Tage überfällig war, wird dieser aus dem der Beobachtung zugrunde liegenden Portfolio in das lebende Portfolio überführt. Jene Kredite, die bereits vor der Neuverhandlung mehr als 180 Tage überfällig waren oder bei denen der Kunde die neu verhandelten Konditionen nicht erfüllt, verbleiben im Portfolio, das zu 100 Prozent wertberichtigt wird.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen das nicht ausgefallene notleidende Exposure nach Segmenten:

in € Tausend	2017	Anteil
Zentraleuropa	157.045	53%
Südosteuropa	116.107	39%
Osteuropa	9.169	3%
Group Corporates & Markets	16.503	6%
Gesamt	298.824	100%
davon Nichtbanken	298.824	100%

in € Tausend	2016 ¹	Anteil
Zentraleuropa	109.696	32%
Südosteuropa	120.399	35%
Osteuropa	17.328	5%
Group Corporates	42.694	13%
Group Markets	0	0%
Corporate Center	0	0%
Non-Core	51.261	15%
Gesamt	341.378	100%
davon Nichtbanken	341.378	100%

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen

Die folgende Tabelle zeigt das nicht ausgefallene notleidende Exposure nach Asset-Klassen:

in € Tausend	Refinanzierung		Instrumente mit geänderter Laufzeit und geänderten Konditionen		NPE Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Firmenkunden	10.663	11.897	51.472	75.301	62.135	87.199
Retail-Kunden	14.384	23.768	222.305	230.411	236.689	254.179
Forderungen	25.047	35.666	273.777	305.712	298.824	341.378
Gesamt	25.047	35.666	273.777	305.712	298.824	341.378

Finanzielle Schwierigkeiten im Firmenkundenbereich werden anhand eines internen Frühwarnsystems, das auf zahlreichen repräsentativen und gültigen Inputfaktoren zur Risikoklassifizierung der Kunden basiert (z. B. Überfälligkeit, Ratingverschlechterungen etc.), gemessen. IAS 39 verlangt, dass Wertminderungen auf ein bereits eingetretenes Verlustereignis zurückzuführen sein müssen, Ausfälle gemäß Artikel 178 CRR werden nach wie vor als Hauptindikatoren für Einzel- und Portfolio-Wertberichtigungen herangezogen. Die Überführung von Forborne Exposures in das Lebendportfolio erfolgt nicht automatisch nach der festgelegten Überwachungsperiode. Zusätzlich muss eine Expertise eingeholt werden, die bestätigt, dass sich die Verhältnisse des betreffenden Kunden verbessert haben.

Ausgefallene notleidende Kredite (NPL) und Kreditrisikovorsorgen

Ein Ausfall und somit ein notleidender Kredit (Non-performing Loan, NPL) ist nach Artikel 178 CRR gegeben, wenn davon auszugehen ist, dass ein Kunde seinen Kreditverpflichtungen gegenüber der Bank nicht in voller Höhe nachkommen wird oder mit einer wesentlichen Forderung der Bank mindestens 90 Tage in Verzug ist. Für Non-Retail-Kunden werden für die Bestimmung eines Forderungsausfalls zwölf Indikatoren verwendet. So gilt es z. B. als Forderungsausfall, wenn ein Kunde in ein Insolvenz- oder ähnliches Verfahren involviert ist, eine Wertberichtigung oder Direktabschreibung einer Kundenforderung vorgenommen werden musste, das Kreditrisikomanagement eine Kundenforderung als nicht vollständig einbringlich gewertet hat oder die Workout-Einheit die Sanierung des Kunden erwägt.

Im Konzern werden Kundenausfälle in einer konzernweit eingesetzten Datenbank erfasst und dokumentiert. In dieser werden auch Ausfallgründe aufgezeichnet, wodurch die Berechnung und Validierung von Ausfallwahrscheinlichkeiten ermöglicht wird.

Risikovorsorgen werden im Einklang mit definierten Konzernrichtlinien, die auf den IFRS-Bilanzierungsregeln beruhen, gebildet und decken alle erkennbaren Kreditrisiken ab. Im Non-Retail-Bereich entscheiden in den einzelnen Konzerneinheiten Problemerkreditrunden über die Bildung von einzelkreditbezogenen Risikovorsorgen. Im Retail-Bereich wird deren Berechnung durch Retail-Risikomanagement-Abteilungen in den einzelnen Konzerneinheiten vorgenommen. Diese ermitteln die erforderlichen Kreditrisikorückstellungen anhand definierter Berechnungsvorschriften in monatlichen Intervallen und holen dazu die Bestätigung des lokalen Rechnungswesens ein.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der ausgefallenen notleidenden Kredite unter den Ausleihungen der dargestellten Asset-Klassen aus den Bilanzposten Forderungen an Kunden und Forderungen an Kreditinstitute (ohne außerbilanzielle Geschäfte):

in € Tausend	Stand 1.1.2017	Änderung Konsolidie- rungskreis	Währung	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2017
Firmenkunden	4.357.420	357.250	- 142.687	947.234	- 2.527.793	2.991.424
Retail-Kunden	2.126.518	72.902	- 7.038	357.074	- 929.726	1.619.729
Öffentlicher Sektor	1.669	0	0	183	- 1.585	266
Summe Nichtbanken	6.485.607	430.152	- 149.726	1.304.491	- 3.459.105	4.611.418
Kreditinstitute	77.277	0	- 4.788	601	- 63.060	10.030
Gesamt	6.562.884	430.152	- 154.515	1.305.092	- 3.522.165	4.621.449

in € Tausend	Stand 1.1.2016	Änderung Konsolidie- rungskreis	Währung	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2016
Firmenkunden	6.051.344	- 300.545	13.655	1.206.100	- 2.613.133	4.357.420
Retail-Kunden	2.273.515	- 26.114	39.334	506.077	- 666.294	2.126.518
Öffentlicher Sektor	3.305	0	- 1.395	271	- 513	1.669
Summe Nichtbanken	8.328.164	- 326.659	51.595	1.712.448	- 3.279.941	6.485.607
Kreditinstitute	127.496	0	1.337	2.268	- 53.824	77.277
Gesamt	8.455.659	- 326.659	52.931	1.714.716	- 3.333.765	6.562.884

Die nachstehende Tabelle stellt den Anteil der notleidenden Kredite an den Ausleihungen der dargestellten Asset-Klassen aus den Bilanzposten Forderungen an Kunden und Forderungen an Kreditinstitute (ohne außerbilanzielle Geschäfte) dar:

in € Tausend	NPL		NPL Ratio		NPL Coverage Ratio	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Firmenkunden	2.991.424	4.357.420	6,3%	9,3%	58,5%	71,5%
Retail-Kunden	1.619.729	2.126.518	4,8%	8,3%	82,8%	82,2%
Öffentlicher Sektor	266	1.669	0,1%	0,6%	>100%	>100%
Summe Nichtbanken	4.611.418	6.485.607	5,7%	9,2%	67,0%	75,6%
Kreditinstitute	10.030	77.277	0,1%	0,5%	>100%	65,4%
Gesamt	4.621.449	6.562.884	4,8%	8,2%	67,1%	75,5%

Das Volumen der notleidenden Kredite an Nichtbanken sank um € 1.874.188 Tausend. Einem organischen Rückgang in Höhe von € 2.154.932 Tausend, vor allem aufgrund des Verkaufs von notleidenden und der Ausbuchung von wirtschaftlich nicht mehr einbringlichen Kreditforderungen in der Ukraine, der RBI AG, Rumänien und Kroatien, stand ein Anstieg aufgrund der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG um € 425.247 Tausend gegenüber. Die Währungsentwicklung bewirkte ebenfalls einen Rückgang von € 144.822 Tausend. Die NPL Ratio bezogen auf das Gesamtobligo verringerte sich um 3,5 Prozentpunkte auf 5,7 Prozent.

Der Bereich Firmenkunden wies im Jahresverlauf eine Reduktion um € 1.365.996 Tausend auf € 2.991.424 Tausend auf, im Wesentlichen zurückzuführen auf Verkäufe und Ausbuchungen. Der Anteil der notleidenden Kredite am Kreditobligo verringerte sich um 3,0 Prozentpunkte auf 6,3 Prozent, die Deckungsquote reduzierte sich um 13,0 Prozentpunkte auf 58,5 Prozent. Im Retail-Bereich sanken die notleidenden Kredite um 23,8 Prozent oder € 506.789 Tausend auf € 1.619.729 Tausend, ebenfalls bedingt durch Verkäufe und Ausbuchungen. Der Anteil der notleidenden Kredite am Kreditobligo sank um 3,5 Prozentpunkte auf 4,8 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich um 0,6 Prozentpunkte auf 82,8 Prozent. Im Bereich Kreditinstitute lagen die notleidenden Kredite zum Jahresende 2017 mit € 10.030 Tausend um € 67.247 Tausend unter dem Jahresendstand von 2016.

Die nachstehende Tabelle weist den Anteil der notleidenden Kredite (NPL) an den Ausleihungen der dargestellten Segmente aus den Bilanzposten Forderungen an Kunden und Forderungen an Kreditinstitute (ohne außerbilanzielle Geschäfte) aus:

2017			
in € Tausend	NPL	NPL Ratio	NPL Coverage Ratio
Zentraleuropa	1.559.366	4,2%	67,7%
Südosteuropa	1.047.819	7,1%	81,0%
Osteuropa	666.698	5,2%	78,7%
Group Corporates & Markets	1.311.232	4,1%	48,5%
Corporate Center	36.334	0,8%	100,0%
Gesamt	4.621.449	4,8%	67,1%
davon Nichtbanken	4.611.418	5,7%	67,0%

2016			
in € Tausend	NPL	NPL Ratio	NPL Coverage Ratio
Zentraleuropa	1.078.207	5,0%	71,0%
Südosteuropa	1.421.322	9,9%	79,7%
Osteuropa	1.576.113	12,0%	85,9%
Group Corporates	688.202	4,5%	65,9%
Group Markets	130.905	1,9%	71,9%
Corporate Center	33.742	0,5%	87,8%
Non-Core	1.634.393	16,7%	66,6%
Gesamt	6.562.884	8,2%	75,5%
davon Nichtbanken	6.485.607	9,2%	75,6%

Im Segment Zentraleuropa erhöhten sich die notleidenden Kredite um € 481.159 Tausend auf € 1.559.366 Tausend. Davon stammten € 670.254 Tausend aus der Umgliederung von Polen aus dem Segment Non-Core in dieses Segment sowie € 44.485 Tausend aus der verschmelzungsbedingten Integration der Raiffeisen stavebni sporitelna a.s., Prag. Hingegen kam es in Ungarn aufgrund von Verkäufen und Ausbuchungen zu einem Rückgang um € 184.231 Tausend. Die NPL Ratio betrug 4,2 Prozent, die Deckungsquote 67,7 Prozent.

In Südosteuropa reduzierten sich die notleidenden Kredite im Jahresabstand um € 373.503 Tausend auf € 1.047.819 Tausend. Alle Länder verzeichneten dabei Rückgänge. Rumänien und Kroatien wiesen mit insgesamt € 190.999 Tausend die höchsten Reduktionen auf, die vor allem auf Verkäufe und Ausbuchungen zurückzuführen waren. Die NPL Ratio sank um 2,8 Prozentpunkte auf 7,1 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich um 1,3 Prozentpunkte auf 81,0 Prozent.

Das Segment Osteuropa verzeichnete einen Rückgang der notleidenden Kredite um 57,7 Prozent oder € 909.416 Tausend auf € 666.698 Tausend. Bewirkt wurde dies sowohl durch Verkäufe notleidender Kredite in Höhe von € 248.823 Tausend in der Ukraine als auch durch Ausbuchungen uneinbringlicher Forderungen und Währungsabwertungen in der Ukraine und Russland. Der Anteil der notleidenden Kredite am Kreditobligo sank um 6,8 Prozentpunkte auf 5,2 Prozent, die Deckungsquote reduzierte sich um 7,1 Prozentpunkte auf 78,7 Prozent.

Die notleidenden Kredite im Segment Group Corporates & Markets betragen € 1.311.232 Tausend. Sie stammten aus den bisherigen Segmenten Group Corporates, Group Markets sowie teilweise Non-Core, hinzu kam ein Effekt von € 380.443 Tausend aus der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG. In der Berichtsperiode reduzierten sich die notleidenden Kredite durch Ausbuchungen uneinbringlicher Forderungen in der RBI AG um € 632.313 Tausend und in der Raiffeisen Leasing Gruppe um € 137.961 Tausend. Die NPL Ratio betrug zum Jahresende 4,1 Prozent, die Deckungsquote 48,5 Prozent.

Der nachstehend abgebildete Risikoversorgespiegel zeigt die Entwicklung von Wertberichtigungen und Vorsorgen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Geschäftsjahr sowie die der Kreditrisikoversorge zugrunde liegenden Asset-Klassen:

in € Tausend	Stand 1.1.2017	Änderung Konsolidie- rungskreis	Zuführung ¹	Auflösungen	Verbrauch ²	Umbuchung, Währungs- differenzen	Stand 31.12.2017
Einzelwertberichtigungen	4.697.411	249.299	1.017.477	- 695.073	- 2.270.531	- 133.232	2.865.350
Kreditinstitute	48.300	0	1.622	- 380	- 33.537	- 6.171	9.835
Firmenkunden	3.034.591	191.106	583.755	- 405.930	- 1.717.763	- 64.865	1.620.894
Retail-Kunden	1.517.193	37.848	370.054	- 235.406	- 510.868	- 40.607	1.138.215
Öffentlicher Sektor	4.347	0	11	- 3.952	- 8	52	450
Außerbilanzielle Verpflichtungen	92.979	20.345	62.035	- 49.405	- 8.356	- 21.642	95.956
Portfolio-Wertberichtigungen	380.954	22.651	164.275	- 188.438	- 123	- 23.599	355.720
Kreditinstitute	2.065	0	408	- 1.113	0	- 334	1.026
Firmenkunden	111.673	16.744	55.113	- 57.293	- 46	- 10.205	115.985
Retail-Kunden	236.556	3.975	100.794	- 112.898	- 76	- 12.710	215.641
Öffentlicher Sektor	406	0	140	- 261	0	17	301
Außerbilanzielle Verpflichtungen	30.254	1.932	7.821	- 16.874	0	- 366	22.767
Gesamt	5.078.364	271.949	1.181.753	- 883.512	- 2.270.654	- 156.831	3.221.070

¹ Zuführung inklusive Direktabschreibungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen

² Verbrauch inklusive Direktabschreibungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen

In der Berichtsperiode zeigen die Änderungen im Konsolidierungskreis im Wesentlichen den Effekt aus der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG.

in € Tausend	Stand 1.1.2016	Änderung Konsolidie- rungskreis	Zuführung ¹	Auflösungen	Verbrauch ²	Umbuchung, Währungs- differenzen	Stand 31.12.2016
Einzelwertberichtigungen	5.771.958	- 55.027	1.610.483	- 841.648	- 1.875.662	87.307	4.697.411
Kreditinstitute	117.672	0	6.533	- 8.489	- 42.254	- 25.162	48.300
Firmenkunden	3.915.657	- 33.863	965.288	- 420.436	- 1.464.920	72.866	3.034.591
Retail-Kunden	1.660.539	- 21.963	556.102	- 349.788	- 368.022	40.325	1.517.193
Öffentlicher Sektor	5.028	0	954	- 477	- 112	- 1.044	4.347
Außerbilanzielle Verpflichtungen	73.062	798	81.607	- 62.456	- 353	321	92.979
Portfolio-Wertberichtigungen	381.982	- 5.667	179.338	- 183.778	- 55	9.134	380.954
Kreditinstitute	2.245	0	1.216	- 1.467	0	71	2.065
Firmenkunden	152.085	- 2.590	40.583	- 79.169	- 18	781	111.673
Retail-Kunden	201.546	- 3.128	125.091	- 94.077	- 37	7.162	236.556
Öffentlicher Sektor	365	0	153	- 355	0	243	406
Außerbilanzielle Verpflichtungen	25.742	51	12.294	- 8.710	0	877	30.254
Gesamt	6.153.940	- 60.695	1.789.821	- 1.025.426	- 1.875.717	96.441	5.078.364

¹ Zuführung inklusive Direktabschreibungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen

² Verbrauch inklusive Direktabschreibungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen

Der Verbrauch basiert überwiegend auf dem Verkauf sowie der Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Kreditrisikoversorgen nach Segmenten:

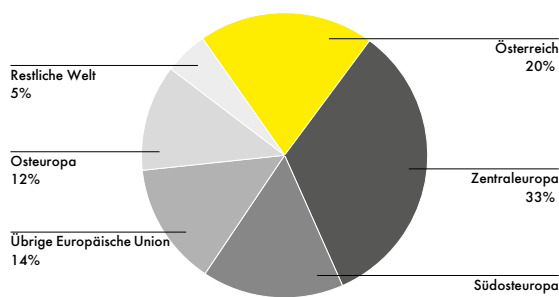
in € Tausend	2017
Einzelwertberichtigungen	2.865.350
Zentraleuropa	939.323
Südosteuropa	762.255
Osteuropa	469.550
Group Corporates & Markets	614.522
Corporate Center	79.700
Portfolio-Wertberichtigungen	355.720
Zentraleuropa	146.883
Südosteuropa	103.188
Osteuropa	59.797
Group Corporates & Markets	45.853
Corporate Center	0
Gesamt	3.221.070

Der Anstieg in Zentraleuropa war im Wesentlichen auf die Änderung der Segmentzuordnung der Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau, vom Segment Non-Core zum Segment Zentraleuropa zurückzuführen.

in € Tausend	2016
Einzelwertberichtigungen	4.697.411
Zentraleuropa	674.924
Südosteuropa	1.029.070
Osteuropa	1.283.701
Group Corporates	564.316
Corporate Center	77.881
Group Markets	124.856
Non-Core	942.663
Portfolio-Wertberichtigungen	380.953
Zentraleuropa	121.409
Südosteuropa	121.094
Osteuropa	76.319
Group Corporates	27.756
Corporate Center	0
Group Markets	865
Non-Core	33.510
Gesamt	5.078.364

Länderrisiko

Anteil des Kreditobligos nach Herkunftsland der Kunden



Das Länderrisiko umfasst das Transfer- und Konvertibilitätsrisiko sowie das politische Risiko. Es resultiert aus grenzüberschreitenden Transaktionen oder aus Direktinvestitionen in Drittstaaten. Der Konzern ist diesem Risiko durch seine Geschäftstätigkeit in den Märkten Zentral- und Osteuropas ausgesetzt, in denen die politischen und wirtschaftlichen Risiken weiterhin zum Teil als vergleichsweise signifikant anzusehen sind.

Die aktive Länderrisikosteuerung des Konzerns erfolgt auf Basis der vom Vorstand festgelegten Country Risk Policy, die als Teil des Kreditportfolio-Limitsystems eine streng definierte Obergrenze für grenzüberschreitende Transaktionen gegenüber einzelnen Ländern festlegt, um Risikokonzentrationen vorzubeugen. Im täglichen Ablauf müssen die Geschäftseinheiten bei grenzüberschreitenden Transaktionen zusätzlich zur Einhaltung kundenspezifischer Limits daher auch Limitanträge

für die betroffenen Länder stellen. Die absolute Höhe der Limits für die unterschiedlichen Länder wird dabei modellgestützt ermittelt, wobei sowohl das interne Länderrating und die Größe des Landes als auch die Eigenkapitalausstattung des Konzerns Berücksichtigung finden.

Das Länderrisiko fließt weiters über das interne Transferpreissystem in die Produktkalkulation und in die risikoadjustierte Performancemessung ein. Der Konzern bietet den einzelnen Geschäftseinheiten dadurch einen Anreiz, Länderrisiken durch Versicherungen (z. B. Exportkreditversicherungen) oder Bürgschaften aus Drittstaaten abzusichern. Die aus der Länderrisikoanalyse gewonnenen Einschätzungen werden aber nicht nur zur Begrenzung des Gesamtvolumens an grenzüberschreitenden Transaktionen eingesetzt, sondern sie kommen auch bei der Limitierung des Gesamtexposure (also auch des durch lokale Einlagen refinanzierten Obligos) in den einzelnen Ländern zur Anwendung. Damit richtet der Konzern seine Geschäftsaktivitäten an der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung in unterschiedlichen Märkten aus und forciert die breite Diversifikation seines Kreditportfolios.

Konzentrationsrisiko

Das Kreditportfolio des Konzerns ist sowohl nach Regionen als auch nach Branchen gut diversifiziert. Auch Einzelkreditkonzentrationen werden auf Basis von Gruppen verbundener Kunden aktiv über die Limitvergabe und regelmäßiges Reporting gesteuert, sodass die Granularität des Portfolios entsprechend gut ist.

Im Rahmen der strategischen Neuausrichtung wurden auch die Limitstrukturen in Bezug auf das Konzentrationsrisiko auf Ebene der einzelnen Kundensegmente überarbeitet.

Die geografische Aufgliederung der Forderungen spiegelt die breite Diversifikation des Kreditgeschäfts in den Märkten des Konzerns wider. Die folgende Tabelle stellt die Kreditobligos aller Forderungsklassen gegliedert nach dem Herkunftsland der Kunden und gruppiert nach Regionen dar.

in € Tausend	2017	Anteil	2016 ¹	Anteil
Zentraleuropa	56.472.039	33,2%	50.177.300	34,2%
Tschechien	19.802.566	11,7%	15.047.461	10,3%
Slowakei	14.902.937	8,8%	14.137.525	9,6%
Polen	14.493.355	8,5%	14.083.249	9,6%
Ungarn	6.818.099	4,0%	6.471.385	4,4%
Sonstige	455.082	0,3%	437.680	0,3%
Österreich	33.739.084	19,9%	19.936.393	13,6%
Südosteuropa	27.220.733	16,0%	25.658.526	17,5%
Rumänien	10.343.335	6,1%	9.451.710	6,4%
Kroatien	5.024.454	3,0%	5.090.754	3,5%
Bulgarien	4.242.353	2,5%	3.998.317	2,7%
Serbien	2.929.691	1,7%	2.467.276	1,7%
Bosnien und Herzegowina	2.196.808	1,3%	2.076.891	1,4%
Albanien	1.705.334	1,0%	1.830.351	1,2%
Sonstige	778.759	0,5%	743.226	0,5%
Übrige Europäische Union	23.668.972	13,9%	21.138.955	14,4%
Deutschland	8.455.087	5,0%	6.354.099	4,3%
Großbritannien	5.161.923	3,0%	5.274.700	3,6%
Frankreich	2.633.592	1,5%	3.085.908	2,1%
Niederlande	1.551.999	0,9%	1.827.995	1,2%
Luxemburg	1.219.966	0,7%	706.158	0,5%
Italien	792.638	0,5%	883.322	0,6%
Spanien	725.385	0,4%	594.955	0,4%
Sonstige	3.128.382	1,8%	2.411.819	1,6%
Osteuropa	20.457.123	12,0%	19.813.764	13,5%
Russland	15.837.977	9,3%	14.262.288	9,7%
Ukraine	2.503.510	1,5%	3.379.948	2,3%
Belarus	1.684.600	1,0%	1.635.031	1,1%
Sonstige	431.035	0,3%	536.498	0,4%
Asien	2.669.003	1,6%	3.499.318	2,4%
Nordamerika	2.416.936	1,4%	3.051.440	2,1%
Schweiz	2.195.665	1,3%	2.192.707	1,5%
Restliche Welt	1.077.380	0,6%	1.104.747	0,8%
Gesamt	169.916.936	100,0%	146.573.149	100,0%

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund einer Ausweisänderung

Das Kreditobligo aller Forderungsklassen wies im Vergleich zum Jahresende 2016 einen Anstieg um € 23.343.787 Tausend auf € 169.916.936 Tausend auf (davon € 21.498.095 Tausend bedingt durch die Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG in den Regionen Österreich, Zentraleuropa und Übrige Europäische Union).

Der größte Anstieg um € 13.802.691 Tausend auf € 33.739.084 Tausend in Österreich war auf die verschmelzungsbedingte Integration der Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., Wien, eine Zunahme von Einlagen bei der österreichischen Nationalbank, einen höheren Bestand von Anleihen der Republik Österreich sowie auf Kreditfinanzierungen zurückzuführen. Tschechien verzeichnete einen Zuwachs um € 4.755.105 Tausend auf € 19.802.566 Tausend, der auf die verschmelzungsbedingte Integration der Raiffeisen stavebni sporitelna a.s., Prag, sowie auf Repo-Geschäfte und einen gestiegenen Anleihenbestand zurückzuführen war. Dieser Anstieg wurde jedoch durch einen Rückgang der Geldmarkt-Geschäfte teilweise kompensiert. Deutschland wies einen Anstieg um € 2.100.988 Tausend auf € 8.455.087 Tausend auf, welcher aus einer Zunahme des Anleihenbestands, der Kredit- und Rahmenfinanzierungen sowie der Repo-Geschäften resultierte.

Die folgende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo des Konzerns nach Branchenzugehörigkeit der Kunden:

in € Tausend	2017	Anteil	2016	Anteil
Kredit- und Versicherungsgewerbe	44.981.704	26,5%	39.182.850	26,7%
Private Haushalte	34.997.424	20,6%	26.589.450	18,1%
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherungen	16.593.524	9,8%	11.844.457	8,1%
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	12.638.639	7,4%	11.976.256	8,2%
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	11.616.077	6,8%	11.425.672	7,8%
Grundstücks- und Wohnungswesen	10.095.836	5,9%	8.385.798	5,7%
Baugewerbe	5.747.554	3,4%	5.551.211	3,8%
Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen	5.858.760	3,4%	4.437.567	3,0%
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	3.866.195	2,3%	3.674.826	2,5%
Energieversorgung	2.915.441	1,7%	3.055.623	2,1%
Metallerzeugung und -bearbeitung	1.742.166	1,0%	2.182.536	1,5%
Sonstiges Transportgewerbe	1.909.768	1,1%	1.904.549	1,3%
Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen	1.955.242	1,2%	1.895.778	1,3%
Ernährungsgewerbe	1.897.956	1,1%	1.833.599	1,3%
Maschinenbau	1.694.692	1,0%	1.694.385	1,2%
Kraftfahrzeughandel, Tankstellen	1.049.095	0,6%	915.539	0,6%
Gewinnung von Erdöl und Erdgas	594.179	0,3%	776.215	0,5%
Sonstige Branchen	9.762.685	5,7%	9.246.836	6,3%
Gesamt	169.916.936	100%	146.573.149	100%

Aus der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG resultierte ein Anstieg von € 21.498.095 Tausend, vor allem in den Bereichen Private Haushalte, Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherungen.

Strukturiertes Kreditportfolio

Der Konzern ist als Investor in strukturierten Produkten tätig. 41,9 Prozent dieses Portfolios (2016: 54,7 Prozent) verfügen über ein externes Rating von A oder höher, wobei 60,3 Prozent (2016: 60,7 Prozent) des Portfolios Forderungen gegenüber europäischen Kunden enthalten. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Investments in Asset-Backed Securities (ABS), Asset-Based Financing (ABF) und zum Teil auch Collateralized Debt Obligations (CDO). Das Gesamtexposure an strukturierten Produkten verfügt über ein Nominale in Höhe von € 804.956 Tausend (2016: € 739.850 Tausend) und einen Buchwert in Höhe von € 769.650 Tausend (2016: € 701.609 Tausend).

Kontrahentenausfallrisiko

Ein Kontrahentenausfall bei Derivat-, Pensions- und Wertpapierleihgeschäften kann Verluste durch die Kosten der Wiederbeschaffung eines äquivalenten Kontrakts verursachen. Dieses Risiko wird vom Konzern durch die Marktbewertungsmethode gemessen, die den gegenwärtigen Marktwert und einen vordefinierten Puffer für etwaige Veränderungen des Forderungswerts in der Zukunft berücksichtigt. Für die interne Steuerung werden die möglichen Preisänderungen, die den fairen Wert dieser Instrumente beeinflussen, je nach Instrumentenkategorie aufgrund der historischen Marktwertbewegungen ermittelt.

Voraussetzung für den Abschluss von derivativen Kontrakten ist die Einhaltung des Kreditgenehmigungsprozesses, für den dieselben Risikoklassifizierungs-, -limitierungs- und -überwachungsverfahren gelten wie für das klassische Kreditgeschäft. Derivative Positionen werden dabei in der Einrichtung und Überwachung von Kreditlimits sowie in der Bemessung und Allokation des internen Kapitals gemeinsam mit den sonstigen Forderungen eines Kunden als gewichtete Anrechnungsbeträge berücksichtigt.

Eine wesentliche Strategie zur Reduktion dieses Risikos stellen Kreditrisikominderungsinstrumente, z. B. Netting und die Unterlegung mit Sicherheiten, dar. Grundsätzlich strebt der Konzern für alle wesentlichen Derivatgeschäfte den Abschluss eines standardisierten ISDA-Rahmenvertrags für das bilaterale Netting und eines entsprechenden Credit Support Annex (CSA) zur Absicherung der jeweils aktuellen Marktwerte auf täglicher Basis an.

Marktrisiko

Der Konzern definiert Marktrisiko als die potenziell mögliche negative Veränderung der Marktpreise von Handels- und Investmentpositionen. Es wird durch Schwankungen der Wechselkurse, Zinssätze, Credit Spreads, Aktienpreise und Warenpreise sowie anderer relevanter Marktparameter, wie z. B. impliziter Volatilitäten, bestimmt.

Das Marktrisiko der Kundenbereiche wird mittels Transferpreismethode in das Treasury transferiert. Der Bereich Treasury ist für das Management dieser strukturellen Risiken sowie für die Einhaltung der Gesamtkonzernlimits verantwortlich. Der Bereich Capital Markets ist für den Eigenhandel, das Market Making und das Kundengeschäft mit Geld- und Kapitalmarktprodukten zuständig.

Organisation des Marktrisikomanagements

Alle Marktrisiken werden auf Konzernebene gemessen, überwacht und gesteuert.

Die Aufgabe des strategischen Marktrisikomanagements wird durch das Market Risk Committee wahrgenommen, das für das Management und die Steuerung aller Marktrisiken im Konzern verantwortlich ist. Das Konzerngesamtlimit wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit und des Ertragsbudgets vom Gesamtvorstand festgelegt. Die Aufteilung dieses Limits auf Sublimits erfolgt abgestimmt mit den jeweiligen Unternehmensbereichen je nach Strategie, Geschäftsmodell und Risikoappetit.

Die Abteilung Market Risk Management stellt sicher, dass der Geschäfts- und der Produktumfang im Rahmen der definierten und beschlossenen Strategie des Konzerns liegen. Sie ist verantwortlich für die Entwicklung und Weiterentwicklung der Risikomanagement-Prozesse, -Infrastruktur und -Systeme sowie der Regelwerke und der Messmethoden für alle Marktrisikokategorien und für marktrisikoinduzierte Kreditrisiken des Derivatgeschäfts. Weiters führt diese Abteilung die tägliche unabhängige Messung und das Reporting aller Marktrisiken durch.

Alle Produkte, in denen offene Positionen gehalten werden, sind im Produktkatalog festgelegt. Neue Produkte werden in diese Liste erst dann aufgenommen, wenn sie den Produkteinführungsprozess erfolgreich durchlaufen haben. Produkthanträge werden einer gesamthaften Risikoanalyse unterworfen und nur genehmigt, wenn die Abbildbarkeit in den Front- und Back-Office- bzw. Risikomanagement-Systemen der Bank gewährleistet ist.

Limitsystem

Der Konzern verfolgt einen umfassenden Risikomanagement-Ansatz für Handels- und Bankbücher (Total-Return-Ansatz). Die Steuerung der Marktrisiken wird deshalb konsistent auf alle Handels- und Bankbücher angewendet. Die folgenden Größen werden im Marktrisikomanagement-System auf täglicher Basis gemessen und limitiert:

- Value-at-Risk (VaR) – Konfidenzintervall 99 Prozent, Horizont 1 Tag
Der VaR ist das Hauptsteuerungsinstrument für Marktrisiken in liquiden Märkten und normalen Marktsituationen. Die Messung des VaR basiert auf einem hybriden Simulationsansatz, in dem 5.000 Szenarien generiert werden und der die Vorteile einer historischen Simulation mit denen einer Monte-Carlo-Simulation verbindet. Basis für die verwendeten Marktparameter sind historische Zeitreihen mit einer Dauer von 500 Tagen. In den Verteilungsannahmen sind moderne Eigenschaften wie Volatility Declustering und Random Time Change implementiert, um endlastige und asymmetrische Verteilungen gut abbilden zu können. Das Modell ist von der österreichischen Finanzmarktaufsicht als internes Modell für die Messung des Eigenmittelerfordernisses zugelassen. Die VaR-Berechnung wurde zum Ende des dritten Quartals durch die Basiszinsrisikofaktoren ergänzt. Die Value-at-Risk-Resultate finden nicht nur in der Risikobegrenzung, sondern auch in der Allokation des ökonomischen Kapitals Einsatz.
- Sensitivitäten (gegenüber Änderungen in Währungskursen und Zinssätzen, Gamma, Vega, Aktien- und Warenpreisen)
Sensitivitätslimits sollen Konzentrationen in normalen Marktsituationen vermeiden und sind das Hauptsteuerungsinstrument in Stresssituationen und in illiquiden oder strukturell schwer zu messenden Märkten.
- Stop Loss
Dieses Limit unterstützt die Disziplin der Händler im Management von Eigenpositionen, mögliche Verluste nicht zu akkumulieren, sondern eng zu begrenzen.

Dieses mehrstufige Limitsystem wird durch ein umfangreiches Stresstesting-Konzept ergänzt, in dem die potenziellen Wertveränderungen des Gesamtportfolios bei Anwendung verschiedener Szenarien ermittelt werden. Risikokonzentrationen, die durch diese Stresstests offenbar werden, werden im Marktrisikokomitee berichtet und in der Limitvergabe berücksichtigt. Stresstestberichte je Portfolio sind Teil des täglichen Marktrisiko-Reporting.

Value-at-Risk (VaR)

Nachstehende Tabellen stellen die Risikokennzahlen (VaR 99 Prozent, 1 Tag) für das Marktrisiko der Handels- und Bankbücher je Risikoart dar. Die strukturellen Kapitalpositionen, die strukturellen Zinsrisiken sowie Spread-Risiken aus Anleihebüchern, die als Liquiditätspuffer gehalten werden, dominieren den VaR des Konzerns.

Handelsbuch VaR 99% 1T in € Tausend	VaR per 31.12.2017	Durchschnitts-VaR	Minimum VaR	Maximum VaR	VaR per 31.12.2016
Währungsrisiko	987	8.851	818	26.057	3.506
Zinsrisiko	2.999	2.758	1.295	4.595	3.522
Credit-Spread-Risiko	883	989	556	1.496	692
Aktienpreisisiko	591	926	591	1.168	909
Vega Risiko	96	188	84	431	255
Basis Risiko	2.012	1.187	630	2.342	n. a.
Gesamt	3.993	10.960	2.152	28.747	5.012

Bankbuch VaR 99% 1T in € Tausend	VaR per 31.12.2017	Durchschnitts-VaR	Minimum VaR	Maximum VaR	VaR per 31.12.2016
Währungsrisiko	13.027	19.495	11.187	27.632	23.525
Zinsrisiko	10.646	15.652	5.586	31.956	15.260
Credit-Spread-Risiko	29.928	10.959	6.318	29.928	7.316
Vega Risiko	1.001	2.086	895	5.412	1.082
Basis Risiko	4.908	3.785	2.559	5.544	n. a.
Gesamt	40.501	32.209	18.711	45.057	34.406

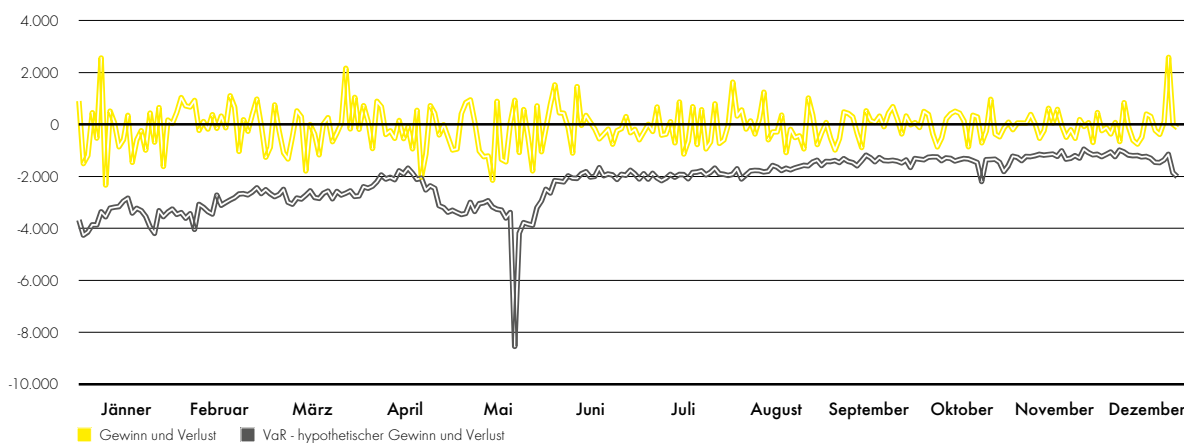
Gesamt VaR 99% 1T in € Tausend	VaR per 31.12.2017	Durchschnitts-VaR	Minimum VaR	Maximum VaR	VaR per 31.12.2016
Währungsrisiko	13.362	19.630	10.988	29.152	23.683
Zinsrisiko	11.742	16.937	6.107	35.454	15.827
Credit-Spread-Risiko	30.622	11.359	6.679	30.622	7.576
Aktienpreisrisiko	591	926	591	1.168	909
Vega Risiko	1.032	2.112	920	5.473	1.009
Basis Risiko	5.855	4.162	3.210	5.855	n. a.
Gesamt	40.822	34.112	19.738	49.269	35.723

Die verwendeten Risikomessmethoden werden – neben qualitativen Analysen der Profitabilität – laufend durch Backtesting und statistische Validierungsverfahren überwacht und, falls Modellierungsschwächen festgestellt werden, adaptiert.

Im letzten Jahr gab es keine hypothetische Backtesting-Überschreitung. Die folgende Grafik stellt den VaR den hypothetischen Gewinnen und Verlusten auf täglicher Basis gegenüber. Der VaR stellt den maximalen Verlust dar, der mit einem Konfidenzintervall von 99 Prozent binnen eines Tages nicht überschritten wird. Er wird dem jeweiligen hypothetischen Gewinn oder Verlust gegenübergestellt, der am darauffolgenden Tag aufgrund der dann tatsächlich eingetretenen Marktbewegungen eintreten würde.

Value-at-Risk und hypothetische Marktwertveränderungen für das Handelsbuch

in € Tausend



Die VaR Veränderung im Mai 2017 war im Wesentlichen auf eine Handelsposition in russischen Rubel zurückzuführen.

Währungsrisiken und Kapital(quoten)-Hedge

Das Marktrisiko des Konzerns wird vorrangig vom Währungsrisiko, das aus dem in Fremdwährung gehaltenen Eigenkapital der ausländischen Konzerneinheiten resultiert, und den diesbezüglich vom Group Asset/Liability Committee gesteuerten Absicherungsgeschäften geprägt. Das Währungsrisiko im engeren Sinn ist als die Gefahr von Verlusten aufgrund offener Devisenpositionen definiert. Währungsschwankungen wirken sich dabei aber sowohl auf die laufend erzielten Erträge als auch auf die anfallenden Kosten aus. Sie beeinflussen weiters das Eigenmittelerfordernis von Aktivpositionen in Fremdwährungen, selbst wenn diese in derselben Währung refinanziert wurden und somit keine offene Devisenposition besteht.

Der Konzern hält materielle Beteiligungen an Gesellschaften außerhalb des Euroraums, die ihr Eigenkapital in der jeweiligen Lokawährung halten. Ebenso ist ein wesentlicher Teil der Risikoaktiva des Konzerns nicht in Euro denominated. Wechselkursveränderungen führen daher sowohl zu Schwankungen des Eigenkapitals des Konzerns als auch zu Veränderungen des Eigenmittelerfordernisses für das Kreditrisiko.

Um das Währungsrisiko abzusichern, können zwei unterschiedliche Ansätze verfolgt werden:

- **Absoluter Kapitalerhalt:** Diese Hedging-Strategie zielt auf eine Immunisierung des in Lokalwährung gehaltenen Kapitals durch eine entsprechende Gegenposition auf konsolidierter Basis ab. Es bestehen jedoch nicht für alle Währungen Absicherungsmöglichkeiten im erforderlichen Ausmaß, zudem sind derartige Absicherungen aufgrund hoher Zinsdifferenzen wirtschaftlich für manche Währungen nicht sinnvoll.
- **Konstante Kapitalquote:** Ziel dieser Hedging-Strategie ist es, Kernkapital und risikogewichtete Aktiva für jede Währung mit der gewünschten Kernkapitalquote in Einklang zu bringen (d. h. Kapitalüber- oder -unterdeckungen in jeder Währung im Verhältnis zu den risikogewichteten Aktiva zu schließen), sodass die Kernkapitalquote bei Währungsschwankungen konstant bleibt.

Der Konzern arbeitet im Währungsrisikomanagement mit dem Ansatz der konstanten Kapitalquote. Bei Veränderungen der Wechselkurse kommt es daher zu absoluten Veränderungen im Eigenkapital, gleichzeitig ändert sich aber auch das Kapitalerfordernis für Kreditrisiken aus Aktiva in Fremdwährungen entsprechend. Das Management dieses Risikos erfolgt in den monatlich stattfindenden Sitzungen des Group Asset/Liability Committee anhand historischer Kursvolatilitäten, Wechselkursprognosen und der Kernkapitalquotensensitivität einzelner Währungen.

Im Folgenden sind die wesentlichen offenen Währungspositionen per 31. Dezember 2017 und die entsprechenden Vergleichswerte des Vorjahres angeführt. Die Beträge beinhalten sowohl Handelspositionen als auch die Kapitalpositionen der in Fremdwährung bilanzierenden Tochterunternehmen.

in € Tausend	2017	2016
ALL	- 2.809	9.238
BAM	184.950	147.906
BGN	353.178	305.709
BYN	232.460	253.524
CNY	- 7.082	11.637
CHF	- 198.101	- 240.133
CZK	476.003	392.781
HRK	522.622	557.109
HUF	369.184	364.272
PLN	688.237	747.365
RON	369.002	505.480
RSD	396.936	378.831
RUB	487.980	566.157
UAH	97.368	11.036
USD	- 585.151	- 417.224

Zinsrisiken im Handelsbuch

Die folgenden Tabellen zeigen die größten Barwertveränderungen des Handelsbuchs des Konzerns bei einer parallelen Zinserhöhung um 1 Basispunkt in € Tausend für die Stichtage 31. Dezember 2017 und 31. Dezember 2016. Es sind darin Währungen angeführt, bei denen der Absolutwert der Zinssensitivität insgesamt zumindest € 1 Tausend beträgt.

2017 in € Tausend	Gesamt	Bis 3 M	> 3 bis 6 M	> 6 bis 12 M	> 1 bis 2 J	> 2 bis 3 J	> 3 bis 5 J	> 5 bis 7 J	> 7 bis 10 J	> 10 bis 15 J	> 15 bis 20 J	Mehr als 20 J
ALL	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
CHF	3	4	0	0	5	- 5	- 1	1	- 1	0	1	0
CNY	4	0	0	4	0	0	0	0	0	0	0	0
CZK	74	9	- 2	10	30	16	1	6	6	- 1	0	0
EUR	- 104	1	- 29	18	- 100	68	48	- 72	45	- 37	- 10	- 36
HRK	0	0	2	6	- 2	0	- 2	- 4	0	0	0	0
HUF	1	- 3	- 14	- 3	17	2	2	18	- 18	0	0	0
NOK	1	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0
PLN	8	- 3	- 6	- 9	10	6	7	5	- 2	0	0	0
RON	- 2	- 1	2	- 4	1	- 1	3	- 3	0	0	0	0
RUB	- 22	- 4	- 13	- 6	19	- 4	1	- 3	- 8	- 4	0	0
UAH	- 5	0	0	- 1	- 3	- 1	0	0	0	0	0	0
USD	- 41	- 8	16	- 14	- 29	- 18	- 14	18	- 17	- 15	25	13
Sonstige	- 5	- 1	0	- 1	- 2	0	- 1	- 2	2	0	0	0

Die Darstellung der Währungen hat sich im Jahresvergleich abhängig vom Absolutwert der Zinssensitivität verändert.

2016 in € Tausend	Gesamt	Bis 3 M	> 3 bis 6 M	> 6 bis 12 M	> 1 bis 2 J	> 2 bis 3 J	> 3 bis 5 J	> 5 bis 7 J	> 7 bis 10 J	> 10 bis 15 J	> 15 bis 20 J	Mehr als 20 J
ALL	-14	0	-1	-1	-2	-5	-5	0	0	0	0	0
CHF	-9	0	1	-6	-9	1	9	-5	-1	-1	1	0
CNY	5	4	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
CZK	26	2	1	7	-4	0	22	-4	3	-2	0	0
EUR	-162	18	8	-6	5	-8	-37	-87	37	-89	10	-12
HRK	-14	0	0	-1	-4	-4	-2	-3	0	0	0	0
HUF	36	0	-8	4	14	9	19	0	0	-2	0	0
NOK	1	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
PLN	-10	-3	4	-13	-1	3	5	-3	-3	0	0	0
RON	-24	1	-3	1	0	-8	-5	-4	-6	0	0	0
RUB	-5	-6	-7	-12	16	1	19	3	1	-20	0	0
UAH	-5	0	0	0	-3	-1	-1	0	0	0	0	0
USD	-62	-16	12	-19	-15	-13	-3	-17	-24	6	15	12
Sonstige	0	-1	-1	0	1	0	0	0	1	0	0	0

Zinsrisiken im Bankbuch

Unterschiedliche Laufzeiten und Zinsanpassungskonditionen der angebotenen Produkte führen gemeinsam mit der Refinanzierung durch Kundeneinlagen sowie über die Geld- und Kapitalmärkte im Konzern zu Zinsänderungsrisiken. Diese entstehen vorwiegend durch den nicht vollständigen Ausgleich der Zinssensitivität von erwarteten Zahlungen, deren Zinsanpassungsrhythmen und anderer optionaler Ausstattungsmerkmale. Zinsrisiken im Bankbuch bestehen dabei in den Hauptwährungen Euro und US-Dollar sowie in den lokalen Währungen der Konzerngesellschaften in Zentral- und Osteuropa.

Dieses Risiko wird grundsätzlich durch eine Kombination von bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften abgesichert, wobei vorwiegend Zinsswaps und - in geringerem Ausmaß - Zinstermingeschäfte und Zinsoptionen zum Einsatz kommen. Das Bilanzstrukturmanagement ist eine Kernaufgabe sowohl des zentralen Bereichs Global Treasury als auch der lokalen Banken, die von Group Asset/Liability Committee unterstützt werden. Sie stützen sich dabei auf Szenarien und Analysen zur Simulation des Zinsertrags, um eine optimale Positionierung im Einklang mit der Zinsmeinung und im Rahmen des Risikoappetits zu gewährleisten.

Für die Quantifizierung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch kommen neben der Value-at-Risk-Berechnung auch klassische Methoden der Kapital- und Zinsbindungsanalyse zur Anwendung. Für das Zinsänderungsrisiko im Rahmen der Zinsrisikostatistik besteht ein quartalsweises Berichtswesen an die Aufsichtsbehörde, das entsprechend den Erfordernissen der CRR-Richtlinien auch eine Barwertveränderung in Prozent der Eigenmittel beinhaltet. Notwendige Schlüsselannahmen für Fristigkeiten werden dabei im Einklang mit regulatorischen Vorgaben und aufgrund interner Statistiken und Erfahrungswerte getroffen.

Die Barwertveränderung des Bankbuchs des Konzerns bei einer parallelen Zinserhöhung um 1 Basispunkt wird in folgenden Tabellen in € Tausend für die Stichtage 31. Dezember 2017 und 31. Dezember 2016 dargestellt. Es sind darin Währungen angeführt, bei denen der Absolutwert der Zinssensitivität mindestens € 1 Tausend übersteigt.

2017 in € Tausend	Gesamt	Bis 3 M	> 3 bis 6 M	> 6 bis 12 M	> 1 bis 2 J	> 2 bis 3 J	> 3 bis 5 J	> 5 bis 7 J	> 7 bis 10 J	> 10 bis 15 J	> 15 bis 20 J	Mehr als 20 J
ALL	-25	2	-5	-3	-19	-3	3	-3	1	1	1	1
BAM	-11	5	-1	-7	-4	-2	-4	0	2	0	0	0
BGN	26	1	0	1	8	12	36	-18	-10	-3	-1	0
BYN	-16	1	-1	-3	-7	-3	-2	0	0	0	0	0
CHF	245	-10	2	2	12	14	34	21	49	73	43	5
CNY	-3	0	0	-3	0	0	0	0	0	0	0	0
CZK	-246	13	-18	-2	8	6	-46	67	57	37	-268	-102
EUR	-443	-8	-6	108	-268	37	515	251	-262	-433	-228	-149
GBP	-4	-1	0	1	0	0	-1	-1	-1	0	0	0
HRK	-17	2	-6	-9	-1	5	30	-28	-8	-2	0	0
HUF	-32	-2	-11	23	-2	-19	41	-55	-1	-3	-2	-1
PLN	148	-22	4	24	16	16	21	19	16	34	17	3
RON	106	2	-5	7	39	63	19	-4	-4	-5	-3	-2
RSD	-38	-1	-2	-1	-19	-4	-6	-5	-1	0	0	0
RUB	-308	7	-17	-22	-196	-82	-35	29	76	-45	-20	-3
SGD	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
UAH	-57	1	-3	-3	-18	-10	-14	-3	-4	-2	0	0
USD	182	28	5	13	1	32	57	5	4	32	4	2
Sonstige	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0

Die Darstellung der Währungen hat sich im Jahresvergleich abhängig vom Absolutwert der Zinssensitivität verändert.

2016 in € Tausend	Gesamt	Bis 3 M	> 3 bis 6 M	> 6 bis 12 M	> 1 bis 2 J	> 2 bis 3 J	> 3 bis 5 J	> 5 bis 7 J	> 7 bis 10 J	> 10 bis 15 J	> 15 bis 20 J	Mehr als 20 J
ALL	-38	3	-6	-5	-21	-7	-4	0	1	1	0	1
BGN	-11	-2	2	-3	-9	11	42	-22	-14	-11	-4	-1
BYN	-34	-1	-2	-6	-12	-6	-5	-1	-1	0	0	0
CHF	-242	13	4	-1	-4	-4	-5	-22	-60	-109	-48	-7
CNY	-4	-2	-2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
CZK	-49	17	-11	-5	18	42	138	-82	-54	-72	-32	-7
EUR	448	-45	-17	75	135	37	379	370	-141	-201	-64	-79
GBP	-4	-1	0	1	0	0	-1	-1	-2	0	0	0
HRK	-29	2	-1	-5	-22	3	14	-9	-12	3	-1	0
HUF	-107	1	-13	7	1	6	-41	-39	-8	-15	-6	-1
PLN	-51	-6	-25	29	-1	-4	-7	-6	-11	-12	-6	-1
RON	52	-3	0	6	33	31	-6	-4	-2	-1	0	0
RSD	-45	-1	-2	3	-20	-6	-13	-5	0	0	0	0
RUB	-670	12	-16	-25	-193	-121	-90	-80	-85	-62	-8	-2
SGD	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
UAH	-10	1	-1	0	-6	10	-1	-5	-5	-2	0	0
USD	108	28	17	46	23	-1	26	-29	2	29	-5	-28
Sonstige	1	5	-2	-4	-1	-1	0	1	3	0	0	0

Die signifikanten Barwertveränderungen für EUR und CHF sind überwiegend durch Methodenumstellungen (zum Beispiel Berücksichtigung negativer Zinsen) und nur zu geringeren Teilen durch Positionsveränderungen hervorgerufen.

Credit-Spread-Risiken

Das Marktrisikosteuerungssystem berücksichtigt zeitabhängige Anleihe- und CDS-Spread-Kurven als Risikofaktoren für die Ermittlung von Credit-Spread-Risiken. Umfasst sind alle Kapitalmarktinstrumente des Handels- und Bankbuchs.

Organisation und Verantwortung

Die Verantwortung zur Gewährleistung einer angemessenen Liquiditätsausstattung obliegt dem gesamten Vorstand. Die in ihrer Funktion verantwortlichen Vorstandsmitglieder sind der Chief Financial Officer (Treasury) und der Chief Risk Officer (Risk Controlling). Entsprechend werden die Prozesse im Hinblick auf das Liquiditätsrisiko im Wesentlichen von zwei Bereichen innerhalb der Bank ausgeführt: Einerseits steuern Treasury Einheiten die Liquiditätsrisikopositionen innerhalb der von Entscheidungsgremien festgelegten Strategie, Richtlinien und Parameter, andererseits werden diese von unabhängigen Einheiten des Bereichs Risk Controlling überwacht und unterstützt. Die Risiko-Einheiten messen und modellieren Liquiditätsrisikopositionen, legen Limits fest und kontrollieren deren Einhaltung. Neben den beschriebenen Linienfunktionen bestehen in allen Konzerneinheiten Aktiv-/Passiv-Managementkomitees (Asset/Liability Committees, ALCOs). Diese Komitees fungieren als Entscheidungsgremien im Hinblick auf alle Angelegenheiten, die sich auf das Management der Liquiditätsposition und der Bilanzstruktur einer Einheit auswirken, einschließlich der Festlegung von Strategien und Richtlinien zur Behandlung von Liquiditätsrisiken. Die ALCOs fällen Entscheidungen und berichten den jeweiligen Vorständen mindestens monatlich mittels standardisierter Liquiditätsrisikoberichte. Auf Konzernebene übernimmt diese Funktion das Gruppen-ALCO. Die Tätigkeiten von Treasury und die entsprechenden ALCO-Entscheidungen gründen sich hauptsächlich auf konzernweite, standardisierte Gruppenvorgaben und ihre lokalen Ergänzungen, die regionale Besonderheiten berücksichtigen.

Liquiditätsstrategie

Das Treasury ist zur Einhaltung bestimmter Performance-Kennzahlen und risikobasierter Grundsätze verpflichtet. Die aktuellen Performance-Kennzahlen umfassen allgemeine Ziele, z. B. für die Rendite auf das risikoadjustierte Kapital (Return on Risk-Adjusted Capital, RoRAC) oder Deckungsbeiträge. Dazu kommen spezifische Treasury-Ziele zur Liquidität wie eine Mindestüberlebensdauer in definierten Stressszenarien oder die Diversifizierung der Finanzierungsstruktur. Neben der Erwirtschaftung eines Strukturbeitrags mittels Fristentransformation, die das von der Bank eingegangene Liquiditäts- und Marktrisiko widerspiegelt, hat Treasury bei der Bilanzsteuerung eine umsichtige und nachhaltige Risikopolitik zu verfolgen. Zu den strategischen Zielen zählen eine Verringerung des Fundings der Muttergesellschaft an die Konzerntöchter, eine weitere Stabilisierung der Einlegerbasis und eine durchgehende Einhaltung der regulatorischen Anforderungen sowie der internen Vorgaben und Limits.

Liquidity Risk Framework

Auf Grundlage von bestimmten Modellannahmen werden regulatorische und interne Liquiditätsberichte und -quoten erstellt und festgelegt. Während die regulatorischen Berichte gemäß den Vorgaben der Behörden erstellt werden, gründen sich die internen Berichte auf Annahmen anhand von empirischen Beobachtungen.

Der Konzern verfügt über eine solide Datenbasis sowie Expertenwissen zur Vorhersage von Kapitalflüssen, die sich aus allen wesentlichen Bilanzposten und außerbilanziellen Positionen ergeben. Die Modellierung von Liquiditätszu- und -abflüssen erfolgt in einer angemessen detaillierten Art und Weise, wobei zumindest zwischen Produkten, Kundensegmenten sowie gegebenenfalls Währungen unterschieden wird. In die Modellierung der Retail- und Firmenkundeneinlagen fließen Annahmen bezüglich der Verweildauer der Einlagen nach Laufzeitende ein. Die Modellannahmen sind umsichtig, so dass beispielsweise nicht von einem „Rollover“ der Einlagen von Finanzinstituten ausgegangen wird und alle Finanzierungskanäle sowie der Liquiditätspuffer gleichzeitig gestresst werden, ohne Berücksichtigung der abschwächenden Auswirkungen von Diversifizierung.

Die Eckpfeiler des internen Liquidity Risk Frameworks sind das Going Concern (GC) und das Time-to-Wall-Szenario (TTW). Der Going-Concern-Bericht weist die strukturelle Liquiditätsposition aus und deckt dabei alle wesentlichen Risikotreiber ab, die den Konzern in einem normalen Geschäftsumfeld (Business as Usual) belasten könnten. Die Going-Concern-Modelle sind zudem die wesentlichsten Inputfaktoren für den Kostenbeitrag für den Transfer von Mitteln innerhalb der Bank (Funds Transfer Pricing Model). Der Time-to-Wall-Bericht wiederum zeigt die Überlebensdauer unter bestimmten nachteiligen Szenarien und Stressannahmen (Markt-, Namens- und Kombinierte Krise) auf und legt die Mindesthöhe des Liquiditätspuffers (bzw. der Ausgleichskapazität) des Konzerns und seiner einzelnen Einheiten fest.

Die Modellierung der Liquiditätsszenarien erfolgt mittels einer gruppenweiten Methodik, die lokale Spezifika berücksichtigt, sofern diese durch Einflussfaktoren wie das Markt- oder das rechtliche Umfeld oder bestimmte Geschäftsmerkmale gerechtfertigt sind; die Berechnung erfolgt in der RBI AG. Bei der Modellierung von Liquiditätszu- und -abflüssen wird zumindest zwischen Produkten, Kundensegmenten sowie gegebenenfalls zwischen einzelnen Währungen unterschieden. Für Produkte ohne vertragliche Laufzeit wird die Verteilung der Liquiditätszu- und -abflüsse unter Verwendung einer Geometrischen Brownschen Bewegung ermittelt, die statistische Prognosen zu den zukünftigen Tagessalden von der beobachteten und exponentiell gewichteten historischen Volatilität der entsprechenden Produkte ableitet.

Das Liquiditätsrisikoframework wird sowohl auf Konzernebene als auch auf Ebene der einzelnen Einheiten kontinuierlich weiterentwickelt. In mehreren konzernweiten Projekten werden die technische Infrastruktur ausgebaut und die Datenverfügbarkeit verbessert, um den neuen Berichterstattungs- und Managementanforderungen in diesem Risikobereich gerecht zu werden.

Risikoappetit und Liquiditätslimits

Die Liquiditätsposition wird auf Konzern- und auf Ebene der einzelnen Einheiten überwacht und durch ein umfassendes Limitsystem eingegrenzt. Die Limits werden sowohl im Hinblick auf ein reguläres Geschäftsumfeld als auch für Stressszenarien festgelegt. Entsprechend dem definierten Risikoappetit muss jede Konzerneinheit in einem schweren, kombinierten Stressszenario (Namens- und Marktstress) eine Überlebensdauer von einigen Monaten (TTW) aufweisen. Dies lässt sich entweder durch ein strukturell positives Liquiditätsprofil oder einen ausreichend hohen Liquiditätspuffer gewährleisten. In einem regulären Geschäftsumfeld (GC) muss die Fristentransformation auf mittlere Sicht vollständig vom verfügbaren Liquiditätspuffer abgedeckt werden. Das heißt, dass die kumulierte Liquiditätsposition über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr positiv sein muss. Auf lange Sicht (ein Jahr und länger) ist die Fristentransformation bis zu einem gewissen Grad gestattet. Diese Grenzwerte bei internen Modellen werden durch Limits zur Einhaltung regulatorischer Liquiditätsquoten, z. B. die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR), ergänzt. Alle Grenzwerte müssen täglich eingehalten werden.

Liquiditätsüberwachung

Die Bank verwendet eine Reihe maßgeschneiderter Messinstrumente und Frühwarnindikatoren, die dem Vorstand und der Unternehmensführung zeitnahe und vorausschauende Informationen zur Verfügung stellen. Die Einhaltung des Liquiditätsrisikorahmens stellt sicher, dass die Bank ihre Geschäftstätigkeit auch unter großem Stress fortführen kann.

Die Überwachung und die Berichterstattung zur Einhaltung der Limits erfolgt regelmäßig und effektiv, und die entsprechenden Eskalationskanäle funktionieren und werden wie vorgesehen eingesetzt. Die festgesetzten Limits werden konzernweit allgemein sehr diszipliniert eingehalten, und jeder Verstoß seitens der Konzerneinheiten wird an das Konzern-ALCO berichtet und eskaliert, wo in Absprache mit der betreffenden Einheit angemessene Schritte unternommen oder strittige Angelegenheiten weiter an die verantwortliche höhere Instanz eskaliert werden.

Liquiditätsstresstest

Stresstests werden täglich für die RBI AG und die Netzwerkbanken sowie wöchentlich auf Konzernebene durchgeführt. Die Tests decken drei Szenarien (Markt, Namens- und Kombinierte Krise) ab, berücksichtigen die Auswirkungen der Szenarien für einen Zeitraum von mehreren Monaten und verdeutlichen, dass Stressereignisse gleichzeitig zu zeitkritischem Liquiditätsbedarf in mehreren Währungen führen können. Die Stressszenarien beziehen die wesentlichen Funding- und Marktliquiditätsrisiken ein, ohne vorteilhafte Diversifizierungseffekte zu berücksichtigen. Dies bedeutet, dass alle Netzwerkseinheiten in den Stresstests des Konzerns einzeln einer ausgeprägten kombinierten Krise für all ihre wesentlichen Produkte gleichzeitig unterzogen werden. Die Ergebnisse der Stresstests werden den Risiko- sowie Finanzvorständen und anderen Mitgliedern der Unternehmensführung wöchentlich gemeldet, stellen einen wesentlichen Bestandteil der monatlichen ALCO-Sitzungen dar und fließen in die strategische Planung sowie die Notfallplanung der Bank ein.

Bei der Festlegung von Abflussquoten, die auf historischen Daten und Expertenmeinungen basieren, wird ein konservativer Ansatz verfolgt: Die Simulation geht von fehlendem Zugang zum Geld- oder Kapitalmarkt sowie gleichzeitig von erheblichen Abflüssen von Kundeneinlagen aus. In dieser Hinsicht wird auch das Einlagenkonzentrationsrisiko berücksichtigt, indem Großkunden sogar noch höhere Abflussquoten zugewiesen werden. Darüber hinaus werden Stressannahmen für die Inanspruchnahme von Garantien und Kreditverbindlichkeiten formuliert. Des Weiteren werden die Liquiditätspufferpositionen durch Haircuts angepasst, um das Risiko nachteiliger Marktbewegungen abzudecken, und die potenziellen Abflüsse infolge besicherter derivativer Geschäfte geschätzt. Die Bank kontrolliert kontinuierlich, ob die formulierten Stressannahmen nach wie vor angemessen sind oder neue Risiken berücksichtigt werden müssen. Das Time to Wall Konzept hat sich als Hauptsteuerungsinstrument für das tägliche Liquiditätsmanagement etabliert und ist daher zentraler Bestandteil der Fundingplanung und der Budgetierung und ist wesentlich für die Festlegung von Performance-Kennzahlen im Hinblick auf die Liquidität.

Liquiditätspuffer

Wie die täglichen Liquiditätsrisikoberichte aufzeigen, unterhält und verwaltet jede Konzerneinheit aktiv Liquiditätspuffer, einschließlich erstklassiger liquider Aktiva (High Quality Liquid Assets, HQLA), die stets umfangreich genug sind, um die in Krisenszenarien erwarteten Nettoabflüsse abzudecken. Der Konzern verfügt über umfangreiche unbelastete und liquide Wertpapierbestände und bevorzugt für Tender-Transaktionen der Zentralbank in Frage kommende Papiere, um ausreichend Liquidität in verschiedenen Währungen zu gewährleisten. Jede Konzerneinheit stellt die Verfügbarkeit von Liquiditätspuffern sicher, testet ihre Fähigkeit, Zentralbankmittel in Anspruch zu nehmen, bewertet durchgehend ihre Sicherheitenpositionen im Hinblick auf deren Marktwert und Belastung und prüft ihre übrigen Gegenmaßnahmen, einschließlich des Fundingpotenzials und der Liquidierbarkeit der Assets.

In der Regel wird ein Haircut auf alle Positionen des Liquiditätspuffers angewendet. Diese Haircuts setzen sich aus einem marktrisikospezifischen und einem Zentralbank-Haircut zusammen. Während der Haircut des Marktrisikos die potenzielle Kursvolatilität der Wertpapiere auf der Aktivseite im Liquiditätspuffer darstellt, stellt der Haircut der Zentralbank den zusätzlichen Haircut für jedes einzelne in Frage kommende und als Sicherheit angebotene Wertpapier dar.

Untertägiges Liquiditätsmanagement

Im Einklang mit regulatorischen Vorgaben für untertägiges Liquiditätsrisikomanagement wird täglich eine Prognose der verfügbaren Liquidität zu kritischen Tageszeitpunkten für die RBI AG berechnet. Basierend auf analogen Abflussannahmen zum regulären Stresstesting (siehe oben) erfolgt eine konservative Analyse, bei der nicht endgültige (widerrufliche) Zuflüsse keine Berücksichtigung finden. Etwaige Limitverletzungen lösen einen nach Schweregrad abgestuften Eskalations- und Notfallprozess aus. Die Verantwortung für das lokale Innertagesliquiditätsmanagement liegt in der gesamten RBI Gruppe beim lokalen Treasury, das sicherstellt, dass die folgenden Mindeststandards eingehalten werden: klare Verantwortungsbereiche und Arbeitsabläufe, tägliche Überwachung der verfügbaren Liquidität, Prognoseerstellung und Limitierung sowie Eskalations- und Notfallprozesse im Fall von Limitbrüchen.

Nofall-Fundingplan

Unter erschwerten Liquiditätsbedingungen gehen die Einheiten zu einer Krisenorganisation über, in welcher sie vordefinierte Liquiditätsnotfallpläne verfolgen. Diese Notfallpläne stellen ebenfalls einen Bestandteil des Liquiditätsmanagement-Rahmens dar und sind für alle wesentlichen Konzerneinheiten obligatorisch. Der Notfallmanagement-Prozess ist so konzipiert, dass der Konzern selbst in ersten Krisensituationen eine starke Liquiditätsposition beibehalten kann.

Verbindlichkeitenstruktur und Liquiditätsposition

Das Konzernfunding gründet sich auf eine starke Basis an Kundeneinlagen und wird durch Wholesale Funding – hauptsächlich über die RBI AG und die Konzerneinheiten – ergänzt. Die Fundinginstrumente sind angemessen diversifiziert und kommen regelmäßig zum Einsatz. Die Fähigkeit zur Beschaffung von Mitteln wird von den Treasury-ALM-Einheiten und den ALCOs genau überwacht und beurteilt.

Der Liquiditätsüberschuss des Konzerns lag im vergangenen Jahr und bis zum jetzigen Zeitpunkt deutlich über allen regulatorischen und internen Grenzwerten. Das Ergebnis des internen Time to Wall Stresstests macht deutlich, dass der Konzern die modellierte Stressphase von einigen Monaten selbst ohne die Anwendung von Notfallmaßnahmen durchgehend überstehen würde.

Die Ergebnisse des Going-Concern-Szenarios sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Sie veranschaulichen den Liquiditätsüberhang und das Verhältnis von erwarteten Kapitalzuflüssen und der Ausgleichskapazität zu Kapitalabflüssen (Liquiditätsquote) für ausgewählte Laufzeiten auf kumulativer Basis. Die Kapitalflüsse basieren auf Annahmen anhand von Expertenmeinungen, statistischen Analysen und Länderbesonderheiten. Diese Berechnung umfasst zudem Schätzungen zur Beständigkeit von Kundeneinlagen, zu Abflüssen von außerbilanziellen Positionen und zu Marktabschwüngen bei Positionen, die in die Ausgleichskapazität einfließen.

in € Tausend Laufzeit	2017		2016	
	1 Monat	1 Jahr	1 Monat	1 Jahr
Liquiditätsüberhang	20.675.411	24.397.396	21.066.192	24.517.362
Liquiditäts-Ratio	152%	129%	160%	131%

Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR)

Die Liquiditätsdeckungsquote erfordert eine kurzfristige Belastbarkeit von Banken. Dabei müssen Letztere angemessene Bestände an unbelasteten erstklassigen liquiden Aktiva (High Quality Liquid Assets, HQLA) sicherstellen, um potenzielle Abflüsse durch Verbindlichkeiten, die in Krisenzeiten anfallen können, decken zu können. HQLA können in Cash umgewandelt werden, um den Liquiditätsbedarf im Rahmen eines Liquiditätsstressszenarios für mindestens 30 Kalendertage zu decken.

Die Berechnung der erwarteten Mittelzu- und -abflüsse sowie der HQLA basiert auf regulatorischen Vorgaben.

2017 lag das regulatorische LCR-Limit bei 80 Prozent, ab 2018 beträgt es 100 Prozent.

in € Tausend	2017	2016
Durchschnittliche liquide Aktiva	23.050.130	12.976.791
Netto-Abflüsse	16.391.665	7.071.013
Zuflüsse	10.436.441	11.185.616
Abflüsse	26.828.106	18.256.629
Liquidity Coverage Ratio	141%	184%

Im Jahresvergleich ging die LCR 2017 wie geplant zurück. Dies ist einerseits durch die Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG im März 2017 und andererseits durch den beabsichtigten Abbau des Liquiditätsüberschusses in der RBI AG begründbar.

Strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio, NSFR)

Die NSFR wird definiert als das Verhältnis von verfügbarer stabiler Refinanzierung zu erforderlicher stabiler Refinanzierung. Es wird erwartet, dass das regulatorische Limit 100 Prozent betragen und 2020 erstmals Anwendung finden wird. Verfügbare stabile Refinanzierung wird definiert als der Teil von Eigen- und Fremdmitteln, von dem zu erwarten ist, dass er über den von der NSFR erfassten Zeithorizont von einem Jahr eine zuverlässige Mittelquelle ist. Die erforderliche stabile Refinanzierung einer Bank ist von den Liquiditätsmerkmalen und Restlaufzeiten der verschiedenen gehaltenen Vermögenswerte und der außerbilanziellen Engagements abhängig.

Ziel der RBI ist eine ausgewogene Fundingposition. Die regulatorischen Vorschriften werden derzeit von den Aufsichtsbehörden überarbeitet.

in € Tausend	2017	2016
Erforderliche strukturelle Liquidität	101.657.724	73.729.744
Vorhandene strukturelle Liquidität	114.463.503	86.230.087
Net Stable Funding Ratio	113%	117%

Strukturelles Liquiditätsrisiko

Strukturelle Liquiditätsrisiken werden vor allem durch eine Änderung in der Risikostrategie der Kreditgeber oder durch eine Bonitätsverschlechterung eines sich refinanzierenden Instituts ausgelöst. Die Refinanzierungskosten und -möglichkeiten steigen und fallen mit den geforderten Risikoprämien, die sowohl markt- als auch institutsspezifisch schwanken.

Die langfristige Refinanzierungsmöglichkeit ist somit von der generellen Wiederherstellung des Vertrauens in Banken und dem verstärkten Bemühen um Spareinlagen abhängig. Die RBI AG refinanziert sich dabei einerseits durch Geld- und Kapitalmarkttransaktionen und andererseits aus dem Retail-Geschäft der Tochterbanken. Sie ist die zentrale Liquiditätsausgleichsstelle für die verschiedenen lokalen Konzerngesellschaften in Zentral- und Osteuropa.

Im Refinanzierungsplan des Konzerns wird spezielles Augenmerk auf eine ausgewogene Finanzierungsstruktur gelegt, um das strukturelle Liquiditätsrisiko zu kontrollieren. Im Konzern werden dabei Gelder nicht nur durch die RBI AG als Konzernspitze, sondern auch von vielen Tochterbanken aufgenommen. Dies wird durch ein gemeinsames Konzept koordiniert und optimiert. Darüber hinaus ermöglicht die RBI AG die mittel- und langfristige Mittelaufnahme ihrer Töchter im Weg von syndizierten Krediten, bilateralen Bankrefinanzierungen und Globaldarlehen supranationaler Institutionen. Diese Refinanzierungsquellen werden durchwegs auf Basis langjähriger Geschäftsbeziehungen genutzt.

Zur Steuerung und aktiven Begrenzung des Liquiditätsrisikos berücksichtigen die Zielvorgaben für die Loan/Deposit Ratios (Verhältnis von Kundenforderungen zu Kundeneinlagen) in den einzelnen Tochterbanken sowohl das geplante zukünftige Geschäftsvolumen als auch die Möglichkeiten zur Stärkung der Einlagenbasis in den jeweiligen Ländern. Dies verringert einerseits den externen Refinanzierungsbedarf für den Konzern und andererseits die Notwendigkeit konzerninterner Liquiditätstransfers sowie das damit verbundene Risiko.

Die Analyse der vereinbarten vertraglichen Zahlungsströme für die Finanzverbindlichkeiten ergibt folgende Laufzeiten:

2017 in € Tausend	Buchwert	Vertragliche Zahlungsströme	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Nicht derivative Verbindlichkeiten	120.963.756	122.624.232	84.238.936	10.205.823	20.399.175	7.780.301
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	22.291.431	23.011.463	13.646.772	1.564.405	5.841.980	1.958.307
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	84.831.440	85.316.696	65.773.137	7.937.933	9.552.640	2.052.987
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.885.137	6.286.062	3.073.878	318.806	1.922.954	970.424
Sonstige Passiva	4.167.771	4.221.650	1.745.036	351.327	1.695.403	429.885
Nachrangkapital	3.787.977	3.788.361	113	33.352	1.386.198	2.368.698
Derivative Verbindlichkeiten	1.930.823	6.910.262	3.424.791	1.924.200	1.145.897	415.372
Derivate im Handelsbuch	1.568.384	5.544.783	2.446.036	1.863.116	921.315	314.316
Derivate in Sicherungsbeziehungen	194.870	45.810	8.791	5.162	20.015	11.841
Sonstige Derivate	165.178	1.317.479	969.846	54.180	204.237	89.215
Kreditderivate	2.391	2.190	118	1.742	330	0
Eventualverpflichtungen	9.917.133	9.891.978	5.593.080	2.166.142	1.783.679	349.077
Avalkredite	5.732.500	5.303.067	2.518.013	1.350.309	1.161.113	273.632
Sonstige Bürgschaften	2.827.803	2.733.830	1.781.225	436.349	441.737	74.519
Akkreditive	1.329.472	1.827.723	1.266.484	379.484	180.829	926
Sonstige Eventualverpflichtungen	27.358	27.358	27.358	0	0	0
Kreditrisiken	10.897.783	11.634.754	4.041.490	1.128.050	5.484.834	980.380
Unwiderrufliche Kreditzusagen	10.897.783	11.634.754	4.041.490	1.128.050	5.484.834	980.380

2016 in € Tausend	Buchwert	Vertragliche Zahlungsströme	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Nicht derivative Verbindlichkeiten	98.488.181	105.586.892	70.187.335	13.106.947	15.869.512	6.423.093
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.816.475	16.405.878	6.505.140	2.575.320	5.124.414	2.201.003
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	71.538.226	73.358.262	60.881.071	7.758.164	3.532.505	1.186.522
Verbriefte Verbindlichkeiten	6.645.127	7.167.793	979.807	2.410.159	3.061.778	716.049
Sonstige Passiva	3.284.660	3.702.007	1.786.696	227.750	1.311.615	375.943
Nachrangkapital	4.203.693	4.952.952	34.621	135.554	2.839.200	1.943.576
Derivative Verbindlichkeiten	3.387.282	8.109.383	4.123.582	1.700.682	1.717.117	568.004
Derivate im Handelsbuch	2.600.333	6.292.952	3.157.018	1.533.305	1.139.389	463.241
Derivate in Sicherungsbeziehungen	425.415	272.198	15.711	29.287	222.309	4.891
Sonstige Derivate	361.534	1.544.233	950.853	138.090	355.419	99.872
Kreditderivate	0	0	0	0	0	0
Eventualverpflichtungen¹	9.055.448	8.136.410	4.654.562	1.423.882	1.711.377	346.588
Avalkredite	5.397.891	5.117.012	2.386.419	962.237	1.439.575	328.781
Sonstige Bürgschaften	2.626.370	1.725.013	1.375.450	163.428	168.328	17.807
Akkreditive	993.936	1.257.133	855.442	298.217	103.474	0
Sonstige Eventualverpflichtungen	37.251	37.251	37.251	0	0	0
Kreditrisiken	10.174.261	10.615.520	4.701.813	1.074.241	4.426.760	412.706
Unwiderrufliche Kreditzusagen	10.174.261	10.615.520	4.701.813	1.074.241	4.426.760	412.706

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen

Operationelle Risiken

Unter dem operationellen Risiko wird das Risiko von Verlusten verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder aufgrund von externen Ereignissen einschließlich des Rechtsrisikos eintreten können. Innerhalb dieser Risikokategorie werden sowohl interne Risikofaktoren – z. B. unbefugte Handlungen, Diebstahl und Betrug, verhaltensbedingte Schäden, Modellfehler, Abwicklungs- und Prozessfehler, Geschäftsunterbrechungen oder Systemausfälle – als auch externe Risikofaktoren, einschließlich Sachschäden und Betrugsabsichten, kontrolliert und gesteuert.

Die Analyse und Steuerung dieser Risiken erfolgt basierend auf der eigenen historischen Verlustdatensammlung und der Ergebnisse der Risikobeurteilung.

Analog zu den anderen Risikoarten gilt im Konzern auch für das operationelle Risiko das Prinzip der Funktionstrennung in Risikomanagement und -controlling. Dazu werden für jeden Geschäftsbereich Personen als so genannte Operational Risk Manager nominiert und geschult. Operational Risk Manager berichten Risikoeinschätzungen, Schadensfälle, Indikatoren und Maßnahmen an das zentrale Operational Risk Controlling. Sie werden dabei von Dedicated Operational Risk Specialists (DORS) unterstützt.

Die Risikocontrolling-Einheiten für operationelles Risiko verantworten das Reporting, die Implementierung des Rahmenwerkes, Entwicklung der Steuerungsmaßnahmen und die Überwachung der Einhaltung der Vorgaben. Im Rahmen des jährlichen Risikomanagementzyklus koordinieren diese auch die Teilnahme der relevanten Second Line of Defence Bereiche (Financial Crime Management, Compliance, Vendor Management, Outsourcing Management, Insurance Management, Informationssicherheit, Physische Sicherheit, BCM, Internes Kontrollsystem) und der gesamten First Line of Defence Ansprechpartner (Operational Risk Manager).

Risikoidentifikation

Ein wesentlicher Schritt in der Steuerung von operationellen Risiken ist die Identifikation und Beurteilung von Risiken, die den Fortbestand des Konzerns gefährden würden (allerdings nur mit sehr geringer Wahrscheinlichkeit eintreten), und von anderen Bereichen, in denen Verluste häufiger auftreten (allerdings nur mit geringer Schadenshöhe).

Die Beurteilung der operationellen Risiken erfolgt in der Gruppe in strukturierter Form nach Kategorien wie Geschäftsprozessen und Ereignistypen durch Risikoassessments, ebenso wird für alle Neuprodukte ein Risikoassessment durchlaufen. Alle Konzerneinheiten bewerten die Auswirkung von wahrscheinlichen Ereignissen mit geringer Verlusthöhe (High Probability/Low Impact) und unwahrscheinlichen Ereignissen mit großem Verlustpotenzial (Low Probability/High Impact) bezogen auf einen einjährigen bzw. zehnjährigen Zeithorizont. Die Low-Probability/High-Impact-Ereignisse werden in einem konzernweiten Analysetool (Szenarien) gemessen. Welche Fälle detailliert behandelt werden, bestimmen das interne Risikoprofil, die aufgetretenen Schäden und externe Änderungen.

Überwachung

Für die Überwachung der operationellen Risiken werden Frühwarnindikatoren (Early Warning Indicators) verwendet, die eine zeitnahe Erkennung und Minderung von Verlusten ermöglichen.

Die Erfassung von operationellen Schäden erfolgt strukturiert und konzernweit in der zentralen Datenbank ORCA (Operational Risk Controlling Application) mit entsprechender Untergliederung nach Geschäftsfeld und Ereignistyp. Neben den Anforderungen zum internen und externen Reporting dienen die Schadensfälle zum Austausch mit internationalen Verlustdatenbanken zur Weiterentwicklung der eingesetzten Messmethoden sowie zur Weiterverfolgung von Maßnahmen und der Kontrolleffektivität. Der Konzern ist seit 2010 Teilnehmer im ORX-Datenkonsortium (Operational Riskdata Exchange Association), dessen Daten aktuell zu internen Benchmarking-Zwecken und Analysen, sowie als Teil des Operational Risk Modells herangezogen werden. Beim ORX-Datenkonsortium handelt es sich um einen Zusammenschluss von Banken- und Versicherungsgruppen für statistische Zwecke. Die Ergebnisse der Analysen sowie Vorfälle aus operationellen Risiken werden in umfassender Weise regelmäßig dem relevanten Operational Risk-Management-Komitee berichtet.

Messung und Risikoreduktion

Seit Oktober 2016 unterlegt der Konzern für einen signifikanten Teil des Konzerns den Eigenmittelbedarf aufgrund des fortgeschrittenen Ansatzes (AMA). Dies inkludiert Einheiten in Bulgarien, Rumänien, Russland, der Slowakei und wesentliche Banken in Österreich (Raiffeisen Bank International AG, Wien, Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Wien, Raiffeisen Centrobank AG, Wien, Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., Wien, Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wien). Für die Unterlegung des operationellen Risikos der verbleibenden Einheiten im CRR-Konsolidierungskreis wird nach wie vor der Standardansatz (STA) verwendet.

Um das operationelle Risiko zu reduzieren, werden durch die Geschäftsbereichsleiter vorbeugende Maßnahmen zur Risikoreduktion und zum Risikotransfer gesetzt und deren Fortschritt und Wirkungsgrad vom Risikocontrolling überwacht. Erstere entwickeln auch Krisenpläne und bestimmen Personen oder Abteilungen, welche die notwendigen Maßnahmen einleiten, falls Schadensfälle tatsächlich eintreten. Weiters unterstützen mehrere spezialisierte Organisationseinheiten die Geschäftsbereiche bei der Vermeidung von operationellen Risiken. Eine wesentliche Rolle im Zusammenspiel mit den Tätigkeiten aus dem operationellen Risiko nimmt das Financial Crime Management ein. Das Financial Crime Management unterstützt bei der Prävention und Identifikation von Betrugsfällen. Der Konzern führt auch laufend umfangreiche Mitarbeiterschulungen durch und verfügt über verschiedenste Notfallpläne und Back-up-Systeme.

Sonstige Angaben

(43) Treuhandgeschäfte

In der Bilanz nicht ausgewiesene Treuhandgeschäfte waren am Bilanzstichtag mit folgenden Volumina abgeschlossen:

in € Tausend	2017	2016 ¹
Forderungen an Kunden	222.727	245.771
Wertpapiere und Beteiligungen	9.417	7.091
Sonstiges Treuhandvermögen	102.401	68.651
Treuhandvermögen	334.545	321.513
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	113.148	136.611
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	109.579	109.160
Sonstige Treuhandverbindlichkeiten	111.817	75.742
Treuhandverbindlichkeiten	334.545	321.513

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen

Die Treuhanderträge und die Treuhandaufwendungen setzten sich wie folgt zusammen:

in € Tausend	2017	2016 ¹
Treuhanderträge	3.077	2.332
Treuhandaufwendungen	0	0

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen

Die folgende Tabelle enthält das vom Konzern verwaltete Fondsvermögen:

in € Tausend	2017	2016
Publikumsfonds	26.236.924	5.265.851
Aktien- und gemischte Fonds	15.183.745	4.279.473
Anleihefonds	10.981.300	719.722
Sonstige	71.878	266.656
Spezialfonds	10.185.605	0
Immobilienfonds	275.227	244.036
Gesamt	36.697.755	5.509.887

Der Anstieg im verwalteten Fondsvermögen war im Wesentlichen auf die im Zuge der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG eingebrachte Raiffeisen Capital Management zurückzuführen.

(44) Finanzierungsleasing

in € Tausend	2017	2016 ¹
Bruttoinvestitionswert	3.235.315	2.086.342
Mindest-Leasingzahlungen	2.829.609	2.045.049
Bis 3 Monate	266.855	209.117
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	553.279	436.995
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.559.131	1.144.481
Mehr als 5 Jahre	450.344	254.456
Nicht garantierte Restwerte	405.707	41.293
Unrealisierter Finanzertrag	327.732	205.850
Bis 3 Monate	26.026	27.548
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	70.438	52.189
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	173.465	104.064
Mehr als 5 Jahre	57.803	22.049
Nettoinvestitionswert	2.907.583	1.880.492

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen

Der Anstieg des Nettoinvestitionswerts im Finanzierungsleasing war im Wesentlichen auf die im Zuge der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG eingebrachte Raiffeisen Leasing-Gruppe zurückzuführen. Die Wertberichtigungen auf uneinbringliche Mindest-Leasingzahlungen verringerten sich auf € 4.849 Tausend (2016: € 9.633 Tausend).

Die im Rahmen des Finanzierungsleasings finanzierten Vermögenswerte verteilen sich wie folgt:

in € Tausend	2017	2016 ¹
Kraftfahrzeugleasing	1.165.523	939.814
Immobilienleasing	1.178.682	403.352
Mobilienleasing	563.379	537.327
Gesamt	2.907.583	1.880.492

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen

(45) Operating Leasing

Operating Leasing aus der Sicht des Leasinggebers

Die zukünftigen Leasingzahlungen im Rahmen unkündbarer operativer Leasingverträge stellen sich wie folgt dar:

in € Tausend	2017	2016
Bis 1 Jahr	40.437	31.285
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	67.246	51.568
Mehr als 5 Jahre	14.570	694
Gesamt	122.254	83.547

Der Anstieg des operativen Leasings aus der Sicht des Leasinggebers war auf die Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG zurückzuführen.

Operating Leasing aus der Sicht des Leasingnehmers

Die zukünftigen Leasingzahlungen im Rahmen unkündbarer operativer Leasingverträge stellen sich wie folgt dar:

in € Tausend	2017	2016
Bis 1 Jahr	56.836	62.876
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	125.091	125.060
Mehr als 5 Jahre	25.984	30.962
Gesamt	207.911	218.898

Das operative Leasing aus der Sicht des Leasingnehmers verzeichnete einen Rückgang, der im Wesentlichen auf die Entwicklung in der Slowakei, Polen und Russland zurückzuführen war.

(46) Sonstige Angaben gemäß BWG

Geografische Märkte

2017 Monetäre Werte in € Tausend	Betriebserträge	davon Zinsüberschuss	Ergebnis vor Steuern	Steuern vom Einkommen und Ertrag	Mitarbeiter zum Stichtag
Zentraleuropa	1.546.702	960.398	529.877	- 111.015	13.069
Polen	404.343	265.644	66.671	- 17.450	3.871
Slowakei	445.289	276.619	160.883	- 31.510	3.867
Slowenien	2.384	- 82	372	- 252	13
Tschechien	456.641	286.952	195.301	- 56.158	3.325
Ungarn	238.325	131.079	118.569	- 5.645	1.993
Südosteuropa	1.183.582	727.474	403.858	- 57.494	14.792
Albanien	73.514	53.209	34.007	- 237	1.229
Bosnien und Herzegowina	108.767	66.732	42.730	- 4.654	1.277
Bulgarien	155.661	104.045	76.536	- 7.413	2.576
Kroatien	213.109	118.673	39.871	- 13.967	2.106
Kosovo	51.991	37.870	20.484	- 2.357	730
Rumänien	453.381	265.778	127.479	- 20.900	5.333
Serbien	127.159	81.097	62.750	- 7.966	1.541
Osteuropa	1.471.092	940.998	872.319	- 183.767	18.132
Belarus	162.399	106.366	88.322	- 23.122	1.906
Russland	1.021.427	651.249	562.511	- 119.754	8.229
Ukraine	287.266	183.465	221.486	- 40.891	7.997
Österreich und andere	2.256.332	1.667.638	894.502	- 13.778	3.707
Überleitung	- 1.230.139	- 1.088.789	- 1.088.492	0	0
Gesamt	5.227.569	3.207.718	1.612.063	- 366.054	49.700

2016 Monetäre Werte in € Tausend	Betriebserträge	davon Zinsüberschuss	Ergebnis vor Steuern	Steuern vom Einkommen und Ertrag	Mitarbeiter zum Stichtag
Zentraleuropa	1.438.989	895.409	402.181	- 104.793	13.309
Polen	413.509	262.473	46.710	- 40.794	4.242
Slowakei	426.552	274.774	165.670	- 36.743	3.910
Slowenien	9.069	3.495	1.114	- 475	16
Tschechien	380.460	247.177	136.234	- 26.920	3.158
Ungarn	209.896	106.635	52.453	139	1.983
Südosteuropa	1.202.953	738.218	362.627	- 61.919	14.831
Albanien	77.872	55.632	- 32.250	- 289	1.291
Bosnien und Herzegowina	106.407	67.007	34.777	- 5.640	1.268
Bulgarien	156.359	111.909	77.896	- 7.390	2.569
Kroatien	224.427	126.379	77.910	- 18.711	2.128
Kosovo	48.786	37.577	19.826	- 2.371	731
Rumänien	462.719	259.239	125.492	- 21.036	5.322
Serbien	126.434	80.434	58.976	- 6.483	1.522
Osteuropa	1.314.919	866.320	649.271	- 125.685	17.827
Belarus	184.894	127.918	95.135	- 22.837	2.005
Kasachstan	396	468	113	- 65	7
Russland	869.097	566.773	404.235	- 87.795	7.742
Ukraine	260.532	171.071	149.788	- 14.989	8.073
Asien	28.256	37.484	- 198.027	- 1.040	108
USA	17.597	14.071	- 36.671	1.708	32
Österreich und andere	1.191.570	749.708	136.720	- 20.253	2.449
Überleitung	- 502.061	- 365.781	- 430.504	0	0
Gesamt	4.692.222	2.935.429	885.598	- 311.982	48.556

Auslandsaktiva/-passiva

Die Vermögenswerte mit Vertragspartnern außerhalb Österreichs stellen sich wie folgt dar:

in € Tausend	2017	2016
Aktiva ¹	113.639.859	102.906.932
Passiva	82.837.933	71.456.232

¹ Adaptierung der Vorjahreszahl

Volumen des Wertpapierhandelsbuchs

in € Tausend	2017	2016
Wertpapiere	7.024.781	4.771.172
Sonstige Finanzinstrumente	151.301.691	146.269.000
Gesamt	158.326.472	151.040.172

Zum Börsehandel zugelassene Wertpapiere

in € Tausend	2017		2016	
	Börsennotiert	Nicht börsennotiert	Börsennotiert	Nicht börsennotiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	13.541.822	321.072	9.897.188	276.540
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	464.315	145.484	155.634	56.628
Beteiligungen ¹	1.400	313.162	1.536	247.035
Gesamt	14.007.536	779.719	10.054.359	580.204

¹ Adaptierung der Vorjahreszahl bei börsennotierten Beteiligungen

Nachrangige Vermögenswerte

in € Tausend	2017	2016
Forderungen an Kreditinstitute	15.575	1.803
Forderungen an Kunden	118.214	178.873
Handelsaktiva	13.494	15.226
Wertpapiere und Beteiligungen	68.530	59.429
Gesamt	215.813	255.331

(47) Kapitalmanagement und Eigenmittel nach CRR/CRD IV bzw. BWG

Kapitalmanagement

Kapital war und ist integraler Bestandteil in den Steuerungsmechanismen des Konzerns. Für einen international tätigen Konzern wie die RBI sind dabei verschiedene Steuerungsebenen zu berücksichtigen.

Regulatorische Werte werden gemäß den entsprechenden EU-Richtlinien durch das BWG sowie durch die anwendbare Verordnung des europäischen Parlaments für die RBI sowohl auf konsolidierter Ebene als auch auf Einzelinstitutsbasis vorgegeben. Daneben bestehen – oft inhaltlich abweichende – Vorschriften in einzelnen Ländern des Tätigkeitsgebiets des Konzerns. Derartige Regelungen sind von den lokalen Einheiten gesondert einzuhalten.

In der internen Steuerung werden für den Konzern Zielkapitalquoten definiert, die zusätzlich zu den regulatorischen Anforderungen einen Managementpuffer beinhalten. Die regulatorischen Anforderungen bilden dabei den Hauptbestandteil der Zielwerte und berücksichtigen sowohl die in der Capital Requirement Directive (CRR) festgeschriebenen Pufferanforderungen als auch den im Rahmen des Supervisory Review and Evaluation Prozesses (SREP) ermittelten spezifischen Puffer für die RBI Gruppe. Die Höhe des Management Puffers wird intern festgelegt und berücksichtigt unter anderem die Ergebnisse von Stress Tests, welche im Rahmen des Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICCAP) durchgeführt werden (ICAAP ist ein quantitatives Verfahren zur Beurteilung der Angemessenheit der internen Kapitalausstattung). Die optimale Zusammensetzung der Eigenmittel, i.e. das Verhältnis von hartem Kernkapital zu zusätzlichem Kernkapital und Ergänzungskapital, spielt ebenfalls eine wichtige Rolle und ist integraler Bestandteil der Kapitalsteuerung. Im Rahmen der regulatorischen Grenzen wird die Risikotragfähigkeit ermittelt. Sie entspricht dem maximalen Schaden, der die Bank oder die Bankengruppe innerhalb der nächsten zwölf Monate treffen kann, ohne dass die regulatorischen Mindestkapitalquoten unterschritten werden.

Die Ermittlung der Zielquoten im Verhältnis zu den gesetzlichen Mindestanforderungen erfordert zusätzliche interne Kontrollrechnungen. Im Bereich Risiko Controlling wird dazu der Value-at-Risk mit der oben definierten Risikotragfähigkeit in Bezug gesetzt. Weiters erfolgt ein Abgleich des ökonomischen Kapitals mit dem internen Kapital. Nähere Angaben zu dieser Berechnung finden sich im Risikobericht.

Regulatorisches Kapital

Die Europäische Zentralbank (EZB) schreibt der RBI auf Basis des jährlich durchgeführten Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) aktuell per Bescheid vor, zusätzliches hartes Kernkapital zu halten, um jene Risiken abzudecken, die in der Säule 1 nicht oder nicht ausreichend Berücksichtigung finden.

Diese so genannte Pillar-2-Anforderung wird z. B. anhand des Geschäftsmodells, des Risikomanagements oder der Kapitalsituation berechnet. Außerdem unterliegt die RBI Gruppe den Mindestvorschriften der CRR sowie dem kombinierten Kapitalpuffererfordernis. Das kombinierte Kapitalpuffererfordernis beinhaltet für die RBI Gruppe aktuell einen Kapitalerhaltungspuffer, einen systemischen Risikopuffer und einen antizyklischen Kapitalpuffer. Für den Stichtag 31. Dezember 2017 ergibt sich somit für die RBI Gruppe bei der Common Equity Tier 1 Ratio (einschließlich des kombinierten Kapitalpuffererfordernisses) ein Erfordernis von 8,6 Prozent. Eine Verletzung des kombinierten Kapitalpuffererfordernisses würde zu Einschränkungen z. B. von Dividendenauszahlungen und Kuponzahlungen für bestimmte Kapitalinstrumente führen. Die im Jahresverlauf gültigen Kapitalanforderungen wurden einschließlich eines ausreichenden Puffers auf konsolidierter Basis eingehalten.

Nationale Aufsichtsbehörden können grundsätzlich systemische Risikopuffer (bis 5 Prozent) sowie zusätzliche Kapitalaufschläge für systemrelevante Banken (bis 3,5 Prozent) bestimmen. Sofern sowohl systemische Risikopuffer als auch Aufschläge für systemrelevante Banken für ein Institut festgelegt werden, findet nur der höhere der beiden Werte Anwendung. Im September 2015 hat das in Österreich dafür zuständige Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) der Österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) empfohlen, einen Systemrisikopuffer (SRB) für gewisse Banken zu verordnen, darunter auch für die RBI. Dieser wurde durch die FMA via Kapitalpuffer-Verordnung mit Jahresbeginn 2016 in Kraft gesetzt. Für die RBI wurde der SRB im Jahr 2016 mit 0,25 Prozent angesetzt, ab 1. Jänner 2017 auf 0,50 Prozent erhöht und steigt nun bis 2019 schrittweise bis auf 2 Prozent an.

Die Festlegung eines antizyklischen Kapitalpuffers obliegt ebenfalls den nationalen Aufsichtsbehörden und ergibt auf Ebene der RBI einen gewichteten Durchschnitt, um zu starkes Kreditwachstum einzudämmen. Dieser Puffer wurde aufgrund des zurückhaltenden Kreditwachstums und des stabilen makroökonomischen Umfelds in Österreich aktuell mit 0 Prozent festgesetzt. Jene Pufferraten, die in anderen Mitgliedsstaaten festgelegt wurden, finden auf Ebene der RBI Anwendung.

Weitere zu erwartende regulatorische Veränderungen bzw. Entwicklungen werden vom Bereich Group Regulatory Affairs laufend beobachtet, in Szenarioberechnungen dargestellt und analysiert. Potenzielle Effekte werden, sofern Ausmaß und Implementierung absehbar sind, in der Planung und Steuerung berücksichtigt.

Eigenmittelrechnung

Die Ermittlung der anrechenbaren Eigenmittel unter Berücksichtigung des Jahresgewinns 2017 erfolgt gemäß den anwendbaren Regularien auf Basis internationaler Rechnungslegungsstandards. Weitere Details sind aus dem regulatorischen Offenlegungsbericht ersichtlich. Die Vergleichswerte zum Jahresende 2016 entsprechen den publizierten Werten der RBI vor Verschmelzung.

Die Eigenmittel setzten sich wie folgt zusammen:

in € Tausend	2017	2016
Eingezahltes Kapital	5.993.858	5.886.199
Erwirtschaftetes Kapital	3.539.904	2.584.942
Kapital nicht beherrschender Anteile	421.071	445.249
Hartes Kernkapital vor Abzugsposten	9.954.833	8.916.390
Abzugsposten Immaterielle Vermögenswerte/Firmenwerte	- 583.611	- 520.436
Abzugsposten Risikovorsorge-Fehlbeträge für IRB-Positionen	- 61.055	- 33.511
Abzugsposten Verbriefungen	- 36.672	- 20.693
Abzugsposten Latente Steuern	0	0
Abzugsposten Verlustvorträge	- 7.093	- 2.388
Abzugsposten Versicherungen und Beteiligungen	0	0
Hartes Kernkapital nach Abzugsposten	9.266.401	8.339.362
Zusätzliches Kernkapital	716.279	90.475
Kapital nicht beherrschender Anteile	9.877	- 1.374
Abzugsposten Immaterielle Vermögenswerte/Firmenwerte	- 145.903	- 77.930
Abzugsposten Risikovorsorge-Fehlbeträge für IRB-Positionen	- 7.632	- 11.170
Abzugsposten Verbriefungen	0	0
Abzugsposten Versicherungen und Beteiligungen	0	0
Kernkapital	9.839.021	8.339.362
Langfristiges nachrangiges Kapital	2.841.500	3.046.665
Kapital nicht beherrschender Anteile	27.307	- 8.530
Risikovorsorgeüberschuss für IRB-Positionen	184.030	159.437
Risikovorsorgeüberschuss für STA-Positionen	0	0
Abzugsposten Verbriefungen	0	0
Abzugsposten Versicherungen und Beteiligungen	0	0
Ergänzende Eigenmittel nach Abzugsposten	3.052.837	3.197.573
Gesamte Eigenmittel	12.891.858	11.536.935
Gesamtes Eigenmittelerfordernis	5.752.174	4.804.852
Common Equity Tier 1 Ratio (transitional)	12,9%	13,9%
Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded)	12,7%	13,6%
Tier 1 Ratio (transitional)	13,7%	13,9%
Tier 1 Ratio (fully loaded)	13,6%	13,6%
Eigenmittelquote (transitional)	17,9%	19,2%
Eigenmittelquote (fully loaded)	17,8%	18,9%

Die als transitional dargestellten Quoten sind die aktuell gültigen Quoten gemäß den Anforderungen der CRR unter Berücksichtigung der für das laufende Kalenderjahr gültigen Übergangsbestimmungen gemäß Teil 10 der CRR in Verbindung mit der CRR-Begleitverordnung (CRR-BV), veröffentlicht durch die FMA.

Die als fully loaded bezeichneten Quoten dienen nur der Information und sind unter der Annahme der Vollumsetzung ohne Berücksichtigung der Übergangsbestimmungen berechnet.

Die Bemessungsgrundlage für das Kreditrisiko stellte sich nach Asset-Klassen wie folgt dar:

in € Tausend	2017	2016
Risikogewichtete Bemessungsgrundlage nach Standardansatz	27.950.121	20.025.409
Zentralstaaten und Zentralbanken	1.105.473	1.924.568
Regionale Gebietskörperschaften	102.934	60.256
Verwaltungseinrichtungen und Unternehmen ohne Erwerbscharakter	44.208	12.330
Multilaterale Entwicklungsbanken	0	0
Kreditinstitute	309.058	293.052
Firmenkunden	9.456.267	7.908.946
Retail-Kunden	12.149.466	7.240.705
Beteiligungspositionen	2.037.548	397.460
Gedekte Schuldverschreibungen	14.981	0
Investmentfonds-Anteile	37.704	4.180
Verbriefungspositionen	3.846	0
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen	0	0
Sonstige Posten	2.688.637	2.183.912
Risikogewichtete Bemessungsgrundlage nach auf internen Ratings basierendem Ansatz	31.943.576	28.434.587
Zentralstaaten und Zentralbanken	1.018.927	243.971
Kreditinstitute	1.163.634	1.995.047
Firmenkunden	24.025.988	21.454.083
Retail-Kunden	5.323.613	4.389.683
Beteiligungspositionen	178.028	122.681
Verbriefungspositionen	233.385	229.122
CVA Risiko	254.423	381.249
Basel 1 Floor	0	0
Risikogewichtete Aktiva (Kreditrisiko)	60.148.120	48.841.245
Eigenmittelerfordernis (Kreditrisiko)	4.811.850	3.907.300

Das gesamte Eigenmittelerfordernis setzte sich wie folgt zusammen:

in € Tausend	2017	2016
Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko	4.811.850	3.907.300
Auf internen Ratings basierender Ansatz	2.555.486	2.274.767
Standardansatz	2.236.010	1.602.033
CVA Risiko	20.354	30.500
Basel 1 Floor	0	0
Eigenmittelerfordernis für das Positionsrisiko in Schuldtiteln, Substanzwerten, Waren und Fremdwährungen	276.117	214.060
Eigenmittelerfordernis für das operationelle Risiko	664.207	683.492
Gesamtes Eigenmittelerfordernis	5.752.174	4.804.852
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	71.902.171	60.060.645

Verschuldungsquote

Die Verschuldungsquote (Leverage Ratio) ist im Teil 7 der CRR definiert. Diese stellt vor 1. Jänner 2018 noch keine rechtsverbindliche quantitative Anforderung dar und dient bis dahin lediglich der Information:

in € Tausend	2017	2016
Gesamtrisikoposition	160.828.421	122.842.860
Kernkapital	9.839.021	8.339.362
Verschuldungsquote (transitional)	6,12%	6,8%
Verschuldungsquote (fully loaded)	6,08%	6,6%

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die im Rahmen der Berechnung des Eigenmittelerfordernisses verwendeten Kalkulationsmethoden in den Tochterunternehmen:

Einheit	Kreditrisiko			Operationelles Risiko
	Non-Retail	Retail	Marktrisiko	
Raiffeisen Bank International AG, Wien (AT)	IRB	n. a.	Internes Modell	AMA
Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)	IRB	IRB	STA	STA
Raiffeisen Bank Zrt., Budapest (HU)	IRB	IRB	STA	STA
Tatra banka a.s., Bratislava (SK)	IRB	IRB	STA	AMA
Raiffeisen Bank S.A., Bukarest (RO)	IRB	IRB	STA	AMA
Raiffeisen Bank d.d. Bosna i Hercegovina, Sarajevo (BA)	IRB	IRB	STA	STA
Raiffeisenbank Austria d.d., Zagreb (HR)	IRB	STA	STA	STA
Raiffeisen Banka a.d., Novi Beograd (RS)	IRB	IRB	STA	STA
Raiffeisenbank Russland d.d., Moskau (RU)	IRB	STA	STA	AMA
Raiffeisenbank (Bulgaria) EAD, Sofia (BG)	IRB	IRB	STA	AMA
Raiffeisen Centrobank AG, Wien (AT)	STA	n. a.	STA	AMA
Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Wien (AT)	STA	STA	n. a.	AMA
Alle anderen Einheiten	STA	STA	STA	STA

IRB: Internal-Rating-Based-Ansatz
 Internes Modell für Risiko der offenen Devisenposition und allgemeines Zinsrisiko des Handelsbuchs
 STA: Standardansatz
 AMA: Fortgeschrittener Messansatz

(48) Durchschnittliche Mitarbeiterzahl

in Vollzeitäquivalenten	2017	2016
Angestellte	49.283	49.443
Arbeiter	856	743
Gesamt	50.139	50.186

in Vollzeitäquivalenten	2017	2016
Inland	3.542	2.196
Ausland	46.597	47.990
Gesamt	50.139	50.186

(49) Angaben zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Die Beziehungen zu nahe stehenden Personen beschränken sich auf Bankgeschäfte, die prinzipiell zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen wurden. Darüber hinaus besitzen die Vorstände Aktien der RBI AG.

In der Berichtsperiode wurde die RZB AG durch Verschmelzung in die RBI AG eingebracht. Somit existierte ab diesem Zeitpunkt kein Mutterunternehmen mehr. In der Vergleichsperiode war unter Mutterunternehmen die Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft, Wien, zu verstehen gewesen.

Unternehmen mit einem maßgeblichen Einfluss sind im Wesentlichen die Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG, Wien, als größter Einzelaktionär und ihre Muttergesellschaft, die Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Wien. Unter verbundenen Unternehmen sind wegen Unwesentlichkeit nicht konsolidierte verbundene Unternehmen dargestellt. Angaben zu den Beziehungen der RBI mit Personen in Schlüsselpositionen finden sich unter Punkt (50) Beziehungen zu Organen.

2017 in € Tausend	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	At-equity bewertete Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
Forderungen an Kreditinstitute	391.875	156	183.112	82.261
Forderungen an Kunden	929	244.845	78.222	159.553
Handelsaktiva	30.319	119	24.309	41.198
Wertpapiere und Beteiligungen	529	194.353	0	230.288
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	0	0	728.945	0
Sonstige Aktiva (inkl. Derivate)	16.968	4.435	2.400	10.018
Summe Forderungen	440.620	443.908	1.016.988	523.318
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.516.782	0	1.865.042	333.933
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	140.338	1.461.159	133.912
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	1.074	0	0
Rückstellungen	0	0	0	0
Handelspassiva	64.531	16.265	7.128	10.905
Sonstige Passiva (inkl. Derivate)	794	1.734	1.427	390
Nachrangkapital	0	390	3.658	4
Summe Verbindlichkeiten	2.582.107	159.801	3.338.414	479.144
Gegebene Garantien	24.785	85.935	274.624	23.340
Erhaltene Garantien	10.978	0	32.671	51.989

2016 in € Tausend	Mutter- unternehmen	Verbundene Unternehmen	At-equity bewertete Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
Forderungen an Kreditinstitute	686.183	65.270	353.103	46.245
Forderungen an Kunden	0	658.659	36.990	132.788
Handelsaktiva	0	42.408	14	1.908
Wertpapiere und Beteiligungen	0	198.019	0	88.150
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	0	0	0	0
Sonstige Aktiva (inkl. Derivate)	59.501	13.764	47	822
Summe Forderungen	745.684	978.120	390.154	269.913
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	332.683	296.608	2.592.458	75.425
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	553.641	401.928	89.433
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	1.355	0	0
Rückstellungen	0	53	0	0
Handelspassiva	0	65.492	5.920	0
Sonstige Passiva (inkl. Derivate)	1.145	2.231	1.499	452
Nachrangkapital	68.205	0	0	0
Summe Verbindlichkeiten	402.033	919.380	3.001.805	165.310
Gegebene Garantien	0	148.461	138	8.012
Erhaltene Garantien	556.098	204.432	46.809	37.828

2017 in € Tausend	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	At-equity bewertete Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
Zinserträge	5.771	7.763	7.343	9.114
Zinsaufwendungen	- 19.590	- 1.206	- 29.608	- 983
Dividenerträge	0	16.326	60.420	16.326
Provisionserträge	2.618	24.356	12.157	5.812
Provisionsaufwendungen	- 1.659	- 1.079	- 2.264	- 3.804

2016 in € Tausend	Mutter- unternehmen	Verbundene Unternehmen	At-equity bewertete Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
Zinserträge	46.190	13.589	7.118	8.407
Zinsaufwendungen	- 10.711	- 6.347	- 30.142	- 935
Dividenerträge	0	24.640	0	3.661
Provisionserträge	768	38.363	7.887	5.487
Provisionsaufwendungen	- 4.344	- 1.271	- 3.904	- 3.649

(50) Beziehungen zu Organen

Konzernbeziehungen des Key Managements

Unter Key Management sind die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der RBI AG zu verstehen. Die Beziehungen des Key Managements zur RBI stellen sich wie folgt dar (jeweilige Marktwerte):

in € Tausend	2017	2016
Sichteinlagen	70	96
Schuldverschreibungen	653	1.226
Aktien	4.513	1.746
Termineinlagen	25	0
Kredite	339	0
Leasingverbindlichkeiten	12	560
Sonstige Verbindlichkeiten	0	34

In der folgenden Tabelle sind die Beziehungen der nahe stehenden Personen des Key Managements zur RBI dargestellt:

in € Tausend	2017	2016
Aktien	6	51
Sonstige Forderungen	284	13
Termineinlagen	48	66
Kredite	1	3

Es bestehen keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots.

Bezüge des Vorstands

Im Folgenden werden die Gesamtbezüge des Vorstands gemäß IAS 24.17 dargestellt. Der Aufwand nach IAS 24 wurde periodengerecht und gemäß den Vorschriften der zugrunde liegenden Standards (IAS 19 und IFRS 2) erfasst:

in € Tausend	2017	2016 ¹
Kurzfristig fällige Leistungen	8.324	8.234
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	841	- 787
Andere langfristig fällige Leistungen	4.166	2.890
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0	0
Anteilsbasierte Vergütung	694	220
Gesamt	14.025	10.557

¹ Adaptierung des Vorjahreswerts aufgrund von verschobenen Bonuszahlungen

Die in der Tabelle unter kurzfristig fällige Leistungen dargestellten Werte enthalten Gehälter, Sachbezüge und sonstige Leistungen, Entgelte für Organfunktionen bei verbundenen Unternehmen sowie jene Anteile der Bonusrückstellung, die kurzfristig fällig werden. Zudem sind Veränderungen, die sich aus einem allfälligen Unterschied zwischen der Bonusrückstellung und dem später tatsächlich zuerkannten Bonus ergeben, enthalten. Unter Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses sind Zahlungen an Pensionskassen und die Mitarbeitervorsorgekasse, Abfertigungen, Urlaubsabfindungen sowie Nettodotierungen für Pensions- und Abfertigungsrückstellungen ausgewiesen.

Unter andere langfristig fällige Leistungen werden Anteile der Bonusrückstellung ausgewiesen, die verschobene Bonusanteile in bar sowie zurückbehaltenen, in Instrumenten zahlbare Teile betreffen. Bei letzteren werden auch die Bewertungsänderungen infolge von Kursschwankungen berücksichtigt.

Die Bonusbemessung ist an die Erreichung jährlich vereinbarter Ziele geknüpft. Diese umfassen in vier bzw. fünf Kategorien spezifische Ziele sowie an die jeweilige Funktion angepasste Finanzziele. Dies sind z. B. Gewinn nach Steuern in einem Segment, Return on Risk-Adjusted Capital (RORAC), Gesamtkosten, risikogewichtete Aktiva, Kunden-, Mitarbeiter- sowie Prozess-/Effizienz- und Infrastruktur-Ziele, allenfalls zuzüglich weiterer Ziele. Die Höhe des Bonus bestimmt sich nach dem Konzernergebnis und der Cost/Income Ratio, wobei die zu erreichenden Zielwerte vom mittelfristigen ROE-Ziel des Konzerns abgeleitet wurden. Die Auszahlung erfolgt nach den geltenden Bestimmungen des BWG, umgesetzt in den internen Regelungen (siehe Mitarbeitervergütungspläne im Kapitel Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden).

Unter anteilsbasierter Vergütung werden die Anpassungen für die bis 2013 begebenen Tranchen des SIP erfasst, siehe aktienbasierte Vergütung unter Punkt (33) Eigenkapital.

An ehemalige Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen wurden im Geschäftsjahr € 1.277 Tausend an Versorgungsleistungen ausbezahlt (2016: € 511 Tausend). Zusätzlich zu den diesen Beträgen wurden kurzfristig fällige Leistungen, zeitlich verschobene Bonusanteile, Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses und anteilige Leistungen aus einer abgereiften SIP-Tranche an ehemalige Mitglieder des Vorstands in Höhe von insgesamt € 3.892 Tausend (2016: € 493 Tausend) bezahlt. An ehemalige Vorstandsmitglieder der RZB AG sind bis zum Ende ihrer Funktion zum Zeitpunkt der Verschmelzung der RZB AG mit der RBI AG insgesamt € 2.252 Tausend an Leistungen geflossen.

Bezüge des Aufsichtsrats

in € Tausend	2017	2016
Bezüge Aufsichtsrat	550	525

Die Hauptversammlung hat am 22. Juni 2017 eine jährliche Vergütung für die Aufsichtsratsmitglieder in Höhe von € 550 Tausend beschlossen und die Verteilung dem Aufsichtsrat übertragen. Der Aufsichtsrat hat per Beschluss am 15. Mai 2017, unter der Bedingung der Genehmigung durch die Hauptversammlung am 22. Juni 2017, folgende Verteilung festgelegt: Vorsitzender € 70 Tausend, Stellvertreter des Vorsitzenden € 60 Tausend, Mitglieder des Aufsichtsrats € 50 Tausend. Sitzungsgelder werden nicht gezahlt.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden keine zustimmungspflichtigen Verträge im Sinn von § 95 Abs. 5 Z. 12 AktG mit Aufsichtsratsmitgliedern abgeschlossen.

(51) Organe

Vorstand

Der Vorstand setzte sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Vorstandsmitglieder	Erstbestellung	Ende der Funktionsperiode
Dr. Johann Strobl, Vorsitzender	22. September 2010 ¹	28. Februar 2022
Mag. Martin Grill	3. Jänner 2005	28. Februar 2020
Mag. Andreas Gschwenter	1. Juli 2015	30. Juni 2018
Mag. Peter Lennkh	1. Oktober 2004	31. Dezember 2020
Dr. Hannes Mösenbacher	18. März 2017	28. Februar 2020

¹ Mit Wirksamkeit zum 10. Oktober 2010

Mit 18. März 2017 legte Dr. Karl Sevelda seine Funktion als Vorstandsvorsitzender zurück. Gleichzeitig wurden Dr. Johann Strobl zum Vorstandsvorsitzenden (zuvor stellvertretender Vorsitzender des Vorstands) und Dkfm. Klemens Breuer zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden (zuvor Vorstandsmitglied) bestellt.

Mit 31. Oktober 2017 legte Dkfm. Klemens Breuer (stellvertretender Vorstandsvorsitzender) seine Funktion zurück. Aufgrund seines Ausscheidens hat der Arbeitsausschuss die Geschäftsverteilung interimistisch neu geregelt. Mit 1. November 2017 übernahm Dr. Johann Strobl den Vorstandsbereich Capital Markets und Mag. Peter Lennkh den Vorstandsbereich Retail Banking. Ein neuer stellvertretender Vorstandsvorsitzender war zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts nicht ernannt.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat setzte sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Aufsichtsratsmitglieder	Erstbestellung	Ende der Funktionsperiode
Mag. Erwin Hameseder, Vorsitzender	8. Juli 2010 ¹	Ordentliche Hauptversammlung 2020
MMag. Martin Schaller, Erster stellvertretender Vorsitzender	4. Juni 2014	Ordentliche Hauptversammlung 2019
Dr. Heinrich Schaller, Zweiter stellvertretender Vorsitzender	20. Juni 2012	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Mag. Klaus Buchleitner, MBA	26. Juni 2013	Ordentliche Hauptversammlung 2020
Mag. Peter Gauper	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Betriebsökonom Wilfried Hopfner	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Dr. Rudolf Könighofer	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Dr. Johannes Ortner	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Dr. Günther Reibersdorfer	20. Juni 2012	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Univ.-Prof. Dr. Eva Eberhartinger	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Mag. Birgit Noggler	22. Juni 2017	Ordentliche Hauptversammlung 2022
Mag. Bettina Selden	4. Juni 2014	Ordentliche Hauptversammlung 2019
Mag. Rudolf Kortenhofer ²	10. Oktober 2010	Bis auf Weiteres
Mag. Peter Anzeletti-Reikl ²	10. Oktober 2010	Bis auf Weiteres
Dr. Susanne Unger ²	18. Jänner 2012	Bis auf Weiteres
Mag. (FH) Gebhard Muster ²	22. Juni 2017	Bis auf Weiteres
Dr. Natalie Egger-Grunicke ²	18. Februar 2016	Bis auf Weiteres
Mag. Helge Rechberger ²	10. Oktober 2010	Bis auf Weiteres

¹ Mit Wirksamkeit zum 10. Oktober 2010

² Vom Betriebsrat entsendet

Dr. Walter Rothensteiner (Vorsitzender des Aufsichtsrats) und Dr. Kurt Geiger (Mitglied des Aufsichtsrats) legten ihre Aufsichtsratsmandate mit Wirkung zum Ende der Hauptversammlung am 22. Juni 2017 zurück. Gleichzeitig wurden Mag. Erwin Hameseder zum Vorsitzenden (zuvor erster stellvertretender Vorsitzender) und MMag. Martin Schaller zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden (zuvor dritter stellvertretender Vorsitzender) bestellt.

Mag. Michael Höllerer und Dr. Johannes Schuster (beide Mitglieder des Aufsichtsrats) legten ihre Aufsichtsratsmandate mit Wirkung zum 18. März 2017 zurück.

Staatskommissäre

- Ministerialrat Mag. Alfred Lejsek, Staatskommissär (seit 1. Jänner 2011)
- Ministerialrat Dr. Anton Matzinger, Staatskommissär-Stellvertreter (seit 1. April 2011)

(52) Zusammensetzung des Konzerns

Konsolidierungskreis

Anzahl Einheiten	Vollkonsolidierung	
	2017	2016
Stand Beginn der Periode	106	120
Im Zuge der Verschmelzung einbezogen	175	0
In der Berichtsperiode erstmals einbezogen	4	3
In der Berichtsperiode verschmolzen	0	- 1
In der Berichtsperiode ausgeschieden	- 49	- 16
Stand Ende der Periode	236	106

Von den 236 Konzerneinheiten haben 124 ihren Sitz in Österreich (2016: 36) und 112 im Ausland (2016: 70). Bei diesen Gesellschaften handelt es sich um 25 Kreditinstitute, 147 Finanzinstitute, 16 Anbieter von Nebendienstleistungen, zehn Finanzholdings und 38 sonstige Unternehmen.

Erstkonsolidierungen

Name/Sitz	Anteil	Stichtag	Grund
Finanzinstitute			
Health Resort Gars RBI Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	75,0%	31.10.	Wesentlichkeit
RBI Vajnorja spol.s.r.o., Bratislava (SK)	75,0%	1.4.	Wesentlichkeit
ROOF Smart S.A., Luxemburg (LU)	<0,1%	30.11.	Operativ tätig
Sonstige Unternehmen			
RLALPHA Holding GmbH, Wien (AT)	100,0%	30.6.	Wesentlichkeit

Erstkonsolidierungen im Zuge der Verschmelzung

Name/Sitz	Anteil	Stichtag	Grund
Kreditinstitute			
Raiffeisen Banca pentru Locuinte S.A., Bukarest (RO)	66,7%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen stavebni sporitelna, Prag (CZ)	97,5%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen Wohnbaubank Aktiengesellschaft, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen-Leasing Bank Aktiengesellschaft, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Valida Plus AG, Wien (AT)	57,4%	1.1.	Verschmelzung
Finanzinstitute			
Raiffeisen-Rent Vermögensberatung und Treuhand Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Abade Immobilienleasing GmbH & Co Projekt Lauterbach KG, Eschborn (DE)	6,0%	1.1.	Verschmelzung
Abade Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Abakus Immobilienleasing GmbH & Co Projekt Leese KG, Eschborn (DE)	6,0%	1.1.	Verschmelzung
Abura Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Seniorenhaus Boppard KG, Eschborn (DE)	6,0%	1.1.	Verschmelzung
Abutilon Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Autohof Ibbenbüren KG, Eschborn (DE)	6,0%	1.1.	Verschmelzung
Achat Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Hochtaunus-Stift KG, Eschborn (DE)	1,0%	1.1.	Verschmelzung
Acridin Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Marienfeld KG, Eschborn (DE)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Adagium Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Adamas Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Pflegeheim Werdau KG, Eschborn (DE)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Adiantum Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Schillerhöhe Weimar KG, Eschborn (DE)	6,0%	1.1.	Verschmelzung
Adipes Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Bremervörde KG, Frankfurt am Main (DE)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Adrittura Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Eiching KG, Eschborn (DE)	70,0%	1.1.	Verschmelzung
Adular Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Rödermark KG, Eschborn (DE)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Agamemnon Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Pflegeheim Freiberg KG, Eschborn (DE)	100,0%	1.1.	Verschmelzung

Name/Sitz	Anteil	Stichtag	Grund
AGITO Immobilien-Leasing GesmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
AKRISIOS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
AL Taunussteiner Grundstücks-GmbH & Co KG, Eschborn (DE)	88,0%	1.1.	Verschmelzung
A-Leasing SpA, Treviso (IT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
"Am Hafen" Sutterlüty GmbH & Co KG, Wien (AT)	50,0%	1.1.	Verschmelzung
APUS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	50,0%	1.1.	Verschmelzung
ARCANA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
A-Real Estate S.p.A., Bozen (IT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
AURIGA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Austria Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH, Eschborn (DE)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Austria Leasing GmbH & Co. Immobilienverwaltung Projekt Hannover KG, Eschborn (DE)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Austria Leasing GmbH & Co. KG Immobilienverwaltung CURA, Eschborn (DE)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Austria Leasing GmbH, Eschborn (DE)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Burgenländische Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
CADO Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	50,0%	1.1.	Verschmelzung
Canopa Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
CARNUNTUM Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
CERES Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
CUPIDO Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
CURO Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
DOROS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
EPPA Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
ETEKLES Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
FEBRIS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
FMK Fachmarktcenter Kohlbruck Betriebs GmbH, Eschborn (DE)	94,4%	1.1.	Verschmelzung
GENO Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
HABITO Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Hietzinger-Spitz Projektentwicklung GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
HSL INVEST S.R.L. Buzau (RO)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
IGNIS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
KAURI Handels und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	88,0%	1.1.	Verschmelzung
Kiinteistö Oy Rovaniemen tietotekniikkakeskus, Helsinki (FI)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Kiinteistö Oy Seinäjoen Joupinkatu 1, Helsinki (FI)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Lentia Immobilienleasing GmbH & Co. Albert-Osswald-Haus KG, Eschborn (DE)	6,0%	1.1.	Verschmelzung
LIBRA Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Lucius Property, Prag (CZ)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
LYRA Raiffeisen Immobilien Leasing GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
MIRA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	50,0%	1.1.	Verschmelzung
MOBIX Raiffeisen-Mobilien-Leasing AG, Wien (AT)	95,5%	1.1.	Verschmelzung
MOBIX Vermögensverwaltungsges.m.b.H., Wien (AT)	95,5%	1.1.	Verschmelzung
Niederösterreichische Landes-Landwirtschaftskammer Errichtungs- und Betriebsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Orestes Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Wiesbaden KG, Eschborn (DE)	6,0%	1.1.	Verschmelzung
Ostarrichi Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Langenbach KG, Eschborn (DE)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
PARO Raiffeisen Immobilien Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
PELIAS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
PLANA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Priamos Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Propria Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	90,0%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen Burgenland Leasing GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung

Name/Sitz	Anteil	Stichtag	Grund
Raiffeisen Factor Bank AG, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen Immobilienfonds, Wien (AT)	<0,1%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen Leasing-Projektfinanzierung Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen ÖHT Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	88,0%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen-Anlagenvermietung Ges.m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen-Gemeindegebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen-Invest-Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen-Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen-Leasing Aircraft Finance GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen-Leasing Beteiligung GesmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen-Leasing Liegenschaftsverwaltung Kraußstraße Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	70,0%	1.1.	Verschmelzung
RALT Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RAN elf Raiffeisen-Anlagenvermietung Ges.m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RAN vierzehn Raiffeisen-Anlagevermietung GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RAN zehn Raiffeisen-Anlagenvermietung Ges.m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
REMUS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	50,0%	1.1.	Verschmelzung
Rent Impex, Bratislava (SK)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RIL IV Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RIL VII Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RIL XIII Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RIL XIV Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RL Anlagenvermietung Gesellschaft m.b.H., Eschborn (DE)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RL Flussschiffahrts GmbH & Co KG, Wien (AT)	<0,1%	1.1.	Verschmelzung
RL Gamma d.o.o., Zagreb (HR)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RL Grundstückverwaltung Klagenfurt-Süd GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RL Hotel Palace Wien Besitz GmbH, Wien (AT)	99,0%	1.1.	Verschmelzung
RL Retail Holding GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RL Thermal Beteiligungen GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RL Thermal GmbH & Co Liegenschaftsverwaltung KG, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RL Thermal GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RL-Epsilon Holding GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RL-Epsilon Sp.z.o.o., Warschau (PL)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RL-Gamma Holding GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RL-Jota Holding GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RL-Jota Sp.z o.o., Warschau (PL)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RL-Mörby AB, Stockholm (SE)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RL-Nordic AB, Stockholm (SE)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RL-Nordic Finans AB, Stockholm (SE)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RL-Nordic OY, Helsinki (FI)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RL-Pro Auxo Sp.z.o.o., Warschau (PL)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RUBRA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RZB - BLS Holding GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RZB Versicherungsbeteiligung GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
SALVELINUS Handels- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
SAMARA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
SF Hotelerrichtungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
SINIS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung

Name/Sitz	Anteil	Stichtag	Grund
SOLAR II Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
SOLIDA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	50,5%	1.1.	Verschmelzung
SPICA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	50,0%	1.1.	Verschmelzung
Styria Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Ahlen KG, Eschborn (DE)	6,0%	1.1.	Verschmelzung
THYMO Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Unterinntaler Raiffeisen-Leasing GmbH & Co KG, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
URSA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Valida Holding AG, Wien (AT)	57,4%	1.1.	Verschmelzung
Vindobona Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Autohaus KG, Eschborn (DE)	6,0%	1.1.	Verschmelzung
WEGA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Finanzholdings			
Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen-Leasing Immobilienmanagement Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RZB Invest Holding GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RZB Sektorbeteiligung GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Anbieter von Nebendienstleistungen			
Konevova s.r.o., Prag (CZ)	97,5%	1.1.	Verschmelzung
RALT Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H. & Co. KG, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
ZHS Office- & Facilitymanagement GmbH, Wien (AT)	98,6%	1.1.	Verschmelzung
Sonstige Unternehmen			
Abrawia Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Fernwald KG, Eschborn (DE)	6,0%	1.1.	Verschmelzung
ACB Ponava, Prag (CZ)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Adorant Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Heilsbrunn und Neuendettelsau KG, Eschborn (DE)	6,0%	1.1.	Verschmelzung
Austria Leasing Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH, Eschborn (DE)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Bukovina Residential SRL, Timisoara (RO)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
CZ Invest GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
First Leasing Service Center GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
FMZ PRIMUS Ingatlanfejlesztő Kft., Budapest (HU)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Immoservice Polska Sp.z.o.o., Warschau (PL)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
INPROX Split d.o.o., Zagreb (HR)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Inprax Zagreb Sesevete d.o.o., Zagreb (HR)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
KHD a.s., Prag (CZ)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Kiinteistö Oy Automaatiotie 1, Helsinki (FI)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Körlog Logistika Építő és Kivitelező Korlátolt Felelősségű Társaság, Budapest (HU)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
KOTTO Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
LARENTIA Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Objekt Linser Areal Immobilienerrichtungs GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Objekt Linser Areal Immobilienerrichtungs GmbH & Co. KG, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
OPORA Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
R Karpo Immobilien Linie S.R.L., Bukarest (RO)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
R.B.T. Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
R.P.I. Handels- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen WohnBau Wien GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen-Leasing Fuhrparkmanagement Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen-Leasing Immobilienverwaltung Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen-Rent Immobilienprojektentwicklung Gesellschaft m.b.H. Objekt Wallgasse 12 KG, Wien (AT)	30,0%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen-Rent-ImmobilienprojektentwicklungsgmbH., Wien (AT)	30,0%	1.1.	Verschmelzung
Raiffeisen-Wagramer Straße 120 Projektentwicklung GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RL LUX Holding S.a.r.l., Luxemburg (LU)	100,0%	1.1.	Verschmelzung

Name/Sitz	Anteil	Stichtag	Grund
RL-ALPHA Holding GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RL-BETA Holding GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RL-PROMITOR Holding GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RL-PROMITOR Spolka z.o.o., Warschau (PL)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RL-Prom-Wald Sp. Z.o.o., Warschau (PL)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
RLX Dvorak S.A., Luxemburg (LU)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
SCTE Első Ingatlanfejlesztő és Ingatlanhasznosító Kft., Budapest (HU)	100,0%	1.1.	Verschmelzung
Valida Industrie Pensionskasse AG, Wien (AT)	57,4%	1.1.	Verschmelzung
Valida Pension AG, Wien (AT)	57,4%	1.1.	Verschmelzung

Endkonsolidierungen

Name/Sitz	Anteil	Stichtag	Grund
Finanzinstitute			
Abutilon Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Autohof Ibbenbüren KG, Eschborn (DE)	6,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Adular Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Rödermark KG, Eschborn (DE)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
AGITO Immobilien-Leasing GesmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Am Hafen " Sutterlüty GmbH & Co KG, Wien (AT)	50,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
AURIGA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Austria Leasing GmbH & Co. KG Immobilienverwaltung CURA, Eschborn (DE)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
CADO Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	50,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Hietzinger-Spitz Projektentwicklung GmbH, Wien (AT)	100,0%	30.4.	Verkauf
HSL INVEST S.R.L., Ploiesti (RO)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
LIBRA Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Lucius Property, Prag (CZ)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
MIRA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	50,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
PELIAS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	100,0%	31.12.	Unwesentlichkeit
			Änderung
Raiffeisen Real Estate Fund, Budapest (HU)	45,8%	31.8.	Kontrollverhältnis
RB International Investment Asia Limited, Labuan (MY)	60,8%	1.1.	Unwesentlichkeit
RIL IV Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	100,0%	31.12.	Unwesentlichkeit
RIL XIII Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
RL Flussschiffahrts GmbH & Co KG, Wien (AT)	100,0%	30.9.	Unwesentlichkeit
RL Gamma d.o.o., Zagreb (HR)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
RL-Epsilon Holding GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
RL-Epsilon Sp.z.o.o., Warschau (PL)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
RL-Gamma Holding GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
RL-Jota Holding GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
RL-Jota Sp.z o.o., Warschau (PL)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
RL-Nordic Finans AB, Stockholm (SE)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
RZB Finance (Jersey) IV Limited, St. Helier (JE)	100,0%	30.11.	Stilllegung
SPICA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	50,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
TOO Raiffeisen Leasing Kazakhstan, Almatay (KZ)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit

Name/Sitz	Anteil	Stichtag	Grund
Sonstige Unternehmen			
Abrawiza Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Fernwald KG, Eschborn (DE)	6,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
ACB Ponava, Prag (CZ)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Austria Leasing Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH, Eschborn (DE)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Bukovina Residential SRL, Timisoara (RO)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
CZ Invest GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
First Leasing Service Center GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Immoservice Polska Sp.z.o.o., Warschau (PL)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
INPROX Split d.o.o., Zagreb (HR)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Inprox Zagreb Sesvete d.o.o., Zagreb (HR)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Kiinteistö Oy Automaatioie 1, Helsinki (FI)	100,0%	5.1.	Verkauf
Körlog Logistika Építő és Kivitelező Korlátolt Felelősségű Társaság, Budapest (HU)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
KOTTO Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Objekt Linser Areal Immobilienerichtungs GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
OPORA Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
R.B.T. Beteiligungsgesellschaft m.b.H, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Raiffeisen-Leasing Immobilienverwaltung Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
RB International Finance (USA) LLC, New York (US)	100,0%	31.12.	Stilllegung
RLALPHA Holding GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
RLBETA Holding GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
SCTE Első Ingatlanfejlesztő és Ingatlanhasznosító Kft., Budapest (HU)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
ZUNO AG, Wien (AT)	100,0%	30.9.	Stilllegung

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen – RBI hält weniger als 50 Prozent der Stimmrechtsanteile

Über die folgenden Tochterunternehmen hat der Konzern die Kontrolle, auch wenn er weniger als die Hälfte der Stimmrechte der Tochtergesellschaft hält.

Strukturierte Einheiten

Name/Sitz	Stimmrechtsanteil	Grund
FWR Russia Funding B.V., Amsterdam (NL)	<0,1%	SPV

Die oben genannten Zweckgesellschaften (Special Purpose Vehicles, SPV) werden konsolidiert, da der Konzern Schwankungen der Erträge aus diesen strukturierten Einheiten ausgesetzt ist. Die Erträge begründen sich im Wesentlichen aus Aktivitäten wie dem Halten von Schuldverschreibungen oder gegebenen Finanzgarantien. Außerhalb der laufenden Gestionierung der Forderungen (die im Rahmen eines Servicevertrags vom Konzern durchgeführt wird) werden wichtige Entscheidungen erst zum Ausfallzeitpunkt der strukturierten Einheiten erforderlich.

Nicht vollkonsolidierte Tochterunternehmen – RBI hält mehr als 50 Prozent der Stimmrechtsanteile

Aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurde auf die Einbeziehung von 345 Tochterunternehmen (2016: 227) verzichtet. Diese werden zu Anschaffungskosten als Anteile an verbundenen Unternehmen unter den Wertpapieren und Beteiligungen erfasst und der Bewertungskategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte zugeordnet. Die Bilanzsumme der nicht einbezogenen Unternehmen beträgt insgesamt weniger als 1 Prozent der Summenbilanz des Konzerns.

Liste der vollkonsolidierten verbundenen Unternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital ¹ in Währung		Anteil ¹	Typ ²
Raiffeisen-Rent Vermögensberatung und Treuhand Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	364.000	EUR	100,0%	FI
Abade Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	FI
Abade Immobilienleasing GmbH & Co Projekt Lauterbach KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	6,0%	FI
Abakus Immobilienleasing GmbH & Co Projekt Leese KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	6,0%	FI
Abura Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Seniorenhaus Boppard KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	6,0%	FI
Achat Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Hochtaunus-Stift KG, Eschborn (DE)	10.000	EUR	1,0%	FI
Acridin Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Marienfeld KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	100,0%	FI
Adagium Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	FI
Adamas Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Pflegeheim Werdau KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	100,0%	FI
Adiantum Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Schillerhöhe Weimar KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	6,0%	FI
Adipes Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Bremervörde KG, Frankfurt am Main (DE)	5.000	EUR	100,0%	FI
Adorant Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Heilsbronn und Neuendettelsau KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	6,0%	SU
Ados Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	75,0%	FI
Adritura Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Eiching KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	70,0%	SU
Agamemnon Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Pflegeheim Freiberg KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	100,0%	FI
AKRISIOS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
AL Taunussteiner Grundstücks-GmbH & Co KG, Eschborn (DE)	10.000	EUR	88,0%	FI
A-Leasing SpA, Treviso (IT)	68.410.000	EUR	100,0%	FI
AMYKOS RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0%	FI
AO Raiffeisenbank, Moskau (RU)	36.711.260.000	RUB	100,0%	KI
APUS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	50,0%	FI
ARCANA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	FI
A-Real Estate S.p.A., Bozen (IT)	600.000	EUR	100,0%	FI
Austria Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	FI
Austria Leasing GmbH, Eschborn (DE)	1.000.000	EUR	100,0%	FI
Austria Leasing GmbH & Co. Immobilienverwaltung Projekt Hannover KG, Eschborn (DE)	10.000	EUR	100,0%	FI
B52 RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0%	SU
BAILE Handels- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	40.000	EUR	100,0%	FI
Baumgartner Höhe RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0%	FI
BUILDING BUSINESS CENTER DOO NOVI SAD, Novi Sad (RS)	559.220.792	RSD	100,0%	FI
Bulevard Centar BBC Holding d.o.o., Belgrad (RS)	63.708	RSD	100,0%	BH
Burgenländische Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., Eisenstadt (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
Canopa Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	FI
CARNUNTUM Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
CERES Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
CINOVA RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0%	FI
CJSC Mortgage Agent Raiffeisen 01, Moskau (RU)	10.000	RUB	<0,1%	BH
CP Inlandsimmobilien-Holding GmbH, Wien (AT)	364.000	EUR	100,0%	SU
CUPIDO Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
CURO Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	FI
DAV Holding Ltd., Budapest (HU)	3.030.000	HUF	100,0%	FI
DAV-PROPERTY Kft., Budapest (HU)	3.020.000	HUF	100,0%	SU
DOROS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
EPPA Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
ETEOKLES Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
Expo 2000 Real Estate EOOD, Sofia (BG)	10.000	BGN	100,0%	SU
FCC Office Building SRL, Bukarest (RO)	30.298.500	RON	100,0%	BH
FEBRIS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
Floresca City Center Verwaltung Kft., Budapest (HU)	42.000	HUF	100,0%	FI
FMK Fachmarktcenter Kohlbruck Betriebs GmbH, Eschborn (DE)	30.678	EUR	94,4%	SU

¹ Abzüglich eigener Aktien

² Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, WV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital ¹ in Währung	Anteil ¹	Typ ²
FMZ PRIMUS Ingatlanfejlesztő Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF 100,0%	SU
FWR Russia Funding B.V., Amsterdam (NL)	1	EUR <0,1%	FI
GENO Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR 100,0%	FI
HABITO Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	FI
Harmadik Vagyonkezelő Kft., Budapest (HU)	3.100.000	HUF 100,0%	BH
Health Resort RBI Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	17.500	EUR 75,0%	FI
IGNIS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR 100,0%	FI
Infrastruktur Heilbad Sauerbrunn GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 75,0%	FI
Infrastruktur Heilbad Sauerbrunn RBI-Leasing GmbH & Co.KG., Bad Sauerbrunn (AT)	3.511.788	EUR 75,0%	FI
Invest Vermögensverwaltungs-GmbH, Wien (AT)	73.000	EUR 100,0%	SU
JLLC "Raiffeisen-leasing", Minsk (BY)	430.025	BYN 91,4%	FI
Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Wien (AT)	20.000.000	EUR 100,0%	KI
KAURI Handels und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	50.000	EUR 88,0%	FI
KHD a.s., Prag (CZ)	2.000.000	CZK 100,0%	SU
Kiinteistö Oy Rovaniemen tietotekniikkakeskus, Helsinki (FI)	100.000	EUR 100,0%	FI
Kiinteistö Oy Seinäjoen Joupinkatu 1, Helsinki (FI)	100.000	EUR 100,0%	FI
KONEVOVA s.r.o., Prag (CZ)	50.000.000	CZK 97,5%	BH
LARENTIA Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
Lentia Immobilienleasing GmbH & Co. Albert-Osswald-Haus KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR 6,0%	FI
Lexus Services Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	FI
Limited Liability Company Raiffeisen Leasing Aval, Kiew (UA)	1.240.152.866	UAH 72,3%	FI
LLC "ARES Nedvizhimost", Moskau (RU)	10.000	RUB 50,0%	BH
LYRA Raiffeisen Immobilien Leasing GmbH, Wien (AT)	36.400	EUR 100,0%	FI
MOBIX Raiffeisen-Mobilien-Leasing AG, Wien (AT)	125.000	EUR 95,5%	FI
MOBIX Vermögensverwaltungsges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR 95,5%	FI
MP Real Invest a.s., Bratislava (SK)	4.647.159	EUR 100,0%	SU
Niederösterreichische Landes-Landwirtschaftskammer Errichtungs- und Betriebsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR 100,0%	FI
Objekt Linser Areal Immobilienerrichtungs GmbH & Co. KG, Wien (AT)	1.000	EUR 100,0%	SU
ООО Raiffeisen-Leasing, Moskau (RU)	1.071.000.000	RUB 100,0%	FI
Orestes Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Wiesbaden KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR 6,0%	FI
Ostarrichi Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Langenbach KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR 100,0%	FI
Park City real estate Holding d.o.o., Novi Sad (RS)	63.708	RSD 100,0%	BH
PARO Raiffeisen Immobilien Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR 100,0%	FI
PERSES RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 75,0%	FI
PLANA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR 100,0%	FI
Pointon Investment Limited, Limassol (CY)	77.446	RUB 100,0%	BH
Priamos Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR 100,0%	FI
Priorbank JSC, Minsk (BY)	86.147.909	BYN 87,7%	KI
Propria Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 90,0%	FI
R Karpo Immobilien Linie S.R.L., Bukarest (RO)	200	RON 100,0%	SU
R.P.I. Handels- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR 100,0%	FI
Raiffeisen Banca pentru Locuinte S.A., Bukarest (RO)	131.074.560	RON 66,7%	KI
Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (UA)	6.154.516.258	UAH 68,2%	KI
Raiffeisen Bank d.d. Bosna i Hercegovina, Sarajevo (BA)	247.167.000	BAM 100,0%	KI
Raiffeisen Bank Kosovo J.S.C., Pristina (KO)	63.000.000	EUR 100,0%	KI
Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau (PL)	2.256.683.400	PLN 100,0%	KI
Raiffeisen Bank S.A., Bukarest (RO)	1.200.000.000	RON 99,9%	KI
Raiffeisen Bank Sh.a., Tirana (AL)	14.178.593.030	ALL 100,0%	KI
Raiffeisen Bank Zrt., Budapest (HU)	50.000.090.000	HUF 100,0%	KI
Raiffeisen banka a.d., Belgrad (RS)	27.466.157.580	RSD 100,0%	KI

¹ Abzüglich eigener Aktien

² Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital ¹ in Währung	Anteil ¹	Typ ²
Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	35.000.000	EUR 100,0%	KI
Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH, Wien (AT)	10.000.000	EUR 100,0%	FH
Raiffeisen Burgenland Leasing GmbH, Wien (AT)	38.000	EUR 100,0%	FI
Raiffeisen CEE Region Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	FH
Raiffeisen Centrobank AG, Wien (AT)	47.598.850	EUR 100,0%	KI
Raiffeisen CIS Region Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	FH
Raiffeisen consulting d.o.o., Zagreb (HR)	105.347.000	HRK 100,0%	SU
Raiffeisen Corporate Lizing Zrt., Budapest (HU)	50.100.000	HUF 100,0%	FI
Raiffeisen Factor Bank AG, Wien (AT)	10.000.000	EUR 100,0%	FI
Raiffeisen Factoring Ltd., Zagreb (HR)	270.000.000	HRK 100,0%	FI
Raiffeisen FinCorp, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 75,0%	FI
Raiffeisen Immobilienfonds, Wien (AT)	0	EUR 97,3%	FI
Raiffeisen International Invest Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	FI
Raiffeisen International Liegenschaftsbesitz GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	FI
Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wien (AT)	15.000.000	EUR 100,0%	KI
Raiffeisen Leasing Bulgaria EOOD, Sofia (BG)	35.200.000	BGN 100,0%	FI
Raiffeisen Leasing d.o.o., Belgrad (RS)	226.389.900	RSD 100,0%	FI
Raiffeisen Leasing d.o.o., Ljubljana (SI)	3.738.107	EUR 100,0%	FI
Raiffeisen Leasing d.o.o. Sarajevo, Sarajevo (BA)	15.405.899	BAM 100,0%	FI
Raiffeisen Leasing IFN S.A., Bukarest (RO)	14.935.400	RON 99,9%	FI
Raiffeisen Leasing Kosovo LLC, Pristina (KO)	642.857	EUR 100,0%	FI
Raiffeisen Leasing sh.a., Tirana (AL)	263.520.134	ALL 100,0%	FI
Raiffeisen Leasing-Projektfinanzierung Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	72.673	EUR 100,0%	FI
Raiffeisen Mandatory and Voluntary Pension Funds Management Company Plc., Zagreb (HR)	143.445.300	HRK 100,0%	SU
Raiffeisen ÖHT Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 88,0%	FI
Raiffeisen Pension Insurance d.d., Zagreb (HR)	23.100.000	HRK 100,0%	VV
Raiffeisen Property Holding International GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	FI
Raiffeisen Property International GmbH, Wien (AT)	40.000	EUR 100,0%	SU
Raiffeisen Property Management GmbH, Wien (AT)	40.000	EUR 100,0%	SU
Raiffeisen Rent DOO, Belgrad (RS)	243.099.913	RSD 100,0%	SU
Raiffeisen RS Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	FH
Raiffeisen SEE Region Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	FH
Raiffeisen stambena stedionica d.d., Zagreb (HR)	180.000.000	HRK 100,0%	KI
Raiffeisen stavebni sporitelna a.s., Prag (CZ)	650.000.000	CZK 97,5%	KI
Raiffeisen WohnBau Wien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
Raiffeisen Wohnbaubank Aktiengesellschaft, Wien (AT)	5.100.000	EUR 100,0%	FI
Raiffeisen-Anlagenvermietung Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR 100,0%	FI
Raiffeisenbank (Bulgaria) EAD, Sofia (BG)	603.447.952	BGN 100,0%	KI
Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)	11.060.800.000	CZK 75,0%	KI
Raiffeisenbank Austria d.d., Zagreb (HR)	3.621.432.000	HRK 100,0%	KI
Raiffeisen-Gemeindegebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	FI
Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR 100,0%	FI
Raiffeisen-Invest-Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	40.000	EUR 100,0%	FI
Raiffeisen-Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	FI
Raiffeisen-Leasing Aircraft Finance GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	FI
Raiffeisen-Leasing Bank Aktiengesellschaft, Wien (AT)	5.000.000	EUR 100,0%	KI
Raiffeisen-Leasing Beteiligung GesmbH, Wien (AT)	36.400	EUR 100,0%	FI
Raiffeisen-Leasing d.o.o., Zagreb (HR)	30.000.000	HRK 100,0%	FI
Raiffeisen-Leasing Fuhrparkmanagement Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR 100,0%	SU
Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	363.364	EUR 100,0%	FI

¹ Abzüglich eigener Aktien

² Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital ¹ in Währung		Anteil ¹	Typ ²
Raiffeisen-Leasing Immobilienmanagement Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen-Leasing International Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen-Leasing Liegenschaftsverwaltung Kraustrae Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	35.000	EUR	70,0%	FI
Raiffeisen-Leasing Lithuania UAB, Vilnius (LT)	100.000	EUR	92,3%	FI
Raiffeisen-Leasing, s.r.o., Prag (CZ)	450.000.000	CZK	75,0%	FI
Raiffeisen-RBHU Holding GmbH, Wien (AT)	236.640	EUR	100,0%	FH
Raiffeisen-Rent Immobilienprojektentwicklung Gesellschaft m.b.H. Objekt Wallgasse 12 KG, Wien (AT)	4.886.449	EUR	37,1%	SU
Raiffeisen-Rent-ImmobilienprojektentwicklungsgmbH., Objekt Lenaugasse 11 KG, Wien (AT)	6.169.924	EUR	54,4%	SU
Raiffeisen-Wagramer Strae 120 Projektentwicklungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
RAIT Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	218.500	EUR	100,0%	FI
RAIT Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H. & Co. KG, Wien (AT)	20.348.394	EUR	100,0%	BH
RAN elf Raiffeisen-Anlagenvermietung Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	100,0%	FI
RAN vierzehn Raiffeisen-Anlagevermietung GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR	100,0%	FI
RAN zehn Raiffeisen-Anlagenvermietung Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	100,0%	FI
RB International Finance (Hong Kong) Ltd., Hong Kong (HK)	10.000.000	HKD	100,0%	FI
RB International Markets (USA) LLC, New York (US)	8.000.000	USD	100,0%	FI
RBI KI Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	48.000	EUR	100,0%	FH
RBI eins Leasing Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0%	FI
RBI IB Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FH
RBI ITS Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0%	FI
RBI LEA Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	70.000	EUR	100,0%	FI
RBI Leasing GmbH, Wien (AT)	100.000	EUR	75,0%	FI
RBI LGG Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
RBI PE Handels- und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	150.000	EUR	100,0%	FI
RBI Vajnora spol.s.r.o., Bratislava (SK)	5.000	EUR	75,0%	FI
REC Alpha LLC, Kiew (UA)	267.643.204	UAH	100,0%	BH
Regional Card Processing Center s.r.o., Bratislava (SK)	539.465	EUR	100,0%	BH
REMUS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	50,0%	FI
Rent Impex, s.r.o., Bratislava (SK)	6.639	EUR	100,0%	FI
RIL VII Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	FI
RIL XIV Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	FI
RIRE Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
RL Anlagenvermietung Gesellschaft m.b.H., Eschborn (DE)	50.000	DEM	100,0%	FI
RL Grundstckverwaltung Klagenfurt-Sd GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
RL Hotel Palace Wien Besitz GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR	99,0%	FI
RL LUX Holding S.a.r.l., Luxemburg (LU)	12.500	EUR	100,0%	SU
RL Retail Holding GmbH, Wien (AT)	36.000	EUR	100,0%	FI
RL Thermal Beteiligungen GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
RL Thermal GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR	100,0%	FI
RL Thermal GmbH & Co Liegenschaftsverwaltung KG, Wien (AT)	1.453.457	EUR	100,0%	FI
RL-ALPHA Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
RLI Holding Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	40.000	EUR	100,0%	FI
RL-Mrby AB, Stockholm (SE)	100.000	SEK	100,0%	FI
RL-Nordic AB, Stockholm (SE)	50.000.000	SEK	100,0%	FI
RL-Nordic OY, Helsinki (FI)	100.000	EUR	100,0%	FI
RL-Pro Auxo Sp.z.o.o., Warschau (PL)	50.000	PLN	100,0%	FI
RL-PROMITOR Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
RL-PROMITOR Spolka z.o.o., Warschau (PL)	50.000	PLN	100,0%	SU
RL-Prom-Wald Sp. Z.o.o, Warschau (PL)	50.000	PLN	100,0%	SU
RLX Dvorak S.A., Luxemburg (LU)	31.000	EUR	100,0%	SU

¹ Abzglich eigener Aktien

² Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital ¹ in Währung	Anteil ¹	Typ ²
ROOF Smart S.A., Luxemburg (LU)	1	EUR	<0,1% FI
RUBRA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0% FI
RZB - BLS Holding GmbH, Wien (AT)	500.000	EUR	100,0% FI
RZB Finance (Jersey) III Ltd, St. Helier (JE)	1.000	EUR	100,0% FI
RZB Invest Holding GmbH, Wien (AT)	500.000	EUR	100,0% FH
RZB Sektorbeteiligung GmbH, Wien (AT)	100.000	EUR	100,0% FH
RZB Versicherungsbeteiligung GmbH, Wien (AT)	500.000	EUR	100,0% FI
S.C. PLUSFINANCE ESTATE 1 S.R.L., Bukarest (RO)	13.743.340	RON	100,0% BH
SALVELINUS Handels- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	40.000	EUR	100,0% FI
SAMARA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0% FI
SF Hotelerrichtungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	100,0% FI
SINIS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	35.000	EUR	100,0% FI
Sky Tower Immobilien- und Verwaltung Kft, Budapest (HU)	43.000	HUF	100,0% SU
Skytower Building SRL, Bukarest (RO)	126.661.500	RON	100,0% SU
SOLAR II Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0% FI
SOUIDA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	50,5% FI
"S-SPV" d.o.o. Sarajevo, Sarajevo (BA)	2.000	BAM	100,0% SU
Styria Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Ahlen KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	6,0% FI
Tatra Asset Management, správ. spol., a.s., Bratislava (SK)	1.659.700	EUR	78,8% FI
Tatra banka, a.s., Bratislava (SK)	64.326.228	EUR	78,8% KI
Tatra Residence, a.s., Bratislava (SK)	21.420.423	EUR	78,8% BH
Tatra-Leasing, s.r.o., Bratislava (SK)	6.638.785	EUR	78,8% FI
THYMO Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	100,0% FI
Ukrainian Processing Center PJSC, Kiev (UA)	180.000	UAH	100,0% BH
Unterinntaler Raiffeisen-Leasing GmbH & Co KG, Wien (AT)	36.336	EUR	100,0% FI
URSA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0% FI
Valida Holding AG, Wien (AT)	5.000.000	EUR	57,4% FI
Valida Industrie Pensionskasse AG, Wien (AT)	5.000.062	EUR	57,4% SU
Valida Pension AG, Wien (AT)	10.200.000	EUR	57,4% SU
Valida Plus AG, Wien (AT)	5.500.000	EUR	57,4% KI
Viktor Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	75,0% SU
Vindalo Properties Limited, Limassol (CY)	67.998	RUB	100,0% BH
Vindobona Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Autohaus KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	6,0% FI
WEGA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0% FI
ZHS Office- & Facilitymanagement GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR	98,6% BH

¹ Abzüglich eigener Aktien

² Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Strukturierte Einheiten

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Buchwerte der in der Konzernbilanz erfassten Beteiligungen des Unternehmens sowie das mit diesen Beteiligungen verbundene maximale Verlustrisiko, aufgeschlüsselt nach Art der strukturierten Einheit. Die ausgewiesenen Buchwerte spiegeln die tatsächliche Ertragsvariabilität nicht wider, weil sie die Effekte von Sicherungs- bzw. Absicherungsgeschäften nicht berücksichtigen.

Vermögenswerte

2017 in € Tausend	Kredite und Forderungen	Eigenkapital- instrumente	Fremdkapital- instrumente	Derivate
Verbriefungsvehikel	348.370	0	427.537	0
Finanzierungsgesellschaften Dritter	253.824	2.831	0	0
Fonds	0	55.749	0	0
Gesamt	602.194	58.580	427.537	0

2016 in € Tausend	Kredite und Forderungen	Eigenkapital- instrumente	Fremdkapital- instrumente	Derivate
Verbriefungsvehikel	315.147	0	389.813	0
Finanzierungsgesellschaften Dritter	166.949	1.925	0	0
Fonds	0	48.004	0	0
Gesamt	482.095	49.929	389.813	0

Verbindlichkeiten

2017 in € Tausend	Einlagen	Eigenkapital- instrumente	Verbriefte Verbindlichkeiten	Derivate
Verbriefungsvehikel	319	0	0	0
Finanzierungsgesellschaften Dritter	19.270	0	0	178
Fonds	0	0	0	86
Gesamt	19.589	0	0	264

2016 in € Tausend	Einlagen	Eigenkapital- instrumente	Verbriefte Verbindlichkeiten	Derivate
Verbriefungsvehikel	330	0	0	0
Finanzierungsgesellschaften Dritter	22.219	0	0	1.051
Fonds	0	0	0	956
Gesamt	22.550	0	0	2.007

Art, Zweck und Umfang der Beteiligungen des Konzerns an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Der Konzern verfolgt diverse Geschäftsaktivitäten mit strukturierten Einheiten, die auf die Erreichung eines bestimmten Geschäftszwecks ausgelegt sind. Die Errichtung strukturierter Einheiten zielt darauf ab, dass Stimm- oder vergleichbare Rechte nicht der dominierende Faktor dafür sind, wer die betreffende Einheit kontrolliert. Dies ist z. B. der Fall, wenn Stimmrechte sich nur auf administrative Aufgaben beziehen und die jeweiligen Aktivitäten mittels vertraglicher Vereinbarungen gelenkt werden.

Eine strukturierte Einheit weist häufig einige oder alle der folgenden Merkmale oder Attribute auf:

- Eingeschränkte Aktivitäten
- Eng gefasster und gut definierter Geschäftszweck
- Zu geringes Eigenkapital, als dass die strukturierte Einheit ihre Aktivitäten ohne nachrangige finanzielle Unterstützung finanzieren könnte
- Finanzierung in Form der Ausgabe multipler, vertraglich verknüpfter Instrumente an Investoren, die Kredit- oder sonstige Risikokonzentrationen entstehen lassen (Tranchen)

Strukturierte Einheiten werden hauptsächlich dazu eingesetzt, Kunden den Zugang zu spezifischen Vermögensportfolios zu ermöglichen und ihnen durch die Verbriefung von finanziellen Vermögenswerten Liquidität bereitzustellen. Sie können als Kapital, Treuhand- oder Personengesellschaften errichtet werden. Strukturierte Einheiten dienen im Allgemeinen zur Finanzierung des Kaufs von Vermögenswerten durch die Emission von Schuld- und Eigenkapitalpapieren, die mit Sicherheiten unterlegt und/oder durch eine Indexklausel mit den von den strukturierten Einheiten gehaltenen Vermögenswerten verknüpft sind.

Strukturierte Einheiten werden konsolidiert, wenn die substantielle Beziehung zwischen dem Konzern und den strukturierten Einheiten darauf hindeutet, dass die strukturierten Einheiten vom Konzern kontrolliert werden.

Nachstehend erfolgt eine Aufschlüsselung der Beteiligungen des Konzerns an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten nach ihrer Art.

Finanzierungsgesellschaften Dritter

Der Konzern stellt Finanzierungsmittel für strukturierte Einheiten bereit, die eine Vielzahl von Vermögenswerten halten. Diese Einheiten können die Form von Finanzierungs-, Treuhand- und privaten Beteiligungsgesellschaften annehmen. Die Finanzierung wird durch die in den strukturierten Einheiten gehaltenen Vermögenswerte besichert. Die Beteiligungstätigkeit des Konzerns erstreckt sich vorwiegend auf Kreditgeschäfte.

Verbriefungsvehikel

Der Konzern etabliert Verbriefungsvehikel, die diversifizierte Pools von Vermögenswerten erwerben, einschließlich festverzinslicher Wertpapiere, Unternehmenskredite und durch Vermögenswerte besicherter Wertpapiere (ABS; vorwiegend Commercial Papers, durch Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere (RMBS) und Kreditkartenforderungen). Die Vehikel finanzieren diese Käufe durch die Emission multipler Tranchen von Schuld- und Eigenkapitalpapieren, deren Rückzahlung an die Wertentwicklung der in den Vehikeln enthaltenen Vermögenswerte geknüpft ist. Der Konzern überträgt häufig Vermögenswerte an diese Verbriefungsvehikel und gewährt ihnen finanzielle Unterstützung in Form von Kreditlinien.

Fonds

Der Konzern etabliert strukturierte Einheiten zur Deckung des kundenseitigen Bedarfs im Hinblick auf Beteiligungen an spezifischen Vermögenswerten. Der Konzern investiert auch in Fonds, die von Dritten gesponsert werden. Eine Konzerngesellschaft kann die Rolle des Fondsmanagers, der Depotstelle oder eine andere Funktion übernehmen und Finanzierungsmittel und Kreditlinien sowohl für konzerngesponserte Fonds als auch für Fonds Dritter zur Verfügung stellen. Die bereitgestellte Finanzierung wird durch die vom Fonds gehaltenen zugrunde liegenden Vermögenswerte besichert.

Maximales Exposure bei und Größe von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Das maximale Verlustrisiko wird anhand der Art der Beteiligung an der nicht konsolidierten strukturierten Einheit ermittelt. Das maximale Exposure für Darlehen und Handelsinstrumente ergibt sich aus deren bilanzierten Buchwerten. Das maximale Exposure für Derivate und außerbilanzielle Instrumente wie Garantien, Kreditlinien und Kreditverpflichtungen gemäß IFRS 12 in der Interpretation durch den Konzern ergibt sich aus den Nominalen. Die betreffenden Beträge spiegeln die wirtschaftlichen Risiken für den Konzern nicht wider, weil sie weder die Effekte von Sicherungs- oder Absicherungsgeschäften noch die Wahrscheinlichkeit des Eintritts entsprechender Verluste berücksichtigen. Per 31. Dezember 2017 belief sich das Nominale von Derivaten und außerbilanziellen Instrumenten auf € 25.975 Tausend (2016: € 27.822 Tausend) bzw. € 61.793 Tausend (2016: € 95.292 Tausend). Informationen zur Größe von strukturierten Einheiten sind nicht immer öffentlich verfügbar. Daher hat der Konzern sein Exposure als angemessenen Maßstab für die Größe festgelegt.

Finanzielle Unterstützung

Der Konzern hat während des Berichtsjahres keine finanzielle Unterstützung (2016: € 3.420 Tausend) an nicht konsolidierte strukturierte Einheiten gewährt.

Gesponserte strukturierte Einheiten

Als Sponsor ist der Konzern oft an der rechtlichen Gründung und Vermarktung einer Einheit beteiligt und unterstützt diese auf verschiedene Weise, z. B. durch die Bereitstellung operationeller Unterstützung zur Gewährleistung des fortlaufenden Geschäftsbetriebs. Der Konzern wird auch als Sponsor für eine strukturierte Einheit betrachtet, wenn diese unter Zugrundelegung vernünftiger Maßstäbe vom Markt mit dem Konzern assoziiert wird. Darüber hinaus deutet häufig die Verwendung der Bezeichnung Raiffeisen für die strukturierte Einheit darauf hin, dass der Konzern als Sponsor fungiert. Die Bruttoerlöse aus gesponserten Einheiten für das am 31. Dezember 2017 abgelaufene Geschäftsjahr betragen € 197.987 Tausend (2016: € 18.197 Tausend). Im Jahr 2017 als auch 2016 wurden keine Vermögenswerte an gesponserte, nicht konsolidierte strukturierte Einheiten übertragen.

(53) Beteiligungsübersicht

In der Konzernbilanz at-equity bewertete Unternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Währung		Anteil	Typ ¹
card complete Service Bank AG, Wien (AT)	6.000.000	EUR	25,0%	KI
LEIPNIK-LUNDENBURGER INVEST Beteiligungs Aktiengesellschaft, Wien (AT)	32.624.283	EUR	33,1%	SU
NOTARTREUHANDBANK AG, Wien (AT)	8.030.000	EUR	26,0%	KI
Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft, Wien (AT)	130.000.000	EUR	8,1%	KI
Österreichische Hotel- und Tourismusbank Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	11.627.653	EUR	31,3%	KI
Posojilnica Bank eGen, Klagenfurt (AT)	44.391.240	EUR	59,0%	KI
Prva stavebna sporitelna a.s., Bratislava (SK)	66.500.000	EUR	32,5%	KI
Raiffeisen Informatik GmbH, Wien (AT)	1.460.000	EUR	47,6%	BH
UNIQA Insurance Group AG, Wien (AT)	309.000.000	EUR	10,9%	VV

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Sonstige verbundene Unternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Währung		Anteil	Typ ¹
"A-SPV" d.o.o. Sarajevo, Sarajevo (BA)	2.000	BAM	100,0%	SU
"K-SPV" d.o.o. Sarajevo, Sarajevo (BA)	2.000	BAM	100,0%	SU
Abakus Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Abrawiza Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Abrawiza Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Fernwald KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	6,0%	SU
Abri Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Abura Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Abutilon Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Abutilon Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Autohof Ibbenbüren KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	6,0%	FI
ACB Ponava, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Achat Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Acridin Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Adamas Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Adiantum Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Adipes Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Adorant Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Adrett Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	125.000	EUR	100,0%	SU
Adrittura Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Adufe Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Adular Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
Adular Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Rödermark KG, Eschborn (DE)	5.000	EUR	100,0%	FI
AELLO Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
Agamemnon Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
AGITO Immobilien-Leasing GesmbH, Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	FI
ALT POHLEDY s.r.o., Prag (CZ)	84.657.000	CZK	100,0%	SU
Am Hafen* Sutterlüty GmbH & Co KG, Wien (AT)	100.000	EUR	50,0%	FI
Amfion Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Angaga Handels- und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
Appolon Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
ARTEMIA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	50,0%	FI
Aspius Immobilien Holding International GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
Astra Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Ate Property, s.r.o., Prag (CZ)	0	CZK	100,0%	SU
AURIGA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	FI
Austria Leasing GmbH & Co KG Immobilienverwaltung Projekt EKZ Meitingen, Eschborn (DE)	10.000	EUR	100,0%	SU
Austria Leasing GmbH & Co. KG Immobilienverwaltung CURA, Eschborn (DE)	10.000	EUR	100,0%	FI
Austria Leasing GmbH & Co. KG Immobilienverwaltung Projekt Eberdingen, Eschborn (DE)	10.000	EUR	100,0%	FI
Austria Leasing Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	100,0%	SU
BA Development, s.r.o., Bratislava (SK)	6.639	EUR	100,0%	SU
Bandos Handels- und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	40.000	EUR	100,0%	SU
Boreas Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
BRL Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Eisenstadt (AT)	73.000	EUR	100,0%	FI
Bukovina Residential SRL, Timisoara (RO)	1.901.600	RON	100,0%	SU
BUXUS Handels- und Beteiligungs GmbH in Liq., Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
CADO Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	50,0%	FI
Centralised Raiffeisen International Services & Payments S.R.L., Bukarest (RO)	2.820.000	RON	100,0%	BH
Centrotade Holding GmbH, Wien (AT)	3.000.000	EUR	100,0%	SU
Chronos Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
CP Linzerstraße 221-227 Projektentwicklungs GmbH, Wien (AT)	37.000	EUR	100,0%	SU
CP Logistikcenter Errichtungs- und Verwaltungs GmbH, Wien (AT)	37.000	EUR	100,0%	SU

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, WV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Währung		Anteil	Typ ¹
CP Projekte Muthgasse Entwicklungs GmbH, Wien (AT)	40.000	EUR	100,0%	SU
Credibilis a.s., Prag (CZ)	2.000.000	CZK	100,0%	SU
CRISTAL PALACE Property s.r.o., Prag (CZ)	400.000	CZK	100,0%	SU
CZ Invest GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
Dafne Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
DAV Depo Projekt Korlotolt Felelossegu Tarsasag, Budapest (HU)	3.010.000	HUF	99,7%	SU
DAV Management Kft., Budapest (HU)	3.010.000	HUF	100,0%	SU
DAV-ESTATE Kft., Budapest (HU)	3.010.000	HUF	100,0%	SU
DAV-LAND Kft., Budapest (HU)	163.030.000	HUF	100,0%	SU
DAV-OUTLET Kft., Budapest (HU)	3.020.000	HUF	100,0%	SU
Dike Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Dobre Byvanie s.r.o., Bratislava (SK)	6.639	EUR	100,0%	SU
Dom-office 2000, Minsk (BY)	283.478	BYN	100,0%	SU
Don Giovanni Properties, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Doplnkov dochodkov spolonos Tatra banky, a.s., Bratislava (SK)	1.659.700	EUR	100,0%	FI
DORISCUS ENTERPRISES LTD., Limassol (CY)	19.843.400	EUR	86,6%	SU
Dubravce, s.r.o., Bratislava (SK)	5.000	EUR	100,0%	SU
Eastern European Invest GmbH in Liqu., Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
Eastern European Invest Holding GmbH in Liqu., Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
Eos Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Erato Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Essox d.o.o., Belgrad (RS)	100	RSD	100,0%	SU
Esterhazy Real Estate s.r.o., Bratislava (SK)	5.000	EUR	100,0%	SU
Euro Green Energy Fejleszto es Szolgaltato Kft., Budapest (HU)	11.850.000	HUF	100,0%	SU
Eurolease RE Leasing, s. r. o., Bratislava (SK)	6.125.256	EUR	100,0%	SU
Euros Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Exit 90 SPV s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Expo Forest 1 EOOD, Sofia (BG)	5.000	BGN	100,0%	SU
Expo Forest 2 EOOD, Sofia (BG)	5.000	BGN	100,0%	SU
Expo Forest 3 EOOD, Sofia (BG)	5.000	BGN	100,0%	SU
Expo Forest 4 EOOD, Sofia (BG)	5.000	BGN	100,0%	SU
Extra Year Investments Limited, Tortola (VG)	50.000	USD	100,0%	FI
FARIO Handels- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	40.000	EUR	100,0%	SU
Faru Handels- und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	80.000	EUR	100,0%	SU
First Leasing Service Center GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
FORZA SOLE s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	90,0%	SU
FVE Cihelna s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Gaia Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
GHERKIN, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Golden Rainbow International limited, Tortola (VG)	1	SGD	100,0%	FI
Grainulos s.r.o., Prag (CZ)	1	CZK	100,0%	SU
Group Cloud Solutions, s.r.o., Bratislava (SK)	185.886	EUR	100,0%	BH
GS55 Sazovice s.r.o., Prag (CZ)	15.558.000	CZK	90,0%	SU
GTNMS RBI Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	17.500	EUR	100,0%	SU
Harmonia Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Hebe Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	95,0%	SU
Hemera Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
HERA Raiffeisen Immobilien Leasing GmbH, Wien (AT)	36.400	EUR	49,0%	FI
Hermes Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Hestia Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, WV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Währung	Anteil	Typ ¹
Holeckova Property s.r.o., Prag (CZ)	210.000	CZK 100,0%	SU
HSL INVEST S.R.L., Ploiesti (RO)	27.207.600	RON 100,0%	SU
Humanitarian Fund "Budimir Bosko Kostic", Belgrad (RS)	30.000	RSD 100,0%	SU
Hyperion Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
Hypnos Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
ICS Raiffeisen Leasing s.r.l., Chisinau (MD)	8.307.535	MDL 100,0%	FI
ICTALURUS Handels- und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR 100,0%	SU
IDUS Handels- und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	40.000	EUR 100,0%	SU
Immoservice Polska Sp.z.o.o., Warschau (PL)	50.000	PLN 100,0%	SU
INFRA MI 1 Immobilien Gesellschaft mbH, Wien (AT)	72.673	EUR 100,0%	SU
Ino Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
INPROX Split d.o.o., Zagreb (HR)	100.000	HRK 100,0%	SU
Inprox Zagreb Sesvete d.o.o., Zagreb (HR)	10.236.400	HRK 100,0%	SU
Iris Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
ISIS Raiffeisen Immobilien Leasing GmbH, Wien (AT)	36.400	EUR 100,0%	FI
Janus Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
Kaliopie Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
Kalypso Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
KAPMC s.r.o., Prag (CZ)	100.000	CZK 100,0%	SU
Kappa Estates s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Kathrein & Co Life Settlement Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
Kathrein & Co. Private Equity I AG, Wien (AT)	190.000	EUR 100,0%	SU
Kathrein & Co. Trust Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
Kathrein Capital Management GmbH, Wien (AT)	1.000.000	EUR 100,0%	FI
KIWANDA Handels- und Beteiligungs GmbH in Liqu., Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
Kleio Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
Körlog Logistika Építő és Kivitelező Korlátolt Felelősségű Társaság, Budapest (HU)	3.000.000	HUF 100,0%	SU
KOTTO Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
LENTIA Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR 100,0%	SU
Leto Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 77,0%	SU
LIBRA Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	36.400	EUR 100,0%	FI
Limited Liability Company European Insurance Agency, Moskau (RU)	120.000	RUB 100,0%	SU
Limited Liability Company REC GAMMA, Kiew (UA)	49.015.000	UAH 100,0%	BH
LOTA Handels- und Beteiligungs-GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
Lucius Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Luna Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
MAMONT GmbH, Kiew (UA)	66.872.100	UAH 100,0%	SU
Medea Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
Melete Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
MELIKERTES Raiffeisen-Mobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 80,0%	SU
Melpomene Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
Michalka - Sun s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
MIRA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR 50,0%	FI
Morfeus Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
MORHUA Handels- und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR 100,0%	SU
MOVEO Raiffeisen-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 51,0%	FI
Na Starce, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
NAURU Handels- und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
NC Ivance, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Nemesis Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, WV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Währung	Anteil	Typ ¹
Neptun Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
Niobe Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
Nußdorf Immobilienverwaltung GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR 100,0%	SU
OBI Eger Kft, Budapest (HU)	3.000.000	HUF 74,9%	FI
OBI Miskolc Ingatlankezelő Korlátolt Felelősségű Társaság, Budapest (HU)	3.000.000	HUF 74,9%	FI
OBI Veszprem Ingatlankezelő Korlátolt Felelősségű Társaság, Budapest (HU)	3.000.000	HUF 74,9%	FI
Objekt Linser Areal Immobilienerrichtungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
OCTANOS Raiffeisen Immobilien Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR 50,0%	FI
Ofion Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
ÖKO-Drive Fuhrparkmanagement GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
Onyx Energy Projekt II s.r.o., Prag (CZ)	210.000	CZK 100,0%	SU
Onyx Energy s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
OOO "Vneshleasing", Moskau (RU)	131.770	RUB 100,0%	FI
OOO Raiffeisen Capital Asset Management Company, Moskau (RU)	225.000.000	RUB 100,0%	FI
OOO SB "Studia Strahovania", Minsk (BY)	34.924	BYN 100,0%	SU
OPORA Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
Orchideus Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Orestes Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR 100,0%	SU
ORION Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR 50,0%	FI
OSTARRICHI Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR 100,0%	SU
Ötödik Vagyonkezelő Kft., Budapest (HU)	9.510.000	HUF 100,0%	SU
P & C Beteiligungs Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR 100,0%	SU
Palace Holding s.r.o., Prag (CZ)	2.700.000	CZK 90,0%	SU
PEGA Raiffeisen-Immobilien Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR 50,0%	FI
Peito Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
PELIAS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	36.400	EUR 100,0%	FI
Photon Energie s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Photon SPV 10 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Photon SPV 11 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Photon SPV 3 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Photon SPV 4 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Photon SPV 6 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Photon SPV 8 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
PHOXIUS Handels- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	40.000	EUR 100,0%	SU
PILSENINEST SICAV, a.s., Prag (CZ)	2.120.000	CZK 100,0%	SU
PLUSFINANCE LAND S.R.L., Bukarest (RO)	1.000	RON 100,0%	BH
PLUSFINANCE OFFICE S.R.L., Bukarest (RO)	1.000	RON 100,0%	BH
PLUSFINANCE RESIDENTIAL S.R.L., Bukarest (RO)	1.000	RON 100,0%	BH
Polymnia Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
Pontos Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Pro Invest da Vinci e.o.o.d., Sofia (BG)	5.000	BGN 100,0%	SU
PRODEAL, a.s., Bratislava (SK)	796.654	EUR 100,0%	BH
Production unitary enterprise "PriortransAgro", Minsk (BY)	50.000	BYN 100,0%	SU
PROKNE Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
PZ PROJEKT a.s., Prag (CZ)	2.000.000	CZK 100,0%	SU
Queens Garden Sp z.o.o., Warschau (PL)	100.000	PLN 100,0%	SU
R MORMO IMMOBILIEN LINIE S.R.L., Bukarest (RO)	50.000	RON 100,0%	SU
R.B.T. Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR 100,0%	SU
R.L.H. Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	FI
Raiffeisen (Beijing) Investment Management Co., Ltd., Peking (CN)	2.000.000	CNH 100,0%	FI

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, WV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Währung	Anteil	Typ ¹
Raiffeisen Asset Management (Bulgaria) EAD, Sofia (BG)	250.000	BGN 100,0%	FI
Raiffeisen Assistance D.O.O., Beograd, Belgrad (RS)	4.307.115	RSD 100,0%	SU
Raiffeisen Assistance doo Sarajevo, Sarajevo (BA)	4.000	BAM 100,0%	FI
Raiffeisen Aut3 Lizing Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF 100,0%	SU
Raiffeisen Befektet3si Alapkezel3 Zrt., Budapest (HU)	100.000.000	HUF 100,0%	FI
Raiffeisen Biztosit3sk3zvetit3 Kft., Budapest (HU)	5.000.000	HUF 100,0%	VV
Raiffeisen Bonus Ltd., Zagreb (HR)	200.000	HRK 100,0%	BH
Raiffeisen Capital a.d. Banja Luka, Banja Luka (BA)	355.000	BAM 100,0%	FI
Raiffeisen Corporate Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
Raiffeisen Direct Investments CZ s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	FI
Raiffeisen Energiaszolg3ltat3 Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF 100,0%	SU
Raiffeisen Financial Services Polska Sp. z o.o., Warschau (PL)	4.657.500	PLN 100,0%	FI
Raiffeisen Future AD Beograd drustvo za upravljanje dobrovoljnim penzijskim fondom, Belgrad (RS)	143.204.921	RSD 100,0%	FI
Raiffeisen Gazdas3gi Szolg3ltat3 Zrt., Budapest (HU)	20.099.879	HUF 100,0%	SU
Raiffeisen Immobilien Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	5.000.000	EUR 100,0%	KI
Raiffeisen Ingatlan 3zemeltet3 Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF 100,0%	SU
Raiffeisen Ingatlan Vagyonkezel3 Kft., Budapest (HU)	3.110.000	HUF 100,0%	SU
Raiffeisen Insurance and Reinsurance Broker S.R.L, Bukarest (RO)	180.000	RON 100,0%	BH
RAIFFEISEN INSURANCE BROKER EOOD, Sofia (BG)	5.000	BGN 100,0%	BH
Raiffeisen Insurance Broker Kosovo L.L.C., Pristina (KO)	10.000	EUR 100,0%	BH
RAIFFEISEN INVEST AD Belgrad (RS)	47.662.692	RSD 100,0%	FI
Raiffeisen Invest d.o.o., Zagreb (HR)	8.000.000	HRK 100,0%	FI
Raiffeisen Invest Drustvo za upravljanje fondovima d.o.o Sarajevo, Sarajevo (BA)	945.424	BAM 100,0%	FI
Raiffeisen INVEST Sh.a., Tirana (AL)	90.000.000	ALL 100,0%	FI
Raiffeisen investicni spolecnost a.s., Prag (CZ)	40.000.000	CZK 100,0%	FI
Raiffeisen Investment Advisory GmbH, Wien (AT)	730.000	EUR 100,0%	FI
Raiffeisen Investment Financial Advisory Services Ltd. Co., Istanbul (TR)	2.930.000	TRY 100,0%	FI
Raiffeisen Investment Polska sp.z.o.o., Warschau (PL)	3.024.000	PLN 100,0%	FI
Raiffeisen Property Management Bulgaria EOOD, Sofia (BG)	80.000	BGN 100,0%	SU
Raiffeisen Property Management spol.s.r.o., Prag (CZ)	100.000	CZK 100,0%	SU
Raiffeisen Salzburg Invest Kapitalanlage GmbH, Salzburg (AT)	2.600.000	EUR 75,0%	KI
RAIFFEISEN SERVICE EOOD, Sofia (BG)	4.220.000	BGN 100,0%	SU
Raiffeisen Services SRL, Bukarest (RO)	30.000	RON 100,0%	SU
Raiffeisen Solutions Sp3tka z ograniczon3 odpowiedzialno3ci3, Warschau (PL)	550.000	PLN 100,0%	FI
Raiffeisen Towarzystwo Funduszy Inwestycyjnych S.A., Warschau (PL)	4.000.000	PLN 100,0%	FI
Raiffeisen Windpark Zistersdorf GmbH, Wien (AT)	37.000	EUR 100,0%	SU
Raiffeisen WohnBau Tirol GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
Raiffeisen Wohnbauleasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR 100,0%	FI
Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H. & Co KG, Wien (AT)	581.383	EUR 100,0%	SU
Raiffeisen-Leasing Immobilienverwaltung Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR 100,0%	SU
Raiffeisen-Leasing W3rmeversorgungsanlagenbetriebs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	FI
Raiffeisen-Wohnbauleasing 3sterreich GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	FI
RB International Investment Asia Limited, Labuan (MY)	1	USD 100,0%	FI
RB Keresked3h3z Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF 100,0%	SU
RB Szolg3ltat3 K3zpont Kft. - RBSC Kft., Nyiregyh3za (HU)	3.000.000	HUF 100,0%	SU
RBI Group IT GmbH, Wien (AT)	100.000	EUR 100,0%	BH
RBI Real Estate Services Czechia s.r.o., Prag (CZ)	100.000	CZK 100,0%	FI
RBI Real Estate Services Polska SP.z.o.o., Warschau (PL)	400.000	PLN 100,0%	FI
RBM Wohnbau Ges.m.b.H., Wien (AT)	37.000	EUR 100,0%	SU

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Wahrung		Anteil	Typ ¹
RCR Ukraine LLC, Kiew (UA)	282.699	UAH	100,0%	BH
RDI Czech 1 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
RDI Czech 3 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
RDI Czech 4 s.r.o., Prag (CZ)	2.500.000	CZK	100,0%	SU
RDI Czech 5 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
RDI Czech 6 s.r.o., Prag (CZ)	3.700.000	CZK	100,0%	SU
RDI Management s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Real Estate Rent 4 DOO, Belgrad (RS)	40.310	RSD	100,0%	SU
Realplan Alpha Liegenschaftsverwaltung Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	100,0%	SU
REF HP 1 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Rent CC, s.r.o., Bratislava (SK)	6.639	EUR	100,0%	FI
Rent GR], s.r.o., Bratislava (SK)	6.639	EUR	100,0%	SU
Rent PO, s.r.o., Bratislava (SK)	6.639	EUR	100,0%	FI
Residence Park Trebes, s.r.o., Prag (CZ)	20.000.000	CZK	100,0%	SU
Rezidence Pod Skalou s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Rheia Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	95,0%	SU
RIL IV Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	FI
RIL VI Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	50,0%	FI
RIL XIII Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	FI
RILREU Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	100,0%	FI
RIOBAU s.r.o., Prag (CZ)	10.000	CZK	100,0%	SU
RIRBRO ESTATE MANAGEMENT S.R.L., Bukarest (RO)	1.000	RON	100,0%	BH
RL Gamma d.o.o., Zagreb (HR)	20.000	HRK	100,0%	FI
RL Jankomir d.o.o., Zagreb (HR)	20.000	HRK	100,0%	SU
RL Leasing Gesellschaft m.b.H., Eschborn (DE)	25.565	EUR	85,0%	FI
RL Schiffvermietungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
RL-Assets Sp.z.o.o., Warschau (PL)	50.000	PLN	100,0%	SU
RL-ATTIS Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
RL-Attis Sp.z.o.o., Warschau (PL)	50.000	PLN	100,0%	SU
RL-BETA Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
RL-Delta Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
RL-Epsilon Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
RL-Epsilon Sp.z.o.o., Warschau (PL)	50.000	PLN	100,0%	FI
RL-ETA d.o.o., Zagreb (HR)	20.000	HRK	100,0%	SU
RL-ETA Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
RL-FONTUS Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
RL-Fontus Sp.z.o.o., Warschau (PL)	50.000	PLN	100,0%	SU
RL-Gamma Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
RL-Jota Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
RL-Jota Sp.z.o.o., Warschau (PL)	50.000	PLN	100,0%	FI
RL-Lamda s.r.o., Bratislava (SK)	6.639	EUR	100,0%	FI
RL-Lux Ingatlan Kft., Budapest (HU)	3.100.000	HUF	100,0%	SU
RL-Nordic Finans AB, Stockholm (SE)	100.000	SEK	100,0%	FI
RL-Opis Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
RL-OPIS SPOLKA Z OGRANICZONA ODPOWIEDZIALNOSCIA, Warschau (PL)	50.000	PLN	100,0%	SU
RLRE Beta Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
RLRE Carina Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
RLRE Eta Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
RLRE Hotel Ellen, s.r.o., Prag (CZ)	100.000	CZK	100,0%	SU
RLRE Jota Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, WV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Währung	Anteil	Typ ¹
RLRE Ypsilon Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Robert Károly Körút Irodaház Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF 100,0%	SU
Rogofield Property Limited, Nikosia (CY)	2.174	USD 100,0%	SU
RPM Budapest KFT, Budapest (HU)	3.000.000	HUF 100,0%	SU
S.A.I. Raiffeisen Asset Management S.A., Bukarest (RO)	10.656.000	RON 100,0%	FI
SAM-House Kft, Budapest (HU)	3.000.000	HUF 100,0%	BH
SASSK Ltd., Kiew (UA)	152.322.000	UAH 88,7%	SU
SCT Kárász utca Ingatlankezelő Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF 100,0%	SU
SCTB Ingatlanfejlesztés Ingatlanhasznosító Kft., Budapest (HU)	3.010.000	HUF 100,0%	SU
SCTE Első Ingatlanfejlesztő és Ingatlanhasznosító Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF 100,0%	BH
SCTP Biatorbágy Ingatlanfejlesztő és Ingatlanhasznosító Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF 75,3%	SU
SCTS Kft., Budapest (HU)	3.100.000	HUF 100,0%	SU
Selene Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Sirius Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Sky Solar Distribuce s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 77,0%	SU
SPICA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR 50,0%	FI
St. Marx-Immobilien Verwertungs- und Verwaltungs GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR 100,0%	SU
Stadtpark Hotelreal GmbH, Wien (AT)	500.000	EUR 100,0%	SU
Stadtpark Liegenschaftsbeteiligung GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	FI
STYRIA Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR 100,0%	SU
Szentkiraly utca 18 Kft., Budapest (HU)	5.000.000	HUF 100,0%	SU
Theia Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
Tmolos Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
TOO Raiffeisen Leasing Kazakhstan, Almaty (KZ)	85.800.000	KZT 100,0%	FI
Unitary insurance enterprise "Priorlife", Minsk (BY)	7.682.300	BYN 100,0%	VV
UPC Real, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Urania Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK 100,0%	SU
Valida Consulting GmbH, Wien (AT)	500.000	ATS 100,0%	SU
VANELLA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR 50,0%	FI
VINAGRIUM Borászati és Kereskedelmi Kft., Budapest (HU)	3.010.000	HUF 100,0%	SU
VINDOBONA Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR 100,0%	SU
VN-Wohn Immobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 74,0%	SU
VUWG Verwaltung und Verwertung von Gewerbeimmobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
Zatisi Rokytka s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
Zefyros Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK 100,0%	SU
ZRB 17 Errichtungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR 100,0%	SU
ZUNO AG, Wien (AT)	5.000.000	EUR 100,0%	SU

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Währung		Anteil	Typ ¹
*Zentrum Puntigam" Errichtungs- und Betriebsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	35.000	EUR	50,0%	SU
Accession Mezzanine Capital II L.P., Bermuda (BM)	2.613	EUR	5,7%	SU
Accession Mezzanine Capital III L.P., Hamilton (JE)	134.125.000	EUR	3,7%	SU
Adoria Grundstückvermietungs Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.360	EUR	24,5%	FI
AGIOS Raiffeisen-Immobilien Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	49,0%	FI
Agricultural Open Joint Stock Company Illintsi Livestock Breeding Enterprise, Illinci (UA)	703.100	UAH	4,7%	SU
All Swiss-Austria Leasing AG, Glattbrugg (CH)	5.000.000	CHF	50,0%	FI
ALCS Association of Leasing Companies in Serbia, Belgrad (RS)	853.710	RSD	12,5%	SU
ALMC hf., Reykjavik (IS)	50.578.130	ISK	10,8%	SU
Am Hafen" Garagenerrichtungs- und Betriebs GmbH & Co KG, Bregenz (AT)	3.660.000	EUR	0,1%	FI
Analytical Credit Rating Agency (Joint Stock Company), Moskau (RU)	3.000.024.000	RUB	3,7%	SU
ARGE Zentrumgarage Ischgl, Linz (AT)	1.000	EUR	1,6%	SU
A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr GmbH, Wien (AT)	5.290.013	EUR	12,1%	SU
Austrian Reporting Services GmbH, Wien (AT)	41.176	EUR	15,0%	BH
Aventin Grundstücksverwaltungs Gesellschaft m.b.H., Horn (AT)	36.400	EUR	24,5%	FI
AVION-Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	49,0%	FI
Bad Sauerbrunn Thermalwasser Nutzungs- und Verwertungs GmbH., Bad Sauerbrunn (AT)	0	EUR	50,0%	SU
Belarusian currency and stock exchange JSC, Minsk (BY)	9.006.584	BYN	<0,1%	SU
Biroul de Credit S.A., Bukarest (RO)	4.114.615	RON	13,2%	FI
BTS Holding a.s. "v likvidácii", Bratislava (SK)	35.700	EUR	19,0%	SU
Bucharest Stock Exchange, Bukarest (RO)	76.741.980	RON	1,0%	SU
Budapest Stock Exchange, Budapest (HU)	541.348.100	HUF	<0,1%	WP
Burza cennych papierov v. Bratislave, a.s., Bratislava (SK)	11.404.927.296	EUR	0,1%	SU
Cards & Systems EDV-Dienstleistungs GmbH, Wien (AT)	75.000	EUR	42,0%	SU
CASA DE COMPENSARE S.A., Bukarest (RO)	239.255	RON	0,1%	SU
Cash Service Company AD, Sofia (BG)	12.500.000	BGN	20,0%	BH
CEESEAG Aktiengesellschaft, Wien (AT)	18.620.720	EUR	7,0%	FI
CELL MED Research GmbH, Wien (AT)	1.898.418	EUR	4,5%	SU
Central Depository and Clearing Company, Inc., Zagreb (HR)	86.925.000	HRK	0,1%	FI
CF Pharma Gyógyszergyártó Kft, Budapest (HU)	5.918.760	HUF	13,2%	SU
CJSC Truskavets Valeological Innovative Centre, Truskawez (UA)	100.000	UAH	5,0%	SU
CJSC Vinegar-yeast Factory, Usyn (UA)	9.450.000	UAH	33,8%	SU
Commodity Exchange Crimean Interbank Currency Exchange, Simferopol (UA)	440.000	UAH	4,5%	SU
Commodity Exchange of the Agroindustrial Complex of Central Regions of Ukraine, Tscherkassy (UA)	90.000	UAH	11,1%	SU
CONATUS Grundstückvermietungs Ges.m.b.H., St. Pölten (AT)	36.360	EUR	24,5%	FI
CUIINA Grundstückvermietungs Gesellschaft m.b.H., St. Pölten (AT)	36.360	EUR	25,0%	FI
Czech Real Estate Fund (CREF) B.V., Amsterdam (NL)	18.000	EUR	20,0%	FI
D. Trust Certifikačná Autorita, a.s., Bratislava (SK)	331.939	EUR	10,0%	SU
Die Niederösterreichische Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	35,0%	SU
Die Niederösterreichische Leasing GmbH & Co KG, Wien (AT)	72.673	EUR	40,0%	FI
DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main (DE)	3.646.266.910	EUR	0,1%	KI
Easdaq NV, Löwen (BE)	128.526.849	EUR	<0,1%	SU
Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	70.000	EUR	0,1%	BH
EMCOM Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	37.000	EUR	33,6%	FI
EMERGING EUROPE GROWTH FUND II, L.P., Delaware (US)	370.000.000	USD	1,9%	SU
Epsilon - Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	24,0%	FI
ESQUILIN Grundstücksverwaltungs GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR	24,5%	FI
Euro Banking Association (ABE Clearing S.A.S.), Paris (FR)	53.000	EUR	1,9%	FI
European Investment Fund S.A., Luxemburg (LU)	3.000.000.000	EUR	0,2%	FI
Export and Industry Bank Inc., Makati City (PH)	4.734.452.540	PHP	9,5%	KI

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, WV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Währung	Anteil	Typ ¹
FACILITAS Grundstückvermietungs GmbH, St. Pölten (AT)	36.360	EUR	50,0% FI
Fondul de Garantare a Creditului Rural S.A., Bukarest (RO)	15.940.890	RON	33,3% FI
FORIS Grundstückvermietungs Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.360	EUR	24,5% FI
G + R Leasing Gesellschaft m.b.H., Graz (AT)	36.400	EUR	1,8% SU
G + R Leasing Gesellschaft m.b.H. & Co. KG., Graz (AT)	72.673	EUR	50,0% FI
Garantiqa Hitelgarancia Zrt., Budapest (HU)	7.839.600.000	HUF	0,2% BH
GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H., Wien (AT)	3.336.336	EUR	0,2% SU
Greenix Limited, Tortola (VG)	100.000	USD	25,0% SU
HOBEX AG, Salzburg (AT)	1.000.000	EUR	8,5% FI
Hrvatski registar obveza po kreditima d.o.o., Zagreb (HR)	13.500.000	HRK	10,5% BH
INVESTOR COMPENSATION FUND, Bukarest (RO)	344.350	RON	0,4% SU
K & D Progetto s.r.l., Bozen (IT)	50.000	EUR	25,0% FI
Kommunal-Infrastruktur & Immobilien Zeltweg GmbH, Zeltweg (AT)	35.000	EUR	20,0% SU
LLC Scientific-Production Enterprise Assembling and Implementation of Telecommunication Systems, Dnepropetrovsk (UA)	500.000	UAH	10,0% SU
LITUS Grundstückvermietungs Gesellschaft m.b.H., St. Pölten (AT)	36.360	EUR	24,5% FI
LLC "Insurance Company 'Raiffeisen Life", Moskau (RU)	240.000.000	RUB	25,0% VV
LUXTEN LIGHTING COMPANY S.A., Bukarest (RO)	42.126.043	RON	<0,1% SU
MasterCard Inc, New York (US)	13.518	USD	<0,1% KI
MASTERINVEST Kapitalanlage GmbH, Wien (AT)	2.500.000	EUR	37,5% SU
Medicur - Holding Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	4.360.500	EUR	25,0% SU
N.Ö. Kommunalgebäudeleasing GmbH, Wien (AT)	37.400	EUR	33,3% FI
National Settlement Depository, Moskau (RU)	1.180.675.000	RUB	<0,1% FI
NÖ Raiffeisen Kommunalprojekte Service Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	50.000	EUR	26,0% FI
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	1,0% FI
NÖ. HYPO Leasing und Raiffeisen-Immobilien-Leasing Traisenhaus GesmbH & Co OG, St. Pölten (AT)	24.868.540	ATS	50,0% FI
NÖ-KL Kommunalgebäudeleasing GmbH, Wien (AT)	37.400	EUR	33,3% FI
O.Ö. Leasing für Gebietskörperschaften Ges.m.b.H., Linz (AT)	510.000	ATS	16,7% FI
O.Ö. Leasing für öffentliche Bauten Ges.m.b.H., Linz (AT)	510.000	ATS	16,7% FI
ÖAMTC-Leasing GmbH, Wien (AT)	36.400	EUR	49,0% SU
ÖAMTC-Leasing GmbH & Co KG, Wien (AT)	14.535	EUR	49,0% FI
Oberpinzg. Fremdenverkehrsforderungs- und Bergbahnen AG, Wien (AT)	3.297.530	EUR	<0,1% SU
OJSC Kyiv Special Project and Design Bureau Menas, Kiew (UA)	3.383.218	UAH	4,7% SU
OJSC Volodymyr-Volynskiy Sugar Refinery, Wolodymyr-Wolynskiy (UA)	13.068.010	UAH	2,6% SU
Österreichische Raiffeisen-Einlagensicherung eGen, Wien (AT)	3.500	EUR	27,9% BH
Österreichische Wertpapierdaten Service GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR	25,3% BH
OT-Optima Telekom d.d., Zagreb (HR)	635.568.080	HRK	3,3% SU
OVIS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	1,0% FI
Pannon Lud Kft, Mezőkovacsaza (HU)	852.750.000	HUF	0,6% SU
PBG S.A., Przeźmierowo (PL)	15.414.116	PLN	3,4% SU
Polish Real Estate Investment Limited, Limassol (CY)	911.926	EUR	11,2% SU
Private Joint Stock Company Bird Farm Bershadskiy, Vytivka (UA)	6.691.141	UAH	0,5% SU
Private Joint Stock Company First All-Ukrainian Credit Bureau, Kiew (UA)	11.750.000	UAH	5,1% SU
Private Joint Stock Company Sumy Enterprise Agrotechservice, Sumy (UA)	1.545.000	UAH	0,6% SU
Private Joint Stock Company Ukrainian Interbank Currency Exchange, Kiew (UA)	36.000.000	UAH	3,1% SU
PSA Payment Services Austria GmbH, Wien (AT)	285.000	EUR	11,2% FI
PJSC National Depository of Ukraine, Kiew (UA)	103.200.000	UAH	0,1% BH
PJSC Settlement Center for Servicing of Contracts in Financial Markets, Kiew (UA)	206.700.000	UAH	<0,1% FI
PJSC Stock Exchange PFTS, Kiew (UA)	32.010.000	UAH	0,2% SU

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Währung	Anteil	Typ ¹
QUIRINAL Grundstuckungsverwaltungs GmbH, Wien (AT)	37.063	EUR	33,3% FI
R LUX IMMOBILIEN LINIE S.R.L., Timisoara (RO)	50.000	RON	1,0% FI
Raiffeisen e-force GmbH, Wien (AT)	145.346	EUR	28,2% BH
Raiffeisen Rehazentrum Schruns Immobilienleasing GmbH, Wien (AT)	36.400	EUR	50,0% FI
Raiffeisen Salzburg Leasing GmbH, Salzburg (AT)	35.000	EUR	19,0% FI
Raiffeisen Software GmbH, Linz (AT)	150.000	EUR	1,2% BH
Raiffeisen-IMPULS-Immobilien Leasing Ges.m.b.H., Linz (AT)	500.000	ATS	25,0% FI
Raiffeisen-IMPULS-Liegenschaftsverwaltung Ges.m.b.H., Linz (AT)	500.000	ATS	25,0% FI
Raiffeisen-Impuls-Zeta Immobilien GmbH, Linz (AT)	58.333	EUR	40,0% FI
Raiffeisenlandesbank Kärnten - Rechenzentrum und Revisionsverband, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Klagenfurt (AT)	6.930.900	EUR	5,9% KI
Raiffeisen-Landesbank Tirol AG, Innsbruck (AT)	84.950.000	EUR	<0,1% KI
Raiffeisen-Leasing Anlagen und KFZ Vermietungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	53,1% FI
Raiffeisen-Leasing BOT s.r.o., Prag (CZ)	100.000	CZK	20,0% SU
Raiffeisen-Leasing Management GmbH, Wien (AT)	300.000	EUR	50,0% SU
Raiffeisen-Leasing Mobilien und KFZ GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	15,0% FI
RC Gazdasagi es Adotanacsado Zrt., Budapest (HU)	20.000.000	HUF	22,2% SU
Realplan Beta Liegenschaftsverwaltung GmbH, Wien (AT)	36.400	EUR	50,0% FI
Registry of Securities in FBH, Sarajevo (BA)	2.052.300	BAM	1,4% SU
Rehazentrum Kitzbühel Immobilien-Leasing GmbH, Innsbruck (AT)	35.000	EUR	19,0% FI
RLKG Raiffeisen-Leasing GmbH, Wien (AT)	40.000	EUR	12,5% FI
RSAL Raiffeisen Steiermark Anlagenleasing GmbH, Graz (AT)	38.000	EUR	19,0% FI
RSC Raiffeisen Service Center GmbH, Wien (AT)	2.000.000	EUR	50,3% BH
RSIL Immobilienleasing Raiffeisen Steiermark GmbH, Graz (AT)	38.000	EUR	19,0% FI
S.C. DEPOZITARUL CENTRAL S.A., Bukarest (RO)	25.291.953	RON	2,6% SU
Sarajevska berza-burza vrijednosnih papira dd Sarajevo, Sarajevo (BA)	1.975.680	BAM	5,2% SU
Scanviwood Co. Ltd., Ho Chi Minh City (VN)	2.500.000	USD	6,0% SU
Seilbahnleasing GmbH, Innsbruck (AT)	36.000	EUR	33,3% FI
SELENE Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	1,0% SU
SKR Lager 102 AB, Stockholm (SE)	100.000	SEK	49,0% SU
Slovak Banking Credit Bureau, s.r.o., Bratislava (SK)	9.958	EUR	33,3% BH
Societatea de Transfer de Fonduri si Decontari-TRANSFOND S.A., Bukarest (RO)	6.720.000	RON	3,4% BH
Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication scr1, La Hulpe (BE)	13.767.125	EUR	0,5% FI
SPRON ehf., Reykjavik (IS)	5.000.000	ISK	5,4% SU
Steirische Gemeindegebaue Leasing Gesellschaft m.b.H., Graz (AT)	36.336	EUR	50,0% FI
Steirische Kommunalgebaueleasing GmbH, Graz (AT)	36.336	EUR	50,0% FI
Steirische Leasing für Gebietskörperschaften Ges.m.b.H., Graz (AT)	36.336	EUR	3,6% FI
Steirische Leasing für offentliche Bauten Ges.m.b.H., Graz (AT)	36.336	EUR	50,0% FI
Stemcor Global Holdings Limited, St Helier (JE)	100.000	USD	3,2% SU
Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) GmbH, Wien (AT)	100.000	EUR	10,7% SU
SUPRIA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	50,0% FI
SWO Kommunalgebaueleasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	50,0% FI
Syrena Immobilien Holding AG, Spittal an der Drau (AT)	22.600.370	EUR	21,0% SU
The Zagreb Stock Exchange joint stock company, Zagreb (HR)	46.357.000	HRK	2,9% SU
Therme Amade Errichtungs- und Betriebsgesellschaft m.b.H., Altenmarkt (AT)	36.000	EUR	1,0% SU
Tiroler Kommunalgebaueleasing Gesellschaft m.b.H., Innsbruck (AT)	42.000	EUR	8,3% FI
Tiroler Landesprojekte Grundverwertungs GmbH, Innsbruck (AT)	39.000	EUR	33,3% FI

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital in Währung		Anteil	Typ ¹
TKL III Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Innsbruck (AT)	39.000	EUR	8,3%	FI
TKL V Grundverwertungs GmbH, Innsbruck (AT)	39.000	EUR	33,3%	FI
TKL VI Grundverwertungs GmbH, Innsbruck (AT)	39.000	EUR	33,3%	FI
TKL VII Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Innsbruck (AT)	39.000	EUR	33,3%	FI
TKL VIII Grundverwertungs GmbH, Innsbruck (AT)	39.000	EUR	33,3%	FI
Top Vorsorge-Management GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	25,0%	SU
TRABITUS Grundstücksvermietungs Ges.m.b.H., Wien (AT)	36.360	EUR	25,0%	FI
Transilvania LEASING SI CREDIT IFN S.A., Brasov (RO)	51.569.000	RON	0,6%	FI
UNDA Grundstücksvermietungs Gesellschaft m.b.H., St. Pölten (AT)	36.360	EUR	25,0%	FI
UNIQA Raiffeisen Software Service Kft., Budapest (HU)	19.900.000	HUF	1,0%	SU
VALET Grundstücksverwaltungsges.m.b.H., St. Pölten (AT)	36.360	EUR	24,5%	FI
VERMREAL Liegenschaftserwerbs- und -betriebs GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR	17,0%	SU
Viminal Grundstückverwaltungs Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	25,0%	FI
Visa Inc., Foster City (US)	192.964	USD	<0,1%	BH
VKL II Grundverwertungs GesmbH, Dornbirn (AT)	42.000	EUR	33,3%	FI
Vorarlberger Kommunalgebäudeleasing Ges.m.b.H., Dornbirn (AT)	42.000	EUR	33,3%	FI
W 3 Errichtungs- und Betriebs-Aktiengesellschaft, Wien (AT)	800.000	EUR	20,0%	SU
Wohnbauinvestitionsbank GmbH, Wien (AT)	6.000.000	EUR	26,0%	KI
Zhytomyr Commodity Agroindustrial Exchange, Schytomyr (UA)	476.615	UAH	3,1%	SU
Ziloti Holding S.A., Luxemburg (LU)	48.963	EUR	0,9%	SU
OJSC NBF Single Settlement and Information Space, Minsk (BY)	20.341.979	BYN	4,2%	FI

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung (IAS 39)

Alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten einschließlich der derivativen Finanzinstrumente sind gemäß IAS 39 in der Bilanz zu erfassen. Ein Finanzinstrument ist definitionsgemäß ein Vertrag, der gleichzeitig bei einem Geschäftspartner zu einem finanziellen Vermögenswert und beim anderen zu einer finanziellen Schuld oder einem Eigenkapitalinstrument führt. Beim erstmaligen Ansatz sind Finanzinstrumente mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten; dieser entspricht in der Regel dem Transaktionspreis zum Zugangszeitpunkt. Gemäß IFRS 13 ist der beizulegende Zeitwert definiert als Veräußerungspreis. Hierbei handelt es sich um den Preis, den Marktteilnehmer im Rahmen einer gewöhnlichen Transaktion beim Verkauf eines Vermögenswerts erhalten bzw. bei der Übertragung einer Schuld zahlen. In der Folgebewertung werden Finanzinstrumente in Abhängigkeit von der jeweiligen Bewertungskategorie gemäß IAS 39 entweder zu (fortgeführten) Anschaffungskosten oder zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) in der Bilanz angesetzt.

Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten und ihre Bewertung

Die Bewertungskategorien der Finanzinstrumente gemäß IAS 39 sind nicht mit dem Hauptposten in der Bilanz gleichzusetzen. Beziehungen zwischen den Hauptposten in der Bilanz und dem angelegten Bewertungsmaßstab sind in der Tabelle Klassen der Finanzinstrumente gemäß IFRS 7 beschrieben und unter Punkt (1) Erfolgsrechnung nach Bewertungskategorien bzw. Punkt (12) Bilanz nach Bewertungskategorien dargestellt.

1. Finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden

Der Konzern klassifiziert bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen zum Zeitpunkt der Ersterfassung entweder als zu Handelszwecken gehalten oder als zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Diese finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen werden zum beizulegenden Zeitwert angesetzt und als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte bzw. Verpflichtungen dargestellt.

a. Handelsaktiva/-passiva

Handelsaktiva/-passiva dienen der Nutzung von kurzfristigen Marktpreisschwankungen. Die zu Handelszwecken dienenden Wertpapiere (inkl. Leerverkäufe von Wertpapieren) und derivativen Instrumente werden zum Marktwert bilanziert. Für die Ermittlung des Marktwerts werden bei börsennotierten Produkten die Börsenkurse herangezogen. Sind solche Kurse nicht vorhanden, werden bei originären Finanzinstrumenten und Termingeschäften auf Basis von Barwertberechnungen und bei Optionen anhand von geeigneten Optionspreismodellen interne Preise ermittelt. Der Barwertberechnung wird eine Zinskurve zugrunde gelegt, die sich aus Geldmarkt-, Future- und Swapsätzen zusammensetzt. Als Optionspreisformeln werden je nach Optionsart entweder Black-Scholes 1972, Black 1976 oder Garman-Kohlhagen verwendet. Für komplexe Optionen erfolgt die Bewertung mithilfe von Binomialbaummodellen und Monte-Carlo-Simulationen. Die zu Handelszwecken dienenden Derivate werden unter den Bilanzposten Handelsaktiva oder Handelspassiva ausgewiesen. Wenn positive Marktwerte inklusive Zinsabgrenzungen (Dirty Price) bestehen, werden diese den Handelsaktiva zugeordnet, bei negativen Marktwerten erfolgt ein Ausweis unter den Handelspassiva. Eine Verrechnung von positiven und negativen Marktwerten wird nicht vorgenommen. Die Wertänderung des Dirty Price wird erfolgswirksam im Handelsergebnis dargestellt. Derivate, die weder Handels- noch Sicherungszwecken dienen, werden unter dem Bilanzposten Derivative Finanzinstrumente ausgewiesen. Außerdem sind etwaige Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapier-Leerverkäufen in den Handelspassiva dargestellt.

Kapitalgarantierte Produkte (Garantiefonds und Zukunftsvorsorge) werden entsprechend den gesetzlichen Vorgaben als verkaufte Put-Optionen auf den jeweils zu garantierenden Fonds dargestellt. Die Bewertung basiert auf einer Monte-Carlo-Simulation. Der Konzern hat im Rahmen der staatlich geförderten prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge gem. § 108h Abs. 1 Z. 3 EStG Kapitalgarantieverbindlichkeiten abgegeben. Dabei garantiert das Kreditinstitut, dass im Fall einer Verrentung der für die Verrentung zur Verfügung stehende Auszahlungsbetrag nicht geringer ist als die Summe der vom Steuerpflichtigen eingezahlten Beträge zuzüglich der für diesen Steuerpflichtigen gutgeschriebenen Prämien im Sinn des § 108g EStG.

b. Designierte Finanzinstrumente zum Fair Value

Diese Kategorie umfasst im Wesentlichen jene finanziellen Vermögenswerte, die zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes unabhängig von einer Handelsabsicht unwiderruflich als designiertes Finanzinstrument zum Fair Value gewidmet wurden (sog. Fair Value Option). Die Anwendung der Fair Value Option ist an die Voraussetzung geknüpft, dass sie zu relevanten Informationen für

den Bilanzleser führt. Dies ist für jene finanziellen Vermögenswerte der Fall, die einem Portfolio angehören, für das die Steuerung und Performance-Messung auf der Basis von Fair Values erfolgt.

In diese Definition fallen Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere. Diese Finanzinstrumente sind gemäß IAS 39 zum Marktwert bewertet. Der Bilanzausweis erfolgt unter dem Bilanzposten Wertpapiere und Beteiligungen. Laufende Erträge werden im Zinsüberschuss dargestellt, Bewertungs- und Veräußerungsergebnisse im Ergebnis aus Finanzinvestitionen.

Ebenso werden finanzielle Verbindlichkeiten als Finanzinstrumente zum Fair Value designiert, um Bewertungsabweichungen von den mit ihnen im Zusammenhang stehenden Derivaten zu vermeiden. Der Fair Value der unter Anwendung der Fair Value Option in diese Kategorie klassifizierten finanziellen Verpflichtungen enthält sämtliche Marktrisikofaktoren einschließlich des mit diesen finanziellen Verpflichtungen in Verbindung stehenden Kreditrisikos des Emittenten.

Im Jahr 2017 konnten ebenso wie im Vergleichsjahr 2016 durchwegs beobachtbare Marktpreise für die Bewertung der eigenen Bonität nachrangiger Emissionen herangezogen werden. Zu den finanziellen Verpflichtungen gehören im Wesentlichen strukturierte Anleihen. Der Fair Value dieser finanziellen Verpflichtungen wird durch die Abzinsung der vertraglichen Cash-Flows mithilfe einer kreditrisikoadjustierten Zinsstrukturkurve ermittelt, die das Niveau widerspiegelt, auf dem der Konzern ähnliche Finanzinstrumente zum Bilanzstichtag begeben würde. Die Marktrisikoparameter werden entsprechend vergleichbaren Finanzinstrumenten bewertet, die als Vermögenswerte gehalten werden. Bewertungsergebnisse für Verbindlichkeiten, die als Finanzinstrument zum Fair Value designiert wurden, werden im Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten ausgewiesen.

2. Bis zur Endfälligkeit zu haltende Vermögenswerte

Nicht derivative finanzielle Vermögenswerte (Wertpapiere mit festen oder bestimmbaren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit), die mit der Absicht und der Möglichkeit, sie bis zur Endfälligkeit zu halten, erworben werden, sind im Bilanzposten Wertpapiere und Beteiligungen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten, wobei Unterschiedsbeträge über die Laufzeit verteilt im Zinsüberschuss abgebildet werden. Bei Vorliegen einer Wertminderung wird diese bei der Ermittlung der fortgeführten Anschaffungskosten im Ergebnis aus Finanzinvestitionen berücksichtigt. Kuponzahlungen fließen in das Zinsergebnis ein. Eine Veräußerung dieser Finanzinstrumente ist nur in den im IAS 39 explizit angeführten Ausnahmefällen zulässig.

3. Kredite und Forderungen

Dieser Kategorie werden nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungsansprüchen zugeordnet, für die kein aktiver Markt besteht. Diese Finanzinstrumente werden im Wesentlichen in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden erfasst. Darüber hinaus werden Forderungen aus Finanzierungsleasing, die gemäß IAS 17 bilanziert werden, in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Ein Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag wird – sofern Zinscharakter vorliegt – effektivzinsgerecht abgegrenzt und im Zinsüberschuss ausgewiesen. Bei Vorliegen einer Wertminderung wird diese bei der Ermittlung der fortgeführten Anschaffungskosten berücksichtigt. Der Ausweis von Wertberichtigungen sowie Vorsorgen für eingetretene, aber noch nicht erkannte Verluste erfolgt in der Bilanz unter dem Posten Kreditrisikovor-sorgen. Gewinne aus dem Verkauf von wertberichtigten Forderungen werden in der Erfolgsrechnung unter dem Posten Kreditrisikovorsorgen erfasst.

Des Weiteren werden hier Schuldverschreibungen ausgewiesen, für die kein aktiver Markt vorliegt. Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts im Rahmen von Verbriefungen erfolgt – nach Prüfung, ob die Verbriefungszweckgesellschaft konsolidiert werden muss – anhand eines Chancen- und Risiken- bzw. Kontrolltests gemäß IAS 39 bei Verlust der Kontrolle über die vertraglichen Rechte aus diesem Vermögenswert.

4. Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Diese Kategorie umfasst Finanzinstrumente einschließlich nicht konsolidierter Unternehmensanteile, die keiner der drei anderen Kategorien zugeordnet wurden. Die Bewertung erfolgt, soweit sich ein Marktwert verlässlich bestimmen lässt, zu diesem. Bewertungsdifferenzen sind im sonstigen Ergebnis erfolgsneutral auszuweisen und werden nur dann ins Ergebnis aus Finanzinvestitionen umgliedert, wenn ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung besteht oder der zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswert verkauft wird.

Bei Eigenkapitalinstrumenten liegt eine Wertminderung unter anderem dann vor, wenn der Fair Value entweder signifikant oder dauerhaft unter den Anschaffungskosten liegt. Im Konzern werden Eigenkapitalinstrumente der Kategorie Available-for-Sale abgeschrieben, wenn der Fair Value in den letzten sechs Monaten vor dem Abschlussstichtag permanent um mehr als 20 Prozent oder in den letzten zwölf Monaten vor dem Abschlussstichtag im Durchschnitt um mehr als 10 Prozent unter dem Buchwert lag. Neben diesen quantitativen Hinweisen (Trigger Events) werden zur Prüfung auch die qualitativen Trigger Events des IAS 39.59 herangezogen. Wertaufholungen dürfen bei Eigenkapitalinstrumenten der Kategorie Available-for-Sale nicht in der Erfolgsrechnung erfasst

werden, vielmehr sind sie als sonstiges Ergebnis über die Neubewertungsrücklage (AFS-Rücklage) zu buchen. Insofern ergeben sich Effekte auf den Jahresüberschuss hier nur bei Wertminderung oder Veräußerung.

Nicht notierte Eigenkapitalinstrumente, die aus immateriellen Gründen nicht vollkonsolidiert werden, werden zu Anschaffungskosten bewertet, da der beizulegende Zeitwert keine bessere Angleichung des Vollkonsolidierungswerts darstellt. Andere nicht notierte Eigenkapitalinstrumente, für die ein verlässlicher beizulegender Zeitwert nicht regelmäßig ermittelt werden kann, werden zu Anschaffungskosten abzüglich erforderlicher Wertminderungen bewertet. Eine Wertaufholung darf nicht vorgenommen werden. Die beizulegenden Zeitwerte können in Schwellenländern nicht regelmäßig verlässlich beurteilt werden aufgrund des Fehlens von Vergleichsmaßstäben für den Market Approach und aufgrund der inhärenten Schwierigkeiten bei der Anwendung des Income Approach. Der Ausweis der Finanzinstrumente selbst erfolgt im Bilanzposten Wertpapiere und Beteiligungen.

Zins- und Dividendenerträge von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten werden im Zinsüberschuss erfasst.

5. Finanzielle Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden überwiegend mit den fortgeschriebenen Anschaffungskosten angesetzt. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten werden zum Barwert ausgewiesen. Finanzielle Verbindlichkeiten werden in der Bilanz unter den Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, Verbriefte Verbindlichkeiten oder Nachrangige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Zinsaufwendungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten sind in der Kategorie Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden dargestellt. Bei finanziellen Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert designiert werden, sind Änderungen des Fair Value, die auf eine Änderung des eigenen Kreditrisikos zurückzuführen sind, nicht in der Erfolgsrechnung, sondern im sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts erfolgt, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cash-Flows aus dem finanziellen Vermögenswert erloschen sind oder der Konzern diese übertragen hat bzw. bei Eintritt bestimmter Kriterien die Verpflichtung übernommen hat, diese Cash-Flows an einen oder mehrere Empfänger weiterzuleiten. Ein übertragener Vermögenswert wird auch ausgebucht, wenn alle wesentlichen Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum an diesem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden. Grundprinzip für die Zulässigkeit von Direktabschreibungen (write-offs) im Konzern ist die ausreichend dokumentierte Einschätzung, dass für die betroffenen Forderungen Rückzahlungen entweder des gesamten aushaftenden Kreditbetrags (full write-off) oder eines Teiles davon (partial write-off) nicht erwartet werden. Dies trifft für Forderungen zu, die bereits wertberichtigt sind, und zwar entweder in voller Höhe oder im Fall von besicherten Forderungen, in Höhe der durch die Sicherheiten nicht gedeckten aushaftenden Beträge. Im Interesse einer einheitlichen Anwendung im Konzern sind in den Accounting und Workout Policies detaillierte Regelungen zur Sicherstellung des einheitlichen Verständnisses im Konzern beinhaltet.

Verbriefungstransaktionen

Der Konzern verbrieft verschiedene finanzielle Vermögenswerte aus Transaktionen mit privaten und gewerblichen Kunden durch den Verkauf an eine Zweckgesellschaft (Special Purpose Vehicle, SPV), die ihrerseits Wertpapiere an Investoren ausgibt. Die Übertragung der Vermögenswerte kann zu einer vollständigen oder teilweisen Ausbuchung führen. Rechte an den verbrieften finanziellen Vermögenswerten können in Form von erst- oder nachrangigen Tranchen, Zinsansprüchen oder sonstigen Residualansprüchen zurückbehalten werden.

Ausbuchung finanzieller Verbindlichkeiten

Der Konzern bucht eine finanzielle Verbindlichkeit aus, wenn seine Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen sind. Der Ertrag oder Aufwand aus dem Rückkauf von eigenen Verbindlichkeiten wird unter Punkt (6) Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten dargestellt. Auch der Rückerwerb eigener Schuldtitel fällt unter die Ausbuchung finanzieller Verpflichtungen. Unterschiedsbeträge beim Rückkauf zwischen dem Buchwert der Verpflichtung (einschließlich Agios und Disagios) und dem Kaufpreis werden erfolgswirksam im Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten erfasst.

Umkategorisierung

Gemäß IAS 39.50 können unter außergewöhnlichen Umständen nicht derivative Finanzinstrumente der Kategorien Handelsaktiva und Available-for-Sale in die Kategorien bis zur Endfälligkeit zu haltende Vermögenswerte oder Kredite und Forderungen umgliedert werden. Die Effekte aus solchen Umkategorisierungen werden unter Punkt (19) Wertpapiere und Beteiligungen dargestellt.

Saldierung von Finanzinstrumenten

Bei Identität von Schuldner und Gläubiger erfolgt eine Aufrechnung laufzeit- und währungskonformer Forderungen und Verbindlichkeiten nur dann, wenn ein durchsetzbares Recht darauf besteht und die Aufrechnung dem tatsächlich erwarteten Ablauf des Geschäfts entspricht. Angaben zur Saldierung von Finanzinstrumenten sind unter Punkt (38) Saldierung finanzieller Vermögenswerte und Schulden dargestellt.

Derivative Finanzinstrumente

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wickelt der Konzern unterschiedliche Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten sowohl zu Handels- als auch zu Sicherungszwecken ab. Zu den im Konzern eingesetzten Derivaten zählen Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Kreditderivate, Optionen und ähnliche Kontrakte. Der Konzern setzt Derivate ein, um den Bedürfnissen der Kunden im Rahmen von deren Risikomanagement Rechnung zu tragen, um Risiken zu steuern und abzusichern sowie um Erträge im Eigenhandel zu generieren. Derivate werden erstmals zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses zum beizulegenden Zeitwert angesetzt und anschließend auch zu diesem bewertet. Der aus der Bewertung resultierende Gewinn oder Verlust wird sofort im Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten erfasst, es sei denn, das Derivat ist als Sicherungsinstrument im Rahmen des Hedge Accounting designiert und effektiv. Hier hängt der Zeitpunkt der Erfassung der Bewertungsergebnisse von der Art der Sicherungsbeziehung ab.

Derivate, die zur Absicherung gegen Marktrisiken (ausgenommen Handelsaktiva/-passiva) abgeschlossen und gegen ein inhomogenes Portfolio gestellt werden, erfüllen nicht die Bedingung für IAS 39 Hedge Accounting. Sie werden bilanziert, indem die Dirty Prices unter dem Posten Derivative Finanzinstrumente (aktivseitig: positive Marktwerte, passivseitig: negative Marktwerte) ausgewiesen werden. Die Wertänderung dieser Derivate auf Basis des Clean Price ist im Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten (Ergebnis aus sonstigen Derivaten) dargestellt, die Zinsen werden im Zinsüberschuss gezeigt.

Kreditderivate, deren Wert von dem in der Zukunft erwarteten (Nicht-)Eintritt spezifizierter Kreditereignisse abhängt, sind mit dem Marktwert unter dem Bilanzposten Derivative Finanzinstrumente (aktivseitig: positive Marktwerte, passivseitig: negative Marktwerte) ausgewiesen. Die Wertänderungen werden im Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten erfasst.

Weitere Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten sind unter Punkt (39) Derivative Finanzinstrumente dargestellt.

Bilanzierung von Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting)

Werden Derivate zum Zweck des Risikomanagements gehalten und erfüllen die entsprechenden Geschäfte spezifische Kriterien, wendet der Konzern Hedge Accounting an. Er designiert dafür einzelne Sicherungsinstrumente, im Wesentlichen Derivate, im Rahmen der Absicherung des beizulegenden Zeitwerts (Fair Value Hedge), von Zahlungsströmen (Cash-Flow Hedge) oder von Nettoinvestitionen in wirtschaftlich selbständige Teileinheiten (Capital Hedge). Zu Beginn der Sicherungsbeziehung wird der Zusammenhang zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft einschließlich der zugrunde liegenden Risikomanagement-Ziele dokumentiert. Weiters wird sowohl bei Eingehen der Sicherungsbeziehung als auch in deren Verlauf regelmäßig dokumentiert, dass das in der Sicherungsbeziehung designierte Sicherungsinstrument hinsichtlich der Kompensation der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts bzw. der Cash-Flows des Grundgeschäfts in hohem Maß effektiv ist.

a. Absicherung des beizulegenden Zeitwerts (Fair Value Hedge)

IAS 39 sieht die Anwendung des Hedge Accounting für Derivate vor, die der Absicherung des beizulegenden Zeitwerts bilanzierter Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten dienen. Einem solchen Marktwertersisiko unterliegt insbesondere das Kreditgeschäft, sofern es sich um festverzinsliche Forderungen handelt. Zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos bei einzelnen Krediten oder Refinanzierungen werden Interest Rate Swaps abgeschlossen, welche die Voraussetzungen für Hedge Accounting erfüllen. Dies bedeutet, dass die Sicherungsgeschäfte dokumentiert, fortlaufend beurteilt und als hoch wirksam eingestuft werden. Somit kann über die gesamte Laufzeit des Sicherungsgeschäfts davon ausgegangen werden, dass Änderungen des beizulegenden Zeitwerts eines gesicherten Grundgeschäfts nahezu vollständig durch eine Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsinstruments kompensiert werden und die tatsächlichen Ergebnisse in einer Bandbreite von 80 bis 125 Prozent liegen.

Derivate, die zur Absicherung des Marktwerts von einzelnen Bilanzposten (ausgenommen Handelsaktiva/-passiva) abgeschlossen werden, werden mit dem Marktwert (Dirty Price) unter dem Posten Derivative Finanzinstrumente (aktivseitig: positive Marktwerte, passivseitig: negative Marktwerte) bilanziert. Die Buchwertänderungen des gesicherten Grundgeschäfts (Aktiva oder Passiva) werden direkt den betroffenen Bilanzposten zugerechnet und im Anhang gesondert ausgewiesen.

Sowohl das Ergebnis aus der Veränderung der Buchwerte der abzusichernden Positionen als auch das Ergebnis aus der Veränderung der Clean Prices der Derivate werden im Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten (Ergebnis aus dem Hedge Accounting) gebucht.

Im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken wird die Absicherung von Zinsrisiken auch auf Portfolioebene abgebildet. Absichert werden einzelne Geschäfte oder Gruppen von Geschäften mit ähnlicher Risikostruktur, gegliedert nach Laufzeitbän-

dem entsprechend den erwarteten Rückzahlungs- und Zinsanpassungsterminen in einem Portfolio. Portfolios können nur Aktiva, nur Passiva oder beides enthalten. Bei dieser bilanziellen Abbildung von Sicherungszusammenhängen werden die Wertänderungen der Grundgeschäfte als separate Aktiv- bzw. Passivposten in den sonstigen Aktiva/Passiva erfasst. Der abgesicherte Betrag der Grundgeschäfte wird im Konzernabschluss bei einer Konzerneinheit inklusive Sichteinlagen bestimmt, somit werden die Regelungen des EU-Carve-out in Anspruch genommen.

b. Absicherung von Zahlungsströmen (Cash-Flow Hedge)

IAS 39 sieht die Anwendung des Cash-Flow Hedge Accounting für Derivate vor, die der Absicherung gegen das Risiko einer Veränderung künftiger Zahlungsströme dienen. Einem solchen Cash-Flow-Risiko unterliegen insbesondere variabel verzinsliche Kredite und Verbindlichkeiten sowie erwartete Transaktionen (z. B. erwartete Geldaufnahmen oder -veranlagungen). Interest Rate Swaps, die zur Absicherung des Risikos aus schwankenden Cash-Flows bestimmter variabler Zinspositionen abgeschlossen werden, werden wie folgt bilanziert: Das Sicherungsinstrument wird mit dem Marktwert angesetzt, die Änderungen des Clean Price werden im sonstigen Ergebnis verbucht. Der ineffektive Teil wird hingegen ergebniswirksam als Ergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten und Verbindlichkeiten ausgewiesen.

c. Absicherung einer Nettoinvestition in eine wirtschaftlich selbständige Teileinheit (Capital Hedge)

Im Konzern werden Kurssicherungsgeschäfte für Investitionen in wirtschaftlich selbständige Teileinheiten (IAS 39.102) zur Reduktion der aus der Währungsumrechnung der Eigenkapitalbestandteile resultierenden Differenzen getätigt. Als Sicherungsinstrumente dienen in erster Linie Fremdwährungsswaps. Die aus ihnen entstehenden Gewinne bzw. Verluste aus der Währungsumrechnung werden im sonstigen Ergebnis verrechnet und in der Eigenkapitalüberleitung gesondert dargestellt, soweit die Sicherungsbeziehung effektiv ist. Ein etwaiger ineffektiver Teil der Sicherungsbeziehung wird im Handelsergebnis erfasst. Die dazugehörigen Zinskomponenten werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Beizulegender Zeitwert (Fair Value)

Der beizulegende Zeitwert ist der Preis, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungstichtag für den Verkauf eines Vermögenswerts eingenommen bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt werden würde. Dies gilt unabhängig davon, ob der Preis direkt beobachtbar oder unter Anwendung einer Bewertungsmethode geschätzt worden ist. Gemäß IFRS 13 verwendet die RBI folgende Hierarchie zur Feststellung und Offenlegung des Fair Value für Finanzinstrumente.

Notierte Preise in einem aktiven Markt (Level I)

Der beizulegende Zeitwert wird am besten durch einen Marktwert ausgedrückt, soweit ein öffentlich notierter Marktpreis zur Verfügung steht. Dies gilt insbesondere für an Börsen gehandelte Eigenkapitalinstrumente, im Interbankenmarkt gehandelte Fremdkapitalinstrumente und börsengehandelte Derivate. Die Bewertung beruht im Wesentlichen auf externen Datenquellen (Börsepreise bzw. Broker-Quotierungen in liquiden Marktsegmenten). Bei einem aktiven Markt handelt es sich um einen Markt, in dem Transaktionen von Vermögenswerten und Schulden mit ausreichender Häufigkeit und ausreichendem Volumen stattfinden, sodass Preisinformationen laufend zur Verfügung stehen. Indikatoren für aktive Märkte können die Anzahl, die Häufigkeit der Aktualisierung oder die Qualität der Quotierungen (z. B. Banken oder Börsen) sein. Weiters sind auch enge Bid-/Ask-Spannen sowie Quotierungen der Marktteilnehmer innerhalb eines bestimmten Korridors Anzeichen für einen aktiven liquiden Markt.

Bewertungsverfahren mittels beobachtbarer Parameter (Level II)

In den Fällen, in denen keine Börsennotierungen für einzelne Finanzinstrumente vorliegen, werden zur Bestimmung des Fair Value die Marktpreise vergleichbarer Finanzinstrumente herangezogen oder durch anerkannte Bewertungsmodelle mithilfe von beobachtbaren Preisen oder Parametern (insbesondere von Barwertmethoden oder Optionspreismodellen) ermittelt. Diese Verfahren betreffen die Mehrheit der OTC-Derivate und der nicht börsennotierten Fremdkapitalinstrumente.

Bewertungsverfahren mittels nicht beobachtbarer Parameter (Level III)

Wenn für die Bewertung mit Bewertungsmodellen nicht ausreichend aktuelle überprüfbare Marktdaten vorliegen, werden auch nicht auf dem Markt beobachtbare Parameter herangezogen. Diese Eingangsparameter können Daten enthalten, die in Form von Näherungswerten unter anderem aus historischen Daten ermittelt werden (Bewertungshierarchie Level III). Die Anwendung dieser Modelle erfordert Annahmen und Einschätzungen des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt.

Für Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden (dies umfasst Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Einlagen, sonstige kurzfristige Geldaufnahmen und langfristige Verbindlichkeiten), veröffentlicht der Konzern den beizulegenden Zeitwert. Grundsätzlich besteht bei diesen Instrumenten eine geringe oder keine Handelsaktivität, weshalb bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich sind.

Weitere Informationen zu den Bewertungsmethoden und quantitative Angaben zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts sind unter Punkt (40) Fair Value von Finanzinstrumenten enthalten.

Fortgeführte Anschaffungskosten

Die Effektivzinsmethode ist eine Methode zur Berechnung der fortgeführten Anschaffungskosten eines Finanzinstruments und der Zuordnung von Zinsaufwendungen und -erträgen zu den jeweiligen Perioden. Der Effektivzinssatz ist derjenige Zinssatz, mit dem die geschätzten künftigen Ein- und Auszahlungen (einschließlich aller Gebühren, die Teil des Effektivzinssatzes sind, Transaktionskosten und sonstigen Agios und Disagios) über die erwartete Laufzeit des Finanzinstruments oder eine kürzere Periode, sofern zutreffend, auf den Nettobuchwert aus der erstmaligen Erfassung abgezinst werden.

Klassen der Finanzinstrumente gemäß IFRS 7

Da die Wesensart der Finanzinstrumente bereits in geeigneter Weise durch die Gliederung der Bilanzposten zum Ausdruck gebracht wird, wurde die Bildung von Klassen an jenen Posten der Bilanz ausgerichtet, die Finanzinstrumente beinhalten. Klassen von Finanzinstrumenten der Aktivseite sind vor allem Barreserve, Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden, Handelsaktiva, derivative Finanzinstrumente, Derivate aus Sicherungsgeschäften sowie Wertpapiere und Beteiligungen (darunter separat nicht auf einem aktiven Markt gehandelte finanzielle Vermögenswerte, die zu Anschaffungskosten bewertet werden). Klassen von Finanzinstrumenten der Passivseite sind insbesondere Handelspassiva, derivative Finanzinstrumente, Derivate aus Sicherungsgeschäften, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, verbrieftete Verbindlichkeiten und nachrangige Verbindlichkeiten.

Aktiva/Passiva	Wesentlicher Bewertungsmaßstab			Kategorie gemäß IAS 39 ¹
	Marktwert	Fortgeführte Anschaffungskosten	Sonstige	
Aktivische Klassen				
Barreserve			Nominalwert	n. a.
Handelsaktiva	X			TA
Derivative Finanzinstrumente	X			TA
Forderungen an Kreditinstitute			X	LAR
Forderungen an Kunden			X	LAR
davon Forderungen aus Finanzierungsleasing			IAS 17	n. a.
Wertpapiere und Beteiligungen	X			AFVTPL
Wertpapiere und Beteiligungen	X			AfS
Wertpapiere und Beteiligungen			X	HTM
davon nicht auf einem aktiven Markt gehandelte finanzielle Vermögenswerte			At Cost	AfS
Positive Marktwerte aus Sicherungsderivaten gemäß IAS 39	X			n. a.
Passivische Klassen				
Handelspassiva	X			TL
Derivative Finanzinstrumente	X			TL
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			X	FL
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			X	FL
Nachrangige Verbindlichkeiten			X	FL
Verbrieftete Verbindlichkeiten			X	FL
Verbrieftete Verbindlichkeiten	X			AFVTPL
Negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten gemäß IAS 39	X			n. a.

1 AfS: Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte
AFVTPL: Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte
FL: Finanzielle Verbindlichkeiten

HTM: Bis zur Endfälligkeit zu haltende Vermögenswerte
LAR: Kredite und Forderungen
TA: Handelsaktiva
TL: Handelspassiva

Kreditrisikoversorgen

An jedem Bilanzstichtag wird beurteilt, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe finanzieller Vermögenswerte vorliegen. Ein finanzieller Vermögenswert oder eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments und bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist (Verlustereignis);
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cash-Flows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte und
- eine verlässliche Schätzung des Betrags vorgenommen werden kann.

Objektive Hinweise für eine Wertminderung können bestehen, wenn erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder der Gegenpartei vorliegen, ein Vertragsbruch (etwa ein Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen) erfolgt oder mit erhöhter Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, dass eine Insolvenz oder ein sonstiges Sanierungsverfahren über den Kreditnehmer eröffnet wird.

Risiken des Kreditgeschäfts wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Portfolio-Wertberichtigungen Rechnung getragen. Letztere umfassen Wertberichtigungen auf Portfolios von Krediten mit gleichem Risikoprofil, die unter bestimmten Voraussetzungen für die IBNR-Verluste (Incurred But Not Reported) gebildet werden. Dies betrifft solche Fälle, in denen noch kein objektiver Hinweis auf eine individuelle Wertminderung bei einem finanziellen Vermögenswert vorliegt, weshalb Gruppen finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbarem Ausfallrisikoprofil gemeinsam auf Wertminderung untersucht werden. Die zugrunde liegenden Ratingmodelle für Firmenkunden werden unterschieden in Corporate Large und Corporate Regular sowie SME Large und SME Regular. Weiters werden Portfolios unter dem Ratingmodell Finanzinstitute und jene unter dem Project Finance Rating-Modell gesondert beurteilt. Für die Berechnung der Portfolio-Wertberichtigungen ist eine konzernweit einheitliche Vorgehensweise dadurch gegeben, dass zentral errechnete historische Konzern-Ausfallraten (Group HDRs) je Ratingstufe ermittelt und für die Berechnungen herangezogen werden. Diese Group HDRs bilden die tatsächlich beobachtete Ausfallwahrscheinlichkeit der letzten fünf Jahre im Mittel ab. Im Retail-Bereich erfolgt die Bildung mit Ausnahme einer Konzerneinheit, die nach Produktportfolios bzw. Überfälligkeiten die Höhe der Portfolio-Wertberichtigung ermittelt, unter Verwendung einer PD-/LGD-basierten Berechnung (Probability of Default/Loss Given Default). Sowohl die Einzelwertberichtigungen als auch die Portfolio-Wertberichtigungen werden nicht mit den entsprechenden Forderungen verrechnet, sondern in der Bilanz offen ausgewiesen.

Für die bei Kunden- und Bankforderungen vorhandenen Bonitätsrisiken werden nach konzerneinheitlichen Maßstäben Vorsorgen in Höhe des voraussichtlichen Ausfalls gebildet. Eine Ausfallgefährdung wird dann angenommen, wenn – unter Berücksichtigung der Sicherheiten – die diskontierten voraussichtlichen Rückzahlungsbeträge und Zinszahlungen unter dem Buchwert der Forderung liegen. Für die Ermittlung von Portfolio-Wertberichtigungen werden Bewertungsmodelle herangezogen, in deren Rahmen die voraussichtlichen zukünftigen Cash-Flows anhand historischer Ausfallerfahrungen für die Forderungen im jeweiligen Kreditportfolio geschätzt werden.

Der Gesamtbetrag der Kreditrisikovorsorgen, der sich auf bilanzielle Forderungen bezieht und Einzelwertberichtigungen sowie Portfolio-Wertberichtigungen umfasst, wird als eigener Posten Kreditrisikovorsorgen auf der Aktivseite nach den Forderungen ausgewiesen.

Pensionsgeschäfte

Im Rahmen echter Pensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) verkauft der Konzern Vermögenswerte an einen Vertragspartner und vereinbart gleichzeitig, diese an einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzukaufen. Die Vermögenswerte verbleiben in der Bilanz des Konzerns und werden nach den Regeln des jeweiligen Bilanzpostens bewertet. Eine Ausbuchung der Wertpapiere erfolgt nicht, da alle mit dem Eigentum am Pensionsgegenstand verbundenen Chancen und Risiken zurückbehalten wurden. Die Liquiditätszuflüsse aus den Repo-Geschäften werden je nach Gegenpartei als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten oder Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in der Bilanz ausgewiesen.

Bei Reverse-Repo-Geschäften werden Vermögenswerte mit der gleichzeitigen Verpflichtung eines zukünftigen Verkaufs gegen Entgelt erworben. Die dem Geldgeschäft zugrunde liegenden, in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen und folglich auch nicht bewertet. Die Liquiditätsabflüsse aus den Reverse-Repo-Geschäften werden in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute bzw. Forderungen an Kunden bilanziert.

Zinsaufwendungen für Repo-Geschäfte und Zinserträge aus Reverse-Repo-Geschäften werden linear über die Laufzeit abgegrenzt und im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Wertpapierleihgeschäfte

Wertpapierleihgeschäfte schließt der Konzern mit Kreditinstituten und Kunden ab, um der Erfüllung von Lieferverpflichtungen nachzukommen oder Wertpapierpensionsgeschäfte tätigen zu können. Wertpapierleihgeschäfte werden analog dem Ausweis von Wertpapieren aus echten Pensionsgeschäften bilanziert. Dabei verbleiben verliehene Wertpapiere weiterhin im Wertpapierbestand und werden nach den Regeln des IAS 39 bewertet. Entlehene Wertpapiere werden nicht bilanziert und auch nicht bewertet. Durch den Konzern gestellte Barsicherheiten für Wertpapierleihgeschäfte werden als Forderungen in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute bzw. Forderungen an Kunden, erhaltene Sicherheiten als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten oder Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in der Bilanz ausgewiesen.

Leasing

Leasingverhältnisse werden entsprechend ihrer vertraglichen Ausgestaltung wie folgt klassifiziert:

Finanzierungsleasing

Wenn nahezu alle Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand auf den Leasingnehmer übergehen, wird beim Konzern als Leasinggeber eine Forderung gegenüber Kreditinstituten bzw. eine Forderung gegenüber Kunden ausgewiesen. Der Ausweis der Forderung erfolgt in Höhe des Nettoinvestitionswerts. Die Erträge aus Finanzierungsverhältnissen werden so auf die Perioden verteilt, dass eine konstante periodische Verzinsung des ausstehenden Nettoinvestitionswerts aus den Leasingverhältnissen gezeigt wird. Der Ausweis der Zinserträge erfolgt im Zinsüberschuss.

Hält der Konzern Vermögenswerte im Rahmen eines Finanzierungs-Leasingverhältnisses als Leasingnehmer, werden diese im jeweiligen Posten des Sachanlagevermögens ausgewiesen, dem passivseitig eine entsprechende Leasingverbindlichkeit gegenübersteht. Der Ausweis der Zinsaufwendungen erfolgt im Zinsüberschuss.

Operating Leasing

Operating Leasing liegt vor, wenn die mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken beim Leasinggeber liegen. Die Leasinggegenstände werden beim Konzern dem Bilanzposten Sachanlagen zugeordnet, Abschreibungen erfolgen nach den für das jeweilige Anlagevermögen geltenden Grundsätzen. Mieteinnahmen aus dem entsprechenden Leasinggegenstand werden linear über die Laufzeit des entsprechenden Leasingverhältnisses verteilt und im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Aufwendungen für Operating-Leasingverhältnisse werden grundsätzlich linear über die Laufzeit des Leasingvertrags erfasst und in den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Konsolidierungsgrundsätze

Tochterunternehmen

Alle wesentlichen Tochterunternehmen, bei denen die RBI AG direkt oder indirekt beherrschenden Einfluss ausübt, werden vollkonsolidiert. Der Konzern beherrscht ein Unternehmen, wenn er aus seiner Verbindung mit dem Unternehmen variablen Rückflüssen ausgesetzt ist und die Fähigkeit besitzt, diese Rückflüsse mittels seiner Verfügungsgewalt zu beeinflussen.

Bei strukturierten Unternehmen handelt es sich um Unternehmen, bei denen nicht die Stimmrechte oder vergleichbare Rechte der dominante Faktor bei der Festlegung der Beherrschung sind, so z. B. wenn die Stimmrechte sich lediglich auf die Verwaltungsaufgaben beziehen und die relevanten Tätigkeiten durch Vertragsvereinbarungen geregelt sind.

Ebenso wie bei Tochterunternehmen ist die Konsolidierung von strukturierten Unternehmen erforderlich, wenn der Konzern das Unternehmen beherrscht. Im Konzern wird die Verpflichtung zur Konsolidierung von strukturierten Unternehmen im Rahmen eines Prozesses geprüft, der Transaktionen umfasst, bei denen ein strukturiertes Unternehmen durch den Konzern mit oder ohne Beteiligung dritter Parteien initiiert wird, sowie Transaktionen, bei denen der Konzern mit oder ohne Beteiligung dritter Parteien in vertragliche Beziehungen zu einem bereits bestehenden strukturierten Unternehmen tritt. Die Konsolidierungsentscheidungen werden anlassbezogen, mindestens jedoch quartalsweise überprüft. Die Auflistung aller konsolidierten strukturierten Unternehmen sowie der nicht einbezogenen strukturierten Unternehmen ist unter Punkt (52) Zusammensetzung des Konzerns ersichtlich.

Um festzustellen, ob ein Unternehmen zu konsolidieren ist, gilt es eine Reihe von Kontrollfaktoren zu prüfen. Diese beinhalten eine Untersuchung:

- des Zwecks und der Gestaltung des Unternehmens,
- der relevanten Tätigkeiten und wie diese bestimmt werden,
- ob der Konzern durch seine Rechte die Möglichkeit hat, die relevanten Tätigkeiten zu bestimmen,
- ob der Konzern eine Risikobelastung durch oder Anrechte auf variable Rückflüsse hat und
- ob der Konzern die Möglichkeit hat, seine Verfügungsgewalt so zu nutzen, dass dadurch die Höhe der Rückflüsse beeinflusst wird.

Sind Stimmrechte maßgeblich, beherrscht der Konzern ein Unternehmen, wenn er direkt oder indirekt mehr als 50 Prozent der Stimmrechte an dem Unternehmen besitzt, ausgenommen es gibt Anzeichen, dass ein anderer Investor über die praktische Möglichkeit verfügt, die relevanten Tätigkeiten einseitig zu bestimmen. Einer oder mehrere der folgenden Faktoren deuten auf solche Anzeichen hin:

- Ein anderer Investor besitzt aufgrund einer Vereinbarung mit dem Konzern die Beherrschungsmöglichkeit über mehr als die Hälfte der Stimmrechte.
- Ein anderer Investor besitzt aufgrund gesetzlicher Regelungen oder einer Vereinbarung die Möglichkeit zur Beherrschung der Finanzpolitik und der geschäftlichen Tätigkeiten der Beteiligung.

- Ein anderer Investor beherrscht die Beteiligung aufgrund seiner Möglichkeit zur Bestellung und Abberufung der Mehrheit der Vorstandsmitglieder oder der Mitglieder eines gleichwertigen Lenkungsorgans.
- Ein anderer Investor beherrscht das Unternehmen aufgrund seiner Möglichkeit, über die Mehrheit der abzugebenden Stimmrechte bei einer Sitzung des Vorstands oder eines gleichwertigen Lenkungsorgans zu verfügen.

Bei der Beurteilung der Beherrschung werden auch potenzielle Stimmrechte berücksichtigt, soweit diese als substantiell erachtet werden.

Ähnlich beurteilt der Konzern das Vorliegen einer Beherrschung in Fällen, in denen er nicht die Mehrheit der Stimmrechte besitzt, aber die praktische Möglichkeit zur einseitigen Lenkung der relevanten Tätigkeiten hat. Dies kann der Fall sein, wenn der Konzern aufgrund der Größe und Verteilung des Stimmrechtsbesitzes der Anteilseigner die Möglichkeit zur Beherrschung der relevanten Tätigkeiten besitzt.

Tochterunternehmen werden grundsätzlich ab dem Tag in den Konsolidierungskreis einbezogen, an dem der Konzern direkt oder indirekt die Kontrolle erlangt, und scheiden ab dem Zeitpunkt, ab dem die Bank nicht länger beherrschenden Einfluss ausübt, aus dem Konsolidierungskreis aus. Die Ergebnisse der im Lauf des Jahres erworbenen oder veräußerten Tochterunternehmen werden vom tatsächlichen Erwerbszeitpunkt an oder bis zum tatsächlichen Abgangszeitpunkt in der Konzern-Erfolgsrechnung erfasst. Der Konzern überprüft zumindest zu jedem Quartalsabschluss die Angemessenheit zuvor getroffener Konsolidierungsentscheidungen. Entsprechend werden etwaige organisatorische Veränderungen unmittelbar berücksichtigt. Dazu gehören neben Änderungen der Eigentumsverhältnisse jegliche Änderungen von bestehenden oder mit einer Einheit neu abgeschlossenen vertraglichen Verpflichtungen des Konzerns.

Das Kapital nicht beherrschender Anteile wird in der Konzernbilanz als Bestandteil des Eigenkapitals, aber getrennt von dem den Aktionären der RBI AG zurechenbaren Eigenkapital ausgewiesen. Das Ergebnis nicht beherrschender Anteile wird in der Erfolgsrechnung separat ausgewiesen.

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung werden konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten miteinander aufgerechnet. Dabei verbleibende zeitliche Differenzen werden in der Konzernbilanz unter den Posten Sonstige Aktiva bzw. Sonstige Passiva ausgewiesen.

Konzerninterne Aufwendungen und Erträge werden ebenfalls miteinander aufgerechnet, wobei temporäre Aufrechnungsdifferenzen aus dem Bankgeschäft teils im Zinsergebnis und teils im Handelsergebnis dargestellt werden. Andere Differenzen werden in der Position Sonstiges betriebliches Ergebnis erfasst.

Zwischengewinne werden dann eliminiert, wenn sie wesentlichen Einfluss auf die Posten der Erfolgsrechnung haben. Geschäfte, die zwischen den einzelnen Gesellschaften des Konzerns getätigt werden, erfolgen grundsätzlich zu Marktkonditionen.

Änderungen der Beteiligungsquote des Konzerns an bestehenden Tochterunternehmen

Werden im Zuge der Folgekonsolidierung bei bereits bestehender Beherrschung weitere Anteile erworben oder Anteile ohne Kontrollverlust veräußert, werden diese Vorgänge erfolgsneutral als Eigenkapitaltransaktionen dargestellt. Die Buchwerte der vom Konzern gehaltenen Anteile und der nicht beherrschenden Anteile werden so angepasst, dass sie die Änderungen der an den Tochterunternehmen bestehenden Anteilsquoten widerspiegeln. Jede Differenz zwischen dem Betrag, um den die nicht beherrschenden Anteile angepasst werden, und dem beizulegenden Zeitwert der gezahlten oder erhaltenen Gegenleistung wird unmittelbar im Eigenkapital erfasst und den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zugeordnet.

Wenn die Gesellschaft die Beherrschung über ein Tochterunternehmen verliert, wird der Endkonsolidierungsgewinn oder -verlust erfolgswirksam erfasst. Dieser wird ermittelt aus der Differenz zwischen

- dem Gesamtbetrag des beizulegenden Zeitwerts der erhaltenen Gegenleistung und dem beizulegenden Zeitwert der zurückbehaltenen Anteile und
- dem Buchwert der Vermögenswerte (einschließlich des Geschäfts- oder Firmenwerts), der Schulden des Tochterunternehmens und aller nicht beherrschenden Anteile.

Alle im Zusammenhang mit diesem Tochterunternehmen im sonstigen Ergebnis ausgewiesenen Beträge werden so bilanziert, wie dies bei einem Verkauf der Vermögenswerte erfolgen würde, d. h. es erfolgt eine Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung oder eine direkte Übertragung in die Gewinnrücklagen.

Assoziierte Unternehmen

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, auf das der Konzern maßgeblichen Einfluss hat. Maßgeblicher Einfluss ist die Möglichkeit, an den finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen des Unternehmens, an dem die Beteiligung gehalten wird, mitzuwirken. Dabei liegt weder Beherrschung noch gemeinschaftliche Führung der Entscheidungsprozesse vor. In der Regel wird ein maßgeblicher Einfluss vermutet, wenn der Konzern zwischen 20 und 50 Prozent der Stimmrechte hält. Bei der Beurteilung, ob der

Konzern die Möglichkeit besitzt, einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, werden die Existenz sowie der Effekt potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, berücksichtigt. Weitere Faktoren, die zur Beurteilung eines maßgeblichen Einflusses herangezogen werden, sind beispielsweise die Vertretung in Leitungs- und Aufsichtsgremien (bei österreichischen Aktiengesellschaften im Aufsichtsrat) des Beteiligungsunternehmens sowie wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem Beteiligungsunternehmen. Anteile an assoziierten Unternehmen werden at-equity einbezogen und im Bilanzposten Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen.

Die Anschaffungskosten dieser Beteiligungen einschließlich darin enthaltener Geschäfts- oder Firmenwerte werden zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss bestimmt. Dabei werden dieselben Regeln angewendet wie bei vollkonsolidierten Unternehmen an (Aufrechnung der Anschaffungskosten mit dem zum Fair Value bewerteten anteiligen Nettovermögen). Sofern assoziierte Unternehmen wesentlich sind, wird eine Fortschreibung des Equity-Buchwerts entsprechend der jeweiligen anteiligen Entwicklung des Eigenkapitals der Unternehmen vorgenommen. Jahresergebnisse aus at-equity bewerteten Unternehmen werden saldiert im Posten Laufendes Ergebnis at-equity bewerteter Unternehmen dargestellt. Zurechenbare Verluste der at-equity-bewerteten Unternehmen werden nur bis zur Höhe des Equity-Buchwerts berücksichtigt. Übersteigende Verluste werden nicht erfasst, da keine Verpflichtung besteht, die übersteigenden Verluste auszugleichen. Darüber hinaus werden die beim assoziierten Unternehmen erfolgsneutral erfassten Bewertungen im Konzernabschluss der RBI ebenfalls erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis dargestellt. Dies betrifft insbesondere Bewertungen aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten.

An jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung einer Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen vorliegen. Wenn objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, wird eine Werthaltigkeitsprüfung durchgeführt, indem der erzielbare Betrag der Beteiligung, der dem jeweils höheren Wert aus dem Nutzungswert und dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten entspricht, mit deren Buchwert verglichen wird. Eine in Vorperioden erfasste Wertminderung wird nur rückgängig gemacht, wenn sich die bei der Bestimmung des erzielbaren Betrags der Beteiligung zugrunde liegenden Annahmen seit der letzten Erfassung eines Wertminderungsverlusts geändert haben. In diesem Fall wird der Buchwert der Beteiligung auf ihren höheren erzielbaren Betrag zugeschrieben.

Anteile an Tochterunternehmen, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogen wurden, und Anteile an assoziierten Unternehmen, die nicht at-equity zu erfassen waren, sind zu Anschaffungskosten im Bilanzposten Wertpapiere und Beteiligungen ausgewiesen und der Bewertungskategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte zugeordnet.

Unternehmenserwerbe

Der Erwerb von Geschäftsbetrieben wird nach der Erwerbsmethode bilanziert. Die bei einem Unternehmenszusammenschluss übertragene Gegenleistung wird zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Dieser bestimmt sich aus der Summe der zum Erwerbszeitpunkt gültigen beizulegenden Zeitwerte der übertragenen Vermögenswerte, der von den früheren Eigentümern des erworbenen Unternehmens übernommenen Schulden und der vom Konzern emittierten Eigenkapitalinstrumente im Austausch gegen die Beherrschung des erworbenen Unternehmens. Mit dem Unternehmenszusammenschluss verbundene Transaktionskosten werden bei Anfall erfolgswirksam erfasst.

Der Geschäfts- oder Firmenwert ergibt sich als Überschuss der Summe aus der übertragenen Gegenleistung, dem Betrag aller nicht beherrschenden Anteile an dem erworbenen Unternehmen und dem beizulegenden Zeitwert des zuvor vom Erwerber gehaltenen Eigenkapitalanteils an dem erworbenen Unternehmen (sofern gegeben) über den Saldo der zum Erwerbszeitpunkt ermittelten beizulegenden Zeitwerte der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte und der übernommenen Schulden. Für den Fall, dass sich – auch nach nochmaliger Beurteilung – ein negativer Unterschiedsbetrag ergibt, wird dieser unmittelbar als Ertrag in der Erfolgsrechnung erfasst.

Anteile nicht beherrschender Gesellschafter, die gegenwärtig Eigentumsrechte vermitteln und dem Inhaber im Falle der Liquidation das Recht gewähren, einen proportionalen Anteil am Nettovermögen des Unternehmens zu erhalten, werden bei Zugang entweder zum beizulegenden Zeitwert oder zum entsprechenden Anteil des identifizierbaren Nettovermögens bewertet. Dieses Wahlrecht kann bei jedem Unternehmenszusammenschluss neu ausgeübt werden. Andere Komponenten von Anteilen nicht beherrschender Gesellschafter werden mit ihren beizulegenden Zeitwerten oder den Wertmaßstäben bewertet, die sich aus anderen Standards ergeben.

Enthält die übertragene Gegenleistung eine bedingte Gegenleistung, wird diese mit dem zum Erwerbszeitpunkt geltenden beizulegenden Zeitwert bewertet. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der bedingten Gegenleistung innerhalb des Bewertungszeitraums werden rückwirkend korrigiert und entsprechend gegen den Geschäfts- oder Firmenwert gebucht. Berichtigungen während des Bewertungszeitraums sind Anpassungen, um zusätzliche Informationen über Fakten und Umstände widerzuspiegeln, die zum Erwerbszeitpunkt bestanden. Der Bewertungszeitraum darf ein Jahr vom Erwerbszeitpunkt an nicht überschreiten.

Die Bilanzierung von Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der bedingten Gegenleistung, die keine Berichtigungen während des Bewertungszeitraums darstellen, erfolgt in Abhängigkeit davon, wie die bedingte Gegenleistung einzustufen ist. Handelt es sich bei der bedingten Gegenleistung um Eigenkapital, erfolgt keine Folgebewertung an nachfolgenden Abschlussstichtagen; ihre Erfüllung wird innerhalb des Eigenkapitals bilanziert. Eine bedingte Gegenleistung, die einen Vermögenswert oder eine Schuld

darstellt, wird an nachfolgenden Abschlussstichtagen gem. IAS 39 oder IAS 37 Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten und Eventualforderungen, sofern anzuwenden, bewertet und ein resultierender Gewinn oder Verlust in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Barreserve

Die Barreserve enthält den Kassenbestand und täglich fällige Forderungen gegenüber Zentralbanken. Diese werden mit ihrem Nennwert dargestellt.

Beteiligungen

Anteile an Tochterunternehmen, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogen wurden, Anteile an assoziierten Unternehmen, die nicht at-equity erfasst wurden, und sonstige Beteiligungen sind in den Wertpapieren und Beteiligungen ausgewiesen.

Diese werden zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes der Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte zugeordnet und – soweit kein Börsenkurs vorliegt – mit den Anschaffungskosten bewertet. Wertänderungen werden im sonstigen Ergebnis erfasst. Eine dauerhafte Wertminderung wird im Ergebnis aus Finanzinvestitionen verbucht.

Immaterielle Vermögenswerte

Separat erworbene immaterielle Vermögenswerte

Separat, d. h. nicht im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbaren Nutzungsdauer werden zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und Wertminderungen erfasst. Die Abschreibungen werden linear über die erwartete Nutzungsdauer aufwandswirksam erfasst. Die erwartete Nutzungsdauer sowie die Abschreibungsmethode werden an jedem Abschlussstichtag überprüft und sämtliche Schätzungsänderungen prospektiv berücksichtigt. Separat erworbene immaterielle Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer werden zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Wertminderungen erfasst. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer für Software beträgt zwischen vier und sechs Jahren. Bei Software-Großprojekten kann sich die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer auch auf einen darüber hinausgehenden Zeitraum erstrecken.

Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte – Forschungs- und Entwicklungskosten

Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte umfassen ausschließlich Software und werden aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass dem Konzern daraus künftig ein wirtschaftlicher Nutzen entsteht, und die Herstellungskosten verlässlich ermittelt werden können. Kosten für Forschungsaktivitäten werden in der Periode, in der sie anfallen, als Aufwand erfasst.

Ein selbst erstellter immaterieller Vermögenswert, der sich aus der Entwicklungstätigkeit oder aus der Entwicklungsphase eines internen Projekts ergibt, wird dann bilanziert, wenn die folgenden Nachweise erbracht wurden:

- Die Fertigstellung des immateriellen Vermögenswerts ist technisch realisierbar, sodass er zur Nutzung oder zum Verkauf zur Verfügung stehen wird.
- Es besteht die Absicht, den immateriellen Vermögenswert fertigzustellen sowie ihn zu nutzen oder zu verkaufen.
- Die Möglichkeit den immateriellen Vermögenswert zu nutzen oder zu verkaufen, ist gegeben. Der immaterielle Vermögenswert wird voraussichtlich einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen erzielen.
- Die Verfügbarkeit adäquater technischer, finanzieller und sonstiger Ressourcen, um die Entwicklung abzuschließen und den immateriellen Vermögenswert nutzen oder verkaufen zu können, ist gegeben.
- Die Möglichkeit zur verlässlichen Bestimmung der im Rahmen der Entwicklung des immateriellen Vermögenswerts zurechenbaren Aufwendungen ist gegeben.

Der Betrag, mit dem ein selbst erstellter immaterieller Vermögenswert erstmals aktiviert wird, ist die Summe der entstandenen Aufwendungen von dem Tag an, an dem der immaterielle Vermögenswert die oben genannten Bedingungen erstmals erfüllt. Wenn ein selbst erstellter immaterieller Vermögenswert nicht aktiviert werden kann bzw. noch kein immaterieller Vermögenswert vorliegt, werden die Entwicklungskosten erfolgswirksam in der Periode erfasst, in der sie entstehen.

Aktiviert Entwicklungskosten werden im Konzern in der Regel über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren linear abgeschrieben. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer für Software beträgt zwischen vier und sechs Jahren. Bei Software-Großprojekten kann sich die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer auch auf einen darüber hinausgehenden Zeitraum erstrecken.

Im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte, die im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworben wurden, werden gesondert vom Geschäfts- oder Firmenwert erfasst und im Erwerbszeitpunkt mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte ohne bestimmbare Nutzungsdauer werden an jedem Bilanzstichtag auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Bei besonderen Ereignissen (Trigger Events) erfolgt auch unterjährig eine Überprüfung der Werthaltigkeit. Sofern Umstände vorliegen, die den erwarteten Nutzen nicht mehr erkennen lassen, wird gemäß IAS 36 eine Wertminderung vorgenommen.

Immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbaren Nutzungsdauer werden über den Zeitraum abgeschrieben, über den dieser immaterielle Vermögenswert genutzt werden kann. Die Nutzungsdauer für den erworbenen Kundenstock wurde für die Raiffeisen Bank Aval JSC für den Geschäftsbereich Retail Customers mit 20 Jahren festgelegt. Für den der Kaufpreisallokation zugrunde gelegten Kundenstock der Polbank EFG S.A. wurde eine Nutzungsdauer von zehn Jahren festgelegt.

Unternehmen des Konzerns verwenden zur Unterscheidung ihrer Dienstleistungen von Mitbewerbern Warenzeichen (Marken). Gemäß IFRS 3 werden Marken erworbener Unternehmen gesondert unter dem Bilanzposten Immaterielle Vermögenswerte bilanziert. Es wurde eine unbegrenzte Nutzungsdauer angenommen, sodass keine planmäßige Abschreibung erfolgt. Die Marken werden jährlich und zusätzlich immer dann, wenn Indikatoren für eine Wertminderung vorliegen, auf Werthaltigkeit getestet. Details zur Werthaltigkeitsprüfung sind unter Punkt (21) Immaterielle Vermögenswerte dargestellt.

Sachanlagen

Die unter den Sachanlagen ausgewiesenen Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Abschreibungen werden im Posten Verwaltungsaufwendungen erfasst. Den linearen Abschreibungen werden folgende betriebsgewöhnliche Nutzungsdauern zugrunde gelegt:

Betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer	Jahre
Gebäude	25-50
Büro- und Geschäftsausstattung	5-10
Hardware	3-5

Grundstücke werden nicht planmäßig abgeschrieben.

Die erwarteten Nutzungsdauern, Restwerte und Abschreibungsmethoden werden jährlich überprüft. Dabei fließen alle notwendigen Schätzungsänderungen prospektiv ein. Voraussichtlich dauernde Wertminderungen werden erfolgswirksam erfasst und im Posten Verwaltungsaufwendungen dargestellt. Bei Wegfall der Abschreibungsgründe erfolgt eine Zuschreibung bis zu den fortgeschriebenen Anschaffungskosten.

Eine Sachanlage wird bei Abgang oder dann, wenn kein zukünftiger wirtschaftlicher Nutzen aus der fortgesetzten Nutzung des Vermögenswerts erwartet wird, ausgebucht. Der sich aus dem Verkauf oder der Stilllegung einer Sachanlage ergebende Gewinn oder Verlust bestimmt sich als Differenz zwischen dem Veräußerungserlös und dem Buchwert des Vermögenswerts und wird erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als solche bezeichnet man Immobilien, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Die als Finanzinvestition gehaltenen Grundstücke und Gebäude werden entsprechend der nach IAS 40 zulässigen Cost Method mit den fortgeschriebenen Anschaffungskosten bewertet und wegen untergeordneter Bedeutung in den Sachanlagen ausgewiesen. Die lineare Abschreibung erfolgt auf Basis der Nutzungsdauer. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ist ident mit jener von Gebäuden, die unter den Sachanlagen bilanziert werden. Die Abschreibungen werden im Posten Verwaltungsaufwendungen erfasst.

Eine als Finanzinvestition gehaltene Immobilie wird bei Abgang oder dann, wenn sie dauerhaft nicht mehr genutzt werden soll und ein zukünftiger wirtschaftlicher Nutzen aus dem Abgang nicht mehr erwartet wird, ausgebucht. Der sich aus dem Abgang ergebende Gewinn oder Verlust bestimmt sich als Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös und dem Buchwert des Vermögenswerts und wird in der Periode des Abgangs im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Wertminderungen von nicht finanziellen Vermögenswerten (Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und immaterielle Vermögenswerte)

Werthaltigkeitsprüfung der Firmenwerte

Alle Firmenwerte werden an jedem Bilanzstichtag auf Basis Zahlungsmittel generierender Einheiten (Cash Generating Units; CGU) auf ihren künftigen wirtschaftlichen Nutzen überprüft. Eine Zahlungsmittel generierende Einheit wird vom Management festgelegt und ist als die kleinste identifizierbare Gruppe von Vermögenswerten eines Unternehmens definiert, die permanente Zahlungsmittelzuflüsse aus der laufenden Nutzung hervorbringt. In der RBI werden alle Segmente gemäß Segmentberichterstattung als Zahlungsmittel generierende Einheiten bestimmt. Innerhalb der Segmente bilden rechtlich selbständige Einheiten zum Zweck der Wertminderungsprüfung der Firmenwerte jeweils eine eigene CGU. Dabei wird der Buchwert der jeweiligen Einheit (einschließlich eines zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerts) mit dem aus ihr erzielbaren Betrag verglichen. Dieser ist grundsätzlich als der Betrag aus dem Nutzungswert (Value in Use) definiert und basiert auf den erwarteten die potenziellen Dividenden, die mit einem risikoadäquaten Zinssatz diskontiert werden. Die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse erfordert eine Beurteilung der bisherigen sowie der zukünftigen Performance, letztere unter Beachtung der voraussichtlichen Entwicklung der relevanten Märkte und des gesamtwirtschaftlichen Umfelds.

Die Impairment-Tests der Firmenwerte auf Basis der Zahlungsmittel generierenden Einheiten beruhen auf einer vom jeweiligen Management erstellten und von den zuständigen Organen genehmigten Mehrjahresplanung. Darin wird die mittelfristige Erfolgsperspektive der CGU unter Berücksichtigung der Geschäftsstrategie, der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Bruttoinlandsprodukt, Inflationserwartungen etc.) sowie der jeweiligen Marktverhältnisse abgebildet. Im Anschluss daran erfolgt eine Verstetigung unter Zugrundelegung eines zeitlich unbefristeten Fortbestands. Die Diskontierung der bewertungsrelevanten Erträge, das sind die potenziellen Dividenden, erfolgt mit risikoadaptierten und länderspezifisch angepassten Eigenkapitalkostensätzen. Diese wurden in Anlehnung an das Capital-Asset-Pricing-Modell ermittelt. Die einzelnen Zinssatz-Parameter (risikoloser Zinssatz, Inflationsdifferenz, Marktrisikoprämie, länderspezifische Risiken und Betafaktoren) wurden mithilfe externer Informationsquellen festgelegt. Der gesamte Planungshorizont wird in drei Phasen aufgeteilt, wobei sich die Phase I auf den Planungszeitraum des Managements von drei Jahren erstreckt. In der Phase II, die weitere zwei Jahre umfasst, wird die Detailplanung unter Beachtung von gesamtwirtschaftlichen Plandaten extrapoliert. In der Phase III erfolgt die Verstetigung der Ertragserwartung unter Zugrundelegung eines zeitlich unbefristeten Fortbestands. Details zur Werthaltigkeitsprüfung sind unter Punkt (21) Immaterielle Vermögenswerte dargestellt.

Vorräte

Die Bewertung der Vorräte erfolgt zu Anschaffungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips. Abwertungen werden vorgenommen, sofern der Anschaffungswert über dem Nettoveräußerungswert am Bilanzstichtag liegt oder wenn aufgrund eingeschränkter Verwertbarkeit oder langer Lagerzeit eine Wertminderung der Vorräte eingetreten ist.

Als zur Veräußerung gehalten klassifizierte langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen

Langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen werden als zur Veräußerung gehalten klassifiziert, wenn der zugehörige Buchwert überwiegend durch ein Veräußerungsgeschäft und nicht durch fortgesetzte Nutzung realisiert wird. Diese Bedingung wird nur dann als erfüllt angesehen, wenn die Veräußerung hochwahrscheinlich ist, der Vermögenswert (oder die Veräußerungsgruppe) in seiner (ihrer) Beschaffenheit für einen sofortigen Verkauf verfügbar ist und sich der Vorstand zu einer Veräußerung verpflichtet hat. Weiters muss der Veräußerungsvorgang innerhalb von zwölf Monaten abgeschlossen sein.

Langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen, die als zur Veräußerung gehalten klassifiziert sind, werden zum niedrigeren Betrag aus ihrem ursprünglichen Buchwert bzw. dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bewertet und unter den sonstigen Aktiva ausgewiesen. Ergebnisse aus als zur Veräußerung gehalten klassifizierten langfristigen Vermögenswerten oder Veräußerungsgruppen werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst. Sollte der Wertminderungsaufwand der Veräußerungsgruppe den Buchwert der Vermögenswerte, die in den Anwendungsbereich des IFRS 5 Bewertung fallen, übersteigen, gibt es in den IFRS keine spezielle Regelung hinsichtlich der Behandlung dieser Differenz. Diese Differenz wird als sonstige Rückstellung in dem Bilanzposten Rückstellungen erfasst.

Für den Fall, dass sich der Konzern zu einer Veräußerung verpflichtet hat, die mit einem Verlust der Beherrschung über ein Tochterunternehmen einhergeht, werden sämtliche Vermögenswerte und Schulden dieses Tochterunternehmens als zur Veräußerung gehalten klassifiziert, sofern die oben genannten Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Dies gilt unabhängig davon, ob der Konzern nach der Veräußerung einen nicht beherrschenden Anteil an dem früheren Tochterunternehmen zurückbehält oder nicht. Ergebnisse von aufgegebenen Geschäftsbereichen werden separat als Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen in der Erfolgsrechnung ausgewiesen.

Details zu Veräußerungsgruppen gemäß IFRS 5 sind unter Punkt (24) Sonstige Aktiva dargestellt.

Rückstellungen

Rückstellungen werden gebildet, wenn der Konzern eine gegenwärtige Verpflichtung aus einem vergangenen Ereignis hat und es sowohl wahrscheinlich ist, dass er verpflichtet sein wird, diese zu erfüllen, als auch eine verlässliche Schätzung des Betrags möglich ist. Der angesetzte Rückstellungsbetrag ist der am Bilanzstichtag bestmögliche Schätzwert für die Leistung, die unter Berücksichtigung der der Verpflichtung zugrunde liegenden Risiken und Unsicherheiten hinzugeben ist, um die gegenwärtige Verpflichtung zu erfüllen. Risiken und Unsicherheiten sind bei der Schätzung berücksichtigt. Wird eine Rückstellung auf Basis der für die Erfüllung der Verpflichtung geschätzten Zahlungsströme bewertet, sind diese Zahlungsströme abzuzinsen, sofern der Zinseffekt wesentlich ist.

In der Bilanz werden diese Arten von Rückstellungen unter dem Posten Rückstellungen ausgewiesen. Die Zuführung zu den unterschiedlichen Rückstellungsarten erfolgt über verschiedene Posten der Erfolgsrechnung. Kreditrisikovorsorgen für Eventualverbindlichkeiten werden unter den Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen, die Restrukturierungsrückstellungen und die Rückstellungen für Rechtsrisiken sowie die sonstigen Personalvorsorgen in den Verwaltungsaufwendungen verbucht. Zuführungen zu Rückstellungen, die nicht dem entsprechenden Verwaltungsaufwand zuzuordnen sind, werden grundsätzlich zulasten des sonstigen betrieblichen Ergebnisses gebildet.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Sämtliche leistungsorientierten Sozialkapitalrückstellungen (Rückstellungen für Pensionen, Abfertigungsverpflichtungen und Jubiläumsgelder) werden gemäß IAS 19 Employee Benefits nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) ermittelt. Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden für alle Sozialkapitalrückstellungen der österreichischen Konzerneinheiten die AVÖ 2008-P-Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler & Pagler in der Ausprägung für Angestellte herangezogen. In anderen Ländern werden vergleichbare aktuarische Rechnungsgrundlagen verwendet.

Weitere Angaben zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen finden sich unter Punkt (28) Rückstellungen.

Beitragsorientierte Pensionsvorsorge

Im Rahmen beitragsorientierter Vorsorgepläne entrichtet das Unternehmen festgelegte Beiträge an eine Pensionskasse. Die Zahlungen werden in der Erfolgsrechnung als Personalaufwand erfasst.

Mitarbeitervergütungspläne

Variable Vergütung – spezielle Vergütungsgrundsätze

Im Konzern wird die variable Vergütung anhand von Bonus-Pools auf Bank- bzw. Profitcenter-Ebene gesteuert. Jedes variable Entlohnungssystem sieht eine definierte Mindest- sowie Höchstzielerreichung vor und legt somit Maximalauszahlungswerte fest.

Seit dem Geschäftsjahr 2011 werden die im Folgenden beschriebenen speziellen Grundsätze für die Zuteilung, den Anspruchserwerb und die Auszahlung variabler Vergütungen (einschließlich der Auszahlung zurückgestellter Teile von Boni) für die Vorstandsmitglieder der RBI AG und bestimmter Konzerneinheiten sowie für bestimmte Funktionsträger (Risikopersonal) angewendet:

- 60 Prozent bzw. für besonders hohe Beträge 40 Prozent des jährlichen Bonus werden zu 50 Prozent sofort bar ausbezahlt (Up-Front) und zu 50 Prozent im Weg eines Aktien-Phantom-Plans (Details s. u.) berücksichtigt, der die Zahlung nach einer Behaltfrist (Retention Period) von einem Jahr vorsieht.
- 40 Prozent bzw. 60 Prozent des jährlichen Bonus werden je nach lokaler Gesetzeslage über einen Zeitraum von mindestens drei (in Österreich fünf) Jahren (Deferral) zurückgestellt (Rückstellungsperiode). Die Auszahlung erfolgt auf proportionaler Basis, davon jeweils 50 Prozent bar und 50 Prozent im Weg des Aktien-Phantom-Plans.

In der konkreten Ausgestaltung der oben genannten Grundsätze ergeben sich für einzelne Konzerneinheiten Abweichungen, um den zum Teil strengeren nationalen gesetzlichen Regelungen Rechnung zu tragen.

Eine variable Vergütung, einschließlich eines zurückgestellten Anteils, wird nur dann zugeteilt, gezahlt oder übertragen, wenn die folgenden Kriterien erfüllt sind:

- Dies ist auf der Ebene der RBI und/oder der RBI AG auf der Grundlage einer Entscheidung der zuständigen Aufsichtsbehörde (z. B. durch die Europäische Zentralbank für die RBI) nicht verboten.
- Dies ist nach der Finanzlage der RBI und der Finanzlage der RBI AG insgesamt tragbar und nach Maßgabe der Leistung des Konzerns, der RBI AG, der Geschäftseinheit und des betreffenden Einzelnen gerechtfertigt.
- Die Mindestanforderungen, die nach der lokalen Gesetzgebung für die Zuteilung oder Bezahlung einer variablen Vergütung auf die RBI AG Anwendung finden, werden erfüllt.
- Die gesetzlich vorgeschriebene CET 1 Ratio der RBI wird erreicht, die Kapital- und Pufferanforderungen der CRR und der CRD IV für die RBI werden vollumfänglich eingehalten, und des Weiteren sind weder Zuteilung noch Auszahlung oder Übertragung der variablen Vergütung der Aufrechterhaltung einer soliden Kapitalbasis der RBI abträglich.

- Die RBI hat die nach Maßgabe des geltenden Rechts einzuhaltenden Mindestanforderungen für das ökonomische und das aufsichtsrechtliche Kapital erreicht, des Weiteren sind weder Zuteilung noch Auszahlung oder Übertragung der Aufrechterhaltung einer soliden Kapitalbasis der RBI abträglich.
- Alle zusätzlichen Kriterien und Vorbedingungen für die Zuweisung und/oder Zahlung einer variablen Vergütung, wie sie zu gegebener Zeit vom Vorstand oder vom Aufsichtsrat (REMCO) der RBI definiert werden, werden erfüllt.

Der Verpflichtung aus Z. 11 der Anlage zu § 39b BWG, nach der ein Anteil von zumindest 50 Prozent der variablen Vergütung von Risikopersonal in Form von Aktien oder gleichwertigen unbaren Zahlungsinstrumenten auszugeben ist, kommt der Konzern in Form eines Aktien-Phantom-Plans nach: Jeweils 50 Prozent der Up-Front- und der Deferred-Bonusteile werden durch den durchschnittlichen Schlusskurs der RBI-Aktie an den Handelstagen der Wiener Börse in jenem Leistungsjahr, das als Basis zur Berechnung des Bonus dient, dividiert. Damit wird eine bestimmte Stückzahl an Phantom-Aktien festgelegt und für die gesamte Laufzeit der Rückstellungsperiode fixiert. Nach Ablauf der jeweiligen Behaltefrist wird die festgelegte Anzahl an Phantom-Aktien mit dem wie oben beschrieben ermittelten RBI-Aktienkurs des vorangegangenen Geschäftsjahres multipliziert. Der daraus resultierende Barbetrag wird mit dem nächstmöglichen Monatsgehalt zur Auszahlung gebracht.

Diese Regelungen gelten, solange und sofern nicht lokal anzuwendende Rechtsvorschriften (z. B. in Polen) anderes vorschreiben.

Die Verschmelzung der RZB AG und der RBI AG hat insgesamt zu Vereinheitlichungen in den Mitarbeitervergütungsplänen geführt. Dies betrifft insbesondere die ehemaligen Verbundunternehmen der RZB in Österreich.

Aktienbasierte Vergütung

In der RBI AG hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats zuletzt für die Jahre 2011, 2012 und 2013 ein Share Incentive Program (SIP) beschlossen, das eine performanceabhängige bedingte Zuteilung von Aktien der Gesellschaft an berechnigte Mitarbeiter im In- und Ausland innerhalb einer vorgegebenen Frist anbietet. Teilnahmeberechtigt sind die bisherigen Vorstandsmitglieder und ausgewählte Führungskräfte der RBI AG sowie Vorstandsmitglieder mit ihr verbundener Bank-Tochterunternehmen und anderer verbundener Unternehmen. Wegen der Komplexität der regulatorischen Vorschriften für variable Vergütung wurde bereits 2014 beschlossen, dieses Programm nicht mehr fortzusetzen.

Die Anzahl der Stammaktien der RBI AG, die letztlich übertragen werden, hängt vom Erreichen zweier Performance-Kriterien ab: vom vorgegebenen Return on Equity (ROE) und von der Wertentwicklung der Aktie der RBI AG im Vergleich zum Total Shareholder Return der Aktien der Unternehmen im DJ EURO STOXX Banks-Index nach Ablauf einer fünfjährigen Halteperiode.

Sämtliche mit dem Share Incentive Program im Zusammenhang stehenden Aufwendungen werden gemäß IFRS 2 Share-Based Payment im Personalaufwand erfasst und gegen das Eigenkapital verrechnet. Sie werden unter Punkt (33) Eigenkapital näher dargestellt.

Nachrangkapital

Im Bilanzposten Nachrangkapital werden Nachrangkapital und Ergänzungskapital ausgewiesen. Verbriefte und unverbrieft Vermögenswerte sind nachrangig, wenn die Forderungen im Fall der Liquidation oder des Konkurses erst nach den Forderungen der anderen, nicht nachrangigen Gläubiger befriedigt werden können. Als Ergänzungskapital bezeichnet man eingezahlte Eigenmittel, die einem Kreditinstitut für zumindest acht Jahre von Dritten zur Verfügung gestellt werden, für die Zinsen ausbezahlt werden dürfen, soweit sie im Jahresüberschuss gedeckt sind, und die im Fall der Insolvenz des Kreditinstituts auch erst nach Befriedigung der übrigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Zinsüberschuss

Zinsen und ähnliche Erträge umfassen vor allem Zinserträge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie aus festverzinslichen Wertpapieren. Weiters werden laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren (im Wesentlichen Dividenden), Beteiligungserträge und Ergebnisse aus Bewertungen at-equity sowie Erträge mit zinsähnlichem Charakter im Zinsüberschuss ausgewiesen. Dividendenerträge werden erfasst, wenn der Rechtsanspruch des Anteilseigners auf Zahlung entstanden ist. Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen umfassen vor allem Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie für verbrieft Verbindlichkeiten und Nachrangkapital. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt. Negative Zinsen von Aktivposten werden im Zinsertrag, negative Zinsen von Passivposten werden im Zinsaufwand ausgewiesen.

Provisionsüberschuss

Im Wesentlichen werden im Provisionsüberschuss Erträge und Aufwendungen für Dienstleistungen aus dem Zahlungsverkehr sowie dem Devisen- und dem Kreditgeschäft erfasst. Die Erträge und Aufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis umfasst die Händlermarge aus dem Devisengeschäft, das Ergebnis aus der Fremdwährungsbewertung sowie alle realisierten und unrealisierten Gewinne und Verluste aus den zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten. Weiters sind hier sämtliche aus Handelsaktivitäten resultierenden Zins- und Dividenderträge sowie die auf den Handelsbestand entfallenden Refinanzierungskosten enthalten.

Verwaltungsaufwendungen

In den Verwaltungsaufwendungen werden der Personalaufwand, der Sachaufwand sowie Wertminderungen auf Sachanlagen und auf immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Ertragsteuern

Die RBI AG und acht ihrer inländischen Tochterunternehmen sind Mitglieder einer steuerlichen Gruppe, als deren Gruppenträger die Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft fungiert. Der laufende Steueraufwand wird auf Basis des zu versteuernden Einkommens unter Berücksichtigung der steuerlichen Gruppe (in Form einer Steuerumlage) für das laufende Jahr ermittelt. Die bestehende Steuerumlagevereinbarung wurde im Geschäftsjahr um eine Ergänzungsvereinbarung erweitert. Erbringt die RBI AG ein steuerlich negatives Ergebnis und sind diese steuerlichen Verluste in der Gruppe nicht verwertbar, so ist vom Gruppenträger unmittelbar keine negative Steuerumlage an die RBI AG zu zahlen. Erst bzw. spätestens bei Ausscheiden aus der Steuergruppe hat eine Endabrechnung zu erfolgen. Für verwertbare Verlustanteile der RBI AG ist weiterhin eine negative Steuerumlage vom Gruppenträger an die RBI AG zu zahlen. Das zu versteuernde Einkommen unterscheidet sich vom Jahresüberschuss aus der Konzern-Gesamtergebnisrechnung aufgrund von Aufwendungen und Erträgen, die in späteren Jahren oder niemals steuerbar bzw. steuerlich abzugsfähig sein werden. Die Verbindlichkeit des Konzerns für die laufenden Steuern wird auf Grundlage der geltenden bzw. aus Sicht des Abschlussstichtags in Kürze geltenden Steuersätze berechnet.

Die Berechnung und Bilanzierung von latenten Steuern erfolgt in Übereinstimmung mit IAS 12 nach der bilanzorientierten Verbindlichkeitsmethode. Auf alle temporären Differenzen, die aus dem Vergleich zwischen Konzernbuchwerten und steuerlichen Buchwerten resultieren und sich in den Folgeperioden wieder ausgleichen, werden latente Steuern unter Zugrundelegung der landesspezifischen Steuersätze berechnet. Für Verlustvorträge werden aktive latente Steuern angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass in Zukunft in derselben Gesellschaft steuerbare Gewinne in entsprechender Höhe erzielt werden. Der Buchwert der latenten Steueransprüche wird jedes Jahr am Abschlussstichtag geprüft und herabgesetzt, falls es nicht mehr wahrscheinlich ist, dass genügend zu versteuerndes Einkommen zur Verfügung stehen wird, um den Anspruch vollständig oder teilweise zu realisieren. Eine Aufrechnung von latenten Steueransprüchen mit latenten Steuerverpflichtungen wird je Tochterunternehmen vorgenommen. Ertragsteueransprüche bzw. -verpflichtungen werden in den Bilanzposten Sonstige Aktiva bzw. Rückstellungen für Steuern gesondert ausgewiesen.

Laufende oder latente Steuern werden im Gewinn oder Verlust erfasst, es sei denn, dass sie im Zusammenhang mit Posten stehen, die im sonstigen Ergebnis erfasst werden. In diesem Fall ist die laufende und latente Steuer ebenfalls im sonstigen Ergebnis zu erfassen.

Sonstiges Ergebnis

Im sonstigen Ergebnis sind alle nach den Rechnungslegungsstandards direkt im Eigenkapital zu erfassenden Erträge und Aufwendungen enthalten. Direkt im Eigenkapital erfasste Erträge und Aufwendungen, die in die Erfolgsrechnung umgegliedert werden, werden getrennt von direkt im Eigenkapital erfassten Erträgen und Aufwendungen, die nicht in die Erfolgsrechnung umgegliedert werden, dargestellt. Dies betrifft die Währungsdifferenzen aus der Umrechnung des in Fremdwährung gehaltenen Eigenkapitals, Veränderungen der Absicherung von Nettoinvestitionen in ausländische Teileinheiten (Capital Hedge), den effektiven Teil des Cash-Flow Hedge, die Bewertungsänderungen aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (AfS) sowie die darauf entfallenden latenten Ertragsteuern. Neubewertungen von leistungsorientierten Plänen werden als im Eigenkapital erfasste Erträge und Aufwendungen, die nicht in die Erfolgsrechnung umgegliedert werden, dargestellt.

Treuhandgeschäfte

Geschäfte, die eine Verwaltung oder Platzierung von Vermögenswerten für fremde Rechnung zur Basis haben, werden in der Bilanz nicht ausgewiesen. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften werden im Provisionsüberschuss gezeigt.

Finanzgarantien

Gemäß IAS 39 handelt es sich bei einer Finanzgarantie um einen Vertrag, der den Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet. Diese Zahlung entschädigt den Garantiennehmer für einen Verlust, der ihm durch die nicht fristgemäße Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen eines Schuldners gemäß den geltenden Bedingungen eines Schuldinstruments entsteht. Die Bewertung einer Finanzgarantie, die erstmals zum Erfassungszeitpunkt vorgenommen wird, ist bei Vertragsabschluss unter marktgerechten

Bedingungen ident mit der Prämie. Im Rahmen von Folgebewertungen ist die Verbindlichkeit gemäß IAS 37 als Rückstellung darzustellen.

Versicherungsverträge

Die Verbindlichkeiten aus Versicherungsverträgen ändern sich in Abhängigkeit von Veränderungen der Zinssätze, der Anlageerträge sowie der Aufwendungen für Pensionsverträge, für die sich die künftige Sterbewahrscheinlichkeit nicht mit Sicherheit vorher sagen lässt. Aufgrund des Bestehens von Sterblichkeitsrisiken und ermessensabhängiger Überschussbeteiligungen ergibt sich die Notwendigkeit der Anwendung des IFRS 4 zur Bilanzierung der daraus resultierenden Verbindlichkeiten. Alle Vermögenswerte im Zusammenhang mit den Pensionsprodukten werden gemäß IAS 39 bilanziert. Die Verbindlichkeiten werden im Posten „Sonstige Passiva“ dargestellt. Weitere Angaben zu Versicherungsverträgen sind unter Punkt (31) Sonstige Passiva dargestellt.

Eventualverbindlichkeiten und andere außerbilanzielle Verpflichtungen

In diesem Posten werden im Wesentlichen Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften, Avalkrediten und Akkreditiven sowie Kreditzusagen zum Nominalwert erfasst. Als Bürgschaften sind Sachverhalte auszuweisen, bei denen die meldende Gesellschaft als Bürge gegenüber dem Gläubiger eines Dritten für die Erfüllung der Verbindlichkeit des Dritten einsteht. Als unwiderrufliche Kreditzusagen sind Verpflichtungen auszuweisen, aus denen ein Kreditrisiko entstehen kann. Dazu gehören Verpflichtungen, Darlehen zu gewähren, Wertpapiere zu kaufen oder Garantien und Akzente bereitzustellen. Die Risikovorsorge für Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen wird als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft gezeigt.

Eigene Aktien

Die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen eigenen Aktien der RBI AG werden direkt vom Eigenkapital abgesetzt. Aus eigenen Aktien resultierende Gewinne oder Verluste werden ergebnisneutral verrechnet.

Angaben zur Kapitalflussrechnung

In der Kapitalflussrechnung wird die Veränderung des Zahlungsmittelbestands im Konzern durch die Zahlungsströme aus operativer Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit dargestellt. Die Zahlungsströme der Investitionstätigkeit umfassen vor allem Erlöse aus der Veräußerung bzw. Zahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen und Sachanlagen. Die Finanzierungstätigkeit bildet sämtliche Zahlungsströme aus Transaktionen mit Eigenkapital sowie mit Nachrangkapital ab. Alle übrigen Zahlungsströme werden – internationalen Usancen für Kreditinstitute entsprechend – der operativen Geschäftstätigkeit zugeordnet.

Angaben zur Segmentberichterstattung

Erläuterungen zur Segmentberichterstattung sind im Kapitel Segmentberichterstattung dargestellt.

Angaben zu Art und Ausmaß von Risiken

Neben den Informationen zu Risiken aus Finanzinstrumenten in den einzelnen Anhangangaben enthält insbesondere das Kapitel Risikobericht ausführliche Darstellungen zu den Themen Kreditrisiko, Länderrisiko, Konzentrationsrisiko, Marktrisiko und Liquiditätsrisiko.

Kapitalmanagement

Angaben zum Kapitalmanagement sowie zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln und den Risikoaktiva sind unter Punkt (47) Kapitalmanagement und Eigenmittel nach BWG dargestellt.

Anwendung von neuen und geänderten Standards

Vorzeitige Anwendung von IFRS 9 Darstellung von Gewinnen und Verlusten aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten

Das IASB hat die finale Fassung des IFRS 9 im Zuge der Fertigstellung der verschiedenen Phasen am 24. Juli 2014 veröffentlicht. Durch Annahme der Verordnung (EU) Nr. 2016/2067 vom 22. November 2016 durch die EU-Kommission wurde diese endgültig in das EU-Recht übernommen. Im Hinblick auf die Bewertung als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet designierter finanzieller Verbindlichkeiten bietet IFRS 9 die Möglichkeit, Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts, die sich aus Veränderungen des Ausfallrisikos des bilanzierenden Unternehmens ergeben, bereits vorzeitig im sonstigen Ergebnis auszuweisen.

Die RBI nimmt das Wahlrecht in Anspruch, die Regeln des IFRS 9.7.1.2 betreffend die Darstellung von Gewinnen und Verlusten aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten vorzeitig anzuwenden. IFRS 9 verlangt, dass Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts, die sich aus Veränderungen des eigenen Ausfallrisikos der RBI ergeben, im sonstigen Ergebnis auszuweisen sind. Gemäß IAS 39 waren diese in der Erfolgsrechnung auszuweisen.

Die Verbindlichkeiten werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet, um Inkongruenzen in Bewertung oder Ergebniserfassung zu vermeiden, die aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Vermögenswerten mit einem ähnlichen Zinsrisikoprofil entstehen. Da sich das Kreditrisiko der RBI jedoch nicht auf der Aktivseite widerspiegelt, reduziert sich die Inkongruenz der Ergebniserfassung in der Erfolgsrechnung, da die Veränderungen des eigenen Ausfallrisikos des beizulegenden Zeitwerts im sonstigen Ergebnis erfasst werden. Um die Offenlegungspflichten zu erfüllen, wurde die Differenz zwischen dem tatsächlichen beizulegenden Zeitwert der Verbindlichkeit – einem hypothetischen Swap (der die ursprüngliche Kreditkurve widerspiegelt) – und dem Barauszahlungsbetrag berechnet.

Im Jahr 2017 wurden minus € 139.643 direkt im sonstigen Ergebnis erfasst. Die kumulierte Veränderung des beizulegenden Zeitwerts, die auf die Veränderung des eigenen Ausfallrisikos zurückzuführen war, betrug minus € 64.052 Tausend und ist in den Gewinnrücklagen enthalten. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem aktuellen beizulegenden Zeitwert dieser designierten Verbindlichkeiten und dem vertraglich vereinbarten Zahlungsbetrag für den Zeitpunkt der Endfälligkeit betrug € 597.508 Tausend. Im Berichtszeitraum gab es keine wesentlichen Transfers innerhalb des Eigenkapitals oder Ausbuchungen von zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten.

Änderungen an IAS 7 Angabeninitiative (Inkrafttreten 1. Jänner 2017)

Die Änderungen folgen der Zielsetzung, dass ein Unternehmen Angaben zu leisten hat, die Adressaten von Abschlüssen in die Lage versetzen, Änderungen in den Finanzschulden zu beurteilen. Dies umfasst sowohl zahlungswirksame als auch zahlungsunwirksame Vorgänge. Aus der Anwendung dieser Änderungen ergaben sich keine wesentlichen neuen Angaben dazu, dass sich die Finanzierungstätigkeit in der Kapitalflussrechnung der RBI im Wesentlichen nur auf das Eigenkapital und nicht auf finanzielle Verbindlichkeiten bezieht. Angaben zur Kapitalflussrechnung finden sich im Abschnitt Kapitalflussrechnung.

Änderungen an IAS 12 Latente Steuern (Inkrafttreten 1. Jänner 2017)

Die Änderungen stellen klar, dass nicht realisierte Verluste bei schuldrechtlichen Instrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, deren steuerliche Basis aber die Anschaffungskosten sind, zu abzugsfähigen temporären Differenzen führen. Dies gilt unabhängig davon, ob der Halter erwartet, den Buchwert des Vermögenswerts dadurch wieder zu erlangen, dass er diesen bis zur Fälligkeit hält und sämtliche vertragliche Zahlungen vereinnahmt, oder ob er ihn zu veräußern beabsichtigt. Weiters stellt der Buchwert eines Vermögenswerts nicht die Obergrenze für die Schätzung wahrscheinlicher, zukünftig zu versteuernder Gewinne dar. Bei Schätzungen zukünftig zu versteuernder Gewinne sind Steuerabzüge aus der Umkehrung abzugsfähiger temporärer Differenzen herauszurechnen, und ein Unternehmen hat einen latenten Steueranspruch in Kombination mit anderen latenten Steueransprüchen zu beurteilen. Wenn das Steuerrecht die Realisierung steuerlicher Verluste beschränkt, hat ein Unternehmen einen latenten Steueranspruch in Kombination mit anderen latenten Steueransprüchen der gleichen (zulässigen) Art zu beurteilen. Aus der Anwendung dieser Änderungen ergaben sich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

Noch nicht anzuwendende Standards und Interpretationen (EU-Endorsement ist bereits erfolgt)

Von der vorzeitigen Anwendung der nachstehenden neuen oder geänderten Standards und Interpretationen, die zwar verabschiedet wurden, deren Anwendung aber noch nicht verpflichtend ist, wurde abgesehen.

IFRS 9 Finanzinstrumente (Inkrafttreten 1. Jänner 2018)

Die RBI wird IFRS 9 in seiner im Juli 2014 veröffentlichten Form erstmals zum 1. Jänner 2018 anwenden und die nachträglich erfolgten Änderungen zu IFRS 9 zum selben Zeitpunkt vorzeitig umsetzen. Auf Grundlage der bisherigen Beurteilung beläuft sich der geschätzte Anpassungsbetrag (vor Steuern) des Eröffnungsbilanzwerts des Eigenkapitals der Gruppe infolge der Anwendung von IFRS 9 zum 1. Jänner 2018 auf rund € 160 Millionen. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus:

- einer Verringerung um rund € 230 Millionen aufgrund der neuen Regeln zu Wertminderungen,
- einer Erhöhung um rund € 70 Millionen infolge der Klassifizierungs- und Bewertungsanforderungen, die nicht auf Wertminderungen entfällt.

Das Europäische Parlament hat am 27. Dezember 2017 die Verordnung (EU) 2017/2395 betreffend die Übergangsbestimmungen für die Umsetzung von IFRS 9 erlassen. Diese Verordnung ermöglicht zur Berücksichtigung des vollständigen Effekts aus der Einführung des Standards auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital die Wahl zwischen zwei Ansätzen:

1. Verteilung des vollständigen Effekts linear über einen Zeitraum von fünf Jahren; oder
2. Erfassung des vollständigen Effekts am Tag der erstmaligen Anwendung.

Die RBI hat beschlossen, den zweiten Ansatz zu wählen. Das CET 1 wird unter Einbeziehung aller Effekte um rund 1,5 Basispunkte sinken.

Die vom Unternehmen durchgeführte Bewertung ist noch vorläufig, da noch nicht alle erforderlichen Übergangsarbeiten vollständig abgeschlossen sind und sich daher noch Veränderungen ergeben können:

- Der neue Rechnungslegungsstandard macht eine Überarbeitung der Rechnungslegungsprozesse und internen Kontrollen im Unternehmen erforderlich. Diese Änderungen sind noch nicht vollständig abgeschlossen.
- Die RBI hat den Test und die Bewertung der Kontrollen ihrer neuen IT-Systeme noch nicht beendet. Somit können sich für die weiter unten aufgeführten, damit in Verbindung stehenden Auswirkungen noch Änderungen ergeben, wenn die Umsetzung vollständig abgeschlossen ist.
- Die Systeme sowie die zugehörigen Kontrollen, die zur Erfüllung der neuen Anforderungen eingerichtet wurden, waren noch nicht über eine volle Berichtsperiode im Einsatz.
- Die neuen, nun anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften, Annahmen, Beurteilungen und Schätzverfahren unterliegen noch so lange Änderungen, bis die RBI den ersten Jahresabschluss für den Zeitraum erstellt, der den Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung einschließt.

Allgemeine Regelungen zu Klassifizierung und Bewertung

IFRS 9 beinhaltet einen neuen Klassifizierungs- und Bewertungsansatz für finanzielle Vermögenswerte, der zum einen auf dem Geschäftsmodell, im Rahmen dessen die Vermögenswerte gesteuert werden, und zum anderen auf den Zahlungsstrombedingungen der Vermögenswerte beruht.

Für die RBI ergeben sich vier Klassifizierungskategorien für finanzielle Vermögenswerte:

- Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte (Amortized Cost, AC)
- Erfolgsneutral zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte (Fair Value Through Other Comprehensive Income, FVOCI)
- Zwingend als erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte (Fair Value Through Profit or Loss, FVTPL)
- Optional als erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte (FVTPL)

Die bestehenden IAS-39-Kategorien bis zur Endfälligkeit gehalten, Kredite und Forderungen und zur Veräußerung verfügbar werden von der RBI nicht mehr verwendet.

Ein finanzieller Vermögenswert wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, wenn beide der folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- Der Vermögenswert wird im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten, dessen Zielsetzung darin besteht, Vermögenswerte zu verwalten, um vertragliche Cash-Flows zu vereinnahmen.
- Die vertraglichen Ausstattungsmerkmale des Vermögenswerts führen an festgelegten Zeitpunkten zu Cash-Flows, die ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen.

Das Ziel eines Geschäftsmodells kann darin bestehen, finanzielle Vermögenswerte zu halten, um vertragliche Cash-Flows zu sammeln, selbst wenn ein Verkauf von finanziellen Vermögenswerten stattgefunden hat oder erwartet wird. Für die RBI stehen die folgenden Verkäufe mit dem Geschäftsmodell Halten im Einklang:

- Die Verkäufe resultieren aus einem Anstieg des Kreditrisikos eines finanziellen Vermögenswerts.
- Die Verkäufe sind selten (wenn auch signifikant) oder sind einzeln und insgesamt unbedeutend (selbst wenn sie häufig sind).
- Die Verkäufe erfolgen kurz vor der Fälligkeit des finanziellen Vermögenswerts, und die Verkaufserlöse weichen nicht wesentlich von dem bei Fälligkeit zu erzielenden Rückzahlungsbetrag ab.

Für die RBI wird der Verkauf von mehr als 10 Prozent des Portfolios (Buchwert) während eines rollenden Dreijahreszeitraums möglicherweise als mehr als selten angesehen, es sei denn, diese Verkäufe sind insgesamt unwesentlich.

Ein Vermögenswert wird in der Folge erfolgsneutral zum Fair Value bewertet (FVOCI), wenn er im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten wird, dessen Zielsetzung darin besteht, sowohl vertragliche Cash-Flows zu vereinnahmen als auch finanzielle Vermögenswerte zu veräußern. Des Weiteren führen die vertraglichen Ausstattungsmerkmale des Vermögenswerts an festgelegten Zeitpunkten zu Cash-Flows, die ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen.

Beim erstmaligen Ansatz eines Eigenkapitalinstruments, das nicht zu Handelszwecken gehalten wird, kann sich die RBI unwiderruflich dafür entscheiden, nachfolgende Änderungen des Fair Value im sonstigen Ergebnis (OCI) darzustellen. Diese Entscheidung wird für jede Anlage einzeln getroffen und betrifft im Wesentlichen strategische Beteiligungen, die nicht vollkonsolidiert werden.

Alle anderen finanziellen Vermögenswerte – d. h. finanzielle Vermögenswerte, die die Kriterien für eine Klassifizierung als Vermögenswerte, die anschließend zu Anschaffungskosten oder zum FVOCI zu bewerten sind, nicht erfüllen – werden als Vermögenswerte klassifiziert, die anschließend erfolgswirksam zum Fair Value zu bewerten sind. Darüber hinaus hat die RBI beim erstmaligen Ansatz die Option, einen finanziellen Vermögenswert als erfolgswirksam zum Fair Value bewertet (FVTPL) zu designieren, wenn

dadurch Bewertungs- oder Ansatzinkonsistenzen – d. h. eine Bilanzierungsanomalie – vermieden oder erheblich verringert werden. Diese Anomalien entstehen, wenn die Bewertung von Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten oder die Erfassung von Gewinnen und Verlusten auf unterschiedlichen Grundlagen erfolgt.

Ein finanzieller Vermögenswert wird beim erstmaligen Ansatz in eine dieser Kategorien klassifiziert.

Überprüfung des Geschäftsmodells

Die RBI wird die Zielsetzung des Geschäftsmodells, im Rahmen dessen ein finanzieller Vermögensgegenstand verwaltet wird, auf Portfolioebene überprüfen, da dies am besten die Art und Weise widerspiegelt, wie das Geschäft gesteuert wird und wie der Geschäftsleitung Informationen zur Verfügung gestellt werden.

Folgende Faktoren werden bei der Überprüfung, welches Geschäftsmodell zutreffend ist, als Nachweis berücksichtigt:

- Art und Weise der Beurteilung der Performance des Geschäftsmodells (und der im Rahmen dieses Geschäftsmodells gehaltenen finanziellen Vermögenswerte) und der diesbezüglichen Berichterstattung an Mitglieder der Unternehmensleitung
- Risiken, die sich auf die Performance des Geschäftsmodells (und der im Rahmen dieses Geschäftsmodells gehaltenen finanziellen Vermögenswerte) auswirken, sowie Art und Weise, wie diese Risiken gesteuert werden
- Ausgestaltung des Vergütungssystems der Führungskräfte – orientiert sich z. B. die Vergütung am beizulegenden Zeitwert der verwalteten Vermögenswerte oder den vereinnahmten vertraglichen Cash-Flows
- Häufigkeit, Wert und Timing von Verkäufen in der Vergangenheit, Gründe für diese Verkäufe sowie Erwartungen bezüglich der zukünftigen Verkaufsaktivität
- Sind Verkäufe und die Vereinnahmung vertraglicher Cash-Flows jeweils für das Geschäftsmodell wesentlich oder nebensächlich (Geschäftsmodell zur Vereinnahmung gehalten gegenüber Geschäftsmodell Halten und Verkaufen“

Finanzielle Vermögenswerte, die mit Handelsabsicht gehalten werden, sowie jene, die verwaltet und deren Performance auf der Basis des Fair Value beurteilt wird, unterliegen der erfolgswirksamen Bewertung zum Fair Value (FVTPL).

Überprüfung der Charakteristika der vertraglichen Zahlungsströme

Sobald die RBI entschieden hat, dass das Geschäftsmodell eines bestimmten Portfolios darin besteht, die finanziellen Vermögenswerte mit der Zielsetzung zu halten, die vertraglichen Zahlungsströme zu vereinnahmen (oder sowohl vertragliche Zahlungsströme zu vereinnahmen als auch finanzielle Vermögenswerte zu veräußern), muss sie im nächsten Schritt überprüfen, ob die vertraglichen Ausstattungsmerkmale des Vermögenswerts an festgelegten Zeitpunkten zu Cash-Flows führen, die ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen. Für diesen Zweck werden Zinsen definiert als Vergütung für den Zeitwert des Geldes, für das Kreditrisiko, das sich aus dem für einen bestimmten Zeitraum ausstehenden Kapitalbetrag ergibt, für andere aus einer Kreditvereinbarung entstehende Risiken und Kosten sowie als Gewinnmarge. Diese Überprüfung wird für jedes Instrument zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes des finanziellen Vermögenswerts durchgeführt.

Bei der Überprüfung, ob die vertraglichen Zahlungsströme ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen sind, berücksichtigt die RBI die vertraglichen Ausstattungsmerkmale des Instruments. Dies schließt die Überprüfung mit ein, ob der finanzielle Vermögenswert eine Vertragsbedingung enthält, die den Zeitpunkt oder den Betrag vertraglicher Zahlungsströme so verändern kann, dass diese Bedingung nicht mehr erfüllt würde. Die RBI berücksichtigt dabei:

- Vereinbarungen über vorzeitige Rückzahlung oder Verlängerung
- Gehebelte Vereinbarungen
- Beschränkung der Forderung auf bestimmte Vermögenswerte oder Cash-Flows
- Verbriefungen

Im Jahr 2018 hat das IASB eine Änderung des IFRS 9 zu Vorfälligkeitsregelungen mit negativer Ausgleichsleistung veröffentlicht. Eine negative Vergütung entsteht, wenn die vertraglichen Bedingungen es dem Kreditnehmer erlauben, das Instrument vor seiner vertraglichen Fälligkeit im Voraus zu bezahlen, der Vorauszahlungsbetrag aber geringer sein könnte als die unbezahlten Beträge von Kapital und Zinsen. Um sich für die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten zu qualifizieren, muss die negative Vergütung jedoch eine angemessene Entschädigung für die vorzeitige Beendigung des Vertrags sein. Die RBI erwartet kein signifikantes Volumen von Vereinbarungen über vorzeitige Rückzahlung mit negativer Vergütung, die zwingend als erfolgswirksam zum Fair Value (FVTPL) bewertet werden müssen.

Änderungen des Zeitwerts des Geldes und der Benchmark-Test

Der Zeitwert des Geldes ist die Zinskomponente, die lediglich die Vergütung für den Zeitablauf darstellt. Er berücksichtigt keine anderen Risiken (Kredit, Liquidität etc.) oder Kosten (Verwaltung etc.), die mit dem Halten eines finanziellen Vermögenswerts verbunden sind.

In einigen Fällen kann die Komponente des Zeitwerts des Geldes modifiziert werden (bezeichnet als „nicht perfekt“). Dies wäre z. B. dann der Fall, wenn der Zinssatz eines finanziellen Vermögenswerts regelmäßig angepasst wird, die Häufigkeit dieser Zinsanpassungen aber von der Zinslaufzeit abweicht. In diesem Fall müssen die Modifikationen dahingehend beurteilt werden, ob die vertraglichen Cash-Flows noch ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen darstellen, d. h. ob das Modifikationsmerkmal die Cash-Flows nicht erheblich von denen eines perfekten Benchmark-Instruments abweichen lässt. Diese Beurteilung stellt kein Rechnungslegungswahlrecht dar und kann nicht einfach durch die Schlussfolgerung vermieden werden, dass ein Instrument bei Verzicht auf eine solche Beurteilung zum Fair Value bewertet wird. Für die folgenden vertraglichen Hauptausstattungsmerkmale, die den Zeitwert des Geldes u. U. modifizieren können, wird ein Benchmark-Test angewendet:

- Laufzeitinkongruenz bei der Verzinsung (abweichende Referenzzinssatzperiode)
- Historische Verzinsung
- Zinsglättungsklauseln
- Zinsaussetzung mit Zinskapitalisierung
- Referenz zu einer Sekundärmarktrendite

Auswirkungen

IFRS 9 wird sich auf die Klassifizierung und Bewertung der am 1. Jänner 2018 gehaltenen finanziellen Vermögenswerte der RBI wie folgt auswirken:

Forderungen an Banken und an Kunden, die nach IAS 39 als zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Forderungen zu klassifizieren sind, werden im Allgemeinen auch nach IFRS 9 zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Nur ein unwesentliches Portfolio muss zwingend erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, da es den SPPI (Solely Payment of Principal or Interest) oder den Benchmark-Test nicht bestanden hat.

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen, die nach IAS 39 als zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, werden im Allgemeinen auch nach IFRS 9 zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Lediglich ein unwesentliches Portfolio wird als Geschäftsmodell Halten und Verkaufen reklassifiziert und nun erfolgsneutral zum Fair Value (FVOCI) bewertet.

Zum Verkauf zur Verfügung stehende Schuldinstrumente, die nach IAS 39 erfolgsneutral zum Fair Value bewertet werden, werden im Allgemeinen auch nach IFRS 9 erfolgsneutral zum Fair Value bewertet.

Die RBI erwartet durch diese Veränderungen keine wesentlichen Auswirkungen auf ihr Eigenkapital.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

IFRS 9 räumt in Bezug auf die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen Wahlrechte ein. Die RBI wird 2018 die Vorschriften zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen gemäß IAS 39 weiterhin anwenden, jedoch unter Berücksichtigung der Änderungen in den Anhangangaben nach IFRS 7.

Modifikation von finanziellen Vermögenswerten

In RBI erfolgt die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswertes, wenn der zugrundeliegende Vertrag wesentlich geändert wurde. Eine wesentliche Änderung liegt vor, wenn der abgezinste Barwert der Cash-Flows unter den neuen Bedingungen unter Verwendung der ursprünglichen Effektivzinssatz sich um mindestens 10 Prozent von dem abgezinsten Barwert der verbleibenden Cash-Flows der ursprünglichen finanziellen Vermögenswertes unterscheidet (Barwerttest). Neben dem Barwerttest werden weitere quantitative und qualitative Kriterien bei der Beurteilung, ob es sich um eine wesentliche Änderung handelt, herangezogen. Diese stellen auf die Verlängerung der durchschnittlichen Restlaufzeit ab, wobei jedoch bei Umstrukturierungen von Stufe-3-Krediten diese oft in einer Form erfolgen, dass sie den maximal zu erwartenden Zahlungen entsprechen. Wenn Letzteres der Fall ist, wird basierend auf einer Ermessensentscheidung beurteilt, ob die Verlängerung der Zahlungsfrist wirtschaftlich einen neuen finanziellen Vermögenswert ergibt. Als qualitative Kriterien für die Schlussfolgerung einer wesentlichen Änderung der Vertragsbedingungen gelten sowohl der Wechsel der zugrundeliegenden Währung als auch Klauseln, die dazu führen, dass das vertragliche Zahlungsstromkriterium gemäß IFRS 9 nicht erfüllt ist oder eine Änderung der Art des Instruments (z.B. Anleihe wird in Darlehen umgewandelt).

Allgemeine Regelungen zu Wertberichtigungen

Die Berechnung erwarteter Kreditverluste (Expected Credit Losses, ECL) erfordert die Anwendung rechnungslegungsrelevanter Schätzungen, die per definitionem selten mit den tatsächlichen Ergebnissen übereinstimmen werden. Auch bei der Anwendung der Bilanzierungsmethoden der Gruppe sind Ermessensentscheidungen des Managements erforderlich.

Die RBI schätzt die erwarteten Kreditverluste aus den als Vermögenswerte gehaltenen Schuldinstrumenten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bzw. erfolgsneutral zum Fair Value angesetzt werden, sowie aus Kreditzusagen, Leasingforderungen und Finanzgarantien zukunftsgerichtet ab. Die Risikovorsorge wird zu jedem Berichtszeitpunkt um diese erwarteten Ausfälle angepasst.

Dieser Abschnitt gibt einen Überblick über jene Aspekte von IFRS 9, die ein höheres Maß an Ermessen oder Komplexität sowie erhebliche Quellen für Schätzungsunsicherheiten beinhalten und im nächsten Geschäftsjahr zu einer erheblichen Anpassung führen könnten. Quantitative Informationen über jede dieser Schätzungen und Ermessensentscheidungen sowie Informationen über die Berechnungsgrundlagen jeder betroffenen Position im Konzernabschluss sind in den zugehörigen Angaben im Anhang enthalten.

Berechnung erwarteter Kreditverluste

Die erwarteten Kreditverluste sind als unverzerrt ermittelter und wahrscheinlichkeitsgewichteter Betrag zu berechnen, der durch die Bewertung einer Reihe möglicher Ergebnisse, den Zeitwert des Geldes sowie geeignete und belastbare Informationen über historische Daten, derzeitige wirtschaftliche Verhältnisse sowie Prognosen zukünftiger wirtschaftlicher Verhältnisse, die zum Berichtszeitpunkt ohne unzumutbaren Zeit- und Kostenaufwand verfügbar sind, ermittelt wird.

Für die Bemessung der Risikovorsorge für erwartete Kreditverluste finanzieller Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bzw. erfolgsneutral zum Fair Value bewertet werden, ist die Anwendung komplexer Modelle und wesentlicher Annahmen über zukünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen und zukünftiges Zahlungsverhalten erforderlich. Bei der Anwendung der Rechnungslegungsanforderungen auf die Berechnung erwarteter Kreditausfälle sind erhebliche Ermessensentscheidungen erforderlich, darunter:

- Festlegung der Kriterien für eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos
- Auswahl geeigneter Modelle und Annahmen für die Berechnung erwarteter Kreditverluste
- Bestimmung der Anzahl und relativen Gewichtung zukunftsbezogener Szenarien für jede Produktart und Marktform und die damit verbundenen erwarteten Kreditverluste
- Bestimmung von Gruppen ähnlicher finanzieller Vermögenswerte zum Zweck der Berechnung erwarteter Kreditverluste

Für die RBI resultiert Kreditrisiko aus dem Risiko, finanzielle Verluste zu erleiden, falls ein Kunde oder Kontrahent seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Kreditrisiken ergeben sich hauptsächlich aus Interbanken-, Firmenkunden- und Verbraucherkrediten sowie aus im Rahmen solcher Kreditgeschäfte bestehenden Kreditzusagen. Sie können jedoch auch aus Finanzgarantien, z. B. Kreditbürgschaften, Akkreditiven und Akzepten, entstehen.

Weitere Kreditrisiken ergeben sich für die RBI aus Anlagen in Schuldtiteln und aus ihren Handelsaktivitäten (Handelskreditrisiken), einschließlich des Handels mit Vermögenswerten des Nicht-Aktien-Handelsportfolios und mit Derivaten, sowie aus Verrechnungssalden mit Kontrahenten und aus umgekehrten Pensionsgeschäften.

Die Schätzung des Kreditrisikos für die Zwecke der Risikosteuerung ist komplex und erfordert die Verwendung von Modellen, da sich das Risiko mit Änderungen der Marktbedingungen und der erwarteten Cash-Flows sowie mit dem Zeitablauf verändert. Die Beurteilung des Kreditrisikos eines Portfolios von Vermögenswerten zieht weitere Schätzungen in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit des Eintritts von Ausfällen, die damit verbundenen Ausfallquoten und die Ausfallkorrelationen zwischen Gegenparteien nach sich. Die RBI berechnet Kreditrisiken unter Einbeziehung der Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD), des Kreditbetrags zum Zeitpunkt des Ausfalls (Exposure at Default, EAD) sowie der Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, LGD). Dies ist der vorherrschende Ansatz für die Bewertung erwarteter Kreditverluste nach IFRS 9.

IFRS 9 schreibt ein dreistufiges Wertminderungsmodell auf der Grundlage von Veränderungen der Kreditqualität seit dem erstmaligen Ansatz vor. Dieses Modell verlangt, dass ein Finanzinstrument, für das bei seinem erstmaligen Ansatz noch keine objektiven Hinweise für eine Wertminderung vorliegen, der Stufe 1 zugeordnet und sein Kreditrisiko laufend beobachtet wird. Wenn ein signifikanter Anstieg des Kreditrisikos seit dem erstmaligen Ansatz festgestellt wird, wird das Finanzinstrument in Stufe 2 transferiert, gilt aber noch nicht als wertgemindert. Sobald objektive Hinweise für eine Wertminderung des Finanzinstruments vorliegen, wird es dann in Stufe 3 transferiert.

Als erwarteter Kreditverlust von Finanzinstrumenten in Stufe 1 ist jener Betrag erfolgswirksam zu erfassen, der dem Teil der über die Gesamtlaufzeit erwarteten Zahlungsausfälle entspricht, die aus möglichen Ausfallereignissen resultieren, deren Eintritt innerhalb der nächsten zwölf Monate nach dem Abschlussstichtag erwartet wird. Bei Instrumenten in den Stufen 2 oder 3 ist die Risikovorsorge in Höhe der über die Gesamtlaufzeit des Instruments erwarteten Zahlungsausfälle zu erfassen. Gemäß IFRS 9 sind bei der Berechnung erwarteter Kreditverluste zukunftsbezogene Informationen zu berücksichtigen. Erworbene oder ausgereichte wertgeminderte finanzielle Vermögenswerte sind solche finanziellen Vermögenswerte, die bereits beim erstmaligen Ansatz wertgemindert sind. Ihr erwarteter Kreditverlust wird immer auf Basis der Gesamtlaufzeit ermittelt (Stufe 3).

Signifikante Erhöhung des Kreditrisikos

Die RBI sieht die Erhöhung des Kreditrisikos eines Finanzinstruments dann als signifikant an, wenn eines oder mehrere der folgenden quantitativen, qualitativen oder Backstop-Kriterien erfüllt sind:

Quantitative Kriterien

Die RBI verwendet für alle wesentlichen Portfolios quantitative Kriterien als Primärindikatoren für eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos. Für die quantitative Einstufung vergleicht die RBI die PD-Kurve über die Gesamtlaufzeit zum Bewertungszeitpunkt mit der zukunftsorientierten PD-Kurve über die Gesamtlaufzeit zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes. Für die Schätzung der PD-Kurve über die Gesamtlaufzeit zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes werden Annahmen über die Struktur der PD-Kurve getroffen. Dabei wird im Fall von Finanzinstrumenten mit hohem Rating angenommen, dass sich die PD-Kurve im Lauf der Zeit verschlechtern wird. Umgekehrt gilt für Finanzinstrumente mit niedrigem Rating die Annahme, dass sich die PD-Kurve im Lauf der Zeit verbessern wird. Das Ausmaß der Verbesserung oder Verschlechterung hängt vom anfänglichen Rating ab. Um die zwei Kurven vergleichbar zu machen, werden die PD zu annualisierten PD herunterskaliert. Im Allgemeinen wird bei einem relativen Anstieg der PD um bis zu 250 Prozent von einem signifikanten Anstieg des Kreditrisikos ausgegangen. Allerdings kann dieser Wert aufgrund verschiedener limitierender Faktoren, z. B. der Nähe zur Fälligkeit oder Portfolios von Produkten auch niedriger sein.

Die RBI ist sich keiner allgemein anerkannten Marktpraxis im Hinblick auf den Grenzwert bewusst, bei dem ein Finanzinstrument auf Stufe 2 transferiert werden muss. Vor diesem Hintergrund wird erwartet, dass sich die Erhöhung der PD zum Berichtszeitpunkt, die als signifikant anzusehen ist, über einen gewissen Zeitraum als Ergebnis eines iterativen Prozesses zwischen den Marktteilnehmern und den Aufsichtsbehörden entwickeln wird.

Qualitative Kriterien

Die RBI verwendet für alle wesentlichen Portfolios qualitative Kriterien als Sekundärindikatoren für eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos. Ein Transfer in Stufe 2 findet statt, wenn die unten genannten Kriterien erfüllt sind.

Für Portfolios der Bereiche öffentlicher Sektor, Banken, Unternehmen und Projektfinanzierung, wenn der Kreditnehmer eines oder mehrere der folgenden Kriterien erfüllt:

- Externe Marktindikatoren
- Änderungen von Vertragsbedingungen
- Änderungen des Managementansatzes
- Fachmeinung von Experten

Die Beurteilung einer signifikanten Erhöhung des Kreditrisikos berücksichtigt zukunftsbezogene Informationen und wird quartalsmäßig auf Einzelgeschäftsebene für alle von der RBI gehaltenen Nicht-Privatkundenportfolios durchgeführt.

Für Privatkundenportfolios, wenn der Kreditnehmer eines oder mehrere der folgenden Kriterien erfüllt:

- Zugeständnisse, die der Kreditgeber dem Kreditnehmer aus wirtschaftlichen oder vertraglichen Gründen im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Kreditnehmers macht, ansonsten aber nicht gewähren würde (sog. Forbearance)
- Fachmeinung von Experten

Die Beurteilung einer signifikanten Erhöhung des Kreditrisikos berücksichtigt zukunftsbezogene Informationen und wird monatlich auf Einzelgeschäftsebene für alle von der RBI gehaltenen Privatkundenportfolios durchgeführt.

Backstop

Ein Backstop wird angewendet und eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos eines Finanzinstruments angenommen, wenn der Kreditnehmer mit seinen vertraglichen Zahlungen mehr als 30 Tage überfällig ist. In einigen wenigen Fällen wird die Annahme widerlegt, dass mehr als 30 Tage überfällige finanzielle Vermögenswerte auf Stufe 2 ausgewiesen werden sollen.

Ausnahme für niedrige Kreditrisiken

Die RBI hat die Ausnahmeregelung für niedrige Kreditrisiken im Kreditgeschäft nicht in Anspruch genommen, wendet diese jedoch selektiv für Schuldverschreibungen an.

Definition der Begriffe Ausfallereignis und wertgeminderte Vermögenswerte

Gemäß der Definition der RBI liegt bei einem Finanzinstrument dann ein Ausfallereignis vor, wenn eines oder mehrere der im Folgenden genannten Kriterien erfüllt sind. Diese Definition stimmt mit der Definition von wertgemindert überein.

Quantitative Kriterien

Der Kreditnehmer ist mit seinen vertraglichen Zahlungen mehr als 90 Tage überfällig. Es wird kein Versuch unternommen, die Annahme zu widerlegen, dass mehr als 90 Tage überfällige finanzielle Vermögenswerte in Stufe 3 auszuweisen sind.

Qualitative Kriterien

Auf den Kreditnehmer treffen Kriterien zu, die für eine hohe Wahrscheinlichkeit einer Zahlungsunfähigkeit sprechen, was auf erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Kreditnehmers hindeutet. Dazu zählen die folgenden Fälle:

- Der Kreditnehmer befindet sich in einer Situation langfristiger Zugeständnisse, die ihm der Kreditgeber aus wirtschaftlichen oder vertraglichen Gründen im Zusammenhang mit seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten macht, sonst aber nicht gewähren würde (Forbearance).
- Der Kreditnehmer ist verstorben.
- Der Kreditnehmer ist insolvent.
- Der Kreditnehmer hat gegen die vertraglichen finanziellen Kreditaufgaben verstoßen.
- Aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten gibt es keinen aktiven Markt mehr für diesen finanziellen Vermögenswert.
- Der Kreditgeber hat im Hinblick auf die finanziellen Schwierigkeiten Zugeständnisse gemacht.
- Ein Insolvenzverfahren des Kreditnehmers wird wahrscheinlich.
- Finanzielle Vermögenswerte werden mit einem hohen Disagio, das die angefallenen Kreditverluste widerspiegelt, erworben oder ausgegeben.

Die oben genannten Kriterien wurden auf alle von der RBI gehaltenen finanziellen Vermögenswerte angewendet und stimmen mit der für die internen Kreditrisikosteuerungszwecke verwendeten Definition eines Ausfallereignisses überein. Die Definition eines Ausfallereignisses wurde in den Berechnungen der erwarteten Kreditverluste der RBI zur Abbildung der Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), des Kreditbetrags zum Zeitpunkt des Ausfalls (EAD) sowie der Verlustquote bei Ausfall (LGD) einheitlich angewendet.

Ein Ausfallereignis liegt bei einem Instrument dann nicht mehr vor (d. h. es wurde geheilt), wenn es über einen zusammenhängenden Zeitraum von mindestens drei Monaten bzw. im Fall eines notleidenden restrukturierten Engagements länger keines der Kriterien für ein Ausfallereignis mehr erfüllt. Der Zeitraum von drei Monaten wurde auf Grundlage einer Analyse festgelegt, die unter Verwendung verschiedener möglicher Heilungsdefinitionen die Wahrscheinlichkeit für das Wiederauftreten eines Ausfallereignisses bei einem zuvor geheilten Instrument abschätzt.

Erläuterung der Inputdaten, Annahmen und Schätztechniken

Der erwartete Kreditverlust wird entweder auf der Basis einer Zwölf-Monats- oder einer Gesamtlaufzeitbetrachtung berechnet – je nachdem, ob seit dem erstmaligen Ansatz eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos eingetreten ist oder ob ein Vermögenswert als wertgemindert angesehen wird. Zukunftsbezogene wirtschaftliche Informationen werden ebenfalls in die Bestimmung der PD, EAD und LGD für einen Zwölf-Monats-Horizont und die Gesamtlaufzeit einbezogen. Diese Annahmen unterscheiden sich je nach Produktart. Die erwarteten Kreditverluste sind das diskontierte Produkt aus der Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), der Verlustquote bei Ausfall (LGD), dem Kreditbetrag zum Zeitpunkt des Ausfalls (EAD) und dem Diskontierungszins (Discount Factor, D).

Ausfallwahrscheinlichkeit (PD)

Die Ausfallwahrscheinlichkeit ist die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Kreditnehmer entweder innerhalb der nächsten zwölf Monate oder in der gesamten Restlaufzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen kann. Im Allgemeinen wird die Ausfallwahrscheinlichkeit über die Gesamtlaufzeit ausgehend von der regulatorischen Zwölf-Monats-Ausfallwahrscheinlichkeit berechnet, bereinigt um jegliche konservative Abschläge. Danach werden verschiedene statistische Methoden zur Einschätzung der Entwicklung des Ausfallprofils vom Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes über die Gesamtlaufzeit des Kredits oder des Kreditportfolios angewendet. Das Profil beruht auf historischen beobachteten Daten und parametrischen Funktionen.

Zur Schätzung des Ausfallprofils ausstehender Kreditbeträge wurden verschiedene Modelle verwendet, die sich in die folgenden Kategorien zusammenfassen lassen:

- Öffentlicher Sektor, Kommunal- und Regionalregierungen, Versicherungen und Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW): Das Ausfallprofil wird mithilfe eines Übergangsmatrix-Ansatzes erstellt. Zukunftsbezogene Informationen werden unter Verwendung des Ein-Faktor-Modells nach Vasicek in die Ausfallwahrscheinlichkeit einbezogen.
- Firmenkunden, Projektfinanzierungen und Finanzinstitute: Das Ausfallprofil wird unter Verwendung eines parametrischen Überlebensregressionsansatzes (Weibull) erstellt. Zukunftsbezogene Informationen werden unter Verwendung des Ein-Faktor-Modells nach Vasicek in die Ausfallwahrscheinlichkeit einbezogen.
- Privatkundenhypothen und andere Privatkundenkredite: Das Ausfallprofil wird mithilfe einer parametrischen Überlebensregression in konkurrierenden Risikorahmen erstellt. Zukunftsbezogene Informationen werden unter Verwendung von Satellitenmodellen in die Ausfallwahrscheinlichkeit einbezogen.

In den wenigen Fällen, in denen einzelne Inputdaten nicht vollständig verfügbar sind, werden für die Berechnung die Techniken der Gruppierung, der Mittelung und des Benchmarking der Inputdaten verwendet.

Verlustquote bei Ausfall (LGD)

Die Verlustquote bei Ausfall entspricht der Erwartung der RBI bezüglich der Verlusthöhe bei einem Forderungsausfall. Die Verlustquoten unterscheiden sich je nach Art des Kreditnehmers und des Produkts. Die Verlustquote wird als prozentualer Verlust pro Einheit des ausstehenden Betrags zum Zeitpunkt des Ausfalls ausgedrückt. Die Verlustquote wird entweder auf der Basis von zwölf Monaten oder der Gesamtlaufzeit berechnet. Dabei entspricht die Zwölf-Monats-Verlustquote dem erwarteten anteiligen Verlust bei Ausfall innerhalb der nächsten zwölf Monate, die Gesamtlaufzeit-Verlustquote dem entsprechenden Wert bei Ausfall in der erwarteten Restlaufzeit des Kredits.

Verschiedene Modelle wurden zur Schätzung der Verlustquote ausstehender Kreditforderungen verwendet. Sie lassen sich in folgende Kategorien zusammenfassen:

- Öffentlicher Sektor: Die Ausfallquote wird mithilfe marktimpliziter Quellen ermittelt.
- Firmenkunden, Projektfinanzierungen, Finanzinstitute, Kommunal- und Regionalregierungen, Versicherungen: Die Ausfallquote wird durch die Diskontierung von Cash-Flows berechnet, die während des Workout-Prozesses eingetrieben werden konnten. Zukunftsbezogene Informationen werden unter Verwendung des Ein-Faktor-Modells nach Vasicek in die Ausfallquote einbezogen.
- Privatkundenhypothesen und andere Privatkundenkredite: Die Ausfallquote wird berechnet, indem die regulatorische Ausfallquote um Anpassungen für einen Konjunkturabschwung und andere konservative Abschläge bereinigt wird. Zukunftsbezogene Informationen werden unter Verwendung von verschiedenen Satellitenmodellen in die Ausfallquote einbezogen.

In den wenigen Fällen, in denen einzelne Inputdaten nicht vollständig zur Verfügung stehen, werden alternative Eintreibungsmodelle, das Benchmarking von Inputdaten sowie die Fachmeinung von Experten für die Berechnung herangezogen.

Kreditbetrag zum Zeitpunkt des Ausfalls (EAD)

Der Kreditbetrag zum Zeitpunkt des Ausfalls entspricht jenem Betrag, den die RBI zum Zeitpunkt des Ausfalls über die nächsten zwölf Monate oder über die verbleibende Gesamtlaufzeit als ausstehend erwartet. Die EAD für einen Zwölf-Monats-Horizont und die Gesamtlaufzeit werden auf Grundlage des erwarteten Zahlungsprofils ermittelt, das sich je nach Produktart unterscheidet. Für amortisierende Produkte und für endfällige Kredite beruht dieses auf den vertraglichen Rückzahlungen, die der Kreditnehmer über einen Zeitraum von zwölf Monaten oder über die Gesamtlaufzeit schuldet. Gegebenenfalls werden Annahmen bezüglich vorzeitiger Rückzahlung oder Refinanzierung ebenfalls bei der Berechnung berücksichtigt.

Für revolving Produkte wird der Kreditbetrag zum Zeitpunkt des Ausfalls so bestimmt, dass zum momentan gezogenen Betrag ein Kreditkonversionsfaktor addiert wird, der die erwartete Inanspruchnahme des verbleibenden Limits bis zum Zeitpunkt des Ausfalls mit abbildet. Der Kreditkonversionsfaktor wird um die regulatorischen Sicherheitsmargen bereinigt. In den wenigen Fällen, in denen einzelne Inputdaten nicht vollständig zur Verfügung stehen, wird ein Benchmarking der Inputdaten für die Berechnung verwendet.

Diskontierungszins

Im Allgemeinen ist für bilanzielle Vermögenswerte, bei denen es sich nicht um Leasing oder POCI handelt, der bei der Berechnung des erwarteten Kreditrisikos verwendete Diskontierungszinssatz der Effektivzinssatz oder ein Näherungswert davon.

Berechnung

Der erwartete Kreditverlust ist das Produkt aus PD, LGD und EAD, multipliziert mit der Wahrscheinlichkeit, nicht vor dem betreffenden Zeitraum auszufallen. Letzteres wird durch die Überlebensfunktion S ausgedrückt. Die dadurch effektiv berechneten zukünftigen Werte erwarteter Kreditverluste werden sodann auf den Berichtszeitpunkt diskontiert und summiert. Die Ergebnisse daraus werden schließlich je nach zukunftsbezogenem Szenario gewichtet.

Zur Schätzung des Ausfallprofils ausstehender Kreditbeträge wurden verschiedene Modelle verwendet, die sich in die folgenden Kategorien zusammenfassen lassen:

- Öffentlicher Sektor, Firmenkunden, Projektfinanzierungen, Finanzinstitute, Kommunal- und Regionalregierungen, Versicherungen und Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren: Die Risikovorsorge der Stufe 3 wird von Workout-Managern berechnet, die die erwarteten Cash-Flows mit dem geeigneten Effektivzinssatz diskontieren.
- Privatkundenhypothesen: Die Risikovorsorge der Stufe 3 wird durch die Berechnung des diskontierten Erlöses aus der Verwertung der Sicherheiten ermittelt.
- Andere Privatkundenkredite: Die Risikovorsorge der Stufe 3 wird durch die Berechnung der statistisch abgeleiteten besten Schätzung des erwarteten Verlusts, bereinigt um indirekte Kosten, ermittelt.

Es wird kein Versuch unternommen, die Annahme zu widerlegen, dass mehr als 90 Tage überfällige finanzielle Vermögenswerte in Stufe 3 auszuweisen sind.

Zukunftsbezogene Informationen

Die Beurteilung der signifikanten Erhöhung des Kreditrisikos und die Berechnung der erwarteten Kreditverluste beziehen beide auch zukunftsbezogene Informationen mit ein. Die RBI hat dazu historische Analysen durchgeführt und ökonomische Schlüsselfaktoren identifiziert, die sich auf das Kreditrisiko und die erwarteten Kreditverluste für jedes Portfolio auswirken.

Diese ökonomischen Variablen und ihre Auswirkungen auf die Ausfallwahrscheinlichkeit, die Verlustquote bei Ausfall und den Kreditbetrag zum Zeitpunkt des Ausfalls unterscheiden sich je nach Art der Kategorie. Die Fachmeinung von Experten kam in diesem Prozess ebenfalls zum Einsatz. Prognosen für diese ökonomischen Variablen (das ökonomische Basisszenario) werden quartalsweise von Raiffeisen Research zur Verfügung gestellt und vermitteln ein Best Estimate-Bild der Volkswirtschaft in den nächsten drei Jahren. Für den Zeitraum über diese drei Jahre hinaus wurde zur Prognose der ökonomischen Variablen für die gesamte Restlaufzeit jedes Instruments ein Mittelwertrückkehr-Ansatz (Mean Reversion) verwendet. Demnach tendieren ökonomische Variablen bis zur Fälligkeit dazu, zu einem langfristigen Durchschnittswert bzw. zu einer langfristigen Durchschnittswachstumsrate zurückzukehren. Die Auswirkungen dieser ökonomischen Variablen auf die Ausfallwahrscheinlichkeit, die Verlustquote bei Ausfall und den Kreditbetrag zum Zeitpunkt des Ausfalls wurden mithilfe statistischer Regressionen bestimmt, um daraus die historischen Auswirkungen der Änderungen dieser Variablen auf die Ausfallraten und die Komponenten der Verlustquote bei Ausfall und des Kreditbetrags zum Zeitpunkt des Ausfalls zu erkennen.

Zusätzlich zum ökonomischen Basisszenario stellt Raiffeisen Research auch ein Best-Case- sowie ein Worst-Case-Szenario samt Szenario-Gewichtungen zur Verfügung, um die Erfassung von Nicht-Linearitäten zu gewährleisten. Die RBI kam zu dem Ergebnis, dass drei oder weniger Szenarien die Nicht-Linearität angemessen abbilden. Die Szenario-Gewichtungen werden anhand einer Kombination aus statistischer Analyse und der Fachmeinung von Experten bestimmt. Dabei wird die Bandbreite möglicher Ergebnisse berücksichtigt, die für jedes ausgewählte Szenario charakteristisch ist. Zur Bestimmung der wahrscheinlichkeitsgewichteten erwarteten Kreditverluste durchläuft jedes Szenario das entsprechende ECL-Modell, das Ergebnis daraus wird mit der angemessenen Szenario-Gewichtung multipliziert.

So wie alle ökonomischen Vorhersagen unterliegen auch die hier beschriebenen Prognosen und Eintrittswahrscheinlichkeiten einer hohen inhärenten Unsicherheit. Die tatsächlichen Ergebnisse können somit erheblich von den prognostizierten abweichen. Die RBI sieht diese Prognosen jedoch als die bestmögliche Schätzung der künftigen Ergebnisse an, die auch allfällige Nicht-Linearitäten und Asymmetrien in den verschiedenen Portfolios der RBI abdecken.

Sensitivitätsanalyse

Die wichtigsten Annahmen, die sich auf die erwartete Risikovorsorge für Kreditverluste auswirken, sind die folgenden:

Firmenkundenportfolios:

- Bruttoinlandsprodukt
- Arbeitslosenrate
- Langfristige Anleihezinsen
- Inflationsrate

Privatkundenportfolios:

- Bruttoinlandsprodukt
- Arbeitslosenrate
- Immobilienpreise

Übergangsvorschriften

Änderungen der Rechnungslegungsvorschriften, die sich aus der Anwendung von IFRS 9 ergeben, werden – mit Ausnahme der nachstehend beschriebenen – generell rückwirkend angewendet:

- Die RBI wird von der Ausnahmeregelung Gebrauch machen, Vergleichsinformationen für frühere Berichtsperioden in Bezug auf die Klassifizierung und Bewertung (einschließlich Wertminderung) nicht zu ändern. Unterschiedsbeträge der Buchwerte von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten, die sich aus der Anwendung von IFRS 9 ergeben, werden zum 1. Jänner 2018 in den Gewinnrücklagen erfasst.
- Die folgenden Beurteilungen müssen auf Grundlage der Fakten und Umstände erfolgen, die zum Zeitpunkt der Erstanwendung vorliegen:
 - Die Festlegung des Geschäftsmodells, in dem ein finanzieller Vermögenswert gehalten wird.
 - Die Designation und der Widerruf früherer Designationen bestimmter finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten, die als erfolgswirksam zum Fair Value (FVTPL) bewertet werden.

- Die Designation bestimmter strategischer Beteiligungen, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, als erfolgsneutral zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte (FVOCI).

IFRS 16 Leasingverhältnisse (Inkrafttreten 1. Jänner 2019)

Für Leasingnehmer sieht der neue Standard ein Bilanzierungsmodell vor, das auf eine Unterscheidung zwischen Finanzierungs- und Mietleasing verzichtet. Künftig werden somit die meisten Leasingvereinbarungen in der Bilanz zu erfassen sein. Dies führt beim Leasingnehmer dazu, dass aus allen Leasingvereinbarungen mit einer Laufzeit von mehr als zwölf Monaten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Bilanz zu erfassen sind – es sei denn, es handelt sich um geringwertige Vermögenswerte. Der Leasingnehmer erfasst einen Vermögenswert, der sein Recht auf Nutzung des zugrunde liegenden Leasinggegenstands repräsentiert. Zudem erfasst er eine Leasingverbindlichkeit, die seine Verpflichtung zur Zahlung der Mietzahlungen darstellt. Für Leasinggeber bleiben die Regelungen des IAS 17 Leasingverhältnisse weitgehend bestehen, sodass hier auch künftig zwischen Finanzierungs- und Mietleasingvereinbarungen zu unterscheiden ist – mit entsprechend unterschiedlichen Bilanzierungs Konsequenzen. Zudem verlangen die neuen Vorschriften die Bereitstellung von aussagefähigeren und relevanteren Anhangangaben.

Im Jahr 2017 startete die RBI eine konzernweite Vorstudie, um die Auswirkungen von IFRS 16 auf bestehende Leasingverhältnisse zu analysieren. Im Rahmen dieser Vorstudie wurden einerseits Verträge (Miet- und Leasingverträge) dahingehend analysiert, inwieweit die bestehenden Leasingvereinbarungen als Nutzungsrechte und als Leasingverbindlichkeiten in der Bilanz zu erfassen sind, andererseits wurden konzernweit gültige Bilanzierungsvorschriften konzipiert. Die Analyse hat ergeben, dass zum 1. Jänner 2019 voraussichtlich Nutzungsrechte und Leasingverbindlichkeiten in Höhe von rund € 500 Millionen erfasst werden müssen. Ein Effekt auf das Eigenkapital wird nicht erwartet. Die Umsetzung der Anforderungen wird im Jahr 2018 erfolgen.

IFRS 15 Erlöse aus Verträgen mit Kunden (Inkrafttreten 1. Jänner 2018)

Die Bilanzierungsvorschriften bestimmen anhand eines Fünf-Stufen-Modells für alle Kundenvereinbarungen, wie und wann Erträge vereinnahmt werden. Sie haben aber keine Auswirkungen auf die Vereinnahmung von Erträgen, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten des Regelungsbereichs von IFRS 9 entstehen. IFRS 15 ersetzt nun mehrere andere IFRS-Vorschriften, zum Beispiel IAS 18 Erlöse, IAS 11 Fertigungsaufträge sowie Interpretationen, die den Moment der Ertragsvereinnahmung unter IFRS bestimmen. Zudem verlangen die neuen Vorschriften die Bereitstellung von aussagefähigeren und relevanteren Anhangangaben. Das IASB hat 2016 Klarstellungen zu IFRS 15 veröffentlicht. Diese Änderungen adressieren drei der fünf identifizierten Themen (Identifizierung von Leistungsverpflichtungen, Prinzipal/Agent-Erwägungen und Lizenzen) und zielen auf Übergangserleichterungen für modifizierte und abgeschlossene Verträge ab. Da der Fokus von IFRS 15 nicht auf der Bilanzierung von Erlösen aus Finanzinstrumenten und Leasingverhältnissen liegt, werden aus seiner Anwendung keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI erwartet.

Änderungen an IFRS 4 Versicherungsverträge (Inkrafttreten 1. Jänner 2018)

Die Änderungen zielen darauf ab, die Auswirkungen aus unterschiedlichen Erstanwendungszeitpunkten von IFRS 9 und dem Nachfolgestandard zu IFRS 4 vor allem bei Unternehmen mit umfangreichen Versicherungsaktivitäten zu verringern. Eingeführt werden zwei optionale Ansätze, die bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen von Versicherern genutzt werden können: der Überlagerungsansatz und der Aufschubansatz. Aus der Anwendung dieser Änderungen werden keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI erwartet.

Noch nicht anzuwendende Standards und Interpretationen (EU-Endorsement ist noch nicht erfolgt)

Änderungen an IFRS 2 Anteilsbasierte Vergütung (Inkrafttreten 1. Jänner 2018)

Die Änderungen beschäftigen sich mit einzelnen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Bilanzierung von anteilsbasierten Vergütungen mit Barausgleich. Die wesentlichste Änderung bzw. Ergänzung besteht darin, dass in IFRS 2 nun Vorschriften enthalten sind, die die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der aus anteilsbasierten Vergütungen resultierenden Verpflichtungen betreffen. Aus der Anwendung dieser Änderung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI erwartet.

Jährliche Verbesserungen an den IFRS – Zyklus 2014–2016 (Inkrafttreten 1. Jänner 2017/2018)

Die Änderungen betreffen im Einzelnen:

- IFRS 1 Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards: Streichung der verbliebenen befristeten Erleichterungsvorschriften für erstmalige Anwender.
- IFRS 12 Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen: Klarstellung, dass die Angabevorschriften des Standards – mit Ausnahme von IFRS 12.B10-B16 – auch für Anteile gelten, die in den Anwendungsbereich des IFRS 5 fallen.

- IAS 28 Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen: Klarstellung, dass das Wahlrecht zur Bewertung einer Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen, das von einer Wagniskapitalgesellschaft oder einem anderen qualifizierenden Unternehmen gehalten wird, je Beteiligung unterschiedlich ausgeübt werden kann.

Die Änderungen an IFRS 12 sind ab dem 1. Jänner 2017, die Änderungen an IFRS 1 und IAS 28 ab dem 1. Jänner 2018 anzuwenden. Eine frühere Anwendung ist zulässig. Aus der Anwendung dieser Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI erwartet.

IFRIC 22 (Währungsumrechnung bei Anzahlungen; Inkrafttreten 1. Jänner 2018)

Diese Interpretation zielt darauf ab, die Bilanzierung von Geschäftsvorfällen klarzustellen, die den Erhalt oder die Zahlung von Gegenleistungen in fremder Währung beinhalten. Aus der Anwendung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI erwartet.

IFRIC 23 (Unsicherheit bezüglich der ertragsteuerlichen Behandlung; Inkrafttreten 1. Jänner 2019)

Diese Interpretation stellt die Bilanzierung von Unsicherheit in Bezug auf Ertragsteuern klar. Aus der Anwendung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI erwartet.

Änderungen an IAS 40 Klassifizierung unfertiggestellter Immobilien (Inkrafttreten 1. Jänner 2018)

Die Änderungen dienen der Klarstellung der Vorschriften in Bezug auf Übertragungen in den oder aus dem Bestand der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien. Insbesondere geht es darum, ob im Bau oder in der Erschließung befindliche Immobilien, die vorher als Vorräte klassifiziert wurden, in die Kategorie der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien umgegliedert werden können, wenn es eine offensichtliche Nutzungsänderung gegeben hat. Aus der Anwendung dieser Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI erwartet.

Jährliche Verbesserungen an den IFRS – Zyklus 2015–2017 (Inkrafttreten 1. Jänner 2019)

Die Änderungen betreffen im Einzelnen:

- IFRS 3 Unternehmenszusammenschlüsse und IFRS 11 Gemeinsame Vereinbarungen: Mit den Änderungen an IFRS 3 wird klargestellt, dass ein Unternehmen, wenn es Kontrolle über einen Geschäftsbetrieb erlangt, der eine gemeinsame Geschäftstätigkeit darstellt, seine zuvor an dem Geschäftsbetrieb gehaltenen Anteile neu zu bewerten hat. Mit den Änderungen an IFRS 11 wird weiters klargestellt, dass ein Unternehmen, wenn es gemeinsame Kontrolle über einen Geschäftsbetrieb erlangt, der eine gemeinsame Geschäftstätigkeit darstellt, seine zuvor an dem Geschäftsbetrieb gehaltenen Anteile nicht neu zu bewerten hat.
- IAS 12 Ertragsteuern: Mit den Änderungen wird klargestellt, dass alle ertragsteuerlichen Auswirkungen von Dividenden (also Ausschüttungen von Gewinnen) im Betriebsergebnis auszuweisen sind, unabhängig davon, wie die Steuern entstehen.
- IAS 23 Fremdkapitalkosten: Mit den Änderungen wird klargestellt, dass ein Unternehmen für den Fall, dass ein Vermögenswert bereit für seine beabsichtigte Nutzung oder zur Veräußerung ist, jegliche noch vorhandenen Fremdkapitalbestände, die ausdrücklich aufgenommen wurden, um diesen Vermögenswert zu erhalten, bei der Berechnung des Aktivierungssatzes der allgemeinen Fremdkapitalaufnahme als Teil des allgemein aufgenommenen Fremdkapitals zu behandeln hat.

Aus der Anwendung dieser Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI erwartet.

IFRS 17 Versicherungsverträge (Inkrafttreten 1. Jänner 2021)

IFRS 17 regelt innerhalb seines Anwendungsbereichs die Grundsätze in Bezug auf den Ansatz, die Bewertung, den Ausweis sowie die Angaben für Versicherungsverträge. Die Zielsetzung von IFRS 17 besteht in der Bereitstellung relevanter Informationen durch die bilanzierenden Unternehmen und damit einer glaubwürdigen Darstellung der Versicherungsverträge. Diese Informationen dienen den Abschlussadressaten als Grundlage für die Beurteilung der Auswirkungen von Versicherungsverträgen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Zahlungsströme eines Unternehmens. IFRS 17 wurde im Mai 2017 veröffentlicht und ist erstmals auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Jänner 2021 beginnen, verpflichtend anzuwenden. Aus seiner Anwendung werden keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI erwartet.

Änderungen an IFRS 10/IAS 28 Veräußerung oder Einbringung von Vermögenswerten zwischen einem Investor und einem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture (Inkrafttreten 1. Jänner 2016)

Durch die Änderungen wird klargestellt, dass bei Transaktionen mit einem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture das Ausmaß der Erfolgserfassung davon abhängt, ob die veräußerten oder eingebrachten Vermögenswerte einen Geschäftsbetrieb darstellen. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

IFRS 14 Regulatorische Abgrenzungsposten (Inkrafttreten 1. Jänner 2016)

Nur Unternehmen, die IFRS-Erstanwender sind und die nach ihren bisherigen Rechnungslegungsvorschriften regulatorische Abgrenzungsposten erfassen, ist gestattet, dies auch nach dem Übergang auf die IFRS weiterhin zu tun. Der Standard ist als kurzfristige Zwischenlösung gedacht, bis das IASB sein längerfristiges grundlegendes Projekt zu preisregulierten Geschäftsvorfällen abschließt. Die Europäische Kommission hat beschlossen, den Übernahmeprozess für diesen Übergangstandard noch nicht zu beginnen und auf den finalen IFRS 14 zu warten.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Geänderte Zusammensetzung des Vorstands

Ende Oktober 2017 verließ Klemens Breuer, der im RBI Vorstand für die Bereiche Capital Markets und Retail Banking zuständig war, auf eigenen Wunsch die RBI.

Mit 7. Dezember 2017 bestellte der Aufsichtsrat Andrii Stepanenko vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde zum Mitglied des Vorstands. Nach Vorliegen der Genehmigung übernimmt Andrii Stepanenko voraussichtlich im März 2018 den Bereich Retail Banking von Peter Lennkh, der diesen Bereich seit dem Ausscheiden von Klemens Breuer interimistisch leitet.

Mit 15. Jänner 2018 bestellte der Aufsichtsrat Lukasz Januszewski vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde zum Mitglied des Vorstands. Nach Vorliegen der Genehmigung übernimmt Lukasz Januszewski voraussichtlich im März 2018 den Bereich Capital Markets von Johann Strobl, der seit dem Ausscheiden von Klemens Breuer interimistisch für den Bereich verantwortlich ist.

Wien, am 27. Februar 2018

Der Vorstand



Dr. Johann Strobl



Mag. Martin Grill



Mag. Andreas Gschwenter



Mag. Peter Lennkh



Dr. Hannes Mösenbacher

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Konzernabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Konzernabschluss der

**Raiffeisen Bank International AG,
Wien,**

und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2017, der Konzern-Gesamtergebnisrechnung, der Konzernkapitalflussrechnung und der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Konzernanhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2017 sowie der Ertragslage und der Zahlungsströme des Konzerns für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards, wie sie in der EU anzuwenden sind (IFRS), und den zusätzlichen Anforderungen der §§ 245a UGB sowie 59a BWG.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-Verordnung Nr 537/2014 (im Folgenden EU-VO) und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt "Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind vom Konzern unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens-, bank- und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten für unsere Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

- Werthaltigkeit von Forderungen an Kunden
- Bewertung von Derivaten
- Bewertung von Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden

Werthaltigkeit von Forderungen an Kunden

Das Risiko für den Abschluss

Die Forderungen an Kunden werden in der Bilanz mit einem Betrag in Höhe von 81,2 Mrd EUR ausgewiesen. Sie betreffen mit 46,9 Mrd EUR Forderungen gegenüber Firmenkunden, mit 33,5 Mrd EUR Forderungen gegenüber Retailkunden und mit 0,8 Mrd EUR Forderungen gegenüber dem öffentlichen Sektor.

Für diese Forderungen bestehen zum Bilanzstichtag Risikovorsorgen (Einzelwertberichtigungen und Portfolio-Wertberichtigungen) im Ausmaß von 3,1 Mrd EUR, wovon 1,7 Mrd EUR auf Firmenkunden und 1,4 Mrd EUR auf Retailkunden entfallen.

Der Vorstand beschreibt den Prozess zur Überwachung des Kreditrisikos und die Vorgehensweise bei der Ermittlung der Risikovorsorgen in den Kapiteln "Risikobericht" und "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" im Anhang.

Die Bank überprüft im Rahmen der Kreditüberwachung, ob eine Ausfallsgefährdung vorliegt und damit Einzelwertberichtigungen zu bilden sind. Dies beinhaltet auch die Einschätzung, ob Kunden die vertraglich vereinbarten Rückzahlungen in voller Höhe und ohne Verwertung von Sicherheiten leisten können.

Bei Ausfallsgefährdung werden bei Forderungen an Firmenkunden Einzelwertberichtigungen in Höhe des voraussichtlichen Ausfalls nach konzerneinheitlichen Maßstäben gebildet. Diese wird dann angenommen, wenn die diskontierten voraussichtlichen Rückzahlungsbeträge einschließlich Zinszahlungen unter Berücksichtigung der vorhandenen Sicherheiten unter dem Buchwert der Forderung liegen. Die Beurteilung ist wesentlich von der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung des jeweiligen Kunden, der Bewertung der Kreditsicherheiten sowie der Schätzung der Höhe und des Zeitpunkts dieser Rückflüsse beeinflusst.

Bei den Retailkunden werden die Einzelwertberichtigungen nach dem sogenannten "Internal Rating Based Approach" unter Verwendung der Ausfallsdefinition des Internen Ratingsystems oder – bei einer Konzerneinheit - nach dem sogenannten "Delinquency Bucket Based Approach", bei dem alle Forderungen mit einer Überfälligkeit von mehr als 180 Tage zur Gänze einzeln wertberichtigt werden, ermittelt.

Für alle als nicht ausfallsgefährdet eingestuften Firmenkundenkredite werden abhängig von ihrem jeweiligen Risikoprofil (Ratingstufe) Portfolio-Wertberichtigungen gebildet. Für die Berechnung der Portfolio-Wertberichtigungen werden zentral errechnete historische Konzern-Ausfallraten je Ratingstufe und Risikomodell unter Berücksichtigung von vorhandenen Sicherheiten sowie auf statistischen Annahmen und Erfahrungswerten basierende Parameter verwendet.

Im Retail-Bereich erfolgt die Bildung der Portfolio-Wertberichtigungen grundsätzlich unter Verwendung einer auf Ausfallswahrscheinlichkeiten und tatsächlichen Ausfällen beruhenden Berechnung. Diese Parameter werden auf Basis von Erfahrungswerten und statistischen Auswertungen festgelegt.

Der Ermittlung der Risikovorsorgen für Kundenforderungen liegen in bedeutendem Ausmaß Annahmen und Schätzungen zu Grunde. Die damit verbundenen Schätzunsicherheiten stellen ein Risiko der Fehldarstellung im Abschluss dar.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben die Dokumentation der Prozesse zur Vergabe, Überwachung und Risikovorsorgenbildung von Firmenkunden- sowie Retailkundenkrediten erhoben und beurteilt, ob diese Prozesse geeignet sind, eine Ausfallsgefährdung zu erkennen und den Wertansatz der Kundenforderungen angemessen abzubilden. Zudem haben wir wesentliche Schlüsselkontrollen innerhalb dieser Prozesse getestet. Dabei haben wir die Kontrollen auf ihr Design, Implementierung und Effektivität überprüft.

Im Bereich der Einzelwertberichtigungen haben wir auf Basis von Stichproben geprüft, ob eine Ausfallsgefährdung und somit Indikatoren für Wertminderungen von Krediten vorliegen und ob in angemessener Höhe Kreditrisikovorsorgen gebildet wurden. Im Zuge dessen wurden die Einschätzungen der Bank zu Höhe und Zeitpunkt der Rückflüsse einschließlich Wertansätze der Sicherheiten kritisch hinterfragt, ob die in der Berechnung verwendeten Annahmen angemessen und von internen oder externen Nachweisen ableitbar sind. Das Auswahlverfahren für die Ermittlung der Stichprobe erfolgt einerseits risikoorientiert auf Basis von Kundenratings, andererseits – bei Kundenkrediten mit geringem Ausfallrisiko – unter Verwendung eines zufallsorientierten Ansatzes. Im Hinblick auf die internen Sicherheitenbewertungen haben wir unter Hinzuziehung unserer Bewertungsspezialisten überprüft, ob die in die Modelle eingeflossenen Annahmen adäquat sind und mit Marktdaten verglichen.

Bei der Prüfung der Portfolio-Wertberichtigungen haben wir uns mit den verwendeten Modellen und den zur Anwendung gelangten Parametern hinsichtlich ihrer Eignung zur Ermittlung angemessener Vorsorgen auseinandergesetzt. Wir haben in Stichproben überprüft, ob im Firmenkundenbereich die verwendeten Ausfallraten je Ratingstufe korrekt ermittelt wurden. Zur Überprüfung der Angemessenheit der verwendeten Parameter und der zur Anwendung gelangten Modelle haben wir unsere Spezialisten eingesetzt. Diese haben die verwendeten Modelle und die Parameter – unter Berücksichtigung von durchgeführten Backtestings – dahingehend beurteilt, ob diese geeignet sind, die Vorsorgen in angemessener Höhe zu ermitteln.

Abschließend wurde beurteilt, ob die Angaben im Anhang zum Konzernabschluss zur Ermittlung von Wertberichtigungen von Kundenforderungen angemessen sind.

Bewertung von Derivaten

Das Risiko für den Abschluss

Der Konzern hat Derivate zu Handels- und Sicherungszwecken im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit abgeschlossen. Die Zuordnung eines Derivats zum Handels- oder Bankbuch und die Vornahme von Sicherungsbeziehungen (Hedge Accounting) sind wesentlich für den bilanziellen Ausweis und die Folgebewertung.

Der Vorstand der Bank beschreibt die Vorgehensweise bei derivativen Finanzinstrumenten, der Bildung von Sicherungsbeziehungen und der Ermittlungen von beizulegenden Zeitwerten von Finanzinstrumenten im Anhang im Kapitel "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden".

Bei zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Instrumenten, für die keine Marktkurse und keine ausreichend beobachtbaren Marktdaten für eine Bewertung vorliegen, ist die Bewertung aufgrund der Verwendung von internen Bewertungsmodellen und den darin enthaltenen Annahmen und Parametern ermessensbehaftet. Aufgrund der den Derivaten inhärenten Hebelwirkung können die Marktwerte von Derivaten großen Schwankungen unterliegen.

Für die Vornahme von Sicherungsbeziehungen (Hedge Accounting) sind Anforderungen an die Dokumentation der Sicherungsbeziehung, sowie die Effizienz derselben zu erfüllen. Bankbuchderivate können bei Vorliegen einer entsprechend dokumentierten Strategie als Sicherungsinstrumente für Mikro-Hedges und Portfolio-Hedges designiert werden.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben die Zuordnung der Derivate und den Ausweis in der Bilanz in Stichproben nachvollzogen. Wir haben unter anderem die Prozesse zur Geschäftserfassung, zum Settlement, zur Bewertung, zur Risiko- und Limitüberwachung, zum Clearing und zum internen Datenmanagement erhoben. Das Design und die Implementation wesentlicher Kontrollen in den Prozessen wurden von uns kritisch beurteilt und die Effektivität dieser Kontrollen getestet.

Zum Zwecke der Beurteilung der von der Bank ermittelten beizulegenden Zeitwerte haben wir unsere Bewertungsspezialisten hinzugezogen. Wir haben die verwendeten Bewertungsmodelle und die zugrundeliegenden Bewertungsparameter auf ihre Angemessenheit hin geprüft. Dafür haben wir die verwendeten Parameter mit Marktdaten verglichen. Weiters haben wir in Stichproben die Berechnungsannahmen und die Berechnung der Zeitwerte nachvollzogen.

Das Vorliegen von Sicherungsbeziehungen haben wir stichprobenweise durch Einsichtnahme in die Dokumentation der Sicherungsbeziehung beurteilt und insbesondere geprüft, ob die Sicherungsabsicht und Dokumentation gegeben war. Wir haben weiters die von der Bank durchgeführten Effektivitätstests auf ihre Angemessenheit hin geprüft. Zudem haben wir die Erfassung von Basis Adjustments in der Bilanz und in der Erfolgsrechnung nachvollzogen.

Abschließend wurde beurteilt, ob die Angaben im Anhang betreffend die Darstellung der Bewertungsmethoden, die Zuordnung in die Fair Value Hierarchie und die Bildung von Sicherungsbeziehungen vollständig und angemessen sind.

Bewertung von Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden

Das Risiko für den Abschluss

Verbindlichkeiten mit einem Buchwert von rund 2,5 Mrd EUR, wovon 0,8 Mrd EUR nachrangig sind, werden zum Bilanzstichtag mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Neben den allgemeinen Marktrisikofaktoren wird ihr beizulegender Zeitwert insbesondere vom eigenen Kreditrisiko der emittierenden Einheit (Credit Spread) beeinflusst.

Der Vorstand der Bank beschreibt die Vorgehensweise der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes von Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, im Anhang im Kapitel "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" sowie im Punkt 40.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes von eigenen Emissionen, für die keine aktuellen Marktpreise vorliegen, sowie anderen Verbindlichkeiten erfolgt mit internen Bewertungsmodellen. Mit Hilfe eines Discounted Cash Flow Modells wird unter Verwendung von geschätzten Credit Spreads der beizulegende Zeitwert bestimmt. Die im Modell verwendeten Credit Spread-Kurven werden dabei von anderen vorhandenen Marktdaten abgeleitet.

Die Bestimmung der Credit Spread-Kurven ist wesentlich für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes der Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, und beinhaltet auf Grund des teilweise indikativen Charakters der Preisquotierungen das Risiko einer Fehldarstellung im Abschluss.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben unter anderem den Prozess zur Geschäftserfassung, zur Bewertung, zur Risiko- und Limitüberwachung von zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten erhoben. Das Design und die Implementation wesentlicher Kontrollen in den Prozessen wurde von uns kritisch beurteilt und in Stichproben die Effektivität dieser Kontrollen getestet.

Die Angemessenheit des verwendeten Bewertungsmodells haben wir unter Einbeziehung unserer Bewertungsspezialisten überprüft. Die ins Modell einfließenden Daten haben wir mit vorhandenen Marktdaten verglichen und beurteilt, ob sie adäquat sind. Die Herleitung der Credit Spread-Kurven haben wir unter Einbindung der zuständigen Mitarbeiter und durch Einsicht in die vom Treasury zur Verfügung gestellten Unterlagen dahingehend beurteilt, ob diese geeignet sind, als Basis für die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, verwendet zu werden. Auf Basis einer Stichprobe wurde die Berechnung der beizulegenden Zeitwerte nachvollzogen.

Zudem haben wir die Angemessenheit und Vollständigkeit der Angaben im Anhang zu den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten beurteilt.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Konzernabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind und den zusätzlichen Anforderungen der §§ 245a UGB sowie 59a BWG ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder den Konzern zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit der EU-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr des Konzerns von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.

- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir erlangen ausreichende geeignete Prüfungsnachweise zu den Finanzinformationen der Einheiten oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns, um ein Prüfungsurteil zum Konzernabschluss abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die Alleinverantwortung für unser Prüfungsurteil.
- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.
- Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben und tauschen uns mit ihnen über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte aus, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und – sofern einschlägig – damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.
- Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Bericht zum Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Konzernlageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Konzernlagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält zutreffende Angaben nach § 243a UGB und steht in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Konzernabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über den Konzern und sein Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Konzernlagebericht festgestellt.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen beinhalten alle Informationen im Geschäftsbericht, ausgenommen den Konzernabschluss, den Konzernlagebericht und den diesbezüglichen Bestätigungsvermerk.

Unser Prüfungsurteil zum Konzernabschluss deckt diese sonstigen Informationen nicht ab und wir geben keine Art der Zusicherung darauf ab.

In Verbindung mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses ist es unsere Verantwortung, diese sonstigen Informationen zu lesen und zu überlegen, ob es wesentliche Unstimmigkeiten zwischen den sonstigen Informationen und dem Konzernabschluss oder mit unserem während der Prüfung erlangten Wissen gibt oder diese sonstigen Informationen sonst wesentlich falsch dargestellt erscheinen. Falls wir, basierend auf den durchgeführten Arbeiten, zur Schlussfolgerung gelangen, dass die sonstigen Informationen wesentlich falsch dargestellt sind, müssen wir dies berichten. Wir haben diesbezüglich nichts zu berichten.

Zusätzliche Angaben nach Artikel 10 EU-VO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 16. Juni 2016 als Abschlussprüfer gewählt und am 16. Juni 2016 vom Aufsichtsrat mit der Konzernabschlussprüfung der Raiffeisen Bank International AG beauftragt. Wir sind seit der erstmaligen Börsennotiz der Gesellschaft im Jahr 2005 Konzernabschlussprüfer der Gesellschaft.

Wir erklären, dass das Prüfungsurteil im Abschnitt "Bericht zum Konzernabschluss" mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 der EU-VO in Einklang steht.

Wir erklären, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen (Artikel 5 Abs 1 der EU-VO) erbracht haben und dass wir bei der Durchführung der Abschlussprüfung unsere Unabhängigkeit von den Konzernunternehmen gewahrt haben.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Wilhelm Kovsca.

Wien, am 27. Februar 2018

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft



Mag. Wilhelm Kovsca

Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Konzernabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Konzernabschluss samt Konzernlagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

Erklärung aller gesetzlichen Vertreter

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgeblichen Rechnungslegungsstandards aufgestellte Konzernabschluss ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt, dass der Konzernlagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Konzerns so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entsteht, und dass der Konzernlagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen der Konzern ausgesetzt ist.

Wien, am 27. Februar 2018

Der Vorstand



Dr. Johann Strobl

Vorstandsvorsitzender mit Verantwortung für die Bereiche Chairman's Office, Group Communications, Group Compliance¹, Group Digital Banking, Group Executive Office, Group Human Resources, Group Internal Audit¹, Group Marketing, Group Participations, Group Regulatory Affairs, Group Strategy, Group Sustainability Management, International Banking Units, Legal Services, Group Asset Management (via RCM)², Group Business Management & Development², Group Capital Markets², Group Investment Banking², Institutional Clients² sowie Raiffeisen Research²



Mag. Martin Grill

Vorstandsmitglied mit Verantwortung für die Bereiche Active Credit Management, Group Investor Relations, Group Planning & Finance, Group Treasury sowie Tax Management



Mag. Peter Lennkh

Vorstandsmitglied mit Verantwortung für die Bereiche Corporate Customers, Corporate Finance, Group Corporate Business Strategy & Steering, International Business Support, International Leasing Steering & Product Management, Trade Finance & Transaction Banking, International Consumer & Small Business Banking³, International Premium & Private Banking³ sowie International Retail Strategy & Products³

¹ Berichtet an den Gesamtvorstand und den Aufsichtsrat

² Berichtet vorübergehend an den CEO

³ Berichtet vorübergehend an das Vorstandsmitglied für Corporate Banking



Mag. Andreas Gschwenter

Vorstandsmitglied mit Verantwortung für die Bereiche COO Strategy, Governance and Change, Group Efficiency Management, Group IT, Group Procurement, Cost & Real Estate Management, Group Project Portfolio & Security sowie Head Office Operations



Dr. Hannes Mösenbacher

Vorstandsmitglied mit Verantwortung für die Bereiche Financial Institutions, Country & Portfolio Risk Management, Group Corporate Credit Management, Group Risk Controlling, Group Special Exposures Management, International Retail Risk Management sowie Sector Risk Controlling Services

Service

Glossar	258
Alternative Leistungskennzahlen (APM)	258
Adressen	260
Impressum	262

Glossar

Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) – Common Equity Tier 1 in Relation zu den risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt) gemäß CRR/CRD-IV-Richtlinie ohne Anwendung der Übergangsbestimmungen gemäß Teil 10 CRR bzw. CRR-Begleitverordnung der FMA (425. Verordnung, ausgegeben am 11. Dezember 2013).

Common Equity Tier 1 Ratio (transitional) – Common Equity Tier 1 in Relation zu den risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt) gemäß CRR/CRD-IV-Richtlinie.

Eigenmittelquote – Gesamte Eigenmittel in Relation zu den risiko-gewichteten Aktiva (RWA gesamt).

Ergebnis je Aktie – Konzernergebnis dividiert durch die in der Berichtsperiode durchschnittlich im Umlauf befindlichen Stammaktien.

LCR – Liquidity Coverage Ratio (Liquiditätsdeckungsquote). Eine angemessene LCR fördert die kurzfristige Widerstandskraft des Liquiditätsrisikoprofils von Banken, indem sichergestellt wird, dass sie über ausreichend lastenfreie, erstklassige liquide Aktiva (HQLA) verfügen, die in Barmittel umgewandelt werden können, um den Liquiditätsbedarf auch unter äußerst ungünstigen Umständen für zumindest 30 Kalendertage zu decken.

Leverage Ratio – Verhältnis des Tier-1-Kapitals zu den Aktivposten in der Bilanz und zu den außerbilanziellen Posten, berechnet gemäß der in der CRD-IV-Richtlinie festgelegten Methode.

NSFR – Net Stable Funding Ratio (Strukturelle Liquiditätsquote). Verhältnis von verfügbarer stabiler Refinanzierung zu erforderlicher stabiler Refinanzierung.

Risikogewichtete Aktiva (RWA Kreditrisiko) – Summe der gewichteten Forderungswerte; umfasst Forderungen in Form von Aktivposten und außerbilanziellen Geschäften sowie das CVA-Risiko.

Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt) – Risikoaktiva (Kreditrisiko, CVA-Risiko) inklusive Markt- und operationelles Risiko.

Tier 1 Ratio (transitional) – Tier-1-Kapital in Relation zu den risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt).

Überdeckungsquote (Eigenmittel) – Eigenmittelüberdeckung in Relation zum gesamten Eigenmittelerfordernis.

Alternative Leistungskennzahlen (Alternative Performance Measures, APM)

Der Konzern verwendet im Rahmen seiner Finanzberichterstattung auch alternative, nicht in den IFRS- oder CRR-Vorschriften definierte Leistungskennzahlen, um seine Finanz- und Ertragslage darzustellen. Sie sollten nicht isoliert, sondern als ergänzende Informationen betrachtet werden.

Diese Kennzahlen werden in der Finanzbranche häufig zur Analyse und Beschreibung der Ertrags- und Finanzlage verwendet. Die zur Berechnung verwendeten einzelnen Abschlusspositionen ergeben sich dabei aus der Art der Geschäftstätigkeit des Konzerns als Universalbankengruppe. Dabei ist zu beachten, dass die Definitionen von Unternehmen zu Unternehmen variieren. Daher werden die von der RBI verwendeten Kennzahlen nachfolgend definiert.

Betriebsergebnis – Beschreibt das operative Ergebnis einer Bank im Berichtszeitraum; errechnet sich aus den Betriebserträgen abzüglich der Verwaltungsaufwendungen.

Betriebserträge – Bestehen aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und dem laufenden sonstigen betrieblichen Ergebnis (d. h. sonstiges betriebliches Ergebnis abzüglich Bankenabgaben, Wertminderungen von Firmenwerten, Erträge aus der Vereinnahmung passiver Unterschiedsbeträge und bankgeschäftliche Belastungen aus staatlichen Maßnahmen).

Cost/Income Ratio – Gibt die Kosten des Unternehmens in Relation zum Ertrag an und vermittelt damit ein klares Bild über die operative Effizienz. Banken verwenden diese Kennzahl zur Unternehmenssteuerung und für den Vergleich ihrer Effizienz mit jener anderer Finanzinstitute. Errechnet wird die Cost/Income Ratio als Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zu den Betriebserträgen. Die Verwaltungsaufwendungen beinhalten Personalaufwand, Sachaufwand sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte. Die Betriebserträge bestehen aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und dem laufenden sonstigen betrieblichen Ergebnis (sonstiges betriebliches Ergebnis abzüglich Bankenabgaben, Wertminderungen von Firmenwerten, Erträge aus der Vereinnahmung passiver Unterschiedsbeträge und bankgeschäftliche Belastungen aus staatlichen Maßnahmen).

Effektive Steuerquote – Verhältnis von tatsächlichem Steueraufwand zu Gewinn vor Steuern. Die effektive Steuerquote unterscheidet sich aufgrund zahlreicher Rechnungslegungsfaktoren häufig vom gesetzlichen Steuersatz und ermöglicht damit einen besseren Vergleich zwischen Unternehmen. Die effektive Steuerquote bezeichnet den Durchschnittssatz, mit dem das Vorsteuerergebnis eines Unternehmens besteuert wird. Sie berechnet sich aus dem Gesamtsteueraufwand (Steuern vom Einkommen und Ertrag) in Relation zum Ergebnis vor Steuern. Der Gesamtsteueraufwand umfasst die laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie die latenten Steuern.

Loan/Deposit Ratio – Gibt Auskunft über die Fähigkeit einer Bank, ihre Kredite durch Einlagen anstatt durch Wholesale Funding zu refinanzieren; errechnet sich aus den Forderungen an Kunden abzüglich Kreditrisikovorsorgen in Relation zu den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (jeweils abzüglich der Ansprüche und Verpflichtungen aus (Reverse-)Repo-Geschäften und Wertpapierleihen).

Loan to Local Stable Funding Ratio (LLSFR) – Diese Kennzahl bildet ein breites Spektrum an Refinanzierungsmöglichkeiten ab und gibt Auskunft darüber, inwieweit eine Bank auch weiterhin stabil finanziert sein wird. Sie dient als Maß für die vorsichtige Gebarung einer Bank und gibt im Fall der RBI die lokale Refinanzierungsstruktur von Tochterbanken an. Errechnet wird die LLSFR aus der Summe der Forderungen an Kunden abzüglich der Kreditrisikovorsorgen auf Forderungen an Kunden, dividiert durch die Summe der Einlagen von Nicht-Banken, Funding über supranationale Institutionen, Kapital von Dritten und die gesamten ausstehenden Schuldverschreibungen (mit einer ursprünglichen Laufzeit von mindestens einem Jahr), die von einer Tochterbank an Investoren außerhalb des Konsolidierungskreises der Bank emittiert wurden.

Nettozinsspanne – Wird für den Vergleich mit anderen Banken und als interne Kennzahl für die Rentabilität von Produkten und Segmenten verwendet; errechnet sich aus dem Zinsüberschuss in Relation zu den durchschnittlichen zinstragenden Aktiva (Gesamtkтива abzüglich Handelsaktiva, derivative Finanzinstrumente, immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und sonstige Aktiva).

Neubildungsquote – Indikator für die Entwicklung der Risikokosten und die Vorsorgepolitik eines Unternehmens; berechnet sich aus den Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen in Relation zu den durchschnittlichen Forderungen an Kunden.

NPE/Non-performing Exposure, notleidende Risikopositionen – Beinhaltet alle notleidenden Kredite nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments „Implementing Technical Standard (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-performing Exposures)“ und umfasst ausgefallene notleidende Kredite und nicht ausgefallene notleidende Kredite (Kredite, für die kein Ausfallgrund nach Artikel 178 CRR vorliegt).

NPL/Non-performing Loans, ausgefallene notleidende Kredite – Ein Ausfall und somit ein notleidender Kredit ist nach Artikel 178 CRR gegeben, wenn davon auszugehen ist, dass ein Kunde seinen Kreditverpflichtungen gegenüber der Bank nicht in voller Höhe nachkommen wird oder mit einer wesentlichen Forderung der Bank mindestens 90 Tage in Verzug ist (die RBI hat dafür zwölf Indikatoren definiert).

NPE Ratio – Anteil der nicht ausgefallenen und ausgefallenen notleidenden Kredite an den gesamten Forderungen an Kunden und Banken. Die Kennzahl zeigt die Qualität des Kreditportfolios der Bank an und ist ein Indikator für ihre Effizienz in der Steuerung von Kreditrisiken.

NPL Ratio – Anteil der ausgefallenen notleidenden Kredite an den gesamten Forderungen an Kunden. Die Definition des Begriffs „notleidend“ wurde aus Regulierungsstandards und -vorschriften übernommen und betrifft Kunden, bei denen eine Rückzahlung der Forderungen zweifelhaft ist und eine Verwertung der Sicherheiten erwartet wird und die daher in das Ratingsegment für ausgefallene Kunden eingestuft wurden. Die Kennzahl zeigt die Qualität des Kreditportfolios der Bank an und ist ein Indikator für ihre Effizienz in der Steuerung von Kreditrisiken.

NPE Coverage Ratio – Zeigt an, in welchem Umfang nicht ausgefallene und ausgefallene notleidende Kredite durch Wertminderungen (Einzelwertberichtigungen) abgedeckt sind, und gibt damit auch Auskunft über die Fähigkeit der Bank, Verluste aus NPE zu verkraften; errechnet sich anhand der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden und Banken im Verhältnis zu den nicht ausgefallenen und ausgefallenen notleidenden Forderungen an Kunden und Banken.

NPL Coverage Ratio – Zeigt an, in welchem Umfang ausgefallene notleidende Kredite durch Wertminderungen (Einzel- und Portfolio-Wertberichtigungen) abgedeckt sind, und gibt damit auch Auskunft über die Fähigkeit der Bank, Verluste aus NPL zu verkraften; errechnet sich anhand der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden im Verhältnis zu den ausgefallenen notleidenden Forderungen an Kunden.

Return on Assets (ROA vor/nach Steuern, Vermögensrendite) – Rentabilitätskennzahl, die misst, wie effektiv ein Unternehmen sein Vermögen in einem gegebenen Zeitraum gewinnbringend verwalten kann; berechnet sich aus dem Ergebnis vor Steuern bzw. nach Steuern in Relation zu den durchschnittlichen Aktiva (basierend auf der Bilanzsumme; „durchschnittlich“ bezeichnet den Mittelwert der Jahresendzahl und der entsprechenden Monatswerte).

Return on Equity (ROE vor/nach Steuern, Eigenkapitalrendite) – Rentabilitätskennzahl für Management und Investoren, die sich aus dem in der Erfolgsrechnung ausgewiesenen Periodenergebnis im Verhältnis zum jeweiligen Basiswert (Eigenkapital oder gesamte Aktiva) berechnet. Der ROE zeigt die Ertragskraft der Bank gemessen an dem von ihren Aktionären investierten Kapital und damit den Erfolg von deren Investition. Dieser Parameter eignet sich gut dazu, die Rentabilität einer Bank mit jener anderer Finanzinstitute zu vergleichen; berechnet wird er aus dem Ergebnis vor Steuern oder nach Steuern im Verhältnis zum durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapital auf Monatsbasis (inklusive Kapital der nicht beherrschenden Anteile, ohne Ergebnis).

Konzern-Return-on-Equity – Berechnet sich aus dem Konzernergebnis im Verhältnis zum durchschnittlichen Konzern-Eigenkapital. Konzern-Eigenkapital ist das den Aktionären der RBI zurechenbare Kapital. Es wird durchschnittlich auf Monatsbasis ohne Kapital der nicht beherrschenden Anteile und ohne Konzernergebnis ermittelt.

Return on Risk-Adjusted Capital (RORAC) – Kennzahl für die risikoorientierte Erfolgssteuerung, die die Verzinsung des risikoadjustierten Eigenkapitals (ökonomisches Kapital) anzeigt; errechnet sich als Quotient aus dem Konzernergebnis und dem risikoadjustierten Kapital (d. h. dem durchschnittlichen ökonomischen Kapital). Diese Kennzahl für den Kapitalbedarf wird im Rahmen des ökonomischen Kapitalmodells für Kredit-, Markt- und operationelle Risiken ermittelt.

Übrige Ergebnisse – Beinhalten das Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten, das Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die Aufwendungen für Bankenabgaben, die Wertminderungen auf Firmenwerte, die Erträge aus der Vereinnahmung passiver Unterschiedsbeträge, das Ergebnis aus Endkonsolidierungen sowie bankgeschäftliche Belastungen aus staatlichen Maßnahmen, die im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen sind.

Adressen

Raiffeisen Bank International AG

Österreich

Am Stadtpark 9
1030 Wien
Telefon: +43-1-71 707-0
Fax: +43-1-71 707-1715
SWIFT/BIC: RZBATWW
www.rbiinternational.com
ir@rbiinternational.com
communications@rbiinternational.com

Bankennetzwerk

Albanien

Raiffeisen Bank Sh.A.
„European Trade Center“
Bulevardi „Bajram Curri“
Tirana
Telefon: +355-4-23 8 100
Fax: +355-4-22 755 99
SWIFT/BIC: SGBALTX
www.raiffeisen.al

Belarus

Priorbank JSC
V. Khoruzhey str. 31-A
220002 Minsk
Telefon: +375-17-28 9-9090
Fax: +375-17-28 9-9191
SWIFT/BIC: PJCBBY2X
www.priorbank.by

Bosnien und Herzegowina

Raiffeisen Bank d.d.
Bosna i Hercegovina
Zmaja od Bosne bb
71000 Sarajevo
Telefon: +387-33-287 100
Fax: +387-33-21 385 1
SWIFT/BIC: RZBABA2S
www.raiffeisenbank.ba

Bulgarien

Raiffeisenbank (Bulgaria) EAD
55 Nikola I. Vapzarov Blvd.
Business Center EXPO 2000 PHAZE III,
Floor 5
1407 Sofia
Telefon: +359-2-91 985 101
Fax: +359-2-94 345 28
SWIFT/BIC: RZBBBGSF
www.rbb.bg

Kosovo

Raiffeisen Bank Kosovo J.S.C.
Rruga UÇK, No. 191
10000 Pristina
Telefon: +381-38-22 222 2
Fax: +381-38-20 301 130
SWIFT/BIC: RBKOKKPR
www.raiffeisen-kosovo.com

Kroatien

Raiffeisenbank Austria d.d.
Magazinska cesta 69
10000 Zagreb
Telefon: +385-1-45 664 66
Fax: +385-1-48 116 24
SWIFT/BIC: RZBHHR2X
www.rba.hr

Polen

Raiffeisen Bank Polska S.A.
Ul. Grzybowska 78
00-844 Warschau
Telefon: +48-22 347 7000
Fax: +48-22 22 347 7001
SWIFT/BIC: RCBWPLPW
www.raiffeisen.pl

Rumänien

Raiffeisen Bank S.A.
Calea Floreasca 246C
014476 Bukarest
Telefon: +40-21-30 610 00
Fax: +40-21-23 007 00
SWIFT/BIC: RZBRROBU
www.raiffeisen.ro

Russland

AO Raiffeisenbank
St. Troitskaya 17/1
129090 Moskau
Telefon: +7-495-72 1-9900
Fax: +7-495-72 1-9901
SWIFT/BIC: RZBMRUMM
www.raiffeisen.ru

Serbien

Raiffeisen banka a.d.
Djordja Stanojevic 16
11070 Belgrad
Telefon: +381-11-32 021 00
Fax: +381-11-22 070 80
SWIFT/BIC: RZBSRSBG
www.raiffeisenbank.rs

Slowakei

Tatra banka, a.s.
Hodžovo námestie 3
81106 Bratislava 1
Telefon: +421-2-5919-1000
SWIFT/BIC: TATRKBX
www.tatrabanka.sk

Tschechische Republik

Raiffeisenbank a.s.
Hvězdova 1716/2b
14078 Prag 4
Telefon: +420-412 446 400
Fax: +420-234-402 111
SWIFT/BIC: RZBCCZPP
www.rb.cz

Ukraine

Raiffeisen Bank Aval JSC
9, vul Leskova
01011 Kiew
Telefon: +38-0-44-490 8888
Fax: +38-0-44-285-32 31
SWIFT/BIC: AVALUAUK
www.aval.ua

Ungarn

Raiffeisen Bank Zrt.
Akadémia utca 6
1054 Budapest
Telefon: +36-1-48 444-00
Fax: +36-1-48 444-44
SWIFT/BIC: UBRTHUHB
www.raiffeisen.hu

Leasinggesellschaften

Österreich

Raiffeisen-Leasing International GmbH
Am Stadtpark 3
1030 Wien
Telefon: +43-1-71 707-2071
Fax: +43-1-71 707-76 2966
www.rli.co.at

Albanien

Raiffeisen Leasing Sh.a.
„European Trade Center“
Bulevardi „Bajram Curri“
Tirana
Telefon: +355-4-22 749 20
Fax: +355-4-22 32254
www.raiffeisen-leasing.al

Belarus

„Raiffeisen-Leasing“ JLLC
V. Khoruzhey 31 A
220002 Minsk
Telefon: +375-17-28 9-9394
Fax: +375-17-28 9-9974
www.rl.by

Bosnien und Herzegowina

Raiffeisen Leasing d.o.o. Sarajevo
Zmaja od Bosne bb.
71000 Sarajevo
Telefon: +387-33-254 354
Fax: +387-33-212 273
www.rlbh.ba

Bulgarien

Raiffeisen Leasing Bulgaria OOD
32A Cherni Vrah Blvd. Fl.6
1407 Sofia
Telefon: +359-2-49 191 91
Fax: +359-2-97 420 57
www.rlb.g.bg

Kasachstan

Raiffeisen Leasing Kazakhstan LLP
Shevchenko Str. 146, flat 1
050008 Almaty
Telefon: +7-727-378 54 30
Fax: +7-727-378 54 31
www.rlkz.at

Kosovo

Raiffeisen Leasing Kosovo LLC
Raiffeisen Leasing Kosovo LLC
Rr. UCK p.n.
10000 Pristina
Telefon: +1-38-222 222 340
www.raiffeisenleasing-kosovo.com

Kroatien

Raiffeisen Leasing d.o.o.
Radnicka cesta 43
10000 Zagreb
Telefon: +385-1-65 9-5000
Fax: +385-1-65 9-5050
www.rl-hr.hr

Moldau

I.C.S. Raiffeisen Leasing S.R.L.
Alexandru cel Bun 51
2012 Chişinău
Telefon: +373-22-27 931 3
Fax: +373-22-22 838 1
www.raiffeisen-leasing.md

Rumänien

Raiffeisen Leasing IFN S.A.
Calea Floreasca 246 D
014476 Bukarest
Telefon: +40-21-36 532 96
Fax: +40-37-28 799 88
www.raiffeisen-leasing.ro

Russland

OOO Raiffeisen-Leasing
Smolenskaya-Sennaya sq. 28
119121 Moskau
Telefon: +7-495-72 1-9980
Fax: +7-495-72 1-9901
www.raiffeisen-leasing.ru

Serbien

Raiffeisen Leasing d.o.o.
Djordja Stanojevic 16
11070 Belgrad
Telefon: +381-11-32 021 00
Fax: +381-11-228 9007
www.raiffeisen-leasing.rs

Slowakei

Tatra-Leasing s.r.o.
Černyševského 50
85101 Bratislava
Telefon: +421-2-5919-3053
Fax: +421-2-59 19-3048
www.tatraleasing.sk

Slowenien

Raiffeisen Leasing d.o.o.
Letališka cesta 29a
1000 Ljubljana
Telefon: +386-1-241-6250
Fax: +386-1-241-6268
www.rl-sl.si

Tschechische Republik

Raiffeisen-Leasing s.r.o.
Hvězdova 1716/2b
14078 Prag 4
Telefon: +420-2-215 116 11
Fax: +420-2-215 116 66
www.rl.cz

Ukraine

LLC Raiffeisen Leasing Aval
9, Stepan Bandera av.
Build. 6 Office 6-201
04073 Kiew
Telefon: +38-0-44-590 24 90
Fax: +38-0-44-200 04 08
www.rla.com.ua

Ungarn

Raiffeisen Corporate Lizing Zrt.
Akadémia utca 6
1012 Budapest
Telefon: +36-1-477 87 09
Fax: +36-1-477 87 02
www.raiffeisenlizing.hu

Filialen und Repräsentanzen – Europa

Deutschland

RBI Frankfurt Branch

Wiesenhüttenplatz 26
60329 Frankfurt
Telefon: +49-69-29 921 924
Fax: +49-69-29 921 922

Frankreich

RBI Representative Office Paris

9-11 Avenue Franklin D. Roosevelt
75008 Paris
Telefon: +33-1-45 612 700
Fax: +33-1-45 611 606

Großbritannien

RBI London Branch

Tower 42, Leaf C 9th Floor
25 Old Broad Street
London EC2N 1HQ
Telefon: +44-20-79 33-8000
Fax: +44-20-79-33-8009

Schweden

RBI Representative Office

Nordic Countries

Drottninggatan 89, plan 14/14th floor
11360 Stockholm
Telefon: +46-8-440 5086

Filialen und Repräsentanzen – Asien und Amerika

China

RBI Beijing Branch

Beijing International Club Suite 200
2nd floor
Jianguomenwai Dajie 21
100020 Beijing
Telefon: +86-10-65 32-3388
Fax: +86-10-65 32-5926

RBI Representative Office Zhuhai

Room 2404, Yue Cai Building
No. 188, Jingshan Road, Jida
Zhuhai, Guangdong Province
519015, P.R. China
Telefon: +86-756-32 3-3500
Fax: +86-756-32 3-3321

Indien

RBI Representative Office Mumbai

501, Kamla Hub, Gulmohar Road, Juhu
Mumbai 400049
Telefon: +91-22-26 230 657
Fax: +91-22-26 244 529

Korea

RBI Representative Office Korea

#1809 Le Meilleur Jongno Town
24 Jongno 1 ga
Seoul 110-888
Republic of Korea
Telefon: +82-2-72 5-7951
Fax: +82-2-72 5-7988

Singapur

RBI Singapore Branch

50 Raffles Place
#31-03 Singapore Land Tower
Singapur 048623
Telefon: +65-63 05-6000
Fax: +65-63 05-6001

USA

RB International Finance (USA) LLC

1177 Avenue of the Americas,
5th Floor
10036 New York
Telefon: +1-929-432-1846

Impressum

Herausgeber, Medieninhaber

Raiffeisen Bank International AG
Am Stadtpark 9
1030 Wien
Österreich
Telefon: +43-1-71 707-0
Fax: +43-1-71 707-1715
Internet: www.rbinternational.com

Redaktion: Group Investor Relations
Redaktionsschluss: 27. Februar 2018

Konzept/Design: gantnerundenzi.at

Lektorat: be.public

Produktion: Hausintern produziert mit Redaktionssystem Firesys

Druck: Bösmüller

Anfragen an Group Investor Relations

Telefon: +43-1-71 707-2089
E-Mail: ir@rbinternational.com
Internet: www.rbinternational.com → Investor Relations

Anfragen an Group Communications

Telefon: +43-1-71 707-1298
E-Mail: communications@rbinternational.com
Internet: www.rbinternational.com → Presse

Den Geschäftsbericht finden Sie im Internet unter
<http://gb2017.rbinternational.com>
Der Bericht ist auch auf Englisch verfügbar:
<http://ar2017.rbinternational.com>

Die in diesem Bericht enthaltenen Prognosen, Planungen und zukunftsgerichteten Aussagen basieren auf dem Wissensstand und der Einschätzung der Raiffeisen Bank International AG zum Zeitpunkt der Erstellung. Wie alle Aussagen über die Zukunft unterliegen sie bekannten und unbekanntem Risiken sowie Unsicherheitsfaktoren, die im Ergebnis auch zu erheblichen Abweichungen führen können. Für den tatsächlichen Eintritt von Prognosen und Planungswerten sowie zukunftsgerichteten Aussagen kann keine Gewähr geleistet werden.

Dieser Geschäftsbericht wurde mit der größtmöglichen Sorgfalt erstellt und die Daten wurden überprüft. Rundungs-, Übermittlungs-, Satz- oder Druckfehler können dennoch nicht ausgeschlossen werden. Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten. Dieser Geschäftsbericht wurde in deutscher Sprache verfasst. Der Geschäftsbericht in englischer Sprache ist eine Übersetzung des deutschen Berichts. Allein die deutsche Version ist die authentische Fassung.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden in diesem Bericht alle Personenbezeichnungen in der männlichen Form verwendet. Darunter soll auch die weibliche Form verstanden werden.



Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen.

www.rbinternational.com
<http://gb2017.rbinternational.com>

